This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BUHR A
a39015 01808792 7b

ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

Fürſt Bismarck

und

ſeine Zeit.

Eine Biographie für das deutſche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Anhang- und Regiſterband.

1895—1898.

München 1899
C. H. Beck'ſche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

Alle Rechte vorbehalten.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Vorwort.

Als Fürst Bismarck am 30. Juli 1898 die strahlenden, klaren Augen für immer geschlossen hatte, erschien dem Verfasser und Verleger dieses Werkes als ein Gebot der Pflicht, dem Werke noch einen Anhang hinzuzufügen. Dasselbe war vor drei Jahren abgeschlossen worden mit dem Bericht über die Huldigungen, die unserem Altreichskanzler zum achtzigsten Geburtstag und in den darauf folgenden Monaten dargebracht wurden. Nun galt es, in den Rahmen dieses Werkes noch einzufügen den reichen biographisch-geschichtlichen Inhalt der letzten Lebensjahre, die unserem ehrwürdigen Kanzler noch beschieden waren, und es abzuschließen mit der einmütigen und unvergleichlich großartigen Trauerklage der gesamten gesitteten Menschheit um den Heimgegangenen.

Hiebei konnten Verfasser und Verleger auch ihr schon früher gehegtes, aber durch die dringende Eile des Erscheinens des Schlußbandes dieses Werkes seinerzeit unausführ-

bares Vorhaben verwirklichen, ein das gesamte Werk, einschließlich des Anhangs, umfassendes, sehr eingehendes und übersichtliches Personennamen- und Sachregister beizufügen, und damit einem aus dem geehrten Leserkreise vielfach und lebhaft geäußerten Wunsche zu genügen.

Leipzig-Plagwitz, Oktober 1898.

Dr. **Hans Blum.**

Inhalt.

Anhang.

Fürst Bismarcks Lebensende.

Erstes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1895.

Weitere Huldigungen zum 80. Geburtstage S. 3 fg. Antworten des Gefeierten S. 5 fg. Besuche in Friedrichsruh S. 7 fg. Tod H. v. Sybels S. 8. Menzels 80. Geburtstag S. 8. Verhältnis des Kaisers zu Bismarck: Einweihung des Nord-Ostseekanals u. s. w. S. 8 fg. Bismarck über innere Politik: die Landwirtschaft S. 11 fg. Herr v. Bötticher S. 12 fg. „Die caprivistische Presse und der neue Kurs“ S. 15 fg. Offiziöse Preßpolemik S. 16 fg. Herr v. Bötticher vor Bismarcks Entlassung S. 19 fg. Bismarck und Herr Stöcker S. 21 fg. Frhr. v. Hammerstein S. 21 fg. Gegen den Ultramontanismus S. 22 fg. Gegen die Sozialdemokratie S. 24. Über Fragen der auswärtigen Politik: Cecil Rhodes S. 24 fg. „Friedenszuversicht“ S. 25 fg.

Zweites Kapitel.

Bismarck im Jahre 1896.

Verhältnis des Kaisers zu Bismarck 27 fg. Persönliche Erlebnisse des Fürsten: für den botan. Garten in Berlin S. 30 fg. Trinkspruch Hohenlohes v. 20. Februar S. 32. Eine Enkelin S. 32. Rede Hohenlohes am 21. März S. 33. 81. Geburtstag S. 34 fg. Jubelfeier des Frankfurter Friedens, 10. Mai S. 35 fg. „Vexilla regis prodeunt“ S. 37 fg. Gesundheitszustand S. 38 fg. Besuche in Friedrichsruh S. 39 fg. Für die Flotten-

bares Vorhaben verwirklichen, ein das gesamte Werk, einschließlich des Anhangs, umfassendes, sehr eingehendes und übersichtliches Personennamen- und Sachregister beizufügen, und damit einem aus dem geehrten Leserkreise vielfach und lebhaft geäußerten Wunsche zu genügen.

Leipzig-Plagwitz, Oktober 1898.

Dr. **Hans Blum.**

Inhalt.

Anhang.

Fürst Bismarcks Lebensende.

Erstes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1895.

Weitere Huldigungen zum 80. Geburtstage S. 3 fg. Antworten des Gefeierten S. 5 fg. Besuche in Friedrichsruh S. 7 fg. Tod H. v. Sybels S. 8. Menzels 80. Geburtstag S. 8. Verhältnis des Kaisers zu Bismarck: Einweihung des Nord-Ostseekanals u. s. w. S. 8 fg. Bismarck über innere Politik: die Landwirtschaft S. 11 fg. Herr v. Bötticher S. 12 fg. „Die caprivistische Presse und der neue Kurs" S. 15 fg. Offiziöse Preßpolemik S. 16 fg. Herr v. Bötticher vor Bismarcks Entlassung S. 19 fg. Bismarck und Herr Stöcker S. 21 fg. Frhr. v. Hammerstein S. 21 fg. Gegen den Ultramontanismus S. 22 fg. Gegen die Sozialdemokratie S. 24. Über Fragen der auswärtigen Politik: Cecil Rhodes S. 24 fg. „Friedenszuversicht" S. 25 fg.

Zweites Kapitel.

Bismarck im Jahre 1896.

Verhältnis des Kaisers zu Bismarck 27 fg. Persönliche Erlebnisse des Fürsten: für den botan. Garten in Berlin S. 30 fg. Trinkspruch Hohenlohes v. 20. Februar S. 32. Eine Enkelin S. 32. Rede Hohenlohes am 21. März S. 33. 81. Geburtstag S. 34 fg. Jubelfeier des Frankfurter Friedens, 10. Mai S. 35 fg. „Vexilla regis prodeunt" S. 37 fg. Gesundheitszustand S. 38 fg. Besuche in Friedrichsruh S. 39 fg. Für die Flotten-

vorlage S. 41. „Bismarck als Knecht Ruprecht" S. 41 fg. „Keine Überstürzung!" S. 42. „Einzellandtag u. Reichspolitik" S. 42 fg. Über Kolonisation und das Ansiedelungsgesetz S. 43 fg. Die Urheberschaft der kirchenpolitischen Gesetzgebung S. 44 fg. Gegen die Sozialdemokratie S. 45 fg. Bismarck über auswärtige Politik: die Aufgaben einer deutschen Regierung S. 46 fg.; über die „Monroe-Doktrin" S. 47; über die Kreter S. 47 fg. „Die Hamburger Enthüllungen" (über den Neutralitätsvertrag mit Rußland, 1884 bis 1890), 24. Oktober fg. S. 48 fg. Die offiziöse und reichsfeindliche Presse gegen Bismarck S. 49 fg. Weitere Enthüllungen S. 51 fg. Huldigungen an Bismarck S. 52 fg. Interpellation im Reichstag S. 54 fg.

Drittes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1897.

Verhältnis des Kaisers zu Bismarck S. 57 fg. Bismarck als „Werkzeug" Kaiser Wilhelms I. S. 58 fg. Wendung mit dem Ausscheiden v. Marschalls und v. Bötticher S. 60 fg. Stappellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck" S. 61 fg. Prinz Heinrich, später der Kaiser in Friedrichsruh S. 62. Persönliche Erlebnisse S. 62 fg. Huldigungen an Bismarck bei der „Centenarfeier" S. 63 fg. Huldigungen zum 82. Geburtstag S. 64 fg. Beileid zu v. Stephans Tod S. 66. Die „Hamburger Nachrichten" S. 67. Fackelzug der Hamburger, 10. Mai, Rede Bismarcks S. 67 fg. Für den Grunewald S. 68. Huldigung aus Nordaustralien S. 69. v. Dietzes Jubiläum S. 79. Geburt des Stammhalters S. 69 fg. Huldigungen S. 70 fg. Prozeß des Oberförsters Lange S. 70. Gesundheitszustand S. 71 fg. Besuche in Friedrichsruh S. 73 fg. Über Herrn v. Tausch S. 74. „Herr v. Tausch und Graf Harry Arnim" S. 74 fg. Über Herrn v. Marschall S. 75 fg. Ein neues Sozialistengesetz! S. 77 fg. Bismarck u. Herr Stieber S. 78. „Ein Kartell der produktiven Stände" S. 78 fg. Deutsche Nationaleigentümlichkeiten S. 79. Für die Flottenvorlage S. 80. Zur auswärtigen Politik: Graf Murawjew S. 80. Das „europäische Konzert" ohne Bismarcks Taktstock S. 80 fg.

Viertes Kapitel.

Bismarcks letzte Lebensmonate (Januar bis Juli 1898).

Bismarcks Gesundheitszustand S. 82 fg. Persönliche Erlebnisse S. 85 fg. Zehn Jahre nach dem 6. Februar 1888 S. 85 fg. Das Berliner Bismarck-Denkmal-Komitee S. 87. Sechzigjähriges Militärjubiläum (25. März) S. 88 fg. Die Gesundheit des Jubilars S. 89 fg. Das Militär-Wochenblatt zum 25. März S. 91 fg. Die Feier vom 25. März in Friedrichsruh

S. 92 fg. Konfirmation der jüngsten Grafen Rantzau S. 94. Der 83. Geburtstag S. 95 fg. Geburtstagsspenden S. 96 fg. Bismarckfeiern zum 1. April (1898) S. 99 fg. Dank des Gefeierten S. 100 fg. Ein ultramontaner „Glückwunsch" S. 101. Glückwunsch der „Letzten" von der einstigen „preußischen Erbkaiserpartei" des Frankfurter Parlaments S. 102 fg. Gesundheit Bismarcks im April und Mai S. 103. Letzter Brief des Fürsten an den Verfasser S. 104. Huldigungen, Gesundheit Bismarks im Juli S. 105 fg. Für die Kaiser Wilhelm-Bibliothek S. 107. Gesundheit Bismarcks gegen Ende Juli S. 108 fg. Bismarck für die „Politik der Sammlung" S. 109 fg. Die Pflicht der Regierung gegen die Sozialdemokratie S. 110 fg. Für den Schutz Arbeitswilliger S. 112 fg. Gegen die Sozialdemokratie und die geistliche Herrschsucht S. 113 fg. Der angebliche „Mangel an Parität" bei Besetzung von Staatsämtern mit Katholiken S. 114 fg. Die Aufhebung der einstigen Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung S. 115. Bismarck für eine richtige und kräftige „Polenpolitik" S. 115 fg. Parole für die Reichstagswahlen S. 117. Auswärtige Politik S. 117 fg. Bismarcks Handelspolitik 1889/90 S. 118 fg. Bismarcks „Schule" und „Einheitlichkeit der auswärtigen Politik" S. 119 fg. Über das deutsche Flottengesetz S. 120. Für Crispi S. 120 fg. Über Gladstone S. 121. Das 10jährige Regierungsjubiläum des Kaisers S. 121 fg. „Die Pflicht eines Ministers" S. 122 fg. Bismarcks Pflichttreue S. 123 fg.

Fünftes Kapitel.

Bismarks Sterben. Deutsche Volkstrauer und Welttrauer.

Bismarcks letzte Stunden S. 125 fg. Letztwillige Verfügungen: Grabschrift, Grabstätte S. 132 fg. Das Mausoleum in Friedrichsruh S. 136 fg. Beisetzung, Sargschluß S. 137. Das Todtenantlitz S. 137 fg. Der Kaiser bei der Trauerbotschaft S. 138 fg. Abendmahlsfeier der Familie im Sterbezimmer S. 130 fg. Das Kaiserpaar in Friedrichsruh (2. August) S. 141 fg. Nekrologe: Nachruf des Kaisers S. 142 fg.; des Reichsanzeigers S. 143; des Militärwochenblattes S. 144 fg. Dr. Sigl und der „Vorwärts" S. 144 fg.; der Ärztebund S. 146; Professor Biedermann, Dr. Goetz, Prof. Schmoller S. 147; Herr Splittgerber S. 147 fg. Die ausländische Presse S. 148 fg.; die französische Presse, insbesondere die Schimpfpresse S. 149 fg.; die Polenblätter S. 150. Die Berliner Polizei: „Bismarcks Tod kein Naturereigniß" S. 151. Beileidskundgebungen nach Friedrichsruh S. 151/154; Reuß älterer Linie trauert nicht: „Wir kennen keinen Bismarck" S. 152. Kranzspenden S. 154 fg. Trauerfeiern S. 155/161: in Berlin S. 156/158; in Hamburg S. 158; in Leipzig S. 158 fg.; in München S. 159 fg.; im Auslande

S. 160 fg. Unziemlichkeiten und Gemeinheiten S. 161 fg. Herr Dr. Moritz Buſch und ſeine Faſſung von Bismarcks „Entlaſſungsgeſuch“ (18. März 1890) S. 162/167. Die weiteren Klatſchwerke des Herrn Dr. Buſch S. 167 fg. Die „Memoiren“ („Gedanken und Erinnerungen“) Bismarcks S. 170. Erinnerungen an Bismarck S. 170 fg. Ausklang S. 172 fg.

Alphabetiſches Perſonenregiſter S. 175 fg.

Alphabetiſches Sachregiſter S. 249 fg.

Anhang.

Fürſt Bismarcks Lebensende.

Erstes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1895.

Niemand hätte ahnen können, daß das deutsche Volk seinen teuren Helden nach so kurzer Zeitspanne schon verlieren sollte, als dieser auch die Mühen und Anstrengungen der Feier seines achtzigsten Geburtstages mit wahrhaft jugendlicher Körperfrische und Spannkraft auf sich nahm und ertrug, und dann noch monatelang die fast unzähligen Züge begeisterter Wallfahrer nach Friedrichsruh mit nimmermüder Ausdauer und Freundlichkeit empfing und mit gehaltvollen Ansprachen begrüßte und entließ. Bismarcks Befinden war damals, trotz dieser unablässigen großen Anstrengungen, so ausgezeichnet, daß die mit Friedrichsruh in stetiger Fühlung stehenden „Hamburger Nachrichten" am 9. Juli 1895, unter scharfen Ausfällen gegen „die schnelle und eifrige Verbreitung, die u. a. das offiziöse Wolff'sche Telegraphen-Bureau den erfundenen ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand und die Gemütsverfassung des Fürsten Bismarck zu teil werden läßt", wörtlich schrieben: „Von der »großen psychischen Depression«, die sich nach den offiziösen Telegrammen bei ihm bemerkbar machen soll, haben wir nicht das Geringste wahrgenommen, und alle, die mit ihm verkehren, sagen, daß sie ihn geistig niemals heiterer gefunden hätten, wenn auch körperlich zeitweise schwer angefochten durch die nervösen Gesichtsschmerzen, die selbst bei einer kräftigen Natur wohl die Folge einer dreißigjährigen amtlichen Thätigkeit von der Art, wie

sie Fürst Bismarck ausgeübt hat, und der unberechtigten Gegenwirkungen sein können, von denen die Geschäftsführung des Fürsten so oft gekreuzt worden ist."

In der That geben alle Erwiderungen Bismarcks auf die noch monatelang — nach den im VI. Band S. 505—518 dieses Werkes aufgezählten — in Friedrichsruh eintreffenden schriftlichen und persönlichen Huldigungen beredtes Zeugnis von dieser wunderbaren geistigen und körperlichen Frische des Gefeierten. Natürlich aber kann hier nur ein kleiner Teil dieser Erwiderungen und Huldigungen Erwähnung finden.*) Zugleich aber erhellt aus allen Kundgebungen in jenem Jubeljahr, mit welch regem Anteil und scharfem Blick der Achtzigjährige noch alle Regungen unserer Volksseele und namentlich alle Vorgänge und Erscheinungen unserer inneren und äußeren Politik verfolgte.

Von seinen Dankschreiben aus jenen Tagen erwähnen wir nur die folgenden. Am 15. Juli allein erließ er deren nicht weniger als sechs: an den Oberbürgermeister von Altona für Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt; an den Oberstudienrat Dr. Pressel in Heilbronn für die Mittheilung, daß der dortige Kommerzienrat A. Schmidt dem Heilbronner Gymnasium die Bismarcks-Büste von Donndorf geschenkt habe; an den Vorsitzenden des Vereins „Niederwald" in Wien für eine kunstreiche Adresse und Geburtstagsgabe (silbernen Briefbeschwerer mit Abbildungen von Wiener Bauwerken); an Dr. Pesendorfer in Innsbruck für die Glückwunschadresse der Tiroler; an Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau für die Adresse der deutschen Turnerschaft; und endlich an den Chefarzt der deutschen Schutztruppe in Dar-es-Salaam Dr. Becker, der das Geburtstagsgeschenk der Deutschen in Ostafrika (zwei Elefantenzähne im Gewicht von 112 und 114 Pfund) übersendet hatte. In dem Schreiben

*) Benützt sind für die Darstellung des Folgenden (Kapitel 1 bis mit 3) hauptsächlich die „Hamburger Nachrichten", der „Europäische Geschichtskalender" von Schultheß 1895/97 (München C. H. Beck) und der II. bis V. Band des „Bismarck-Jahrbuchs" von Horst Kohl (Berlin, O. Häring, von Band IV an G. J. Goeschen, Leipzig).

an Dr. Goetz finden sich die Worte: „Die Adresse der deutschen Turnerschaft ist mir eine der wertvollsten Geburtstagsgaben und wird mit ihrer kunstreichen Einfassung eine dauernde Zierde der Sammlung von Andenken sein, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe, wo der Name des Turnvaters Jahn und der Lützower noch heute in guter Erinnerung steht aus ihrer Einquartierung im Jahre 1813 her.“*) Derselben Sammlung weist Bismarck in dem Dankschreiben an Dr. Becker die beiden Elefantenzähne zu, wobei er bemerkt: „Die letzteren sind länger, als die der indischen Elefanten, welche ich sah.“ Das Schreiben schließt mit den Worten: „Ich verbinde mit meinem herzlichen Danke für den Ausdruck Ihres Wohlwollens meine aufrichtigen Wünsche für Ihr und aller beteiligten Herren gesundheitliches und geschäftliches Wohlergehen.“

Sein Dankschreiben an Dr. Max Jähns in Berlin, dem Vorsitzenden des Allg. Deutschen Sprachvereins, für Verleihung der Ehrenmitgliedschaft leitete Fürst Bismarck am 17. Juli mit den Worten ein: „Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und die Anerkennung, welche Ew. Wohlgeboren und die Herren des Vereins mir in der bestätigenden Urkunde ausgesprochen haben, bedeutet für mich eine besondere Auszeichnung.“ Jene Urkunde hatte die begeisterten Worte enthalten: „Dem Manne, der .... durch die Wiederherstellung des Reichs unserem Volke das Selbstvertrauen zurückgab, dessen Rat und Thatkraft es ermöglichte, die Elbherzogtümer und Elsaß-Lothringen dem Reiche zurückzuerobern, und die teueren Lande dadurch dem deutschen Sprachgebiete dauernd sicherte, dem stolzdeutschen Manne, der unsere so lange zurückgedrängte Muttersprache in den Weltverkehr der Staatsmänner eingeführt ..., dem sprachgewaltigsten Redner, der ... seine Rede allezeit mit deutschem Sinne füllte und mit starkem deutschen Herzschlag lenkte, so daß die Welt wiederklang von deutschem Geist, deutschem Gemüt und deutschen Gedanken — Ihm gilt diese einstimmige Ernennung zum Ehrenmitgliede.“

*) Zu vgl. Bd. I S. 10 dieses Werkes.

Auch die Ehrenmitgliedschaft des Vereins zum Schutze der deutschen Vogelwelt nahm Bismarck am 19. Juli freudig dankend an.

Am 28. Juli flammte ein großartiges Bismarckfeuer auf dem Zugspitz empor, der höchstselbst dem Fürsten davon in folgendem Telegramm Kenntnis gab:

Ein Feuer loht gen Himmel auf
Von Deutschlands eisumstarrter Wacht,
Hell leuchtend durch die dunkle Nacht
Wie deines Lebens Heldenlauf.
Wenn heut der Firn in Flammengluten tagt,
Dir gilt's, der meinesgleich hoch über Allen ragt.

Dein Zugspitz.

Am 4. August wurde bei der Grundsteinlegung zu dem Bismarck-Turm auf dem Knivsberg in Nordschleswig eine große Feier veranstaltet. Am folgenden Tage dankte Bismarck dem Bürmeister Mahla in Landau für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von 23 Pfälzer Städten. Die Eingangsworte des Schreibens lauten: „Die Pfalz findet bei mir lebhafte Gegenliebe für die vielen Freunde, die ich dort habe, und hohe Anerkennung ihrer Weine und ein wohthuendes Erinnern an ihre landschaftliche Schönheit."

Am 1. Oktober wurde an der Außenseite des Grauen Klosters in Berlin eine Gedenktafel angebracht, die von den noch lebenden ehemaligen Mitschülern Bismarcks in der Prima dieses Gymnasiums gestiftet worden war. Der Fürst dankte dafür am 3. November in rührenden Worten.

In dem Danke, den er am 4. Oktober der Stadt Wismar für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts aussprach, schrieb er: „Die Zugehörigkeit Wismars zu Schweden*) wird von diesem Reiche wohl nicht erstrebt und würde für Deutschland eine Unmöglichkeit sein, und ich glaube, daß wir uns über die Gefahr, Wismar für Deutschland zu verlieren, keine Sorge zu machen brauchen."

*) Die Stadt wurde 1803 von Schweden an Mecklenburg-Schwerin für eine Schuldsumme nur verpfändet, nicht eigentlich abgetreten.

Ebenso herzlich dankte Bismarck am 18. Oktober dem Oberbürgermeister Pabst in Jena für die Überreichung des Gesamt-Ehrenbürgerbriefes aller thüringischen Städte. Am Jahresschlusse endlich, am 25. Dezember sprach er dem Apotheker Schmitz in Samarang in Java und den dortigen deutschen Landsleuten den „verbindlichsten Dank" aus für eine von dorther eingelaufene Adresse und Sendung javanischen Kaffees, „das sehr willkommene Kaffeegeschenk."

Von den Besuchen in Friedrichsruh in dem zweiten Halbjahr 1895 erwähnen wir nur die folgenden: Am 17. Juli überreichte der Vorstand des städtischen Kunstmuseums in Leipzig, Dr. Vogel, dem Fürsten eine von Leipziger Verehrern gestiftete Nachbildung des schönen Siemering'schen Reiterstandbildes Bismarcks am Leipziger Siegesdenkmal. Am 9. Juni rückte der Centralausschuß des Bundes der Landwirte in stattlicher Abordnung in Friedrichsruh auf (etwa 120 Herren und Damen) und wurde durch eine bedeutsame Ansprache Bismarcks ausgezeichnet, die wir aber ihres Inhaltes und ihrer Folgen wegen später vortragen müssen, wo von Bismarcks Anteil an der inneren Politik dieses Jahres die Rede sein wird.

Große Freude ward Bismarck dann bereitet durch den Besuch von sechzig deutschen Veteranen des deutsch-französischen Kriegs, die aus Chicago am 30. August nach Friedrichsruh kamen, um ihm das Ehrenmitgliedsdiplom des dortigen deutschen Kriegervereins zu überreichen. In seinen verschiedenen Ansprachen an die Abordnung sagte der Fürst u. a.: „Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unseres alten Königs Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben alle unter ihm gedient." Und dann später im Schloßhof: „Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalleben, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so, aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen

haben mit ihren Hammerschlägen das Ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht gethan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es sobald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen, wie mit dem Kriege." Endlich sagte er beim Abschied, indem er ein „Wohl auf ihr neues Vaterland und Chicago" ausbrachte: „Die Vereinigten Staaten und Ihr altes Vaterland haben ja nicht zu zanken miteinander."

Im Oktober empfing dann Bismarck noch den Besuch der Gemahlin des Prinzen Heinrich (VII) und den Abschiedsbesuch des ihm seit Jahrzehnten bekannten von Berlin abberufenen englischen Botschafters, Sir A. Malet, in Friedrichsruh. Am 29. November überreichte ihm hier eine Abordnung der Berliner Akademie der Künste die ihm aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenmitgliede gewidmete Adresse. Und am 6. Dezember endlich empfing Bismarck mit Freuden den Besuch der alten parlamentarischen Wortführer seiner Ideen im Reichstag, des Freiherrn v. Stumm und des Herrn v. Kardorff.

In Leid und Freud aber war der „Alte im Sachsenwalde" denen, die er liebte und ehrte, immer nah. So, als er am 2. August dem Sohne des großen, am 1. August verstorbenen Geschichtsforschers Heinrich v. Sybel, dem Professor L. v. Sybel in Marburg, telegraphierte: „Mit der herzlichsten Teilnahme erhalte ich die unerwartete Nachricht von dem neuen Verlust in der Zahl meiner persönlichen Mitarbeiter und befreundeten Altersgenossen." Und dann wieder, als er am 8. Dezember dem bedeutenden Geschichtsmaler Prof. Adolf Menzel in Berlin zum 80. Geburtstage seinen telegraphischen Glückwunsch sendete.

Das Verhältnis des Kaisers zu Bismarck hatte sich ja seit dem Januar 1894*) wesentlich günstiger gestaltet, als es in den Vorjahren gewesen, und blieb auch im Jahre 1895 freundlicher.

*) Zu vgl. Band VI S. 481/485 dieses Werkes.

So ward der Altreichskanzler vom Kaiser eingeladen, an der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals, „Kaiser-Wilhelm-Kanals", teilzunehmen, die in den Tagen vom 19. bis 21. Juni stattfand. Mit Rücksicht auf sein hohes Alter und die Schonung seiner Gesundheit mußte Bismarck diese Einladung jedoch ablehnen. Bei den verschiedenen Feiern in Hamburg, Kiel und Holtenau erwähnte der Kaiser aber in keiner seiner Reden des Fürsten Bismarck, während der Minister v. Bötticher am 20. Juni durch eine kaiserliche Kabinettsordre ausgezeichnet wurde, in welcher es u. a. hieß: „Es ist Mir Bedürfnis, Ihnen für die hingebende Treue, mit welcher Sie dieses epochemachende Werk in allen Phasen seiner Entwickelung geleitet und gefördert haben, Meinen kaiserlichen Dank und Meine volle Anerkennung auszusprechen." Da der Kaiser bei diesen Festen allein sprach, so konnte kein anderer Redner der offenbar nur übersehenen Verdienste des Fürsten Bismarck um dieses nationale Werk gedenken. Ein großer Teil der deutschen Presse aber fand es auffallend, daß nicht einmal der Name des Altreichskanzlers während der ganzen Feier genannt worden sei. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" erwarb sich das Verdienst, an der Hand aller der auch in diesem Werke früher aufgezeichneten Thatsachen den Nachweis zu führen, daß Fürst Bismarck von dem ersten Tage seines Wirkens als preußischer Ministerpräsident an in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auch die Frage eines Nord-Ostsee-Kanals erwogen und später aufs thatkräftigste durchgeführt habe. Die „Hamburger Nachrichten" ergänzten diese geschichtlichen Erinnerungen am 26. Juni durch die äußerst zutreffende Bemerkung: „Wir glauben, daß ohne den Fürsten Bismarck der Nord-Ostsee-Kanal überhaupt nicht gebaut sein würde. Schon die Erwerbung der Kieler Bucht und Holsteins, die bei ihrer Vorbereitung auch von oben her keine Unterstützung fand, würde ohne die energische Vertretung des damaligen Ministerpräsidenten wahrscheinlich nicht stattgefunden haben, namentlich aber der Kanalbau nicht, der viele Jahre hindurch die Gegnerschaft des Landesverteidigungskomitees zu bekämpfen hatte, an dessen Spitze die entscheidende Autorität, der Graf Moltke,

stand." Zugleich aber bedauert der Artikel, daß die bei der Feier erteilten Auszeichnungen nicht sowohl den in erster Linie um den Kanalbau verdienten Technikern, sondern den „büreaukratischen Behörden, welche den Kanal gelegentlich auf Dienstreisen von Berlin aus inspiziert haben und bei seiner Übergabe an den Verkehr in den Vordergrund traten", zugeflossen seien.

Was bei jener Feier versäumt wurde, holte der Kaiser jedoch nach bei der am 18. August stattfindenden Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. in Berlin. Denn nicht nur lud er zu dieser Feier den Altreichskanzler ein, der nur durch seine Gesundheit am Erscheinen behindert war; auch in der Urkunde, die in den Grundstein des Denkmal eingefügt wurde, war erwähnt, daß neben der Einmütigkeit der deutschen Fürsten, neben Moltke, Roon u. s. w. auch „der weise Rat und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck" die Erfolge des Heldenkaisers verbürgt habe.

Als dann am 2. September der 25jährige Jubeltag des Siegs von Sedan anbrach, telegraphierte der Kaiser an den Fürsten Bismarck, daß ihm besonders an diesem Jubeltage „Herzensbedürfnis" sei, „erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Ew. Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben." Bismarck legte in seiner Antwort dem Kaiser seinen „ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung vom heutigen Tage und für Ew. Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des hochseligen Kaisers und Königs."

Am 27. November sandten Kaiser und Kaiserin dem Fürsten Bismarck einen Kranz als Zeichen der Erinnerung an den Todestag der vor Jahresfrist heimgegangenen Fürstin. Gegen Schluß des Jahres, am 16. Dezember, besuchte dann der Kaiser, nachdem er Tags zuvor die Marinerekruten in Kiel vereidigt hatte, persönlich den Altreichskanzler in Friedrichsruh.

Wie schon bemerkt, verfolgte Fürst Bismarck mit der alten klaren Wachsamkeit auch in seinem Jubeljahre als Achzigjähriger noch alle Vorgänge des deutschen politischen Lebens, der inneren deutschen Politik. Nach seiner ganzen Lebensrichtung wandte er seine Sorge und Teilnahme namentlich auch den Klagen der deutschen Landwirtschaft zu. Gewiß nicht ohne Fühlung mit ihm, hatten die „Hamburger Nachrichten" bereits zu Anfang des Jahres (am 21. Februar) einen bemerkenswerten Artikel gebracht, welcher unter der Überschrift „Ein Ausweg aus dem Dilemma" den Vorschlag machte, der Not der Landwirtschaft dadurch abzuhelfen, daß die Beamten, wie ehedem, ihre Gehälter in „Roggenrente", d. h. nach dem Stande des mittleren Roggenpreises bezahlt und außerdem — nach dem Vorgang Bayerns — Getreide und Fourage von den Landwirten nach einer von den Proviantämtern monatlich zu bestimmenden Preistaxe als Zahlung für fällige Steuern abgenommen würden. In zahlreichen anderen Artikeln desselben „Bismarck-Blattes" wurde dann gezeigt, wie sehr die Bureaukratie die ländliche Selbstverwaltung beschwere und belaste (23. Februar), wie diesem Mißstand Abhilfe zu schaffen sei (6. März) und daß diese Abhilfe gewährt werden müsse, da die Abwendung der kleinen Landwirte von konservativen Anschauungen hauptsächlich diesen Mißständen zuzuschreiben sei (25. Mai). Auch wurde der gehässige Ausdruck „Agrarier" und „Agrariertum" für alle noch so berechtigten Bestrebungen der deutschen Landwirtschaft nachdrücklich bekämpft (3. März) und dabei ausgeführt, die „Agrarier" seien ins Deutsche übersetzt, doch nur „deutsche Bauern und kein Stand, sondern ein Gewerbe".

Wie nahe diese Gedanken Bismarcks eigenen Anschauungen standen, bewies deutlich jene bereits früher erwähnte Ansprache,*) die er am 9. Juni an den in Friedrichsruh erschienenen Zentralausschuß des Bundes der Landwirte hielt. Denn hier wurden alle die soeben aufgezählten Anregungen des Hamburger Blattes zur

*) Dieselbe ist vollständig wiedergegeben bei Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1895 S. 153/156.

Besserung der Lage unserer Landwirtschaft wieder gestreift und betont, der Versuch dieser Besserung sei seitens „der Regierung und Gesetzgebung in den letzten 5 Jahren meiner Überzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, mit dem es hätte geschehen können." Bismarck empfiehlt daher: „daß wir bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung unserer Interessen sehen (Beifall). Dafür müssen wir doch Mitinteressenten wählen, und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und Ar liegen (große Heiterkeit), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Kandidaten darauf ansehen: Hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz bestimmt die Stimme nicht geben, denn dann liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung und Verfolgung seiner Carriere. Ferner auch würde ich mir die Frau ansehen, die mitgeht. Hat die ein Bedürfnis in Berlin zu wohnen und dort eine gesellschaftliche Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen (Heiterkeit). Nachher, wenn er wirklich Minister wird, so wächst er fest vermöge der konservativen Richtung der Frau in der Wohnung, als Minister. . . . Dann entstehen die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirtschaftliche Interessen mit Energie bei ihren Kollegen vertreten (Beifall)."

Obwohl nun Fürst Bismarck in dieser Rede „nur als Privatmann", der „wieder frei für seine alte landwirtschaftliche Fraktion leben" könne, zu „Fraktionsgenossen" gesprochen und ihnen nur den vom Fraktionsstandpunkt durchaus berechtigten Rat erteilt hatte, Männer zu wählen, die *ihre* Interessen vertreten und nicht ehrgeizige und selbstsüchtige eigene Interessen, nicht Streber, die auf dem ersehnten Ministersessel angelangt auch Kleber werden könnten, und obwohl Bismarck zum Beweise seiner loyalen Gesinnung diese Rede in einem Hoch auf den Kaiser ausklingen ließ: „unsern größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten

Schutzherrn der Landwirtschaft und aller produktiven Gewerbe", so bot doch diese Rede der freisinnigen, der christlich-sozialen und namentlich der offiziösen Presse ausgiebigen Stoff zu den heftigsten Angriffen auf den Fürsten Bismarck. Die Offiziösen wollten in dieser Rede namentlich ganz ungebührliche Hindeutungen auf den Staatsminister v. Bötticher erblicken, den Bismarck mit dem „Kleber" gemeint habe.

Sogar der „Reichsanzeiger" legte am 14. Juni Bismarcks Rede so aus und bemerkte: „Wie irrtümlich" es sei „anzunehmen", daß gerade „der Staatsminister v. Bötticher am Amte klebe und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könne", „ergibt sich aus der Thatsache, daß Herr v. Bötticher bereits im Februar 1890 nach zehnjähriger Thätigkeit an der Spitze des Reichsamtes des Innern dem Fürsten v. Bismarck den Wunsch ausgesprochen hat, aus seinen Ämtern entlassen zu werden, und daß Fürst v. Bismarck ihn damals im Dienste zurückgehalten hat. Auch später hat Herr v. Bötticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden ist, wie u. a. aus nachfolgendem allerhöchsten Handschreiben" (vom 29. März 1892) „hervorgeht", das der Reichsanzeiger sodann im ganzen Wortlaut abdruckt.

Die „Hamburger Nachrichten" erwiderten darauf am 16. Juni: Dieses Aktenstück sei ein für Herrn v. Bötticher „sehr ehrenvolles Attest Sr. Majestät des Kaisers". „Etwas zweifelhafter sind wir über die Tragweite der vom »Reichsanzeiger« in erster Linie angeführten »Thatsache«, daß Herr v. Bötticher »bereits im Februar 1890 den Wunsch ausgesprochen habe, entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck selber ihn im Dienste zurückgehalten habe!« Diese »Thatsache« ist für uns ein Novum, und wir würden es mit Interesse begrüßt haben, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Angabe durch ein ähnliches unanfechtbares Aktenstück wie die Kabinettsordre vom 29. März 1892 geführt worden wäre. Die »Kölnische Zeitung« tritt als Schwurzeuge auf, indem sie in ihrer Nummer vom 12. Juni sagt, Herr v. Bötticher hätte schon

vor dem Rücktritt des Fürsten Bismarck ›diesem sein Portefeuille zur Verfügung gestellt‹. Die ›Köln. Ztg.‹ übersieht dabei, daß Fürst Bismarck niemals, am wenigsten im Februar 1890, die Verfügung über Ministerportefeuilles hatte, sondern daß diese lediglich an Allerhöchster Stelle lag. Dort aber war Herr v. Bötticher unserer Erinnerung nach persona gratissima, wie u. a. die Verleihung des Schwarzen Adlerordens bekundet und dadurch bethätigt wurde, daß Herr v. Bötticher sich in der Lage fühlte, die von den Allerhöchsten Auffassungen abweichende Politik seines Vorgesetzten, des Reichskanzlers, bezüglich der Arbeiterfragen offen und amtlich zu bekämpfen. . . Wir sind viel eher geneigt, zu glauben, daß in damaliger Zeit das Verbleiben des Herrn v. Bötticher im Amte für sicherer galt, als das des Fürsten Bismarck."

Nachdem dann die Äußerung des Fürsten Bismarck an die Landwirte dahin richtig gestellt wird: „Der Fürst empfiehlt, bei der nächsten Wahl keinen ›Klebern und Strebern‹ mit Frauen, die an großen Berliner Wohnungen hingen, die Vertretung zu übertragen; mit keiner Silbe greift er in die königliche Prärogative der Ministerwahl ein, er spricht nur von der Abgeordnetenwahl," wird weiter gefragt: „Wie kommt es nun, daß gegen eine solche Äußerung, zu welcher der Insasse von Friedrichsruh jederzeit als Wähler und Urwähler berechtigt ist, plötzlich die ganze capriviistische Presse in Aufmarsch gerät, respektive zum Angriff bläst, und daß der ›Reichsanzeiger‹, der ohne ministeriellen Einfluß doch nicht zugänglich ist, mit der ›Köln. Ztg.‹ in ein Horn zu stoßen angewiesen wird? Uns ist dies aufgefallen, aber wir schließen daraus noch nicht, daß die Männer und Fraktionen, deren Beihilfe hieraus erkennbar ist, sich irgendwie durch die Friedrichsruher Rede getroffen fühlten. Nicht, daß sie keinen Anlaß dazu hätten, aber wir glauben, daß sie zu abgehärtet gegen Vorwürfe sind, um allein aus Empfindlichkeit in dieser Weise nach dem Spruche: wen's juckt, der kratze sich, zu reagieren. Es scheint uns vielmehr ein Vorstoß nach oben hin vorzuliegen, zur Befestigung des alten

Caprivismus. Es handelt sich hierbei nicht sowohl um Personen, die miteinander kämpfen, als um Systeme, um die Frage, ob schließlich der alte Kurs mit seinem Schutze der inländischen Produktion oder der neue caprivistische (Kurs) mit dem Gewinnen der Gegner durch Tributzahlung bei uns fixiert werden soll."

„Die »Köln. Ztg.« und ihre Caprivistischen Freunde verlangen, wie wir dies aus einem Artikel des Blattes schließen,*) vom Fürsten Bismarck, daß er schweigt, gehorcht und Steuern zahlt. Warum verlangen sie dies nicht auch von Herrn Richter, Bebel und anderen? Der Unterschied ist doch nur der, daß der ehemalige Reichskanzler eine längere politische Erfahrung und ein in sachlicher Arbeit gereiftes Urteil hat, was den anderen abgeht. Der Bismarck der »Köln. Ztg.« hätte nach ihrer Ansicht den Landwirten, die ihn besuchten, um ihm eine politische Anrede zu halten, antworten sollen: »Meine Herren, ich darf mir leider wegen meiner Vergangenheit nicht erlauben, über die preußische und deutsche Politik ein Urteil auszusprechen; wenn ich es dürfte, so würde ich Sie beglückwünschen, daß wir heute unter dem segensreichen Regime der Handelsverträge leben,**) daß wir unter dem Grafen Caprivi endlich eine Regierung gefunden hatten, die sich auf die Sozialdemokratie, die Polen und die Fortschrittler stützte, und daß wir auf allen Gebieten stets mutige und geschickte Minister gehabt haben. Aber da ich früher Reichskanzler war, so muß ich auch diese meine Anerkennung verschweigen.« Auf solchen Unsinn läuft es doch hinaus, wenn Zeitungen, die, wie die Kölnische, ihre Überzeugung vielleicht öfter als ihre Wäsche gewechselt haben, in diesem schulmeisternden Ton den Fürsten Bismarck belehren wollen!"

Wenn dann „die »Köln. Ztg.« und andere Blätter ejusdem

*) Die „Köln. Ztg." hatte u. a. geschrieben: „Mit tiefem Bedauern haben wir diese Rede des Fürsten Bismarck verzeichnet; aus strengem Gerechtigkeitsgefühl, aus der Empfindung der Pflichten, welche eine ruhmreiche Vergangenheit ihrem Träger auferlegt, ist sie nicht hervorgegangen."

**) Die Bismarck bekanntlich für durchaus verfehlt hielt, s. o. Bd. VI S. 426 dieses Werkes.

farinae" weiter unterstellen, daß Bismarck nur in tiefer Verstimmung, zorniger Leidenschaft und mit bestimmten Plänen jene Äußerungen gethan habe, so erklären die „Hamburger Nachrichten" dagegen: „Alle, die den Fürsten Bismarck in der letzten Zeit zu sehen Gelegenheit hatten, haben bei ihm nur einen Grund zur Verstimmung entdeckt, und der liegt in seinen neuralgischen Gesichtsschmerzen. Ebensowenig hat der Fürst ein Bedürfnis — und wenn er es hätte, schwerlich die Möglichkeit — auf die Gestaltung der jetzigen Regierung irgendwie Einfluß zu gewinnen. Wir sind gewiß, daß er nicht einmal die Absicht hat,*) Rat zu erteilen, wenn ein solcher von ihm begehrt werden sollte; er würde sich enthalten, die Verantwortlichkeit für einen Rat zu übernehmen, auf dessen praktische Durchführung er keinen Einfluß hätte.**) Daß er aber einen solchen in amtlicher Stellung wieder erstrebe, haben selbst seine unfreundlichsten Gegner ihm bisher nicht Schuld gegeben. Die ›Köln. Ztg.‹, welche seinerzeit den Ausdruck ›Civil-Wallenstein‹ erfunden hat, während ihr dabei der Octavio Piccolomini ganz entgangen ist und sie immer nur den tugendhaften Max citiert, macht in ihrem Artikel dem Fürsten Bismarck auch noch den Vorwurf der Feigheit und des Hinterhalts. Die Haltung, die Fürst Bismarck im Dienste und später von 1890 bis 1895 beobachtet hat, verdient diesen Vorwurf sicher nicht, wohl aber findet er Anwendung auf Leute, die aus Ehrgeiz gegen ihren Vorgesetzten konspirieren."

Dieser Artikel wurde so eingehend wiedergegeben, weil er

*) Schon diese Wendung zeigt, in wie enger Fühlung mit Bismarck dieser Artikel geschrieben ist.

**) Fast wörtlich so sprach sich Fürst Bismarck am 15. Januar 1896 dem Berliner politischen Berichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Dr. Liman, gegenüber aus, als dieser äußerte, man möge doch in Fragen von internationaler Bedeutung den Rat oder Schiedsspruch des Fürsten einholen. Bismarck fügte dem Dr. Liman gegenüber nur noch hinzu: „Wenn ich solche Ratschläge erteilte, ohne deren Ausführung bestimmen zu können, so würde ich immer derjenige sein, welcher . . . . . ." „Leipziger Neueste Nachrichten" vom 19. Januar 1896.

durchweg Ausführungen enthält, die Bismarck selbst in früheren und späteren Ansprachen that und Bismarcks Stellung gegenüber den „Epigonen des Grafen Caprivi" in großer Klarheit und Schärfe zeichnet, endlich, weil dieser Artikel den Anlaß zu einer offiziösen Preßpolemik bildet, die sich bis in den Januar 1896 fortsetzt. Wahrlich nicht zum Vorteil der Offiziösen! Denn schon am 24. Juni 1895 schlossen die „Hamburger Nachrichten" einen weiteren Artikel „Zur Rede des Fürsten Bismarck" mit den Worten: „Wir können darnach nur sagen, es war ein Irrtum, wenn Herr v. Bötticher sich von den Äußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirten gegenüber getroffen fühlte und deshalb so grobes Geschütz, wie in den offiziösen Artikeln der „Köln. Ztg." und der amtlichen Veröffentlichung im „Reichsanzeiger", lösen ließ. Wir glauben auch nicht, daß der ganze Vorgang bei Herrn v. Bötticher unangenehme Erinnerungen hinterlassen wird, da die für ihn allein wichtigen Allerhöchsten Kundgebungen vielleicht durch sein Mißverständnis der landwirtschaftlichen Rede von Friedrichsruh an Wärme gewonnen haben werden." Als natürlich auch die fortschrittliche Presse vom Schlage der „Vossischen Zeitung" in diesem Streite für die Offiziösen gegen den Altreichskanzler Partei nahm, antworteten ihr die „Hamburger Nachrichten" am 25. Juni: „Die »Voss. Ztg.« schreibt, Herr v. Bötticher sei neben Herrn v. Marschall das bevorzugte Ziel für die Pfeile des Bundes der Landwirte. Wir halten es für eine ungenaue Klassifikation, wenn man Herrn v. Bötticher und Herrn v. Marschall gewissermaßen in einen Topf wirft als Gegner der Landwirte. Herr v. Bötticher ist an und für sich kein Gegner des Bundes der Landwirte noch sonst irgend einer Richtung. Er hat das Bedürfnis, in dem Amte, in der Beschäftigung und in der Wohnung zu bleiben, worin er sich befindet, und an Ehre und Auszeichnung fehlt ihm eigentlich nichts mehr als die Mitgliedschaft in der Rangklasse der Feldmarschälle, die er erreicht haben würde, wenn er nach dem Abgange des Fürsten Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden wäre. Im übrigen ist er kein notwendiger Gegner irgend einer Partei und

geschäftlich von großem Geschick und Erfahrung. Er ist daher schon aus letzterem Grunde mit Herrn v. Marschall durchaus nicht in die gleiche Kategorie zu stellen."

„Unter den offiziösen Blättern der Caprivi-Epigonen in der Wilhelmstraße nimmt die ›Weser Zeitung‹ einen hervorragenden Platz ein," bemerken die „Hamburger Nachrichten" am 9. Juli weiter in einem Artikel „Graf Herbert Bismarck". „Sie schreibt, und andere Offiziöse drucken es nach, Fürst Bismarck wäre bei Darlegung seiner Auffassung über die Landwirtschaft und deren Wahlpolitik von der Entrüstung darüber geleitet worden, daß seinem Sohne Herbert nicht ein hohes Reichsamt zu Teil geworden sei." Zur Widerlegung dieser boshaften Unterstellungen druckt das Hamburger Blatt zunächst einfach einen Artikel vom 17. Mai 1892 ab, in welchem es die geschichtlich unumstößliche Thatsache des freiwilligen Ausscheidens des Grafen Herbert aus seinen Ämtern und die ehrenhaften und pietätvollen Beweggründe zu diesem Schritte dargelegt hatte. Dann aber bemerkt es, „um diese neueste Gehässigkeit der Offiziösen und ihre gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe in das rechte Licht zu setzen: Diese Angriffe gehen von Männern aus, die ihre eigene Wertschätzung nur nach dem offiziellen Stempel bemessen, der ihnen in Gestalt von Ämtern, Orden, Rang und Titel staatlich attestiert wird, und welche die gleiche Gesinnung auch unabhängigen Männern Schuld geben, die nicht bereit sind, ihre politische Überzeugung um eines Amtes willen zu verleugnen oder unterzuordnen. Die offiziösen Artikelschreiber haben eben keine Vorstellung davon, daß andere durch das eigene Ehrgefühl in die Unmöglichkeit versetzt sind, die Pfade zu wandeln, auf denen sie sich behaglich fühlen. Graf Herbert Bismarck hat seit seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienste an keinem Tage die Absicht gehabt, sich um ein Staatsamt zu bewerben.*) Die entgegengesetzte Behauptung entspringt dem persönlichen Haß

*) Natürlich konnte auch diese Thatsache nur auf Grund bestimmtester Angabe von Friedrichsruh festgestellt werden.

gegen seinen Vater, und diesem Hasse erscheint jedes Mittel, auch das der bewußten Lüge, im Parteiinteresse gerechtfertigt."

„In die nämliche Kategorie gehört die Behauptung der »Germania«, daß Fürst Bismarck als Minister selbst der »richtige Kleber« gewesen sei", schreibt das Hamburger Blatt am nämlichen 9. Juli. „Wir bedauern, daß es ihm den Umständen nach nicht möglich war, diese Eigenschaft noch länger zu bethätigen. Die „Germania" sagt, „er habe die größten Anstrengungen gemacht, sich im Amte zu erhalten, und die Wut, die sich nach seiner Entlassung kund gegeben habe, zeige klar, wie groß der Ärger Bismarcks über den Verlust seiner verschiedenen, so einträglichen Posten gewesen sei." Die Lüge zeigt, wie dreist die „Germania" ihren Lesern gegenüber sein darf. Jeder leidlich unterrichtete Mensch weiß, daß Fürst Bismarck nur einen einzigen bezahlten Posten hatte, den des Reichskanzlers mit 54000 ℳ, derselben Einnahme, die er als preußischer Ministerpräsident schon früher besaß, 4000 ℳ mehr als sein Staatssekretär des Innern."

Die bismarckfreundliche Presse in ganz Deutschland war empört über diese verleumderischen Beleidigungen der Offiziösen und ihrer Genossen von der roten und schwarzen Farbe gegen den ehrwürdigen Altreichskanzler, und in vielen Zeitungen, wie z. B. den Berliner und Leipziger „Neuesten Nachrichten" wurde nun „die Maulwurfsarbeit" des Herrn v. Bötticher beim Sturze des Fürsten Bismarck gebührend aufgedeckt und beleuchtet. Darauf wagten einige dem Minister günstige Preßorgane die Behauptung: Herr v. Bötticher habe seine von Bismarck abweichenden Ansichten in den Arbeiterfragen 1890 dem Kaiser gegenüber mit vollem amtlichem Recht vertreten dürfen. Diese kundigen Thebaner wurden aber am 14. Oktober von den „Hamburger Nachrichten" belehrt: „Staatsminister v. Bötticher war nicht in der Berechtigung, eine andere Ansicht als die des Reichskanzlers zu vertreten, am allerwenigsten hinter dessen Rücken, denn er war als Staatssekretär des Innern der direkte Untergebene des Reichskanzlers, und hatte also die Verpflichtung, mit diesem zu gehen oder auszuscheiden. Zum

Mitgliede des preußischen Staatsministeriums aber war er als Nachfolger Delbrücks und Hofmanns lediglich ernannt, um dort die Ansichten des Reichskanzlers zu vertreten, wenn derselbe persönlich nicht im stande war. Auch beim Kaiser hatte Herr v. Bötticher nicht die Berechtigung, andre Auffassungen als die seines Vorgesetzten zu unterstützen," ebensowenig im Parlament. „Beides hat er unterlassen, und wir glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausscheiden des ersten Reichskanzlers führten, im Kabinett, besonders aber bei Immediatvorträgen" (an den Kaiser) „sich der besonderen Befürwortung durch Herrn v. Bötticher erfreut haben."

Angeblich bereits lange vor all' den vernichtenden Schlägen, welche dieser thörichte Feldzug gegen Bismarck dem Herrn v. Bötticher eingetragen, hatte dieser zu dem zwar nicht ungewöhnlichen, aber in diesem Falle völlig untauglichen Mittel gegriffen, seine anima candida einem Reporter des „Berliner Lokal-Anzeigers" zu erschließen, und dieses schätzbare Blatt veröffentlichte nun im Oktober 1895 diese angeblich schon „im vorigen Jahre" stattgefundene Unterredung, die mit den äußerst glaubhaften Worten Böttichers begann: „Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht" u. s. w. Trotz der äußersten Anstrengungen des Herrn v. Böttticher, den Fürsten Bismarck im Amte zu erhalten, sei dieser vielmehr allein Schuld an seinem Sturze gewesen, weil „er es nun nicht verstand, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden". Die „Hamburger Nachrichten" übergingen in einem Leitartikel vom 18. Oktober „Herr v. Böttticher" die lyrischen Partien dieser Legende mit vornehmem Stillschweigen, wiederholten dann nur: „daß der Minister v. Böttticher seinem damaligen Ressort nach nicht berechtigt war, mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, in einen Wettbewerb im Reichstage oder beim Kaiser einzutreten" und bemerkten auf die Enthüllung der Hauptursache des Sturzes Bismarcks, die Herr v. Böttticher dem „Lokal-

Anzeiger" offenbart hatte, ironisch: „daß Fürst Bismarck es nicht verstand, in Konkurrenz mit Herrn v. Böttticher im Kabinett die Dinge so vorzutragen, daß ‚die Vorstellungen beim Kaiser Eingang fanden', bedauern wir umsomehr, als der Fürst im Verkehr mit hohen Herrschaften sonst in seiner Dienstzeit nicht unglücklich gewesen ist". — Herr v. Böttticher rüstete nun vorläufig gegen Friedrichsruh ab.

In der ersten Septemberwoche (1895) veröffentlichte der sozialdemokratische „Vorwärts" den berüchtigten „Scheiterhaufen-Brief Stöckers" an den Freiherrn v. Hammerstein vom 14. August 1888, in welchem alle dem „teuren Gottesmann" geläufigen Mittel aufgezählt waren, zu dem edeln Zwecke: „um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck zu überlassen. Man muß also rings um das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen. Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv (!!) auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne ihn zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — Bismarck — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck hat selbst gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein." Herr Stöcker konnte, trotz aller anfänglichen Versuche, sich auf seine bedauerliche Gedächtnisschwäche zu berufen, die Echtheit dieses Briefes nicht in Abrede stellen. Die „Hamburger Nachrichten" gaben aber noch vor Abschluß dieser Versuche am 9. September unter der Überschrift „In Sachen Stöcker" folgende Enthüllung und Erklärung der Feindseligkeit Stöckers gegen Bismarck: Unter Kaiser Friedrich habe, unter Zuziehung hoher Beamter und Offiziere, ein Kronrat in Charlottenburg zur sofortigen Beseitigung Stöckers stattgefunden, wofür sich die Stimmung der Meisten erklärte. Gleichwohl habe der Kaiser, auf Antrag Bismarcks, Herrn Stöcker nur zur Wahl gestellt, entweder seine Stellung als Hof- und Dom-

prediger beizubehalten, oder aber die öffentliche Agitation in Volksversammlungen fernerhin nicht fortzusetzen. Stöcker habe den Verzicht auf die Agitation gewählt, sei aber trotzdem ein halbes Jahr *nach* der Entlassung Bismarcks seiner Stellung als Hof- und Domprediger enthoben worden. Dann fahren die „Hamburger Nachrichten" wörtlich fort: „Die Entstehung und Bitterkeit der Stimmung Stöckers" (bei Abfassung jenes Briefes) „verdankt sie jedenfalls der Haltung, welche der Reichskanzler in seinem Verkehr mit dem Prinzen" (später Kaiser Wilhelm II.), „den ›Matineen‹ beim Grafen Waldersee gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Koterie" (auf kirchlich-hierarchischem Gebiete) „gewonnen wurde."

Noch deutlicher erklären dann die „Hamburger Nachrichten" am 28. September in einem Artikel „Herr Stöcker" das in dem „Scheiterhaufen-Briefe" bekundete Mißvergnügen des verflossenen Hofpredigers gegen Bismarck: „Herr Stöcker hat den Beistand, den ihm in dem Charlottenburger Kronrate der Fürst Bismarck, soweit er es nach staatlicher Pflicht vermochte, geleistet hat, nicht so hoch veranschlagt, daß seine Empfindlichkeit über die Verhinderung der Beschlagnahme des Prinzen Wilhelm dadurch abgeschwächt worden wäre. Herrn Stöckers Vorstoß gegen den damaligen Reichskanzler war ein Ergebnis des Mißvergnügens darüber, daß der Reichskanzler es ablehnte, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen, und auf amtlichem Gebiete dem Versuche, ein von der Staatsregierung unabhängiges protestantisches Zentrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt hatte. . . . . Die Provokation ging nur von Herrn Stöckers eigenem herrschsüchtigem Ehrgeize aus."

Inzwischen war auch der Mann, an den jener Scheiterhaufen-Brief gerichtet war, Herrn Stöckers „Beichtkind", der Leiter der „Kreuzzeitung" und der ihr gleichgesinnten Konservativen, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Freiherr v. Hammerstein, aus dem öffentlichen Leben, ja, steckbrieflich verfolgt, sogar aus Deutschland ver-

schwunden. Und sofort wußte die gesamte bismarckfeindliche Presse, aber auch ein Teil der offiziösen, wie der „Hamburgische Korrespondent", davon zu erzählen, daß v. Hammerstein „bis zu einem gewissen Grade ein Vertrauensmann Bismarcks gewesen sei", daß dieser ihm die Stellung bei der „Kreuzzeitung" verschafft und von letzterem wieder Unterstützung und Beistand erfahren habe. Die „Hamburger Nachrichten" antworteten darauf am 28. September und 16. Oktober: „Merkwürdig, solange Herr v. Hammerstein in Ansehen stand, hat niemand daran gedacht, den Fürsten Bismarck für seine Thätigkeit verantwortlich zu machen. Dessen Beziehungen zur ‚Kreuzzeitung' sind seit der Deklarantenzeit*) nie derart gewesen, daß er einen Einfluß auf die Anstellungen in der Redaktion dieses Blattes gehabt hätte, da die gegenseitige Erkältung seit jener Zeit unvermindert fortbestand. Auf eine Phase, in welcher Herr v. Hammerstein den Fürsten Bismarck unterstützt habe, können wir uns nicht besinnen; wir haben jedenfalls nicht den Eindruck, daß dies der Fall gewesen sei, sondern haben in Herrn v. Hammerstein immer eher einen politischen Gegner und persönlichen Feind des ersten Reichskanzlers gesehen. Um dieses Verhältnis herzustellen, würde kaum erforderlich gewesen sein, daß die Herren v. Hammerstein und Stöcker gemeinschaftlich Versuche machten, ein evangelisches Zentrum der Staatsregierung gegenüber zu gründen."

Auch gegen den Ultramontanismus hielt der Altreichskanzler die Augen offen, indem er dem ihm ergebenen Hamburger Blatt bezüglich des folgenden Artikels vom 9. Mai die „entsprechenden Informationen" erteilte: „Es überrascht uns, daß viele Blätter die Abwehr des ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy, gegen die Agitationsreise des Nuntius Agliardi in Ungarn als »Aufsehen erregend« bezeichnen, während sie betreffs des Vorgehens des päpstlichen Gesandten weder Überraschung noch Widerspruch zum Ausdruck bringen. Der Anspruch des Nuntius, seinerseits der Vertreter der ungarischen Katholiken gegen die ungarische Re-

*) S. o. Bd. V S. 725 fg. dieses Werkes.

gierung zu sein, wird in seiner Tragweite auch denen, die sich nicht darüber wundern, doch vielleicht klar, wenn sie sich vorstellen, daß beispielsweise der päpstliche Nuntius in Paris der französischen Regierung gegenüber den Anspruch aufstellte, zur Vertretung der französischen Katholiken ihr gegenüber berufen und berechtigt zu sein." Diese für die Staatsordnung unerträgliche Rolle habe aber die ehemalige katholische Abteilung des Kultusministeriums in Preußen gespielt,*) „und deshalb eben war sie eine in der preußischen Staatsverfassung unhaltbare Einrichtung".

Kräftigen Einspruch erhoben die „Hamburger Nachrichten" am 16. Juli ferner dagegen, daß der aus dem Centrum hervorgegangene Präsident des Reichstags, Herr v. Buol, in dieser Eigenschaft die Reichsboten amtlich und unter Benützung der Portofreiheit des Präsidiums zur Einweihung des Windthorst-Denkmals eingeladen hatte.

Nachdem die ungeschickte, von der Regierung gegen Ende 1894 eingebrachte und durch das Centrum noch verschlechterte Umsturzvorlage im Reichstag naturgemäß gescheitert war, ließ Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" seine alten Losungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgehen: Kartell aller staatserhaltenden Elemente gegen die Umsturzpartei (29. Sept.), Entziehung des Rechtsschutzes zu gunsten von Sozialdemokraten bei weiterem Überhandnehmen des sozialdemokratischen Parteimeineides vor Gericht (1. Oktober) und amtlich-statistische Ermittelung aller bekannten Sozialdemokraten, denen dann das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen wäre (7. Januar 1896).

Nur selten ließ Fürst Bismarck im Jahre 1895 sich über Fragen der auswärtigen Politik vernehmen — unser nächstes Kapitel wird auf diesem Gebiete um so reichhaltiger sein. Die Beteiligung Deutschlands an dem Haltgebot, das Rußland und Frankreich dem siegreichen Japan in dem Kriege gegen China entgegenriefen, wurde in den „Hamburger Nachrichten" (7. Mai) als „verfrüht" bezeichnet,

*) S. o. Bd. V S. 10 fg. dieses Werkes.

dann aber (23. Mai) „wohl nur aus dem Bedürfnis erklärt, mit Rußland die Fühlung wieder zu gewinnen, die durch manche Erlebnisse der letzten Jahre verloren gegangen war", in diesem Sinne auch gutgeheißen, dabei jedoch die Mahnung ausgesprochen: „Wir glauben, daß es richtig ist, daß die Regierung, nachdem sie den Sprung ins Dunkle einmal gethan, auch fest mit Rußland durchhält." Diese Mahnung ist glücklicherweise beachtet worden.

Argwöhnisch verfolgten Bismarcks scharfe Augen das Treiben Cecil Rhodes' an den Grenzen der englischen Kapkolonie. Am 23. Mai 1895 schrieben die „Hamburger Nachrichten": „Die Erklärung Hendrick Witbois,*) daß ihm Cecil Rhodes Waffen geliefert habe, lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die Persönlichkeit des Premierministers der Kapkolonie, der an der Spitze der dortigen Goldunternehmungen steht. Er muß jedenfalls über sehr bedeutende Geldmittel verfügen, die ihm auch die Unterstützung Hendrick Witbois möglich gemacht haben. Man sagt von Cecil Rhodes, daß er die finanzielle Sanierung einflußreicher Leute in England mit bereitwilliger Freigebigkeit geleistet und dadurch für alle etwaigen Sünden sich Absolution gesichert habe. Wir wollen keine Namen nennen; in England wird man verstehen, was wir meinen." Ein halbes Jahr später fand unter Rhodes' Mitwirkung der Flibustierzug D. Jamesons gegen Transvaal statt, und Rhodes blieb in der That unangefochten!

Sehr bemerkenswert gerade in unseren Tagen sind endlich einige Sätze aus dem Artikel „Friedenszuversicht", den die „Hamburger Nachrichten" vom 22. Juni 1895 an die Kaiserreden in Hamburg und Kiel anläßlich der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals knüpften. Da bemerkt nämlich das Organ Bismarcks: „Selbstverständlich ist, daß die Gegensätze der internationalen Situation, welche den Frieden bedrohen, und wie sie z. B. in der Revanchelust der Franzosen vorliegen, selbst durch die bestgemeinte und ehr-

*) Dessen Raubzug und Aufstand in Deutsch-Südwestafrika vom Hauptmann v. François niedergeworfen worden war.

lichste Friedensrede des deutschen Kaisers nicht paralysiert werden, sondern so lange fortbestehen wie ihre Ursachen, also, was Frankreich anbetrifft, so lange, als der Verlust von Elsaß-Lothringen und des früheren militärisch-politischen Prestiges der Franzosen andauert. Es läuft mithin auf eine nicht ungefährliche Täuschung des öffentlichen Urteils über unsere Lage Frankreich gegenüber hinaus, wenn von offiziösen und anderen Blättern auf Grund der Kaiserreden die nunmehr erfolgte völlige Sicherung des europäischen Friedens vor jeder Störung behauptet wird. Die Franzosen verfolgen uns gegenüber die nämliche Taktik wie die Sozialdemokraten: sie warten unter mehr oder minder geschicktem Verbergen ihrer wahren Absichten so lange, bis sie auf Grund von Bündnissen, vorteilhafter europäischer Konstellation, Überlegenheit der militärischen Bewaffnung oder anderer Ursachen sich stark genug fühlen, und die Gelegenheit, über uns herzufallen, ihnen günstig zu sein scheint. Über diese Sachlage wollen wir uns doch durch keine Feststimmung täuschen lassen, sondern wie früher die Augen offen und unser Pulver trocken halten."

Fast dasselbe sagte unser Kaiser jüngst, im September 1898, bei einer seiner Manöverreden.

Zweites Kapitel.

Bismarck im Jahre 1896.

Das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck gestaltete sich auch in diesem Jahre recht freundlich. Bismarck hatte dem kaiserlichen Herrn am Neujahrstage seine Glückwünsche telegraphisch dargebracht. Darauf antwortete der Kaiser am 2. Januar mit einem Handschreiben. Der herzlichen Einladung des Monarchen an den Fürsten zur Teilnahme an der erhebenden Jubelfeier der Kaiserproklamation von Versailles (am 18. Januar 1871) konnte Bismarck mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand leider nicht Folge leisten. So verlief denn auch dieses große Nationalfest, zu welchem der Kaiser auch die Reichstagsabgeordneten von 1870 und 1871 — darunter auch den Verfasser dieses Werkes — geladen hatte, ohne die Anwesenheit des einsamen Baumeisters der deutschen Einheit und Wiedererneuerers der deutschen Kaiserherrlichkeit.

Aber der Kaiser gedachte seiner in huldvoller und feierlicher Weise. Denn in der festlichen Botschaft, die der Monarch vor den Mitgliedern des jetzigen und ehemaligen Reichstags am 18. Januar 1896 im Weißen Saal des Königsschlosses zu Berlin verlas, war u. a. folgender Satz enthalten: „In freudiger Begeisterung über die heiß ersehnte und schwer errungene Einheit und Machtstellung, in festem Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rat bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers, des Fürsten v. Bismarck" — bei diesen

Worten brach brausender Jubelruf aus der Versammlung hervor — „stellten sich die werkthätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit.“ Am nämlichen Tage verlieh der Kaiser dem Fürsten Bismarck auch den neu gegründeten „Wilhelm-Orden“, der satzungsgemäß „an solche Männer, Frauen und Jungfrauen verliehen werden soll, die sich hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes im allgemeinen sowie insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete im Sinne der Botschaft des hochseligen großen Kaisers erworben haben.“

Endlich richtete der Kaiser an demselben Tage noch ein Handschreiben folgenden Wortlauts an Bismarck: „Mein lieber Fürst! Ich kann den heutigen Tag, an welchem vor 25 Jahren durch die Kaiser-Proklamation zu Versailles der Bund der deutschen Fürsten und Stämme gekrönt und der Schlußstein dem neuerrichteten Bau des deutschen Reiches eingefügt wurde, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hervorragenden Verdienste um das Gelingen dieses welthistorischen, für unser deutsches Vaterland so segensreichen Werkes zu gedenken und Ihnen Meinen unauslöschlichen Dank zum Ausdruck zu bringen. Zur bleibenden Erinnerung an Ihre Meinem hochseligen Herrn Großvater wie dem Reiche in jener großen Zeit geleisteten Dienste habe Ich beschlossen, Ihr Bildnis in ganzer Figur und in Lebensgröße malen zu lassen und ihm einen Ehrenplatz im Reichskanzler-Palais anzuweisen.“

In ebenso warmen Worten dankten die deutschen Fürsten an diesem Nationalfesttage dem Einsiedler von Friedrichsruh telegraphisch, so namentlich der Prinz-Regent Luitpold von Bayern, der König von Württemberg, die Großherzöge von Baden, von Mecklenburg-Schwerin und Weimar, der Herzog von Meiningen u. s. w. Großherzog Carl Alexander von Weimar telegraphierte: „Als Deutscher, als Reichsfürst, als Ihr besonderer Verehrer und Freund wünsche ich Ew. Durchlaucht Glück zum heutigen Tage. Der allmächtige Gott hat durch Sie unser Vaterland vereinigt, das deutsche Reich wieder aufgerichtet. Indem wir Deutsche Ihnen dafür danken und Sie preisen, empfinden wir, was Ew. Durchlaucht geleistet.

Der Allmächtige wolle fortan erhalten und in reichstem Maße segnen, was Sie gethan. Ich spreche dies in tiefer Bewegung, weil auch im Gedenken an den hochseligen Kaiser Wilhelm, meinen Schwager, wie an die Kaiserin, meine Schwester, auch im Namen der Großherzogin aus. Sie aber ermessen, wie herzlich dies meint Ew. Durchlaucht innigst ergebener Freund C. A."

Die konservativen Parteien des Reichstags, die deutsche Reichspartei und die deutsch-soziale Reformpartei sandten ein gemeinsames Glückwunsch-Telegramm nach Friedrichsruh, nicht minder die zum gemeinsamen Festmahl versammelten nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und Abgeordnetenhauses. Besonders bemerkenswert ist Bismarcks Antwort an den Führer dieser Fraktionen, v. Bennigsen: „Ew. Exzellenz bitte ich, Ihren Herren Fraktionsgenossen für die ehrenvolle Begrüßung in Rückblick auf unsere langjährige Mitarbeiterschaft meinen verbindlichsten Dank auszusprechen." Natürlich dankte Bismarck auch den Fürsten einzeln, die ihn durch Beweise ihrer Huld geehrt hatten. Am 20. Januar aber erließ er an alle, „die bei dieser Gelegenheit" seiner „so freundlich gedacht" hätten, einen öffentlichen Dank.

Am 24. Januar ernannte der Kaiser, als König von Preußen, den Fürsten Bismarck auch zum stimmfähigen Ritter der Friedensklasse des Ordens pour le mérite.

Am Vorabend von Kaisers Geburtstag, am 26. Januar, brachten die „Hamburger Nachrichten" einen Artikel, der aussprach: Der 27. Januar sei mehr und mehr, wie ehedem der „unvergeßliche 22. März" zum Nationalfesttag der Deutschen geworden, namentlich habe „die letzte Zeit" das bewirkt. „Wir haben für den morgigen Festtag keinen besseren Wunsch, als den, daß dem deutschen Volke Anlaß gegeben werde, die Feier des kaiserlichen Geburtstages von Jahr zu Jahr nach der persönlichen Seite hin immer mehr zu vertiefen. Wir haben keine andere Vertretung der wieder errungenen nationalen Einheit, als die vorhandenen Institutionen, d. h. Kaiser und Reich. Die müssen gehalten und gedeckt werden, auch wenn man nicht mit allen Einzelheiten ein-

verstanden ist, die zu Tage treten. Wir bedauern, daß diese Einsicht nicht überall im deutschen Volke besteht. Jede Zustimmung, die der Kaiser findet, befestigt den Reichs- und Staatsgedanken, jede Abwendung vom Monarchen schädigt ihn. Wir begrüßen das neue Lebensjahr, in das der Monarch eintritt, mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es ihm beschieden sein möge, in seinem Streben als Regent alle die Ziele zu erreichen, die ihm zum Heile von Reich und Volk vorschweben. Wir hegen deshalb heute den weiteren Wunsch, daß der Kaiser in Zukunft stets Räte und Mitarbeiter finden möge, die seine Intentionen unverfälscht fördern und durchführen."

Am 31. März — am Vorabend von Bismarcks Geburtstag — ernannte der Kaiser den Schwiegersohn des Fürsten, Grafen Rantzau, zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Exzellenz.

Bei der Jubelfeier des Frankfurter Friedens, am 10. Mai, nahm das Kaiserpaar an der Enthüllung des Reiterstandbildes des Kaisers Wilhelm in Frankfurt a. M. persönlich teil, und im Anschluß an diese Feier telegraphierte der Kaiser an Fürst Bismarck mit Bezug auf den Frankfurter Frieden: „Welche unermeßlichen Verdienste Sie, Mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist Mir Bedürfnis und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in Meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben."

Als am 26. Mai die Gattin des Grafen Wilhelm v. Bismarck von einem Sohne — dem ersten Enkel des Fürsten, der den Namen Bismarck trug — entbunden worden war, nahm der Kaiser die Patenschaft des Kindes an, das am 14. Juli auf die Namen (Wilhelm Oskar Otto) Nikolaus getauft wurde.

Von den Begebenheiten des Jahres 1896, die Bismarcks persönliches Leben berührten oder für sein persönliches Wesen und

Empfinden besonders kennzeichnend sind,*) erwähnen wir die folgenden. Für seine Unbefangenheit auch langjährigen politischen Widersachern gegenüber ist wohl besonders bemerkenswert ein Schreiben folgenden Inhaltes an die Expedition der „Freisinnigen Zeitung" in Berlin (vom 27. Januar): „Der Expedition der ›Freis. Ztg.‹ danke ich verbindlichst für Übersendung des zweiten Bandes der Erinnerungen des Herrn Eugen Richter, von denen ich mit Interesse Kenntnis nehmen werde." Sehr hübsch ist auch das Glückwunschschreiben des Fürsten vom 5. Februar zum 80. Geburtstage des ältesten Deichhauptmannes der Provinz Schlesien, Nitschke in Guhrau: „Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, zu Ihrem Geburtstage die Glückwünsche eines Alters- und Berufsgenossen entgegenzunehmen, der bemüht gewesen ist, die Aufgaben des Deichhauptmannes auch im politischen Leben zur Lösung zu bringen."

Viele der edeln Züge in Bismarcks Wesen treten sodann in dem jedenfalls von ihm veranlaßten Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 9. Februar „Zu gunsten des Berliner botanischen Gartens" hervor. Denn der Schlußsatz z. B. deckt sich wörtlich mit einem Satze in einer der parlamentarischen Reden Bismarcks. Der Artikel lautet: „In Berlin droht dem dortigen botanischen Garten das Schicksal, von der Bauspekulation verschlungen zu werden. Wir haben das Bedürfnis, eine Lanze für seine Unterhaltung zu brechen. Das Terrain, auf dem Berlin steht, ist doch eine Sandwüste mit geringen Ruhepunkten für das Auge und ohne allen landschaftlichen Reiz, wenn man vom Tiergarten und dem Friedrichshain absieht. Unter diesen Umständen wäre es ein um so ärgerer Vandalismus, den langjährig herangewachsenen botanischen Garten inmitten des künftigen Berlins seines Baumschlags zu entkleiden, umsomehr, als derselbe ein besonders ausgewählter ist. Wir würden es für eine Verletzung des guten Geschmacks, der Gesundsheitspflege und der Berliner Landschaft halten, wenn man dieses zufällig vorhandene Besitztum und das Herantreten der Natur

*) Die Besuche in Friedrichsruh während dieses Jahres werden unten besonders aufgezählt.

an die Wüste von Bau- und Pflastersteinen, die Berlin bildet, zerstören wollte."

Bei dem Jubiläum zum 25jährigen Bestehen des Bundesrates brachte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe an dem Festmahl (am 20. Februar) einen Trinkspruch auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte aus, in welchem folgender Satz besonders beachtet wurde: „Ich weiß wohl, daß heute an dieser Stelle ein anderer, ein besserer und größerer Mann stehen sollte, der Mann, in dem das deutsche Volk, nächst dem großen Kaiser Wilhelm, den Gründer seiner Einheit verehrt und verehren wird bis an das Ende seiner Tage." Merkwürdigerweise zollte fast nur der „Hannoversche Kourier" am 21. Februar dem Fürsten Hohenlohe Anerkennung und Dank für diese pietätvolle und warme Erwähnung seines großen Vorgängers. Das Blatt „erklärte den Hinweis auf den Fürsten Bismarck bei einer solchen Reichsfeier an sich für selbstverständlich" und die Unterlassung dieser Erwähnung für „lächerlich und beschämend," schloß jedoch daran sogleich den zutreffenden Satz: „Aber, wie bekannt, waren zeitweise Irrungen und Verstimmungen vorhanden, deren Erinnerungen noch nicht ganz verschwunden ist, und die es immer noch mit besonderer Genugthuung empfinden lassen, wenn von so hoher Stelle aus der Pflicht der nationalen Dankbarkeit gegen den ersten Kanzler genügt wird." Die „Hamburger Nachrichten" bemerkten hierzu: „Wir teilen die Auffassung des ›Hannov. Kur.‹ und wissen die Ritterlichkeit in vollem Umfange zu würdigen, mit der Fürst Hohenlohe des ersten Reichskanzlers gedacht hat. Seine Worte werden das Mißfallen nur derer erregen können, welche seine Feinde und Feinde des deutschen Reiches sind."

Hocherfreut wurde Bismarck durch die am 4. März erfolgende Geburt der zweiten Tochter seines ältesten Sohnes Herbert, die am 8. April in Schönhausen auf die Namen (Maria) Goedela getauft wurde. Daß ihm dann am 26. Mai die Gattin seines Sohnes Wilhelm auch den ersten Enkel schenkte, der den Namen Bismarck trug, ist schon oben erwähnt worden.

Am 21. März feierte der deutsche Reichstag — dieselbe traurige Versammlung, deren Mehrheit am 23. März 1895 dem Altreichskanzler einen Glückwunsch zum achtzigsten Geburtstage verweigert hatte*) — den Jubeltag, da vor 25 Jahren der gesamtdeutsche Reichstag zum erstenmal zusammengetreten war, bei einem festlichen Mahle. Und inmitten dieser Mehrheit der dem Altreichskanzler feindlichen Fraktionen Lieber-Richter-Grillenberger fand der Reichskanzler Fürst Hohenlohe den ritterlichen Mut, einen schwungvollen Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck auszubringen. Nachdem Hohenlohe wehmütig der geschiedenen hohen Helden unseres Volkes, der Kaiser Wilhelm und Friedrich, Moltke's und Roons und freudig des Königs Albert von Sachsen gedacht hatte, fuhr er fort: „Einer aber, der größte unter den Männern jener Zeit, steht noch aufrecht da, wie eine der Eichen des Sachsenwaldes, Fürst Bismarck, der mit sorgendem Blick den Geschicken des Reiches folgt und manch mahnendes Wort an die Epigonen der großen Zeit richtet." Dann schilderte der Fürst in kurzen markigen Zügen Bismarcks unvergleichliche Arbeit und Mühe bis zur Vollendung der deutschen Einheit und gelangte zu dem bedeutsamen Ergebnis: „So ist er, der treue Diener seines kaiserlichen Herrn, der eigentliche Schaffer des Reichs geworden. Es ist ein schöner Zug in dem Charakter des deutschen Volkes, daß es dem Manne treue Verehrung unentwegt entgegenbringt, der sein Leben eingesetzt hat, um die seit Jahrhunderten unbefriedigte Sehnsucht der deutschen Nation zu erfüllen. Das deutsche Volk weiß es als eine köstliche Gabe der Vorsehung zu schätzen, daß in dieser Zeit gerade dieser Mann mit den Geschicken des Vaterlandes betraut war. Lassen Sie uns — und hier spreche ich zu den politischen Gegnern des ersten Kanzlers — lassen Sie uns heute die Tage des Kampfes und Streites vergessen, und vereinigen wir uns alle zu dem Ruf: Fürst Bismarck lebe hoch!" Bismarck dankte am 23. März dem herzlich verehrten Nachfolger schriftlich für diese wohlwollende und ritterliche Kundgebung.

*) S. o. Bd. VI S. 501/503.

Vom 26. März an bis zum Ende der ersten Aprilwoche erstrecken sich dann die festlichen Versammlungen und Huldigungen zu Bismarcks 81. Geburtstag. Wir können in dem uns zugemessenen Raume aus der fast unzähligen Menge dieser Beweise von Liebe, Dank und Verehrung nur die folgenden hervorheben. Der Kaiser sandte herzlichen Glückwunsch und ein photographisches Gruppenbild der kaiserlichen Familie mit eigenhändiger Widmung in einem Rahmen aus Goldbronze. Die Mehrzahl der deutschen Fürsten, der Kaiser von Österreich, der König von Italien, die deutschen städtischen Behörden und zahlreiche Korporationen sprachen dankerfüllte Glückwünsche aus, so die Stadt Köln in einer schwungvollen Adresse, das preußische Herrenhaus — dem Bismarck am 30. März dankte, — der Centralvorstand der nationalliberalen Partei, der liberale Bürgerverein zu Augsburg, der mit dem frommen Wunsch schloß: „Gebe Gott, daß Ew. Durchlaucht den Tag erleben, der die Rückkehr zum bewährten Kurse des ersten Reichskanzlers bringt“ u. s. w.

Generaloberst Graf Waldersee und der Oberst des Kürassierregiments v. Seydlitz mit vier Offizieren trafen persönlich zur Beglückwünschung ein. Nach der Tafel des 1. April erfolgte der von Bismarck schon am 22. Februar angenommene Fackelzug der Hamburger Bürger. In seiner Antwort auf die Begrüßungsrede des Kaufmanns Staelin dankte der Fürst für das nachbarliche Wohlwollen der Hamburger, und sagte unter lebhafter Heiterkeit und Zustimmung: „Hamburg ist für das ganze Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete wenigstens nicht schlecht,“ kam aber dann „zu der Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen, die in neuer Zeit in der Presse und in den Parteikämpfen üblich ist, unberechtigt ist. Wir arbeiten alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt. Wenn unser Land zurückgeht, so leiden wir alle, und wenn es vorwärts geht, so gewinnen wir alle und fühlen uns behaglich.“ Bismarck setzt dann für „das Hinterland“ von Hamburg seine Beredsamkeit ein, be-

merkt unter der Heiterkeit seiner Zuhörer: „Da kommt bei mir der Landwirt zur Sprache, ohne daß ich grade ein leidenschaftlicher Agrarier wäre, aber ohne Berechtigung sind die Leute nicht," und schließt seine Rede mit einem Hoch auf „die Stadt Hamburg und ihre Regenten."

Am 6. April fand auf dem Gipfel des höchsten Schwarzwaldberges, des Feldberges, eine Feier zu Ehren des Geburtstages des Fürsten Bismarck statt, und auch die Gemeinde Gabelbach auf dem Kikelhahn bei Ilmenau richtete an ihren „Ehrenschulzen" in Friedrichsruh eine herzliche Adresse, die mit den Worten schloß: „Zu dem Stifter und Erhalter aller Reiche aber beten wir, daß Er den Gründer des besten unter seinen Reichen hienieden noch lange in Kraft und Frieden erhalte." Am 8. April dankte Bismarck öffentlich für die große Zahl der ihn „in hohem Grade beglückenden und ehrenden Kundgebungen."

Bei dem 25jährigen Jubiläum seines Bestehens, am 11. April, sandte der „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen": „in Erinnerung an die Zollkämpfe des Jahres 1879 dem unerreichten Meister auf dem Gebiete der Volkswirtschaft" telegraphisch „die Versicherung unwandelbarer Liebe und Treue." Fürst Bismarck telegraphierte zurück: „Für die telegraphische Begrüßung verbindlichst dankend, freue ich mich, daß deutscher Fleiß und deutsche Geschicklichkeit den Grund für die Blüte unserer Industrie auf dem Weltmarkte gelegt hat, und hoffe, daß sie auch im Inlande an unserer Landwirtschaft einen kräftigen Abnehmer finden wird."

Auch die am 2. Mai in Berlin zur Eröffnung der ersten deutschen Kolonialausstellung versammelten Festgäste ließen durch den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg den Begründer der neuen deutschen Kolonialpolitik in Friedrichsruh in dankbarer Verehrung telegraphisch begrüßen.

Bismarck seinerseits dagegen gedachte beim Herannahen der Jubelfeier des Frankfurter Friedens dankbar der Beihilfe, die ihm der damals auf Wunsch des Reichskanzlers freiwillig nach Frank-

furt mitgereiste Reichstagsabgeordnete Graf Guido Henckel von Donnersmark geleistet hatte, und schrieb diesem daher am 8. Mai: „Verehrter Freund. Es ist mir ein Bedürfnis bei der 25. Jährung des Frankfurter Friedens Ihnen für die Mitarbeit zu danken, die Sie mir vor und bei den Friedensverhandlungen im Reiche geleistet haben. Besonders wohlthuend ist mir das Gefühl, daß ich diese politische Mithilfe einem langjährigen und sicheren Freunde verdanke."

Besondere Freude bereitete dem alten Korpsburschen Bismarck am 23. Mai die Enthüllung des Denkmals, das die alten Korpsstudenten ihrem berühmtesten Korpsbruder auf der Rudelsburg errichtet hatten. Es stellt bekanntlich den jugendlichen Korpsburschen Bismarck mit seinem in Göttingen von mehreren Philistern gefürchteten großen Hunde dar. Bismarck dankte schon am 23. Mai den zum Festmahl in Kösen versammelten deutschen Korpsstudenten telegraphisch und am 27. dem Denkmalkomitee und dem Festredner, dem bekannten Schriftsteller Dr. Hans v. Hopfen noch schriftlich. Das letztere Schreiben lautet: „Geehrter Herr Doktor! In der Zeitung lese ich zu meiner Freude den Bericht über die Feier auf der Rudelsburg und bitte Sie, für die patriotischen und für mich so wohlwollenden Worte, welche Sie an die jungen Herren Kommilitonen gerichtet haben, auch meinen herzlichen Dank freundlich entgegenzunehmen."

Als in jenen Tagen der bisherige französische Botschafter in Berlin, Herbette, diesen seit langen Jahren bekleideten Posten verließ, ehrte Fürst Bismarck ihn am 26. Mai durch ein Schreiben, in welchem er dem Botschafter dankte für die Unterstützung, die Herbette dem ersten deutschen Reichskanzler in dessen Bemühungen zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens hatte zu teil werden lassen.

Am 16. Juli ernannte die medizinische Fakultät der Universität Jena den Fürsten Bismarck zum Ehrendokktor der Medizin.

Von den sehr zahlreichen Errichtungen von Bismarck-Denkmälern in jenen Monaten, erwähnen wir hier nur die am 4. Oktober er-

folgte Enthüllung des Bismarck-Denkmals auf dem Feldberge. Das Huldigungstelegramm beantwortete der Fürst: „Ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre, die mir mit der Einweihung des Denkmals gerade auf dem Feldberg erwiesen wird. Ich habe aus früheren Besuchen des schönen badischen Landes die anschaulichste Erinnerung des Schwarzwaldes."

An demselben 4. Oktober war der Delegiertentag der nationalliberalen Partei ganz Deutschlands in Berlin versammelt und sandte dem Fürsten Bismarck ein Huldigungstelegramm, das demselben „in alter unverbrüchlicher Verehrung und Dankbarkeit für alles, was er dem Vaterlande Großes geschaffen aus tiefstem Herzen zurief: Gott schütze und erhalte ihn uns noch lange!" Bismarck antwortete: „Mit meinem verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung bitte ich Sie, den Kampfgenossen, deren Unterstützung ich mich in ernster Zeit erfreut habe, meine Wünsche für die politische Zukunft der Fraktion auszusprechen.

Sehr hübsch ist die Zurechtweisung, die Bismarck in diesen Tagen der ihm besonders feindlichen Berliner „Volkszeitung" durch die „Hamburger Nachrichten" (am 11. Oktober) angedeihen ließ. Das „ungelehrte Berliner Demokratenblatt" hatte nämlich in einem gehässigen Artikel über den Fürsten Bismarck und die Maigesetze aus dem bekannten Briefe Bismarcks an Roon vom 20. Oktober 1873:*) „Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt" (die Fähnlein des Königs flattern voran) „und ich will krank oder gesund die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen", die lateinischen Worte übersetzt: „die Fähnlein des Höllenfürsten rücken an; der bekannte Anfang eines lateinischen Hymnus," also den Worten jenes Briefs die Deutung gegeben, daß Bismarck den Teufel als seinen „König" und „Lehensherrn" verehrt habe.

Die „Hamburger Nachrichten" bemerken dagegen: „Die

*) S. Bd. V S. 169 dieses Werkes.

›Volkszeitung‹ scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir uns ihre Übersetzung nur so erklären.“ Denn Fürst Bismarck habe die lateinischen Worte einem Hymnus des Fortunatus entnommen, der nach den Worten „vexilla regis prodeunt“ fortfahre: „fulget crucis mysterium“ (des Kreuzes geheimnisvolles Wunder leuchtet), also mit dem Teufel nicht das geringste zu thun habe. „Wenn die ›Volkszeitung‹ den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern recht, als Dante im 34. Gesange der Hölle die höllischen Heerscharen mit dem Hymnus Vexilla regis prodeunt inferni einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni (der Hölle) seinem Zweck entsprechend den rex in satanas umgewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus.“

Über den Gesundheitszustand des Fürsten bemerkte dessen treues Hamburger Blatt am 12. Oktober: „Einige fortschrittliche und ultramontane Blätter beschäftigen sich im Hinblick auf den Fürsten Bismarck mit gewisser Genugthuung mit den Schwächen, welche hohes Alter mit sich bringt. Und doch ist eine Änderung im Gesundheitszustande des Fürsten eigentlich nicht eingetreten. Er leidet seit 1879 an demselben Übel der Neuralgie, nervösen Gesichtsschmerzen, und es war kaum zu erwarten gewesen, daß diese mit den Jahren besser werden würden. Die Intensität der Schmerzen ist wesentlich mit von der Witterung abhängig, und in diesem kühlen und feuchten Jahre sind sie besonders unbequem gewesen. Die Schlaflosigkeit, an welcher der Fürst mitunter leidet, ist kein selbständiges Übel, sondern Ergebnis der genannten Schmerzen, welche hindern zu schlafen, so lange sie lebhaft sind. Es ist nach menschlichen Verhältnissen natürlich, daß mit hohem Alter auch Altersschwächen eintreten, und wenn dies bei dem Fürsten Bismarck der Fall ist, so gibt es Leute, welche das betrübt, und andere, denen es eine Genugthuung gewährt. Für ihn selber aber wird

es eine Beruhigung sein, daß seine persönlichen Gegner, die ihm auch in sein Privatleben mit geifernbem Hasse folgen, zugleich Gegner des Deutschen Reiches und der Schöpfung Kaiser Wilhelms sind."

Nach Leipzig sandte Bismarck in diesen Tagen zwei Danksagungen: die erste am 19. Oktober für den huldigenden Gruß, den ihm die zum Gedächtnis der Leipziger Schlacht versammelten Festgenossen telegraphisch dargebracht hattten; die andere an den Rektor Prof. Dr. Kaemmel für Übersendung zweier geschichtlicher Werke desselben.

Am Ausgange des Jahres rüstete sich das deutsche Volk, die Feier des hundertjährigen Geburtstages des unvergeßlichen Kaisers Wilhem I. am 22. März 1897 würdig zu begehen, und Fürst Bismarck erklärte sich am 7. Dezember 1896 bereit, das ihm angebotene Ehrenpräsidium des Komitees für diese Nationalfeier anzunehmen.

Von den im Jahre 1896 in Friedrichsruh abgestatteten Besuchen erwähnen wir zunächst einige derjenigen, bei denen Bismarck keine politischen Ansprachen hielt, während wir die letzteren Besuche später bei Anführung der Äußerungen Bismarcks über innere und äußere Politik berühren.

Am 15. Januar wurden der Verleger der „Leipziger Neuesten Nachrichten" und deren Berliner politischer Berichterstatter, Dr. Liman, in Friedrichsruh empfangen und zur Tafel gezogen. Die einzige politische Bemerkung Bismarcks, die hiebei fiel, ist schon früher*) berichtet. Im übrigen erzählte er den Gästen lustige Begebnisse aus seinem Leben, z. B. wie einst in Meißen der Zug ihn und den mit Champagner gefüllten Ehrenpokal der Stadt gerade in dem Augenblick entführte, als der Festredner eine bedeutende Begrüßungsansprache an den Fürsten begonnen hatte.

Am 2. Februar erschienen dann die Bismarck befreundeten konservativen Reichstagsabgeordneten v. Kardorff und v. Mirbach in Friedrichsruh.

*) S. oben S. 16 dieses Bandes, Note.

Am 10. Februar folgte der Staatssekretär von Transvaal Dr. Leyds, den der Präsident der südafrikanischen Buren-Republik „Ohm Krüger" nach dem frechen Jameson'schen Raubeinfall (zu Ende 1895) nach Berlin gesandt hatte, um die alten freundschaftlichen Verbindungen mit dem Deutschen Reiche zu erneuern. Und da diese Beziehungen unter dem ersten deutschen Reichskanzler besonders warm geworden waren,*) so erschien es nur natürlich, daß Dr. Leyds den großen deutschen Staatsmann in Friedrichsruh aufsuchte, ehe er Deutschland wieder verließ.

Unter Überreichung einer Ehrengabe (Kalisalzstufen) und einer schönen dichterischen Adresse erschien dann am 20. Februar in Friedrichsruh eine Abordnung der Vertreter deutscher Kaliwerke und am 24. der Verlagsbuchhändler A. de Grouxilliers, der dem Fürsten das Prachtwerk „Das Bismarck-Museum in Bild und Wort" überreichte.

Bei dem Besuche einer Abordnung des Wohlthätigkeits-Klubs „Glocke" von Bremerhaven am 2. Mai zog Bismarck die Herren zum Frühstück und brachte dabei einen Trinkspruch auf die deutschen Hansestädte und namentlich auf Bremen und dessen Senat aus, wobei u. a. sagte: die Leistungen der deutschen Seestädte zur Zeit der Hansa zeige uns „was der deutsche Bürgersinn vermocht hat und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun, in unserm neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe; aber 's ging doch vorwärts, langsam, wie alles auf der Welt immer gehen kann. Was sich überstürzt, überlebt sich nicht."

Am 25. Juni stattete der chinesische Vize-König Li-Hung-Tschang auf seiner großen europäischen Rundreise auch dem Staatsweisen von Friedrichsruh einen Besuch ab, und am 21. Juli erfreute Prof. Joachim den Musikfreund Fürsten Bismarck durch sein meisterhaftes Spiel. Am 8. August fanden sich die Söhne des

*) Zu vgl. Bd. VI S. 248, 349 fg. dieses Werkes.

Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, zum Besuch des Fürsten in Friedrichsruh ein. Am 13. folgte ihnen Generaloberst Graf Waldersee, der in diesem Jahre zum zweitenmale hier erschien, und am 16. Prinz Max von Baden. Gegen Ende des Monats, am 28., erneute auch Generalfeldmarschall Graf Blumenthal die alten freundlichen Beziehungen zu Bismarck durch einen Besuch bei ihm. Am 6. September endlich erschienen die Mitglieder der Turnvereine des Travegaus (Oldenburg und Lübeck) zur Begrüßung des Fürsten in Friedrichsruh, der sie nach der Anrede ihres Vorsitzenden dankend entließ und dabei sagte: „Ich freue mich über jeden Verein in Deutschland, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Litteratur und der Musik immer ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenze nicht gekehrt. Mögen sie gedeihen und blühen in diesem auch politischen Sinne. Das Körperliche kann ich nicht mehr mitmachen. Adieu, meine Herren!"

Wenn die dem Altreichskanzler feindlichen Blätter, wie wir sahen, dessen „Altersschwäche" bedauerten, so mochte diese heuchlerische Klage nicht am wenigsten dem Schmerzgefühl über die Schläge entspringen, die Bismarck mit völlig unverminderter Kraft ihnen auch in diesem Jahre verabreichte, wenn er sich über innere Politik aussprach. So ließ er, gegenüber dem starren Nein der reichsfeindlichen Parteien im Reichstag zu der Flottenvorlage der Regierung schon am 27. Januar (und am 8. Februar) in den „Hamburger Nachrichten" ausführen, daß die Losung der Vorlage „Mehr Kreuzer!" unabweisbar sei.

Als dann der bayerische Abg. Lutz in seiner Kammer erzählte, das Zentrum habe s. Z. den Handelsverträgen nur zugestimmt, weil ihm erklärt worden sei: bei Verwerfung der Verträge „komme Bismarck wieder", schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 8. Februar launig unter der Überschrift: „Bismarck als »Knecht Ruprecht«": „Der Altreichskanzler kehre unter keinen Umständen in sein Amt zurück, gleichwohl aber werde mit dieser Behauptung

»man kann nicht sagen Luxus, sondern ein Geschäft getrieben«. Denjenigen Politikern gegenüber, welche eine zu dauerhafte Konsolidierung des bestehenden deutschen Kaiserhauses nicht wünschen, wird heutzutage der Name Bismarck, Vater oder Sohn, als eine Art Knecht Ruprecht verwertet, mit dem allemal gedroht wird, wenn ein Symptom von Unzufriedenheit mit dem einen oder andern der heutigen Minister sich fühlbar macht. Übrigens glauben wir auch nicht, daß es irgend einem noch so energischen Nachfolger des Fürsten Hohenlohe gegeben sein würde, sich im Parlamente durch den Fraktionssumpf hindurch den Weg zu bahnen."

Zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichstag ließ Bismarck am 9. Januar in den „Hamburger Nachrichten" die Losung ausgeben: „Keine Überstürzung!" und dabei betonen: „Wenn irgend etwas Bedürfnis des Deutschen Reiches ist, so ist es die Aufrechterhaltung der Autorität seiner Volksvertretung. Sie wurde schon schwer geschädigt durch die Zumutung, die Handelsverträge in kurzer Frist ohne eingehende Prüfung vorzunehmen. Wir bedürfen eines angesehenen Reichstages zur Erhaltung und Fortbildung unserer Einheit, und der Reichstag wird an sich schon in beklagenswerter Weise herabgedrückt durch die Streberei und den unlauteren Wettbewerb seiner Fraktionen und ihrer Führer. Es ist unseres Erachtens eine Aufgabe der Reichsregierung, diese sinkende Bewegung der einen unserer beiden obersten Körperschaften zu hindern, namentlich aber sie durch keine gouvernementale Zumutung zu fördern."

Äußerst wichtig ist auch die Anregung, die Fürst Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten" in einem Artikel „Einzellandtag und Reichspolitik" am 21. Februar in der folgenden Richtung geben ließ: „Es ist unsere Ansicht, daß die Einzellandtage mehr als bisher um die Reichspolitik sich kümmern sollen und nicht alles als noli me tangere betrachten dürfen, was über das rein finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche hinausgeht. In jedem Einzellandtag sollte der nationale Gedanke so weit lebendig sein, daß ersterer sich für die Art und Weise, wie der Anteil des Landes an der Reichspolitik

ausgeübt wird, lebhaft interessiert. Die ganze Stellung des Bundesrates im Reiche würde an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrate die Instruktion erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Diskussion in den Einzelstaaten stärker als bisher wachgerufen würde. Der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrate wird unserer Ansicht nach zu vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Bundesstaat. Wir halten diese Auffassung für unzutreffend. Es ist eine innere und nationale Angelegenheit, die dabei vorliegt. Das Imponderabile in der Bedeutung des Bundesrates sollte nach der Absicht der Verfassung parlamentarisch stärker in Wirksamkeit treten, als bisher unsern Eindrücken nach der Fall ist."

Als am 22. Februar eine Abordnung Hallescher Bürger dem Fürsten eine von etwa 7000 Bürgern unterzeichnete schwungvolle Huldigungsadresse überreicht hatte, sprach sich Bismarck in seiner Antwort zunächst über die Kolonisationsfrage aus, indem er an dem Grundgedanken seiner Kolonialpolitik festhielt, daß in fernen Erdteilen der Kaufmann voran und der Staat mit seinem Schutze ihm nachfolgen müsse. Sodann sprach er sich mit Schärfe gegen die brutale und falsche Behandlung der Schwarzen aus. Wenn etwas von der Hundenatur im Schwarzen vorhanden sei, so sei das in seinen Augen nicht schimpflich, denn auch die Treue des Hundes bethätige der Neger oft in rührender Weise. Wißmann habe die richtige Art und Weise gehabt, mit den Negerstämmen fertig zu werden. Dann kam der Fürst auf die Thätigkeit der Ansiedelungskommission in den polnischen Gebietsteilen zu sprechen und fand sich durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner Ansicht bestärkt, daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter keine ganz glückliche gewesen sei. Es wäre richtiger gewesen, diese Ländereien zunächst als Domänen in königliches Eigentum überzuführen und sich die Pächter dieser Domänen

nach politischem Bedürfnis auszusuchen, d. h. Leute, auf die der preußische Staat fortdauernd habe zählen können. Man sei auch in dieser Sache zu eilig vorgegangen, habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesäet sei. Die Ungeduld sei eine der übelsten Eigenschaften, die es in der Politik gebe.

Zu einer interessanten Feststellung bezüglich der Frage über die Urheberschaft der kirchenpolitischen Gesetze von 1872 führte eine Mitteilung der Berliner „Germania" (gegen Ausgang September), in der behauptet war, der preußische Kultusminister Dr. Falk habe bald nach seiner Ernennung (22. Januar 1872) einer befreundeten Dame gegenüber in großer Erregung geklagt, Fürst Bismarck habe „ihm die Aufgabe gestellt, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze, unter Angabe bestimmter Gesichtspunkte, von denen jene auszugehen hätten, auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm (Falk) im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich, weil er überzeugt sei, daß sie ihren Zweck in keiner Weise erfüllen könne. Er habe seine Bedenken dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, dieser aber habe darauf bestanden." Die „Hamburger Nachrichten" antworteten darauf am 30. September: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mitteilung, soweit sie den Fürsten Bismarck betrifft, vollständig erfunden und erlogen ist. Wir bezweifeln nicht, daß der Staatsminister Falk dies auf Befragen bestätigen würde. Die ›Germania‹ ist mit ihren Entstellungen über die deutsche Politik ein nützlicher Bundesgenosse der französischen Blätter, die das gleiche Gewerbe betreiben." Dr. Falk kam dem hier ausgesprochenen Wunsche, den er mit Recht „einer von ihm besonders hochverehrten Stelle" zuschrieb, nach, indem er in dem Hauptblatte seines Wohnortes Hamm, dem „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger" erklärte: „daß die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzentwürfen von mir und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Meine formulierten Vorschläge sind dem Genannten nicht eher zugegangen, als den übrigen Mitgliedern des

Staatsministeriums." Diese öffentliche Erklärung Falks war um so höher zu veranschlagen, als er bis dahin jede öffentliche falsche Mitteilung über seine eigene Thätigkeit als Minister grundsätzlich ohne Berichtigung gelassen hatte.

Auch die biedere Sozialdemokratie erhielt ihre Streiche aus Friedrichsruh. Zunächst am 21. Oktober — am Jahrestage des Sozialistengesetzes von 1878. Da schrieben die „Hamburger Nachrichten" zum Untergang des „Iltis": „Wir konstatieren mit Genugthuung, daß die Unverschämtheit, mit welcher der ehemalige Schiffskoch und spätere Speisewirt Schwartz aus Lübeck auf dem Gothaer Parteitage der Sozialdemokraten die Angehörigen der deutschen Marine über ihre Pflicht im Moment höchster Gefahr zu belehren versucht hat, überall in der deutschen Presse mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Wenn der sozialistische Schwätzer der untergegangenen Besatzung des »Iltis« zum Vorwurfe macht, daß sie im Momente des Unterganges ein Hoch auf den Kaiser und das Flaggenlied angestimmt hat, anstatt auf die eigene Rettung bedacht zu sein, so ist die Absicht offenbar darauf gerichtet, den Eindruck zu erwecken, daß nicht alles geschehen sei, was pflicht- und naturgemäß zur Erhaltung von Schiff und Leuten geboten gewesen sei, und daß die Mannschaft gleichsam eines politisch-militärischen Theatereffektes wegen voreilig in den Tod getrieben worden sei. Für diese ruchlose Verdächtigung der untergegangenen heldenmütigen Besatzung des »Iltis« verdiente der ehemalige Schiffskoch eine Züchtigung, die wir hier ihm mit der Feder nicht zu teil werden lassen können, die ihm aber sicherlich in ausgiebigster Weise verabfolgt werden würde, wenn er die Unvorsichtigkeit beginge, demnächst im Kreise patriotisch denkender und fühlender deutscher Marinemannschaften sich blicken zu lassen ... Für solchen Heldenmut im Augenblick der Gefahr hat unsere Sozialdemokratie allerdings kein Gefühl, und gerade darin drückt sich der sittliche Defekt, an dem die Partei leidet, am deutlichsten aus."

Natürlich tobte nun der greisenhafte „Hausknecht" der Partei — wie Bismarck ihn schon am 23. Mai 1870 gegenüber dem

Verfasser genannt hatte*) — auf das wildeste in seinem „Vorwärts“ gegen den Fürsten Bismarck, so daß die „Hamburger Nachrichten“ am 27. Oktober launig schrieben: „In den Blättern wird die Frage erörtert, ob nicht gegen den ›Vorwärts‹ wegen seiner Invektiven gegen den Fürsten Bismarck eine Beleidigungsklage erhoben werden solle. Wie wir erfahren, hat der Fürst, als in diesem Sinne angefragt wurde, geantwortet: Nein, denn wenn er öffentlich sagen wolle, was er über die Hintermänner des ›Vorwärts‹ denke, so würde er sich auch einer Injurienklage aussetzen.“

Die Kundgebungen Bismarcks in diesem Jahre über auswärtige Politik sollten in der ganzen Welt, namentlich aber in Deutschland, dauernd größere Erregung verursachen, als die Äußerung irgend eines im Amte befindlichen Staatsmannes während derselben Zeit. Noch keineswegs aufregend, wenn auch — wie immer — sehr beachtet, waren die ersten, zweifellos von Bismarck beeinflußten Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ auf diesem Gebiete. Sie begannen am 8. Januar mit einem Artikel über „die Aufgaben einer deutschen Regierung“ und erörterten hier: Wenn jetzt „zur Diskreditierung des alten Kurses“ in der Presse mehrfach behauptet werde, daß diesem „nichts mehr gelungen sei,“ so liege „dieser Redensart eine ungermanische, rein französische Auffassung der Aufgaben der Regierung zu Grunde,“ als ob diese nur den Zweck hätten, „entweder das Selbstgefühl oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen.“ Aus solchen Gründen sei Frankreich „nach Algier und Tunis, nach Mexiko und Madagaskar gegangen.“ Die deutsche Regierung aber habe, nach Vollendung der deutschen Einheit nur die Aufgabe, „die nationale Entwickelung fortzuführen und den inneren und äußeren Frieden vor Störungen zu bewahren, nicht auswärtige Unternehmungen zu fördern. Sie wird viel öfter in der Lage sein, zwischen zwei Übeln, die zum Krieg führen können, das kleinere zu wählen und richtig einzuschätzen, als auf neue Unternehmungen auszugehen, deren Gelingen

*) S. o. Bd. I S. 152 dieses Werkes.

oder Mißlingen in Frage kommen könnte." So sei von 1871 bis 1890 verfahren, und das Reich habe dabei seinen Frieden und seine innere Entwickelung behauptet. „Wir wünschen," schließt der Artikel, „daß auch der jetzigen Regierung ›nichts gelingen‹ möge, was sie etwa außerhalb ihrer Aufgabe, den Frieden und die Prosperität des Reiches zu fördern, versuchen möchte. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei nicht zu fallen, schon eine Leistung, die nicht in jedermanns Fähigkeit liegt."

Sehr bemerkenswert für unsere Tage, die erst eine genauere Vorstellung von der bescheidenen „Weltpolitik" der so „friedfertigen" Vereinigten Staaten von Nordamerika erhalten haben, ist dann weiter Bismarcks Urteil über die Monroe-Doktrin, das wir mit Recht in einem Artikel der „Hamb. Nachrichten" vom 9. Februar zu finden glauben: „Wir sind der Ansicht, daß diese Doktrin eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist und eine lediglich auf große Macht begründete Gewaltthat allen amerikanischen und denjenigen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben. Man denke sich doch ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Überhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt; oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe! Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichtümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Teil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Überschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt."

Sehr ergötzlich ist dann die Antwort, die Bismarck am 25. Juli Herrn Ogilvy in Dundee auf ein Schreiben erteilte, das dieser an den Fürsten gerichtet hatte, weil derselbe in einem Ge-

›Volkszeitung‹ scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir uns ihre Übersetzung nur so erklären.“ Denn Fürst Bismarck habe die lateinischen Worte einem Hymnus des Fortunatus entnommen, der nach den Worten „vexilla regis prodeunt“ fortfahre: „fulget crucis mysterium“ (des Kreuzes geheimnisvolles Wunder leuchtet), also mit dem Teufel nicht das geringste zu thun habe. „Wenn die ›Volkszeitung‹ den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern recht, als Dante im 34. Gesange der Hölle die höllischen Heerscharen mit dem Hymnus Vexilla regis prodeunt inferni einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni (der Hölle) seinem Zweck entsprechend den rex in satanas umgewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus.“

Über den Gesundheitszustand des Fürsten bemerkte dessen treues Hamburger Blatt am 12. Oktober: „Einige fortschrittliche und ultramontane Blätter beschäftigen sich im Hinblick auf den Fürsten Bismarck mit gewisser Genugthuung mit den Schwächen, welche hohes Alter mit sich bringt. Und doch ist eine Änderung im Gesundheitszustande des Fürsten eigentlich nicht eingetreten. Er leidet seit 1879 an demselben Übel der Neuralgie, nervösen Gesichtsschmerzen, und es war kaum zu erwarten gewesen, daß diese mit den Jahren besser werden würden. Die Intensität der Schmerzen ist wesentlich mit von der Witterung abhängig, und in diesem kühlen und feuchten Jahre sind sie besonders unbequem gewesen. Die Schlaflosigkeit, an welcher der Fürst mitunter leidet, ist kein selbständiges Übel, sondern Ergebnis der genannten Schmerzen, welche hindern zu schlafen, so lange sie lebhaft sind. Es ist nach menschlichen Verhältnissen natürlich, daß mit hohem Alter auch Altersschwächen eintreten, und wenn dies bei dem Fürsten Bismarck der Fall ist, so gibt es Leute, welche das betrübt, und andere, denen es eine Genugthuung gewährt. Für ihn selber aber wird

es eine Beruhigung sein, daß seine persönlichen Gegner, die ihm auch in sein Privatleben mit geifernbem Hasse folgen, zugleich Gegner des Deutschen Reiches und der Schöpfung Kaiser Wilhelms sind."

Nach Leipzig sandte Bismarck in diesen Tagen zwei Danksagungen: die erste am 19. Oktober für den huldigenden Gruß, den ihm die zum Gedächtnis der Leipziger Schlacht versammelten Festgenossen telegraphisch dargebracht hattten; die andere an den Rektor Prof. Dr. Kaemmel für Übersendung zweier geschichtlicher Werke desselben.

Am Ausgange des Jahres rüstete sich das deutsche Volk, die Feier des hundertjährigen Geburtstages des unvergeßlichen Kaisers Wilhem I. am 22. März 1897 würdig zu begehen, und Fürst Bismarck erklärte sich am 7. Dezember 1896 bereit, das ihm angebotene Ehrenpräsidium des Komitees für diese Nationalfeier anzunehmen.

Von den im Jahre 1896 in Friedrichsruh abgestatteten Besuchen erwähnen wir zunächst einige derjenigen, bei denen Bismarck keine politischen Ansprachen hielt, während wir die letzteren Besuche später bei Anführung der Äußerungen Bismarcks über innere und äußere Politik berühren.

Am 15. Januar wurden der Verleger der „Leipziger Neuesten Nachrichten" und deren Berliner politischer Berichterstatter, Dr. Liman, in Friedrichsruh empfangen und zur Tafel gezogen. Die einzige politische Bemerkung Bismarcks, die hiebei fiel, ist schon früher*) berichtet. Im übrigen erzählte er den Gästen lustige Begebnisse aus seinem Leben, z. B. wie einst in Meißen der Zug ihn und den mit Champagner gefüllten Ehrenpokal der Stadt gerade in dem Augenblick entführte, als der Festredner eine bedeutende Begrüßungsansprache an den Fürsten begonnen hatte.

Am 2. Februar erschienen dann die Bismarck befreundeten konservativen Reichstagsabgeordneten v. Kardorff und v. Mirbach in Friedrichsruh.

*) S. oben S. 16 dieses Bandes, Note.

Am 10. Februar folgte der Staatssekretär von Transvaal Dr. Leyds, den der Präsident der südafrikanischen Buren-Republik „Ohm Krüger" nach dem frechen Jameson'schen Raubeinfall (zu Ende 1895) nach Berlin gesandt hatte, um die alten freundschaftlichen Verbindungen mit dem Deutschen Reiche zu erneuern. Und da diese Beziehungen unter dem ersten deutschen Reichskanzler besonders warm geworden waren,*) so erschien es nur natürlich, daß Dr. Leyds den großen deutschen Staatsmann in Friedrichsruh aufsuchte, ehe er Deutschland wieder verließ.

Unter Überreichung einer Ehrengabe (Kalisalzstufen) und einer schönen dichterischen Adresse erschien dann am 20. Februar in Friedrichsruh eine Abordnung der Vertreter deutscher Kaliwerke und am 24. der Verlagsbuchhändler A. de Grouxilliers, der dem Fürsten das Prachtwerk „Das Bismarck-Museum in Bild und Wort" überreichte.

Bei dem Besuche einer Abordnung des Wohlthätigkeits-Klubs „Glocke" von Bremerhaven am 2. Mai zog Bismarck die Herren zum Frühstück und brachte dabei einen Trinkspruch auf die deutschen Hansestädte und namentlich auf Bremen und dessen Senat aus, wobei u. a. sagte: die Leistungen der deutschen Seestädte zur Zeit der Hansa zeige uns „was der deutsche Bürgersinn vermocht hat und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun, in unserm neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe; aber 's ging doch vorwärts, langsam, wie alles auf der Welt immer gehen kann. Was sich überstürzt, überlebt sich nicht."

Am 25. Juni stattete der chinesische Vize-König Li-Hung-Tschang auf seiner großen europäischen Rundreise auch dem Staatsweisen von Friedrichsruh einen Besuch ab, und am 21. Juli erfreute Prof. Joachim den Musikfreund Fürsten Bismarck durch sein meisterhaftes Spiel. Am 8. August fanden sich die Söhne des

*) Zu vgl. Bd. VI S. 248, 349 fg. dieses Werkes.

Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, zum Besuch des Fürsten in Friedrichsruh ein. Am 13. folgte ihnen Generaloberst Graf Waldersee, der in diesem Jahre zum zweitenmale hier erschien, und am 16. Prinz Max von Baden. Gegen Ende des Monats, am 28., erneute auch Generalfeldmarschall Graf Blumenthal die alten freundlichen Beziehungen zu Bismarck durch einen Besuch bei ihm. Am 6. September endlich erschienen die Mitglieder der Turnvereine des Travegaus (Oldenburg und Lübeck) zur Begrüßung des Fürsten in Friedrichsruh, der sie nach der Anrede ihres Vorsitzenden dankend entließ und dabei sagte: „Ich freue mich über jeden Verein in Deutschland, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Litteratur und der Musik immer ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenze nicht gekehrt. Mögen sie gedeihen und blühen in diesem auch politischen Sinne. Das Körperliche kann ich nicht mehr mitmachen. Adieu, meine Herren!"

Wenn die dem Altreichskanzler feindlichen Blätter, wie wir sahen, dessen „Altersschwäche" bedauerten, so mochte diese heuchlerische Klage nicht am wenigsten dem Schmerzgefühl über die Schläge entspringen, die Bismarck mit völlig unverminderter Kraft ihnen auch in diesem Jahre verabreichte, wenn er sich über innere Politik aussprach. So ließ er, gegenüber dem starren Nein der reichsfeindlichen Parteien im Reichstag zu der Flottenvorlage der Regierung schon am 27. Januar (und am 8. Februar) in den „Hamburger Nachrichten" ausführen, daß die Losung der Vorlage „Mehr Kreuzer!" unabweisbar sei.

Als dann der bayerische Abg. Lutz in seiner Kammer erzählte, das Zentrum habe s. Z. den Handelsverträgen nur zugestimmt, weil ihm erklärt worden sei: bei Verwerfung der Verträge „komme Bismarck wieder", schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 8. Februar launig unter der Überschrift: „Bismarck als »Knecht Ruprecht«": „Der Altreichskanzler kehre unter keinen Umständen in sein Amt zurück, gleichwohl aber werde mit dieser Behauptung

»man kann nicht sagen Luxus, sondern ein ¡Geschäft getrieben«. Denjenigen Politikern gegenüber, welche eine zu dauerhafte Konsolidierung des bestehenden deutschen Kaiserhauses nicht wünschen, wird heutzutage der Name Bismarck, Vater oder Sohn, als eine Art Knecht Ruprecht verwertet, mit dem allemal gedroht wird, wenn ein Symptom von Unzufriedenheit mit dem einen oder andern der heutigen Minister sich fühlbar macht. Übrigens glauben wir auch nicht, daß es irgend einem noch so energischen Nachfolger des Fürsten Hohenlohe gegeben sein würde, sich im Parlamente durch den Fraktionssumpf hindurch den Weg zu bahnen."

Zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichstag ließ Bismarck am 9. Januar in den „Hamburger Nachrichten" die Losung ausgeben: „Keine Überstürzung!" und dabei betonen: „Wenn irgend etwas Bedürfnis des Deutschen Reiches ist, so ist es die Aufrechterhaltung der Autorität seiner Volksvertretung. Sie wurde schon schwer geschädigt durch die Zumutung, die Handelsverträge in kurzer Frist ohne eingehende Prüfung vorzunehmen. Wir bedürfen eines angesehenen Reichstages zur Erhaltung und Fortbildung unserer Einheit, und der Reichstag wird an sich schon in beklagenswerter Weise herabgedrückt durch die Streberei und den unlauteren Wettbewerb seiner Fraktionen und ihrer Führer. Es ist unseres Erachtens eine Aufgabe der Reichsregierung, diese sinkende Bewegung der einen unserer beiden obersten Körperschaften zu hindern, namentlich aber sie durch keine gouvernementale Zumutung zu fördern."

Äußerst wichtig ist auch die Anregung, die Fürst Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten" in einem Artikel „Einzellandtag und Reichspolitik" am 21. Februar in der folgenden Richtung geben ließ: „Es ist unsere Ansicht, daß die Einzellandtage mehr als bisher um die Reichspolitik sich kümmern sollen und nicht alles als noli me tangere betrachten dürfen, was über das rein finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche hinausgeht. In jedem Einzellandtag sollte der nationale Gedanke so weit lebendig sein, daß ersterer sich für die Art und Weise, wie der Anteil des Landes an der Reichspolitik

ausgeübt wird, lebhaft interessiert. Die ganze Stellung des Bundesrates im Reiche würde an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrate die Instruktion erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Diskussion in den Einzelstaaten stärker als bisher wachgerufen würde. Der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrate wird unserer Ansicht nach zu vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Bundesstaat. Wir halten diese Auffassung für unzutreffend. Es ist eine innere und nationale Angelegenheit, die dabei vorliegt. Das Imponderabile in der Bedeutung des Bundesrates sollte nach der Absicht der Verfassung parlamentarisch stärker in Wirksamkeit treten, als bisher unsern Eindrücken nach der Fall ist."

Als am 22. Februar eine Abordnung Hallescher Bürger dem Fürsten eine von etwa 7000 Bürgern unterzeichnete schwungvolle Huldigungsadresse überreicht hatte, sprach sich Bismarck in seiner Antwort zunächst über die Kolonisationsfrage aus, indem er an dem Grundgedanken seiner Kolonialpolitik festhielt, daß in fernen Erdteilen der Kaufmann voran und der Staat mit seinem Schutze ihm nachfolgen müsse. Sodann sprach er sich mit Schärfe gegen die brutale und falsche Behandlung der Schwarzen aus. Wenn etwas von der Hundenatur im Schwarzen vorhanden sei, so sei das in seinen Augen nicht schimpflich, denn auch die Treue des Hundes bethätige der Neger oft in rührender Weise. Wißmann habe die richtige Art und Weise gehabt, mit den Negerstämmen fertig zu werden. Dann kam der Fürst auf die Thätigkeit der Ansiedelungskommission in den polnischen Gebietsteilen zu sprechen und fand sich durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner Ansicht bestärkt, daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter [illegible] diesen sei. Es wäre [illegible] Domänen in königlicher dieser Domänen

nach politischem Bedürfnis auszusuchen, d. h. Leute, auf die der preußische Staat fortdauernd habe zählen können. Man sei auch in dieser Sache zu eilig vorgegangen, habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesäet sei. Die Ungeduld sei eine der übelsten Eigenschaften, die es in der Politik gebe.

Zu einer interessanten Feststellung bezüglich der Frage über die Urheberschaft der kirchenpolitischen Gesetze von 1872 führte eine Mitteilung der Berliner „Germania" (gegen Ausgang September), in der behauptet war, der preußische Kultusminister Dr. Falk habe bald nach seiner Ernennung (22. Januar 1872) einer befreundeten Dame gegenüber in großer Erregung geklagt, Fürst Bismarck habe „ihm die Aufgabe gestellt, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze, unter Angabe bestimmter Gesichtspunkte, von denen jene auszugehen hätten, auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm (Falk) im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich, weil er überzeugt sei, daß sie ihren Zweck in keiner Weise erfüllen könne. Er habe seine Bedenken dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, dieser aber habe darauf bestanden." Die „Hamburger Nachrichten" antworteten darauf am 30. September: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mitteilung, soweit sie den Fürsten Bismarck betrifft, vollständig erfunden und erlogen ist. Wir bezweifeln nicht, daß der Staatsminister Falk dies auf Befragen bestätigen würde. Die »Germania« ist mit ihren Entstellungen über die deutsche Politik ein nützlicher Bundesgenosse der französischen Blätter, die das gleiche Gewerbe betreiben." Dr. Falk kam dem hier ausgesprochenen Wunsche, den er mit Recht „einer von ihm besonders hochverehrten Stelle" zuschrieb, nach, indem er in dem Hauptblatte seines Wohnortes Hamm, dem „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger" erklärte: „daß die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzentwürfen von mir und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Meine formulierten Vorschläge sind dem Genannten nicht eher zugegangen, als den übrigen Mitgliedern des

Staatsministeriums." Diese öffentliche Erklärung Falks war um so höher zu veranschlagen, als er bis dahin jede öffentliche falsche Mitteilung über seine eigene Thätigkeit als Minister grundsätzlich ohne Berichtigung gelassen hatte.

Auch die biedere Sozialdemokratie erhielt ihre Streiche aus Friedrichsruh. Zunächst am 21. Oktober — am Jahrestage des Sozialistengesetzes von 1878. Da schrieben die „Hamburger Nachrichten" zum Untergang des „Iltis": „Wir konstatieren mit Genugthuung, daß die Unverschämtheit, mit welcher der ehemalige Schiffskoch und spätere Speisewirt Schwartz aus Lübeck auf dem Gothaer Parteitage der Sozialdemokraten die Angehörigen der deutschen Marine über ihre Pflicht im Moment höchster Gefahr zu belehren versucht hat, überall in der deutschen Presse mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Wenn der sozialistische Schwätzer der untergegangenen Besatzung des »Iltis« zum Vorwurfe macht, daß sie im Momente des Unterganges ein Hoch auf den Kaiser und das Flaggenlied angestimmt hat, anstatt auf die eigene Rettung bedacht zu sein, so ist die Absicht offenbar darauf gerichtet, den Eindruck zu erwecken, daß nicht alles geschehen sei, was pflicht- und naturgemäß zur Erhaltung von Schiff und Leuten geboten gewesen sei, und daß die Mannschaft gleichsam eines politisch-militärischen Theatereffektes wegen voreilig in den Tod getrieben worden sei. Für diese ruchlose Verdächtigung der untergegangenen heldenmütigen Besatzung des »Iltis« verdiente der ehemalige Schiffskoch eine Züchtigung, die wir hier ihm mit der Feder nicht zu teil werden lassen können, die ihm aber sicherlich in ausgiebigster Weise verabfolgt werden würde, wenn er die Unvorsichtigkeit beginge, demnächst im Kreise patriotisch denkender und fühlender deutscher Marinemannschaften sich blicken zu lassen ... Für solchen Heldenmut im Augenblick der Gefahr hat unsere Sozialdemokratie allerdings kein Gefühl, und gerade darin drückt sich der sittliche Defekt, an dem die Partei leidet, am deutlichsten aus."

Natürlich tobte nun der greisenhafte „Hausknecht" der Partei — wie Bismarck ihn schon am 23. Mai 1870 gegenüber dem

Verfasser genannt hatte*) — auf das wildeste in seinem „Vorwärts“ gegen den Fürsten Bismarck, so daß die „Hamburger Nachrichten“ am 27. Oktober launig schrieben: „In den Blättern wird die Frage erörtert, ob nicht gegen den ›Vorwärts‹ wegen seiner Invektiven gegen den Fürsten Bismarck eine Beleidigungsklage erhoben werden solle. Wie wir erfahren, hat der Fürst, als in diesem Sinne angefragt wurde, geantwortet: Nein, denn wenn er öffentlich sagen wolle, was er über die Hintermänner des ›Vorwärts‹ denke, so würde er sich auch einer Injurienklage aussetzen.“

Die Kundgebungen Bismarcks in diesem Jahre über auswärtige Politik sollten in der ganzen Welt, namentlich aber in Deutschland, dauernd größere Erregung verursachen, als die Äußerung irgend eines im Amte befindlichen Staatsmannes während derselben Zeit. Noch keineswegs aufregend, wenn auch — wie immer — sehr beachtet, waren die ersten, zweifellos von Bismarck beeinflußten Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ auf diesem Gebiete. Sie begannen am 8. Januar mit einem Artikel über „die Aufgaben einer deutschen Regierung“ und erörterten hier: Wenn jetzt „zur Diskreditierung des alten Kurses“ in der Presse mehrfach behauptet werde, daß diesem „nichts mehr gelungen sei,“ so liege „dieser Redensart eine ungermanische, rein französische Auffassung der Aufgaben der Regierung zu Grunde,“ als ob diese nur den Zweck hätten, „entweder das Selbstgefühl oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen.“ Aus solchen Gründen sei Frankreich „nach Algier und Tunis, nach Mexiko und Madagaskar gegangen.“ Die deutsche Regierung aber habe, nach Vollendung der deutschen Einheit nur die Aufgabe, „die nationale Entwickelung fortzuführen und den inneren und äußeren Frieden vor Störungen zu bewahren, nicht auswärtige Unternehmungen zu fördern. Sie wird viel öfter in der Lage sein, zwischen zwei Übeln, die zum Krieg führen können, das kleinere zu wählen und richtig einzuschätzen, als auf neue Unternehmungen auszugehen, deren Gelingen

*) S. o. Bd. I S. 152 dieses Werkes.

oder Mißlingen in Frage kommen könnte." So sei von 1871 bis 1890 verfahren, und das Reich habe dabei seinen Frieden und seine innere Entwickelung behauptet. „Wir wünschen," schließt der Artikel, „daß auch der jetzigen Regierung ›nichts gelingen‹ möge, was sie etwa außerhalb ihrer Aufgabe, den Frieden und die Prosperität des Reiches zu fördern, versuchen möchte. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei nicht zu fallen, schon eine Leistung, die nicht in jedermanns Fähigkeit liegt."

Sehr bemerkenswert für unsere Tage, die erst eine genauere Vorstellung von der bescheidenen „Weltpolitik" der so „friedfertigen" Vereinigten Staaten von Nordamerika erhalten haben, ist dann weiter Bismarcks Urteil über die Monroe-Doktrin, das wir mit Recht in einem Artikel der „Hamb. Nachrichten" vom 9. Februar zu finden glauben: „Wir sind der Ansicht, daß diese Doktrin eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist und eine lediglich auf große Macht begründete Gewaltthat allen amerikanischen und denjenigen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben. Man denke sich doch ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Überhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt; oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe! Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichtümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Teil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Überschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt."

Sehr ergötzlich ist dann die Antwort, die Bismarck am 25. Juli Herrn Ogilvy in Dundee auf ein Schreiben erteilte, das dieser an den Fürsten gerichtet hatte, weil derselbe in einem Ge-

spräche mit dem Korrespondenten des „New-York Herald“, Sidney Whitman, die Äußerung gethan hatte: „Daß Bismarck an Kreta weniger Anteil nehme, als an dem kleinsten Winkel seines Gartens.“ Bismarck schrieb: „Geehrter Herr. Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief und für die gute Meinung, welche Sie von mir haben. Zu meiner Entschuldigung den Kretern gegenüber bitte ich aber zu berücksichtigen, was der Apostel Paulus im Briefe an Titus Kap. 1 Vers 12 und 13 sagt.“ Diese Bibelstelle lautet: „Es hat einer aus ihnen gesagt, ihr eigener Prophet: die Kreter sind immer Lügner, böse Tiere und faule Bäuche. Dies Zeugnis ist wahr. Um der Sache willen strafe sie scharf, auf daß sie gesund seien im Glauben.“

Am 24. Oktober begann nun aber die große, monatelang sich fortsetzende Aufregung, die Bismarck durch eine einzige Enthüllung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik veranlaßte. An diesem Tage brachten nämlich die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel unter der Überschrift „Fürst Bismarck und Rußland“. Dieser Artikel war veranlaßt durch die Behauptungen der demokratisch-klerikalen Presse: „Fürst Bismarck habe auch in den sieben Jahren, da er nach dem Ausscheiden des deutschfeindlichen russischen Staatskanzlers Fürsten Gortschakoff (1882) noch deutscher Reichskanzler geblieben, doch niemals ein gutes deutsch-russisches Einvernehmen zu stande gebracht, denn auch Gortschakoffs Nachfolger, wie die Zaren, denen diese Nachfolger dienten, hätten Gortschakoffs Politik fortgesetzt.“ „Das ist absolut unwahr,“ erklären die „Hamburger Nachrichten.“ „Schon in Skierniewice, also sehr bald nach dem Thronwechsel und dem Ausscheiden Gortschakoffs, war das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik hergestellt*) und blieb in dieser Verfassung bis 1890. Bis zu diesem Termine waren beide Reiche im vollen Einverständnis darüber, daß wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle, also wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich

*) S. o. Band VI S. 180 bis 193.

angefallen wäre, so war die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen und die Deutschlands, wenn Rußland unprovoziert angegriffen würde. Dieses Einverständnis ist nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck nicht erneuert worden, ... und zwar war es Graf Caprivi, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assekuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Wenn man dazu die gleichzeitige polonisierende Aera, die durch die Namen Stablewski und Koscielski gekennzeichnet ist, politisch in Anschlag bringt, so wird man nicht zweifelhaft sein können, daß die russische Regierung sich fragen mußte: „welche Ziele kann dieser preußische Polonismus haben, der mit den Traditionen Kaiser Wilhelms I. so flagrant in Widerspruch steht? ... Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen, wenn wir aber von dort her, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der polnischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich gemeint sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte." So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genötigt, die Assekuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern einnimmt, in Frankreich zu suchen."

Der Artikel machte ungeheures Aufsehen. Die bismarckfeindliche „capriviistische" Presse war vollständig verwirrt und bat die Regierung flehentlich, ihrerseits das Wort zu ergreifen. Der „Reichsanzeiger" erklärte darauf aber am 24. Oktober — und zwar merkwürdigerweise in seinem nicht amtlichen Teile: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den „Hamb. Nachr." erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen.

Sie gewissenhaft zu bewahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsgeheimnisse bedingen würde. Die Kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten; sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Überzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten" (d. h. denen des Dreibundes) „zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige Enthüllungen erschüttert werden könnte."

Damit war der reichs- und bismarckfeindlichen Presse die Richtung und Losung gegeben, auf die sie für ihre Schmähungen des Altreichskanzlers nur gewartet hatte. „Verräter strengster Staatsgeheimnisse", „frivoler Schädiger des Reichsfriedens", „treuloser Scheinfreund Österreichs" u. s. w., das waren noch einige der mildesten Ausdrücke, mit denen Fürst Bismarck von der gesamten demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Presse gebrandmarkt, oder wenigstens dem Sinne nach sogar in Blättern wie der „Kölnischen Zeitung", „Nationalzeitung", „Karlsruher" und „Weimarischen Zeitung" angegriffen und getadelt wurde. Seine zornigsten Gegner verlangten, daß er wegen „Landesverrats" vor das Reichsgericht gestellt werde. Die „Hamb. Nachr." wiesen zunächst aber (am 31. Oktober) nur den Angriff des „Reichsanzeigers" zurück mit den Bemerkungen: „Wir geben nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den ›strengsten Staatsgeheimnissen‹ gehören. Ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfnis, sie erfolgte nur auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken. . . . Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen

mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Denn „der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen. Dasselbe würde allen Freunden des Friedens in Europa erhebliche Beruhigung gewähren. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu vorauszusetzen wäre, würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen des Reichs ausgaben. Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß »Staatsgeheimnisse« zum Nachteile des Deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des »Reichsanzeigers« unbeanstandet lassen, in welcher er darauf »verzichtet, Falsches zu berichtigen« oder »Unvollständiges zu ergänzen«. Letzteres würde der »Reichsanzeiger« nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte. Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten gewesen.“ Der „Reichsanzeiger“ erwiderte auf diese schneidige Verteidigung am 2. November recht schwächlich nur: „Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern entschieden werden.“

Zuvor aber schon, am 1. November, hatten die „Hamburger Nachrichten“ ihre Enthüllungen fortgesetzt, indem sie namentlich anführten: „Unsern beiden Bundesgenossen im Dreibund war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht . . ., sonst würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I.

die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen... Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse äußerlich durch die fortgesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die von der klerikal-liberalen Presse nicht ohne Beihilfe der offiziösen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers unehrlicherweise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt geklagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland. Wir haben deshalb die uns mitgeteilte Thatsache an die Öffentlichkeit gebracht, daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers und durch die unzweideutige Zurückweisung des russischen Ansuchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeführt wurde. Gegen diesen aktenmäßigen Beweis, daß der Bruch des russischen ›Drahtes‹ erst unter Caprivi stattfand, kann die unehrliche Verleumdung der Politik unter Kaiser Wilhelm I. nicht Stich halten."

Während nun die gesamte reichsfeindliche und offiziöse Presse, unbelehrt durch diese Enthüllungen und deren Beweggründe, ihre Angriffe auf Bismarck fortsetzte, brachten anderseits Millionen deutscher Männer und Frauen dem treuen Eckart im Sachsenwalde fast unzählige Huldigungen für diesen neuen Beweis seiner unablässigen Fürsorge für Deutschlands Wohl dar. Schon am 31. Oktober erhielt der Fürst ein Telegramm in Versen aus **Hamburg**, das mit den Worten begann:

„Hurra! Du kühner Fechter,
Wie jeder Hieb da sitzt,
Wenn sich die Offiziöse
Darüber auch erhitzt."

In einer großen Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Karlsruhe gaben die Redner Professor Goldschmidt und Landgerichtsdirektor Fieser ihrem „Abscheu über die Preßfehde" Ausdruck, „die jetzt gegen Bismarck getrieben wird".

Die „Braunschweigische Landeszeitung" hängte folgenden Roheitsausbruch gegen den **Fürsten n**

lichen Brutalität, mit der man den Schöpfer der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem Berliner Wochenblatt »Die Welt am Montag« den Beweis liefern. Es heißt da: „Bismarck hat kein Recht auf ein seelen- und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Moltke. Körper und Nerven sind zermorscht unter den tückischen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingung für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Perversitäten zu suchen." Und eine solche unerhörte Roheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre unaufhörlich Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat! Die „Hamburger Nachrichten" berichteten hiezu am 8. November, daß Fürst Bismarck, nachdem ihm die Gemeinheiten der „Welt am Montag" vorgelegt wurden, geäußert habe: „Solche Schreibereien beweisen nur, daß viele Leute mit Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die »alte Raketenkiste« erst begraben und ein schicklicher Kranz hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden."

Daß aber Menschen solcher Art in Deutschland nur zur Minderheit des Auswurfes gehörten, bewiesen dem Fürsten die begeisterten Huldigungen, die vom 9. bis 26. November unablässig bei ihm aus allen deutschen Gauen eintrafen; am 9. von einer nationalliberalen Versammlung in Leipzig; am 10. von einer Versammlung vieler Hunderte von Männern und Frauen in Karlsruhe, sowie aus Freiburg in Schlesien; am 11. von den Posener Mitgliedern des Bundes der Landwirte, vom Verein deutscher Studenten in Halle und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Reichenbach (Vogtland); am 13. von einer solchen des nationalliberalen Wahlvereins in Plauen (Vogtl.), sowie von dem Vorstand des liberalen Bürgervereins in Bonn; am 14. von der November-Versammlung des deutsch-sozialen Reformvereins und

einer Versammlung reichstreuer Wähler in Klingenthal (Sachsen); am 15. von einer Versammlung pfälzischer Weininteressenten in Dürkheim und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Auerbach (Vogtland). Am nämlichen Tage veröffentlichten die „Hamburger Nachrichten" ein aus Sachsen eingelaufenes Gedicht an Bismarck, das u. a. lautet:

Wir saßen nun leider dicke drin,
Wohin uns Caprivi geschoben,
Und nur Dein streitbarer Ritterfinn
Hat uns aus der Patsche gehoben.

Noch lustiger waren die Verse, die Dr. Holtz in Eisenach „Aus der Lutherzelle" am nämlichen Tage nach Friedrichsruh telegraphierte:

Als Luther in dem Kämmerlein
Durch manche dumme Teufelein
Geärgert ward ohn' Unterlaß,
Da griff er nach dem Tintenfaß.
Satan fuhr stinkend aus dem Haus
Und mit dem Teufelsspuk war's aus.
So traf Dein Wurf aus starker Hand
Auch jetzt den Teufel an der Wand,
Den Stänkerei'n laß ihren Lauf,
Hab' Dank und mach' das Fenster auf!

In der folgenden Woche trafen dann noch Huldigungen ein von reichstreuen Versammlungen in Glauchau und Augsburg, vom deutsch-konservativen Delegiertentag in Berlin, von der Generalversammlung des nationalliberalen Vereins in Hannover, von Mannheimer Bürgern, von der „Bismarck-Nische" in Goslar und von der Generalversammlung der deutsch-konservativen Partei der Rheinprovinz in Mörs.

Inzwischen hatte das Zentrum die Hamburger Enthüllungen auch zum Gegenstande einer Interpellation im Reichstage gemacht, durch welche es Antwort auf die Frage begehrte: 1. ob bis zum Jahr 1890 ein geheimer Vertrag Deutschlands mit Rußland bestanden habe? 2. Wenn ja, warum derselbe nicht erneuert worden sei? 3. „Welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese

Angelegenheit auf die Stellnng Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?" Durch Frage 2 hoffte das Zentrum den Grafen Caprivi weißwaschen, durch Frage 3 den Fürsten Bismarck recht gediegen anschwärzen zu können. In Bezug auf diese Tendenz der Interpellation berichteten die „Hamburger Nachrichten" am 12. November eine Äußerung des Fürsten: „Ich muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste geleistet haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich 6 Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden." In Bezug auf die zweite Frage gab das Hamburger Blatt ironisch seine Freude zu erkennen: „Die Gründe kennen zu lernen, durch welche Graf Caprivi 1890 sich genötigt gesehen hat, den uns mit Rußland noch verbindenden Draht abzuschneiden."

Die Interpellation wurde im Reichstag am 16. November gestellt und verhandelt, erfüllte aber die Hoffnungen der Bismarck-Gegner keineswegs. Denn da der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ablehnte, den Inhalt des in der ersten Frage erwähnten Vertrages mitzuteilen, so war der Staatssekretär v. Marschall bei Beantwortung der zweiten Frage: warum Graf Caprivi diesen Vertrag nicht erneuert habe? auf einige nichtssagende Phrasen angewiesen, die aber gleichwohl vom Zentrum mit jubelndem „Sehr richtig!" begrüßt wurden. Caprivi sollte sich dabei von der „Überzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes" haben leiten lassen. Diese Versicherung hatte natürlich nur den Wert derjenigen eines Mannes, der in reifen Jahren die ersten Versuche im Schlittschuhlaufen macht und nur aus „gewissenhafter Überzeugung" gestrauchelt und auf die Nase gefallen sein will. Caprivi selbst machte später seine Sache nicht besser, als er erklärte: der Vertrag mit Rußland sei ihm „zu kompliziert" erschienen und deshalb nicht erneuert worden. Zur dritten Frage aber mußte Herr v. Marschall sogar zugestehen, daß der bis 1890 mit Rußland bestandene Vertrag „mit keinem der andern bestehenden Verträge unvereinbar gewesen sei," also war auch die ganze Aufregung des In- und Auslandes völlig grundlos!

Damit war den Angreifern des Fürsten Bismarck, den Herren Dr. Lieber, Eugen Richter, Liebknecht, Haußmann und Rickert das Geschäft sehr erschwert, während umgekehrt die Verteidiger des Altreichskanzlers v. Manteuffel, Enneccerus, Paasche, Liebermann v. Sonnenberg, namentlich aber Graf Mirbach mit freudiger Begeisterung dem huldigenden und dankbaren Widerhall der deutschen Volksseele Ausdruck geben konnten. Mit dem gehässigsten persönlichen Gezänk der Bismarckfeinde schloß die denkwürdige Sitzung. Bismarck dankte Herrn v. Mirbach für seine mannhafte Rede persönlich.

Drittes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1897.

Wenn wir die offiziöse Presse des neuesten Kurses in dem Streite, der sich nach der vorstehenden Darstellung an die Hamburger Enthüllungen knüpfte, ganz öffentlich den Fürsten Bismarck leidenschaftlich und ungerecht angreifen sahen, so liegt die Vermutung nahe, daß manche von den Personen, die das Vertrauen des Kaisers besaßen, den Monarchen auch insgeheim in demselben Sinn zu beeinflussen bestrebt gewesen sein mögen. Die Folge davon mag dann die bald offenkundige Thatsache gewesen sein, daß das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck sich — wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres 1897 — erheblich weniger herzlich anließ und zu erkennen gab, als in den beiden Vorjahren.

Jedenfalls hatten die „Hamburger Nachrichten" guten Grund dafür, am 12. Februar unter der Überschrift: „Le roi me reverra" zu berichtigen und zu berichten: „Wir haben schon neulich wiederholt dementiert, daß Fürst Bismarck bei seiner Entlassung im Jahre 1890 das ihm zugeschriebene Wort: „Le roi me reverra" gesprochen habe. Es ist ein vollständiger Unsinn, ihm diese Äußerung unterzuschieben. Mit wem soll er überhaupt in der kurzen Zeit, die zwischen seiner Verabschiedung und seinem Auszuge verging, in seinem Hause französisch gesprochen haben? Der Ausdruck könnte ja doch nur in einer Besprechung mit einem des Deutschen unkundigen Diplomaten gebraucht sein. Eine der-

artige Besprechung hat aber in jener Zeit überhaupt nicht stattgefunden, und wir glauben auch nicht, daß der Fürst mit einem solchen Worte den Gedanken ausgesprochen haben würde, der heutzutage daran geknüpft wird. Wir sind vielmehr vollständig sicher, daß der erste Kanzler nach seinem Auszug aus dem Ministerium niemals den Gedanken an eine Wiederkehr in dasselbe gehabt und diese niemals für möglich gehalten hat."

Deutschland bereitete sich damals schon allerorten vor, die hundertjährige Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms I. würdig zu begehen und erwartete gewiß nicht ohne Berechtigung, daß der Kaiser bei diesem hohen Nationalfeste und bis dahin, wenn er etwa auf den Fürsten Bismarck öffentlich zu sprechen käme, dem Altreichskanzler denjenigen Anteil an dem großen Lebenswerke Kaiser Wilhelms zuweisen werde, den Bismarck nach dem unverrückbaren Urteil der Geschichte mühsam und hingebend errungen, und den auch der Kaiser dem Fürsten Bismarck in zahlreichen öffentlichen Kundgebungen bisher vergönnt hatte. Aber wie schmerzlich wurde Deutschland enttäuscht, als der Kaiser am 26. Februar, in einer seiner Stegreifreden, an dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages die Hörer plötzlich durch die Worte überraschte: daß in Kaiser Wilhelms I. „Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, Seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge Seines erhabenen Wollens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers." Viele der Anwesenden, namentlich viele Berichterstatter der Presse, wollten sogar vernommen haben, daß alle jene „braven, tüchtigen Ratgeber" des ersten Kaisers nur dessen „Handlanger" gewesen seien. Aber da die amtliche Wiedergabe der kaiserlichen Rede dann das Wort „Werkzeug", nicht „Handlanger" enthielt, so beschieden sie sich, an einer Sinnestäuschung gelitten zu haben. Doch auch das Wort „Werkzeug" erschien dem deutschen Volke die Stellung und Verdienste Bismarcks gegenüber seinem ersten kaiserlichen Herrn keineswegs geschichtlich richtig und erschöpfend auszudrücken. Monatelange Erregung, die sich namentlich noch bei Bismarcks Geburts-

tagsfeier geltend machte, erzeugte dieses Wort. Den ersten Widerhall dieser Erregung erhielt Bismarck schon Anfang März in einem Sonnett von Ernst Goetz in Leipzig:

Im Andenken an Wilhelm I.

Was würdest du, erhab'ner Schatten, sagen,
Wenn auf den asphodelischen Gefilden
Zu Dir, dem königlichen Herrn, dem Milden,
Das jüngste Wort vom „Werkzeug“ würd' getragen?
Die edle Stirn in Falten, würd'st du fragen:
„Wie? Darf vom Mann, der uns von Feinden — wilden
Befreit, deß Wort und Blick mir Zweifel stillten,
Mich preisend — man kein kleinstes Wörtchen sagen,
Zum blöden Werkzeug ihn herunterziehen,
Das sich's zur Ehr' zu rechnen, meinen Willen
Bedientenhaft stumm auszuführen, meinte,
Den Mann, deß unerhört gewalt'ges Mühen
Mich zwang, mit tiefstem Dank mich zu erfüllen —
Dem treu ich war als Bestem meiner Freunde?“

Bismarck dankte dem Einsender am 3. März für „das wohlwollende und tapfere Sonnett.“

Zuvor aber schon, am 1. März, hatte der Fürst in einem Schreiben an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe die Teilnahme an der Berliner „Centenarfeier“ des Geburtstags Kaiser Wilhelms I. mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt. Niemand sprach auch in Berlin bei der amtlichen Feier dieses Nationalfesttages von Bismarck, während dagegen gleichzeitig viele Tausende von Huldigungen in Friedrichsruh einliefen. Auch zum Geburtstag des Fürsten am 1. April traf diesmal kein Glückwunsch des Kaisers ein, und die „Hamburger Nachrichten“ stellten diese Thatsache gegenüber einer gegenteiligen Mitteilung des offiziösen Wolff'schen Telegraphen-Bureaus am 5. April ausdrücklich fest, was dann auch dieses offiziöse Bureau am 7. zugeben mußte.

Die Hauptnährväter der Verstimmung des Kaisers über den Fürsten Bismarck deuteten die „Hamburger Nachrichten“ am Schlusse eines Artikels „In eigener Sache“ (vom 7. März) an, auf den wir an anderer Stelle noch zurückkommen. Es hieß da: „Wir,

die „Hamburger Nachrichten", haben aus Gerechtigkeitsgefühl die Vertretung des alten Kurses auf uns genommen, der unserer Ansicht nach nicht so übel war, wie er von der offiziösen Presse des neuen Kurses geschildert wurde. Die Tendenz der Abwendung vom alten Kurse ist nach dem Abgange Caprivis allerdings gemildert worden, aber doch weniger in der Presse, als — hoffentlich — in der wirklichen Politik. Der Caprivismus steckt noch tief in unserer öffiziösen Presse; wir enthalten uns, seine Träger in der Wilhelmsstraße und in der Zeitungswelt beim Namen zu nennen, aber die Neigung, die Schuld an allem Unheil, das man anrichtet, auf den alten Kurs zu werfen, ist noch vorhanden."

Dann aber trat eine merkwürdig günstige Wendung in dem Verhältnisse des Kaisers zu Bismarck ein, als plötzlich um die Mitte des Jahres zwei der Ministerwohnungen an der Wilhelmsstraße von ihren bisherigen Inhabern geräumt und von anderen Männern bezogen wurden, d. h. als am 28. Juni Herr v. Marschall und am 1. Juli Herr v. Bötticher aus ihren bisherigen Stellungen schieden. Wir werden auch dieses Ereignis später unter der „inneren Politik" dieses Jahres noch näher berühren. Für den Zusammenhang dieses Ereignisses aber mit der erfreulichen Besserung der Stimmung des Kaisers gegen den Fürsten Bismarck erscheint die Thatsache bedeutsam, daß schon am nämlichen 28. Juni, da das Wolff'sche Telegraphenbureau vom Hoflager des Kaisers in Kiel aus die Kunde vom Rücktritt des Herrn v. Marschall in die Welt trug, von eben diesem Hoflager aus der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und der Nachfolger Herrn v. Marschalls, der bisherige Botschafter in Rom, Herr v. Bülow, sich zum Besuche Bismarcks in Friedrichsruh einfanden, und daß ihnen am 1. Juli — dem Tage des Abganges des Herrn v. Bötticher — der Großherzog von Weimar folgte. Am 23. August stellte sich dann auch der neuernannte Staatssekretär der Marine, Admiral Tirpitz, dem Fürsten Bismark in Friedrichsruh vor. Er mochte die Einladung der Beiwohnung des Fürsten beim Stapellauf des ersten großen deutschen Panzerkreuzers überbringen, der Bismarcks Namen tragen sollte. Jedoch mußte der

Gefeierte auch diese Einladung mit Rücksicht auf seine Gesundheit ablehnen.

Dagegen bezeigten die Kundgebungen beim Stapellauf dieses Panzerkreuzers in Kiel am 25. September, wieviel erfreulicher nunmehr das Verhältnis des Kaisers zum Altreichskanzler geworden war. Denn in Gegenwart des Kaisers sprach dort der Staatssekretär Tirpitz: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sollst du, stolzes Schiff, den Namen des größten Staatsmannes dieses Jahrhunderts führen, der untrennbar mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches verbunden ist. Bei seinem Klang, bei seinem Anblick werden die Herzen aller Deutschen in den weitesten Gegenden jenseits der Meere höher schlagen. Als Vermächtnis einer großen Zeit soll dein Name die deutsche Flotte zu Kraft und Sieg stählen.“ Die Taufe selbst wurde von der Frau Gräfin Wilhelm v. Bismarck mit den Worten vollzogen: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers taufe ich dich Fürst Bismarck.“ Und der Kaiser selbst telegraphierte nach Friedrichsruh: „Von Herzen wünsche Ich Ew. Durchlaucht Glück zum Stapellauf Meines Panzerkreuzers ›Fürst Bismarck‹ und freue Mich, dadurch für alle Zeiten Ew. Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Ein Modell desselben wird Admiral Tirpitz Ew. Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen.“ Bismarck antwortete durch die Depesche: „Ew. Majestät bitte ich allerunterthänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers Ew. Majestät zu teil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegen zu nehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende Allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Ew. Majestät meinem Namen in Allerhöchstderen Flotte gewährt haben, wesentlich erhöht wird.“ Am Abend nach dieser Feier trafen dann Staatssekretär Tirpitz, Finanzminister v. Miquel und Staatssekretär v. Thielmann zum Diner in Friedrichsruh ein. In ganz Deutschland erweckte dieser Vorgang freudige Begeisterung.

Sie gewissenhaft zu bewahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsgeheimnisse bedingen würde. Die Kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten; sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Überzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten" (d. h. denen des Dreibundes) „zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige Enthüllungen erschüttert werden könnte."

Damit war der reichs- und bismarckfeindlichen Presse die Richtung und Losung gegeben, auf die sie für ihre Schmähungen des Altreichskanzlers nur gewartet hatte. „Verräter strengster Staatsgeheimnisse", „frivoler Schädiger des Reichsfriedens", „treuloser Scheinfreund Österreichs" u. s. w., das waren noch einige der mildesten Ausdrücke, mit denen Fürst Bismarck von der gesamten demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Presse gebrandmarkt, oder wenigstens dem Sinne nach sogar in Blättern wie der „Kölnischen Zeitung", „Nationalzeitung", „Karlsruher" und „Weimarischen Zeitung" angegriffen und getadelt wurde. Seine zornigsten Gegner verlangten, daß er wegen „Landesverrats" vor das Reichsgericht gestellt werde. Die „Hamb. Nachr." wiesen zunächst aber (am 31. Oktober) nur den Angriff des „Reichsanzeigers" zurück mit den Bemerkungen: „Wir geben nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den ›strengsten Staatsgeheimnissen‹ gehören. Ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfnis, sie erfolgte nur auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken. . . . Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen

mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Denn „der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen. Dasselbe würde allen Freunden des Friedens in Europa erhebliche Beruhigung gewähren. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu vorauszusetzen wäre, würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen des Reichs ausgaben. Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß »Staatsgeheimnisse« zum Nachteile des Deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des »Reichsanzeigers« unbeanstandet lassen, in welcher er darauf »verzichtet, Falsches zu berichtigen« oder »Unvollständiges zu ergänzen«. Letzteres würde der »Reichsanzeiger« nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte. Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten gewesen.“ Der „Reichsanzeiger“ erwiderte auf diese schneidige Verteidigung am 2. November recht schwächlich nur: „Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern entschieden werden.“

Zuvor aber schon, am 1. November, hatten die „Hamburger Nachrichten“ ihre Enthüllungen fortgesetzt, indem sie namentlich anführten: „Unsern beiden Bundesgenossen im Dreibund war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht . . ., sonst würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I.

die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen... Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse äußerlich durch die fortgesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die von der klerikal-liberalen Presse nicht ohne Beihilfe der offiziösen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers unehrlicherweise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt geklagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland. Wir haben deshalb die uns mitgeteilte Thatsache an die Öffentlichkeit gebracht, daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers und durch die unzweideutige Zurückweisung des russischen Ansuchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeführt wurde. Gegen diesen aktenmäßigen Beweis, daß der Bruch des russischen ›Drahtes‹ erst unter Caprivi stattfand, kann die unehrliche Verleumdung der Politik unter Kaiser Wilhelm I. nicht Stich halten."

Während nun die gesamte reichsfeindliche und offiziöse Presse, unbelehrt durch diese Enthüllungen und deren Beweggründe, ihre Angriffe auf Bismarck fortsetzte, brachten anderseits Millionen deutscher Männer und Frauen dem treuen Eckart im Sachsenwalde fast unzählige Huldigungen für diesen neuen Beweis seiner unablässigen Fürsorge für Deutschlands Wohl dar. Schon am 31. Oktober erhielt der Fürst ein Telegramm in Versen aus Hamburg, das mit den Worten begann:

„Hurra! Du kühner Fechter,
Wie jeder Hieb da sitzt,
Wenn sich die Offiziöse
Darüber auch erhitzt."

In einer großen Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Karlsruhe gaben die Redner Professor Goldschmidt und Landgerichtsdirektor Fieser ihrem „Abscheu über die Preßfehde" Ausdruck, „die jetzt gegen Bismarck getrieben wird".

Die „Braunschweigische Landeszeitung" hängte folgenden Roheitsausbruch gegen den Fürsten niedriger: „Von der unsäg-

lichen Brutalität, mit der man den Schöpfer der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem Berliner Wochenblatt »Die Welt am Montag« den Beweis liefern. Es heißt da: „Bismarck hat kein Recht auf ein seelen- und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Moltke. Körper und Nerven sind zermorscht unter den tückischen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingung für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Perversitäten zu suchen." Und eine solche unerhörte Roheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre unaufhörlich Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat! Die „Hamburger Nachrichten" berichteten hiezu am 8. November, daß Fürst Bismarck, nachdem ihm die Gemeinheiten der „Welt am Montag" vorgelegt wurden, geäußert habe: „Solche Schreibereien beweisen nur, daß viele Leute mit Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die »alte Raketenkiste« erst begraben und ein schicklicher Kranz hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden."

Daß aber Menschen solcher Art in Deutschland nur zur Minderheit des Auswurfes gehörten, bewiesen dem Fürsten die begeisterten Huldigungen, die vom 9. bis 26. November unablässig bei ihm aus allen deutschen Gauen eintrafen; am 9. von einer nationalliberalen Versammlung in Leipzig; am 10. von einer Versammlung vieler Hunderte von Männern und Frauen in Karlsruhe, sowie aus Freiburg in Schlesien; am 11. von den Posener Mitgliedern des Bundes der Landwirte, vom Verein deutscher Studenten in Halle und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Reichenbach (Vogtland); am 13. von einer solchen des nationalliberalen Wahlvereins in Plauen (Vogtl.), sowie von dem Vorstand des liberalen Bürgervereins in Bonn; am 14. von der November-Versammlung des deutsch-sozialen Reformvereins und

einer Versammlung reichstreuer Wähler in Klingenthal (Sachsen); am 15. von einer Versammlung pfälzischer Weininteressenten in Dürkheim und einer Versammlung reichstreuer Wähler in Auerbach (Vogtland). Am nämlichen Tage veröffentlichten die „Hamburger Nachrichten" ein aus Sachsen eingelaufenes Gedicht an Bismarck, das u. a. lautet:

Wir saßen nun leider dicke drin,
Wohin uns Caprivi geschoben,
Und nur Dein streitbarer Ritterfinn
Hat uns aus der Patsche gehoben.

Noch lustiger waren die Verse, die Dr. Holtz in Eisenach „Aus der Lutherzelle" am nämlichen Tage nach Friedrichsruh telegraphierte:

Als Luther in dem Kämmerlein
Durch manche dumme Teufelein
Geärgert ward ohn' Unterlaß,
Da griff er nach dem Tintenfaß.
Satan fuhr stinkend aus dem Haus
Und mit dem Teufelsspuk war's aus.
So traf Dein Wurf aus starker Hand
Auch jetzt den Teufel an der Wand,
Den Stänkerei'n laß ihren Lauf,
Hab' Dank und mach' das Fenster auf!

In der folgenden Woche trafen dann noch Huldigungen ein von reichstreuen Versammlungen in Glauchau und Augsburg, vom deutsch-konservativen Delegiertentag in Berlin, von der Generalversammlung des nationalliberalen Vereins in Hannover, von Mannheimer Bürgern, von der „Bismarck-Nische" in Goslar und von der Generalversammlung der deutsch-konservativen Partei der Rheinprovinz in Mörs.

Inzwischen hatte das Zentrum die Hamburger Enthüllungen auch zum Gegenstande einer Interpellation im Reichstage gemacht, durch welche es Antwort auf die Frage begehrte: 1. ob bis zum Jahr 1890 ein geheimer Vertrag Deutschlands mit Rußland bestanden habe? 2. Wenn ja, warum derselbe nicht erneuert worden sei? 3. „Welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese

Angelegenheit auf die Stellnng Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?" Durch Frage 2 hoffte das Zentrum den Grafen Caprivi weißwaschen, durch Frage 3 den Fürsten Bismarck recht gediegen anschwärzen zu können. In Bezug auf diese Tendenz der Interpellation berichteten die „Hamburger Nachrichten" am 12. November eine Äußerung des Fürsten: „Ich muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste geleistet haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich 6 Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden." In Bezug auf die zweite Frage gab das Hamburger Blatt ironisch seine Freude zu erkennen: „Die Gründe kennen zu lernen, durch welche Graf Caprivi 1890 sich genötigt gesehen hat, den uns mit Rußland noch verbindenden Draht abzuschneiden."

Die Interpellation wurde im Reichstag am 16. November gestellt und verhandelt, erfüllte aber die Hoffnungen der Bismarck-Gegner keineswegs. Denn da der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ablehnte, den Inhalt des in der ersten Frage erwähnten Vertrages mitzuteilen, so war der Staatssekretär v. Marschall bei Beantwortung der zweiten Frage: warum Graf Caprivi diesen Vertrag nicht erneuert habe? auf einige nichtssagende Phrasen angewiesen, die aber gleichwohl vom Zentrum mit jubelndem „Sehr richtig!" begrüßt wurden. Caprivi sollte sich dabei von der „Überzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes" haben leiten lassen. Diese Versicherung hatte natürlich nur den Wert derjenigen eines Mannes, der in reifen Jahren die ersten Versuche im Schlittschuhlaufen macht und nur aus „gewissenhafter Überzeugung" gestrauchelt und auf die Nase gefallen sein will. Caprivi selbst machte später seine Sache nicht besser, als er erklärte: der Vertrag mit Rußland sei ihm „zu kompliziert" erschienen und deshalb nicht erneuert worden. Zur dritten Frage aber mußte Herr v. Marschall sogar zugestehen, daß der bis 1890 mit Rußland bestandene Vertrag „mit keinem der andern bestehenden Verträge unvereinbar gewesen sei," also war auch die ganze Aufregung des In- und Auslandes völlig grundlos!

Damit war den Angreifern des Fürsten Bismarck, den Herren Dr. Lieber, Eugen Richter, Liebknecht, Haußmann und Rickert das Geschäft sehr erschwert, während umgekehrt die Verteidiger des Altreichskanzlers v. Manteuffel, Enneccerus, Paasche, Liebermann v. Sonnenberg, namentlich aber Graf Mirbach mit freudiger Begeisterung dem huldigenden und dankbaren Widerhall der deutschen Volksseele Ausdruck geben konnten. Mit dem gehässigsten persönlichen Gezänk der Bismarckfeinde schloß die denkwürdige Sitzung. Bismarck dankte Herrn v. Mirbach für seine mannhafte Rede persönlich.

Drittes Kapitel.

Bismarck im Jahre 1897.

Wenn wir die offiziöse Presse des neuesten Kurses in dem Streite, der sich nach der vorstehenden Darstellung an die Hamburger Enthüllungen knüpfte, ganz öffentlich den Fürsten Bismarck leidenschaftlich und ungerecht angreifen sahen, so liegt die Vermutung nahe, daß manche von den Personen, die das Vertrauen des Kaisers besaßen, den Monarchen auch insgeheim in demselben Sinn zu beeinflussen bestrebt gewesen sein mögen. Die Folge davon mag dann die bald offenkundige Thatsache gewesen sein, daß das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck sich — wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres 1897 — erheblich weniger herzlich anließ und zu erkennen gab, als in den beiden Vorjahren.

Jedenfalls hatten die „Hamburger Nachrichten" guten Grund dafür, am 12. Februar unter der Überschrift: „Le roi me reverra" zu berichtigen und zu berichten: „Wir haben schon neulich wiederholt dementiert, daß Fürst Bismarck bei seiner Entlassung im Jahre 1890 das ihm zugeschriebene Wort: „Le roi me reverra" gesprochen habe. Es ist ein vollständiger Unsinn, ihm diese Äußerung unterzuschieben. Mit wem soll er überhaupt in der kurzen Zeit, die zwischen seiner Verabschiedung und seinem Auszuge verging, in seinem Hause französisch gesprochen haben? Der Ausdruck könnte ja doch nur in einer Besprechung mit einem des Deutschen unkundigen Diplomaten gebraucht sein. Eine der-

artige Besprechung hat aber in jener Zeit überhaupt nicht stattgefunden, und wir glauben auch nicht, daß der Fürst mit einem solchen Worte den Gedanken ausgesprochen haben würde, der heutzutage daran geknüpft wird. Wir sind vielmehr vollständig sicher, daß der erste Kanzler nach seinem Auszug aus dem Ministerium niemals den Gedanken an eine Wiederkehr in dasselbe gehabt und diese niemals für möglich gehalten hat."

Deutschland bereitete sich damals schon allerorten vor, die hundertjährige Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms I. würdig zu begehen und erwartete gewiß nicht ohne Berechtigung, daß der Kaiser bei diesem hohen Nationalfeste und bis dahin, wenn er etwa auf den Fürsten Bismarck öffentlich zu sprechen käme, dem Altreichskanzler denjenigen Anteil an dem großen Lebenswerke Kaiser Wilhelms zuweisen werde, den Bismarck nach dem unverrückbaren Urteil der Geschichte mühsam und hingebend errungen, und den auch der Kaiser dem Fürsten Bismarck in zahlreichen öffentlichen Kundgebungen bisher vergönnt hatte. Aber wie schmerzlich wurde Deutschland enttäuscht, als der Kaiser am 26. Februar, in einer seiner Stegreifreden, an dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages die Hörer plötzlich durch die Worte überraschte: daß in Kaiser Wilhelms I. „Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, Seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge Seines erhabenen Wollens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers." Viele der Anwesenden, namentlich viele Berichterstatter der Presse, wollten sogar vernommen haben, daß alle jene „braven, tüchtigen Ratgeber" des ersten Kaisers nur dessen „Handlanger" gewesen seien. Aber da die amtliche Wiedergabe der kaiserlichen Rede dann das Wort „Werkzeug", nicht „Handlanger" enthielt, so beschieden sie sich, an einer Sinnestäuschung gelitten zu haben. Doch auch das Wort „Werkzeug" erschien dem deutschen Volke die Stellung und Verdienste Bismarcks gegenüber seinem ersten kaiserlichen Herrn keineswegs geschichtlich richtig und erschöpfend auszudrücken. Monatelange Erregung, die sich namentlich noch bei Bismarcks Geburts-

tagsfeier geltend machte, erzeugte dieses Wort. Den ersten Widerhall dieser Erregung erhielt Bismarck schon Anfang März in einem Sonnett von Ernst Goetz in Leipzig:

Im Andenken an Wilhelm I.

Was würdest du, erhab'ner Schatten, sagen,
Wenn auf den asphodelischen Gefilden
Zu Dir, dem königlichen Herrn, dem Milden,
Das jüngste Wort vom „Werkzeug“ würd' getragen?
Die edle Stirn in Falten, würd'st du fragen:
„Wie? Darf vom Mann, der uns von Feinden — wilden
Befreit, deß Wort und Blick mir Zweifel stillten,
Mich preisend — man kein kleinstes Wörtchen sagen,
Zum blöden Werkzeug ihn herunterziehen,
Das sich's zur Ehr' zu rechnen, meinen Willen
Bedientenhaft stumm auszuführen, meinte,
Den Mann, deß unerhört gewalt'ges Mühen
Mich zwang, mit tiefstem Dank mich zu erfüllen —
Dem treu ich war als Bestem meiner Freunde?“

Bismarck dankte dem Einsender am 3. März für „das wohlwollende und tapfere Sonnett.“

Zuvor aber schon, am 1. März, hatte der Fürst in einem Schreiben an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe die Teilnahme an der Berliner „Centenarfeier“ des Geburtstags Kaiser Wilhelms I. mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt. Niemand sprach auch in Berlin bei der amtlichen Feier dieses Nationalfesttages von Bismarck, während dagegen gleichzeitig viele Tausende von Huldigungen in Friedrichsruh einliefen. Auch zum Geburtstag des Fürsten am 1. April traf diesmal kein Glückwunsch des Kaisers ein, und die „Hamburger Nachrichten“ stellten diese Thatsache gegenüber einer gegenteiligen Mitteilung des offiziösen Wolff'schen Telegraphen-Bureaus am 5. April ausdrücklich fest, was dann auch dieses offiziöse Bureau am 7. zugeben mußte.

Die Hauptnährväter der Verstimmung des Kaisers über den Fürsten Bismarck deuteten die „Hamburger Nachrichten“ am Schlusse eines Artikels „In eigener Sache“ (vom 7. März) an, auf den wir an anderer Stelle noch zurückkommen. Es hieß da: „Wir,

die „Hamburger Nachrichten", haben aus Gerechtigkeitsgefühl die Vertretung des alten Kurses auf uns genommen, der unserer Ansicht nach nicht so übel war, wie er von der offiziösen Presse des neuen Kurses geschildert wurde. Die Tendenz der Abwendung vom alten Kurse ist nach dem Abgange Caprivis allerdings gemildert worden, aber doch weniger in der Presse, als — hoffentlich — in der wirklichen Politik. Der Caprivismus steckt noch tief in unserer öffiziösen Presse; wir enthalten uns, seine Träger in der Wilhelmsstraße und in der Zeitungswelt beim Namen zu nennen, aber die Neigung, die Schuld an allem Unheil, das man anrichtet, auf den alten Kurs zu werfen, ist noch vorhanden."

Dann aber trat eine merkwürdig günstige Wendung in dem Verhältnisse des Kaisers zu Bismarck ein, als plötzlich um die Mitte des Jahres zwei der Ministerwohnungen an der Wilhelmsstraße von ihren bisherigen Inhabern geräumt und von anderen Männern bezogen wurden, d. h. als am 28. Juni Herr v. Marschall und am 1. Juli Herr v. Bötticher aus ihren bisherigen Stellungen schieden. Wir werden auch dieses Ereignis später unter der „inneren Politik" dieses Jahres noch näher berühren. Für den Zusammenhang dieses Ereignisses aber mit der erfreulichen Besserung der Stimmung des Kaisers gegen den Fürsten Bismarck erscheint die Thatsache bedeutsam, daß schon am nämlichen 28. Juni, da das Wolff'sche Telegraphenbureau vom Hoflager des Kaisers in Kiel aus die Kunde vom Rücktritt des Herrn v. Marschall in die Welt trug, von eben diesem Hoflager aus der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und der Nachfolger Herrn v. Marschalls, der bisherige Botschafter in Rom, Herr v. Bülow, sich zum Besuche Bismarcks in Friedrichsruh einfanden, und daß ihnen am 1. Juli — dem Tage des Abganges des Herrn v. Bötticher — der Großherzog von Weimar folgte. Am 23. August stellte sich dann auch der neuernannte Staatssekretär der Marine, Admiral Tirpitz, dem Fürsten Bismark in Friedrichsruh vor. Er mochte die Einladung der Beiwohnung des Fürsten beim Stapellauf des ersten großen deutschen Panzerkreuzers überbringen, der Bismarcks Namen tragen sollte. Jedoch mußte der

Gefeierte auch diese Einladung mit Rücksicht auf seine Gesundheit ablehnen.

Dagegen bezeigten die Kundgebungen beim Stapellauf dieses Panzerkreuzers in Kiel am 25. September, wieviel erfreulicher nunmehr das Verhältnis des Kaisers zum Altreichskanzler geworden war. Denn in Gegenwart des Kaisers sprach dort der Staatssekretär Tirpitz: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sollst du, stolzes Schiff, den Namen des größten Staatsmannes dieses Jahrhunderts führen, der untrennbar mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches verbunden ist. Bei seinem Klang, bei seinem Anblick werden die Herzen aller Deutschen in den weitesten Gegenden jenseits der Meere höher schlagen. Als Vermächtnis einer großen Zeit soll dein Name die deutsche Flotte zu Kraft und Sieg stählen.“ Die Taufe selbst wurde von der Frau Gräfin Wilhelm v. Bismarck mit den Worten vollzogen: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers taufe ich dich Fürst Bismarck.“ Und der Kaiser selbst telegraphierte nach Friedrichsruh: „Von Herzen wünsche Ich Ew. Durchlaucht Glück zum Stapellauf Meines Panzerkreuzers ›Fürst Bismarck‹ und freue Mich, dadurch für alle Zeiten Ew. Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Ein Modell desselben wird Admiral Tirpitz Ew. Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen.“ Bismarck antwortete durch die Depesche: „Ew. Majestät bitte ich allerunterthänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers Ew. Majestät zu teil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegen zu nehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende Allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Ew. Majestät meinem Namen in Allerhöchstderen Flotte gewährt haben, wesentlich erhöht wird.“ Am Abend nach dieser Feier trafen dann Staatssekretär Tirpitz, Finanzminister v. Miquel und Staatssekretär v. Thielmann zum Diner in Friedrichsruh ein. In ganz Deutschland erweckte dieser Vorgang freudige Begeisterung.

Als einen besonderen Beweis kaiserlicher Huld durfte dann Fürst Bismarck mit Recht den Besuch betrachten, den der Bruder des Kaisers, Admiral Prinz Heinrich, vor seiner Ausfahrt in die chinesischen Gewässer (am 8. Dezember) in Friedrichsruh abstattete. Beim Abschied küßte der Prinz den Fürsten auf Stirn und Wange mit den Worten: „Ich darf doch auch die Stirne berühren, die mein Großvater so oft geküßt hat?“ Bismarck wünschte ihm beim Abschied: „Gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr.“ Bekanntlich fand die Ausfahrt des Prinzen in Gegenwart des Kaisers statt, und als dieser von Kiel und Rendsburg zurückkehrte, besuchte er in Begleitung des Prinzen Adalbert, am 11. Dezember, den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

Unter den persönlichen Erlebnissen Bismarcks in diesem Jahre ist zuerst zu erwähnen die begeisterte Huldigung, die ihm am 14. Januar von den zum Kaiserkommers in Berlin versammelten „Vereinen deutscher Studenten“ telegraphisch dargebracht wurde, und die Bismarck, „für die freundliche und nationale Huldigung verbindlichst dankend“, beantwortete. Aus München und Jena kamen am 6. März gleichfalls studentische Huldigungen.

Am 16. Februar richtete Bismarck seinerseits einen telegraphischen Glückwunsch an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zu dessen goldener Hochzeitsfeier.

Am 7. März hielt Graf Herbert v. Bismarck in der Parteiversammlung der sächsischen Konservativen in Dresden eine Rede, und der Fürst antwortete auf ein Begrüßungstelegramm dieser Versammlung: er verbinde mit seinem Danke „den Ausdruck der Hoffnung auf festen Zusammenschluß aller politisch und wirtschaftlich konservativen Kräfte im Reiche.“

Am 13. März erließ Bismarck ein Dankschreiben an Dr. Otto Zacharias in Hamburg, den Leiter der am Plöner See errichteten Forschungsstation, für die Übersendung der wissenschaftlichen Berichte dieser Station. In diesem Schreiben erklärte der Fürst: „Ich interessiere mich lebhaft für die Förderung unserer Fischerei und würde mich freuen, wenn die Bem

Herren für die Erhaltung der biologischen Station in Plön, die dem Fischereiwesen zweifellos von Nutzen ist, von Erfolg begleitet wären."

Aus Anlaß der „Centenarfeier" des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. vereinigten sich — wie bereits erwähnt — die Deutschen des In- und Auslandes überall zu begeisterten Huldigungen an den Fürsten Bismarck. Über 1400 Telegramme mit etwa 45000 Worten liefen in Friedrichsruh ein, und außerdem eine sehr große Zahl von Briefen und Gedichten. Aus den Telegrammen erwähnen wir nur solche des Großherzogs von Weimar, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Friedrich Franz aus Cannes, der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Fraktion des Reichstags und preußischen Landtags, des Herrenhauses, des deutsch-konservativen Wahlvereins in Berlin und der Gemeindekollegien Münchens. Von den Gedichten können wir des Raumes wegen leider nur zwei mitteilen. Das erste kam aus Berlin und lautete:

Was Du ihm warst, ihm war's bewußt,
Er trug es still in seiner Brust
Der alte Kaiser!
Geziert mit eignem Heldentum,
Litt er gern Deinen Weltenruhm,
Ein Fürst, ein Weiser.
Käm' er vom Himmel heut herab,
Stieg' er empor aus seinem Grab,
Sein treues Auge,
Es suchte Dich. —

Aus Hannover aber waren folgende Verse eingelaufen:

Er sprach das Wörtchen „Niemals"
Deff' Fest wir heut begeh'n,
Das soll wie Flammenzeichen
In deutschen Herzen steh'n.

Niemals soll Treue wanken
Dem Reich nicht und dem Thron,
Niemals der Dank erkalten
Dir, Deutschlands größtem Sohn.

Mich dünkt, der Festesjubel,
Der Glocke tönend Wort,
Die zieh'n in Höhen schwellend,
Zum Sachsenwalde fort.

Umbrausen aus den Lüften
Des Kanzlers Hochgestalt:
Dort rauscht es aus den Eichen,
Es klingt aus Busch und Wald:
„Niemals!"

Die Stadt Striegau verlieh dem Fürsten Bismarck am 22. März das Ehrenbürgerrecht, und am Abend dieses Nationalfesttages brachten ihm etwa 2000 Personen aus Friedrichsruh und der Umgegend einen Fackelzug. Nur die wenigsten dieser Huldigungen konnte der Fürst einzeln beantworten. Allen dankte er öffentlich am 23. März.

Mit dem 31. März beginnen dann die Huldigungen zu Bismarcks 82. Geburtstage. Den Anfang machte ein Glückwunschschreiben der städtischen Behörden zu Chemnitz an ihren „größten Ehrenbürger" und ein Glückwunschtelegramm des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller. Am Festtage selbst, dem 1. April, liefen etwa 3200 Telegramme mit 100000 Worten und etwa 1800 Briefe ein, auch zahlreiche wertvolle Geschenke. Aus Petersburg sandten „die alten Getreuen" das Gedicht:

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Es kann ihr nicht gelingen,
Durch Undank Dich zu and'rer Ehr
Um Deinen Ruhm zu bringen
Es fehlt noch, daß ein Streit entsteht,
Wer sei der Reichsbaumeister?
Für uns und alle braven Leut'
Kein Zweifel, „Bismarck" heißt er!

Aus Altona sandte ein Verehrer K. R. ein Gedicht, dem wir die Anfangs- und Schlußstrophe entnehmen:

Kein Mensch soll uns dein Bild verdunkeln
Und wär' er noch so hoch gestellt.
Im hellsten Glanze wird es funkeln
So lang noch Deutsche auf der Welt!

So lang ich sprechen kann und singen,
So lang noch nicht erlahmt die Hand,
Will ich den Mannesdank dir bringen,
Daß du geeint das Vaterland!

Ein Gedicht aus Berlin läßt den Kaiser Wilhelm I. zu Bismarck sprechen:

„Laß, Getreu'ster, dich nicht kränken,
Ob man Dein beim Fest vergißt,
Ewig werd ich dir gedenken,
Was du mir gewesen bist!"

und die eigenen Wünsche für den Fürsten faßt der Dichter in die Worte:

Ob auch wunschlos sonst dein Alter,
Eines mögest du noch seh'n,
Daß des Reichs beruf'ne Walter
Wieder deine Bahnen geh'n!

Gleichfalls aus Berlin kamen die Verse:

Schon manchen Kaiser hat die Welt gesch'n,
Und viele Könige werden noch erste'h'n,
Auch Fürsten gab und gibt es ohne Zahl,
Doch einen Bismarck nicht zum zweitenmal.

Ein Gedicht aus Unter-Neubrunn in Sachsen-Meiningen schloß:

„Handlanger!" wer's auch gesprochen hat
Das Wort, wir wissen es besser:
Für unseres Bismarcks gewaltige That
Gibt's andere Wertmesser.

Sehr hübsch ist das Telegramm aus Solingen, dem Sitze der deutschen Stahlindustrie:

Dem Mann, der Deutschlands Schwert geschmiedet
Zu rechter Zeit mit starker Hand,
Sei aus der Schmiede deutscher Schwerter
Ein dreifach Hurra heut gesandt.

Ein Stuttgarter schloß eine poetische Betrachtung über das Verhältnis unseres „alten Herrn" zu Bismarck mit den Worten:

Vereint habt Ihr das Werk vollbracht,
Zerreißen kann Euch keine Macht;
Die so des Schicksals Gang vermählt:
Ihr bleibt ‚up ewig ungedeelt'!

In sehr kräftigen und heiteren Reimen behandelte denselben Gegenstand ein Leipziger — der in seiner sächsischen Begeisterung u. a. ganz unbedenklich „Flagge" auf „Dache" reimte — und rief dann:

Mög' Gott Bismarck uns erhalten,
Möchten güt'ge Geister walten,
Über seinem Abendrot!
Möchte er auf seinen Pfaden
Nie nach Leipzig hergeraten,
Denn hier küßte man ihn tot.

Leider können wir eines der hübſcheſten Gedichte, das einer jungen Seminarſchülerin in Stuttgart in ſchwäbiſcher Mundart, ſeiner großen Länge wegen nicht mitteilen. Sie erzählt dem Fürſten, wie deſſen Wort: „Wir Deutſche fürchten Gott, ſonſt nichts auf der Welt“ ſie durch alle Schickungen und Prüfungen, auch die am Seminar, furchtlos geführt habe, und ſie ſchließt:

Gott laß di dein Geburtstag feira
En Fried und Froid no viele Johr!
Des wenſcht der halt von ganzem Herza
Der frechſchte Schpatz vom Seminar.

Von den Glückwunſchtelegrammen in Proſa bringen wir nur die folgenden im Wortlaut. Eines aus Leipzig: „Dem größten ›Handlanger‹ der Weltgeſchichte ſenden wir ehrfurchtsvolle Geburtstagswünſche in unwandelbarer Verehrung.“ Ein zweites aus Leipzig: „Dem erſten Maſchiniſten des Deutſchen Reiches, dem Fürſten Bismarck, welcher mit kräftigen Verſchraubungen und patenten Verdichtungen das Deutſche Reich neu aufmontiert hat, wünſcht zu ſeinem Geburtstage Geſundheit und noch recht langes Leben ſein Kollege, der Maſchiniſt . . . .“ Ausgezeichnet iſt der aus Breslau telegraphierte Spruch: „Dem Werkmeiſter des Kaiſers, dem Baumeiſter des Reiches, dem Lehrmeiſter des Volkes!“

Natürlich konnte Bismarck die allermeiſten dieſer Huldigungsgrüße nur mit einem öffentlichen Dank beantworten, den die „Hamburger Nachrichten“ am 6. April abdruckten.

Zwei Tage darauf, am 8. April, ſtarb, erſt 66 Jahr alt, der hochverdiente deutſche Generalpoſtmeiſter Dr. v. Stephan in Berlin. Alsbald telegraphierte Bismarck an die Witwe: „Ich bitte Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme an dem Dahinſcheiden Ihres Herrn Gemahls entgegenzunehmen, dem ich in Erinnerung an unſere langjährige gemeinſame Thätigkeit ſtets ein dankbares Andenken bewahren werde.“

Um dieſelbe Zeit verbreitete die Verlagshandlung des „demnächſt erſcheinenden“ Werkes von Joh. Penzler „Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung“ die Legende, daß dieſes Werk auch alle

„authentischen Kundgebungen," der „Hamburger Nachrichten" bringen werde, die „von Bismarck selbst herrührten." Die „Hamburger Nachrichten" erklärten darauf am 26. April: „Daß Fürst Bismarck Artikel für unser Blatt überhaupt nicht verfaßt hat, sondern daß unsere Vertretung seiner Politik lediglich auf Grund von Informationen erfolgt, die uns gelegentlich zu Teil werden, und deren Benutzung und Fassung selbständig durch unsere Redaktion erfolgt." Selbstverständlich aber waren jene „Informationen," die dem tapferen Hamburger Blatte aus und in Friedrichsruh zuflossen, vom allergrößten Werte, wie die schon bisher und noch weiter in diesem Werke mitgeteilten Artikel dieses Blattes beweisen und wie der Verfasser selbst im November 1892*) aus Friedrichsruh zu erfahren Gelegenheit hatte. Nur gehört allerdings genaue Kenntnis der Denk- und Sprechweise Bismarcks dazu, um diese „Informationen" aus dem großen Hamburger Blatte herauszufinden, zu deren Abänderung, selbst in der „Fassung", die „Hamburger Nachrichten", trotz ihrer rühmlichen „Selbständigkeit", gewiß keinen Grund hatten. Der Verfasser glaubt auf Grund seiner 31jährigen persönlichen Bekanntschaft mit dem großen Staatsmanne und eingehender geschichtlicher Vertiefung in dessen ganzes Lebenswerk diese Auswahl richtig getroffen zu haben.

Am 25jährigen Jubiläum der Universität Straßburg, am 1. Mai, stifteten die Lehrer der Hochschule eine Büste des Fürsten Bismarck für die Aula und sprachen ihm telegraphisch „die Gefühle begeisterter Verehrung" der jüngsten, Deutschland durch Bismarck wiedergewonenen Hochschule aus. Dieser dankte telegraphisch.

Da Bismarck an seinem Geburtstage den üblichen Fackelzug der treuen Hamburger aus Gesundheitsrücksichten nicht hatte empfangen können, so fand dieser am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, statt. Der Fürst antwortete auf die an ihn gerichtete Ansprache: „Von allen Erinnerungen, die mich mit meiner

*) Zu vergl. oben Bd. IV S. 251/252 dieses Werkes.

Vergangenheit verknüpfen, sind mir die Friedensschlüsse die angenehmsten. Ich begehe in diesen Tagen ja manche Gedächtnisfeier meines öffentlichen Lebens, die älteste ist die meines Eintrittes in die parlamentarische Politik — vor 50 Jahren ziemlich genau — in dem Vereinigten Landtag von 1847. In dieser langen Zeit habe ich viel Liebe und viel Haß erfahren, aber es ist ein Vorteil des Altwerdens, daß man gegen Haß, Beleidigungen und Verleumdungen gleichgültig wird, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen wächst. Dieser Beweise der Liebe meiner Landsleute habe ich an dieser Stelle manche erhalten, aus dem Deutschen Reiche, von auswärts, von überall her, und es ist das der Eindruck, den ich aus diesem Leben mitnehmen werde, wenn ich es verlasse. Ganz besonders wertvoll ist mir aber jederzeit das Wohlwollen meiner großen Nachbarstadt Hamburg gewesen. Es ist das ein gegenseitiges Wohlwollen. Ich habe für die Stadt und ihre Obrigkeit, für deren ruhige und volksfreundliche Energie allezeit Liebe und Anerkennung gehabt. Das Wohlwollen für meine Person ist mir um so wertvoller, als ich hier Ihr Nachbar und für Sie in ein schärferes Licht gerückt bin. Ich wohne seit 7 Jahren hier in Ihrer Nähe, und Sie haben in den 7 Jahren Zeit genug gehabt, meine Vergangenheit zu prüfen und zu sichten. Habe ich bestanden vor meinen Nachbarn (Zurufe: ja, ja!), so bin ich erfreut und bin dafür dankbar und bitte Sie, daß Sie mir helfen, meinem Danke Ausdruck zu geben, indem Sie mit mir in ein Hoch einstimmen auf die freie Stadt Hamburg und ihre Obrigkeit."

Wie Bismarck sich im Vorjahre durch die „Hamburger Nachrichten" für die Erhaltung des Botanischen Gartens in Berlin verwendet hatte,*) so trat er nun auch für die Erhaltung des bedrohten Grunewaldes bei Berlin ein, indem er am 11. Mai in einem Schreiben an das Bureau des Herrenhauses zu Berlin seinen Beitritt zu dem Antrage des Grafen Tschirschky-Renard erklärte, der diesen Zweck verfolgte.

*) s. o. S. 31 fg. dieses Bandes.

Alle Schüler und Schülerinnen der deutschen Schule in Charters Tower, Queensland, Nordaustralien — auch die allerkleinsten, die zum erstenmal ihren Namen schrieben — hatten am 1. April einen poetischen, von dem Leiter der Schule, dem Pfarrer R. de Haas, verfaßten Glückwunsch an Bismarck abgesandt, und die Damen der dortigen deutschen Kolonie sich mit unterzeichnet. Natürlich war dieses Schreiben erst nach Mitte Mai in Friedrichsruh angelangt. Der Fürst antwortete am 26. Mai: „Geehrter Herr Pfarrer. Für den poetischen Gruß aus Nordaustralien und für die freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie und die unterzeichneten Damen, meinen Dank entgegen zu nehmen, und letzteren auch den Schülern, deren große Zahl" (es waren 37) „und deutsche Schrift mich erfreut, auszusprechen."

Am 24. Juni feierte der alte Jagdfreund Bismarcks, von Dietze-Barby, das 50jährige Jubiläum seiner Domänenpacht. Der Fürst schrieb ihm: „Ich bitte Sie, verehrter Freund, bei Ihrem heutigen Rückblick auf 50 Jahre ehrenvoller und erfolgreicher Thätigkeit meinen herzlichen Glückwunsch und meinen Dank für Ihr unwandelbares Wohlwollen entgegen zu nehmen." Bismarcks altes Korps Hannovera in Göttingen folgte am 26. Juli gar mit dem Jubiläum seines 70jährigen Bestehens und begrüßte den honorigsten alten Herrn im Sachsenwalde begeistert. Mit seinem Danke verband Bismarck seine „guten Wünsche für unser Korps".

Wohl die größte häusliche Freude dieses Jahres aber sollte er an dem nämlichen 25. September erleben, da in Kiel der Stapellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck" stattfand. An diesem Tage wurde nämlich dem Grafen Herbert der erste Sohn, also nach menschlichem Ermessen der künftige Träger des Fürstentitels, geboren. Er wurde am 18. Oktober auf die Namen Otto Christian Archibald getauft, und die Glückwünsche zu dem freudigen Ereignisse waren so zahlreich eingelaufen, daß Graf Herbert am 29. September in den „Hamburger Nachrichten" öffentlich dafür danken mußte: „Allen, die bei diesem Anlaß ihr Wohlwollen für

den Namen Bismarck unter meiner Adresse zum Ausdruck gebracht haben."

In Karlsruhe fand in Gegenwart des Großherzogs am 17. Oktober zur Vorfeier der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals eine große Festversammlung statt, welche „ihrem ruhmvollen Ehrenbürger" einen begeisterten Huldigungsgruß sandte. Ebenso die Vertreter der Stadt Leipzig, als hier am 18. Oktober das Bismarck-Denkmal im Johannapark enthüllt wurde — das zweite, da Leipzig schon in dem herrlichen Reiterstandbild Bismarcks auf dem Siemering'schen großen Siegesdenkmal eines der schönsten Denkmäler des Reichskanzlers besaß.

Mit Behagen benützte die demokratische Presse den Rechtsstreit des in diesem Jahre pensionierten Oberförsters Lange gegen den Fürsten, um wieder einmal sich in die häuslichen Verhältnisse desselben zu mischen und über seine „bekannte" Härte gegen seine Angestellten zu klagen. Nachdem schon die „Deutsche Tageszeitung" diesem Geschwätz gegenüber festgestellt hatte, „daß die Dienerschaft und die Beamten des Fürsten Bismarck für ihn und sein Haus geradezu begeistert sind", erklärten auch die „Hamburger Nachrichten" am 14. November, daß es sich bei dem Streit lediglich um eine Differenz von 900 Mark des jährlichen Pensionsbetrages des Oberförsters handle, also „um eine einfache Rechtsfrage, deren gerichtliche Entscheidung beide Teile gewünscht haben."

Am 27. November schrieb Bismarck an den Verfasser dieses Werkes, nachdem letzterer dem Fürsten sein Buch „Die deutsche Revolution 1848/49" überreicht hatte: „Geehrter Herr Doktor, ich danke Ihnen verbindlichst für die Übersendung Ihres Werkes über die Revolutionsjahre, von dem ich mit Interesse Kenntnis nehmen werde."

Die deutschen und deutsch-österreichischen Burschenschaften versammelten sich am 4. Dezember zu einem Burschenschaftstag in München und huldigten „dem großen Kanzler, der dem deutschnationalen Gedanken Gestalt und neues Leben gab, in unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung".

Am 6. Dezember nahm Bismarck in einem Schreiben an den Landrat v. Bonin die auf ihn gefallene Wahl zum Kreistags-Abgeordneten an, bedauerte aber, seines leidenden Gesundheitszustandes halber „zunächst" an den Arbeiten des Kreistages noch nicht teilnehmen zu können. Der am 21. Dezember versammelte Kreistag (von Stormarn) sprach Bismarck telegraphisch den Dank für die Annahme der Wahl aus.

Der Leiter des „Kladderadatsch", Johannes Trojan, hatte dem Fürsten Bismarck aus dem Holz des berühmten uralten Eibbaumes, der nahe an der Gartenfront des Herrenhauses in Berlin (Leipziger Straße 3) gestanden hatte, und nun der Bebauung hatte weichen müssen, einen Trinkbecher schnitzen lassen, den er mit einem hübschen Gedichte zu Weihnachten nach Friedrichsruh übersandte. Bismarck dankte freundlichst am 27. Dezember.

Leider sollten jedoch die guten Wünsche, die Trojan am Schlusse seines Gedichtes in die Worte gefaßt hatte:

Die lang Dein eigen war,
Die Lebenskraft der Eibe,
Bewahr noch manches Jahr!

nicht in Erfüllung gehen. Bismarcks Gesundheitszustand war das ganze Jahr hindurch nicht sehr erfreulich gewesen. Am 7. März berichteten die „Hamburger Nachrichten" darüber: „Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt in neuerer Zeit wieder manches zu wünschen übrig, namentlich wird der Altreichskanzler unter dem Einfluß der gegenwärtigen barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgesucht, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Besorgnis der diesmaligen Feier seines Geburtstages entgegen. Wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auf Ansprachen in längerer Rede zu erwidern; der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab."

Am 25. März schrieb Professor Dr. Schweninger an den Vorsitzenden des Reichstagswahlvereins in Hamburg, dessen Fackel-

Als einen besonderen Beweis kaiserlicher Huld durfte dann Fürst Bismarck mit Recht den Besuch betrachten, den der Bruder des Kaisers, Admiral Prinz Heinrich, vor seiner Ausfahrt in die chinesischen Gewässer (am 8. Dezember) in Friedrichsruh abstattete. Beim Abschied küßte der Prinz den Fürsten auf Stirn und Wange mit den Worten: „Ich darf doch auch die Stirne berühren, die mein Großvater so oft geküßt hat?“ Bismarck wünschte ihm beim Abschied: „Gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr.“ Bekanntlich fand die Ausfahrt des Prinzen in Gegenwart des Kaisers statt, und als dieser von Kiel und Rendsburg zurückkehrte, besuchte er in Begleitung des Prinzen Adalbert, am 11. Dezember, den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

Unter den persönlichen Erlebnissen Bismarcks in diesem Jahre ist zuerst zu erwähnen die begeisterte Huldigung, die ihm am 14. Januar von den zum Kaiserkommers in Berlin versammelten „Vereinen deutscher Studenten“ telegraphisch dargebracht wurde, und die Bismarck, „für die freundliche und nationale Huldigung verbindlichst dankend“, beantwortete. Aus München und Jena kamen am 6. März gleichfalls studentische Huldigungen.

Am 16. Februar richtete Bismarck seinerseits einen telegraphischen Glückwunsch an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zu dessen goldener Hochzeitsfeier.

Am 7. März hielt Graf Herbert v. Bismarck in der Parteiversammlung der sächsischen Konservativen in Dresden eine Rede, und der Fürst antwortete auf ein Begrüßungstelegramm dieser Versammlung: er verbinde mit seinem Danke „den Ausdruck der Hoffnung auf festen Zusammenschluß aller politisch und wirtschaftlich konservativen Kräfte im Reiche.“

Am 13. März erließ Bismarck ein Dankschreiben an Dr. Otto Zacharias in Hamburg, den Leiter der am Plöner See errichteten Forschungsstation, für die Übersendung der wissenschaftlichen Berichte dieser Station. In diesem Schreiben erklärte der Fürst: „Ich interessiere mich lebhaft für die Förderung unserer Fischerei und würde mich freuen, wenn die Bemühungen der Hamburger

Herren für die Erhaltung der biologischen Station in Plön, die dem Fischereiwesen zweifellos von Nutzen ist, von Erfolg begleitet wären."

Aus Anlaß der „Centenarfeier" des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. vereinigten sich — wie bereits erwähnt — die Deutschen des In- und Auslandes überall zu begeisterten Huldigungen an den Fürsten Bismarck. Über 1400 Telegramme mit etwa 45000 Worten liefen in Friedrichsruh ein, und außerdem eine sehr große Zahl von Briefen und Gedichten. Aus den Telegrammen erwähnen wir nur solche des Großherzogs von Weimar, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Friedrich Franz aus Cannes, der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Fraktion des Reichstags und preußischen Landtags, des Herrenhauses, des deutsch-konservativen Wahlvereins in Berlin und der Gemeindekollegien Münchens. Von den Gedichten können wir des Raumes wegen leider nur zwei mitteilen. Das erste kam aus Berlin und lautete:

Was Du ihm warst, ihm war's bewußt,
Er trug es still in seiner Brust
Der alte Kaiser!
Geziert mit eignem Heldentum,
Litt er gern Deinen Weltenruhm,
Ein Fürst, ein Weiser.
Käm' er vom Himmel heut herab,
Stieg' er empor aus seinem Grab,
Sein treues Auge,
Es suchte Dich. —

Aus Hannover aber waren folgende Verse eingelaufen:

Er sprach das Wörtchen „Niemals"
Deff' Fest wir heut begeh'n,
Das soll wie Flammenzeichen
In deutschen Herzen steh'n.

Niemals soll Treue wanken
Dem Reich nicht und dem Thron,
Niemals der Dank erkalten
Dir, Deutschlands größtem Sohn.

Mich dünkt, der Festesjubel,
Der Glocke tönend Wort,
Die zieh'n in Höhen schwellend,
Zum Sachsenwalde fort.

Umbrausen aus den Lüften
Des Kanzlers Hochgestalt:
Dort rauscht es aus den Eichen,
Es klingt aus Busch und Wald:

„Niemals!"

Die Stadt Striegau verlieh dem Fürsten Bismarck am 22. März das Ehrenbürgerrecht, und am Abend dieses Nationalfesttages brachten ihm etwa 2000 Personen aus Friedrichsruh und der Umgegend einen Fackelzug. Nur die wenigsten dieser Huldigungen konnte der Fürst einzeln beantworten. Allen dankte er öffentlich am 23. März.

Mit dem 31. März beginnen dann die Huldigungen zu Bismarcks 82. Geburtstage. Den Anfang machte ein Glückwunschschreiben der städtischen Behörden zu Chemnitz an ihren „größten Ehrenbürger" und ein Glückwunschtelegramm des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller. Am Festtage selbst, dem 1. April, liefen etwa 3200 Telegramme mit 100000 Worten und etwa 1800 Briefe ein, auch zahlreiche wertvolle Geschenke. Aus Petersburg sandten „die alten Getreuen" das Gedicht:

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Es kann ihr nicht gelingen,
Durch Undank Dich zu and'rer Ehr
Um Deinen Ruhm zu bringen
Es fehlt noch, daß ein Streit entsteht,
Wer sei der Reichsbaumeister?
Für uns und alle braven Leut'
Kein Zweifel, „Bismarck" heißt er!

Aus Altona sandte ein Verehrer K. R. ein Gedicht, dem wir die Anfangs- und Schlußstrophe entnehmen:

Kein Mensch soll uns dein Bild verdunkeln
Und wär' er noch so hoch gestellt.
Im hellsten Glanze wird es funkeln
So lang noch Deutsche auf der Welt!

So lang ich sprechen kann und singen,
So lang noch nicht erlahmt die Hand,
Will ich den Mannesdank dir bringen,
Daß du geeint das Vaterland!

Ein Gedicht aus Berlin läßt den Kaiser Wilhelm I. zu Bismarck sprechen:

„Laß, Getreu'ster, dich nicht kränken,
Ob man Dein beim Fest vergißt,
Ewig werd ich dir gedenken,
Was du mir gewesen bist!"

und die eigenen Wünsche für den Fürsten faßt der Dichter in die Worte:

Ob auch wunschlos sonst dein Alter,
Eines mögest du noch seh'n,
Daß des Reichs beruf'ne Walter
Wieder deine Bahnen geh'n!

Gleichfalls aus Berlin kamen die Verse:

Schon manchen Kaiser hat die Welt gesch'n,
Und viele Könige werden noch ersteh'n,
Auch Fürsten gab und gibt es ohne Zahl,
Doch einen Bismarck nicht zum zweitenmal.

Ein Gedicht aus Unter-Neubrunn in Sachsen-Meiningen schloß:

„Handlanger!" wer's auch gesprochen hat
Das Wort, wir wissen es besser:
Für unseres Bismarcks gewaltige That
Gibt's andere Wertmesser.

Sehr hübsch ist das Telegramm aus Solingen, dem Sitze der deutschen Stahlindustrie:

Dem Mann, der Deutschlands Schwert geschmiedet
Zu rechter Zeit mit starker Hand,
Sei aus der Schmiede deutscher Schwerter
Ein dreifach Hurra heut gesandt.

Ein Stuttgarter schloß eine poetische Betrachtung über das Verhältnis unseres „alten Herrn" zu Bismarck mit den Worten:

Vereint habt Ihr das Werk vollbracht,
Zerreißen kann Euch keine Macht;
Die so des Schicksals Gang vermählt:
Ihr bleibt ‚up ewig ungedeelt'!

In sehr kräftigen und heiteren Reimen behandelte denselben Gegenstand ein Leipziger — der in seiner sächsischen Begeisterung u. a. ganz unbedenklich „Flagge" auf „Dache" reimte — und rief dann:

Mög' Gott Bismarck uns erhalten,
Möchten güt'ge Geister walten,
Über seinem Abendrot!
Möchte er auf seinen Pfaden
Nie nach Leipzig hergeraten,
Denn hier küßte man ihn tot.

Leider können wir eines der hübſcheſten Gedichte, das einer jungen Seminarſchülerin in Stuttgart in ſchwäbiſcher Mundart, ſeiner großen Länge wegen nicht mitteilen. Sie erzählt dem Fürſten, wie deſſen Wort: „Wir Deutſche fürchten Gott, ſonſt nichts auf der Welt“ ſie durch alle Schickungen und Prüfungen, auch die am Seminar, furchtlos geführt habe, und ſie ſchließt:

Gott laß di dein Geburtstag feira
En Fried und Froid no viele Johr!
Des wenſcht der halt von ganzem Herza
Der frechſchte Schpatz vom Seminar.

Von den Glückwunſchtelegrammen in Proſa bringen wir nur die folgenden im Wortlaut. Eines aus Leipzig: „Dem größten ›Handlanger‹ der Weltgeſchichte ſenden wir ehrfurchtsvolle Geburtstagswünſche in unwandelbarer Verehrung.“ Ein zweites aus Leipzig: „Dem erſten Maſchiniſten des Deutſchen Reiches, dem Fürſten Bismarck, welcher mit kräftigen Verſchraubungen und patenten Verdichtungen das Deutſche Reich neu aufmontiert hat, wünſcht zu ſeinem Geburtstage Geſundheit und noch recht langes Leben ſein Kollege, der Maſchiniſt . . . .“ Ausgezeichnet iſt der aus Breslau telegraphierte Spruch: „Dem Werkmeiſter des Kaiſers, dem Baumeiſter des Reiches, dem Lehrmeiſter des Volkes!“

Natürlich konnte Bismarck die allermeiſten dieſer Huldigungsgrüße nur mit einem öffentlichen Dank beantworten, den die „Hamburger Nachrichten“ am 6. April abdruckten.

Zwei Tage darauf, am 8. April, ſtarb, erſt 66 Jahr alt, der hochverdiente deutſche Generalpoſtmeiſter Dr. v. Stephan in Berlin. Alsbald telegraphierte Bismarck an die Witwe: „Ich bitte Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme an dem Dahinſcheiden Ihres Herrn Gemahls entgegenzunehmen, dem ich in Erinnerung an unſere langjährige gemeinſame Thätigkeit ſtets ein dankbares Andenken bewahren werde.“

Um dieſelbe Zeit verbreitete die Verlagshandlung des „demnächſt erſcheinenden“ Werkes von Joh. Penzler „Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung“ die Legende, daß dieſes Werk auch alle

„authentischen Kundgebungen,“ der „Hamburger Nachrichten“ bringen werde, die „von Bismarck selbst herrührten.“ Die „Hamburger Nachrichten“ erklärten darauf am 26. April: „Daß Fürst Bismarck Artikel für unser Blatt überhaupt nicht verfaßt hat, sondern daß unsere Vertretung seiner Politik lediglich auf Grund von Informationen erfolgt, die uns gelegentlich zu Teil werden, und deren Benutzung und Fassung selbständig durch unsere Redaktion erfolgt.“ Selbstverständlich aber waren jene „Informationen,“ die dem tapferen Hamburger Blatte aus und in Friedrichsruh zuflossen, vom allergrößten Werte, wie die schon bisher und noch weiter in diesem Werke mitgeteilten Artikel dieses Blattes beweisen und wie der Verfasser selbst im November 1892*) aus Friedrichsruh zu erfahren Gelegenheit hatte. Nur gehört allerdings genaue Kenntnis der Denk- und Sprechweise Bismarcks dazu, um diese „Informationen“ aus dem großen Hamburger Blatte herauszufinden, zu deren Abänderung, selbst in der „Fassung“, die „Hamburger Nachrichten“, trotz ihrer rühmlichen „Selbständigkeit“, gewiß keinen Grund hatten. Der Verfasser glaubt auf Grund seiner 31jährigen persönlichen Bekanntschaft mit dem großen Staatsmanne und eingehender geschichtlicher Vertiefung in dessen ganzes Lebenswerk diese Auswahl richtig getroffen zu haben.

Am 25jährigen Jubiläum der Universität Straßburg, am 1. Mai, stifteten die Lehrer der Hochschule eine Büste des Fürsten Bismarck für die Aula und sprachen ihm telegraphisch „die Gefühle begeisterter Verehrung“ der jüngsten, Deutschland durch Bismarck wiedergewonenen Hochschule aus. Dieser dankte telegraphisch.

Da Bismarck an seinem Geburtstage den üblichen Fackelzug der treuen Hamburger aus Gesundheitsrücksichten nicht hatte empfangen können, so fand dieser am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, statt. Der Fürst antwortete auf die an ihn gerichtete Ansprache: „Von allen Erinnerungen, die mich mit meiner

*) Zu vergl. oben Bd. IV S. 251/252 dieses Werkes.

Vergangenheit verknüpfen, sind mir die Friedensschlüsse die angenehmsten. Ich begehe in diesen Tagen ja manche Gedächtnisfeier meines öffentlichen Lebens, die älteste ist die meines Eintrittes in die parlamentarische Politik — vor 50 Jahren ziemlich genau — in dem Vereinigten Landtag von 1847. In dieser langen Zeit habe ich viel Liebe und viel Haß erfahren, aber es ist ein Vorteil des Altwerdens, daß man gegen Haß, Beleidigungen und Verleumdungen gleichgültig wird, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen wächst. Dieser Beweise der Liebe meiner Landsleute habe ich an dieser Stelle manche erhalten, aus dem Deutschen Reiche, von auswärts, von überall her, und es ist das der Eindruck, den ich aus diesem Leben mitnehmen werde, wenn ich es verlasse. Ganz besonders wertvoll ist mir aber jederzeit das Wohlwollen meiner großen Nachbarstadt Hamburg gewesen. Es ist das ein gegenseitiges Wohlwollen. Ich habe für die Stadt und ihre Obrigkeit, für deren ruhige und volksfreundliche Energie allezeit Liebe und Anerkennung gehabt. Das Wohlwollen für meine Person ist mir um so wertvoller, als ich hier Ihr Nachbar und für Sie in ein schärferes Licht gerückt bin. Ich wohne seit 7 Jahren hier in Ihrer Nähe, und Sie haben in den 7 Jahren Zeit genug gehabt, meine Vergangenheit zu prüfen und zu sichten. Habe ich bestanden vor meinen Nachbarn (Zurufe: ja, ja!), so bin ich erfreut und bin dafür dankbar und bitte Sie, daß Sie mir helfen, meinem Danke Ausdruck zu geben, indem Sie mit mir in ein Hoch einstimmen auf die freie Stadt Hamburg und ihre Obrigkeit."

Wie Bismarck sich im Vorjahre durch die „Hamburger Nachrichten" für die Erhaltung des Botanischen Gartens in Berlin verwendet hatte,*) so trat er nun auch für die Erhaltung des bedrohten Grunewaldes bei Berlin ein, indem er am 11. Mai in einem Schreiben an das Bureau des Herrenhauses zu Berlin seinen Beitritt zu dem Antrage des Grafen Tschirschky-Renard erklärte, der diesen Zweck verfolgte.

*) s. o. S. 31 fg. dieses Bandes.

Alle Schüler und Schülerinnen der deutschen Schule in Charters Tower, Queensland, Nordaustralien — auch die allerkleinsten, die zum erstenmal ihren Namen schrieben — hatten am 1. April einen poetischen, von dem Leiter der Schule, dem Pfarrer R. de Haas, verfaßten Glückwunsch an Bismarck abgesandt, und die Damen der dortigen deutschen Kolonie sich mit unterzeichnet. Natürlich war dieses Schreiben erst nach Mitte Mai in Friedrichsruh angelangt. Der Fürst antwortete am 26. Mai: „Geehrter Herr Pfarrer. Für den poetischen Gruß aus Nordaustralien und für die freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie und die unterzeichneten Damen, meinen Dank entgegen zu nehmen, und letzteren auch den Schülern, deren große Zahl" (es waren 37) „und deutsche Schrift mich erfreut, auszusprechen."

Am 24. Juni feierte der alte Jagdfreund Bismarcks, von Dietze-Barby, das 50jährige Jubiläum seiner Domänenpacht. Der Fürst schrieb ihm: „Ich bitte Sie, verehrter Freund, bei Ihrem heutigen Rückblick auf 50 Jahre ehrenvoller und erfolgreicher Thätigkeit meinen herzlichen Glückwunsch und meinen Dank für Ihr unwandelbares Wohlwollen entgegen zu nehmen." Bismarcks altes Korps Hannovera in Göttingen folgte am 26. Juli gar mit dem Jubiläum seines 70jährigen Bestehens und begrüßte den honorigsten alten Herrn im Sachsenwalde begeistert. Mit seinem Danke verband Bismarck seine „guten Wünsche für unser Korps".

Wohl die größte häusliche Freude dieses Jahres aber sollte er an dem nämlichen 25. September erleben, da in Kiel der Stapellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck" stattfand. An diesem Tage wurde nämlich dem Grafen Herbert der erste Sohn, also nach menschlichem Ermessen der künftige Träger des Fürstentitels, geboren. Er wurde am 18. Oktober auf die Namen Otto Christian Archibald getauft, und die Glückwünsche zu dem freudigen Ereignisse waren so zahlreich eingelaufen, daß Graf Herbert am 29. September in den „Hamburger Nachrichten" öffentlich dafür danken mußte: „Allen, die bei diesem Anlaß ihr Wohlwollen für

den Namen Bismarck unter meiner Adresse zum Ausdruck gebracht haben."

In Karlsruhe fand in Gegenwart des Großherzogs am 17. Oktober zur Vorfeier der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals eine große Festversammlung statt, welche „ihrem ruhmvollen Ehrenbürger" einen begeisterten Huldigungsgruß sandte. Ebenso die Vertreter der Stadt Leipzig, als hier am 18. Oktober das Bismarck-Denkmal im Johannapark enthüllt wurde — das zweite, da Leipzig schon in dem herrlichen Reiterstandbild Bismarcks auf dem Siemering'schen großen Siegesdenkmal eines der schönsten Denkmäler des Reichskanzlers besaß.

Mit Behagen benützte die demokratische Presse den Rechtsstreit des in diesem Jahre pensionierten Oberförsters Lange gegen den Fürsten, um wieder einmal sich in die häuslichen Verhältnisse desselben zu mischen und über seine „bekannte" Härte gegen seine Angestellten zu klagen. Nachdem schon die „Deutsche Tageszeitung" diesem Geschwätz gegenüber festgestellt hatte, „daß die Dienerschaft und die Beamten des Fürsten Bismarck für ihn und sein Haus geradezu begeistert sind", erklärten auch die „Hamburger Nachrichten" am 14. November, daß es sich bei dem Streit lediglich um eine Differenz von 900 Mark des jährlichen Pensionsbetrages des Oberförsters handle, also „um eine einfache Rechtsfrage, deren gerichtliche Entscheidung beide Teile gewünscht haben."

Am 27. November schrieb Bismarck an den Verfasser dieses Werkes, nachdem letzterer dem Fürsten sein Buch „Die deutsche Revolution 1848/49" überreicht hatte: „Geehrter Herr Doktor, ich danke Ihnen verbindlichst für die Übersendung Ihres Werkes über die Revolutionsjahre, von dem ich mit Interesse Kenntnis nehmen werde."

Die deutschen und deutsch-österreichischen Burschenschaften versammelten sich am 4. Dezember zu einem Burschenschaftstag in München und huldigten „dem großen Kanzler, der dem deutschnationalen Gedanken Gestalt und neues Leben gab, in unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung".

Am 6. Dezember nahm Bismarck in einem Schreiben an den Landrat v. Bonin die auf ihn gefallene Wahl zum Kreistags-Abgeordneten an, bedauerte aber, seines leidenden Gesundheitszustandes halber „zunächst" an den Arbeiten des Kreistages noch nicht teilnehmen zu können. Der am 21. Dezember versammelte Kreistag (von Stormarn) sprach Bismarck telegraphisch den Dank für die Annahme der Wahl aus.

Der Leiter des „Kladderadatsch", Johannes Trojan, hatte dem Fürsten Bismarck aus dem Holz des berühmten uralten Eibbaumes, der nahe an der Gartenfront des Herrenhauses in Berlin (Leipziger Straße 3) gestanden hatte, und nun der Bebauung hatte weichen müssen, einen Trinkbecher schnitzen lassen, den er mit einem hübschen Gedichte zu Weihnachten nach Friedrichsruh übersandte. Bismarck dankte freundlichst am 27. Dezember.

Leider sollten jedoch die guten Wünsche, die Trojan am Schlusse seines Gedichtes in die Worte gefaßt hatte:

Die lang Dein eigen war,
Die Lebenskraft der Eibe,
Bewahr noch manches Jahr!

nicht in Erfüllung gehen. Bismarcks Gesundheitszustand war das ganze Jahr hindurch nicht sehr erfreulich gewesen. Am 7. März berichteten die „Hamburger Nachrichten" darüber: „Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt in neuerer Zeit wieder manches zu wünschen übrig, namentlich wird der Altreichskanzler unter dem Einfluß der gegenwärtigen barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgesucht, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Besorgnis der diesmaligen Feier seines Geburtstages entgegen. Wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auf Ansprachen in längerer Rede zu erwidern; der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab."

Am 25. März schrieb Professor Dr. Schweninger an den Vorsitzenden des Reichstagswahlvereins in Hamburg, dessen Fackel-

zug für den 1. April in Friedrichsruh schon angenommen war, daß dieser „um einige Wochen verschoben" werden müsse:*) „im Interesse der Gesundheit Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck, der in letzter Zeit durch eine gastrisch-nervöse Erkrankung geschädigt wurde", und weil „ich durch eine zu vorzeitige Inanspruchnahme der Kräfte des Fürsten eine neue Schädigung befürchte, die ich nicht verantworten möchte".

Selbst die Teilnahme an dem Feste zur Einweihung des neuen Rathauses im nahen Hamburg mußte der Fürst am 15. Oktober ablehnen. Dagegen konnten die „Hamburger Nachrichten" am 12. November auf die sensationelle Notiz des „Berliner Tageblattes", daß „im Befinden des Fürsten Bismarck leider eine Verschlimmerung eingetreten und die ganze fürstliche Familie an das Krankenbett gerufen worden" sei, die beruhigende Versicherung abgeben: „An der ganzen Notiz ist kein wahres Wort. Weder ist in dem Befinden des Fürsten Bismarck eine Verschlimmerung eingetreten, noch ist er überhaupt krank, noch ist die ganze fürstliche Familie in Friedrichsruh versammelt. Der Fürst selbst ist bei bestem Humor. Er hatte kürzlich Schmerzen am Bein, die mit der alten Venenentzündung zusammenhängen, aber die Sache ist schon wieder behoben, und der Fürst dürfte bei günstiger Witterung die gewohnten Ausfahrten demnächst wieder aufnehmen. Außerdem hat er, wie immer, mehr oder weniger an Gesichtsschmerz zu leiden, namentlich bei Witterungswechsel; aber dieser Zustand ist chronisch und bietet keinerlei Grund, von Kranksein zu sprechen."

Wie rasch indessen der Zustand des Fürsten wieder ungünstiger werden konnte, erkennen wir aus den „Hamburger Nachrichten" vom 27. Dezember, wo gesagt wird: „Im ›Hamburger Korrespondenten‹ finden wir die auch in andere Blätter übergegangene Nachricht, daß ›das Befinden des Fürsten Bismarck wieder zufriedenstellend‹ sei. Dies ist bisher nicht der Fall; die schmerzhafte Affektion besteht nach wie vor, verhindert den Fürsten am

*) Er fand dann, wie oben S. 67 fg. berichtet wurde, am 10. Mai statt.

Gehen und raubt ihm die Nachtruhe. Der Empfang von Besuch und die Beantwortung von Briefen ist ihm daher zur Zeit nicht möglich, und seine Freunde werden dies entschuldigen. Die Thatsache, daß der Fürst in der genannten Zeitung gesund gemeldet wurde, hat in Friedrichsruh Befremden erregt, und wir hören, daß der Fürst, als er davon las, geäußert hat: »Wenn der Herr, der dies geschrieben hat, in meinem Zustande wäre, so würde er sich eine Vorstellung davon machen können, was ››zufriedenstellendes Befinden‹‹ ist.‹‹ Wir werden später berichten, wie ernst Professor Schweninger damals schon im tiefsten Geheimnis den Gesundheitszustand seines erlauchten Patienten beurteilte. Um so rührender und bewunderungswürdiger aber erscheint die rege Teilnahme, die Fürst Bismarck auch in diesem leidenden Zustande allen öffentlichen Vorgängen nnd Interessen seines Vaterlandes widmete.

Namentlich war auch die Zahl der in Friedrichsruh, trotz dieses Leidens, im Laufe dieses Jahres angenommenen Besuche eine ganz stattliche.*) Wir erwähnen davon hier nur die folgenden. Am 15. Januar erschien Bronsart v. Schellendorff zum Diner in Friedrichsruh. Am 18. Mai traf der frühere preußische Minister v. Lucius dort ein. Am 17. Juni begrüßten die deutschen Zuckerindustriellen den Fürsten in Friedrichsruh. Am 19. Juni besprachen Herr v. Hansemannn, der Vorsitzende des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der Präsident des deutschen Kolonialvereins, die Angelegenheiten ihrer Vereine mit dem großen Staatsmanne. Am 2. September stattete der König von Siam, Chulalongkorn, in Begleitung seiner Prinzen Svasti und Mahisara dem berühmtesten Deutschen einen Besuch ab, um ihn kennen zu lernen. Am 14. September begrüßten die Mitglieder des Verbandes deutscher Schokoladefabrikanten den Fürsten in Friedrichsruh. Zwei Tage darauf erschien Bismarcks bewährter Mitkämpfer Herr v. Köller, nun zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ernannt, mit Gemahlin im

*) Zu vgl. oben S. 60/62 u. S. 67/68.

Schlößchen des Sachsenwaldes. Endlich traf am 19. Oktober der alte englische Freund der fürstlichen Familie, Lord Rosebery, aus Schönhausen kommend, in Friedrichsruh ein.

Bismarcks Urteile über innere politische Fragen beginnen im Jahre 1897 mit einem auf seinen „Informationen" beruhenden Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 16. Januar über Herrn v. Tausch, den die „Vossische Zeitung" u. a. fortschrittliche Blätter natürlich dem Fürsten Bismarck an die Rockschöße zu hängen versucht hatten. Dagegen bemerkte das Hamburger Blatt: „Für das dienstliche Verhalten des früheren Polizeikommissars und für dessen Anstellung hatte das Auswärtige Amt keinerlei Verantwortung. Der mehr eifrige als geschickte Beamte stand ursprünglich im Dienste der elsaß-lothringischen Statthalterschaft, und in Berlin gehört die Polizei nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes, sondern zu dem des Ministeriums des Innern. Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck und Herr v. Tausch jemals in Berührung gekommen sind, und daß der erste Reichskanzler den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur von Ansehen gekannt hat. Wenn Herr v. Tausch in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt hat, so kann dies nur unter der Ägide des Ministeriums des Innern geschehen sein."

In der Sitzung des Reichstags vom 6. Februar legte der Führer des Zentrums, Dr. Lieber, Verwahrung dagegen ein, daß ein Prozeß wie der gegen Leckert-Lützow-Tausch unter dem Fürsten Bismarck nicht möglich gewesen sei, worauf ihm seine Gesinnungsgenossen mit dem Rufe „Arnim!" zustimmten. Das veranlaßte die „Hamburger Nachrichten" in einem Artikel „Graf Arnim und Herr v. Tausch" das Ungereimte dieses Vergleiches gründlich darzuthun: „Es ist ein Irrtum, daß der Prozeß gegen den Grafen Arnim irgend welche Analogie mit dem Verfahren vor dem Moabiter Gerichte aufweist." Dies wird an der Persönlichkeit Arnims und dem Verlaufe des Arnim-Prozesses*) näher nachgewiesen und

*) S. oben Bd. V S. 126/150, 19/94, 245/247 dieses Werkes.

dann fortgefahren: „Die Persönlichkeiten, Herr v. Tausch und Graf Arnim, waren himmelweit von einander verschieden. Graf Arnim wollte eingestandenermaßen an Stelle des Fürsten Bismarck Reichskanzler werden — was man von Herrn v. Tausch niemals behauptet hat — und er verfuhr zu diesem Zweck aggressiv gegen seinen damaligen Vorgesetzten, so daß dieser zur Verteidigung genötigt war. Kann man etwas Ähnliches von Herrn v. Tausch in Beziehung zum heutigen auswärtigen Dienste behaupten? Wir können noch heute das Verhalten des Grafen Arnim nicht billigen; sein berechtigter Ehrgeiz konnte die Zeit nicht abwarten. Aber eine Analogie zwischen den Fällen Arnim und Tausch zu behaupten, ist doch eine unverschämte Beleidignng des Grafen Arnim. Was ist denn Herr v. Tausch, was hat er geleistet, was konnte er thun, was konnte er schaden? Ihn unschädlich zu machen, wenn er unbequem wurde, war für das preußische Staatsministerium eine Sache, die im regelmäßigen Verlauf kaum zu dessen Entscheidung gediehen, sondern innerhalb der Kompetenz des Polizeiressorts geblieben wäre." Man habe dazu nicht einmal einer Disziplinaruntersuchung bedurft, sondern Herrn v. Tausch einfach ein anderes Decernat geben oder ihn versetzen können. Statt dessen nun ein großer, geräuschvoller, öffentlicher Prozeß: „Kanzler, Botschafter, Minister auf der Zeugenbank — da muß doch ein anderes Jagdergebnis vorgeschwebt haben, als dieser kümmerliche Herr v. Tausch mit allem, was er gethan hat und hätte thun können."

Herr v. Marschall freilich suchte diese seine berufene „Flucht in die Öffentlichkeit" im Reichstage bekanntlich als eine der bedeutendsten Großthaten der gesamten deutschen Politik hinzustellen, und die Demokraten und Zentrumsleute klatschten zu seiner Rede stürmisch Beifall; selbst die Sozialdemokratie schenkte ihm ihre „wohlwollende Neutralität". Darauf bemerkten die „Hamburger Nachrichten" am 11. Februar: „Wenn diese Parteien der Regierung nicht entgegentreten, so würde das schon beunruhigend sein für unsere Aufgaben der Reichsregierung; wenn sie ihr aber enthusiastischen Beifall zollen, im einzelnen noch mehr als im ganzen,

so ziehen wir daraus den Schluß, nicht daß diese Parteien ihre Stellung patriotisch reformirt haben, sondern daß sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, das Verhalten der Regierung sei für ihre Zwecke mindestens nicht nachteilig, und eben abwarten, inwieweit ihre Geschäfte ohne ihr Zuthun durch andere besorgt werden." Dann, am 7. März, bemerkte das Hamburger Blatt noch über die von denselben Parteien besonders begeistert gerühmte „Redegabe" des Herrn v. Marschall: „Eine solche wirksame Beredsamkeit ist zwar bei einem Staatsmanne eine erwünschte Zugabe und namentlich im Parlamente unentbehrlich, aber für die Angehörigen eines Staates ist es nützlicher, wenn sie von Schweigern, wie Moltke, als von ›Rednern‹ regiert werden. Die Beredsamkeit ist nicht das Maßgebende bei der Sache, und es kommt beim Regieren nicht darauf an, ob der Kutscher des Staatswagens elegant fährt, sondern vor allen Dingen darauf, daß er genau die Wege kennt, die zu dem Ziele führen, das erreicht werden soll."

Als Herr v. Marschall dann am 1. Juli „aus Gesundheitsrücksichten" von seinem Amte als Staatssekretär zurücktrat, und die offiziöse Presse ihn für einen Botschafterposten bestimmt erklärte, schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 1. Juli gegen die „Köln. Zeitung": „Sehr zweifelhaft stehen wir der großen, allseitigen Anerkennung und Verehrung der auswärtigen Diplomatie für Herrn v. Marschall gegenüber. Wenn die letztere ihn ungern verliert, so kann man die Gründe dafür nach verschiedenen Richtungen suchen, die wir aus Höflichkeit hier nicht besprechen wollen. Auch glauben wir, daß auf die Auswahl eines Botschafterpostens" (für Herrn v. Marschall) „doch große Sorgfalt würde verwendet werden müssen. Uns ist augenblicklich keiner gegenwärtig, als dessen Inhaber wir gerade diesen Kandidaten wünschen möchten."

Wir brauchen hier die Gründe, die zu seinem Rücktritt führten, nicht näher zu untersuchen. Vermutlich gehörte dahin auch das geschraubte Gefühl, das Herr v. Marschall sich von seiner Stellung als Staatssekretär des Auswärtigen gebildet hatte, als sei er ein „Reichsminister" und ein bestimmender Faktor der auswärtigen

Politik. Als Herr v. Marschall am 5./6. Februar im Reichstag die Äußerung that: nicht bloß der Reichskanzler, sondern auch Er sei mit einer bestimmten Maßregel einverstanden gewesen, brachten die „Hamburger Nachrichten" am 12. einen sehr ernsthaften Artikel zur „Aufrechterhaltung der Verfassung", in der von dieser Äußerung Marschalls gesagt wurde: „Das machte den analogen Eindruck, als wenn ein vortragender Rat des preußischen Finanzministeriums erklären wollte, daß auch er mit der Vorlage seines Ministers einverstanden sei. Wie könnte es denn überhaupt möglich gewesen sein, daß, nachdem der Reichskanzler einverstanden war, sein Staatssekretär im auswärtigen Dienste es nicht gewesen wäre? Derselbe hat unabhängig vom Kanzler gar keinen locus standi, so lange wir uns an die bestehende Reichsverfassung halten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, weil die Ausbildung der Staatssekretäre zu selbständigen Ministern eine Verfassungsänderung involvieren würde, von der wir befürchten, daß sie allmählich die Beziehungen der Bundesstaaten miteinander lockert."

In seiner Rede vom 26. Februar an die Brandenburger und Märker hatte der Kaiser*) wieder einmal scharfe Worte gegen die Sozialdemokratie gesprochen, so daß ein großer Teil der Presse die Einbringung einer neuen „Umsturzvorlage" weissagte. Die „Hamburger Nachrichten" aber forderten, wie Bismarck schon seit 7 Jahren vergeblich, am 1. März ein neues Sozialistengesetz mit den Worten: „Wir vermögen die Gründe für die bisherige Nichteinbringung eines solchen Gesetzes nach allem Vorangegangenen auf dem Gebiete politischer oder juristischer Erwägungen nicht mehr zu finden, sondern müssen solche persönlicher Natur annehmen und uns die Frage vorlegen, ob diejenigen, die zur Ausführung des kaiserlichen Willens nach Maßgabe der Verfassung berufen sind, sich durch Einbringung eines Spezialgesetzes dem Zorne oder der Rachsucht der Sozialdemokratie auszusetzen glauben und dies zu ver-

*) S. o. S. 58 fg.

meiden wünschen. Wäre das der Fall, so müßten wir sagen, die Furcht ist ein schlechter Ratgeber: wer sich fürchtet, gehört nicht auf einen verantwortlichen Posten an der Spitze des Staates, und der Monarch sollte auf die fernere Mitwirkung solcher ›ängstlicher‹ Männer an der Staatsregierung lieber verzichten, wenn er, wie er selbst sagt, fechten will."

Zuvor schon war Herrn Bebel die Absatzfähigkeit einer seiner beliebtesten Kolportage-Schauderlegenden durch eine Notiz der „Hamburger Nachrichten" vom 13. Februar abgeschnitten worden, in der es hieß: „Unter den vielen Unwahrheiten, mit denen Herr Bebel in geläufiger Manier und ohne Rücksicht auf alle Widerlegungen seiner Fiktionen debutiert, befindet sich auch die, daß Fürst Bismarck Herrn Stieber 1866 zum Chef der politischen Polizei gemacht habe. Der erste Kanzler hat eine politische Polizei der Stieberschen Art nie betrieben, sondern ist im Gegenteil vielmehr Gegenstand der Thätigkeit derselben im Auftrage von Kreisen gewesen, die ihm feindlich waren." Im Jahr 1870 sei Herrn Stiebers Stellung im Felde „in Mainz zur Konteſtation zwischen dem Armeekommando und dem Bundeskanzler gekommen, wobei sich herausstellte, daß Herr Stieber nicht zum Stabe des Bundeskanzlers gehöre, sondern zum Hofe, und daß die Verantwortlichkeit für sein Verhalten nicht beim Bundeskanzler liege."

Sehr kräftig und überzeugend forderten die „Hamburger Nachrichten" am 11. März „Ein Kartell der produktiven Stände." Da war u. a. gesagt: „Das erste Erfordernis eines befriedigenden Ergebnisses der nächsten Wahlen" (zum Reichstag, 1898) „besteht darin, daß die Verblendung der Wähler über ihre eigenen Interessen, welche jetzt durch faktionelle und konfessionelle Bearbeitung stattfindet, beseitigt wird. Wozu Wahlen führen, die unter solchen Einflüssen erfolgen, zeigt der jetzige Reichstag deutlicher, als uns lieb sein kann; die Herren Richter, Lieber u. s. w. haben das Heft in den Händen, die Regierung getraut sich kaum den Mund aufzuthun; wir haben latente Parlamentsherrschaft, aber sie ist schlimmer, als sie in England besteht, und die Achivi, qui plectuntur,

sind diejenigen Stände, auf welche die größten Rücksichten genommen werden sollten, die produzierenden." Es war die Losung, die dann in der That bei den Reichstagswahlen von 1898 für „die Politik der Sammlung" ausgegeben wurde und die hoffentlich auch in Zukunft beachtet werden wird, wie so manches andere teure Vermächtnis des Fürsten Bismarck.

Von den vielen interessanten Äußerungen, welche dieser kurz vor dem 28. August dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse" gegenüber in Friedrichsruh persönlich gethan haben sollte,*) wurden diejenigen über die Konservativen vom Grafen Herbert v. Bismarck am 19. September in einem Briefe für ungenau erklärt. Dagegen wurde die folgende Äußerung Bismarcks über die deutschen Nationaleigentümlichkeiten nicht beanstandet: „Wir seien eigentlich immer noch eine Unteroffiziersnation, jeder sei auf Tressen erpicht. Durchschnittlich habe jeder im öffentlichen Leben Stehende nur das Maß von Selbstgefühl, das seiner staatlichen Abstempelung, seinen staatlichen Rang- und Ordensverhältnissen entspräche. Ausnahmen seien rühmlich, aber selten."

Sehr bemerkenswert war die Erklärung der „Hamburger Nachrichten" „in Sachen der Militärgerichtsbarkeit" vom 16. Oktober: Bisher hätten sie „den Standpunkt vertreten, daß wenn Bayern seinen obersten Militärgerichtshof als Zeichen seiner Militärhoheit zu erhalten strebe und den Bestand eines Reservatrechtes in Anspruch nehme, es politisch nicht klug und den Reichsinteressen nicht entsprechend sei, dem entgegenzutreten. Inzwischen sind uns aber in der Angelegenheit Informationen zu teil geworden, die uns bestimmen, die Reservatrechtsfrage doch nicht als irrelevant zu behandeln. Wir haben uns überzeugt, daß ein wirkliches und unbedingtes Reservatrecht Bayerns in dieser Sache besteht und nach Absicht der Unterzeichner der Versailler Verträge bestehen sollte. Es existiert und ist als vollgültig zu betrachten."

Am 4. Dezember richtete Bismarck ein Schreiben an den

*) N. Fr. Presse v. 18. Aug. 1897 Nr. 11849 S. 2.

Staatssekretär des Marineamts, Admiral Tirpitz, in welchem der Fürst sich zu Gunsten der im Reichstag eingebrachten Flottenvermehrungsvorlage mit den Worten erklärte: er würde für diese Vorlage stimmen, wenn er im Reichstag wäre. Admiral Tirpitz teilte diese Erklärung Bismarcks am 11. Dezember mit hoher Befriedigung dem Reichstage mit, auf den sie den tiefsten Eindruck machte.

Auch einige der Äußerungen Bismarcks zur auswärtigen Politik dieses Jahres sind sehr bemerkenswert. So schreiben die „Hamburger Nachrichten", nach der Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Auswärtigen, auf Grund ihrer bekannten „Informationen", am 16. Januar: „Alle Besorgnisse, die sich in der Presse an diese Ernennung knüpfen, sind vollständig unbegründet. Er wird natürlich russische Politik machen, aber unserer Ansicht nach nur russische und diese nicht im Dienste irgend welcher fremder Einflüsse. Graf Murawjew ist unseres Erachtens ein Politiker, mit dem die Geschäfte, die man überhaupt mit ihm zu machen hat, leicht und angenehm sind, weil sie ehrlich betrieben werden. Der neue Minister ist ein Edelmann nicht nur von Geburt, sondern auch von Gesinnung. Sein Name hat in Rußland von früheren Generationen her einen nationalen Klang. In Berlin, wo nicht selten die Geschäfte der russischen Botschaft selbständig von ihm geführt wurden, hat er sympathische Erinnerungen hinterlassen und sich niemals in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Deutschland gezeigt. Wenn er als russischer Minister russische Politik betreibt, so wird man bei uns damit nur zufrieden sein können; denn die notwendigen Ziele der unverfälschten russischen Politik haben nichts, was mit den deutschen Interessen nicht verträglich wäre. Wir glauben, daß unsere friedlichen Beziehungen zu Rußland ganz und gar von unserer eigenen Politik abhängen, und daß wir einen mutwilligen Angriff russischerseits auf uns weder jetzt noch künftig zu gewärtigen haben. Es fehlen dazu die kollidierenden Interessen beider Nationen."

Zum Beweise für die außerordentliche Achtung, in welcher

unser seit sieben Jahren aus dem Amt geschiedener großer Staatsmann selbst bei seinen Gegnern im Auslande stand, konnten die „Hamburger Nachrichten“ am 7. April mit vollem Rechte folgendes anführen: „La tribune de Genève, sonst eine Gegnerin des Fürsten Bismarck, schreibt in einer Besprechung der Rolle, welche die Großmächte Kreta und Griechenland gegenüber“ — keineswegs zu Bismarcks Befriedigung — „spielen:*) »Man fühlt immer mehr, daß an der Spitze des gegenwärtigen Europa ein thatkräftiger Mann fehlt, der fähig wäre, den zaudernden Willen der civilisierten Nationen um sich zu gruppieren, und man ist dahin gekommen, beinahe zu bedauern, daß uns die eiserne Hand des alten Bismarck fehlt. Man kann seine Politik verunglimpfen, man kann (?) ihr Mangel an Grundsatz (!) und hoher Sittlichkeit (!) vorwerfen, aber man muß unweigerlich feststellen, daß unter seiner Herrschaft — denn er herrschte — Europa nicht strauchelte.«“

Wahrlich zutreffende Worte!

---

*) Die in den „Hamburger Nachr.“ französisch wiedergegebene Stelle des Schweizer Blattes ist hier verdeutscht.

Viertes Kapitel.

Bismarcks letzte Lebensmonate (Januar bis Juli 1898).

Als die Glocken das Jahr 1898 einläuteten, hatte Fürst Bismarck wohl keine Ahnung davon, daß er nicht einmal volle sieben Monate des neuen Jahres mehr erleben werde. Auch seine Lieben in Friedrichsruh feierten in ungetrübter Freude den Jahreswechsel mit ihm, und so ahnungslos wie sie auch das deutsche Volk. Nur Graf Rantzau und Professor Schweninger blickten in jenen Stunden mit schwerer heimlicher Sorge auf das ehrwürdige Haupt der fürstlichen Familie im Sachsenwalde. Denn allein dem Grafen Rantzau hatte Geheimrat Schweninger im tiefsten Geheimnis einige Zeit zuvor anvertraut, daß er kaum zu hoffen wage, der Fürst werde seinen nächsten Geburtstag noch erleben; und Schweninger betrachtete namentlich jeden dem Fürsten noch über den ersten April hinaus etwa noch verliehenen Lebenstag als ein von ärztlicher Kunst kaum erwartetes gnädiges Geschenk des Himmels.

Das deutsche Volk wurde zwar gegen Ende des Jahres 1897 durch ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten beunruhigt, ja einzelne Berliner Blätter trieben das traurige Handwerk der Sensationshascherei so weit, Bismarck tot zu sagen. Aber die „Hamburger Nachrichten" zerstreuten sofort diese bösen Gerüchte und schrieben namentlich am 3. Januar: „Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das

Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicherweise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzlich, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Professor Schweninger sind gestern wieder von Friedrichsruh abgereist." *)

Am folgenden Tage (4. Januar) veröffentlichte der freventlich Totgesagte in seinem Hamburger Blatte folgende Danksagung vom 2. Januar: „Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viel Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegen zu nehmen!"

Die fortschrittliche „Vossische Zeitung" in Berlin schloß am nämlichen Tage einen von den „Hamburger Nachrichten" abgedruckten Artikel betreffs der unwahren Gerüchte über Bismarcks Zustand und Ende mit den Worten: „Das Befinden des Fürsten, so wird gemeldet, hat sich in den letzten Tagen nicht geändert. Er nimmt regelmäßig an der Familientafel teil. Und so möge an ihm das alte Wort sich bewähren, daß, wer fälschlich tot gesagt war, noch recht lange lebe." Das Hauptorgan der nationalliberalen Partei in Hannover aber, der „Hannoversche Courier", zeigte in einem von den „Hamburger Nachrichten" gleichfalls abgedruckten Artikel „Fürst Bismarck und das Ausland", daß die falsche Todesnachricht wieder einmal offenbart habe, wie sehr man z. B. in Frankreich, England, Italien u. s. w. noch immer mit dem Fürsten Bismarck als einem gewaltigen Faktor des öffentlichen Lebens in Deutschland rechnet. Im Auslande erblickt man eben in ihm immer noch mehr als die große historische Persönlichkeit. Dort beschränkt man sich nicht, wie vielfach in Deutschland, auf die ausschließlich rückschauende Bewunderung, sondern man sieht

*) Das treue Bismarck-Blatt in Hamburg ist die Hauptquelle des Verfassers für den Inhalt der letzten Kapitel dieses Werkes. Andere Quellen sind im Text oder in Noten nachgewiesen.

im Auslande in der bloßen Thatsache, daß Fürst Bismarck noch lebt, einen starken Faktor der deutschen Politik. Wenn jetzt das Ausland auf die glücklicherweise unrichtige Todesnachricht hin so lebhaft reagierte, so brachte es uns damit zum Bewußtsein, daß Fürst Bismarck so lange, bis er den letzten Atemzug thun wird, ein äußerst wertvoller Besitz für das deutsche Volk ist, auch wenn er mit der" (gemeint ist der amtlichen) „Politik nicht das geringste mehr zu thun hat."

Als zutreffend für das damalige Befinden des Fürsten darf auch der nachstehende, von den „Hamburger Nachrichten" am 19. Januar abgedruckte Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" gelten: „Ich kann Ihnen erfreulicherweise bestätigen, daß das Befinden des Fürsten sich allmählich bessert. Er kann zwar den Rollstuhl noch nicht entbehren, aber das Allgemeinbefinden hebt sich täglich und er ist bei so gutem Humor wie je. Ein vollkommener Unsinn ist es, wenn in einzelnen Blättern angedeutet wurde, der Fürst habe das Wasser in den Beinen und dies sei le commencement de la fin. Es handelt sich um nichts weiter, als um das bekannte Beinleiden, dessen Beseitigung in so hohem Lebensalter natürlich schwieriger ist und mehr Zeit erfordert als früher. Der Fürst spottet gutgelaunt häufig über gehegte Besorgnisse: „Schmerzhaft, aber leider nicht gefährlich." Zum ferneren Beweise der Richtigkeit meiner Angabe führe ich die Thatsache an, daß Fürst Bismarck in der Sylvesternacht bis gegen 1 1/2 Uhr an der Punschbowle, welche die Familienmitglieder und Gäste vereinigte, teilgenommen und sich am nächsten Morgen sehr wohl befunden hatte. Überhaupt ist die Lebensweise und die Ernährung des Fürsten unverändert."

Diese Berichte enthielten durchaus keine unwahre Schönfärberei, sondern entsprachen dem wirklichen zeitweiligen Befinden des Fürsten, das nicht ungünstiger — wenn auch nicht besser — sich zeigte, als während der vergangenen Jahre. Abermals schien die wunderbar zähe und elastische Natur des Riesen den lauernden Tod verscheucht zu haben, so daß doch auch Professor Schweninger

später durch dessen plötzliches Herannahen völlig überrascht wurde. Jedenfalls gab Bismarck selbst sich seiner gewohnten Lebensführung hin, die, wie wir noch näher darstellen werden, nur unwesentlich durch ungünstigere Wendungen seines Gesundheitszustandes beeinflußt wurde. Aus den persönlichen Erlebnissen des Fürsten in diesen Monaten heben wir folgende hervor, die zugleich bekunden, welch regen Anteil er an dem Glück und Geschick seiner Freunde nahm.

Am 8. Januar richtete er zum 70. Geburtstag des Reichstagsabgeordneten v. Kardorff folgendes Glückwunschtelegramm an diesen: „Im Rückblick auf unsere langjährige gemeinsame politische Thätigkeit bitte ich Sie, geehrter Freund, zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen." Dem Reichsrat v. Haßler, dem Vorsitzenden der großen Körperschaft der Deutschen Industriellen, dankte er am 11. Januar telegraphisch für „die Begrüßung von so ansehnlicher reichsfreundlicher und kompetenter Stelle", durch die der Fürst sich „hochgeehrt fühle". Aus Anlaß der Übersendung einer Widmung des bergbaulichen Vereins in Essen ließ Bismarck Anfang März dem ersten Vorsitzenden desselben, Geheimen Finanzrat Jenke, ein Dankschreiben zugehen für „die Widmung des bergbaulichen Vereins, die unter den mir zugegangenen Kunstgegenständen einer der schönsten und eigenartigsten ist. Ich bedaure umsomehr, daß mein Gesundheitszustand mir jetzt nicht gestattet, die Herren hier persönlich zu begrüßen."

Am 6. Februar waren zehn Jahre verflossen, seitdem Fürst Bismarck die bedeutsamste Rede seines Lebens im „Kartellreichstag" von 1888 gehalten hatte.*) Die gesamte reichstreue Presse feierte die Erinnerung an diese Großthat des Altreichskanzlers in begeisterten Worten. Die „Hamburger Nachrichten" gaben am 7. und 8. Februar die Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und der Leipziger und Danziger „Neuesten Nachrichten" zu diesem Jubeltage vollständig wieder. Wir können daraus nur die folgen-

*) S. o. Bd. VI S. 216/222 dieses Werkes.

so ziehen wir daraus den Schluß, nicht daß diese Parteien ihre Stellung patriotisch reformirt haben, sondern daß sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, das Verhalten der Regierung sei für ihre Zwecke mindestens nicht nachteilig, und eben abwarten, inwieweit ihre Geschäfte ohne ihr Zuthun durch andere besorgt werden." Dann, am 7. März, bemerkte das Hamburger Blatt noch über die von denselben Parteien besonders begeistert gerühmte „Redegabe" des Herrn v. Marschall: „Eine solche wirksame Beredsamkeit ist zwar bei einem Staatsmanne eine erwünschte Zugabe und namentlich im Parlamente unentbehrlich, aber für die Angehörigen eines Staates ist es nützlicher, wenn sie von Schweigern, wie Moltke, als von ›Rednern‹ regiert werden. Die Beredsamkeit ist nicht das Maßgebende bei der Sache, und es kommt beim Regieren nicht darauf an, ob der Kutscher des Staatswagens elegant fährt, sondern vor allen Dingen darauf, daß er genau die Wege kennt, die zu dem Ziele führen, das erreicht werden soll."

Als Herr v. Marschall dann am 1. Juli „aus Gesundheitsrücksichten" von seinem Amte als Staatssekretär zurücktrat, und die offiziöse Presse ihn für einen Botschafterposten bestimmt erklärte, schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 1. Juli gegen die „Köln. Zeitung": „Sehr zweifelhaft stehen wir der großen, allseitigen Anerkennung und Verehrung der auswärtigen Diplomatie für Herrn v. Marschall gegenüber. Wenn die letztere ihn ungern verliert, so kann man die Gründe dafür nach verschiedenen Richtungen suchen, die wir aus Höflichkeit hier nicht besprechen wollen. Auch glauben wir, daß auf die Auswahl eines Botschafterpostens" (für Herrn v. Marschall) „doch große Sorgfalt würde verwendet werden müssen. Uns ist augenblicklich keiner gegenwärtig, als dessen Inhaber wir gerade diesen Kandidaten wünschen möchten."

Wir brauchen hier die Gründe, die zu seinem Rücktritt führten, nicht näher zu untersuchen. Vermutlich gehörte dahin auch das geschraubte Gefühl, das Herr v. Marschall sich von seiner Stellung als Staatssekretär des Auswärtigen gebildet hatte, als sei er ein „Reichsminister" und ein bestimmender Faktor der auswärtigen

Politik. Als Herr v. Marschall am 5./6. Februar im Reichstag die Äußerung that: nicht bloß der Reichskanzler, sondern auch Er sei mit einer bestimmten Maßregel einverstanden gewesen, brachten die „Hamburger Nachrichten" am 12. einen sehr ernsthaften Artikel zur „Aufrechterhaltung der Verfassung", in der von dieser Äußerung Marschalls gesagt wurde: „Das machte den analogen Eindruck, als wenn ein vortragender Rat des preußischen Finanzministeriums erklären wollte, daß auch er mit der Vorlage seines Ministers einverstanden sei. Wie könnte es denn überhaupt möglich gewesen sein, daß, nachdem der Reichskanzler einverstanden war, sein Staatssekretär im auswärtigen Dienste es nicht gewesen wäre? Derselbe hat unabhängig vom Kanzler gar keinen locus standi, so lange wir uns an die bestehende Reichsverfassung halten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, weil die Ausbildung der Staatssekretäre zu selbständigen Ministern eine Verfassungsänderung involvieren würde, von der wir befürchten, daß sie allmählich die Beziehungen der Bundesstaaten miteinander lockert."

In seiner Rede vom 26. Februar an die Brandenburger und Märker hatte der Kaiser*) wieder einmal scharfe Worte gegen die Sozialdemokratie gesprochen, so daß ein großer Teil der Presse die Einbringung einer neuen „Umsturzvorlage" weissagte. Die „Hamburger Nachrichten" aber forderten, wie Bismarck schon seit 7 Jahren vergeblich, am 1. März ein neues Sozialistengesetz mit den Worten: „Wir vermögen die Gründe für die bisherige Nichteinbringung eines solchen Gesetzes nach allem Vorangegangenen auf dem Gebiete politischer oder juristischer Erwägungen nicht mehr zu finden, sondern müssen solche persönlicher Natur annehmen und uns die Frage vorlegen, ob diejenigen, die zur Ausführung des kaiserlichen Willens nach Maßgabe der Verfassung berufen sind, sich durch Einbringung eines Spezialgesetzes dem Zorne oder der Rachsucht der Sozialdemokratie auszusetzen glauben und dies zu ver-

*) S. o. S. 58 fg.

meiden wünschen. Wäre das der Fall, so müßten wir sagen, die Furcht ist ein schlechter Ratgeber: wer sich fürchtet, gehört nicht auf einen verantwortlichen Posten an der Spitze des Staates, und der Monarch sollte auf die fernere Mitwirkung solcher ›ängstlicher‹ Männer an der Staatsregierung lieber verzichten, wenn er, wie er selbst sagt, fechten will."

Zuvor schon war Herrn Bebel die Absatzfähigkeit einer seiner beliebtesten Kolportage-Schauderlegenden durch eine Notiz der „Hamburger Nachrichten" vom 13. Februar abgeschnitten worden, in der es hieß: „Unter den vielen Unwahrheiten, mit denen Herr Bebel in geläufiger Manier und ohne Rücksicht auf alle Widerlegungen seiner Fiktionen debutiert, befindet sich auch die, daß Fürst Bismarck Herrn Stieber 1866 zum Chef der politischen Polizei gemacht habe. Der erste Kanzler hat eine politische Polizei der Stieberschen Art nie betrieben, sondern ist im Gegenteil vielmehr Gegenstand der Thätigkeit derselben im Auftrage von Kreisen gewesen, die ihm feindlich waren." Im Jahr 1870 sei Herrn Stiebers Stellung im Felde „in Mainz zur Kontestation zwischen dem Armeekommando und dem Bundeskanzler gekommen, wobei sich herausstellte, daß Herr Stieber nicht zum Stabe des Bundeskanzlers gehöre, sondern zum Hofe, und daß die Verantwortlichkeit für sein Verhalten nicht beim Bundeskanzler liege."

Sehr kräftig und überzeugend forderten die „Hamburger Nachrichten" am 11. März „Ein Kartell der produktiven Stände." Da war u. a. gesagt: „Das erste Erfordernis eines befriedigenden Ergebnisses der nächsten Wahlen" (zum Reichstag, 1898) „besteht darin, daß die Verblendung der Wähler über ihre eigenen Interessen, welche jetzt durch faktionelle und konfessionelle Bearbeitung stattfindet, beseitigt wird. Wozu Wahlen führen, die unter solchen Einflüssen erfolgen, zeigt der jetzige Reichstag deutlicher, als uns lieb sein kann; die Herren Richter, Lieber u. s. w. haben das Heft in den Händen, die Regierung getraut sich kaum den Mund aufzuthun; wir haben latente Parlamentsherrschaft, aber sie ist schlimmer, als sie in England besteht, und die Achivi, qui plectuntur,

sind diejenigen Stände, auf welche die größten Rücksichten genommen werden sollten, die produzierenden." Es war die Losung, die dann in der That bei den Reichstagswahlen von 1898 für „die Politik der Sammlung" ausgegeben wurde und die hoffentlich auch in Zukunft beachtet werden wird, wie so manches andere teure Vermächtnis des Fürsten Bismarck.

Von den vielen interessanten Äußerungen, welche dieser kurz vor dem 28. August dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse" gegenüber in Friedrichsruh persönlich gethan haben sollte,*) wurden diejenigen über die Konservativen vom Grafen Herbert v. Bismarck am 19. September in einem Briefe für ungenau erklärt. Dagegen wurde die folgende Äußerung Bismarcks über die deutschen Nationaleigentümlichkeiten nicht beanstandet: „Wir seien eigentlich immer noch eine Unteroffiziersnation, jeder sei auf Tressen erpicht. Durchschnittlich habe jeder im öffentlichen Leben Stehende nur das Maß von Selbstgefühl, das seiner staatlichen Abstempelung, seinen staatlichen Rang- und Ordensverhältnissen entspräche. Ausnahmen seien rühmlich, aber selten."

Sehr bemerkenswert war die Erklärung der „Hamburger Nachrichten" „in Sachen der Militärgerichtsbarkeit" vom 16. Oktober: Bisher hätten sie „den Standpunkt vertreten, daß wenn Bayern seinen obersten Militärgerichtshof als Zeichen seiner Militärhoheit zu erhalten strebe und den Bestand eines Reservatrechtes in Anspruch nehme, es politisch nicht klug und den Reichsinteressen nicht entsprechend sei, dem entgegenzutreten. Inzwischen sind uns aber in der Angelegenheit Informationen zu teil geworden, die uns bestimmen, die Reservatrechtsfrage doch nicht als irrelevant zu behandeln. Wir haben uns überzeugt, daß ein wirkliches und unbedingtes Reservatrecht Bayerns in dieser Sache besteht und nach Absicht der Unterzeichner der Versailler Verträge bestehen sollte. Es existiert und ist als vollgültig zu betrachten."

Am 4. Dezember richtete Bismarck ein Schreiben an den

*) N. Fr. Presse v. 18. Aug. 1897 Nr. 11849 S. 2.

Staatssekretär des Marineamts, Admiral Tirpitz, in welchem der Fürst sich zu Gunsten der im Reichstag eingebrachten Flottenvermehrungsvorlage mit den Worten erklärte: er würde für diese Vorlage stimmen, wenn er im Reichstag wäre. Admiral Tirpitz teilte diese Erklärung Bismarcks am 11. Dezember mit hoher Befriedigung dem Reichstage mit, auf den sie den tiefsten Eindruck machte.

Auch einige der Äußerungen Bismarcks zur auswärtigen Politik dieses Jahres sind sehr bemerkenswert. So schreiben die „Hamburger Nachrichten", nach der Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Auswärtigen, auf Grund ihrer bekannten „Informationen", am 16. Januar: „Alle Besorgnisse, die sich in der Presse an diese Ernennung knüpfen, sind vollständig unbegründet. Er wird natürlich russische Politik machen, aber unserer Ansicht nach nur russische und diese nicht im Dienste irgend welcher fremder Einflüsse. Graf Murawjew ist unseres Erachtens ein Politiker, mit dem die Geschäfte, die man überhaupt mit ihm zu machen hat, leicht und angenehm sind, weil sie ehrlich betrieben werden. Der neue Minister ist ein Edelmann nicht nur von Geburt, sondern auch von Gesinnung. Sein Name hat in Rußland von früheren Generationen her einen nationalen Klang. In Berlin, wo nicht selten die Geschäfte der russischen Botschaft selbständig von ihm geführt wurden, hat er sympathische Erinnerungen hinterlassen und sich niemals in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Deutschland gezeigt. Wenn er als russischer Minister russische Politik betreibt, so wird man bei uns damit nur zufrieden sein können; denn die notwendigen Ziele der unverfälschten russischen Politik haben nichts, was mit den deutschen Interessen nicht verträglich wäre. Wir glauben, daß unsere friedlichen Beziehungen zu Rußland ganz und gar von unserer eigenen Politik abhängen, und daß wir einen mutwilligen Angriff russischerseits auf uns weder jetzt noch künftig zu gewärtigen haben. Es fehlen dazu die kollidierenden Interessen beider Nationen."

Zum Beweise für die außerordentliche Achtung, in welcher

unser seit sieben Jahren aus dem Amt geschiedener großer Staatsmann selbst bei seinen Gegnern im Auslande stand, konnten die „Hamburger Nachrichten“ am 7. April mit vollem Rechte folgendes anführen: „La tribune de Genève, sonst eine Gegnerin des Fürsten Bismarck, schreibt in einer Besprechung der Rolle, welche die Großmächte Kreta und Griechenland gegenüber“ — keineswegs zu Bismarcks Befriedigung — „spielen:*) ›Man fühlt immer mehr, daß an der Spitze des gegenwärtigen Europa ein thatkräftiger Mann fehlt, der fähig wäre, den zaudernden Willen der civilisierten Nationen um sich zu gruppieren, und man ist dahin gekommen, beinahe zu bedauern, daß uns die eiserne Hand des alten Bismarck fehlt. Man kann seine Politik verunglimpfen, man kann (?) ihr Mangel an Grundsatz (!) und hoher Sittlichkeit (!) vorwerfen, aber man muß unweigerlich feststellen, daß unter seiner Herrschaft — denn er herrschte — Europa nicht strauchelte.‹“

Wahrlich zutreffende Worte!

*) Die in den „Hamburger Nachr.“ französisch wiedergegebene Stelle des Schweizer Blattes ist hier verdeutscht.

Viertes Kapitel.

Bismarcks letzte Lebensmonate (Januar bis Juli 1898).

Als die Glocken das Jahr 1898 einläuteten, hatte Fürst Bismarck wohl keine Ahnung davon, daß er nicht einmal volle sieben Monate des neuen Jahres mehr erleben werde. Auch seine Lieben in Friedrichsruh feierten in ungetrübter Freude den Jahreswechsel mit ihm, und so ahnungslos wie sie auch das deutsche Volk. Nur Graf Rantzau und Professor Schweninger blickten in jenen Stunden mit schwerer heimlicher Sorge auf das ehrwürdige Haupt der fürstlichen Familie im Sachsenwalde. Denn allein dem Grafen Rantzau hatte Geheimrat Schweninger im tiefsten Geheimnis einige Zeit zuvor anvertraut, daß er kaum zu hoffen wage, der Fürst werde seinen nächsten Geburtstag noch erleben; und Schweninger betrachtete namentlich jeden dem Fürsten noch über den ersten April hinaus etwa noch verliehenen Lebenstag als ein von ärztlicher Kunst kaum erwartetes gnädiges Geschenk des Himmels.

Das deutsche Volk wurde zwar gegen Ende des Jahres 1897 durch ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten beunruhigt, ja einzelne Berliner Blätter trieben das traurige Handwerk der Sensationshascherei so weit, Bismarck tot zu sagen. Aber die „Hamburger Nachrichten" zerstreuten sofort diese bösen Gerüchte und schrieben namentlich am 3. Januar: „Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das

Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicherweise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzlich, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Professor Schweninger sind gestern wieder von Friedrichsruh abgereist.“*)

Am folgenden Tage (4. Januar) veröffentlichte der freventlich Totgesagte in seinem Hamburger Blatte folgende Danksagung vom 2. Januar: „Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viel Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegen zu nehmen!“

Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ in Berlin schloß am nämlichen Tage einen von den „Hamburger Nachrichten“ abgedruckten Artikel betreffs der unwahren Gerüchte über Bismarcks Zustand und Ende mit den Worten: „Das Befinden des Fürsten, so wird gemeldet, hat sich in den letzten Tagen nicht geändert. Er nimmt regelmäßig an der Familientafel teil. Und so möge an ihm das alte Wort sich bewähren, daß, wer fälschlich tot gesagt war, noch recht lange lebe.“ Das Hauptorgan der nationalliberalen Partei in Hannover aber, der „Hannoversche Courier“, zeigte in einem von den „Hamburger Nachrichten“ gleichfalls abgedruckten Artikel „Fürst Bismarck und das Ausland“, daß die falsche Todesnachricht wieder einmal offenbart habe, wie sehr man z. B. in Frankreich, England, Italien u. s. w. noch immer mit dem Fürsten Bismarck als einem gewaltigen Faktor des öffentlichen Lebens in Deutschland rechnet. Im Auslande erblickt man eben in ihm immer noch mehr als die große historische Persönlichkeit. Dort beschränkt man sich nicht, wie vielfach in Deutschland, auf die ausschließlich rückschauende Bewunderung, sondern man sieht

*) Das treue Bismarck-Blatt in Hamburg ist die Hauptquelle des Verfassers für den Inhalt der letzten Kapitel dieses Werkes. Andere Quellen sind im Text oder in Noten nachgewiesen.

im Auslande in der bloßen Thatsache, daß Fürst Bismarck noch lebt, einen starken Faktor der deutschen Politik. Wenn jetzt das Ausland auf die glücklicherweise unrichtige Todesnachricht hin so lebhaft reagierte, so brachte es uns damit zum Bewußtsein, daß Fürst Bismarck so lange, bis er den letzten Atemzug thun wird, ein äußerst wertvoller Besitz für das deutsche Volk ist, auch wenn er mit der" (gemeint ist der amtlichen) „Politik nicht das geringste mehr zu thun hat."

Als zutreffend für das damalige Befinden des Fürsten darf auch der nachstehende, von den „Hamburger Nachrichten" am 19. Januar abgedruckte Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" gelten: „Ich kann Ihnen erfreulicherweise bestätigen, daß das Befinden des Fürsten sich allmählich bessert. Er kann zwar den Rollstuhl noch nicht entbehren, aber das Allgemeinbefinden hebt sich täglich und er ist bei so gutem Humor wie je. Ein vollkommener Unsinn ist es, wenn in einzelnen Blättern angedeutet wurde, der Fürst habe das Wasser in den Beinen und dies sei le commencement de la fin. Es handelt sich um nichts weiter, als um das bekannte Beinleiden, dessen Beseitigung in so hohem Lebensalter natürlich schwieriger ist und mehr Zeit erfordert als früher. Der Fürst spottet gutgelaunt häufig über gehegte Besorgnisse: „Schmerzhaft, aber leider nicht gefährlich." Zum ferneren Beweise der Richtigkeit meiner Angabe führe ich die Thatsache an, daß Fürst Bismarck in der Sylvesternacht bis gegen 1 1/2 Uhr an der Punschbowle, welche die Familienmitglieder und Gäste vereinigte, teilgenommen und sich am nächsten Morgen sehr wohl befunden hatte. Überhaupt ist die Lebensweise und die Ernährung des Fürsten unverändert."

Diese Berichte enthielten durchaus keine unwahre Schönfärberei, sondern entsprachen dem wirklichen zeitweiligen Befinden des Fürsten, das nicht ungünstiger — wenn auch nicht besser — sich zeigte, als während der vergangenen Jahre. Abermals schien die wunderbar zähe und elastische Natur des Riesen den lauernden Tod verscheucht zu haben, so daß doch auch Professor Schweninger

später durch dessen plötzliches Herannahen völlig überrascht wurde. Jedenfalls gab Bismarck selbst sich seiner gewohnten Lebensführung hin, die, wie wir noch näher darstellen werden, nur unwesentlich durch ungünstigere Wendungen seines Gesundheitszustandes beeinflußt wurde. Aus den persönlichen Erlebnissen des Fürsten in diesen Monaten heben wir folgende hervor, die zugleich bekunden, welch regen Anteil er an dem Glück und Geschick seiner Freunde nahm.

Am 8. Januar richtete er zum 70. Geburtstag des Reichstagsabgeordneten v. Kardorff folgendes Glückwunschtelegramm an diesen: „Im Rückblick auf unsere langjährige gemeinsame politische Thätigkeit bitte ich Sie, geehrter Freund, zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen.“ Dem Reichsrat v. Haßler, dem Vorsitzenden der großen Körperschaft der Deutschen Industriellen, dankte er am 11. Januar telegraphisch für „die Begrüßung von so ansehnlicher reichsfreundlicher und kompetenter Stelle“, durch die der Fürst sich „hochgeehrt fühle“. Aus Anlaß der Übersendung einer Widmung des bergbaulichen Vereins in Essen ließ Bismarck Anfang März dem ersten Vorsitzenden desselben, Geheimen Finanzrat Jenke, ein Dankschreiben zugehen für „die Widmung des bergbaulichen Vereins, die unter den mir zugegangenen Kunstgegenständen einer der schönsten und eigenartigsten ist. Ich bedaure umsomehr, daß mein Gesundheitszustand mir jetzt nicht gestattet, die Herren hier persönlich zu begrüßen.“

Am 6. Februar waren zehn Jahre verflossen, seitdem Fürst Bismarck die bedeutsamste Rede seines Lebens im „Kartellreichstag“ von 1888 gehalten hatte.*) Die gesamte reichstreue Presse feierte die Erinnerung an diese Großthat des Altreichskanzlers in begeisterten Worten. Die „Hamburger Nachrichten“ gaben am 7. und 8. Februar die Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der Leipziger und Danziger „Neuesten Nachrichten“ zu diesem Jubeltage vollständig wieder. Wir können daraus nur die folgen-

*) S. o. Bd. VI S. 216/222 dieses Werkes.

den Stellen hier mitteilen. Aus dem Essener Blatte die Einleitung: „An diesem 6. Februar sind zehn Jahre seit der weltbewegenden Reichstagsrede des Fürsten Bismarck verflossen, die eine That war und nach menschlichem Ermessen eine von Rußland und Frankreich unmittelbar drohende Kriegsgefahr abgewendet hat. Es gibt in der ganzen Weltgeschichte nur wenige Reden, die einen thatsächlichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausgeübt haben, und diese wenigen haben stets in der Richtung gewirkt, daß sie ein schwankendes Volk, eine zögernde Mehrheit nach einer bestimmten Richtung zu entschlossenem Handeln mit fortgerissen haben. Die Bismarckrede vom 6. Februar 1888 ist vielleicht die einzige, von der man mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit behaupten kann, daß sie zum Handeln entschlossene Machthaber schwankend gemacht und einen im Grundsatz beschlossenen Angriffskrieg dauernd verhindert hat."

Aus dem Leipziger Blatte citieren wir die ersten Sätze: „Wir feiern die Gedenktage großer Schlachten, und doch mag es Tage geben, die in der Geschichte der Nationen mehr bedeuten, als die Entscheidungen auf dem Kampfesfelde des Krieges. Die Stunde, da Luther seine mutigen Thesen anschlug an der Kirchenpforte von Wittenberg, scheidet zwei Weltalter, die soziale Botschaft unseres ersten Kaisers erschloß den Blick in neue, vom Sonnenlicht der Nächstenliebe umglänzte Gefilde; an der Rede, die vor zehn Jahren der große Kanzler des neuen Reiches hielt, wuchs das deutsche Nationalgefühl urgewaltig empor und selbst in fernen fremden Landen durchglühte die Volksgenossen das Wort: „Freue dich, daß du ein Deutscher bist." Denn noch niemals war so, wie am 6. Februar 1888, deutsches Wesen, deutsche Kraft und deutsches Selbstbewußtsein zum Ausdruck gekommen, noch niemals hatte der Fremde ein Wort, so demütig und stolz, gehört wie jenes, das im Reichstag erklang: ›Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!‹"

Endlich betonten die „Danziger Neuesten Nachrichten" mit Recht den Leitsatz jener größten Rede Bismarcks: „Durch die ganze

großartige und imposante Darstellung, in der sich, wie Perlen, eine historische Wahrheit an die andere reiht, in der mit staunenerregender Sicherheit und scharfsinnigster Dialektik Aussprüche von höchster staatsmännischer Bedeutung sich fast Zeile für Zeile folgen, schlingt sich als Leitmotiv allüberall der Gedanke durch, daß nur die kriegerische Stärke, das Machtbewußtsein, uns den Frieden erhalten."

Auch die Erinnerung an diesen großen Tag aus Bismarcks Leben vermochte dem Bismarck-Denkmal in der Reichshauptstadt keine Spanne weiter zur endlichen Vollendung zu verhelfen. Im Gegenteil war der zuständigste Fachmann, der Erbauer des Reichstagshauses, Paul Wallot, aus dem Berliner Bismarck-Denkmal-Komitee ausgeschieden, weil dieses Komitee, entgegen Wallots Rat und der Mahnung aller Leute von Geschmack, das große Nationaldenkmal unmittelbar vor der Treppe auf der Westseite des Reichstagshauses hinquetschen wollte, statt es etwa hundert Meter weit von da abzurücken. Die „Hamburger Nachrichten" druckten am 22. Januar die Zuschrift Wallots aus Hardens „Zukunft" ab, in welcher der Baumeister die Gründe für sein Ausscheiden aus diesem geschmacklosen Komitee darlegte. Nicht minder gab das Hamburger Blatt die Bemerkungen der „Zukunft" zu diesem Schreiben wieder, die mit dem Satze schlossen: „Wenn die dilettantische Mehrheit des Komitees trotzdem Wallots Rat geringschätzt, wenn sie sich nicht in zwölfter Stunde noch entschließt, seinem mahnenden Wort zu folgen, dann wird sie vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß ein großer Aufwand schmählich verthan und ein aus dem reinsten Empfinden des deutschen Volkes geborener Plan verstümpert wurde."

Das gute Verhältnis des Kaisers zu Bismarck, das sich auch im Laufe dieses Jahres schon erfreulich offenbart hatte, war jedenfalls nicht nach dem Geschmack der unversöhnlichen Hasser des Fürsten. Ihre Presse wärmte daher wieder einmal die schon so häufig widerlegte Mär auf, Graf Herbert strebe nach dem Wiedereintritt in den diplomatischen Reichsdienst, und zwar zunächst nach dem deutschen Botschafterposten in Petersburg. Die „Hamburger Nachrichten"

widerlegten diese boshaften Legenden am 12. März durch den Abdruck eines Artikels der „Leipz. Neuesten Nachrichten", der mit den Worten schloß: „Über den angedeuteten Plan ist nie verhandelt worden. Thatsache ist nur, daß die Kaiserlichen Majestäten den Grafen (Herbert) Bismarck eingeladen und ihn in der liebenswürdigsten Weise empfangen haben. Wir meinen, daß das Erfreuliche dieser Thatsache den Gegnern des Bismarck'schen Hauses so unangenehm ist, daß sie durch freie Erfindungen und die hiermit notwendig sich verbindenden Erörterungen und Widerlegungen die Wirkung zu contrekarrieren suchen. Die Zeiten, in denen diese Praxis den beabsichtigten Erfolg hatte, dürften allerdings für immer vorüber sein."

Als Mitte März der frühere österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szechényi, starb, richtete Bismarck an die Witwe des Grafen folgendes Beileidstelegramm: „Ich betrauere in Ihrem Gemahl einen meiner ältesten Freunde und Mitarbeiter, den ich seit länger als 40 Jahre aufrichtig geschätzt habe."

In erhebender Weise wurde dann auch von der amtlichen Welt, namentlich von dem deutschen Heere, wie von dem gesamten deutschen Volke das seltene Fest gefeiert, das dem Fürsten Bismarck zu erleben noch vergönnt war, sein 60jähriges Militärdienstjubiläum am 25. März. Das Militär-Wochenblatt hatte schon im Januar auf den bedeutsamen Gedenktag hingewiesen. In der vom Major v. Rentzell verfaßten Geschichte des Garde-Jäger-Bataillons hieß es über Bismarcks Diensteintritt: „Eine bedeutungsvolle Erinnerung knüpft sich für das Bataillon an das Jahr 1838. Am 25. März trat Otto v. Bismarck als Einjährig-Freiwilliger in das vom Oberst v. Knoblauch befehligte Bataillon und wurde in die 1. Kompagnie eingestellt. Das Bataillon ist stolz darauf, daß der erste deutsche Reichskanzler einstmal seinen Rock getragen hat, daß er zu seiner Fahne den Eid der Treue schwur. Die ganze Welt weiß, wie er ihn gehalten, wie sein ganzes Leben dem Dienste des Königs und des Vaterlandes geweiht geblieben ist. Die Armee, deren Tapferkeit und Hingebung der von ihm geführten Politik stets die zu-

verlässige Grundlage geboten hat, rechnet es sich zur höchsten Ehre, ihn zu ihren verdientesten Generalen zählen zu dürfen."

Beim Herannahen dieses Festes war natürlich für die Zahl der Teilnehmer und Besucher in Friedrichsruh und damit für die äußere Gestaltung der Feier selbst der Gesundheitszustand des Fürsten entscheidend, und mit Rücksicht auf die Schonung des Jubilars druckten die „Hamburger Nachr." ohne jede Bemerkung ihrerseits folgenden Artikel der „Neuen Freien Presse" ab, dessen Inhalt daher jedenfalls als durchaus zutreffend gelten kann: „Das Befinden des Fürsten Bismarck bessert sich langsam, aber stetig. Er bedient sich zwar noch des Rollstuhls, aber die Gehversuche werden jetzt häufiger und mit größerem Erfolge vorgenommen. Das Leiden, welches den Altreichskanzler seit Monaten an den Krankenstuhl gefesselt und dem Gerüchte Anlaß gegeben hat, daß Wassersucht in den Beinen aufgetreten sei, bestand thatsächlich in dem Wiederauftreten der alten Venen-Entzündung am Bein, ein Residuum aus der Petersburger Zeit, wo der Fürst infolge der ungeschickten ärztlichen Behandlung einer Verletzung, die er sich, wenn ich nicht irre, beim Reiten zugezogen hatte, von diesem Übel zum erstenmale befallen wurde. Alsdann trat ein äußerst heftiger und typisch ausgebildeter Podagra-Anfall hinzu, wie er in dieser ausgeprägten und schmerzhaften Form bisher noch nicht dagewesen war. Die Schmerzen, die der Fürst infolge dessen auszuhalten hatte, waren sehr groß und stellten im Zusammenhang mit der Steigerung der Schlaflosigkeit, welcher der Fürst überhaupt leicht ausgesetzt ist, so hohe Anforderungen an die Widerstandsfähigkeit des Dreiundachtzigjährigen, daß man über die Möglichkeit ihrer Erfüllung erstaunt sein mußte. Unter diesen Umständen darf der Verlauf der Krankheit und der Heilung, obgleich er Monate in Anspruch genommen hatte, nach der Auffassung der behandelnden Ärzte als relativ günstig und schnell bezeichnet werden. In einem so hohen Alter pflegen derartige schwere Fälle meist nicht so glücklich zu verlaufen, und jedenfalls erfordert ihre Heilung sehr lange Zeit. Jetzt dürfen die Krankheitserscheinungen im allgemeinen als behoben gelten, und es

ist anzunehmen, daß unter dem Einflusse des herannahenden Frühjahrs der Fürst bald wieder ganz hergestellt sein wird und die lange und schwer vermißten Spaziergänge und Spazierfahrten in den Sachsenwald wieder aufnehmen kann. Ob dies freilich bis zum 25. März, wo der Fürst bekanntlich sein 60jähriges Militärjubiläum feiert, oder bis zu seinem Geburtstage, am 1. April, möglich sein wird, ist zweifelhaft. Wie ich höre, wird der diesmalige 1. April ebenso wie der vorige ziemlich still verlaufen, jedenfalls kann von Kundgebungen im größeren Stile, Fackelzügen u. dgl., wie sie sonst üblich waren, diesmal nicht die Rede sein, da der Fürst doch noch nicht so weit hergestellt sein wird, daß er die Huldigungen in üblicher Weise entgegennehmen könnte. Dagegen wird der Fürst bei seinem diesmaligen Geburtstage, der vorwiegend den Charakter eines Familienfestes tragen dürfte, die Freude haben, auch seine beiden Enkel aus Königsberg und Schönhausen, Klaus und Otto, zum erstenmale um sich sehen. Die Stimmung des Altreichskanzlers ist jetzt vorzüglich, sein Humor köstlich, und die nähere Umgebung weiß nicht genug über die geistige Frische des Fürsten zu berichten; sein Appetit ist vortrefflich, der Magen vollständig in Ordnung. Es kommt vor, daß der Fürst zehn bis zwölf Pfeifen an einem Tage mit Behagen raucht. Gewiß ein günstiges Zeichen. Viel Heiterkeit erregt es in Friedrichsruh, daß seit einiger Zeit fast tagtäglich lange Telegramme aus Amerika von Politikern und Zeitungen einlaufen, welche »eingeklemmte« Antwortformulare enthalten, die der Fürst benützen soll, um auf dem Drahtwege den betreffenden Absendern seine Meinung über die Kuba-Frage oder die »Maine«-Angelegenheit zu übermitteln. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß nicht ein einziges dieser Telegramme beantwortet wird und daß die Notiz, welche neulich die Presse durchlief, daß der Fürst seine Ansichten über die Kuba-Frage einem Interviewer gegenüber ausgesprochen habe, auf Erfindung beruht. Der Fürst liest, angeregt durch den Prozeß Zola, außer geschichtlichen Werken und den politischen Tagesblättern jetzt öfter in den Werken des französischen Romanciers. Gegenwärtig liest er »Paris«. Nach

seinem Geschmacke sind die Zola'schen Romane zu sehr »mit Polsterung bepackt«, mit übermäßigen und deshalb überflüssigen Schilderungen von Nebensächlichkeiten. Ferner meint der Fürst, die Feindschaft, die sich Zola von seiten des französischen Klerus und der französischen Armee zugezogen habe, sei wohl die Quittung für »Lourdes« und »La Débâcle«."

Das Militär-Wochenblatt brachte zum Jubiläumstage folgenden schwungvollen, der Bedeutung des hohen geschichtlichen Gedenktages vollkommen entsprechenden Artikel: „Am 25. März werden es 60 Jahre sein, daß Fürst Bismarck in die Armee, und zwar in das Garde-Jägerbataillon eintrat, um seiner Wehrpflicht zu genügen, und der damalige Einjährig-Freiwillige wird nicht geahnt haben, daß er einst im Heere eine dem Feldmarschall gleichstehende Würde erreichen sollte. Er verdankte dieses Aufsteigen seiner glorreichen Laufbahn als Staatsmann. Aber diese brachte es mit sich, daß er der Armee und deren Erhöhung nicht einmal, sondern vielmals seine Kräfte weihen mußte; und daß seine thatkräftige, auf große Ziele gerichtete Politik dem Heere nach langem, nur durch kurze Kriegsepisoden unterbrochenen Frieden Gelegenheit gab, der Welt seine Ebenbürtigkeit mit den Siegern von Fehrbellin, Leuthen und Belle-Alliance zu beweisen. Die Vorbedingung dieser großen Heldenzeit war eben die staatsmännische Kraft und Weisheit, mit der Bismarck die vom Könige beschlossene Reorganisation des Heeres gegen die Majorität der Volksvertretung und gegen eine falsche Auffassung in der Nation selbst thatsächlich durchzusetzen wußte, wobei er mit seiner Person die volle Verantwortlichkeit übernahm; sodann aber das unübertreffliche Geschick, mit dem er später die politische Aktion einleitete.

„Wie der Name Bismarck ein Palladium der nationalen Größe geworden ist, so verkörpert sich auch in der Person des Fürsten die eigenartige Kraft seines engeren preußischen Vaterlandes. Bismarck ist, während er die staatsmännische Laufbahn einschlug, doch Soldat, Wehrmann geblieben. Schon seine kriegerische, hünenhafte Gestalt stellt dies jedermann vor Augen. Stets wird er in der Erinnerung

der Deutschen so fortleben, wie er bei Sedan dem gefangenen Kaiser entgegentrat, in der Felduniform der schweren Kürassreiter. Viele Staatsmänner haben ihre Monarchen ins Feld begleitet, aber keiner außer Bismarck ist mit uns ins Feuer geritten, ist dem König-Feldherrn in den Schlachten zur Seite geblieben. Wer wollte es tadeln, wenn der Staatsmann sich von den Kämpfen fernhält? Aber in Bismarck lebte der kriederische Geist des märkischen Adels und das Gefühl des preußischen Offiziers. So hat er 1866 die Feuertaufe wie jeder andere Soldat empfangen. Er ist nicht aufgestiegen zu diesem Range aus Rücksicht auf Geburt und Etikette, sondern jeder deutsche Soldat kann voll anerkennen, daß Fürst Bismarck seinen militärischen Rang durch seine Verdienste um die Armee erworben hat."

In ganz ähnlicher Weise würdigten die „Hamburger Nachrichten" vom 25. März und die gesamte deutsch-nationale Presse die hohe Bedeutung dieses Gedenktages, namentlich auch die offiziöse, wie z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.".

Über die Feier in Friedrichsruh selbst brachten die „Hamb. Nachrichten" am 26. März einen an Ort und Stelle am 25. niedergeschriebenen Bericht, der zunächst bestätigte, daß das Fußleiden des Fürsten sich zwar in andauernder Besserung befinde, den Patienten aber doch noch immer auf den Gebrauch des Rollstuhles anweise, „so daß dieser auf alle ihm zu seinem Jubiläum sowie auf die ihm zum bevorstehenden 83. Geburtstage zugedachten festlichen Veranstaltungen verzichtet hat." Er habe daher namentlich den Empfang der Offizierskorpsabordnungen, die am 25. März in Friedrichsruh erscheinen wollten, ablehnen müssen. Das Offizierskorps des zweiten Garderegiments zu Fuß — dem Bismarck seit 1888 à la suite angehörte — hatte dem Fürsten zu diesem Ehrentage eine künstlerisch ausgeführte Silberstatuette, die einen Grenadier aus der Zeit der Gründung des Regiments, 1813, darstellt, als Geschenk bestimmt und wollte diese Ehrengabe nach dem Wunsche des Kaisers ursprünglich durch eine aus dem Kommandeur, Grafen Kirchbach, und Offizieren jeder Charge bestehende Abordnung, die

in Begleitung der Regimentsmusik sich nach Friedrichsruh begeben sollte, dem Fürsten persönlich überreichen. In Rücksicht auf die dem Fürsten notwendige Schonung mußte aber auch diese Ehrung in der geplanten feierlichen Form unterbleiben. „Das Geschenk wurde deshalb nebst einem Glückwunschschreiben des Regimentskommandeurs, Grafen Kirchbach, durch einen Feldwebel des zweiten Garderegiments überbracht, der heute morgen schon in aller Frühe in Friedrichsruh eingetroffen war. Um ein Uhr wurde Feldwebel Silaff, eine Hünengestalt, deren Längenmaß das des Fürsten noch um einen halben Zoll überragt, in das Arbeitszimmer des Fürsten gerufen, wo dieser Geschenk und Glückwunschschreiben entgegennahm. Der Fürst unterhielt sich längere Zeit mit dem Überbringer und verehrte Silaff als Andenken seine Photographie in Generalsuniform, die er mit festen Zügen trotz seiner zum Schreiben unbequemen Stellung — der Fürst lag auf einer Ruhebank ausgestreckt — mit seinem Namenszuge und dem heutigen Datum unterschrieb. — Bevor der Feldwebel das Schloß verließ, wurde ihm ein Schreiben an den Regimentskommandeur des zweiten Garderegiments zu Fuß, Grafen Kirchbach, eingehändigt, in welchem der Fürst seinem Danke für die übersandte Ehrengabe und die Glückwünsche seiner Regimentskameraden Ausdruck gibt. — Um halb fünf Uhr traf als Abgesandter des Kaisers der Generaladjutant von Schweinitz in Friedrichsruh ein. Graf Rantzau empfing ihn am Bahnhof und geleitete ihn ins Schloß. Graf Schweinitz begab sich sofort zum Fürsten, der den General in seinem Arbeitszimmer erwartete. Graf Schweinitz war der Überbringer eines kaiserlichen Handschreibens, in welchem der oberste Kriegsherr seinem Generaloberſten seine Glückwünsche zu dessen sechzigjährigem Militärjubiläum ausspricht. — Herr von Schweinitz verweilte bis zum Beginn des Familiendiners beim Fürsten, worauf sich beide Herren in den Speisesaal begaben. Außer dem Generaladjutanten und der zur Zeit als Gast im Bismarck'schen Hause weilenden Frau von Batocki nahmen außer Graf und Gräfin Wilhelm und dem gräflich Rantzau'schen Ehepaar noch die beiden Leibärzte des Für-

sten an der Tafel teil. Professor Schweninger, der gestern in Friedrichsruh eingetroffen war, gedachte übrigens noch heute abend nach Berlin zurückzukehren, ein Beweis, daß der Gesundheitszustand des Fürsten zu keinerlei Beunruhigung Anlaß gibt. Vom Kaiser traf, kurz bevor der Generaladjutant von Schweinitz den schriftlichen Glückwunsch überreichte, noch ein direktes Begrüßungs-Telegramm an den Fürsten Bismarck aus Bremerhaven ein, das Se. Majestät vor der Abfahrt nach Skagen abgesandt hatte. — Unter den vielen dem Fürsten am heutigen Jubeltage zugegangenen Glückwünschen befanden sich noch Telegramme und Schreiben anderer Souveräne, sowie von den Regimentern und Jägerbataillonen, in denen der Fürst gedient hat, ferner von verschiedenen Offizierkorps, Korpskommandos und vielen hohen Militärs. — Durch das Zusammenfallen der schleswig-holsteinischen Erhebungsfeier mit dem Jubiläum des Fürsten ist die Zahl der Glückwünsche, namentlich aus der Provinz Schleswig-Holstein, erheblich vermehrt worden. — Unter den eingelaufenen Glückwunschschreiben befand sich auch das folgende aus Leipzig datierte:

Der Altreichskanzler, wie bekannt,
Trug das Schwert stets in der Hand;
Und ohne dieses Schwertes Schutz
Wär' auch die Politik nichts nutz.

„Wie noch am Schlusse dieses Berichtes erwähnt sein mag, ist dem Kammerdiener Pinnow und dem Leibkutscher Patzke, den beiden langjährigen treuen Dienern des Altreichskanzlers, an dessen heutigem Ehrentage vom Kaiser das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden."

Am 29. März nachmittags fand im Beisein Bismarcks und der in Friedrichsruh anwesenden Glieder der fürstlichen Familie die Konfirmation der beiden jüngsten Söhne des Grafen Rantzau, Christian und Heinrich statt. Die Handlung vollzog Herr Pastor Westphal aus Brunstorf, zu dessen Kirchspiel Friedrichsruh gehört. Unmittelbar an die Einsegnung schloß sich die Verabreichung des heiligen Abendmahles, an der alle Anwesenden teilnahmen.

Zum 83. Geburtstag des Fürsten am 1. April schrieben die „Hamburger Nachrichten" ihren festlichen Leitartikel „im Zeichen der Hoffnung". Wenn der Fürst erst wieder in den Sachsenwald hinausfahren könne, werde die Frühlingswaldluft ihn auch wieder stärken und erfrischen. Sein Humor sei jetzt schon vortrefflich und auch die deutsche Reichspolitik bereite ihm zur Zeit keine schlaflosen Nächte mehr, zumal da das Flottengesetz vom Reichstag angenommen sei und die ostasiatische Politik wie der Ruf zur Sammlung aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen seinen Beifall finde.*) So schließt denn der Artikel mit dem heißen Wunsche, daß „dem größten Sohne des deutschen Vaterlandes noch ein langer und gesegneter Lebensabend" beschieden sein möge.

Millionen deutscher Herzen empfanden ebenso und bewiesen das auch an der letzten Geburtstagfeier, die ihrem Bismarck vergönnt sein sollte. Die Nacht zum 1. April brachte der Fürst fast schlaflos zu und erhob sich daher erst spät vom Lager.**) Die ersten Glückwünsche zum Geburtstagsfest seitens beider Söhne, des Schwiegersohnes und der Leibärzte empfing er noch im Schlafgemach. Geheimrat Schweninger erschien hier mit einem kostbaren Schlafrock in blutrotem Seidenrips, innen mit hell-erdbeerfarbener Seide abgesteppt, dem Geschenk einer vornehmen Wiener Dame. Bismarck nahm es sofort in Gebrauch und beschritt damit angethan das Badezimmer. Nachdem er sein Bad genommen und nach beendeter Toilette sein Arbeitszimmer betreten hatte, erschienen bei ihm der Reihe nach alle übrigen Familienmitglieder, namentlich auch die allerjüngste Generation, der Stammhalter aus Schönhausen und der kleine Enkel aus Königsberg.

Den Nachmittag verbrachte der Fürst im Arbeitszimmer mit Lesen und Rauchen. Als aber die Dinerstunde — 7 Uhr —

*) Wir bringen hierüber unten bei „innerer" und „äußerer Politik" noch Näheres.

**) Das Folgende nach dem sehr anmutigen Bericht der „Hamburger Nachrichten" aus Friedrichsruh vom 1. April.

herannahte, begab er sich mit Benutzung seines Rollstuhls zunächst nach den Zimmern, in denen die Geburtstagsgeschenke aufgebaut waren — wir werden sogleich eine kurze Schilderung ihrer Fülle und Mannigfaltigkeit geben. Alles besah er möglichst eingehend, ließ sich einige Gegenstände reichen und legte die Adressen u. dergl. zu näherem Studium für die nächsten Tage zurück. Besonders über die herrlichen Blumen äußerte er seine Freude und begab sich dann in den Speisesaal, in welchem sich einschließlich aller Familienangehörigen und der beiden Leibärzte eine Gesellschaft von 22 Personen einfand. Da war die geliebte Schwester des Fürsten, Frau von Arnim Kroechlendorf, zugleich Schwiegermutter des Grafen Wilhelm, da waren die Kinder, Schwiegerkinder und erwachsenen Enkel des Fürsten; an Gästen aber nur einige intime Freunde, wie Graf Henckel v. Donnersmark, Frau von Batocki, Graf Fink zu Finkenstein (Landrat des Kreises), Oberst von Goldammer, Rittmeister v. Blumenthal-Staffelfeld und Baron Merck nebst Gemahlin. Bismarck saß zwischen seiner Schwester und Frau von Batocki. Einige Zeit nach Beginn der Tafel erhob der Fürst das Glas — stehen konnte er ja nicht —, um das Wohl des Kaisers auszubringen. Kurz darauf ergriff Graf Henckel das Wort und ließ den Fürsten hochleben. Die Festtafel verlief in recht fröhlicher Stimmung; Bismarck unterhielt sich lebhaft nach allen Seiten hin und schien trotz der mangelhaften Nachtruhe sehr gut aufgelegt.

Die überaus große Zahl und Mannigfaltigkeit der Geburtstagsspenden, die mehrere Zimmer vollständig anfüllten, bewies, daß auch diesmal alle Kreise, Berufe und Stände des deutschen Volkes sich an diesem Liebeswerk beteiligt hatten. Die einfachsten Gegenstände und naivsten Zuschriften lagen und standen da auf den Tischen bunt durcheinander und in schönster Eintracht mit kostbaren Kunstwerken, prunkvollen Adressen und Ehrenmitglieds-Urkunden. Da lag auch der schon erwähnte fürstliche Schlafrock neben von den Gebern selbst gestrickten, gehäkelten oder gestickten wärmenden Mützen, Unterkleidern, Ruhekissen u. s. w. Verleger hatten ihre

neuesten Werke, Dichter ihre Lieder, Musiker ihre Kompositionen, Brauereien ihr bestes Bräu, Brennereien ihre köstlichsten Schnäpse und Liköre, Erfinder ihre heilbringenden neupatentirten Sachen, Zigarrenfabrikanten ihre besten Sorten dem 83jährigen Geburtstagskinde gewidmet. An Zigarren hatte z. B. ein Bremer die Marke „für Ar und Halm" gesendet, die „von ziemlich großer Form und sehr guter Qualität nicht hoch im Preise" vom Einsender als „speziell für den Landwirt geeignet bezeichnet" wurde. Ein Wiener, Herr Wittgenstein, hatte ein vortreffliches Ölgemälde von Gauermann (Alpenvieh in einer Alphütte mit schönem Thalhintergrund) gestiftet. Der Leiter der Kunstgießerei in Lauchhammer, Hallbauer, hatte einen prächtigen Pfeifenständer — einen Eichenstamm und eine diesen umschlingende Epheuranke darstellend — gießen lassen und das erste Exemplar dieses Kunstwerkes dem Fürsten übersendet mit einer in purpurroter polierter Ledermappe verwahrten sinnigen poetischen Widmung:

Nicht trotzen konnt' des Sturms Gewalt
Ein schwankend Epheureis,
Am Eichenstamme sucht es Halt
Wo sich's geborgen weiß.
Es sei als Sinnbild Dir gesandt,
Du Held in Friedrichsruh;
Der Epheu war das Deutsche Land,
Der Eichenstamm bist Du.

Eine Anzahl Bremer Damen sandte dem Fürsten alljährlich, und so auch diesmal, zum Geburtstage zwölf Flaschen edeln Rheinweins aus dem Vorrate des Bremer Ratskellers mit einer vornehm ausgestatteten poetischen Adresse zu. Eine höchst originelle Adresse mit einer Spende feinsten Honigs war dem Fürsten aus Halle zugegangen: eine poetische Kabinettsordre der Bienenkönigin Florenda, gegengezeichnet von „Imme, Minister des Innern" und von „Drohne, Minister des Äußern (!)", die mit den Worten schloß:

Nun denn, Glückauf! Dort nach der Bergeshalde
Send ich Dir meinen königlichen Gruß,
Und reich' Dir in dem Sachsenwalde
In hoher Achtung meinen Vorderfuß.

„Für richtige Auffassung des Gedichts verantwortlich der Hofpoet und Bienenvater Th. Loebeling in Halle a. S., Neffe des früheren Vorfechters in Göttingen." Sogar ein indischer Prinz, Alexander Tzar, hatte den Fürsten beschenkt: ein Paar der ebenso seltenen als prächtigen Gralstauben lebend aus Singapore eingesandt. „Die Getreuen in Butzbach" in Hessen verehrten seit Jahren zu Bismarcks Geburtstag ein Geschenk;*) diesmal ein sehr sinniges und originelles: ein Album in Ledereinband und mit Lederblättern, das sich als „Kalender auf das 84. Lebensjahr des Fürsten Bismarck" bezeichnet. Jedes Blatt des Buches trägt einen Spruch und die Mehrzahl derselben noch ein Datum (mit Jahreszahl) von Bedeutung. Die Reihenfolge der Blätter geht von April bis März. Wir teilen daraus folgende reizende Proben mit:

April.

Das Gras, das im April gewachsen,
Im Monat Mai kommt's nimmer weit;
Dich, starken Sproß des Ostermondes,
Konnt' hemmen nie ein Sturm der Zeit.

1. April 1815.

Mai.

Maikühle und Maiabendtau
Geben Segen dem Wein und schmücken die Au;
Deine taufrische Kraft, Dein kühler Verstand
Gaben Friede voll Ehren dem Vaterland.

10. Mai 1871.

Juli.

Im Juli muß vor Hitze braten,
Was im September soll geraten,
Zornkollernd kräht' der gallische Hahn,
Bis Du ihn in den Sack gethan.

19. Juli 1870.

Oktober.

Es harrt die gülb'ne Traube
Des emsigen Winzers Hand.
So harrte das Werk des Meisters,
Bis Dich Dein König fand.

8. Oktober 1862.**)

*) Das Folgende nach den „Hamburger Nachrichten" vom 3. April, Korrespondenz aus Friedrichsruh vom 2.

**) Datum der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten.

Dezember.

Es sieht das Kind den schönsten Traum
Erfüllet unter'm Weihnachtsbaum;
Was heißes Sehnen lang begehrt,
Das hast Du unserm Volk beschеert.

Februar.

Ist auch verschrie'n St. Dorothee
Als düst'rer Tag voll Sturm und Schnee,
Uns soll er doch geheiligt sein.
Du sprachst das Wort, so stolz es klang,
Ein Echo weckt's gleich Sturmgesang
Vom Alpenfuß zum blauen Belt:
„Wir Deutsche fürchten Gott allein
Und nichts sonst auf der weiten Welt!"

6. Februar 1888.

März.

Dem Lenzesmond ist nicht zu trauen,
Bald Blütenschmuck, bald Winterkleid!
Allein Dein Kaiser konnte bauen
Auf seinen Bismarck allezeit.

Einem Kasten mit langen Thonpfeifen hatte die Schenkerin launige Verse beigelegt, in denen sie aussprach, es würde ihr „höchster Lohn" sein, wenn „mein Fürst täglich daraus rauchen" würde:

Dann erfreute Bismarck sehr
Wilhelmine Staudener.

Aber die Hoffnung auf Erfüllung dieses Wunsches war freilich ebenso „fromm" wie die jenes Fabrikanten, der dem Dreiundachtzigjährigen noch ein Fahrrad bescherte, damit dieser hinfort auch das edle Radeln meisterhaft betreibe. Doch genug von der Fülle der Gaben zu diesem letzten Geburtstag; hunderte müssen unerwähnt bleiben.

Von den unzähligen Bismarckfeiern im deutschen Reiche und im Ausland können wir auch nur ganz weniger gedenken, unter diesen aber vor allem der Münchener, die diesmal, in der anheimelnden Form eines Kommerses im Löwenbräukeller, unter dem Vorsitz v. Lenbachs ein großes Volksfest wurde. Professor

Dr. Stieve hielt die begeisternde Festrede, und noch vor Schluß der Feier traf ein Danktelegramm aus Friedrichsruh ein. Auch in Berlin fand am 2. April in den festlich geschmückten Räumen der „Philharmonie" ein erhebender Bismarck-Kommers statt, bei welchem Professor Kahl die Festrede hielt. Besonders rührend und ergreifend aber war die festliche Huldigung der deutschen Stadt Wien mitten in dem heißen Streit und der schweren Not, welche die Sprachenverordnungen Badenis über alle Deutschen Österreichs gebracht hatten. An dieser Huldigung beteiligte sich auch die deutsche Volkspartei des österreichischen Abgeordnetenhauses durch ein besonderes Glückwunschtelegramm, auf das schon am 2. April aus Friedrichsruh die Antwort Bismarcks (an den Abgeordneten Steinwender) einlief: „Ich fühle mich durch die Begrüßung deutscher Mitglieder des Abgeordnetenhauses des benachbarten und befreundeten Reiches hoch geehrt und bitte die Herren, meinen verbindlichsten Dank freundlich entgegenzunehmen." Erst am 17. Mai konnten die „Hamburger Nachrichten" dann nach dem Privatbriefe eines jungen Lübeckers noch über eine erhebende Bismarck-Geburtstagsfeier der Deutschen im fernen Shanghai berichten, die dort am 1. April 500 Personen in fröhlicher Begeisterung bis 3 Uhr morgens vereinigt hatte.

Bismarck erließ am 4. April in den „Hamburger Nachrichten" (vom 5.) folgenden öffentlichen Dank: „Zu meinem Geburtstage sind mir aus dem In- und Auslande so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich, auch wenn ich mich voller Gesundheit erfreute, doch nicht im stande sein würde, für die einzelnen meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Ich hoffe aber, daß meine Freunde, die in diesen Tagen meiner wohlwollend gedacht haben, es mir nicht verdenken werden, wenn ich sie auf diesem Wege bitte, meinen verbindlichsten Dank für ihre Glückwünsche freundlich entgegenzunehmen." Besondere Danktelegramme des Fürsten erhielten u. a. noch die ihm „seit langem befreundeten" politischen Fraktionen der Nationalliberalen und Konservativen, die ihm zum Geburtstage gratuliert hatten. Der Präsident der deut-

schen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, hatte an Bismarck am 1. April folgendes Telegramm gerichtet: „Die deutsche Kolonialgesellschaft sendet Euer Durchlaucht, dem Schöpfer deutscher Kolonialpolitik, dem alle deutschen Männer erneute Dankbarkeit zu einer Zeit schulden, in der die von Euer Durchlaucht gelegten Keime bereits reiche Früchte hervorbringen, zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche für ein gesundes und gesegnetes Lebensjahr.“ Bismarck dankte dem Herzog-Regenten durch das Telegramm: „Euere Hoheit bitte ich unterthänigst, für die mir namens der Kolonialgesellschaft gnädigst übersandten Glückwünsche meinen ehrerbietigen Dank entgegenzunehmen.“

Sehr spaßhaft war ein Erguß, über welchen die „Hamburger Nachrichten“ am 13. April schrieben: „Die klerikale „Kölnische Volkszeitung“ preßt sich in ihrem bußfertigen Karfreitagsartikel folgenden nachträglichen Geburtstagsglückwunsch für den Fürsten Bismarck vom Herzen.“ In diesem angeblichen „Glückwunsch“ waren alle die Millionen Deutscher, die bewundernd zu Bismarck aufschauten, kurzweg, als „die Ratten“ bezeichnet, „die damals schleunigst das Schiff verließen, und jetzt wieder freundschaftlichst an seinen Stiefeln herumknabbern. Da imponiert ihm vermutlich mehr das Verhalten der Zentrumspartei, das sich gleich bleibt.“ Er sei immer der starke Hasser der Partei gewesen, und so gebiete ihr die Selbstachtung, „ihm trotz solcher Behandlung zu huldigen“. Nur „daß Fürst Bismarck trotz aller Charakterfehler ein großer, ja genialer Mensch ist und daß er Großes für das deutsche Volk geleistet hat,“ mußte ihm selbst die Kölnische „Zeitung des Volkes“ zugestehen. Aber nach dieser leidvollen Einräumung schließt sie: „Darum“ — nämlich „nach solcher Behandlung“ des Zentrums durch Bismarck — „beobachten wir lieber würdige Zurückhaltung, ohne ihm mit kleinlichem und nörgelndem Haß zu vergelten.“ „Hier bricht die Gedankenfolge ab,“ — bemerken dazu die „Hamburger Nachrichten“ — „es sollte vermutlich weiter heißen: ›das besorgt die kleine Kaplanspresse zu unserer vollen Zufriedenheit.‹“

Bezüglich des Gesundheitszustandes des Fürsten druckten die

„Hamburger Nachrichten" am 30. April folgende Notiz der „Leipz. Neuesten Nachr." ohne Zusatz, also in Anerkennung ihrer Richtigkeit, ab: „Das körperliche Befinden des Fürsten Bismarck hat sich in den letzten Wochen doch nicht in dem Maße gebessert, wie es der Fall gewesen sein würde, wenn die Witterung milder, der Wind weniger rauh gewesen wäre, und der Fürst infolgedessen öfters als bisher möglich war, sich im Freien hätte bewegen können. Es sind zwar Ausfahrten unternommen worden, aber doch nicht in genügendem Maße, weil der hohe Rekonvaleszent sie stets mit verstärkten Gesichtsschmerzen zu bezahlen hat. Im Zimmer dauern die Gehübungen fort, aber in der Hauptsache dient immer noch der Rollstuhl als Kommunikationsmittel. Dagegen hat sich der gute Humor des Altreichskanzlers nicht nur nicht vermindert, sondern eher noch gehoben. Man kann sagen, daß er eigentlich immer bei guter Laune und in vergnügter Stimmung ist. Letzteres färbt auch auf gelegentliche politische Äußerungen ab, die dann ebenso scherzhaft als echt bismarckisch ausfallen."

Die „letzten" Überlebenden der einstigen großen preußischen Erbkaiserpartei des Frankfurter Parlamentes: Backhaus, Biedermann, Haym, Jordan, Meier, Mevissen, Schorn, Schrader, Schultze, richteten zum 50. Jahrestage der Eröffnung des Frankfurter Parlamentes (18. Mai 1848) eine schwungvolle Adresse an ihren einstigen Präsidenten Dr. v. Simson in Berlin, an deren Schlusse es heißt: „Längst ist der Unmut darüber, daß es uns nicht vergönnt war, die von uns geschaffene Verfassung auch ins Leben zu führen, der stolzen Freude gewichen, daß die Einigung des geliebten Vaterlandes in anderer aber verwandter Form seitdem dennoch zur Thatsache geworden ist. Je mehr wir die der Erreichung dieses Zieles sich entgegenstellenden Schwierigkeiten selbst erfahren haben, um so heller hebt sich aus den großen Ereignissen, die wir dann zu erleben das Glück hatten, das Bild unseres herrlichen Kaisers Wilhelm hervor, an dessen starken und einsichtigen Willen Erfolg und Sieg sich knüpften. Weiter aber verbindet sich heute mit dem Bewußtsein, daß wir seiner Zeit nach bestem Vermögen in redlicher,

mühevoller Arbeit das damals Unerreichbare angestrebt haben, die Bewunderung der genialen staatsmännischen Kunst, der es, unterstützt von dem Heldenmute unseres Volkes, gelungen ist, das Reich zu gründen und Deutschland zu Macht und Größe zu erheben. Von solchen Erinnerungen und Gefühlen beseelt, gestatten wir uns, hochgeehrter Herr Präsident, die Bitte, in unser aller Namen dem Fürsten Bismarck die Versicherung treuer Anhänglichkeit und ehrfurchtsvoller Dankbarkeit übermitteln zu wollen".

Präsident v. Simson richtete am 15. Mai ein dieser Anregung entsprechendes Schreiben an den Fürsten Bismarck und erhielt darauf von diesem am 24. Mai folgende Dankantwort: „Euerer Excellenz gefälliges Schreiben vom 15. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und bitte, den Ausdruck des letzteren den Herren Unterzeichnern übermitteln zu wollen. Diese Kundgebung von Männern, welche dem Gange unserer nationalen Entwicklung seit einem halbert Jahrhundert nicht nur beobachtend, sondern auch beeinflussend nahe gestanden haben, bildet eine erfreuliche Anerkennung der Politik meines verstorbenen Herrn vor einem berufenen politischen Areopag. In der Hoffnung, daß Euerer Excellenz Gesundheitszustand besser sein möge, als der meinige, bin ich mit wiederholtem Ausdruck meines Dankes für die mir durch Ihre Zuschrift erzeigte hohe Ehre Euerer Excellenz ergebenster

v. Bismarck".

Am 20. Mai schrieben die „Hamburger Nachrichten" über den Gesundheitszustand des Fürsten: „Ein Berliner Morgenblatt hatte gestern berichtet, Fürst Bismarck sei neuerdins erkrankt und Geheimrat Schweninger telegraphisch nach Friedrichsruh gerufen worden. Auf Erkundigung haben wir erfahren, daß der Zustand des Fürsten unverändert und eine neue Erkrankung nicht eingetreten ist. Die Anwesenheit des Prof. Schweninger sei durch den allwöchentlichen Besuch beim Fürsten herbeigeführt. Zu dieser Mitteilung, die wir gestern dem Berliner Telegraphenbureau zur Weiterverbreitung zugestellt haben, wird von anderer Seite noch bemerkt, der Fürst sei in den letzten Tagen nicht spazieren gefahren,

jedoch nur des schlechten Wetters wegen zu Hause geblieben. Auch diese Mitteilung trifft zu."

Bis zum 24. Mai hielt der Verein deutscher Spediteure seine Jahresversammlung in Hamburg ab und richtete dabei an Bismarck folgende Depesche: „Der in Eurer Durchlaucht Nähe, in Hamburg, tagende Verein deutscher Spediteure huldigt Ew. Durchlaucht in unwandelbarer Dankbarkeit und Treue als dem genialen Schöpfer eines großen einigen deutschen Vaterlandes." „Es ist immerhin bezeichnend," — bemerken dazu die „Hamburger Nachrichten" —: „wie sehr auch die am Handel beteiligten Erwerbszweige empfinden, was Fürst Bismarck gethan hat."

Im Amte wie im Ruhestande hatte der große Staatsmann die Bestrebungen des Verfassers (dieses Werkes) zur Bekämpfung der Sozialdemokratie immer aufmersam verfolgt und ermuntert. In dieser Richtung bewegt sich auch der Inhalt des letzten, eigenhändig vollzogenen Briefes, den der Fürst an den Verfasser am 21. Mai (Poststempel 1. Juni) schrieb: „Geehrter Herr Doktor! Für die Übersendung Ihrer Schrift über die Kommune danke ich Ihnen verbindlichst und werde das Werk mit Interesse lesen. v. Bismarck." Gemeint war die kleine Schrift des Verfassers über „die Heiligen unserer Sozialdemokratie und die Pariser Kommune von 1871 in ihrer wahren Gestalt."*) Die Broschüre sollte hauptsächlich zum Rüstzeug der Ordnungsparteien bei den Reichstagswahlen gegen die Roten dienen, und als weiteres Rüstzeug gegen Rote und Schwarze hatte der Verfasser eine Abhandlung bestimmt: „das persönliche und politische Verhältnis Kaiser Wilhelms I. zu Bismarck, 1848 bis 1888", die von der „Neuen Freien Presse" leider etwas zu spät abgedruckt wurde. Gleichwohl brachten die „Hamburger Nachrichten" am 30. Juni wörtlich den Schluß dieser Abhandlung, der sich aufs engste anschloß an den in Friedrichsruh wohlbekannten Schlußabsatz des

*) Wurzen, Kiesler 1898.

Kapitels über Kaiser Wilhelms Tod in Band VI, S. 282/83 dieses Werkes.

Am 7. Juni brachten die „Hamburger Nachrichten" folgende Notiz: „Am Sonntag (den 5. Juni) fand auf der Grotenburg eine Versammlung des Bundes der Landwirte von Westfalen und Lippe statt. An den Altreichskanzler sandte man folgende Depesche: „Fürst Bismarck, Friedrichsruh. 2000 deutsche Bauern und Vertreter der produktiven Mittelstände feiern am Denkmal unseres Urahnen, Hermanns des Cheruskers, ein nationales Fest, gedenken der unsterblichen Verdienste Euer Durchlaucht und entbieten Euer Durchlaucht die Versicherung treuesten Dankes und tiefster Verehrung."

Ferner konnte man ebendaselbst lesen: „Den von amerikanischen Blättern in letzter Zeit veröffentlichten Berichten über angebliche „Interviews" beim Fürsten Bismarck gegenüber erklärt, wie wir der „Post" entnehmen, der „New York Herald", daß er zur Publikation des nachstehenden Schreibens des Grafen Rantzau ermächtigt sei: »Mein Schwiegervater hat schon seit Monaten weder irgend einen Journalisten gesehen, noch hat er mit einem solchen über den spanisch-amerikanischen Krieg gesprochen. gez. Graf Rantzau.«"

Auch das Telegramm, das die Vertrauensmänner der Ordnungsparteien Leipzigs nach ihrem Siege bei der Reichstagsstichwahl vom 24. Juni dem Altreichskanzler sandten, brachten die „Hamburger Nachrichten" am 26. zum Abdruck. Es lautet: „Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Nach glänzendem Siege unseres Hasse über den Sozialdemokraten ist es uns heilige Pflicht, dem Vater aller Deutschen, dem Ehrenbürger unserer Stadt, begeisterten Heilgruß zu senden."

Am 6. Juli gab das Hamburger Blatt die nachfolgende Schilderung des Befinden Bismarcks aus den „Leipz. N. N." ohne Zusatz, demnach als zur Zeit zutreffend, wieder: „Der Fürst hat seit Monatsfrist und darüber das Haus nicht mehr verlassen können, die Ausfahrten waren ganz eingestellt und selbst der Aufenthalt auf dem Balkon war ihm verwehrt, weil er ihn regelmäßig mit

einer Steigerung der Schmerzen zu bezahlen hatte. Die Annahme von Besuchen war auf das Äußerste eingeschränkt; soviel ich weiß, waren in der letzten Zeit nur der neue Kommandeur des 9. Armeekorps, General von Massow und Graf Henckel von Donnersmarck, der bekanntlich seit langen Jahren zu den intimsten Freunden des Bismarck'schen Hauses gehört, in Friedrichsruh anwesend. Seit einigen Tagen ist allerdings eine leichte Besserung in dem Befinden des Fürsten eingetreten; es wird gehofft, daß dieselbe anhält und, namentlich wenn das Wetter wärmer wird, zur baldigen Herstellung des Altreichskanzlers führt; aber einstweilen liegt die Sache doch immer noch so, daß größte Schonung des Fürsten erforderlich bleibt. So z. B. ist noch gar nicht abzusehen, ob und wann der am 1. April verschobene Fackelzug der Hamburger stattfinden kann, und den zahlreichen Deputationen und Korporationen, die Anfragen wegen eines Empfanges nach Friedrichsruh gerichtet hatten, hat bisher leider stets mit Rücksicht anf den Gesundheitszustand des Fürsten abschlägig geantwortet werden müssen. Daran dürfte sich fürs erste auch nichts ändern. Noch dieser Tage hat eine Deputation chilenischer Offiziere das Schicksal aller teilen und darauf verzichten müssen, den Altreichskanzler zu sehen. Die Herren haben ihm aber, obgleich er seit, soviel ich mich erinnere, dem Jahre 1892 oder 1893 nicht mehr in den Sattel gestiegen ist, ein paar prächtige chilenische Sporen, Steigbügel u. s. w., die das Herz jedes Reitersmannes erfreuen müssen, zum Geschenk gemacht. Der Appetit des Fürsten ist andauernd zufriedenstellend, die Lebensweise im großen Ganzen die altgewohnte geblieben. Zu den Hauptmahlzeiten, die der Fürst im Kreise der Seinigen einnimmt — gegenwärtig sind nur Graf und Gräfin Rantzau anwesend — wird er regelmäßig noch im Rollstuhl gefahren, dagegen sind sein Humor und seine Geistesfrische nach wie vor geradezu bewundernswert. Die wenigen, die das Glück haben, jetzt noch mit ihm täglich in Berührung zu kommen, wissen nicht genug davon zu erzählen, wie der Fürst trotz seiner Krankheit, seiner Schlaflosigkeit und seines hohen Alters das Gespräch in alter Weise beherrscht und bald mit

liebenswürdigem Scherz, bald mit Satire in allen Dingen den Nagel auf den Kopf trifft. Der Schlaf pflegt sich ihm in der Regel erst gegen Morgen hin einzustellen, wo er dann für einige Stunden wenigstens fest wird und den hohen Patienten sichtlich stärkt. Auch zur Nachtzeit, wenn er irgend welcher Hilfe oder Dienstleistung bedarf, versagt sein guter Humor nicht. So bemerkte er kürzlich, der Jahreszeit entsprechend, gegen Morgen als er wach geworden war, er sei noch müde, er fühle noch einen kleinen „Johannistrieb" zum Schlafen. Dagegen scheint unter den obwaltenden Umständen leider wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß sich der Wunsch des Fürsten, einen Teil des Sommers in Varzin zu verleben, verwirklichen läßt. Das Maß von Teilnahme, welches der Fürst den politischen Tagesfragen widmet, hängt natürlich von seinem jeweiligen gesundheitlichen Befinden und von dem Interesse ab, das sie ihm gerade einflößen. Daß ihm der spanisch-amerikanische Krieg die Ruhe seiner Nächte rauben würde, wenn sie sonst nur vorhanden wäre, glaube ich nicht."

Wie lebhaft Fürst Bismarck trotz dieses ungünstigen Befindens an allen Vorgängen unseres öffentlichen Lebens Anteil nahm, wird unten noch näher dargelegt werden. Hier aber schalten wir zum Beweise dafür schon das Schreiben ein, das er am 10. Juli an den Geheimrat Professor Dr. Kahl in Berlin richtete, der Mitglied jenes nationalen Komitees war, das eine Landesbibliothek in Posen unter dem Namen „Kaiser-Wilhelm-Bibliothek" gründen wollte, um diese zu einem Mittelpunkt des geistigen Lebens in den Ostmarken zu machen. Bismarck schrieb: „Geehrter Herr Geheimer Rat. Zu meiner Freude höre ich durch Professor Schweninger, daß Seine Majestät der Kaiser und König die Benennung der in Posen zu errichtenden Landesbibliothek nach Kaiser Wilhelm I. huldvoll genehmigt hat. Ich hoffe, daß der ruhmreiche Name meines alten Herrn dem patriotischen Unternehmen, dem ich meine wärmsten Sympathien entgegenbringe, Erfolg und Gedeihen verleihen möge. Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich, geehrter Herr Geheimer Rat, Ihr ergebenster v. Bismarck."

Immer ungünstiger lauteten leider die Berichte aus Friedrichsruh über Bismarcks Befinden. Da konnten die „Hamburger Nachrichten" am 29. Juli die schweren Besorgnisse noch einmal zerstreuen durch die in breitem Sperrsatz an der Spitze des Blattes gedruckte Meldung: „Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern Abend an der Familientafel teilgenommen. Herr Geheimer Rat Schweninger ist gestern Abend aus Friedrichsruh abgereist." Zugleich druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung" ab, der sich „sehr zutreffend äußert über den von uns gestern gerügten Unfug,*) der mit den Sensationsnachrichten über das Befinden des Fürsten getrieben wird" und zu dem Schlusse gelangt: daß gewiß das ganze deutsche Volk das größte Interesse habe, von dem Befinden seines teuersten Mannes unterrichtet zu werden, aber man könne der fürstlichen Familie wahrlich nicht verargen, wenn sie sich gegen die umherhorchenden Journalisten so luftdicht wie möglich abschließe und müsse ganz allein ihr überlassen, was sie für mitteilbar halte. Die „Hamburger Nachrichten" bemerkten dazu: „Wir halten letztere Auffassung für vollkommen korrekt und glauben auch zu wissen, daß sie den maßgebenden Ansichten in Friedrichsruh entspricht."

Im unmittelbaren Anschluß hieran druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der keineswegs übermäßig bismarckfreundlichen „Magdeburgischen Zeitung" ab, um zu zeigen, wie tief die Erregung in alle Kreise des deutschen Volkes bei den ungünstigen Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck gedrungen sei, und wie sehr alle jetzt empfänden, von welch unersetzlichem Werte Fürst Bismarck seinem Volke sei. Die Hauptsätze des Magdeburger Artikels lauten: „Keine große Frage der inneren, wie der äußeren Politik ist seit dem Frühjahr 1890 aufgetaucht,

*) Die „Hamb. Nachr." hatten mit dieser Rüge die Bitte verbunden, von solchen Meldungen schon mit Rücksicht auf den leidenden Fürsten abzulassen, „weil er sehr viele Zeitungen liest und es ihn begreiflicherweise nicht angenehm berührt, wenn er sieht, daß auch bei sonst verständigen und wohlwollenden Preßorganen die Sensationslust die Rücksicht auf ihn überwiegt".

bei der nicht die Blicke sich sofort nach Friedrichsruh gerichtet: Was denkt der Alte im Sachsenwalde? Seine privaten Ansichten, oft auch schon das, was man in Artikeln bestimmter Zeitungen als seine Ansicht angesehen hat, sind wie politische Orakel hingenommen worden. Sein bloßer Name hat im Streite der Meinungen die Bedeutung eines Losungswortes gehabt, und Parteien und Strömungen haben ihn benutzt, um sich und ihre Absichten mit ihm zu decken und zu rechtfertigen. Das Fehlen einer solchen Art von Berufsinstanz in unserem öffentlichen Leben würde nicht weniger schwer empfunden werden, als seinerzeit der Rücktritt von den Ämtern, die er nahezu 30 Jahre zu seinem und des Vaterlandes Ruhme verwaltet hatte. Daher ein weiterer Grund für die bangen Sorgen, die jede ungünstige Nachricht aus Friedrichsruh aufkommen läßt. Hoffen wir, daß sie diesmal so grundlos sind wie früher, und daß der Kunst treuer Ärzte, die sorgsam um den Leidenden bemüht sind, es gelingen möge, dem deutschen Volke dieses teuere Leben noch manches Jahr zu erhalten.“

Bismarcks hingebende Vaterlandsliebe hat in der That kaum jemals zuvor ergreifender sich offenbart, als in dem regen Anteil und Interesse an allen öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands auch während der letzten Lebensmonate, ja bis in die letzten Lebenstage des leidenden Helden. Wir verfolgen die wesentlichsten der von ihm in dieser Zeit ausgehenden oder beeinflußten Äußerungen, zunächst über unsere innere Politik.

Als mit Rücksicht auf die im Juni bevorstehenden Reichstagswahlen und für die gedeihliche Entwickelung unseres öffentlichen, namentlich wirtschaftlichen Lebens die Losung einer Politik der Sammlung aller produktiven Stände ausgegeben wurde, setzte der Fürst selbst seinen erlauchten Namen an die Spitze der Unterzeichner dieses Aufrufs, und die konservative „Schlesische Zeitung“ erinnerte in einem von den „Hamburger Nachrichten“ am 12. März abgedruckten Artikel daran, wie Bismarck schon vor zwanzig Jahren dieselbe Politik der Sammlung betrieben habe, und daß der jetzige Aufruf „die Rückkehr in die segensreichen Bahnen der Bismarck-

schen Wirtschaftspolitik ermöglichen und sichern" wolle. Ganz in diesem Sinne hielt Graf Herbert am 20. März an die in Schönhausen versammelten Glieder des Landwirtbundes eine größere Rede,*) welche die „Hamburger Nachrichten" durch Abdruck eines Artikels des Berliner Bismarckblattes „Berliner Neueste Nachrichten"**) gegen die perfiden Entstellungen und Unterstellungen der Berliner Fortschrittspresse am 25. März kräftig in Schutz nehmen. Ein weiterer Artikel des Hamburger Blattes vom 14. Mai stellt fest, daß und warum das Zentrum aus seiner inneren Naturanlage gegen diese Politik der Sammlung Partei ergreife. Deshalb sagten die „Hamburger Nachrichten" auch über die bekannte Wahlkundgebung des Staatssekretärs v. Posadowsky, die alle staatserhaltenden Parteien dringend zum einmütigen Zusammengehen gegen die Sozialdemokratie mahnte, am 7. Juni: „Wir unterschreiben jedes Wort dieser Kundgebung des Herrn Staatssekretärs und können nur wünschen, daß die übrigen Ministerkollegen des Grafen Posadowsky die Auffassungen desselben teilen. Aber diese erhalten erst realen Wert für die Politik des Landes, wenn sie nicht nur gehegt, sondern auch praktisch zur Anwendung gebracht werden."

Diese Kundgebung Posadowskys wies den Ordnungsparteien bei den Wahlen aber außer dem in dem früheren Aufruf zur Sammlung gesteckten Ziel der allgemeinen Wohlfahrt auch noch das besondere: der gemeinsamen Bekämpfung der revolutionären und vaterlandslosen Sozialdemokratie, gab also eine Losung aus, die der Staatsweise von Friedrichsruh seinerseits seit acht Jahren immer vergeblich — mit Ausnahme des Königreichs Sachsen — warnend und mahnend hatte ausgehen lassen. Deshalb knüpfte sein Hamburger Organ jetzt an diese höchst erfreuliche Kundgebung eines der obersten Reichsbeamten folgende eindringlichen Worte:

*) In den „Hamb. Nachr." vom 22. März abgedruckt.

**) Einer Gründung des Grafen Henckel v. Donnersmarck u. a. intimer Freunde des Bismarck'schen Hauses.

„Da müssen wir doch wieder fragen: wenn Graf Posadowsky gleich uns der Ansicht ist, daß die sozialdemokratische Partei thatsächlich revolutionär ist und nach seinen eigenen Worten die bestehende Staatsordnung sowie das Privateigentum beseitigen will, weshalb setzt er nicht all seinen Einfluß ein, um zu bewirken, daß der Primolocist zur Verteidigung der bedrohten Staatsordnung, die Staatsregierung selbst, die Initiative zur Bekämpfung der sozialrevolutionären Bewegung ergreift? Oder wird seine Auffassung von den übrigen maßgebenden Männern nicht geteilt? Dann würde seine Äußerung, es beruhe auf Kurzsichtigkeit oder Mangel an Mut, wenn man die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie verkenne, doch eine Kritik enthalten, wie selbst wir sie mit gleicher Schärfe noch niemals ausgesprochen haben. Wenn aber die übrigen Minister mit dem Staatssekretär des Innern übereinstimmen, weshalb geschieht amtlich nichts gegen die Sozialdemokratie, weshalb stellt sich die Regierung nicht offen und entschieden an die Spitze der staatserhaltenden Parteien und kämpft gegen die Sozialdemokratie? Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Staatsregierung, welche die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie erkannt hat, pflichtwidrig handelt, wenn sie es unterläßt, ihrerseits alle vorhandenen Mittel der Macht, der Gesetzgebung und des sonstigen Einflusses gegen sie aufzubieten. Hier stehen wir vor dem großen Rätsel, mit dessen Lösung wir uns nun schon so lange vergeblich abmühen. An der Erkenntnis der Gefahr fehlt es nicht, aber an dem Entschluß, sie durch Thaten zu beseitigen. Woran liegt das? Es fällt außerordentlich schwer, die Antwort nicht dem Briefe des Grafen Posadowsky zu entnehmen. Wie kann die Regierung in einem so wichtigen und schweren Kampfe, wie der gegen die Sozialdemokratie ist, die bürgerlichen Parteien allein ohne Führung ins Feuer schicken nnd sich auf die Rolle des unparteiischen Zuschauers beschränken? Allerdings haben die bürgerlichen Parteien die Pflicht, unter Zurückstellung alles dessen, was sie sonst trennt, vereint gegen die Sozialdemokratie zu fechten, aber noch viel mehr hat die Regierung die Pflicht, sich

in diesem Kampfe an die Spitze zu stellen und die Sache der bürgerlichen Parteien mit dem vollem Schwergewicht der staatlichen Autorität zu decken. Darauf kommt bei unsern deutschen Verhältnissen sehr viel, beinahe alles an und wenn die Staatsregierung ihrer Pflicht nicht entspricht, so darf sie sich nicht wundern, daß dafür nicht nur unliebsame Gründe angeführt werden, sondern, was schlimmer ist, daß der Kampf der bürgerlichen Parteien nicht das gewünschte Ergebnis hat. Und wie kann die Regierung darauf rechnen, daß sie, wie Graf Posadowsky sagt, an dem neu zu wählenden Reichstage einen festen Rückhalt zur Förderung ihrer Pläne findet, wenn sie bei der Bildung eben dieses Reichstages thatenlos beiseite steht? Wir wiederholen im Anschluß an die Worte des Grafen Posadowsky unsere alte Mahnung: Hinweg mit allen Partei-Sonderbestrebungen bei der Wahl und für vereintes, geschlossenes Vorgehen aller staatserhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie! Ist diese geschlagen, so können unseretwegen die Parteiraufereien wieder beginnen, wenn sie doch einmal unentbehrlich sind. Wer aber jetzt vor der Wahl der Parteisucht frönt, handelt unpatriotisch und liefert den unanfechtbaren Beweis, daß ihm die Partei höher steht als das Vaterland."

In ähnlicher Weise hatte Fürst Bismarck schon in zahlreichen anderen, offenbar von ihm beeinflußten Artikeln seines Hamburger Blattes im Laufe dieses Jahres sich aussprechen lassen. So hatte er z. B. schon am 20. Januar hier eine ganz ähnliche Losung zum Schutze Arbeitswilliger ausgeben lassen, wie nach Bismarcks Tode der Kaiser in seiner bekannten Rede in Oeynhausen — nur wesentlich korrekter. Es hieß da nämlich: „Die Arbeitswilligen wagen aus Angst vor Schaden an Leib und Leben nicht, sich gegen den Terrorismns ihrer revolutionären Kameraden aufzulehnen. Diesen Zustand darf der Staat aus strafrechtlichen und politischen Erwägungen nicht dulden und wenn einige verbohrte Parlamentarier, sobald sich der Staat auf seine Pflicht in dieser Beziehung besinnen zu wollen scheint, über Verletzung der Koalitionsfreiheit zetern, so kann ihm das in dem Bewußtsein, daß er nicht den Ge-

brauch, sondern nur den offenbaren und brutalen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit beseitigen will, äußerst gleichgültig sein."

Und nachdem die revolutionären Pöbeleien der Herren Bebel und Genossen — „zum Andenken an die Berliner Märzrevolution von 1848" — in der Reichstagssitzung vom 18. März 1898 durch den Staatssekretär v. Posadowsky u. a. gebührend gebrandmarkt worden waren, übernahmen die „Hamburger Nachrichten" am 30. April wörtlich einen Artikel der „Post", der Bismarcks bekannte Ansichten scharf und klar zum Ausdruck bringt: „Minder glücklich war Graf Posadowsky in der Begründung seiner Auffassung, daß der Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes sich nicht empfehlen werde. Daß der Erlaß eines solchen Gesetzes die nichtsozialistischen Elemente des Volkes einschläfern und ihren Widerstand gegen die Sozialdemokratie schwächen werde, ist eine Behauptung, welche in der linksliberalen und in der Zentrumspresse zwar wiederholt aufgestellt, aber völlig unerwiesen geblieben ist. Die Erfahrung seit dem Fallenlassen des Sozialistengesetzes zeigt vielmehr umgekehrt, daß seitdem die Gesetzgebung die Sozialdemokratie nicht mehr als den gemeinsamen Feind des Staates und der Gesellschaft stigmatisiert, ein großer Teil der Bevölkerung die sozialdemokratische Gefahr für beseitigt erachtet, die Sozialdemokratie ansieht, wie jede andere Partei, und somit in der Bekämpfung derselben bedenklich nachläßt."

Auch gegen das Zentrum und gegen die geistliche Herrschsucht überhaupt ließ Bismarck seine bekannten Anschauungen wiederholt kräftig zur Geltung bringen. Dies geschah zunächst am 21. Januar in den „Hamburger Nachrichten" durch Übernahme eines Artikels aus der „von A. Memminger in Würzburg herausgegebenen »Neuen bayerischen Landeszeitung«, deren Eigentümer in Bad Kissingen öfters vom Fürsten Bismarck empfangen wurde." Und da Memminger in diesem Artikel den Fürsten in direkter Rede sprechen läßt, die von dem Hamburger Blatte ohne jeden Zusatz wiedergegeben wird, so dürfen wir diese Worte sicher für authentisch halten: „Ich konnte mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei

ihm wie bei allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer wieder die mehr oder weniger verhüllte Absicht zu Tage tritt, die weltliche Vorsehung zu zu spielen und die Regierung in ihrem Herrschaftsberufe unterzukriegen. Die geistliche Herrschaft hat aber noch nirgends etwas oder wenigstens nicht viel getaugt, die geistlichen Fürstentümer im alten Deutschen Reich bedrückten das Volk in jeder Richtung und brachen beim ersten feindlichen Anprall thaten- und wehrlos zusammen. Die geistliche Herrschaft war zum Teil auch schuld an der französischen Revolution, noch mehr an dem Elend Spaniens und Italiens. Die Geistlichen verstehen das Regieren nicht, dafür war der Kirchenstaat der beste Beweis. Und die protestantische Geistlichkeit würde es hierin der katholischen wohl annähernd gleich thun. Ich will von solchen Bestrebungen nichts wissen, weil auch unser Volk dabei schließlich nur schlechter fahren würde."

Als dann die „Köln. Volksztg." wieder einmal über „Mangel an Parität" zu Ungunsten der armen Katholiken klagte und die Mär erfand, es bestehe ein geheimer, an die höchsten Beamtenkreise gerichteter Erlaß, der die Ausmerzung aller Katholiken aus diesen Kreisen bezwecke, erklärten die „Hamburger Nachrichten" am 23. März „diese Erzählung für eine völlig haltlose Hintertreppengeschichte" und trugen dann — wie früher schon oftmals — Bismarcks Ansicht über diese Klage in den Worten vor: „Daß die Initiative zur Abstellung einer Disparität, wenn sie vorhanden ist, nur von katholischer Seite ergriffen werden kann, indem unter den Katholiken die Leute häufiger sind, welche Abneigung haben, das gegenwärtige evangelische Kaisertum durch die Mitarbeit zu kräftigen. Die Zahl der katholischen Kandidaten für den höheren Staatsdienst ist dementsprechend verhältnismäßig sehr beschränkt. Diejenigen katholischen Elemente, die in Betracht kommen, sind zum großen Teil wohlhabend und zu eingelebt in ihre häuslichen Verhältnisse, um ein Bedürfnis nach Versorgung ihrer Kinder in dieser Richtung zu haben, zum andern Teile stehen sie zu sehr unter mütterlichen und beichtväterlichen Einflüssen, um sich in die Gefahr zu begeben, unter

Umständen zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Herrschaft optieren zu müssen. Es würde ungerecht sein, diejenigen Katholiken, bei denen solche Erwägungen stattfinden, als Reichsfeinde zu bezeichnen, aber sie haben doch das Gefühl, daß es ihnen unter Umständen unbequem sei würde, an einer Regierung mitzuarbeiten, welche nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat. Wir glauben sonach nicht, daß die Ursache einer „unparitätischen Behandlung der Katholiken" in Regierungskreisen zu suchen ist, sondern in dem Mangel an Bewerbungen von katholischer Seite."

Auch bewiesen die „Hamburger Nachrichten" am 14. Mai noch einmal, wie notwendig und korrekt s. Z. die Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde*) durch Bismarck gewesen war. Diese Erörterung war hervorgerufen durch das ungestüme Verlangen der ultramontanen „Germania" nach Wiederherstellung jener Verfassungsartikel, „um der Kirche die Freiheit und Selbständigkeit wiederzugeben, die ihr durch Naturrecht und die geschichtliche Entwickelung gebührt." Aus Bismarcks damaligen Reden im Abgeordnetenhause und Herrenhause wiesen die „Hamb. Nachr." — in Anlehnung an einen Artikel der „Berl. Börsenzeitung" — im Gegenteil nach, wie der preußische Staat erst durch Aufhebung jener Verfassungsartikel seine natürliche Freiheit gegen die lediglich um ihre Oberherrlichkeit kämpfende römische Hierarchie gewann, und schlossen: „Aus den damaligen Worten des Fürsten Bismarck erhellt, daß der Altreichskanzler mit der Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 die dauernde verfassungsmäßige Grundlage für die kirchenpolitische Gesetzgebung schaffen, die Vorbedingung für den Übergang vom Angriffskrieg zum Verteidigungskriege herbeiführen wollte. Es ist daher nichts weiter als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn die »Germania« die Wiederherstellung der drei Artikel als zur »Revision der Maigesetze gehörig« ausgibt."

Auch die alte Sorge für eine richtige und kräftige Polenpolitik der deutschen Regierung bethätigte Bismarck in seinen letzten

*) Zu vgl. Bd. V S. 103/113 dieses Werkes.

Lebensmonaten eifrig und nachhaltig. So schrieben die „Hamb. Nachr." am 20. Januar: „Im preußischen Abgeordnetenhause hat Fürst Hohenlohe als preußischer Ministerpräsident bezüglich der Polenpolitik eine Erklärung abgegeben. Sie konstatiert, daß sich das Polentum in den betreffenden preußischen Gebietsteilen auf Kosten der Deutschen ausbreitet, sowie daß dort Bestrebungen stattfinden, welche darauf hinauslaufen, Feindschaft gegen die Deutschen zu erregen und die jetzige Zugehörigkeit der polnischen Gebietsteile zur preußischen Monarchie abzuändern. Fürst Hohenlohe hat den letzteren Bestrebungen ein »Niemals!« gesetzt. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir ihm vollkommen zustimmen, wenn auch nach unserer Auffassung die Abwehr etwas energischer und schärfer hätte gehalten sein können. Die Polen fassen wie die Sozialdemokraten jede Höflichkeit und Rücksicht als Schwäche oder Ausfluß des Bewußtseins auf, daß man sich ihnen gegenüber im Unrecht fühle. Charakteristisch ist, daß die Polen »Unruhe« bekundeten, als ihnen Fürst Hohenlohe zumutete, sich als treue Unterthanen des Königs von Preußen zu fühlen und daß sie am Ende der sehr gelinde gehaltenen Hohenloheschen Ausführungen mit Zischen antworteten. Als aus verschiedenen Gründen bemerkenswert betrachten wir die Erklärung des Ministers: Fürst Bismarck habe ganz recht gehabt, als er gemeint habe, Preußen müsse sich den Weg von Königsberg nach Breslau offen halten. Wenn den Polen gegenüber in allen Stücke nach dem Bismarck'schen Rezepte verfahren würde, so dürfte die polnische Frage sehr bald den zweifellos staatsgefährlichen Charakter verlieren, den sie jetzt für die innere wie für die äußere Politik des Deutschen Reiches hat."

Am 30. April versicherten die „Hamb. Nachr." weiter, daß von den inneren politischen Fragen Fürst Bismarck namentlich der polnischen seine besondere Aufmerksamkeit zuwende, weil die Polen in allen Ständen ein ebenso dringendes „Lebensbedürfnis" als „großes Geschick zum Konspirieren" hätten und dadurch leicht „eine Verhetzung Rußlands und Deutschlands gegeneinander" herbeiführen könnten. Und zudem stehe „die römische Kirche mit aller ihrer

Macht hinter den Bestrebungen des Polonismus." Als dann der zum Deckmantel großpolnischer Bestrebungen nach Posen einberufene „Kongreß polnischer Naturforscher und Ärzte" von der preußischen Regierung, unter Androhung kräftigsten Einschreitens gegen die etwaigen Teilnehmer, verboten wurde, bekundeten die „Hamburger Nachrichten" am 22. Juli ihre beifällige Freude hierüber und schlossen mit den Worten: „Hoffentlich sind die Zeiten für immer vorüber, wo man aus Versöhnungsbedürfnis der polnischen Treiberei gegen das Deutschtum behördlicherseits freien Spielraum ließ."

Am Vorabend der Reichstagswahlen, am 15. Juni, gaben die „Hamb. Nachr." am Schlusse eines sehr interessanten Artikels folgende Losung aus: „Die Parole für den morgigen Wahltag hat sonach zu lauten: Jeder bürgerliche Wahlberechtigte muß von seinem Rechte Gebrauch machen, eventuell ist er dazu anzuhalten. Jeder aber, der in der Lage ist, auf einen der Begünstigung der Sozialdemokratie Verdächtigen einzuwirken, soll das mit Ernst und Nachdruck noch rechtzeitig versuchen. Jeder thue heute und morgen seine Pflicht und Schuldigkeit. Keiner verlasse sich auf den andern und beschönige seine Lässigkeit mit dem Vorwande, daß es auf ihn nicht ankomme. Denn das wäre das sicherste Mittel, der Sozialdemokratie zum sofortigen Siege zu verhelfen!"

Bismarcks aufmerksame Beobachtung aller Vorgänge der deutschen auswärtigen Politik war in seinen letzten Lebensmonaten gleichfalls nicht minder rege als früher, und auch da, wo er scheinbar nur persönliche Angriffe auf seine eigene einstige Leitung der deutschen Politik abwehrte, gab er die bedeutsamsten Fingerzeige für den allein richtigen Kurs. So, als die „Hamburger Nachr." durch Abdruck einer Mitteilung des bekannten Geographen, Geologen und Forschungsreisenden Ferdinand v. Richthofen am 19. Januar bestätigten, daß Fürst Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiaotschau-Bucht beabsichtigt habe, aber durch den Ausbruch des französischen Krieges zur Vertagung dieser Pläne genötigt worden sei. So ferner, als bei einer Wählerversammlung in Königsberg-Land die 1894 vom Grafen Dönhoff-Friedrichstein, unter Berufung

Immer ungünstiger lauteten leider die Berichte aus Friedrichsruh über Bismarcks Befinden. Da konnten die „Hamburger Nachrichten" am 29. Juli die schweren Besorgnisse noch einmal zerstreuen durch die in breitem Sperrsatz an der Spitze des Blattes gedruckte Meldung: „Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern Abend an der Familientafel teilgenommen. Herr Geheimer Rat Schweninger ist gestern Abend aus Friedrichsruh abgereist." Zugleich druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung" ab, der sich „sehr zutreffend äußert über den von uns gestern gerügten Unfug,*) der mit den Sensationsnachrichten über das Befinden des Fürsten getrieben wird" und zu dem Schlusse gelangt: daß gewiß das ganze deutsche Volk das größte Interesse habe, von dem Befinden seines teuersten Mannes unterrichtet zu werden, aber man könne der fürstlichen Familie wahrlich nicht verargen, wenn sie sich gegen die umherhorchenden Journalisten so luftdicht wie möglich abschließe und müsse ganz allein ihr überlassen, was sie für mitteilbar halte. Die „Hamburger Nachrichten" bemerkten dazu: „Wir halten letztere Auffassung für vollkommen korrekt und glauben auch zu wissen, daß sie den maßgebenden Ansichten in Friedrichsruh entspricht."

Im unmittelbaren Anschluß hieran druckte das Hamburger Blatt einen Artikel der keineswegs übermäßig bismarckfreundlichen „Magdeburgischen Zeitung" ab, um zu zeigen, wie tief die Erregung in alle Kreise des deutschen Volkes bei den ungünstigen Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck gedrungen sei, und wie sehr alle jetzt empfänden, von welch unersetzlichem Werte Fürst Bismarck seinem Volke sei. Die Hauptsätze des Magdeburger Artikels lauten: „Keine große Frage der inneren, wie der äußeren Politik ist seit dem Frühjahr 1890 aufgetaucht,

*) Die „Hamb. Nachr." hatten mit dieser Rüge die Bitte verbunden, von solchen Meldungen schon mit Rücksicht auf den leidenden Fürsten abzulassen, „weil er sehr viele Zeitungen liest und es ihn begreiflicherweise nicht angenehm berührt, wenn er sieht, daß auch bei sonst verständigen und wohlwollenden Preßorganen die Sensationslust die Rücksicht auf ihn überwiegt".

bei der nicht die Blicke sich sofort nach Friedrichsruh gerichtet: Was denkt der Alte im Sachsenwalde? Seine privaten Ansichten, oft auch schon das, was man in Artikeln bestimmter Zeitungen als seine Ansicht angesehen hat, sind wie politische Orakel hingenommen worden. Sein bloßer Name hat im Streite der Meinungen die Bedeutung eines Losungswortes gehabt, und Parteien und Strömungen haben ihn benutzt, um sich und ihre Absichten mit ihm zu decken und zu rechtfertigen. Das Fehlen einer solchen Art von Berufsinstanz in unserem öffentlichen Leben würde nicht weniger schwer empfunden werden, als seinerzeit der Rücktritt von den Ämtern, die er nahezu 30 Jahre zu seinem und des Vaterlandes Ruhme verwaltet hatte. Daher ein weiterer Grund für die bangen Sorgen, die jede ungünstige Nachricht aus Friedrichsruh aufkommen läßt. Hoffen wir, daß sie diesmal so grundlos sind wie früher, und daß der Kunst treuer Ärzte, die sorgsam um den Leidenden bemüht sind, es gelingen möge, dem deutschen Volke dieses teuere Leben noch manches Jahr zu erhalten.“

Bismarcks hingebende Vaterlandsliebe hat in der That kaum jemals zuvor ergreifender sich offenbart, als in dem regen Anteil und Interesse an allen öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands auch während der letzten Lebensmonate, ja bis in die letzten Lebenstage des leidenden Helden. Wir verfolgen die wesentlichsten der von ihm in dieser Zeit ausgehenden oder beeinflußten Äußerungen, zunächst über unsere innere Politik.

Als mit Rücksicht auf die im Juni bevorstehenden Reichstagswahlen und für die gedeihliche Entwickelung unseres öffentlichen, namentlich wirtschaftlichen Lebens die Losung einer Politik der Sammlung aller produktiven Stände ausgegeben wurde, setzte der Fürst selbst seinen erlauchten Namen an die Spitze der Unterzeichner dieses Aufrufs, und die konservative „Schlesische Zeitung“ erinnerte in einem von den „Hamburger Nachrichten“ am 12. März abgedruckten Artikel daran, wie Bismarck schon vor zwanzig Jahren dieselbe Politik der Sammlung betrieben habe, und daß der jetzige Aufruf „die Rückkehr in die segensreichen Bahnen der Bismarck-

schen Wirtschaftspolitik ermöglichen und sichern" wolle. Ganz in diesem Sinne hielt Graf Herbert am 20. März an die in Schönhausen versammelten Glieder des Landwirtbundes eine größere Rede,*) welche die „Hamburger Nachrichten" durch Abdruck eines Artikels des Berliner Bismarckblattes „Berliner Neueste Nachrichten"**) gegen die perfiden Entstellungen und Unterstellungen der Berliner Fortschrittspresse am 25. März kräftig in Schutz nehmen. Ein weiterer Artikel des Hamburger Blattes vom 14. Mai stellt fest, daß und warum das Zentrum aus seiner inneren Naturanlage gegen diese Politik der Sammlung Partei ergreife. Deshalb sagten die „Hamburger Nachrichten" auch über die bekannte Wahlkundgebung des Staatssekretärs v. Posadowsky, die alle staatserhaltenden Parteien dringend zum einmütigen Zusammengehen gegen die Sozialdemokratie mahnte, am 7. Juni: „Wir unterschreiben jedes Wort dieser Kundgebung des Herrn Staatssekretärs und können nur wünschen, daß die übrigen Ministerkollegen des Grafen Posadowsky die Auffassungen desselben teilen. Aber diese erhalten erst realen Wert für die Politik des Landes, wenn sie nicht nur gehegt, sondern auch praktisch zur Anwendung gebracht werden."

Diese Kundgebung Posadowskys wies den Ordnungsparteien bei den Wahlen aber außer dem in dem früheren Aufruf zur Sammlung gesteckten Ziel der allgemeinen Wohlfahrt auch noch das besondere: der gemeinsamen Bekämpfung der revolutionären und vaterlandslosen Sozialdemokratie, gab also eine Losung aus, die der Staatsweise von Friedrichsruh seinerseits seit acht Jahren immer vergeblich — mit Ausnahme des Königreichs Sachsen — warnend und mahnend hatte ausgehen lassen. Deshalb knüpfte sein Hamburger Organ jetzt an diese höchst erfreuliche Kundgebung eines der obersten Reichsbeamten folgende eindringlichen Worte:

---

*) In den „Hamb. Nachr." vom 22. März abgedruckt.

**) Einer Gründung des Grafen Henckel v. Donnersmarck u. a. intimer Freunde des Bismarck'schen Hauses.

„Da müssen wir doch wieder fragen: wenn Graf Posadowsky gleich uns der Ansicht ist, daß die sozialdemokratische Partei thatsächlich revolutionär ist und nach seinen eigenen Worten die bestehende Staatsordnung sowie das Privateigentum beseitigen will, weshalb setzt er nicht all seinen Einfluß ein, um zu bewirken, daß der Primolocist zur Verteidigung der bedrohten Staatsordnung, die Staatsregierung selbst, die Initiative zur Bekämpfung der sozialrevolutionären Bewegung ergreift? Oder wird seine Auffassung von den übrigen maßgebenden Männern nicht geteilt? Dann würde seine Äußerung, es beruhe auf Kurzsichtigkeit oder Mangel an Mut, wenn man die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie verkenne, doch eine Kritik enthalten, wie selbst wir sie mit gleicher Schärfe noch niemals ausgesprochen haben. Wenn aber die übrigen Minister mit dem Staatssekretär des Innern übereinstimmen, weshalb geschieht amtlich nichts gegen die Sozialdemokratie, weshalb stellt sich die Regierung nicht offen und entschieden an die Spitze der staatserhaltenden Parteien und kämpft gegen die Sozialdemokratie? Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Staatsregierung, welche die revolutionäre Natur der Sozialdemokratie erkannt hat, pflichtwidrig handelt, wenn sie es unterläßt, ihrerseits alle vorhandenen Mittel der Macht, der Gesetzgebung und des sonstigen Einflusses gegen sie aufzubieten. Hier stehen wir vor dem großen Rätsel, mit dessen Lösung wir uns nun schon so lange vergeblich abmühen. An der Erkenntnis der Gefahr fehlt es nicht, aber an dem Entschluß, sie durch Thaten zu beseitigen. Woran liegt das? Es fällt außerordentlich schwer, die Antwort nicht dem Briefe des Grafen Posadowsky zu entnehmen. Wie kann die Regierung in einem so wichtigen und schweren Kampfe, wie der gegen die Sozialdemokratie ist, die bürgerlichen Parteien allein ohne Führung ins Feuer schicken nnd sich auf die Rolle des unparteiischen Zuschauers beschränken? Allerdings haben die bürgerlichen Parteien die Pflicht, unter Zurückstellung alles dessen, was sie sonst trennt, vereint gegen die Sozialdemokratie zu fechten, aber noch viel mehr hat die Regierung die Pflicht, sich

in diesem Kampfe an die Spitze zu stellen und die Sache der bürgerlichen Parteien mit dem vollem Schwergewicht der staatlichen Autorität zu decken. Darauf kommt bei unsern deutschen Verhältnissen sehr viel, beinahe alles an und wenn die Staatsregierung ihrer Pflicht nicht entspricht, so darf sie sich nicht wundern, daß dafür nicht nur unliebsame Gründe angeführt werden, sondern, was schlimmer ist, daß der Kampf der bürgerlichen Parteien nicht das gewünschte Ergebnis hat. Und wie kann die Regierung darauf rechnen, daß sie, wie Graf Posadowsky sagt, an dem neu zu wählenden Reichstage einen festen Rückhalt zur Förderung ihrer Pläne findet, wenn sie bei der Bildung eben dieses Reichstages thatenlos beiseite steht? Wir wiederholen im Anschluß an die Worte des Grafen Posadowsky unsere alte Mahnung: Hinweg mit allen Partei-Sonderbestrebungen bei der Wahl und für vereintes, geschlossenes Vorgehen aller staatserhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie! Ist diese geschlagen, so können unseretwegen die Parteiraufereien wieder beginnen, wenn sie doch einmal unentbehrlich sind. Wer aber jetzt vor der Wahl der Parteisucht frönt, handelt unpatriotisch und liefert den unanfechtbaren Beweis, daß ihm die Partei höher steht als das Vaterland."

In ähnlicher Weise hatte Fürst Bismarck schon in zahlreichen anderen, offenbar von ihm beeinflußten Artikeln seines Hamburger Blattes im Laufe dieses Jahres sich aussprechen lassen. So hatte er z. B. schon am 20. Januar hier eine ganz ähnliche Losung zum Schutze Arbeitswilliger ausgeben lassen, wie nach Bismarcks Tode der Kaiser in seiner bekannten Rede in Oeynhausen — nur wesentlich korrekter. Es hieß da nämlich: „Die Arbeitswilligen wagen aus Angst vor Schaden an Leib und Leben nicht, sich gegen den Terrorismns ihrer revolutionären Kameraden aufzulehnen. Diesen Zustand darf der Staat aus strafrechtlichen und politischen Erwägungen nicht dulden und wenn einige verbohrte Parlamentarier, sobald sich der Staat auf seine Pflicht in dieser Beziehung besinnen zu wollen scheint, über Verletzung der Koalitionsfreiheit zetern, so kann ihm das in dem Bewußtsein, daß er nicht den Ge-

brauch, sondern nur den offenbaren und brutalen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit beseitigen will, äußerst gleichgültig sein."

Und nachdem die revolutionären Pöbeleien der Herren Bebel und Genossen — „zum Andenken an die Berliner Märzrevolution von 1848" — in der Reichstagssitzung vom 18. März 1898 durch den Staatssekretär v. Posadowsky u. a. gebührend gebrandmarkt worden waren, übernahmen die „Hamburger Nachrichten" am 30. April wörtlich einen Artikel der „Post", der Bismarcks bekannte Ansichten scharf und klar zum Ausdruck bringt: „Minder glücklich war Graf Posadowsky in der Begründung seiner Auffassung, daß der Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes sich nicht empfehlen werde. Daß der Erlaß eines solchen Gesetzes die nichtsozialistischen Elemente des Volkes einschläfern und ihren Widerstand gegen die Sozialdemokratie schwächen werde, ist eine Behauptung, welche in der linksliberalen und in der Zentrumspresse zwar wiederholt aufgestellt, aber völlig unerwiesen geblieben ist. Die Erfahrung seit dem Fallenlassen des Sozialistengesetzes zeigt vielmehr umgekehrt, daß seitdem die Gesetzgebung die Sozialdemokratie nicht mehr als den gemeinsamen Feind des Staates und der Gesellschaft stigmatisiert, ein großer Teil der Bevölkerung die sozialdemokratische Gefahr für beseitigt erachtet, die Sozialdemokratie ansieht, wie jede andere Partei, und somit in der Bekämpfung derselben bedenklich nachläßt."

Auch gegen das Zentrum und gegen die geistliche Herrschsucht überhaupt ließ Bismarck seine bekannten Anschauungen wiederholt kräftig zur Geltung bringen. Dies geschah zunächst am 21. Januar in den „Hamburger Nachrichten" durch Übernahme eines Artikels aus der „von A. Memminger in Würzburg herausgegebenen »Neuen bayerischen Landeszeitung«, deren Eigentümer in Bad Kissingen öfters vom Fürsten Bismarck empfangen wurde." Und da Memminger in diesem Artikel den Fürsten in direkter Rede sprechen läßt, die von dem Hamburger Blatte ohne jeden Zusatz wiedergegeben wird, so dürfen wir diese Worte sicher für authentisch halten: „Ich konnte mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei

ihm wie bei allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer wieder die mehr oder weniger verhüllte Absicht zu Tage tritt, die weltliche Vorsehung zu zu spielen und die Regierung in ihrem Herrschaftsberufe unterzukriegen. Die geistliche Herrschaft hat aber noch nirgends etwas oder wenigstens nicht viel getaugt, die geistlichen Fürstentümer im alten Deutschen Reich bedrückten das Volk in jeder Richtung und brachen beim ersten feindlichen Anprall thaten- und wehrlos zusammen. Die geistliche Herrschaft war zum Teil auch schuld an der französischen Revolution, noch mehr an dem Elend Spaniens und Italiens. Die Geistlichen verstehen das Regieren nicht, dafür war der Kirchenstaat der beste Beweis. Und die protestantische Geistlichkeit würde es hierin der katholischen wohl annähernd gleich thun. Ich will von solchen Bestrebungen nichts wissen, weil auch unser Volk dabei schließlich nur schlechter fahren würde."

Als dann die „Köln. Volksztg." wieder einmal über „Mangel an Parität" zu Ungunsten der armen Katholiken klagte und die Mär erfand, es bestehe ein geheimer, an die höchsten Beamtenkreise gerichteter Erlaß, der die Ausmerzung aller Katholiken aus diesen Kreisen bezwecke, erklärten die „Hamburger Nachrichten" am 23. März „diese Erzählung für eine völlig haltlose Hintertreppengeschichte" und trugen dann — wie früher schon oftmals — Bismarcks Ansicht über diese Klage in den Worten vor: „Daß die Initiative zur Abstellung einer Disparität, wenn sie vorhanden ist, nur von katholischer Seite ergriffen werden kann, indem unter den Katholiken die Leute häufiger sind, welche Abneigung haben, das gegenwärtige evangelische Kaisertum durch die Mitarbeit zu kräftigen. Die Zahl der katholischen Kandidaten für den höheren Staatsdienst ist dementsprechend verhältnismäßig sehr beschränkt. Diejenigen katholischen Elemente, die in Betracht kommen, sind zum großen Teil wohlhabend und zu eingelebt in ihre häuslichen Verhältnisse, um ein Bedürfnis nach Versorgung ihrer Kinder in dieser Richtung zu haben, zum andern Teile stehen sie zu sehr unter mütterlichen und beichtväterlichen Einflüssen, um sich in die Gefahr zu begeben, unter

Umständen zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Herrschaft optieren zu müssen. Es würde ungerecht sein, diejenigen Katholiken, bei denen solche Erwägungen stattfinden, als Reichsfeinde zu bezeichnen, aber sie haben doch das Gefühl, daß es ihnen unter Umständen unbequem sei würde, an einer Regierung mitzuarbeiten, welche nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat. Wir glauben sonach nicht, daß die Ursache einer „unparitätischen Behandlung der Katholiken" in Regierungskreisen zu suchen ist, sondern in dem Mangel an Bewerbungen von katholischer Seite."

Auch bewiesen die „Hamburger Nachrichten" am 14. Mai noch einmal, wie notwendig und korrekt s. Z. die Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde*) durch Bismarck gewesen war. Diese Erörterung war hervorgerufen durch das ungestüme Verlangen der ultramontanen „Germania" nach Wiederherstellung jener Verfassungsartikel, „um der Kirche die Freiheit und Selbständigkeit wiederzugeben, die ihr durch Naturrecht und die geschichtliche Entwickelung gebührt." Aus Bismarcks damaligen Reden im Abgeordnetenhause und Herrenhause wiesen die „Hamb. Nachr." — in Anlehnung an einen Artikel der „Berl. Börsenzeitung" — im Gegenteil nach, wie der preußische Staat erst durch Aufhebung jener Verfassungsartikel seine natürliche Freiheit gegen die lediglich um ihre Oberherrlichkeit kämpfende römische Hierarchie gewann, und schlossen: „Aus den damaligen Worten des Fürsten Bismarck erhellt, daß der Altreichskanzler mit der Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 die dauernde verfassungsmäßige Grundlage für die kirchenpolitische Gesetzgebung schaffen, die Vorbedingung für den Übergang vom Angriffskrieg zum Verteidigungskriege herbeiführen wollte. Es ist daher nichts weiter als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn die »Germania« die Wiederherstellung der drei Artikel als zur »Revision der Maigesetze gehörig« ausgibt."

Auch die alte Sorge für eine richtige und kräftige Polenpolitik der deutschen Regierung bethätigte Bismarck in seinen letzten

*) Zu vgl. Bd. V S. 103/113 dieses Werkes.

Lebensmonaten eifrig und nachhaltig. So schrieben die „Hamb. Nachr." am 20. Januar: „Im preußischen Abgeordnetenhause hat Fürst Hohenlohe als preußischer Ministerpräsident bezüglich der Polenpolitik eine Erklärung abgegeben. Sie konstatiert, daß sich das Polentum in den betreffenden preußischen Gebietsteilen auf Kosten der Deutschen ausbreitet, sowie daß dort Bestrebungen stattfinden, welche darauf hinauslaufen, Feindschaft gegen die Deutschen zu erregen und die jetzige Zugehörigkeit der polnischen Gebietsteile zur preußischen Monarchie abzuändern. Fürst Hohenlohe hat den letzteren Bestrebungen ein »Niemals!« gesetzt. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir ihm vollkommen zustimmen, wenn auch nach unserer Auffassung die Abwehr etwas energischer und schärfer hätte gehalten sein können. Die Polen fassen wie die Sozialdemokraten jede Höflichkeit und Rücksicht als Schwäche oder Ausfluß des Bewußtseins auf, daß man sich ihnen gegenüber im Unrecht fühle. Charakteristisch ist, daß die Polen »Unruhe« bekundeten, als ihnen Fürst Hohenlohe zumutete, sich als treue Unterthanen des Königs von Preußen zu fühlen und daß sie am Ende der sehr gelinde gehaltenen Hohenloheschen Ausführungen mit Zischen antworteten. Als aus verschiedenen Gründen bemerkenswert betrachten wir die Erklärung des Ministers: Fürst Bismarck habe ganz recht gehabt, als er gemeint habe, Preußen müsse sich den Weg von Königsberg nach Breslau offen halten. Wenn den Polen gegenüber in allen Stücke nach dem Bismarck'schen Rezepte verfahren würde, so dürfte die polnische Frage sehr bald den zweifellos staatsgefährlichen Charakter verlieren, den sie jetzt für die innere wie für die äußere Politik des Deutschen Reiches hat."

Am 30. April versicherten die „Hamb. Nachr." weiter, daß von den inneren politischen Fragen Fürst Bismarck namentlich der polnischen seine besondere Aufmerksamkeit zuwende, weil die Polen in allen Ständen ein ebenso dringendes „Lebensbedürfnis" als „großes Geschick zum Konspirieren" hätten und dadurch leicht „eine Verhetzung Rußlands und Deutschlands gegeneinander" herbeiführen könnten. Und zudem stehe „die römische Kirche mit aller ihrer

Macht hinter den Bestrebungen des Polonismus." Als dann der zum Deckmantel großpolnischer Bestrebungen nach Posen einberufene „Kongreß polnischer Naturforscher und Ärzte" von der preußischen Regierung, unter Androhung kräftigsten Einschreitens gegen die etwaigen Teilnehmer, verboten wurde, bekundeten die „Hamburger Nachrichten" am 22. Juli ihre beifällige Freude hierüber und schlossen mit den Worten: „Hoffentlich sind die Zeiten für immer vorüber, wo man aus Versöhungsbedürfnis der polnischen Treiberei gegen das Deutschtum behördlicherseits freien Spielraum ließ."

Am Vorabend der Reichstagswahlen, am 15. Juni, gaben die „Hamb. Nachr." am Schlusse eines sehr interessanten Artikels folgende Losung aus: „Die Parole für den morgigen Wahltag hat sonach zu lauten: Jeder bürgerliche Wahlberechtigte muß von seinem Rechte Gebrauch machen, eventuell ist er dazu anzuhalten. Jeder aber, der in der Lage ist, auf einen der Begünstigung der Sozialdemokratie Verdächtigen einzuwirken, soll das mit Ernst und Nachdruck noch rechtzeitig versuchen. Jeder thue heute und morgen seine Pflicht und Schuldigkeit. Keiner verlasse sich auf den andern und beschönige seine Lässigkeit mit dem Vorwande, daß es auf ihn nicht ankomme. Denn das wäre das sicherste Mittel, der Sozialdemokratie zum sofortigen Siege zu verhelfen!"

Bismarcks aufmerksame Beobachtung aller Vorgänge der deutschen auswärtigen Politik war in seinen letzten Lebensmonaten gleichfalls nicht minder rege als früher, und auch da, wo er scheinbar nur persönliche Angriffe auf seine eigene einstige Leitung der deutschen Politik abwehrte, gab er die bedeutsamsten Fingerzeige für den allein richtigen Kurs. So, als die „Hamburger Nachr." durch Abdruck einer Mitteilung des bekannten Geographen, Geologen und Forschungsreisenden Ferdinand v. Richthofen am 19. Januar bestätigten, daß Fürst Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiaotschau-Bucht beabsichtigt habe, aber durch den Ausbruch des französischen Krieges zur Vertagung dieser Pläne genötigt worden sei. So ferner, als bei einer Wählerversammlung in Königsberg-Land die 1894 vom Grafen Dönhoff-Friedrichstein, unter Berufung

auf eine angebliche Mitteilung Schweningers verbreitete Mär abermals auftauchte: Fürst Bismarck habe erklärt, er müsse doch fürchten, daß aus der Ablehnung des russischen Handelsvertrages ein Krieg mit Rußland erfolge. Da schrieben die „Hamburger Nachr." am 24. Januar: „Kein erfahrener Politiker konnte damals der Ansicht sein, daß die Ablehnung des Handelsvertrags zum Kriege führen werde. Die Erfahrung früherer Zeiten hatte genügend erwiesen, daß unsere politischen Beziehungen zu Rußland von Kämpfen wirtschaftlicher Natur niemals nachteilig beeinflußt worden waren. Unser Blatt wurde damals vom Fürsten Bismarck beauftragt, diese Mitteilung für eine Unwahrheit zu erklären. In einer späteren Notiz hatten wir das Gegenteil der Dönhoff'schen Angabe als die Überzeugung des Fürsten Bismarck zu bezeichnen: Fürst Bismarck hat — so hieß es in dem betreffenden Entrefilet — niemals die Ansicht gehabt, daß ein Krieg Rußlands uns infolge etwaiger Ablehnung des Handelsvertrages bedrohe. Der Fürst hat stets und gegen jedermann die entgegengesetzte Überzeugung vertreten."

Am 9. Februar hielt dann bekanntlich Graf Herbert v. Bismarck im Reichstag eine große Rede über die Handelspolitik seines Vaters, des Fürsten, in der er nachwies, wie planvoll und nationaldeutsch sein Vater in den Jahren 1889/90 die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn u. s. w. vorbereitet gehabt, und wie kläglich dagegen diese Vorarbeit — nach Bismarcks Sturz im März 1890 — durch seinen Nachfolger verstümpert worden sei. Besonders bemerkenswert waren folgende Worte des Grafen Herbert: „Dann kam die große Krisis des Winters 1890 dazwischen, wo alles von 8 Tagen zu 8 Tagen in der Schwebe war und wo selbstverständlich erst eine Klärung abgewartet werden mußte, bevor diese wichtige, tiefeingreifende Frage mit der nötigen Energie weiter gefördert werden konnte. Ich stelle also fest an diesem historischen Abschnitt, an den ich in dieser meiner kurzen Darlegung bis jetzt gelangt bin (Anfang 1890), daß der Vorwurf der Planlosigkeit dem Fürsten Bismarck nicht gemacht werden kann. Der autonome Tarif, der das Ziel war, an dem auch heutzutage alle diejenigen,

die die nationale Politik vertreten, festhalten, war bereits in Arbeit genommen, und es wäre vom Fürsten Bismarck der richtige Weg eingeschlagen worden, wenn ihm Zeit und Ruhe gewährt worden wären.“

Die „Hamb. Nachr.“ druckten diese Rede am 10. Februar vollständig ab und betonten ihre „historische Wichtigkeit“. Die Rede machte auch in der That und mit Recht den größten Eindruck, und als die freisinnige Presse, sichtlich durch jene Rede geärgert, das Märchen von der „Planlosigkeit“ Bismarcks weiter spann und ihm wieder einmal nachsagte, daß er „keine Schule gemacht“ habe, wies das Münchener Bismarck-Blatt, die „Allg. Ztg.“, nachdrücklich auf die beiden „Schüler“ des Alten vom Sachsenwald hin: den jetzigen Staatssekretär des Auswärtigen, v. Bülow, und den Grafen Herbert.*) Auch die „Breslauer Zeitung“ rühmte als beste Eigenschaft an dem neuen Staatssekretär, daß er „Bismarck'schen Geistes“ sei.**) Natürlich wurde diese angebliche Unfähigkeit Bismarcks, „Schule zu machen“, und Schüler heranzuziehen, darauf zurückgeführt, „daß sein alles überwuchernder Einfluß, seine Allmacht, die sich bis auf die Ernennung jedes Hilfsarbeiters in jedem Ministerium erstreckte,“ das Heranziehen von „Schülern“ gehindert habe. Die „Hamb. Nachr.“ brachten diesem Gerede gegenüber am 23. Februar einen Artikel in Erinnerung, mit dem sie schon früher dasselbe smützige Geschwätz widerlegt hatten: „Die Behauptung, daß der alles überwuchernde Einfluß des Fürsten Bismarck sich auf die Ernennung jedes Hilfsarbeiters erstreckt habe, enthalte eine unfreiwillige Anerkennung des Pflichtgefühls des früheren Reichskanzlers, es werde dadurch bezeugt, daß dieser sich stets darum bekümmert habe, welche Hilfsarbeiter in den ihm untergebenen Ressorts angestellt werden sollten und welche nicht. Da er der allein verantwortliche Minister gewesen sei, würde er unehrlich gehandelt haben, wenn er in dieser Beziehung gleichgiltig geblieben wäre.

*) „Hamb. Nachr.“ vom 12. Februar.

**) Ebenda, 15. Februar.

Sollte ein verantwortlicher Minister überhaupt mit Männern arbeiten, die auf seine Ansichten nicht eingingen?"

Ganz in diesem Sinne wurden dann am 25. Februar von dem Hamburger Blatte die bekannten leitenden Grundsätze Bismarcks „über die Einheitlichkeit der auswärtigen Politik" eingehend entwickelt, die kurz dahin gingen, daß der allein verantwortliche Leiter der Politik diese auch vollständig und allein in seiner Hand behalten müsse.

Mit großer Freude begrüßte Bismarck das Zustandekommen des Flottengesetzes im deutschen Reichstag. Mehrere Leitartikel über die Wichtigkeit dieses Gesetzes bei „Deutschlands Seegefahren" schlossen die „Hamburger Nachrichten" am 19. März mit dem Satze: „Solange die Engländer infolge unserer Ohnmacht zur See zu dem vielverheißenden Ergebnis gelangen, daß sie gar nichts, wir aber so ziemlich alles verlieren könnten, werden sie, wie ihre Geschichte beweist, der darin liegenden Versuchung auf die Dauer nicht widerstehen und den Krieg eines Tags vom Zaune brechen. Sobald wir aber wieder eine den Briten Achtung gebietende Seemacht besitzen, wieder wie früher den dritten Platz unter allen Marinen einnehmen, ist auch die von England uns drohende Gefahr vorüber, denn Englaud wagt nicht leicht einen Krieg, bei dem es selbst etwas verlieren könnte."

Auch seines alten Freundes Crispi nahm sich Bismarck wacker an. Die „Hamburger Nachrichten" schrieben am 28. März: „Die italienische Kammer hat, wie bekannt, an mehreren Sitzungen die Pflicht ausüben müssen, über die persönliche Ehrenfestigkeit Crispis zu verhandeln. Die peinlichen Erörterungen, in denen der ganze Haß der Crispi-Feinde zum Ausdruck kam, endeten damit, daß dem großen Patrioten und hochverdienten Staatsmann von der Kammer nur eine politische Rüge zu erteilen sei, weil er Staatsgelder zu Wahlzwecken benutzt habe. Damit hat aber Crispi nur gethan, was seine Vorgänger wiederholt ohne Skrupel gethan haben. Namentlich unter Giolitti war die politische Bestechung zum System ausgebildet. Die gegnerischen Blätter glauben nun, daß Crispi

ein todter Mann sei, aber seine Wähler in Palermo denken anders."

Als am 19. Mai Gladstone die Augen geschlossen hatte, bemerkten die „Hamburger Nachrichten" (am 20. Mai) in einem langen interessanten Nekrolog, der alle Seiten des englischen Staatsmannes in charakteristische Beleuchtung rückte, über dessen auswärtige Politik: „In seiner auswärtigen Politik hat Gladstone, gleich seinen konservativen Gegnern, wenn sie am Ruder waren, den alten Anspruch der englischen Nation auf einen ganz absonderlichen und in der Regel disharmonischen Platz im europäischen Konzert festgehalten, nicht ohne seinerseits einige wunderliche Seitensprünge zu machen. Was uns betrifft, so gehörte er in erster Linie zu denjenigen englischen Staatsmännern, die das Streben Deutschlands, sich in einheitlicher Gestalt unter den Mächten Europas den ihm gebührenden Platz zu erobern, mit einem ausgezeichneten und nur durch persönliches Ungeschick paralysierten Übelwollen begleitet und nach Kräften zu stören versucht haben. Im übrigen hat er stets Frieden, Civilisation und Unabhängigkeit der Völker im Munde geführt, während er in der Praxis, wo er damit für England Vorteile zu erreichen glaubte, sich keineswegs von Gewaltthat und Ungerechtigkeit fernhielt; man denke nur an die von ihm befohlene Beschießung Alexandriens im Jahre 1882 und an seine gefährlichen Agitationen in der armenischen und griechischen Frage, die England hart an den Rand eines Krieges brachten, wenn nicht die bessere Einsicht des Lord Salisbury die Gladstoneschen Thorheiten und die eignen Herausforderungen durch einen rechtzeitigen Rückzug rektificiert hätte."

Zum zehnjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers (15. Juni) schrieben die „Hamburger Nachrichten": „Zehn Jahre fürstlicher oder bürgerlicher Thätigkeit sind ein Zeitraum, dessen Vollendung nach dem herrschenden Gebrauche nicht festlich begangen wird. Deshalb wird der Gedenktag vom Kaiser auch still begangen, im Kreise seiner verantwortlichen Berater. Wir wünschen ihm, daß er in seinem an Arbeit und Verantwortung reichen Herrscherberufe in

Zukunft jeder Zeit kluge und feste Männer finden möge, welche mit ihm ernst des Reiches und des Volkes Wohlfahrt zum Ziele nehmen. An dem Willen des Monarchen, das Beste und Größte zu erreichen, ist nicht zu zweifeln. Möge seine Regierung auch in Zukunft auf allen Gebieten erfolgreich sein."

Am 9. Juni hatte Graf Herbert Bismarck vor seinen Wählern in Genthin eine Kandidatenrede gehalten, welche ganz ähnliche Gedanken aussprach und von den „Hamburger Nachrichten" am 16. Juni vollständig abgedruckt wurde. Es hieß da u. a.: „Vor wenig über Jahresfrist habe Redner bei einem öffentlichen Auftreten das erste dämmernde Morgenrot begrüßt; seitdem seien wichtige Personenwechsel eingetreten, die seine damalige Auffassung bestätigt hätten. Nach der Meinung aller Patrioten seien die Posten der Staatssekretäre jetzt so gut besetzt als denkbar, besonders tröstlich sei dies im Hinblick auf unsere auswärtigen Beziehungen, deren Behandlung vor 5 Jahren manche patriotische Sorgen erregt hätten, die gegenwärtig der berechtigten Empfindung von Vertrauen gewichen seien."

Am Schluß des Monats, am 29. Juni, wurde das Hamburger Blatt durch eine Bemerkung der „Köln. Volksztg." veranlaßt, wieder einmal Bismarcks Ansichten über die Pflicht eines Ministers zu entwickeln. Der bedeutsame Artikel führt uns zugleich noch einmal die nationale Katastrophe vom 20. Marz 1890 in gedrängter Kürze vor. Er lautet: „Der ultramontanen „Köln. Volksztg." ist eine Anerkennung des Fürsten Bismarck entschlüpft. In einem Artikel, der die Forderung der Konservativen nach einer „starken Regierung" bespricht, heißt es u. a.: „Wir glauben nicht mehr an Minister, die wie Fürst Bismarck ihr Programm auch gegenüber dem Monarchen aufrecht erhalten und ihre ganze Kraft daransetzen, den widerstrebenden Monarchen trotz aller „Friktionen" für das von ihnen als richtig Erkannte zu gewinnen." Ein solches Bestreben ist nach unserer Auffassung die Pflicht jedes Ministers, der Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und den Interessen des Landes nach seiner Überzeugung dienen will. Wenn ein leitender Minister

glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er, wie wir früher wiederholt ausgeführt haben, seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregel zu überzeugen, weil der Minister infolge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Überzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen, als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anrät, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurteilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen. Jedenfalls hat der leitende Minister alles aufzubieten, um das von ihm für richtig Erkannte durchzusetzen. Das kann unter Umständen sehr unbequem sein und harte Kämpfe kosten, die nicht jedermanns Sache sind; aber ein Minister, der aus Bequemlichkeit oder weil er an seinem Amte klebt, auf die Führung dieses Kampfes verzichten wollte, würde pflichtwidrig handeln."

So hatte Bismarck gerungen und — pflichttreu bis zuletzt —

gehandelt in der schwersten Entscheidung seines Lebens! So war er vom Amte geschieden! Die Erinnerung an diese weltgeschichtlichen Vorgänge machte tiefen Eindruck, da Bismarcks selbstlose Größe sich am schönsten ausprägt in der verhängnisvollen Katastrophe seines Scheidens vom Amte. Niemand konnte bei der erschütternden Nachlese dieser Erinnerungen ahnen, daß nur wenig später als einen Monat, nachdem sie in dem treuen Hamburger Blatte erschienen waren, der größte Held unseres Volkes sein unvergleichliches Leben beschlossen haben werde!

Fünftes Kapitel.

Bismarcks Sterben.
Deutsche Volkstrauer und Welttrauer.

Wer vermöchte den unbeschreiblich tiefen, erschütternden Eindruck zu schildern, der unser ganzes Volk erfaßte, als in der Nacht des 30. Juli 1898 oder am nächsten Sonntagmorgen der elektrische Funke auch in die entlegensten Orte Deutschlands die furchtbare Kunde trug:

Fürst Bismarck ist tot!

Die tiefste Trauer ist stumm. Und stumm, sprachlos war auch die unsrige anfangs bei dem Donnerschlag, der uns plötzlich des ehrwürdigen Vaters unseres Vaterlandes beraubte! Besonders rührend war die tiefe Ergriffenheit der „kleinen Leute," der schlichten Männer und Frauen aus dem Volke. An ihrem treuen heißen Schmerz ließ sich am besten die hohle Lüge der Parteien erkennen, die den Fürsten Bismarck bis zu seinem Ende als menschenhassenden und -verachtenden Junker, als herrschsüchtigen Egoisten verschrieen hatte. Gerade diese „kleinen Leute" alle hatten nicht bloß an der großen Lebensarbeit des Schmiedes der deutschen Einheit, an dem Glanz und der Macht des Deutschen Reiches, sondern namentlich an den Segnungen der Sozialpolitik Bismarcks richtigeres Verständnis und herzliche Liebe für den größten Deutschen gewonnen

und ahnten mindestens, wieviel ihnen mit ihm verloren war. Unvergessen für immer werden mir die Beweise ungeheuchelter innigster Volkstrauer bleiben, die ich am Morgen des 31. Juli in dem kleinen Heidelberger Gasthof erlebte, in dem ich, ohne Ahnung des furchtbaren Verhängnisses, übernachtet hatte — und dann wieder auf der Fahrt dritter Klasse nach Frankfurt, da ich, der allen Unbekannte, den zunächst sitzenden schlichten Männern und Frauen von meinen 31jährigen persönlichen Erinnerungen an den großen Toten zu erzählen begann, und dann allmählich alle Insassen des ganzen Wagens mit thränenden Augen meinen Worten lauschten.

Furchtbar schnell und unerwartet war der betäubende Schlag über uns gekommen. Die Abreise Professor Schweningers aus Friedrichsruh, am Donnerstag (den 28. Juli) und das beruhigende Telegramm der „Hamburger Nachrichten" vom Abend des folgenden Tages*) hatten die schwere Besorgnis wieder zerstreut, mit der aller Augen zu anfang der Woche nach Friedrichsruh gerichtet waren. Noch am Spätabend des 30. Juli wurde von Berlin aus, nach einem Berichte der „Nationalzeitung", das trostreiche Telegramm an die deutsche Presse versendet: „Das Befinden des Fürsten Bismarck hat sich schon so weit gebessert, daß er wieder regelmäßig an der Familientafel teilnehmen kann. Allerdings ist vorläufig noch wenig Aussicht vorhanden, daß er auf die Benutzung des Rollstuhls verzichten kann." Nur die Hamburger Blätter und der „Berl. Lokal-Anzeiger" hatten schon am Nachmittag Nachrichten über eine plötzliche ernste Verschlimmerung des fürstlichen Befindens erhalten. Als die Katastrophe am 30. Juli nachts 11 Uhr eingetreten war, berichteten die „Hamburger Nachrichten" über Bismarcks letzte Stunden: „Am Donnerstag Abend war auf Verschlimmerungen, wie sie seit Oktober vorigen Jahres wiederholt stattgefunden hatten, eine Besserung eingetreten, welche dem Fürsten erlaubt hatte, bei Tische zu erscheinen, lebhaft an der Unterhaltung

*) s. o. S. 108.

teilzunehmen, Champagner zu trinken und gegen die Gewohnheit der letzten Zeit wieder mehrere Pfeifen zu rauchen. Das Befinden war derart befriedigend, daß Geheimer Rat Schweninger, nachdem sich der Fürst zur Ruhe begeben hatte, Friedrichsruh verlassen konnte, um am Sonnabend wieder dorthin zurückzukehren. Der Zustand blieb während des Freitags relativ befriedigend. Am Sonnabend Morgen las der Fürst noch die „Hamburger Nachrichten" und sprach über Politik, namentlich über russische. Auch genoß er im Laufe des Vormittags Speise und Trank und beklagte sich dabei scherzhaft über den geringen Zusatz von geistigen Getränken zu dem Wasser, das man ihm reichte. Da trat plötzlich eine Verschlimmerung durch akutes Lungenödem ein. Im Laufe des Nachmittags verlor der Fürst häufig das Bewußtsein. In der letzten Zeit hatte er neben den gewöhnlichen lichten Momenten mehr oder weniger soporöse Zustände gehabt, aus denen er entweder in einen längeren tiefen und wohlthuenden Schlaf geriet oder zu völligem frischen Erwachen gelangte. In den Abendstunden des Sonnabend nahmen die bedenklichen Erscheinungen zu. Der Tod trat leicht und schmerzlos gegen 11 Uhr ein. Geheimrat Schweninger, der erst kurz vorher wieder eingetroffen war, suchte dem Sterbenden noch durch Linderung der Atmungsbeschwerden Hilfe zu leisten. Die letzten Worte des Fürsten waren an seine Tochter, die Gräfin Rantzau, gerichtet, welche ihm die Stirn getrocknet hatte: „Danke, mein Kind!" Am Sterbelager war die ganze fürstliche Familie versammelt und außer Geheimrat Schweninger und Dr. Chrysander noch Baron und Baronin Merck zugegen. Nachdem Geheimrat Schweninger während drei Minuten keinen Atemzug und keinen Puls mehr wahrgenommen hatte, erklärte er, daß der Tod eingetreten sei. Der Fürst liegt, wie er zu schlafen pflegte, leicht mit dem Kopf nach links geneigt. Der Gesichtsausdruck ist mild und friedlich verklärt. Der Fürst wird seinem Wunsche gemäß auf der dem Schloß gegenüber liegenden Anhöhe in der Nähe der Hirschgruppe beigesetzt werden."

Die „Kölnische Zeitung" meldete aus Friedrichsruh über

Bismarcks letzte Stunden: „Nach der Abendmahlzeit am Donnerstag rauchte Bismarck bei lebhaftem Plaudern eine Pfeife und war nur schwer dazu zu bewegen, sich nach 11 Uhr zur Ruhe zu begeben. Die Nacht auf Freitag war allerdings schlecht, so daß der auf Freitag angesagte Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim abbestellt werden mußte, aber noch am Sonnabend morgen las Bismarck wie gewöhnlich seine Zeitungen. Am Sonnabend nachmittag sprach er mit seinem Kammerdiener, daß dieser ihm etwas Kognak in den Thee thun möge, aber schon bald machten sich an diesem Nachmittag Atmungsbeschwerden, die Vorboten der bevorstehenden Lungenlähmung, bemerkbar. Gelegentlich wurden Schmerzenslaute hörbar, von denen aber schwer zu sagen war, ob sie Bismarck bei Bewußtsein oder im Traumzustand von sich gab; denn wie bei vielen Leuten in derartig hohem Alter waren auch bei Bismarck in letzter Zeit soporöse Zustände häufiger geworden. Erst am Sonnabend abend erkannte man bestimmt, daß es mit dem Fürsten zu Ende gehe. Die letzten von Bismarck klar und mit Bewußtsein gesprochenen Worte enthielten einen Dank an seine Tochter und betrafen das Abwischen des Schweißes. Ob Bismarck den kurz vor seinem Tode eintreffenden Leibarzt, Geheimrat Schweninger, noch erkannt hat, ist unsicher; denn der Tod ist zweifellos ohne Todeskampf, ohne Bewußtsein und also auch ohne Schmerzgefühl erfolgt. Bismarck ist träumend ins Jenseits hinübergeschlummert. Nach dem erwähnten Dank an seine Tochter hat Bismarck noch mehrere schwach artikulierte Laute von sich gegeben, die aber von der Familie, vom Leibarzt und dem alten Kammerdiener verschieden aufgefaßt worden sind. Als Todesursache ist zweifellos Lungenlähmung zu bezeichnen. Es liegt die Annahme nahe, daß infolge der längern Bettruhe, zu welcher der Fürst in der letzten Zeit gezwungen war, eine bei so hohem Alter stets verhängnisvolle Kongestion der Lungen mit Ausschwitzung von Flüssigkeit in den Lungenbläschen eingetreten ist. Die trotz anfänglicher Besserung stetig sich steigernde Altersschwäche vermochte dem überhand nehmenden Lungenödem keinen Widerstand entgegenzusetzen, und so folgte die unver-

meidliche Lungen- und Herzlähmung. Die im letzten Stadium neben den lichten Momenten aufgetretenen Anfälle von traumhafter Benommenheit und Bewußtlosigkeit beruhen darauf, daß infolge der Flüssigkeitsansammlung in den Lungenbläschen der sonst durch die Lungen vermittelte Gasaustausch behindert wird und eine Anhäufung von Kohlensäure auftritt, die wie bei der Kohlensäure-Vergiftung auf das Gehirn einwirkt. Mit dem alten Venenleiden, an dem Fürst Bismarck bekanntlich schon seit fünfzehn Jahren gelitten hat, steht seine letzte Krankheit nicht im Zusammenhang."

Über die Verzögerung der Rückreise Professor Schweningers berichtete das „Leipziger Tageblatt" (am 6. August) aus Döbeln: „Der berühmte Arzt hatte sich nach seiner am Donnerstag erfolgten Abreise von Friedrichsruh nach Sachsen begeben; er war nach einem Rittergute in der Riesaer Gegend gerufen worden und hatte den Berlin-Elsterwerda-Riesaer Schnellzug benutzt, der nach Döbeln und Chemnitz weiterfährt. In Riesa verschlief Professor Schweninger das Aussteigen und kam vormittags 11 Uhr nach Döbeln. Hier wartete er, bis er nachmittags 2 Uhr 25 Minuten nach Riesa zurückkehren konnte. Am Sonnabend verfehlte ihn dann das Telegramm, das ihn erneut nach Friedrichsruh rief, so daß er erst abends 7 Uhr 50 Minuten von Berlin nach Friedrichsruh abreisen konnte."

Geheimrat Schweninger selbst gab darüber sowie über Bismarcks letzte Krankheit und Lebensstunden dem Grafen Hoensbroech die folgende Darstellung, welche dieser in der „Tägl. Rundschau" veröffentlichte und die wortgetreu von den „Hamburger Nachrichten" übernommen wurde, so daß wir sie als den authentischsten Bericht über das Lebensende unseres großen Helden ansehen können. Graf Hoensbroech schreibt: „Alten freundschaftlichen Beziehungen zum Geheimrat Schweninger verdanke ich eine erinnerungsreiche Stunde. Nicht als ›Reporter‹ oder ›Interviewer‹ hatte er mich zu sich eingeladen, sondern als alten Bekannten. Er wollte von ihm sprechen, der seit 18 Jahren der Mittelpunkt, der Inhalt seines Lebens gewesen war; und nie habe ich den berühmten Arzt, dem Fernstehende

— sehr mit Unrecht — oft Rauheit des Wesens nachsagen, nie habe ich ihn weicher, warmherziger, tiefer empfindend gesehen und gehört, wie, als er von ›seinem Fürsten‹ mir erzählte. Nicht weltgeschichtliche und noch weniger sensationelle Enthüllungen hat er mir gemacht. Er sprach aus verehrendem, liebenden Herzen, dem auch das Kleine am Großen groß und bedeutungsvoll ist.

„Sehen Sie, mit dem Tode des Fürsten ist der Inhalt meines Lebens entschwunden, ich bin nicht mehr, was ich war. Mein ganzes Leben war auf ihn zugeschnitten, jetzt ist's verstört. Ich brauche Ruhe, Ruhe, Ruhe, um mich wieder zurecht zu finden. Auf ein Jahr denke ich fortzugehen; vielleicht mache ich eine Reise um die Welt. Mein Telegramm an die ›Tägl. Rundschau‹ vom 27. Juli: ›Alles Unsinn. Schlaf gut, sonstiges Befinden unverändert‹, war durchaus keine Lüge. Es richtete sich mit dem Ausdruck: ›Alles Unsinn‹ gegen die taktlosen Sensationsnachrichten eines hiesigen Lokalblattes, das von Blutvergiftung, offenen Beinwunden, Wassersucht meldete. Der Fürst war, als ich Ihnen telegraphierte, ganz besonders wohl; er hatte, nach langer Zeit, mal wieder sieben Stunden geschlafen, fühlte sich frisch und gekräftigt, rauchte mit Behagen fünf Pfeifen leer. Ich glaubte, ihn für kurze Zeit verlassen zu können; teils meiner Vorlesungen wegen, teils in ärztlichen Geschäften. Gehen Sie nur, sagte er, ich bin ja in guten Händen. Er war so wohl, daß ich ihn zum Champagnertrinken aufforderte. Seit März hatte ich ihm jeden Alkoholgenuß untersagt. Eine harte Zeit. Was, lieber Schweninger, ich darf wieder Sekt trinken? Dabei sah er mich ungläubig an. Gewiß, Durchlaucht. Wir tranken eine Flasche und noch eine halbe. Er war wieder der Alte; die Schmerzen hatten ihn verlassen. Bis 11 Uhr saß ich bei ihm, dann fuhr ich mit dem Nachtzuge nach Berlin. Alles war vorgesehen und geordnet; mehrmals im Tage erhielt ich telegraphischen Bericht. Das war übrigens schon lange so, wenn ich von Friedrichsruh abwesend war. Noch am Sonnabend früh und um 10 Uhr lauteten die Nachrichten leidlich gut. Dann hieß es: Beunruhigende Erscheinungen. Unverzügliche Rückkehr. Die

Vergeßlichkeit eines sächsischen Schaffners ließ mich den Anschluß verschlafen. Seit Tagen war ich nicht mehr aus den Kleidern gekommen. Qualvolle Stunden folgten für mich. Für einen Sonderzug von Berlin aus reichte die Zeit nicht mehr bis zum fahrplanmäßigen D-Zug. Die einlaufenden Telegramme meldeten stete Verschlimmerung. Nur in Wittenberge lautete die Nachricht etwas weniger schlimm. Telegraphisch hatte ich das Erforderliche angeordnet: heiße Handbäder, und heiße Schwämme auf den äußeren Kehlkopf. Als ich ankam, war er im Sterben; aber es war ein ruhiges Sterben. Ich glaube, er erkannte mich noch; er sprach nicht mehr, aber er gab mir die Hand, die ich bis zuletzt behielt. Vierzig Minuten stand ich ihm noch bei. Den beschwerlichen Schleim entfernte ich mit dem Finger. Das gab große Erleichterung und ruhiges Ausatmen. Todesursache: Lungenödem. Diese Todesursache hatte ich, wenn auch früher schon in Rechnung gezogen, doch eigentlich nicht erwartet. Ich glaubte, das Ende würde einmal Gehirn- oder Herzschlag sein. Unsinn ist die Erzählung von Blutvergiftung, Wassersucht, offenen Beinwunden u. s. w. Gewiß, seine Beine waren zuweilen geschwollen, aber nur gering. Gegen 42 Centimeter in früherer Zeit, war der Beinumfang auf 36 Centimeter zurückgegangen. Die Ursache seiner schmerzhaften Venenentzündungen liegen weit zurück. Seit dem bekannten Petersburger Vorfall hat er damit zu thun gehabt. Damals war die Sache schlimm. Es sollte eine Amputation des Beines stattfinden. Bismarck hatte sich zu einer solchen unter dem Knie bereit erklärt. Die russischen Chirurgen wollten sie über dem Knie. So viel wollte er aber den Russen von seinem Bein nicht geben. So unterblieb die Amputation; aber schmerzhafte Leiden begleiteten ihn von da ab. Die Leiche war ergreifend schön. Fragen Sie den früheren Botschafter von Stumm und den Grafen Guido Henckel, die den Toten noch gesehen; sie standen bewundernd am Totenbette. Was von Entstellung, Verwesung gesagt wurde, ist Lüge."

Endlich sei hier über Bismarks letzte Stunden noch ein Be-

richt des dem Altreichskanzler anhänglichsten Berliner Blattes, der „Berl. Neuesten Nachrichten", wiedergegeben: „Am Sterbetage nachmittags war es, etwa um 3 Uhr; die Familie hatte sich kurz vorher in das anstoßende Arbeitszimmer des Fürsten zurückgezogen. Gräfin Sibylla, die Gemahlin Wilhelm von Bismarcks, kam lautlos hereingeschlichen, nach dem Kranken zu sehen, an dessen Bett der treue Pinnow saß. Als sie den Fürsten mit geschlossenen Augen, wie friedlich schlummernd, daliegen sah, eilte sie rasch zu den übrigen Familienmitgliedern zurück und verkündete glückstrahlend, daß der Kranke endlich den schmerzlindernden Schlaf gefunden habe. Der vermeintliche Schlummer war in Wahrheit Erschöpfung der Kräfte. Von nun ab traten nur wenige lichte Momente bei dem Kranken ein. Pinnow wich nicht von seiner Seite. Plötzlich schlug Fürst Bismarck die Augen auf und wünschte zu trinken. Der Diener reichte ihm, wie Professor Schweninger es angeordnet hatte, ein Gläschen mit Mineralwasser und Champagner. ›Mehr, mehr!‹ stöhnte der Kranke. — ›Durchlaucht, ich darf nicht!‹ — ›Aber, lieber Pinnow, Chrysander ist doch jetzt nicht da.‹ — Noch immer zögerte Pinnow. — ›Lieber, guter Pinnow‹, kam es in flehentlichem Tone aus dem Munde des Fürsten, ›bist du als kleiner Junge nicht auch einmal krank gewesen? Na, dann weißt du doch, wie einem zu Mute ist, wenn man Durst hast, und nicht trinken soll!‹ — Der besorgte Pfleger konnte dieser rührenden Bitte nicht widerstehen, er reichte dem Kranken ein großes Glas mit dem labenden Trank, den der Fürst in gierigen Zügen hinunterschlürfte, um dann langsam zu entschlummern."

Auch die „Hamburger Nachrichten" bestätigten in einem von breitem Trauerrand umgebenen Extrablatt vom 1. August den ergreifend friedlichen, völlig unentstellten Ausdruck des teuren Totenantlitzes und berichteten in derselben Nummer die letztwilligen Verfügungen des Heimgegangenen über die eigene Grabschrift und Grabstätte: „Der Fürst lag bis heute nachmittag noch genau so, wie er vor dem Ableben gestern abend gebettet worden war, in der Stellung, wie er oft zu schlafen pflegte. Der

Kopf ist etwas erhöht und leicht nach links geneigt. Das welthistorische eherne Gesicht hat natürlich die Todesblässe angenommen, aber der Ausdruck ist sonst unverändert seit gestern. Der entschlafene Fürst bietet ein Bild vollkommen harmonischen Friedens. Rechts und links vor dem Sterbelager hält je ein Förster im Dienstanzuge die Totenwache.

„Über die Beisetzung sind noch keine festen Bestimmungen getroffen, da nach einer vom Fürsten eigenhändig unterzeichneten letztwilligen Verfügung für den Fall des Todes angeordnet wird, daß er an einer bestimmten Stelle des Sachsenwaldes*) begraben werden will. Diese Verfügung schließt: »Als Grabschrift wünsche ich: Fürst von Bismarck, geboren den 1. April 1815, gestorben den ..... und den Zusatz: ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.«

„An der Stelle, die vom Fürsten selbst zu seiner ewigen Ruhestätte ausersehen worden ist, soll ein einfaches Mausoleum errichtet werden, in welchem auch der Sarg der ihrem großen Gemahle in das Jenseits vorausgegangenen Fürstin von Bismarck mit beigesetzt werden soll. Die Herstellung einer solchen weihevollen Grabstätte, deren Pläne bereits feststehen, wird immerhin eine gewisse Zeit erfordern, und da eine provisorische Beisetzung dem Gefühle der fürstlichen Familie widerstrebt, wird für jetzt nur eine Einsegnung der Leiche durch den in Friedrichsruh zuständigen Geistlichen des Dorfes Brunstorf erfolgen, denselben, der auch letzte Ostern bei Gelegenheit der Konfirmation der beiden jüngeren Rantzau'schen Söhne die Abendmahlsfeier abgehalten hat. Die Einbalsamierung der Leiche erfolgte durch Geheimrat Schweninger und Dr. Chrysander heute Abend in der Zeit von 6 bis 8½ Uhr."

Diese vom Fürsten selbst getroffene Wahl seiner letzten Ruhestätte stimmte wunderbar überein mit den Empfindungen eines edeln deutschen Dichters, der Bismarck so bald schon (am 20. September) im Tode nachfolgen sollte. Lange vor der Kenntnis dieser

*) In der Nähe der „Hirschgruppe", welche die Anhalter dem Fürsten 1895 zum Geschenk machten. Zu vgl. Bd. VI S. 513 fg.

letztwilligen Verfügungen hatte nämlich Theodor Fontane gedichtet:

Wo Bismarck liegen soll.

Nicht in Dom oder Fürstengruft,
Er ruh' in Gottes freier Luft
Draußen auf Berg und Halde,
Noch besser tief, tief im Walde;
Widukind lädt ihn zu sich ein:
„Ein Sachse war er, drum ist er mein,
Im Sachsenwald soll er begraben sein".

Der Leib zerfällt, der Stein zerfällt,
Aber der Sachsenwald, der hält,
Und kommen nach dreitausend Jahren
Fremde hier des Weges gefahren
Und sehen, geborgen vor'm Licht der Sonnen,
Den Waldgrund in Epheu tief eingesponnen
Und staunen der Schönheit und jauchzen froh,
So gebietet einer: „Lärmt nicht so; —
Hier unten liegt Bismarck irgendwo."

Es mag gleich hier erwähnt werden, daß der Kaiser, über dessen rührende Teilnahme an dem großen nationalen Trauerfall noch eingehend berichtet wird, ursprünglich die Absicht zu erkennen gegeben hatte, die sterbliche Hülle Bismarcks „im Dom zu Berlin an der Seite der kaiserlichen Vorfahren" beisetzen zu lassen, aber von dieser hohen Ehrung des großen Toten abstand, als die fürstliche Familie dem Monarchen in Friedrichsruh erklärte, daß sie sich in pietätvoller Liebe an die letztwilligen Verfügungen ihres Familienhauptes gebunden erachte. Die Welt erlebte dann einige Wochen später das widerliche Schauspiel, daß die englische „Times" und im edlen Chorus mit ihr dieselbe deutsche Presse, deren Parteigenossen und Nährväter im März 1895 dem Altreichskanzler im Reichstag jede Huldigung zum 80. Geburtstag versagt hatten, in byzantinischer Liebedienerei nach oben, den Entschluß der fürstlichen Familie: den letzten Willen ihres Hauptes gegen die Wünsche des Kaisers zu behaupten und durchzusetzen, „höchst bedauerlich" nannten.

An den letzten Willen des Geschiedenen mußte sich aber die Familie um so mehr gebunden erachten, als Fürst Bismarck den Seinen und seinen Vertrauten auch in gesunden Tagen oftmals erklärt hatte, daß er bei seinem Ableben durchaus kein großartiges Leichenbegängnis und keinen Invalidendom oder Westminsterpalast über seinen Gebeinen wünsche. Die „Hamburger Nachrichten" druckten hierüber (am 5. August), ohne eigenen Zusatz, eine in das Jahr 1894 fallende Plauderei des Fürsten ab, die Harden in der „Zukunft" jetzt veröffentlichte: „Der Fürst durfte damals selbst bei kühlem Wetter noch im Freien Gespräche führen und lud Gäste, deren Art ihm nicht unbehaglich war, gern in den Wagen, in dem Patzke, der sichere, in Wald und Feld heimische Kutscher, ihn vor der Hauptmahlzeit täglich ein paar Stunden herumfuhr. Allerlei Geschichtenträgereien, allerlei Versuche, die Beziehungen des wieder Begnadeten zu Hof und Regierung zu entstellen, hatten ihn erst verstimmt und später zu ironischer Heiterkeit erregt. Auf dem Heimwege wurde er still und ließ dicht vor dem Herrenhaus halten. Er wies mit der Krücke des Stockes auf einen Hügel gegenüber dem Hause, das man thöricht ein Schloß genannt hat, und sagte: »Da, denke ich, werde ich mich einmal mit meiner Frau begraben lassen. Ich hatte auch an Schönhausen gedacht; aber hier ist's wohl paßlicher, denn in Schönhausen bin ich doch eigentlich schon lange ein Fremder.« Der Gast hatte zu schweigen. Abends, als die altfränkische Öllampe freundlich brannte und die kränkelnde Fürstin auf ihrem Sopha, neben Lenbachs Meisterbild des alten Kaisers, eingenickt war, schlug der Sinnende wieder das Thema an, verarbeitete es nach seiner Weise und schien sich in humoristischer Ausmalung des feierlichen Lärmes, der nach seinem Tode losbrechen würde, nicht genug thun zu können. Frau Johanna schrak auf und rief ganz ärgerlich: »Aber, Ottochen, wie kannst du nur so traurige Sachen reden!« »Liebes Kind«, war die Antwort, »gestorben muß einmal sein, trotz Schweninger, und ich will wenigstens rechtzeitig dafür sorgen, daß mit meinem Leichnam kein Unfug getrieben wird. Ich möchte nicht, wie die Berliner sagen,

[illegible]

Die fürstliche Familie beschloß daher, in der von den Einschlägern bestimmten Stelle ein einfaches Mausoleum in Friedrichsruh errichten zu lassen. Als dieser Beschluß bekannt wurde, boten manche Hamburger Freunde des großen Toten — damit das deutsche Volk zu dieser ihm heiligen Grabstätte doch auch seinen Beitrag leiste — sofort 300 000 M für die Baukosten, namentlich auch zur entsprechenden Ausschmückung des Bauwerkes im Innern. Die Arbeit wurde sofort eifrig in Angriff genommen, und am 22. September konnten die „Hamburger Nachrichten" aus Friedrichsruh darüber melden: „Der Bau des Mausoleums für den Fürsten Bismarck wird durch eine große Zahl von Arbeitern verhältnismäßig rasch gefördert. Die großen Dimensionen treten immer deutlicher hervor: die Höhe des Kuppelbaues wird annähernd der Länge des ganzes Gebäudes entsprechen und demnach 26 bis 27 Meter betragen. Die Mauern, die auf der Innenseite aus Ziegelsteinen, außen aus Steinquadern bestehen, sind bis zu 1 1/2 Metern dick. Die Mitte des Mausoleums wird ein im Kapellenstil gehaltener Andachtsraum mit Altar u. s. w. bilden. Die Hauptgruft, welche die Särge des Fürsten und der Frau Fürstin aufnehmen wird, liegt davor, nach dem Kuppelbau zu, der sich am westlichen Ende erhebt. Der Eingang ist auf der Südseite, also dem Walde zugekehrt. Allgemein herrscht die Ansicht, daß sich das Mausoleum weit größer und wirkungsvoller gestalten dürfte, als ursprünglich angenommen wurde. Der Bau wird natürlich mit passenden Anlagen umgeben werden. Wie schon neulich erwähnt, hofft man, daß er im Spätherbst soweit vollendet sein

wird, um die Überführung und feierliche Beisetzung der Leiche zu ermöglichen."

Da bis zur Vollendung dieses Bauwerkes eine vorläufige Beisetzung der Leiche nicht stattfinden sollte,*) und bei der Einbalsamierung, auf Wunsch der Familie, die Weichteile nicht entfernt werden durften, so machte sich die alsbaldige Schließung und Verlöthung des Sarges notwendig, so daß selbst der am 1. August abends in Friedrichsruh eintreffende Reichskanzler Fürst Hohenlohe und das am folgenden Tage hier anlangende Kaiserpaar das Antlitz des teuren Entschlafenen nicht mehr schauen konnten. Aus demselben Grunde konnte auch der auf Befehl des Kaisers nach Friedrichsruh abgesandte kunstreiche Vertreter des Bildhauers Professor Begas keine Totenmaske des Verblichenen mehr abnehmen. Wie tief ergreifend aber das unverändert friedliche Antlitz des Verblichenen bis zuletzt auf alle wirkte, die es noch einmal schauen durften, dafür besitzen wir das klassische Zeugniß des dem Heimgegangenen so nahe gestandenen großen Malers Franz v. Lenbach. Er schreibt: „Ich habe Bismarck noch auf dem Sterbelager gesehen. So ergreifend und traurig schön der Anblick war, ein Bedürfnis, ihn künstlerisch festzuhalten, habe ich nicht gehabt. Der Tote lag im weißen Nachthemd auf dem Rücken, den Kopf seitwärts geneigt und den Mund ein wenig geöffnet, als sollte er jeden Augenblick aufwachen und sprechen. Die schöne rechte Hand lag auf dem Schoße leicht vorgestreckt. Bismarck sah durchaus nicht entstellt aus, und im warmen Lichte, das durch die Fenster hereinquoll, in den Farben der Bilder und der Möbel sah das Ganze so lebendig aus, daß die Schauer des Gefühls, hier sei der Tod eingezogen, doppelt erschütternd wirkten. Dieses Gefühl, wie es mich beherrschte, mag wohl der Grund sein, daß auch früher fast keiner der großen Toten auf dem Sterbelager gemalt wurde. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das Sterbelager von Rubens war gewiß von Meisterschülern des Meisters umgeben, und doch hat ihn keiner gemalt.

*) s. o. S. 133.

Bismarcks letzte Stunden: „Nach der Abendtafel am Donnerstag rauchte Bismarck bei lebhaftem Plaudern vier Pfeifen und war nur schwer dazu zu bewegen, sich nach 11 Uhr zu Ruhe zu begeben. Die Nacht auf Freitag war allerdings schlecht, so daß der auf Freitag angesagte Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim abbestellt werden mußte, aber noch am Sonnabend morgen las Bismarck wie gewöhnlich seine Zeitungen. Am Sonnabend nachmittag sprach er mit seinem Kammerdiener, daß dieser ihm etwas Kognak in den Thee thun möge, aber schon bald machten sich an diesem Nachmittag Atmungsbeschwerden, die Vorboten der bevorstehenden Lungenlähmung, bemerkbar. Gelegentlich wurden Schmerzenslaute hörbar, von denen aber schwer zu sagen war, ob sie Bismarck bei Bewußtsein oder im Traumzustand von sich gab; denn wie bei vielen Leuten in derartig hohem Alter waren auch bei Bismarck in letzter Zeit soporöse Zustände häufiger geworden. Erst am Sonnabend abend erkannte man bestimmt, daß es mit dem Fürsten zu Ende gehe. Die letzten von Bismarck klar und mit Bewußsein gesprochenen Worte enthielten einen Dank an seine Tochter und betrafen das Abwischen des Schweißes. Ob Bismarck den kurz vor seinem Tode eintreffenden Leibarzt, Geheimrat Schweninger, noch erkannt hat, ist unsicher; denn der Tod ist zweifellos ohne Todeskampf, ohne Bewußtsein und also auch ohne Schmerzgefühl erfolgt. Bismarck ist träumend ins Jenseits hinübergeschlummert. Nach dem erwähnten Dank an seine Tochter hat Bismarck noch mehrere schwach artikulierte Laute von sich gegeben, die aber von der Familie, vom Leibarzt und dem alten Kammerdiener verschieden aufgefaßt worden sind. Als Todesursache ist zweifellos Lungenlähmung zu bezeichnen. Es liegt die Annahme nahe, daß infolge der längern Bettruhe, zu welcher der Fürst in der letzten Zeit gezwungen war, eine bei so hohem Alter stets verhägnisvolle Kongestion der Lungen mit Ausschwitzung von Flüssigkeit in den Lungenbläschen eingetreten ist. Die trotz anfänglicher Besserung stetig sich steigernde Altersschwäche vermochte dem überhand nehmenden Lungenödem keinen Widerstand entgegenzusetzen, und so folgte die unver-

meidliche Lungen- und Herzlähmung. Die im letzten Stadium neben den lichten Momenten aufgetretenen Anfälle von traumhafter Benommenheit und Bewußtlosigkeit beruhen darauf, daß infolge der Flüssigkeitsansammlung in den Lungenbläschen der sonst durch die Lungen vermittelte Gasaustausch behindert wird und eine Anhäufung von Kohlensäure auftritt, die wie bei der Kohlensäure-Vergiftung auf das Gehirn einwirkt. Mit dem alten Venenleiden, an dem Fürst Bismarck bekanntlich schon seit fünfzehn Jahren gelitten hat, steht seine letzte Krankheit nicht im Zusammenhang."

Über die Verzögerung der Rückreise Professor Schweningers berichtete das „Leipziger Tageblatt" (am 6. August) aus Döbeln: „Der berühmte Arzt hatte sich nach seiner am Donnerstag erfolgten Abreise von Friedrichsruh nach Sachsen begeben; er war nach einem Rittergute in der Riesaer Gegend gerufen worden und hatte den Berlin-Elsterwerda-Riesaer Schnellzug benutzt, der nach Döbeln und Chemnitz weiterfährt. In Riesa verschlief Professor Schweninger das Aussteigen und kam vormittags 11 Uhr nach Döbeln. Hier wartete er, bis er nachmittags 2 Uhr 25 Minuten nach Riesa zurückkehren konnte. Am Sonnabend verfehlte ihn dann das Telegramm, das ihn erneut nach Friedrichsruh rief, so daß er erst abends 7 Uhr 50 Minuten von Berlin nach Friedrichsruh abreisen konnte."

Geheimrat Schweninger selbst gab darüber sowie über Bismarcks letzte Krankheit und Lebensstunden dem Grafen Hoensbroech die folgende Darstellung, welche dieser in der „Tägl. Rundschau" veröffentlichte und die wortgetreu von den „Hamburger Nachrichten" übernommen wurde, so daß wir sie als den authentischsten Bericht über das Lebensende unseres großen Helden ansehen können. Graf Hoensbroech schreibt: „Alten freundschaftlichen Beziehungen zum Geheimrat Schweninger verdanke ich eine erinnerungsreiche Stunde. Nicht als ›Reporter‹ oder ›Interviewer‹ hatte er mich zu sich eingeladen, sondern als alten Bekannten. Er wollte von ihm sprechen, der seit 18 Jahren der Mittelpunkt, der Inhalt seines Lebens gewesen war; und nie habe ich den berühmten Arzt, dem Fernstehende

— sehr mit Unrecht — oft Rauheit des Wesens nachsagen, nie habe ich ihn weicher, warmherziger, tiefer empfindend gesehen und gehört, wie, als er von »seinem Fürsten« mir erzählte. Nicht weltgeschichtliche und noch weniger sensationelle Enthüllungen hat er mir gemacht. Er sprach aus verehrendem, liebenden Herzen, dem auch das Kleine am Großen groß und bedeutungsvoll ist.

„Sehen Sie, mit dem Tode des Fürsten ist der Inhalt meines Lebens entschwunden, ich bin nicht mehr, was ich war. Mein ganzes Leben war auf ihn zugeschnitten, jetzt ist's verstört. Ich brauche Ruhe, Ruhe, Ruhe, um mich wieder zurecht zu finden. Auf ein Jahr denke ich fortzugehen; vielleicht mache ich eine Reise um die Welt. Mein Telegramm an die »Tägl. Rundschau« vom 27. Juli: »Alles Unsinn. Schlaf gut, sonstiges Befinden unverändert«, war durchaus keine Lüge. Es richtete sich mit dem Ausdruck: »Alles Unsinn« gegen die taktlosen Sensationsnachrichten eines hiesigen Lokalblattes, das von Blutvergiftung, offenen Beinwunden, Wassersucht meldete. Der Fürst war, als ich Ihnen telegraphierte, ganz besonders wohl; er hatte, nach langer Zeit, mal wieder sieben Stunden geschlafen, fühlte sich frisch und gekräftigt, rauchte mit Behagen fünf Pfeifen leer. Ich glaubte, ihn für kurze Zeit verlassen zu können; teils meiner Vorlesungen wegen, teils in ärztlichen Geschäften. Gehen Sie nur, sagte er, ich bin ja in guten Händen. Er war so wohl, daß ich ihn zum Champagnertrinken aufforderte. Seit März hatte ich ihm jeden Alkoholgenuß untersagt. Eine harte Zeit. Was, lieber Schweninger, ich darf wieder Sekt trinken? Dabei sah er mich ungläubig an. Gewiß, Durchlaucht. Wir tranken eine Flasche und noch eine halbe. Er war wieder der Alte; die Schmerzen hatten ihn verlassen. Bis 11 Uhr saß ich bei ihm, dann fuhr ich mit dem Nachtzuge nach Berlin. Alles war vorgesehen und geordnet; mehrmals im Tage erhielt ich telegraphischen Bericht. Das war übrigens schon lange so, wenn ich von Friedrichsruh abwesend war. Noch am Sonnabend früh und um 10 Uhr lauteten die Nachrichten leidlich gut. Dann hieß es: Beunruhigende Erscheinungen. Unverzügliche Rückkehr. Die

Vergeßlichkeit eines sächsischen Schaffners ließ mich den Anschluß verschlafen. Seit Tagen war ich nicht mehr aus den Kleidern gekommen. Qualvolle Stunden folgten für mich. Für einen Sonderzug von Berlin aus reichte die Zeit nicht mehr bis zum fahrplanmäßigen D-Zug. Die einlaufenden Telegramme meldeten stete Verschlimmerung. Nur in Wittenberge lautete die Nachricht etwas weniger schlimm. Telegraphisch hatte ich das Erforderliche angeordnet: heiße Handbäder, und heiße Schwämme auf den äußeren Kehlkopf. Als ich ankam, war er im Sterben; aber es war ein ruhiges Sterben. Ich glaube, er erkannte mich noch; er sprach nicht mehr, aber er gab mir die Hand, die ich bis zuletzt behielt. Vierzig Minuten stand ich ihm noch bei. Den beschwerlichen Schleim entfernte ich mit dem Finger. Das gab große Erleichterung und ruhiges Ausatmen. Todesursache: Lungenödem. Diese Todesursache hatte ich, wenn auch früher schon in Rechnung gezogen, doch eigentlich nicht erwartet. Ich glaubte, das Ende würde einmal Gehirn- oder Herzschlag sein. Unsinn ist die Erzählung von Blutvergiftung, Wassersucht, offenen Beinwunden u. s. w. Gewiß, seine Beine waren zuweilen geschwollen, aber nur gering. Gegen 42 Centimeter in früherer Zeit, war der Beinumfang auf 36 Centimeter zurückgegangen. Die Ursache seiner schmerzhaften Venenentzündungen liegen weit zurück. Seit dem bekannten Petersburger Vorfall hat er damit zu thun gehabt. Damals war die Sache schlimm. Es sollte eine Amputation des Beines stattfinden. Bismarck hatte sich zu einer solchen unter dem Knie bereit erklärt. Die russischen Chirurgen wollten sie über dem Knie. So viel wollte er aber den Russen von seinem Bein nicht geben. So unterblieb die Amputation; aber schmerzhafte Leiden begleiteten ihn von da ab. Die Leiche war ergreifend schön. Fragen Sie den früheren Botschafter von Stumm und den Grafen Guido Henckel, die den Toten noch gesehen; sie standen bewundernd am Totenbette. Was von Entstellung, Verwesung gesagt wurde, ist Lüge."

Endlich sei hier über Bismarks letzte Stunden noch ein Be-

richt des dem Altreichskanzler anhänglichsten Berliner Blattes, der „Berl. Neuesten Nachrichten", wiedergegeben: „Am Sterbetage nachmittags war es, etwa um 3 Uhr; die Familie hatte sich kurz vorher in das anstoßende Arbeitszimmer des Fürsten zurückgezogen. Gräfin Sibylla, die Gemahlin Wilhelm von Bismarcks, kam lautlos hereingeschlichen, nach dem Kranken zu sehen, an dessen Bett der treue Pinnow saß. Als sie den Fürsten mit geschlossenen Augen, wie friedlich schlummernd, daliegen sah, eilte sie rasch zu den übrigen Familienmitgliedern zurück und verkündete glückstrahlend, daß der Kranke endlich den schmerzlindernden Schlaf gefunden habe. Der vermeintliche Schlummer war in Wahrheit Erschöpfung der Kräfte. Von nun ab traten nur wenige lichte Momente bei dem Kranken ein. Pinnow wich nicht von seiner Seite. Plötzlich schlug Fürst Bismarck die Augen auf und wünschte zu trinken. Der Diener reichte ihm, wie Professor Schweninger es angeordnet hatte, ein Gläschen mit Mineralwasser und Champagner. ›Mehr, mehr!‹ stöhnte der Kranke. — ›Durchlaucht, ich darf nicht!‹ — ›Aber, lieber Pinnow, Chrysander ist doch jetzt nicht da.‹ — Noch immer zögerte Pinnow. — ›Lieber, guter Pinnow‹, kam es in flehentlichem Tone aus dem Munde des Fürsten, ›bist du als kleiner Junge nicht auch einmal krank gewesen? Na, dann weißt du doch, wie einem zu Mute ist, wenn man Durst hast, und nicht trinken soll!‹ — Der besorgte Pfleger konnte dieser rührenden Bitte nicht widerstehen, er reichte dem Kranken ein großes Glas mit dem labenden Trank, den der Fürst in gierigen Zügen hinunterschlürfte, um dann langsam zu entschlummern."

Auch die „Hamburger Nachrichten" bestätigten in einem von breitem Trauerrand umgebenen Extrablatt vom 1. August den ergreifend friedlichen, völlig unentstellten Ausdruck des teuren Totenantlitzes und berichteten in derselben Nummer die letztwilligen Verfügungen des Heimgegangenen über die eigene Grabschrift und Grabstätte: „Der Fürst lag bis heute nachmittag noch genau so, wie er vor dem Ableben gestern abend gebettet worden war, in der Stellung, wie er oft zu schlafen pflegte. Der

Kopf ist etwas erhöht und leicht nach links geneigt. Das welthistorische eherne Gesicht hat natürlich die Todesblässe angenommen, aber der Ausdruck ist sonst unverändert seit gestern. Der entschlafene Fürst bietet ein Bild vollkommen harmonischen Friedens. Rechts und links vor dem Sterbelager hält je ein Förster im Dienstanzuge die Totenwache.

„Über die Beisetzung sind noch keine festen Bestimmungen getroffen, da nach einer vom Fürsten eigenhändig unterzeichneten letztwilligen Verfügung für den Fall des Todes angeordnet wird, daß er an einer bestimmten Stelle des Sachsenwaldes*) begraben werden will. Diese Verfügung schließt: »Als Grabschrift wünsche ich: Fürst von Bismarck, geboren den 1. April 1815, gestorben den ..... und den Zusatz: ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.«

„An der Stelle, die vom Fürsten selbst zu seiner ewigen Ruhestätte ausersehen worden ist, soll ein einfaches Mausoleum errichtet werden, in welchem auch der Sarg der ihrem großen Gemahle in das Jenseits vorausgegangenen Fürstin von Bismarck mit beigesetzt werden soll. Die Herstellung einer solchen weihevollen Grabstätte, deren Pläne bereits feststehen, wird immerhin eine gewisse Zeit erfordern, und da eine provisorische Beisetzung dem Gefühle der fürstlichen Familie widerstrebt, wird für jetzt nur eine Einsegnung der Leiche durch den in Friedrichsruh zuständigen Geistlichen des Dorfes Brunstorf erfolgen, denselben, der auch letzte Ostern bei Gelegenheit der Konfirmation der beiden jüngeren Rantzau'schen Söhne die Abendmahlsfeier abgehalten hat. Die Einbalsamierung der Leiche erfolgte durch Geheimrat Schweninger und Dr. Chrysander heute Abend in der Zeit von 6 bis 8½ Uhr."

Diese vom Fürsten selbst getroffene Wahl seiner letzten Ruhestätte stimmte wunderbar überein mit den Empfindungen eines edeln deutschen Dichters, der Bismarck so bald schon (am 20. September) im Tode nachfolgen sollte. Lange vor der Kenntnis dieser

*) In der Nähe der „Hirschgruppe", welche die Anhalter dem Fürsten 1895 zum Geschenk machten. Zu vgl. Bd. VI S. 513 fg.

letztwilligen Verfügungen hatte nämlich Theodor Fontane gedichtet:

Wo Bismarck liegen soll.

Nicht in Dom oder Fürstengruft,
Er ruh' in Gottes freier Luft
Draußen auf Berg und Halde,
Noch besser tief, tief im Walde;
Widukind lädt ihn zu sich ein:
„Ein Sachse war er, drum ist er mein,
Im Sachsenwald soll er begraben sein".

Der Leib zerfällt, der Stein zerfällt,
Aber der Sachsenwald, der hält,
Und kommen nach dreitausend Jahren
Fremde hier des Weges gefahren
Und sehen, geborgen vor'm Licht der Sonnen,
Den Waldgrund in Epheu tief eingesponnen
Und staunen der Schönheit und jauchzen froh,
So gebietet einer: „Lärmt nicht so; —
Hier unten liegt Bismarck irgendwo."

Es mag gleich hier erwähnt werden, daß der Kaiser, über dessen rührende Teilnahme an dem großen nationalen Trauerfall noch eingehend berichtet wird, ursprünglich die Absicht zu erkennen gegeben hatte, die sterbliche Hülle Bismarcks „im Dom zu Berlin an der Seite der kaiserlichen Vorfahren" beisetzen zu lassen, aber von dieser hohen Ehrung des großen Toten abstand, als die fürstliche Familie dem Monarchen in Friedrichsruh erklärte, daß sie sich in pietätvoller Liebe an die letztwilligen Verfügungen ihres Familienhauptes gebunden erachte. Die Welt erlebte dann einige Wochen später das widerliche Schauspiel, daß die englische „Times" und im edlen Chorus mit ihr dieselbe deutsche Presse, deren Parteigenossen und Nährväter im März 1895 dem Altreichskanzler im Reichstag jede Huldigung zum 80. Geburtstag versagt hatten, in byzantinischer Liebedienerei nach oben, den Entschluß der fürstlichen Familie: den letzten Willen ihres Hauptes gegen die Wünsche des Kaisers zu behaupten und durchzusetzen, „höchst bedauerlich" nannten.

An den letzten Willen des Geschiedenen mußte sich aber die Familie um so mehr gebunden erachten, als Fürst Bismarck den Seinen und seinen Vertrauten auch in gesunden Tagen oftmals erklärt hatte, daß er bei seinem Ableben durchaus kein großartiges Leichenbegängnis und keinen Invalidendom oder Westminsterpalast über seinen Gebeinen wünsche. Die „Hamburger Nachrichten" druckten hierüber (am 5. August), ohne eigenen Zusatz, eine in das Jahr 1894 fallende Plauderei des Fürsten ab, die Harden in der „Zukunft" jetzt veröffentlichte: „Der Fürst durfte damals selbst bei kühlem Wetter noch im Freien Gespräche führen und lud Gäste, deren Art ihm nicht unbehaglich war, gern in den Wagen, in dem Patzke, der sichere, in Wald und Feld heimische Kutscher, ihn vor der Hauptmahlzeit täglich ein paar Stunden herumfuhr. Allerlei Geschichtenträgereien, allerlei Versuche, die Beziehungen des wieder Begnadeten zu Hof und Regierung zu entstellen, hatten ihn erst verstimmt und später zu ironischer Heiterkeit erregt. Auf dem Heimwege wurde er still und ließ dicht vor dem Herrenhaus halten. Er wies mit der Krücke des Stockes auf einen Hügel gegenüber dem Hause, das man thöricht ein Schloß genannt hat, und sagte: »Da, denke ich, werde ich mich einmal mit meiner Frau begraben lassen. Ich hatte auch an Schönhausen gedacht; aber hier ist's wohl paßlicher, denn in Schönhausen bin ich doch eigentlich schon lange ein Fremder.« Der Gast hatte zu schweigen. Abends, als die altfränkische Öllampe freundlich brannte und die kränkelnde Fürstin auf ihrem Sopha, neben Lenbachs Meisterbild des alten Kaisers, eingenickt war, schlug der Sinnende wieder das Thema an, verarbeitete es nach seiner Weise und schien sich in humoristischer Ausmalung des feierlichen Lärmes, der nach seinem Tode losbrechen würde, nicht genug thun zu können. Frau Johanna schrak auf und rief ganz ärgerlich: »Aber, Ottochen, wie kannst du nur so traurige Sachen reden!« »Liebes Kind«, war die Antwort, »gestorben muß einmal sein, trotz Schweninger, und ich will wenigstens rechtzeitig dafür sorgen, daß mit meinem Leichnam kein Unfug getrieben wird. Ich möchte nicht, wie die Berliner sagen,

eine schöne Leiche sein; und eine von der bekannten Aufrichtigkeit, die heimlich »»Uff!«« macht, inscenierte Trauerkomödie, so zwischen Vogelwiese und Prozession, wäre so ziemlich das einzige, was mich noch schrecken könnte.« Die Freunde des Hauses wissen, wie oft der Große dann später noch diesen Gedanken ausgesprochen und mit der ihm allein eigenen graziösen Laune beleuchtet hat, und sie werden es den verwaist Hinterbliebenen danken, wenn von seinem Willen auch künftig nicht um Haaresbreite gewichen wird."

Die fürstliche Familie beschloß daher, an der von dem Entschlafenen bestimmten Stelle ein einfaches Mausoleum in Friedrichsruh errichten zu lassen. Als dieser Beschluß bekannt wurde, boten wenige Hamburger Freunde des großen Toten — damit das deutsche Volk zu dieser ihm heiligen Grabstätte doch auch seinen Beitrag leiste — sofort 300000 ℳ für die Baukosten, namentlich auch zur entsprechenden Ausschmückung des Bauwerkes im Innern. Die Arbeit wurde sofort eifrig in Angriff genommen, und am 22. September konnten die „Hamburger Nachrichten" aus Friedrichsruh darüber melden: „Der Bau des Mausoleums für den Fürsten Bismarck wird durch eine große Zahl von Arbeitern verhältnismäßig rasch gefördert. Die großen Dimensionen treten immer deutlicher hervor: die Höhe des Kuppelbaues wird annähernd der Länge des ganzes Gebäudes entsprechen und demnach 26 bis 27 Meter betragen. Die Mauern, die auf der Innenseite aus Ziegelsteinen, außen aus Steinquadern bestehen, sind bis zu 1 1/2 Metern dick. Die Mitte des Mausoleums wird ein im Kapellenstil gehaltener Andachtsraum mit Altar u. s. w. bilden. Die Hauptgruft, welche die Särge des Fürsten und der Frau Fürstin aufnehmen wird, liegt davor, nach dem Kuppelbau zu, der sich am westlichen Ende erhebt. Der Eingang ist auf der Südseite, also dem Walde zugekehrt. Allgemein herrscht die Ansicht, daß sich das Mausoleum weit größer und wirkungsvoller gestalten dürfte, als ursprünglich angenommen wurde. Der Bau wird natürlich mit passenden Anlagen umgeben werden. Wie schon neulich erwähnt, hofft man, daß er im Spätherbst soweit vollendet sein

wird, um die Überführung und feierliche Beisetzung der Leiche zu ermöglichen."

Da bis zur Vollendung dieses Bauwerkes eine vorläufige Beisetzung der Leiche nicht stattfinden sollte,*) und bei der Einbalsamierung, auf Wunsch der Familie, die Weichteile nicht entfernt werden durften, so machte sich die alsbaldige Schließung und Verlöthung des Sarges notwendig, so daß selbst der am 1. August abends in Friedrichsruh eintreffende Reichskanzler Fürst Hohenlohe und das am folgenden Tage hier anlangende Kaiserpaar das Antlitz des teuren Entschlafenen nicht mehr schauen konnten. Aus demselben Grunde konnte auch der auf Befehl des Kaisers nach Friedrichsruh abgesandte kunstreiche Vertreter des Bildhauers Professor Begas keine Totenmaske des Verblichenen mehr abnehmen. Wie tief ergreifend aber das unverändert friedliche Antlitz des Verblichenen bis zuletzt auf alle wirkte, die es noch einmal schauen durften, dafür besitzen wir das klassische Zeugniß des dem Heimgegangenen so nahe gestandenen großen Malers Franz v. Lenbach. Er schreibt: „Ich habe Bismarck noch auf dem Sterbelager gesehen. So ergreifend und traurig schön der Anblick war, ein Bedürfnis, ihn künstlerisch festzuhalten, habe ich nicht gehabt. Der Tote lag im weißen Nachthemd auf dem Rücken, den Kopf seitwärts geneigt und den Mund ein wenig geöffnet, als sollte er jeden Augenblick aufwachen und sprechen. Die schöne rechte Hand lag auf dem Schoße leicht vorgestreckt. Bismarck sah durchaus nicht entstellt aus, und im warmen Lichte, das durch die Fenster hereinquoll, in den Farben der Bilder und der Möbel sah das Ganze so lebendig aus, daß die Schauer des Gefühls, hier sei der Tod eingezogen, doppelt erschütternd wirkten. Dieses Gefühl, wie es mich beherrschte, mag wohl der Grund sein, daß auch früher fast keiner der großen Toten auf dem Sterbelager gemalt wurde. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das Sterbelager von Rubens war gewiß von Meisterschülern des Meisters umgeben, und doch hat ihn keiner gemalt.

*) s. o. S. 133.

Solcher Todesschauer ist künstlerisch nicht zu fassen. Nur einmal habe ich den Anreiz verspürt, einen aufgebahrten Toten zu malen. Das war vor dem Sarge Döllingers. Der Tapfere hatte im Leben ein rotes Gesicht, dessen lebendiges Mienenspiel kaum eine Vertiefung in die Architektur des prachtvollen Kopfes zuließ. Im Tode sah ich einen bleichen, herrlichen Dantekopf. Aber auch Döllinger habe ich nicht gemalt, und bei Bismarck kam noch dazu, daß der Profilanblick, das Typische des Kopfes, den breiten Schädel nicht zur Geltung kommen ließ und daß das Wesen fehlte — die Augen."

Der Bürgermeister Münchens v. Brunner aber, der amtlich mit einer kostbaren Kranzspende der bayerischen Hauptstadt in jenen Stunden in Friedrichsruh weilte, sagte später bei der Vorbereitung der großen Münchener Trauerfeier in engerem Kreise (am 8. August) den Mitbürgern: „Ich gestehe offen, daß ich heute noch von den in Friedrichsruh empfangenen Eindrücken beherrscht werde, und wer an der Bahre Bismarcks stand, wird einen Eindruck fürs ganze Leben mitbekommen."*)

Der Kaiser hatte auf seiner Nordlandsreise in Bergen (Norwegen) am Sonntagmorgen, den 31. Juli, die Trauernachricht durch die sogleich nach dem Tode des Fürsten Sonnabend nachts in Friedrichsruhe aufgegebene Depesche Schweningers erhalten: „An Se. Majestät den Deutschen Kaiser. Melde Ew. Majestät unterthänigst, daß Se. Durchlaucht Fürst Bismarck soeben verstorben ist." Unverzüglich erklärte der Kaiser seine Nordlandsreise für beendet und befahl die Rückkehr nach Kiel für Montag den 1. August. Zugleich befahl er eine Ehrenwache des Altonaer 31. Infanterieregiments nach Friedrichsruh, die im Laufe des 31. Juli hier eintraf, bestehend aus dem Hauptmann v. Minkwitz, zwei Leutnants und 60 Mann. Dieselbe hatte namentlich die Bestimmung, den Zudrang des Publi-

*) Mir war leider aus persönlichen Behinderungsgründen der letzte Blick auf den großen Toten versagt, obwohl mein verehrter Freund Dr. Heinrich v. Poschinger mich nach Friedrichsruh einlud und mir neben sich in Aumühle auch Quartier anbot, wofür ich ihm hier öffentlich noch einmal danke.

kums fern zu halten und dem Sterbehause die friedliche Stille zu sichern, die den Verhältnissen entsprach. Am 31. Juli sandte der Kaiser ferner folgendes Telegramm an den Fürsten Herbert Bismarck: „In tiefer Trauer teilnehmend an dem Schmerze, der Sie alle um den teueren großen Toden erfaßt hat, beklage Ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit am Werke der Wiedervereinigung des Vaterlandes ihm die Freundschaft Meines in Gott ruhenden Grostvaters, des großen Kaisers Majestät, für das Leben erwarb und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volkes für alle Zeit." Zugleich zeigte er an, daß er mit der Kaiserin am 2. August in Friedrichsruh eintreffen werde.

Am Vormittag desselben Tages fand im Sterbezimmer die Abendmahlsfeier der Familie statt. Tags zuvor war auch die greise Schwester Bismarcks, Frau von Arnim, in Friedrichsruh eingetroffen und hatte dem in schlicht bürgerlichen Gewande, ohne Orden oder sonstigen Schmuck im Sarge liegenden Bruder drei weiße Rosen in die erstarrte Hand gedrückt. Auch Graf August v. Bismarck war eingetroffen. Über die Familientrauerfeier berichten die „Hamburger Nachrichten" aus Friedrichsruh: „Um halb elf Uhr begaben sich sämtliche Mitglieder der fürstlichen und der gräflich Bismarck'schen und Rantzau'schen Familie zur Entgegennahme des heiligen Abendmahls in das Sterbezimmer.*) Außer den Familienmitgliedern nahmen noch die nahe Freundin des fürstlichen Hauses und Gutsnachbarin der Friedrichsruher Herrschaften, Frau Baronin v. Merck, sowie einige andere Gäste an der heiligen Handlung teil. Als Geistlicher fungierte der bei allen kirchlichen Handlungen im Hause des Fürsten zugezogene, für den Ort Friedrichsruh zuständige Pastor Westphal von Brunstorf. Während der Dauer der heutigen Handlung blieb das nach dem Park zu liegende Fenster geschlossen und verhängt, so daß alles natürliche Licht abgeschlossen

*) Als Abendmahlstafel diente der Tisch, auf dem am 10. Mai 1871 der Frankfurter Friede unterzeichnet wurde.

war; die feierliche ernste Stimmung, die der Anblick des Totengemaches hervorruft, wurde durch den rötlichen Kerzenschein, der das Dunkel nur spärlich durchdrang, bedeutend verstärkt.

„Die Ausstattnng des Zimmers, in dem der Sarg des Fürsten steht, war, bis die ersten Blumengrüße an den entschlafenen Heros des deutschen Volkes sich auf und um den Sarg häuften, überaus einfach, wie es dem Sinne des Dahingeschiedenen entspricht. Der Sarg steht ungefähr auf derselben Stelle, wo das Bett des Fürsten gestanden hat, in dem er seinen letzten Atemzug gethan. Eine kleine Gruppe von Koniferen, Buchsbaum und Lorbeer umschließt das Kopfende des auf nicht sehr hohem Katafalk stehenden Sarges. Eine dicht unterm Plafond beginnende etwa anderthalb Meter breite schwarze Tuchdrapierung mit Silberfranzen zieht sich um die vier Wände des Zimmers. Zwei kunstvolle, zwölfarmige, silberne Leuchter aus dem Familienbesitze der fürstlich Bismarckschen Familie stehen am Ende des Sarkophages, zu Füßen zwei mächtige Altarkerzen, deren rötlich-gelbe Färbung gegen das blendende Weiß der Stearinlichte auf den übrigen Leuchtern merkwürdig absticht. Zwischen dem Kachelofen und dem Fußende des Sarges ist ein winziger mit schwarzem Stoff bekleideter Altar aufgestellt. Eine alte Bibel, deren stark abgegriffener Zustand von häufigem Gebrauch Zeugnis gibt, liegt auf dem improvisierten Altar.

„Der obere Teil des Sargdeckels trägt vier Kränze, die von den nächsten Angehörigen des Entschlafenen dort niedergelegt worden sind. Drei davon sind aus Rosen, der unterste aus dunkelroten Nelken. Dieser letztere trägt auf der lang über das Fußende des Sarges herabhängenden Schleife die Inschrift: ›Bill und Sibylle‹ (Graf Wilhelm Bismarck und Gemahlin). Auch der Kranz des jetzigen Fürsten und seiner jungen Gemahlin trägt nur die Vornamen: ›Herbert und Marguerite.‹ Unterhalb des Sarges zu Füßen des toten Fürsten liegt der Kranz, den der Reichskanzler Fürst Hohenlohe überbrachte. Dicht daneben hat der schöne Kranz vom Generalkommando des IX. Armeekorps Platz gefunden. Zur

Rechten der Leiche liegen die Kränze der Beamten Varzins und der Beamten des Sachsenwaldes. Den etwa ein Quadratmeter großen Raum zwischen Sarg und Altar füllt gänzlich das kunstvolle Palmen- und Blumenstück aus, das von dem Magistrate und den Stadtverordneten der Stadt Altona übersandt wurde. Unter den übrigen Kranzspenden sei noch diejenige des preußischen Herrenhauses erwähnt, die durch die Herren Freiherr von Manteuffel und Hutten-Chapski heute früh überbracht worden war."

Das Kaiserpaar traf am 2. August abends 6 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow und des Gefolges in Friedrichsruh ein, der Kaiser in Admiralitätsuniform, die Kaiserin in Trauerkleidung. Ein Zug des 31. Infanterieregiments bildete Spalier. Der Bahnzug hielt vor dem Schloßhofe. Die Familie Bismarck empfing das Kaiserpaar am Wagenschlage. Der Kaiser küßte den Fürsten Herbert Bismarck auf beide Wangen, schüttelte Graf Wilhelm die Hand und betrat das Schloß. Hier verweilten die Majestäten eine Stunde und wohnten der von Pastor Westphal aus Brunstorf abgehaltenen Trauerfeier und Einsegnung der Leiche bei, an der etwa 30 Personen Teil nahmen. Die Feier begann mit einem Gemeindegesange. Dann hielt Pastor Westphal die Trauerrede über 1 Korinther 15, Vers 53—57: „Tod, wo ist dein Stachel, Hölle, wo ist dein Sieg?" und vollzog die Einsegnung. Abermaliger Gesang beschloß die Feier, während deren der Kaiser stand, die Kaiserin dagegen auf einem Sessel Platz nahm. Am Schlusse der Andacht hielt der Kaiser ein stummes Gebet und legte hierauf die kaiserliche Kranzspende am Sarge nieder; einen prachtvollen Kranz von Theerosen auf Lorbeerblättern mit Eichenlaub und den Initialen der Majestäten auf einer weißen Seidenschleife. Dann drückte er dem Pastor Westphal und dem alten treuen Kammerdiener Pinnow*) die Hand und unterhielt sich dann noch einige Zeit mit der trauernden Familie, namentlich mit der Schwester

*) Der Ende September durch die Gnade des Kaisers zum Portier des königlichen Schlosses Bellevue bei Berlin ernannt wurde.

des Geschiedenen, der Frau v. Arnim. Auch seinen Mausoleumsplan trug der Kaiser dem Fürsten Herbert hier nochmals vor, und als dieser bei dem ablehnenden Beschlusse der Familie beharrte, erklärte der Kaiser: er werde es sich aber nicht nehmen lassen, im Berliner Dom einen Sarkophag mit dem lebensgroßen Bildnis des Entschlafenen darauf zu errichten. Hierauf sprach der Kaiser noch alle Familienglieder einzeln an und begab sich dann, geleitet von der gesamten Familie Bismarck, mit der Kaiserin wieder zum Bahnsteig und an den Salonwagen zurück. Hier küßte der Kaiser weinend den Fürsten Herbert, dem die Thränen gleichfalls über die Wangen liefen. Gegen 7 Uhr setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Das Kaiserpaar grüßte noch lange durch die Fenster heraus. Das Publikum schwenkte schweigend Hüte und Tücher. Um 8 Uhr erhielt dann die Presse Zutritt zum Sterbezimmer.

Auch von den Nekrologen auf Bismarck erwähnen wir zuerst den erhabenen Nachruf des Kaisers. Er trug die feierliche Form eines an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gerichteten amtlichen Erlasses, war feinsinnig aus Friedrichsruh vom 2. August datiert, wurde durch eine Extraausgabe des Reichsanzeigers bekannt gegeben und lautet: „Mit Meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen Deutschen Volke stehe Ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen

Tafeln eingraben. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen: das, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und, wenn es Not thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!

Ich beauftrage Sie, diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Der „Reichsanzeiger" erschien am 1. August mit Trauerrand und brachte einen vom Geheimrat Dr. Koser — dem Nachfolger Heinrich von Sybels — verfaßten sehr umfänglichen Nachruf, an dessen Schlusse es hieß: „Wenn der Satz wahr ist, daß die Staaten erhalten werden durch den Geist und die Kraft, darin sie gegründet wurden, so wird der Name des Fürsten Bismarck uns ein Wahrzeichen und eine Verkündigung bleiben für alle Zeiten und wie einst Bismarck zu Frankfurt frei heraus erklärte: »ein Preußen, welches der Erbschaft des Großen Friedrich entsagen könne, bestehe in Europa nicht«, so wird ein Deutsches Reich in keiner Zukunft bestehen können, ohne das Festhalten an dem Vermächtnis seines Begründers, des ersten Hohenzoller'schen Kaisers und seines großen Kanzlers."

Das „Militär-Wochenblatt", das Hauptorgan des deutschen Heeres, schrieb: „Gott hat den Mann abberufen, der als Erster unter unserm großen Kaiser dazu ausersehen war, das seit Jahrhunderten zerrissene Deutsche Reich wieder zu einigen. Ganz Deutschland, ja die ganze civilisierte Welt durchzittert bei der Nachricht vom Tode des gewaltigen Mannes ein ehrfurchtsvoller Schauer, und jeder, ob Freund oder Feind, beugt sich unwillkürlich vor der Geistesgröße des Heimgegangenen. Das Heer war das vornehmste Werkzeug zur Durchführung der weitausschauenden, kühnen Pläne Fürst Bismarcks, das Schwert, mit dem er den gordischen Knoten durchhaute und die deutsche Frage löste. Trauernd steht das Volk in Waffen mit dem übrigen Deutschland an seiner Bahre und die

angstvolle Frage will sich in unserem Herzen nicht unterdrücken lassen: Wird Deutschland auch in Zukunft so wie in den Tagen Bismarcks seine Stellung unter den Völkern behaupten können? Wird es nicht heißen: ›Müssen uns drücken von Ort zu Ort, der alte Respekt ist eben fort!‹ Aber wahrlich, wir wären des großen Kaisers und seiner Paladine nicht wert, wenn die Trauer unsere Herzen jetzt kleinmütig machen würde. Die junge Generation wird zeigen, welche Erziehung sie in großer Zeit genossen hat; wie ein Phönix aus der Asche, so erhebt sich bereits die patriotische Glut an allen Orten bei der Trauerkunde vom Tode Bismarcks. ›Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt‹, das ist das vornehmste Erbteil, das unser eiserner Reichskanzler seinem Volke, das er mit ganzer Seele liebte, hinterlassen hat. In dem furcht- und rücksichtslosen Eintreten für das, was er als Wahrheit und Pflicht erkannt hatte, in dem hierdurch wunderbar geschärften Blick lag das Geheimnis seiner Erfolge; unsterblich wird er unter uns fortleben. Wir aber wollen seinem Namen Ehre machen und mit ›Volldampf voraus‹ auch ferner den alten Kurs steuern. Das walte Gott!"

Die gesamte deutsche Presse — mit wenigen traurigen Ausnahmen, die um so greller hervorstachen — war in ihrer Totenklage einig darin, daß der größte deutsche Staatsmann, der Einiger unseres Volkes und Vaterlandes, uns entrissen sei. Selbst die radikale und ultramontane Presse mußte das anerkennen, wenn sie auch natürlich dem großen Toten allerlei Übles nachzusagen hatte und sogar große politische Fehler, welche die staatsweisen Lenker dieser Blätter an Bismarcks Stelle jedenfalls vermieden haben würden. Zu diesen Staatsweisen gehörte selbstverständlich auch Herr Stöcker, der seine Bismarck weit überlegene Einsicht in seiner Zeitung „das Volk" aufleuchten ließ. Nur ganz wenige Preßbengel, wie Dr. Sigl im bayerischen „Vaterland" und die Leiter der sozialdemokratischen Münchener „Post" und des „sozialdemokratischen Centralorgans Vorwärts" konnten sich nicht versagen, dem toten Löwen noch ein paar Eselsfußtritte zu versetzen. Der „Vorwärts"

leistete seinen Lesern folgenden Blödsinn über Bismarck: „Bismarck hat Europa in die »Barbarei des Militarismus« gestürzt; es gab für ihn »ebensowenig moralische und kulturelle Faktoren, wie moralische und kulturelle Ideale.« Er hat mit »würdeloser Kleinlichkeit« jeden Gegner über das Grab hinaus verfolgt und mit derselben »würdelosen Kleinlichkeit« hat er sich 1890 an sein Amt angeklammert; »er hat nicht verstanden, zu rechter Zeit zu sterben«; er hat »seine ohnmächtige Rachsucht« an seinen persönlichen Feinden zu stillen gesucht: er hat zur »niedersten Wauwau-Politik, zu den Cirkuspraktiken des Manipulierens seine Zuflucht genommen«; er hat den »Augiasstall finanzieller und politischer Korruption bergehoch mit Schmutz angehäuft.«“ Bald darauf aber mußte dasselbe Blatt in einem Artikel: „die Sozialreform des Fürsten Bismarck“ dem so pöbelhaft Verleumdeten unfreiwillig selbst ein Ruhmesdenkmal setzen, indem der „Vorwärts“ zu dem Ergebnis gelangte: „So ist in der That, trotz aller widerspruchsvollen äußeren Organisationsformen, ein wirkliches System der Arbeiterversicherung zum Ausbau gekommen, das mit dem Namen des Fürsten Bismarck wohl immer verknüpft bleiben wird. Daß er die freien Kassen und Gewerkschaften der Arbeiter vielfach verkümmert hat, ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist jedoch, daß auch das entwickeltste freie Kassenwesen — das in England — die arbeitsunfähigen Arbeiter in Tausenden von Fällen unentschädigt läßt, in denen sie bei uns in Deutschland, wenn auch mit minimalen Beträgen, der Unterstützung gewiß sind .... Das persönliche Verdienst des Fürsten Bismarck war die unbestreitbare Energie, mit der er den einmal gefaßten Entschluß gegen alle Widerstände, selbst aus konservativen Kreisen, durchführte; ohne den überragenden Einfluß des Fürsten wären die Vorlagen, die so oft ins Stocken gerieten, vielleicht ganz zum Scheitern gekommen.“ In seiner unbestechlichen und unübertrefflichen Wahrheitsliebe vergaß der „Vorwärts“ leider nur ganz zu erwähnen, daß die biedere Sozialdemokratie im Reichstag und draußen gegen diese großartige Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung Bismarcks nach Kräften gewühlt und gestimmt hatte.

[illegible] bemerkenswert ist auch der Umstand, daß das Organ des deutschen Arzneibuches die „Deutsche Medizinal-Zeitung" des großen Arztes Virchow, während die deutschen Ärzte gelegentlich einer umfassenden Kundgebung an Bismarck ihm übertrugen. Der genannte Arzt schrieb: „Nicht nur die Söhne unseres teuren Vaterlandes werden auch die deutsche Ärztewelt wie an der Tür des gewaltigen Staatsmannes unseres Jahrhunderts, dieses unsterblichen Genius. Den Triumphzug und Lorbeer des Deutschen Reiches dem Wiedererwecker der deutschen Nation verdankt wie in besonderer die Einigung aller deutscher Ärzte wie sie in deutschen Ärztevereinsbund eine sichtbare dauernde Verkörperung gefunden hat: erst nach dem Niederreißen der nationalen Schranken, welche den Norden vom Süden trennten, konnten alle deutschen Ärzte sich die Bruderhand reichen und sich zu zusammenschließen zu gemeinsamer Arbeit auf dem Boden der Humanität und Kollegialität. Welcher Anteil dem Wiedererwecker Otto v. Bismarck an der Einigung auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens und zum Heile des ärztlichen Standes in Preußen zugewiesen werden muß, wollen wir hier nicht weiter. Für das Deutsche Reich sind in der Zeit, in welcher der eiserne Kanzler die Regierung führte, eine Reihe bedeutender sanitärer Einrichtungen erwachsen, die zum Wohle des deutschen Vaterlandes und zur Förderung der gesamten medizinischen Wissenschaft in hohem Maße gewirkt haben. Die Pharmacopoea Germanica (1872), das kaiserliche Gesundheitsamt (1876), mit der ständigen Kommission zur Bearbeitung des deutschen Arzneibuches (1887), das Reichsimpfgesetz (1874), das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes (1875), das Reichsgesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln (1879), das Reichsgesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen (1880). Auch in der Geschichte des deutschen Gesundheitswesens ist der Name Otto v. Bismarck mit goldenen Lettern eingetragen."

Zu den wertvollsten, geschichtlich und wissenschaftlich bedeutsamsten Nachrufen sind aber namentlich zu rechnen die eingehenden

Aufsätze des Professors Dr. Karl Biedermann über „Bismarck und die Arbeiter“ (im „Leipziger Tageblatt“ vom 10. August) und des Professors Schmoller über „Bismarcks sozialpolitische Bedeutung“ (in den Blättern für „Soziale Praxis“). Auch der warme, begeisterte Nachruf, den Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau dem Fürsten in einem Erlaß an die deutsche Turnerschaft widmete, verdient rühmliche Erwähnung. Um so trauriger sticht dagegen der Nachruf ab, den Herr Splittgerber, der Chefredakteur der „Magdeburgischen Zeitung“, dem von ihm zeitlebens unverstandenen großen Helden widmete. Es war der einzige Mißton, der aus einem sich für „national“ haltenden deutschen Blatte heraustönte. Freilich hatte Fürst Bismarck das unverzeihliche Ungeschick begangen, durch seine innere und äußere Politik die „dreißigjährige“ Lieblingsidee des Herrn Splittgerber: die Vereinigung aller „Liberalen“ von Leopold Sonnemann, Haußmann und Eugen Richter bis Bennigsen, unmöglich zu machen, d. h. alle demokratisch-republikanischen „Liberalen“ von sich abzustoßen. Der Magdeburger Splitter- und Totenrichter schrieb daher wörtlich: „Im Verlaufe der dreißig Jahre haben wir in diesen Blättern nie aufgehört, darüber Klage zu führen, daß Bismarck, um augenblickliche Vorteile zu erreichen, die Parteien immer rücksichtslos gegen einander ausspielte und mit Virtuosität nach dem alten Worte: ›Entzwei' und gebiete‹ verfuhr, anstatt dem weiseren Rate zu folgen: ›Verein' und leite!‹ Als er vom Schauplatz zurücktrat, bot die innere Politik ein Bild größter Verworrenheit dar. Die Zustände, unter deren Nachwirkung wir ja heute noch stehen und voraussichtlich noch lange stehen werden, sind derart, daß man wohl mit Sorge in die Zukunft blicken muß. Als Bismarck das Steuerruder übernahm, gab es keine Sozialdemokratie und keine Centrumspartei. Und heute? Die verhängnisvollen Fehler, die schon allein in der Behandlung dieser Parteien von Hause aus gemacht worden sind, wird die Geschichte erst in späteren Tagen, wenn die Leidenschaft der Gegenwart verflogen sein wird, mit Sicherheit beurteilen können.“ Das „Leipziger Tageblatt“ bemerkte hiezu treffend: „Schade, daß Sybel

um Zwietracht in uns und in Europa. Bismarck war mehr nach der Richtung, die wir in der »Magdeburgischen Zeitung« vertreten, hinaus vergeblich vorgegangen. Verstanden haben wir, wie der Berliner sagt, ja in der That und wir haben nicht einmal die ganze Wahrheit gesagt. Denn ohne Bismarck gäbe es heute auch keine Welfenpartei, keine Dänischgesinnten in preußischem Boden, keine elsässischen Protestler und keinen Péroulède. Solche Kauze, wie der in der »Magdeburgischen Zeitung« einer ist, müßte es eigentlich nicht geben."

Höchst bemerkenswert ist, daß auch die große Mehrzahl der ausländischen Preßorgane in ihren Nekrologen auf Bismarck dessen unvergleichliche weltgeschichtliche Bedeutung in würdigster Weise, vielfach in begeisterten Worten anerkannte. So namentlich die österreichisch-ungarischen Blätter, die amtliche „Wiener Zeitung" an der Spitze. Ebenso die italienische Presse. Hier erklärte insbesondere das Organ Crispis: „Italien schließe sich der Trauer Deutschlands an; denn es werde nie vergessen, daß die Politik Bismarcks eines der Grundelemente seines eigenen Glückes bildete, und daß Bismarck ein wirksamer Mitarbeiter an der Herbeiführung der Einheit Italiens war." Ebenso sympathisch sprachen sich die Zeitungen der republikanischen Schweiz über den monarchischen deutschen Staatsmann aus, indem sie hauptsächlich betonten: „Die ganze Welt wisse Bismarck Dank für die Besonnenheit, mit welcher er nach schwer errungenen Siegen verstanden habe, den europäischen Frieden zu erhalten." Selbst die englische Presse schwang sich zu neidloser Bewunderung auf. Die „Times" sagten: seit Napoleon sei keine politische Persönlichkeit von so großer Bedeutung abberufen worden, als Bismarck; er sei der Mann der „rettenden That" gewesen. Der „Standard" und „Daily Telegraph" stellten ihn unter die geschichtlich bedeutendsten Menschen aller Zeiten. Die „Morning Post" pries — offenbar nicht ohne Seitenblick nach den schwächlichen englischen Staatsmännern — Bismarcks „Politik des Urteils, des Mutes und der Entschlossenheit" als Beispiel der „Nacheiferung". Die russische Presse erkannte ausnahmslos die

hervorragende Genialität und Größe des Dahingeschiedenen und sein Bestreben an, allezeit gute Beziehungen zum russischen Nachbar zu erhalten. In Spanien veröffentlichten die Blätter, trotz der fieberhaften Spannung des heißblütigen Volkes nach dem unglücklichen Kriege gegen Amerika, spaltenlange Nekrologe über Bismarck und deuteten dabei vielfach schmerzlich an, daß, so wie ein Genie ein ganzes Volk zu Macht und Ansehen bringe, unfähige Staatsmänner dasselbe Volk ins Unglück stürzen können.

Selbst der größte Teil der französischen Presse widmete dem großen Gegner wenigstens anständige Nachrufe. So erkannten „Les Debats" sogar an: „Daß Europa Bismarck Bewunderung schulde, wenn auch mit vielen Vorbehalten." Der ministerielle „Temps" sagte: „Frankreich verstehe es, teil zu nehmen an der Trauer seiner großen Gegner. Wenn Frankreich einer Revanche bedürfe, so würde es sie finden, wenn es hinhöre auf das gewaltige (?) Rollen dieses Meeres des Sozialismus, welcher das Werk des großen Mannes bedroht (?)." Die Anspielung war deutlich; sie zeigte, daß auch das heutige Frankreich, wie seinerzeit der Abenteurer Boulanger, die Hoffnungen eines siegreichen Revanchekrieges auf den besoldeten Landesverrat der deutschen Sozialdemokratie stützt. Halbwegs anständig hielten sich auch der „Gaulois", das „Siècle" und selbst die „Lanterne". Natürlich fehlte es daneben aber auch nicht an den wüstesten Schmähungen. Die „Liberté" warf Bismarck vor: er (?!) habe eine Ära des Hasses inauguriert, die früher oder später Ströme Blutes fließen lassen werde. Der „Rappel" schimpfte: „Bismarck war ein brutaler und blutdürstiger Feudaler. Seine ganze Geschicklichkeit bestand darin, zu lügen, um zu triumphieren, und zu triumphieren, um zu unterdrücken." Das „Petit Journal" zeterte: „Bismarck habe dem Gott (!) der Heuchelei und des Meuchelmordes gedient, und das, was seine Entstehung der Infamie verdankt" — was? ist leider nicht gesagt, vielleicht meint das Pariser Käseblatt sich selbst — „könne nicht groß sein." Die „Libre Parole" jauchzte im Jargon des Pariser Gamin, dem der Rohrstock des Lehrers die bessere

Hälfte nicht genügend gegeben hat: „Der alte Freibeuter kann niemand mehr ein Leid zufügen.“ Ohne Ahnung von der ungeheuren Komik ihrer Gemeinheiten, krönten Lucien Millevoye in der „Patrie“ und Cornély in „Figaro“ die edlen Schleusen ihres Bismarck-Hasses aus. Millevoye schrieb: „Unser Haß wird hoffentlich das Werk Bismarcks überleben. Die Grausamkeiten, die er während des Kriegsjahres 1870/71 begangen hat, sollten in einem Handbuche für die Schuljugend gesammelt werden.“ Also die Lügenschulbücher, mit denen jetzt schon die armen Kinder Frankreichs versehen werden, sind dem edeln Patrioten noch nicht lügenhaft genug. Welche Meisterschaft in dem sauberen Lügenhandwerk er freilich selbst erklommen hat, geht aus dem Schlusse des Artikels deutlich hervor, wo Bismarck dafür verantwortlich gemacht wird, daß die grauenhafte Verkommenheit Frankreichs, welche der Dreyfus-Handel offenbart, „niederträchtigen Verrätern erlaubt, Frankreich ungestraft zu morden“. Von noch weit größerer Begabung für unfreiwillige Komik ist jedoch unstreitig Mr. Cornély, der im „Figaro“ — nach einer strotzenden Blütenlese durftigsten Blödsinns über Bismarck — zu dem tiefsinnigen Ergebnis gelangt: „Er war halb Titane, halb Portier, alles in allem sehr modern.“ Es wäre jedenfalls interessant, wenn uns Mr. Cornély einmal in einer Mußestunde die „modernen Halb-Titanen“ Frankreichs vorführen wollte, die ihm bei seinem Phantasiebilde von Bismarck Modell gestanden haben. Die Aufzählung französischer Portiers wollen wir ihm gern schenken. Sie wäre zu umfangreich, da Frankreich damit ja die ganze Welt versorgt. Aus ihrer reichen persönlichen Kenntnis der unsaubersten Elemente verglich endlich die sozialdemokratische „Petite République“, ihren Maßstab zur Unzeit an andere legend, Bismarck mit „den größten Verbrechern“.

In gleich kindischem Haß tobten sich die Polenblätter, namentlich „Czas“ und „Reforma“ aus. Der ernste dichtete Bismarck „satanische Bosheit“ an. Das Blatt weiß jedenfalls in diesem Kapitel genau Bescheid.

Zum Schlusse dieser gedrängten Wiedergabe einige der zahl-

losen Preßstimmen bei Bismarcks Tod muß noch des wunderlichen Ungeschicks der Berliner Polizei bei diesem erschütternden nationalen Trauerfall gedacht werden. Die meisten deutschen und selbst zahlreiche ausländische Polizeiverwaltungen, z. B. die in Pest, hatten für die Nacht des 30./31. Juli die Vorschriften über die Sonntagsruhe aufgehoben, um den heimischen Blättern die Möglichkeit zu geben, am Morgen des 31. Juli die Trauernachrichten aus Friedrichsruh zu veröffentlichen. Die Berliner Presse bestürmte ihr Polizeipräsidium mit der nämlichen Bitte und stellte dabei vor, daß ja bei „Naturereignissen" die Vorschriften über die Sonntagsruhe nach dem Gesetz überhaupt außer Kraft treten. Darauf erfloß jedoch der großartige Bescheid: „Der Tod des Fürsten Bismarck ist kein Naturereignis."

Auf viele Tausende beliefen sich die Beileidskundgebungen, die als Telegramme, Schreiben und Adressen und meist in Begleitung von Kranzspenden in jenen Tagen und Wochen im Trauerhause zu Friedrichsruh eintrafen. Sie waren schon am 3. August so zahlreich, daß Fürst Herbert bereits an diesem Tage folgende Erklärung in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlichte: „Die zahllosen Äußerungen von tiefem Schmerz und warmem Empfinden, welche dem unauslöschlichen Andenken meines großen Vaters gelten, nehmen einen so überwältigenden Umfang an, daß es unmöglich erscheint, den Leidtragenden für ihre Treue bis über den Tod hinaus im einzelnen zu danken. Aus allen fünf Weltteilen hallt der Kummer, der die Familie an dem Sarge niederbeugt, in rührender Teilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kundgebung beantworten zu können. Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen allen, die durch Trostesworte und Blumenspenden von nie gesehener Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben. H. Bismarck."

Von Zeit zu Zeit teilten die „Hamburger Nachrichten" die durch die Person oder Stellung der Absender bedeutsamsten dieser

Beileidsbezeugungen im Wortlaut mit. Wir unsrerseits können in dem uns zugemessenen Raum nur den kleinsten Teil derselben aufzählen. Sämtliche deutsche Bundesfürsten und Senate der Freien Städte sandten Beileidstelegramme — mit alleiniger Ausnahme des Fürsten von Reuß älterer Linie, in dessen Fürstentum auch keinerlei amtliche Trauerfeier für Bismarck veranstaltet wurde. Auf eine diese peinliche Angelegenheit berührende Frage gab ein orthodox-partikularistischer Hofbeamter des Beherrschers aller Reußen älterer Linie die köstliche Antwort: „Wir kennen keinen Bismarck." Auch die Mitglieder der fürstlichen Häuser Deutschlands kondolierten wohl vollzählig telegraphisch. So vor allem die Kaiserin Augusta Viktoria, die Kaiserin Friedrich, Prinz Heinrich, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, die Prinzessin Heinrich durch Entsendung ihres Hofmarschalls nach Friedrichsruh, Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, Prinz Georg von Preußen, die Prinzen Leopold und Ludwig von Bayern, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, zugleich als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, der Erbprinz und die Erbprinzessin Reuß jüngerer Linie, Prinz Georg und Friedrich August von Sachsen, der Erbgroßherzog, der Prinz Max und die Prinzessin Wilhelm von Baden, Prinz Bernhard von Meiningen nebst Gemahlin u. s. w.

Auch alle ausländischen Souveräne und Staatslenker sandten herzliche Beileidstelegramme — mit Ausnahme des Zaren und des Präsidenten Faure von Frankreich —, namentlich auch der Papst, der sich schon vor Bismarcks Tod angelegentlich nach dessen Gesundheit erkundigt hatte, der Sultan, der Schah von Persien, der König von Serbien, der Prinz von Wales, Mitglieder des russischen Kaiserhauses, der Kronprinz von Schweden und Gemahlin u. s. w. Die deutschen Minister und Botschafter bezeugten natürlich sämtlich ihr tiefgefühltes Beileid, ebenso Bischof Kardinal Kopp und nicht minder der gesamte deutsche Bundesrat in einer bedeutsamen Adresse. Aber auch die meisten ausländischen Minister und Staatsmänner sprachen telegraphisch ihr herzliches Beileid aus; als einer der ersten Francesco Crispi, dann Graf Goluchowski in

Wien, Baron Banffy in Pest, Graf Paul Schuwaloff, Graf Andrassy, Lord Salisbury, Lord Roseberry, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, White, der türkische und chinesische Gesandte daselbst, Präsident Krüger in Transvaal, General Graf Lanza in Turin, der rumänische Minister Stourdza, zugleich im Namen seines Königs, aus Moskau, Marschall Kamphoevener nebst Familie aus Konstantinopel u. s. w.

Prinzregent Luitpold von Bayern, der schon an die ganze fürstliche Familie Bismarck ein rührendes Beileidstelegramm und einen Kranz von Edelweiß als „letzten Gruß aus Bayerns Bergen" gesandt hatte, ließ sich nicht nehmen, auch dem Grafen Rantzau besonders noch seine Teilnahme auszusprechen, ebenso Prinz Arnulf von Bayern und der Fürst von Hohenzollern. An Bismarcks einzige Tochter, die Gräfin Rantzau, sandten noch besondere Kondolenztelegramme: die Kaiserin Friedrich, Prinzessin Heinrich, die Großherzogin von Baden, die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, Prinzessin von Preußen, Herzog und Herzogin Karl in Bayern, Großherzogin Marie von Mecklenburg.

Zahllos waren die Beileidsbezeigungen der deutschen und österreichischen Städte und Korporationen, wie z. B. der Handelskammern. Die „Hamburger Nachrichten" erklärten am 9. August, daß außer den von ihnen veröffentlichten Beileidstelegrammen „noch Tausende von hervorragenden Persönlichkeiten, Städten, Vereinen, Handelskammern, Privaten u. s. w. vorliegen. Wir können sie unmöglich alle veröffentlichen. Bei ihrer Durchsicht fiel uns bei allen aus den österreichischen Kronländern und Provinzen — so weit die deutsche Zunge klingt — stammenden Depeschen der besonders herzliche und warme Ton wohlthuend auf, in dem sie durchgehends gehalten sind". Von den in dem Hamburger Blatte veröffentlichten Telegrammen erwähnen wir nur noch diejenigen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, des Verbandes alter Burschenschafter, des Hamburger Bismarck-Denkmal-Komitees, der „Getreuen von Jever", des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des deutschen Handelstages, des Vereins

angstvolle Frage will sich in unserem Herzen nicht unterdrücken lassen: Wird Deutschland auch in Zukunft so wie in den Tagen Bismarcks seine Stellung unter den Völkern behaupten können? Wird es nicht heißen: »Müssen uns drücken von Ort zu Ort, der alte Respekt ist eben fort!« Aber wahrlich, wir wären des großen Kaisers und seiner Paladine nicht wert, wenn die Trauer unsere Herzen jetzt kleinmütig machen würde. Die junge Generation wird zeigen, welche Erziehung sie in großer Zeit genossen hat; wie ein Phönix aus der Asche, so erhebt sich bereits die patriotische Glut an allen Orten bei der Trauerkunde vom Tode Bismarcks. »Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt«, das ist das vornehmste Erbteil, das unser eiserner Reichskanzler seinem Volke, das er mit ganzer Seele liebte, hinterlassen hat. In dem furcht- und rücksichtslosen Eintreten für das, was er als Wahrheit und Pflicht erkannt hatte, in dem hierdurch wunderbar geschärften Blick lag das Geheimnis seiner Erfolge; unsterblich wird er unter uns fortleben. Wir aber wollen seinem Namen Ehre machen und mit »Volldampf voraus« auch ferner den alten Kurs steuern. Das walte Gott!“

Die gesamte deutsche Presse — mit wenigen traurigen Ausnahmen, die um so greller hervorstachen — war in ihrer Totenklage einig darin, daß der größte deutsche Staatsmann, der Einiger unseres Volkes und Vaterlandes, uns entrissen sei. Selbst die radikale und ultramontane Presse mußte das anerkennen, wenn sie auch natürlich dem großen Toten allerlei Übles nachzusagen hatte und sogar große politische Fehler, welche die staatsweisen Lenker dieser Blätter an Bismarcks Stelle jedenfalls vermieden haben würden. Zu diesen Staatsweisen gehörte selbstverständlich auch Herr Stöcker, der seine Bismarck weit überlegene Einsicht in seiner Zeitung „das Volk“ aufleuchten ließ. Nur ganz wenige Preßbengel, wie Dr. Sigl im bayerischen „Vaterland“ und die Leiter der sozialdemokratischen Münchener „Post“ und des „sozialdemokratischen Centralorgans Vorwärts“ konnten sich nicht versagen, dem toten Löwen noch ein paar Eselsfußtritte zu versetzen. Der „Vorwärts“

leistete seinen Lesern folgenden Blödsinn über Bismarck: „Bismarck hat Europa in die »Barbarei des Militarismus« gestürzt; es gab für ihn »ebensowenig moralische und kulturelle Faktoren, wie moralische und kulturelle Ideale.« Er hat mit »würdeloser Kleinlichkeit« jeden Gegner über das Grab hinaus verfolgt und mit derselben »würdelosen Kleinlichkeit« hat er sich 1890 an sein Amt angeklammert; »er hat nicht verstanden, zu rechter Zeit zu sterben«; er hat »seine ohnmächtige Rachsucht« an seinen persönlichen Feinden zu stillen gesucht: er hat zur »niedersten Wauwau-Politik, zu den Cirkuspraktiken des Manipulierens seine Zuflucht genommen«; er hat den »Augiasstall finanzieller und politischer Korruption bergehoch mit Schmutz angehäuft.«“ Bald darauf aber mußte dasselbe Blatt in einem Artikel: „die Sozialreform des Fürsten Bismarck“ dem so pöbelhaft Verleumdeten unfreiwillig selbst ein Ruhmesdenkmal setzen, indem der „Vorwärts“ zu dem Ergebnis gelangte: „So ist in der That, trotz aller widerspruchsvollen äußeren Organisationsformen, ein wirkliches System der Arbeiterversicherung zum Ausbau gekommen, das mit dem Namen des Fürsten Bismarck wohl immer verknüpft bleiben wird. Daß er die freien Kassen und Gewerkschaften der Arbeiter vielfach verkümmert hat, ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist jedoch, daß auch das entwickeltste freie Kassenwesen — das in England — die arbeitsunfähigen Arbeiter in Tausenden von Fällen unentschädigt läßt, in denen sie bei uns in Deutschland, wenn auch mit minimalen Beträgen, der Unterstützung gewiß sind .... Das persönliche Verdienst des Fürsten Bismarck war die unbestreitbare Energie, mit der er den einmal gefaßten Entschluß gegen alle Widerstände, selbst aus konservativen Kreisen, durchführte; ohne den überragenden Einfluß des Fürsten wären die Vorlagen, die so oft ins Stocken gerieten, vielleicht ganz zum Scheitern gekommen.“ In seiner unbestechlichen und unübertrefflichen Wahrheitsliebe vergaß der „Vorwärts“ leider nur ganz zu erwähnen, daß die biedere Sozialdemokratie im Reichstag und draußen gegen diese großartige Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung Bismarcks nach Kräften gewühlt und gestimmt hatte.

Sehr bemerkenswert ist auch der Nachruf, den das Organ des deutschen Ärztebundes, die „Deutsche Medizinische Wochenschrift" dem großen Toten widmete, während die deutschen Ärzte gleichzeitig einen umflorten Lorbeerkranz an Bismarcks Bahre niederlegten. Das genannte Blatt schreibt: „Nicht nur als Söhne unseres teuren Vaterlandes, sondern auch als deutsche Ärzte trauern wir um den Tod des gewaltigsten Staatsmannes unseres Jahrhunderts, dieses unsterblichen Genius. Dem Mitschöpfer und Vollender des Deutschen Reiches, dem Wiedererwecker der deutschen Nation verdanken wir im besonderen die Einigung aller deutschen Ärzte, wie sie im deutschen Ärztevereinsbund eine sichtbare, dauernde Verkörperung gefunden hat: erst nach dem Niedersinken der politischen Schranken, welche den Norden vom Süden trennten, konnten alle deutschen Ärzte sich die Bruderhand reichen und sich fest zusammenschließen zu gemeinsamer Arbeit auf dem Boden der Humanität und Kollegialität. Welcher Anteil dem Ministerpräsidenten Otto v. Bismarck an den Schöpfungen auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens und zum Besten des ärztlichen Standes in Preußen zugewiesen werden muß, wollen wir hier nicht prüfen. Für das Deutsche Reich sind in der Zeit, in welcher der eiserne Kanzler die Regierung führte, eine Reihe bedeutender sanitärer Einrichtungen erstanden, die zum Wohle des deutschen Vaterlandes und zur Förderung der gesamten medizinischen Wissenschaft in hohem Maße gewirkt haben. Die Pharmacopoea Germanica (1872), das kaiserliche Gesundheitsamt (1876), mit der ständigen Kommission zur Bearbeitung des deutschen Arzneibuches (1887), das Reichsimpfgesetz (1874), das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes (1875), das Reichsgesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln (1879), das Reichsgesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen (1880). Auch in der Geschichte des deutschen Gesundheitswesens ist der Name Otto v. Bismarck mit goldenen Lettern eingetragen."

Zu den wertvollsten, geschichtlich und wissenschaftlich bedeutsamsten Nachrufen sind aber namentlich zu rechnen die eingehenden

Aufsätze des Professors Dr. Karl Biedermann über „Bismarck und die Arbeiter“ (im „Leipziger Tageblatt“ vom 10. August) und des Professors Schmoller über „Bismarcks sozialpolitische Bedeutung“ (in den Blättern für „Soziale Praxis“). Auch der warme, begeisterte Nachruf, den Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau dem Fürsten in einem Erlaß an die deutsche Turnerschaft widmete, verdient rühmliche Erwähnung. Um so trauriger sticht dagegen der Nachruf ab, den Herr Splittgerber, der Chefredakteur der „Magdeburgischen Zeitung“, dem von ihm zeitlebens unverstandenen großen Helden widmete. Es war der einzige Mißton, der aus einem sich für „national“ haltenden deutschen Blatte heraustönte. Freilich hatte Fürst Bismarck das unverzeihliche Ungeschick begangen, durch seine innere und äußere Politik die „dreißigjährige“ Lieblingsidee des Herrn Splittgerber: die Vereinigung aller „Liberalen“ von Leopold Sonnemann, Haußmann und Eugen Richter bis Bennigsen, unmöglich zu machen, d. h. alle demokratisch-republikanischen „Liberalen“ von sich abzustoßen. Der Magdeburger Splitter- und Totenrichter schrieb daher wörtlich: „Im Verlaufe der dreißig Jahre haben wir in diesen Blättern nie aufgehört, darüber Klage zu führen, daß Bismarck, um augenblickliche Vorteile zu erreichen, die Parteien immer rücksichtslos gegen einander ausspielte und mit Virtuosität nach dem alten Worte: »Entzwei' und gebiete« verfuhr, anstatt dem weiseren Rate zu folgen: »Verein' und leite!« Als er vom Schauplatz zurücktrat, bot die innere Politik ein Bild größter Verworrenheit dar. Die Zustände, unter deren Nachwirkung wir ja heute noch stehen und voraussichtlich noch lange stehen werden, sind derart, daß man wohl mit Sorge in die Zukunft blicken muß. Als Bismarck das Steuerruder übernahm, gab es keine Sozialdemokratie und keine Centrumspartei. Und heute? Die verhängnisvollen Fehler, die schon allein in der Behandlung dieser Parteien von Hause aus gemacht worden sind, wird die Geschichte erst in späteren Tagen, wenn die Leidenschaft der Gegenwart verflogen sein wird, mit Sicherheit beurteilen können.“ Das „Leipziger Tageblatt“ bemerkte hiezu treffend: „Schade, daß Sybel

und Treitschke tot sind und ihr Urteil über Bismarck nicht mehr nach der Richtschnur, die »wir« in der »Magdeburgischen Zeitung« dreißig Jahre hindurch vergeblich vorgezeichnet, berichtigen können. »Wir« haben, wie der Berliner sagt, ja so recht und »wir« haben nicht einmal die ganze Wahrheit gesagt. Denn ohne Bismarck gäbe es heute auch keine Welfenpartei, keine Dänischgesinnten auf preußischem Boden, keine elsässischen Protestler und keinen Déroulède. Solche Käuze, wie der in der »Magdeburgischen Zeitung« einer ist, müßte es eigentlich nicht geben."

Höchst bemerkenswert ist, daß auch die große Mehrzahl der ausländischen Preßorgane in ihren Nekrologen auf Bismarck dessen unvergleichliche weltgeschichtliche Bedeutung in würdigster Weise, vielfach in begeisterten Worten anerkannte. So namentlich die österreichisch-ungarischen Blätter, die amtliche „Wiener Zeitung" an der Spitze. Ebenso die italienische Presse. Hier erklärte insbesondere das Organ Crispis: „Italien schließe sich der Trauer Deutschlands an; denn es werde nie vergessen, daß die Politik Bismarcks eines der Grundelemente seines eigenen Glückes bildete, und daß Bismarck ein wirksamer Mitarbeiter an der Herbeiführung der Einheit Italiens war." Ebenso sympathisch sprachen sich die Zeitungen der republikanischen Schweiz über den monarchischen deutschen Staatsmann aus, indem sie hauptsächlich betonten: „Die ganze Welt wisse Bismarck Dank für die Besonnenheit, mit welcher er nach schwer errungenen Siegen verstanden habe, den europäischen Frieden zu erhalten." Selbst die englische Presse schwang sich zu neidloser Bewunderung auf. Die „Times" sagten: seit Napoleon sei keine politische Persönlichkeit von so großer Bedeutung abberufen worden, als Bismarck; er sei der Mann der „rettenden That" gewesen. Der „Standard" und „Daily Telegraph" stellten ihn unter die geschichtlich bedeutendsten Menschen aller Zeiten. Die „Morning Post" pries — offenbar nicht ohne Seitenblick nach den schwächlichen englischen Staatsmännern — Bismarcks „Politik des Urteils, des Mutes und der Entschlossenheit" als Beispiel der „Nacheiferung". Die russische Presse erkannte ausnahmslos die

hervorragende Genialität und Größe des Dahingeschiedenen und sein Bestreben an, allezeit gute Beziehungen zum russischen Nachbar zu erhalten. In Spanien veröffentlichten die Blätter, trotz der fieberhaften Spannung des heißblütigen Volkes nach dem unglücklichen Kriege gegen Amerika, spaltenlange Nekrologe über Bismarck und deuteten dabei vielfach schmerzlich an, daß, so wie ein Genie ein ganzes Volk zu Macht und Ansehen bringe, unfähige Staatsmänner dasselbe Volk ins Unglück stürzen können.

Selbst der größte Teil der französischen Presse widmete dem großen Gegner wenigstens anständige Nachrufe. So erkannten „Les Debats" sogar an: „Daß Europa Bismarck Bewunderung schulde, wenn auch mit vielen Vorbehalten." Der ministerielle „Temps" sagte: „Frankreich verstehe es, teil zu nehmen an der Trauer seiner großen Gegner. Wenn Frankreich einer Revanche bedürfe, so würde es sie finden, wenn es hinhöre auf das gewaltige (?) Rollen dieses Meeres des Sozialismus, welcher das Werk des großen Mannes bedroht (?)." Die Anspielung war deutlich; sie zeigte, daß auch das heutige Frankreich, wie seinerzeit der Abenteurer Boulanger, die Hoffnungen eines siegreichen Revanchekrieges auf den besoldeten Landesverrat der deutschen Sozialdemokratie stützt. Halbwegs anständig hielten sich auch der „Gaulois", das „Siècle" und selbst die „Lanterne". Natürlich fehlte es daneben aber auch nicht an den wüstesten Schmähungen. Die „Liberté" warf Bismarck vor: er (?!) habe eine Ära des Hasses inauguriert, die früher oder später Ströme Blutes fließen lassen werde. Der „Rappel" schimpfte: „Bismarck war ein brutaler und blutdürstiger Feudaler. Seine ganze Geschicklichkeit bestand darin, zu lügen, um zu triumphieren, und zu triumphieren, um zu unterdrücken." Das „Petit Journal" zeterte: „Bismarck habe dem Gott (!) der Heuchelei und des Meuchelmordes gedient, und das, was seine Entstehung der Infamie verdankt" — was? ist leider nicht gesagt, vielleicht meint das Pariser Käseblatt sich selbst — „könne nicht groß sein." Die „Libre Parole" jauchzte im Jargon des Pariser Gamin, dem der Rohrstock des Lehrers die bessere

Hälfte nicht genügend gegerbt hat: „Der alte Freibeuter kann niemand mehr ein Leid zufügen.“ Ohne Ahnung von der ungeheuren Komik ihrer Gemeinheiten, strömten Lucien Millevoye in der „Patrie“ und Cornély im „Figaro“ die eklen Schleusen ihres Bismarck-Hasses aus. Millevoye schrieb: „Unser Haß wird hoffentlich das Werk Bismarcks überleben. Die Grausamkeiten, die er während des Kriegsjahres 1870/71 begangen hat, sollten in einem Handbuche für die Schuljugend gesammelt werden.“ Also die Lügenschulbücher, mit denen jetzt schon die armen Kinder Frankreichs versehen werden, sind dem edeln Patrioten noch nicht lügenhaft genug. Welche Meisterschaft in dem sauberen Lügenhandwerk er freilich selbst erklommen hat, geht aus dem Schlusse des Artikels deutlich hervor, wo Bismarck dafür verantwortlich gemacht wird, daß die grauenhafte Versunkenheit Frankreichs, welche der Dreyfus-Handel offenbart, „niederträchtigen Verrätern erlaubt, Frankreich ungestraft zu morden“. Von noch weit größerer Begabung für unfreiwillige Komik ist jedoch unstreitig Mr. Cornély, der im „Figaro“ — nach einer strotzenden Blütenlese duftigsten Blödsinns über Bismarck — zu dem tiefsinnigen Ergebnis gelangt: „Er war halb Titane, halb Portier, alles in allem sehr modern.“ Es wäre jedenfalls interessant, wenn uns Mr. Cornély einmal in einer Mußestunde die „modernen Halb-Titanen“ Frankreichs vorführen wollte, die ihm bei seinem Phantasiebilde von Bismarck Modell gestanden haben. Die Aufzählung französischer Portiers wollen wir ihm gern schenken. Sie wäre zu umfangreich, da Frankreich damit ja die ganze Welt versorgt. Aus ihrer reichen persönlichen Kenntnis der unsaubersten Elemente verglich endlich die sozialdemokratische „Petite République“, ihren Maßstab zur Unzeit an andere legend, Bismarck mit „den größten Verbrechern“.

In gleich kindischem Haß tobten sich die Polenblätter, namentlich „Czas“ und „Reforma“ aus. Der erstere dichtete Bismarck „satanische Bosheit“ an. Das Blatt weiß jedenfalls in diesem Kapitel genau Bescheid.

Zum Schlusse dieser gedrängten Wiedergabe einige der zahl-

losen Preßstimmen bei Bismarcks Tod muß noch des wunderlichen Ungeschicks der Berliner Polizei bei diesem erschütternden nationalen Trauerfall gedacht werden. Die meisten deutschen und selbst zahlreiche ausländische Polizeiverwaltungen, z. B. die in Pest, hatten für die Nacht des 30./31. Juli die Vorschriften über die Sonntagsruhe aufgehoben, um den heimischen Blättern die Möglichkeit zu geben, am Morgen des 31. Juli die Trauernachrichten aus Friedrichsruh zu veröffentlichen. Die Berliner Presse bestürmte ihr Polizeipräsidium mit der nämlichen Bitte und stellte dabei vor, daß ja bei „Naturereignissen" die Vorschriften über die Sonntagsruhe nach dem Gesetz überhaupt außer Kraft treten. Darauf erfloß jedoch der großartige Bescheid: „Der Tod des Fürsten Bismarck ist kein Naturereignis."

Auf viele Tausende beliefen sich die Beileidskundgebungen, die als Telegramme, Schreiben und Adressen und meist in Begleitung von Kranzspenden in jenen Tagen und Wochen im Trauerhause zu Friedrichsruh eintrafen. Sie waren schon am 3. August so zahlreich, daß Fürst Herbert bereits an diesem Tage folgende Erklärung in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlichte: „Die zahllosen Äußerungen von tiefem Schmerz und warmem Empfinden, welche dem unauslöschlichen Andenken meines großen Vaters gelten, nehmen einen so überwältigenden Umfang an, daß es unmöglich erscheint, den Leidtragenden für ihre Treue bis über den Tod hinaus im einzelnen zu danken. Aus allen fünf Weltteilen hallt der Kummer, der die Familie an dem Sarge niederbeugt, in rührender Teilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kundgebung beantworten zu können. Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen allen, die durch Trostesworte und Blumenspenden von nie gesehener Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben. H. Bismarck."

Von Zeit zu Zeit teilten die „Hamburger Nachrichten" die durch die Person oder Stellung der Absender bedeutsamsten dieser

Beileidsbezeugungen im Wortlaut mit. Wir unsrerseits können in dem uns zugemessenen Raum nur den kleinsten Teil derselben aufzählen. Sämtliche deutsche Bundesfürsten und Senate der Freien Städte sandten Beileidstelegramme — mit alleiniger Ausnahme des Fürsten von Reuß älterer Linie, in dessen Fürstentum auch keinerlei amtliche Trauerfeier für Bismarck veranstaltet wurde. Auf eine diese peinliche Angelegenheit berührende Frage gab ein orthodox-partikularistischer Hofbeamter des Beherrschers aller Reußen älterer Linie die köstliche Antwort: „Wir kennen keinen Bismarck." Auch die Mitglieder der fürstlichen Häuser Deutschlands kondolierten wohl vollzählig telegraphisch. So vor allem die Kaiserin Augusta Viktoria, die Kaiserin Friedrich, Prinz Heinrich, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, die Prinzessin Heinrich durch Entsendung ihres Hofmarschalls nach Friedrichsruh, Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, Prinz Georg von Preußen, die Prinzen Leopold und Ludwig von Bayern, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, zugleich als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, der Erbprinz und die Erbprinzessin Reuß jüngerer Linie, Prinz Georg und Friedrich August von Sachsen, der Erbgroßherzog, der Prinz Max und die Prinzessin Wilhelm von Baden, Prinz Bernhard von Meiningen nebst Gemahlin u. s. w.

Auch alle ausländischen Souveräne und Staatslenker sandten herzliche Beileidstelegramme — mit Ausnahme des Zaren und des Präsidenten Faure von Frankreich —, namentlich auch der Papst, der sich schon vor Bismarcks Tod angelegentlich nach dessen Gesundheit erkundigt hatte, der Sultan, der Schah von Persien, der König von Serbien, der Prinz von Wales, Mitglieder des russischen Kaiserhauses, der Kronprinz von Schweden und Gemahlin u. s. w. Die deutschen Minister und Botschafter bezeugten natürlich sämtlich ihr tiefgefühltes Beileid, ebenso Bischof Kardinal Kopp und nicht minder der gesamte deutsche Bundesrat in einer bedeutsamen Adresse. Aber auch die meisten ausländischen Minister und Staatsmänner sprachen telegraphisch ihr herzliches Beileid aus; als einer der ersten Francesco Crispi, dann Graf Goluchowski in

Wien, Baron Banffy in Pest, Graf Paul Schuwaloff, Graf Andrassy, Lord Salisbury, Lord Roseberry, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, White, der türkische und chinesische Gesandte daselbst, Präsident Krüger in Transvaal, General Graf Lanza in Turin, der rumänische Minister Stourdza, zugleich im Namen seines Königs, aus Moskau, Marschall Kamphoevener nebst Familie aus Konstantinopel u. s. w.

Prinzregent Luitpold von Bayern, der schon an die ganze fürstliche Familie Bismarck ein rührendes Beileidstelegramm und einen Kranz von Edelweiß als „letzten Gruß aus Bayerns Bergen" gesandt hatte, ließ sich nicht nehmen, auch dem Grafen Rantzau besonders noch seine Teilnahme auszusprechen, ebenso Prinz Arnulf von Bayern und der Fürst von Hohenzollern. An Bismarcks einzige Tochter, die Gräfin Rantzau, sandten noch besondere Kondolenztelegramme: die Kaiserin Friedrich, Prinzessin Heinrich, die Großherzogin von Baden, die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, Prinzessin von Preußen, Herzog und Herzogin Karl in Bayern, Großherzogin Marie von Mecklenburg.

Zahllos waren die Beileidsbezeigungen der deutschen und österreichischen Städte und Korporationen, wie z. B. der Handelskammern. Die „Hamburger Nachrichten" erklärten am 9. August, daß außer den von ihnen veröffentlichten Beileidstelegrammen „noch Tausende von hervorragenden Persönlichkeiten, Städten, Vereinen, Handelskammern, Privaten u. s. w. vorliegen. Wir können sie unmöglich alle veröffentlichen. Bei ihrer Durchsicht fiel uns bei allen aus den österreichischen Kronländern und Provinzen — so weit die deutsche Zunge klingt — stammenden Depeschen der besonders herzliche und warme Ton wohlthuend auf, in dem sie durchgehends gehalten sind". Von den in dem Hamburger Blatte veröffentlichten Telegrammen erwähnen wir nur noch diejenigen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, des Verbandes alter Burschenschafter, des Hamburger Bismarck-Denkmal-Komitees, der „Getreuen von Jever", des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des deutschen Handelstages, des Vereins

ehemaliger Matrosen, der Feldartilleristen in Wörth (Elsaß), der Beamten und Arbeiter der „Bismarckhütte“ in Oberschlesien, der österreichischen Studenten u. s. w. und folgender deutscher Kolonien im Auslande: in Mailand, Madrid, Port Elizabeth, Osorno, Mendoza, Mexiko, Bombay, Carth, Durban, San Felice de Guixols, Turin, Batavia, Neapel, Gent, Vitoria, Krems, Linz, Tetschen, Gablonz, Bern, Olmütz, Pera, Tiflis, Olavaria (Buenos Aires). Fürst Herbert dankte am 8. August namentlich dem Bundesrate für dessen Beileidsadresse. Er schrieb u. a.: „Die warme Anerkennung, welche der Bundesrat in vollendeter Form dem Andenken meines entschlafenen Vaters gewidmet hat, und die schönen Worte, mit denen die hohe Körperschaft seiner Thaten gedenkt, werden für alle Zeiten sein Gedächtnis ehren und eines der wertvollsten Stücke des Familien-Archivs bilden.“

Die Zahl der in Friedrichsruh eingelaufenen Kränze belief sich auf 1292 und das Verzeichnis derselben und ihrer Geber füllte vier der großen Spalten der „Hamburger Nachrichten“. Es ist daher unmöglich, hier auch nur einen kürzesten Auszug dieses Verzeichnisses zu veranstalten. Nur soviel kann gesagt werden, daß sich an diesen Kranzspenden die in den entferntesten Orten der Erde wohnenden Deutschen ebenso eifrig beteiligten wie die in der Heimat weilenden, und daß viele der Geber sich gedrungen fühlten, ihre Kranzspende in Friedrichsruh persönlich zu überreichen oder durch besondere Abgesandte überreichen zu lassen; so namentlich Prinz-Regent Luitpold von Bayern, König Albert von Sachsen, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzessin Heinrich von Preußen, der Hamburger Senat, die württembergische Regierung, Fürst Hohenlohe, das preußische Herrenhaus, der deutsche Reichstag (einstweilen vertreten durch die Abg. Spahn und Bachem), die Stadt München durch ihren Bürgermeister v. Brunner, die Berliner Studentenschaft und der Berliner Bismarck-Denkmals-Ausschuß u. s. w. Am 9. August erließ Graf Wilhelm Bismarck, bekanntlich Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, in den Königsberger Blättern folgende Danksagung: „Die vielen Beweise der

Teilnahme, welche mir aus Anlaß des Hinscheidens meines Vaters zugegangen sind, haben mich tief bewegt, weil sie nicht nur die persönliche Anhänglichkeit an den Verewigten bekunden, sondern auch die treue Hingabe an sein Werk und die Gesinnungen, die er sein Leben lang hochgehalten und bethätigt hat. Wird mein Herz gehoben durch die große Zahl der Trauerbezeugungen und herrlichen Blumenspenden, so ist es mir doch nicht möglich, seinem Drange folgend, jedem einzelnen zu danken. Ich bitte alle Freunde, insbesondere die Angehörigen der meiner Verwaltung anvertrauten Provinz, dem Gefühle meiner innigen Dankbarkeit an dieser Stelle Ausdruck geben zu dürfen."

Auch die Trauerfeiern zu Ehren des teuern Entschlafenen waren in Deutschland wie im Auslande — „so weit die deutsche Zunge klingt" — zahllos und auch in den kleinsten Orten durch die Wärme der Ansprachen und das wehmütig-begeisterte Andenken der Versammelten an den großen Toten erhebend. Natürlich können wir aus dieser ungeheuren Zahl nur ganz wenige Feiern herausheben, deren besondere Erwähnung unumgänglich ist. Wie tief diese Trauer aus dem Innersten der Volksseele zutage trat, ließ sich am besten daraus erkennen, daß wohl alle deutschen Städte Trauergepränge anlegten, lange bevor der Kaiser, die Landesfürsten und Freien Städte amtliche Verordnungen über Entfaltung öffentlicher Trauerabzeichen sowie über Hof-, Armee- und Flottentrauer erlassen hatten. Ja, auch viele ausländische Städte zollten durch Aufsteckung von Trauerfahnen u. s. w. dem großen Entschlafenen den Tribut frommen Gedenkens, so z. B. der große Seebadeort Scheveningen. In der St. Paulskirche in London schloß der Diakonus Sinclair schon am Sonntag den 31. Juli die Predigt mit einem sympathischen Hinweis auf Bismarck und Deutschland. An demselben Tage hielt auch der Pastor Freimark in der deutschen Kirche im Haag bereits einen Trauergottesdienst zum Gedächtnis des Fürsten Bismarck, des Begründers der deutschen Einheit. Rührend war auch der Eifer der deutschen Lehrer, ihren Schülern — auch ohne allen Befehl von oben, wie z. B. in Preußen —,

bei Wiederbeginn der Schulen nach den großen Sommerferien, die Bedeutung Bismarcks in feierlichen Ansprachen einzuprägen. Die meisten deutschen Gymnasien und höheren Lehranstalten hielten stattliche Trauerfeiern ab. An den deutschen Hochschulen, Akademien und Polytechniken benützte fast jeder Dozent seine erste Vorlesung nach dem 31. Juli zu einer warmen Würdigung Bismarcks, und von keiner dieser hohen Schulen gingen die Studenten in die Ferien, ohne „ihrem Bismarck" in erhebenden Trauerfeiern den gebührenden Dank unauslöschlicher Liebe und Verehrung zu zollen. In Bonn regte die Studentenschaft den überall mit Begeisterung aufgenommenen Gedanken an, daß die deutsche Studentenschaft von sich aus durch eine jährliche Gedächtnisfeier dem Fürsten Bismarck eine für immer unvergängliche Ehrung bereite.

Von den überall gleich würdigen Trauerfeiern deutscher Städte erwähnen wir nur diejenigen der Reichshauptstadt Berlin, wo der Kaiser selbst den ersten feierlichen amtlichen Trauerakt in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche befohlen hatte und diesem in Begleitung der kaiserlichen Familie und aller Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Vertreter der Universität, der Armee, der gesamten Diplomatie u. s. w. am 4. August persönlich beiwohnte. Von auswärts war u. a. der Minister Brauer aus Baden zu dieser Feier eingetroffen. Alle Banken und Läden in Berlin waren geschlossen und tiefe Feiertagsruhe über die Hauptstadt ausgebreitet. Die Trauerrede hielt der Generalsuperintendent Faber. Am Sonntag den 7. August ward dann in dem großen Saale des neuen Kgl. Opernhauses eine vom Berliner Bismarck-Ausschuß veranstaltete, von großen Volksmassen besuchte Trauerfeier der Reichshauptstadt abgehalten, bei welcher Geheimrat Professor Dr. Kahl die Festrede hielt und Ernst von Wildenbruch mit großer Wärme und tiefer Empfindung folgende von ihm verfaßten Verse vortrug:

Sprecht es nicht laut in die Welt hinaus,
Redet leis, es ist Trauer im Haus,
Trauer im Hause Deutschland und Not,
Bismarck ist tot,
Unser Bismarck ist tot.

Leiſe, bis daß wir in Einſamkeit
Fertig geworden mit unſerem Leid,
Mit dem blutigen Riß in der Bruſt,
Mit der Vernichtung, mit dem Verluſt.
Daß nicht in dieſer heiligen Stunde
Läſternd ein Ton uns von außen verwunde,
Schadenfreuend an unſerer Not:
Bismarck iſt tot,
Euer Bismarck iſt tot.

Ja, er iſt tot, dahin unſer Held.
Sagt es den Deutſchen in aller Welt,
Denen hier drinnen im Vaterland,
Denen dort drüben über dem Strand;
Sagt es dem Mann, der den Acker beſchreitet,
Dem, der in Städten ſein Handwerk bereitet,
Sagt es den Fürſten auf ihren Thronen,
Denen, die draußen am Zaune wohnen;
Sagts den Unwiſſenden, ſagt es den Weiſen,
Reichen und Armen, Kindern und Greiſen,
Männern des Schwertes, Männern der Feder,
Höre und wiſſe und fühle ein jeder:
Er iſt dahin, tief unſere Not,
Bismarck iſt tot,
Unſer Bismarck iſt tot.

Wille, der niemals im Wollen erſchlafft,
Sorge nie raſtende, ſchaffende Kraft,
Zündendes Wort, tief gründiger Rat,
Weiſes Erwägen, ſchlagende That,
Immer beanſprucht, nimmer vergebens,
Immerdar wirkende Quelle des Lebens,
All' dieſer Reichtum, all' dieſe Welt,
Ganz nur für Deutſchland zum Dienſte geſtellt.
All' dieſe Fülle, die uns gemeſſen,
Die wir noch geſtern, noch geſtern beſeſſen.
Heute dahin in zermalmendem Schlage,
Heut' noch Erinnerung, morgen ſchon Sage.
Deutſchland ſei wach, fühl' Deine Not!
Bismarck iſt tot,
Dein Bismarck iſt tot.

Deutſchland ſei wach!
Wahr' deine Sach';
Wahre dein Leben, werde nicht ſchwach!
Kyffhäuſer-Raben, die da entſchliefen,
Steigen krächzend aus nächtigen Tiefen,
Himmel wird dunkel, die Luft wird ſchwer,
Eckart der Treue ſcheucht ſie nicht mehr.
Eckart der Treue ruht aus von Thaten,
Kann nicht mehr helfen, kann nicht mehr raten.
Hilf dir ſelber in deiner Not,
Sonſt iſt er tot,
Bismarck für immer dir tot.

Laß nicht den Bismarck ſterben in dir!
Gib es nicht her, das errung'ne Panier!
Laß in Vergeſſens Erbärmlichkeit
Nicht verſinken die heilige Zeit,
Die uns den Kaiſer gab und den Vater,
Wilhelm und Bismarck, ſeinen Berater.
Siehſt du die Feinde? Hörſt du ſie flüſtern,
Wie ſie die Beute ſchleichend umlüſtern?
Strafe ſie Lügen, mach' ſie zu Schand',
Wolle dich ſelber, deutſches Land!
Wolle dich ſelbſt, zwinge die Not!
Bismarck war tot, iſt nicht mehr tot.
In deiner Seele, die ſich erhebt,
Steht er dir auf, kommt wieder und lebt,
Kommt und iſt da, allgegenwärtig und nah,
Deutſchland, dein Bismarck, er lebt!

Tags zuvor, am 6. Auguſt, hatte ſchon Hamburg ſeine gewaltige Trauerfeier gehalten. Hier war ſofort beim Tode des Fürſten der Plan aufgetaucht, für ein in der Hanſeſtadt zu errichtendes Bismarck-Denkmal eine halbe Million aus freiwilligen Beiträgen der Bürgerſchaft aufzubringen und im Auguſt waren hiefür ſchon 400000 Mark, bis zum Schluſſe dieſes Werkes aber (Mitte Oktober) faſt der ganze große Betrag bereits beiſammen. Auch viele andere deutſche Städte, ſo namentlich Karlsruhe, beſchloſſen beim Heimgang des Fürſten dieſem ein Denkmal zu errichten.

Von den übrigen deutſchen Trauerfeiern wird die der Stadt

Leipzig am 7. Aug. deshalb hier erwähnt, weil hier der Geh. Kirchenrat Superintendent Dr. Pank die Gedächtnisrede hielt, der dem Fürsten Bismarck nahe gestanden war. Er knüpfte die Rede an die Grabinschrift, die Bismarck für sich verlangt hatte: „Ein treuer deutscher Diener des Kaisers Wilhelm I." und führte aus, wie vollkommen in Wahrheit Bismarck „ein Diener seines Kaisers, ein deutscher Diener, ein treuer deutscher Diener gewesen." Diese Darlegung wurde durch zahlreiche persönliche Erinnerungen des Redners an den Fürsten und sein Haus belebt. So erzählte Bismarck dem Redner, er habe bei Kaiser Friedrichs Thronbesteigung seine Entlassung einreichen wollen. „Aber vor den bittenden Augen des Kaisers entfiel mir mein ganzes inneres Konzept; ich legte ihm meine Dienste zu Füßen. Wie oft haben mich seine Dulderaugen dankbar angeblickt, wenn ich von seinem Krankenbette ging. Diese Augen lassen mich noch heute nicht los." Auch dem Kaiser Wilhelm II. habe Fürst Bismarck Treue bewahrt und bewiesen. Dr. Pank sagte darüber wörtlich: „Gewiß, es war die schwerste Probe seiner Treue, die sein Innerstes erbeben machte. Aber es thut not, öffentlich zu kündigen und zu zeugen, wie rein, erhaben rein auch hier der Schild seiner Treue geblieben. ›Schändlich‹, sagte er, ›wenn man mir etwas zutraut, was Reich und Kaiser Schaden bringt. Er ist und bleibt mein Kaiser; er hat vielleicht an mir einen seiner letzten besten Unterthanen‹."

Endlich erwähnen wir noch die großartige Trauerfeier der Stadt München, die am 12. August stattfand, in ihrer künstlerisch-vollendeten Anlage und Ausführung jedenfalls eine der ergreifendsten unter allen. Sie ward bei Dunkelheit auf dem Königsplatze vor den prächtigen Propyläen abgehalten und nahm einen überaus weihevollen Verlauf. Zu etwa fünfzig Tausenden hatten sich Einheimische und Fremde, mit ihnen Vertreter der Behörden und Vereine eingefunden; auch mehrere Prinzen des königlichen Hauses und Vertreter der Diplomatie waren anwesend. Um den künstlerischen Sarkophag, der vor den trauergeschmückten Propyläen aufgestellt war, brannten Fackeln und Feuerkränze. Unter Fanfaren und

einem Trauermarsche und bei der wirkungsvollen Beleuchtung legten Deputationen von über tausend Vereinen, die mit Fahnen zugegen waren, Kränze an dem Sarkophage nieder. Darauf ein Chorgesang. Die Feier schloß mit dem von den vielen Tausenden gemeinsam gesungenen Liede: „Die Wacht am Rhein."

Wie bei den Beileidsbezeugungen nach Friedrichsruh, so wetteiferten auch in den Trauerfeiern für den toten deutschen Nationalhelden alle österreichischen Städte mit den reichsdeutschen. Wie tief dort die dankbare Verehrung für Bismarck in alle Schichten der deutschen Bevölkerung eingedrungen ist, offenbarte in rührender Weise folgendes Privattelegramm der „Hamburger Nachrichten" aus Wien vom 5. August: „Aus Lienz im Pusterthale wird gemeldet: Zur Ehrung des Gedächtnisses Bismarcks wurde von einer kleinen Schar beherzter Lienzer Männer eine 9 Meter lange und 2 Meter 40 Centimeter breite schwarze Fahne auf dem in den Lienzer Dolomiten gelegenen 2740 Meter hohen Spitzkofel gehißt." Der Trauerfeier der Deutschen in Davos (Graubünden) wohnte der Großherzog von Baden mit Gemahlin bei. Auch die deutschen Kurgäste im benachbarten Klosters veranstalteten ihre Bismarckandacht. Von den zahllosen Gedächtnisfeiern der im Ausland ansässigen Deutschen erwähnen wir nur die der deutschen Kolonie in Petersburg, Stockholm, Havanna, Shangai — auch unserer neuen Kolonisten in Kioutschau — und in St. Paulo in Argentinien, wo auch die Deputiertenkammer dem verstorbenen deutschen Staatsmann schon am 1. August eine herzliche Huldigung darbrachte. Die ganze Nummer der deutschen „La-Plata-Zeitung" in Buenos Aires vom 2. August war dem Andenken des Fürsten Bismarck gewidmet. An den vortrefflichen Leitartikel knüpften sich folgende stimmungsvolle Verse:

Bismarck †.

Vom Sachsenwalde ward die Trauerkunde
Mit Blitzesschnelle in die Welt getragen,
Und überall, wo deutsche Herzen schlagen:
„Bismarck ist tot!" tönt es von Mund zu Munde.

Tot, Bismarck tot! Er, der zu starkem Bunde
Das deutsche Volk geeint in kühnem Wagen;
Der es zu Macht erhob aus bangem Zagen,
Bismarck ist tot. Oh, trauervolle Stunde!

Ja, er ist tot; doch noch in späten Tagen.
Vom gold'nen Schein der Glorie licht umgeben,
Wird in die Zeit hinein sein Bildnis ragen;
Nie welker Kranz wird seinen Ruhm umweben.

Vom Fürsten Bismarck singen wird und sagen
Der deutsche Mund, so lang noch Deutsche leben!

Nur durch wenige Unziemlichkeiten und Gemeinheiten wurde das deutsche Volk in seiner Nationaltrauer gestört. Zu den ersteren rechnen wir die unglaubliche Taktlosigkeit der kgl. Badeverwaltung in Nauheim, nach einem feierlichen Prolog zum Andenken an Bismarck im Kurtheater die Aufführung einer Posse zu gestatten. Der größte Teil der Theaterbesucher verließ empört seine Plätze. Zu den Gemeinheiten aber ist zunächst jener nächtliche Einbruch der Hamburger Photographen Wilke und Priester in das Sterbezimmer in Friedrichsruh noch in der Sterbenacht zu rechnen, in das sie an der Hand eines bestochenen Försters eindrangen, um bei Magnesiumbeleuchtung zwei Aufnahmen des Totenantlitzes zu machen und mit Hilfe dieses Raubes reiche Leute zu werden. Die fürstliche Familie erwirkte sofort die gerichtliche Beschlagnahme der beiden erstohlenen Platten und ein richterliches Verbot jedes Verkaufs von Abzügen dieser Platten, bei sechs Monat Haft für jeden Zuwiderhandlungsfall — wie das Amtsgericht Hamburg bestimmte. Das Landgericht Hamburg setzte — auf Berufung der Frevler! — eine für solche Menschen noch empfindlichere, noch sicherer wirkende Strafe: 20000 Mark für jede Zuwiderhandlung. Dieser Leistung von Wilke und Priester ebenbürtig ist die des Berliner Malers Grosser, der dem „Berliner Lokal-Anzeiger" mehrere „Bilder" des toten Fürsten mit der Versicherung aufschwatzte, daß Grosser die Skizzen am Sterbebett gezeichnet habe. Das Berliner Sensations-

blatt fiel natürlich darauf hinein.*) Als aber der edle Künstler auch bei andern Blättern, z. B. den „Leipziger Neuesten Nachr.", mit seinen angeblichen „Aufnahmen nach der Natur" hausieren ging, erkundigten sich diese erst in Friedrichsruh und erfuhren, daß der wackere Mann gar nicht dort gewesen sei!

Das Berliner Blatt, das diese traurigen „Bilder" brachte, trug auch nicht das geringste Bedenken, dem Wunsche und Erwerbssinne des Herrn Dr. Moritz Busch entsprechend, das angebliche Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 18. März 1890 zu einer Zeit abzudrucken, da die teure Leiche in Friedrichsruh kaum kalt geworden war! Das treffliche Blatt und sein ebenbürtiger „Lieferant" mußten also schon längst mit Ungeduld auf die Todesstunde Bismarcks gewartet haben. Die Urkunde lautet in der von Dr. Busch veröffentlichten Abschrift und Fassung:

„Berlin, 18. März 1890.

„Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung.

„Für die Stellung eines ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden und es wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines ›Premier-Ministers‹ anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ ernannt in Graf Arnim, Camphausen,

*) Prof. Schweninger sagte beim Anblick dieser Machwerke entsetzt zu Graf Hoensbroech: „So hat mein Fürst nicht ausgesehen!"

Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich nicht dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und sie würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß

[illegible] jeden meiner Ratschläge in Übereinstimmung [illegible] Ansichten nicht würde zeigen können, wenn [illegible] Ordre vom Jahre [illegible]. Bei jedem meiner Ratschläge [illegible] Bedenken auf [illegible] kommen, wie sie mir, weil ihm nicht [illegible] Ordre [illegible] Ohren [illegible] mir [illegible] langjährige Erfahrung und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser [illegible]. Ich habe früher manche [illegible] gehabt, mit meinen Kollegen gemeinsam auf die Ordre vom Jahre [illegible] ausdrücklich zu beziehen. Die Erinnerung derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Euerer Majestät sicher zu stellen.

„Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

„Nach den Mitteilungen, welche mir der General von Hahnke, und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner

Ämter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem, bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. ds. Mts. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, dessen ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik und so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände, wie der bayerischen oder sächsischen, und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in .... gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu ... unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat und

bei Wiederbeginn der Schulen nach den großen Sommerferien, die Bedeutung Bismarcks in feierlichen Ansprachen einzuprägen. Die meisten deutschen Gymnasien und höheren Lehranstalten hielten stattliche Trauerfeiern ab. An den deutschen Hochschulen, Akademien und Polytechniken benützte fast jeder Dozent seine erste Vorlesung nach dem 31. Juli zu einer warmen Würdigung Bismarcks, und von keiner dieser hohen Schulen gingen die Studenten in die Ferien, ohne „ihrem Bismarck" in erhebenden Trauerfeiern den gebührenden Dank unauslöschlicher Liebe und Verehrung zu zollen. In Bonn regte die Studentenschaft den überall mit Begeisterung aufgenommenen Gedanken an, daß die deutsche Studentenschaft von sich aus durch eine jährliche Gedächtnisfeier dem Fürsten Bismarck eine für immer unvergängliche Ehrung bereite.

Von den überall gleich würdigen Trauerfeiern deutscher Städte erwähnen wir nur diejenigen der Reichshauptstadt Berlin, wo der Kaiser selbst den ersten feierlichen amtlichen Trauerakt in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche befohlen hatte und diesem in Begleitung der kaiserlichen Familie und aller Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Vertreter der Universität, der Armee, der gesamten Diplomatie u. s. w. am 4. August persönlich beiwohnte. Von auswärts war u. a. der Minister Brauer aus Baden zu dieser Feier eingetroffen. Alle Banken und Läden in Berlin waren geschlossen und tiefe Feiertagsruhe über die Hauptstadt ausgebreitet. Die Trauerrede hielt der Generalsuperintendent Faber. Am Sonntag den 7. August ward dann in dem großen Saale des neuen Kgl. Opernhauses eine vom Berliner Bismarck-Ausschuß veranstaltete, von großen Volksmassen besuchte Trauerfeier der Reichshauptstadt abgehalten, bei welcher Geheimrat Professor Dr. Kahl die Festrede hielt und Ernst von Wildenbruch mit großer Wärme und tiefer Empfindung folgende von ihm verfaßten Verse vortrug:

Sprecht es nicht laut in die Welt hinaus,
Redet leis, es ist Trauer im Haus,
Trauer im Hause Deutschland und Not,
Bismarck ist tot,
Unser Bismarck ist tot.

Leiſe, bis daß wir in Einſamkeit
Fertig geworden mit unſerem Leid,
Mit dem blutigen Riß in der Bruſt,
Mit der Vernichtung, mit dem Verluſt.
Daß nicht in dieſer heiligen Stunde
Läſternd ein Ton uns von außen verwunde,
Schadenfreuend an unſerer Not:
Bismarck iſt tot,
Euer Bismarck iſt tot.

Ja, er iſt tot, dahin unſer Held.
Sagt es den Deutſchen in aller Welt,
Denen hier drinnen im Vaterland,
Denen dort drüben über dem Strand;
Sagt es dem Mann, der den Acker beſchreitet,
Dem, der in Städten ſein Handwerk bereitet,
Sagt es den Fürſten auf ihren Thronen,
Denen, die draußen am Zaune wohnen;
Sagts den Unwiſſenden, ſagt es den Weiſen,
Reichen und Armen, Kindern und Greiſen,
Männern des Schwertes, Männern der Feder,
Höre und wiſſe und fühle ein jeder:
Er iſt dahin, tief unſere Not,
Bismarck iſt tot,
Unſer Bismarck iſt tot.

Wille, der niemals im Wollen erſchlafft,
Sorge nie raſtende, ſchaffende Kraft,
Zündendes Wort, tief gründiger Rat,
Weiſes Erwägen, ſchlagende That,
Immer beanſprucht, nimmer vergebens,
Immerdar wirkende Quelle des Lebens,
All' dieſer Reichtum, all' dieſe Welt,
Ganz nur für Deutſchland zum Dienſte geſtellt.
All' dieſe Fülle, die uns gemeſſen,
Die wir noch geſtern, noch geſtern beſeſſen.
Heute dahin in zermalmendem Schlage,
Heut' noch Erinnerung, morgen ſchon Sage.
Deutſchland ſei wach, fühl' Deine Not!
Bismarck iſt tot,
Dein Bismarck iſt tot.

Deutschland sei wach!
Wahr' deine Sach';
Wahre dein Leben, werde nicht schwach!
Kyffhäuser-Raben, die da entschliefen,
Steigen krächzend aus nächtigen Tiefen,
Himmel wird dunkel, die Luft wird schwer,
Eckart der Treue scheucht sie nicht mehr.
Eckart der Treue ruht aus von Thaten,
Kann nicht mehr helfen, kann nicht mehr raten.
Hilf dir selber in deiner Not,
Sonst ist er tot,
Bismarck für immer dir tot.

Laß nicht den Bismarck sterben in dir!
Gib es nicht her, das errung'ne Panier!
Laß in Vergessens Erbärmlichkeit
Nicht versinken die heilige Zeit,
Die uns den Kaiser gab und den Vater,
Wilhelm und Bismarck, seinen Berater.
Siehst du die Feinde? Hörst du sie flüstern,
Wie sie die Beute schleichend umlüstern?
Strafe sie Lügen, mach' sie zu Schand',
Wolle dich selber, deutsches Land!
Wolle dich selbst, zwinge die Not!
Bismarck war tot, ist nicht mehr tot.
In deiner Seele, die sich erhebt,
Steht er dir auf, kommt wieder und lebt,
Kommt und ist da, allgegenwärtig und nah,
Deutschland, dein Bismarck, er lebt!

Tags zuvor, am 6. August, hatte schon Hamburg seine gewaltige Trauerfeier gehalten. Hier war sofort beim Tode des Fürsten der Plan aufgetaucht, für ein in der Hansestadt zu errichtendes Bismarck-Denkmal eine halbe Million aus freiwilligen Beiträgen der Bürgerschaft aufzubringen und im August waren hiefür schon 400000 Mark, bis zum Schlusse dieses Werkes aber (Mitte Oktober) fast der ganze große Betrag bereits beisammen. Auch viele andere deutsche Städte, so namentlich Karlsruhe, beschlossen beim Heimgang des Fürsten diesem ein Denkmal zu errichten.

Von den übrigen deutschen Trauerfeiern wird die der Stadt

Leipzig am 7. Aug. deshalb hier erwähnt, weil hier der Geh. Kirchenrat Superintendent Dr. Pank die Gedächtnisrede hielt, der dem Fürsten Bismarck nahe gestanden war. Er knüpfte die Rede an die Grabinschrift, die Bismarck für sich verlangt hatte: „Ein treuer deutscher Diener des Kaisers Wilhelm I." und führte aus, wie vollkommen in Wahrheit Bismarck „ein Diener seines Kaisers, ein deutscher Diener, ein treuer deutscher Diener gewesen." Diese Darlegung wurde durch zahlreiche persönliche Erinnerungen des Redners an den Fürsten und sein Haus belebt. So erzählte Bismarck dem Redner, er habe bei Kaiser Friedrichs Thronbesteigung seine Entlassung einreichen wollen. „Aber vor den bittenden Augen des Kaisers entfiel mir mein ganzes inneres Konzept; ich legte ihm meine Dienste zu Füßen. Wie oft haben mich seine Dulderaugen dankbar angeblickt, wenn ich von seinem Krankenbette ging. Diese Augen lassen mich noch heute nicht los." Auch dem Kaiser Wilhelm II. habe Fürst Bismarck Treue bewahrt und bewiesen. Dr. Pank sagte darüber wörtlich: „Gewiß, es war die schwerste Probe seiner Treue, die sein Innerstes erbeben machte. Aber es thut not, öffentlich zu kündigen und zu zeugen, wie rein, erhaben rein auch hier der Schild seiner Treue geblieben. ›Schändlich‹, sagte er, ›wenn man mir etwas zutraut, was Reich und Kaiser Schaden bringt. Er ist und bleibt mein Kaiser; er hat vielleicht an mir einen seiner letzten besten Unterthanen‹."

Endlich erwähnen wir noch die großartige Trauerfeier der Stadt München, die am 12. August stattfand, in ihrer künstlerisch-vollendeten Anlage und Ausführung jedenfalls eine der ergreifendsten unter allen. Sie ward bei Dunkelheit auf dem Königsplatze vor den prächtigen Propyläen abgehalten und nahm einen überaus weihevollen Verlauf. Zu etwa fünfzig Tausenden hatten sich Einheimische und Fremde, mit ihnen Vertreter der Behörden und Vereine eingefunden; auch mehrere Prinzen des königlichen Hauses und Vertreter der Diplomatie waren anwesend. Um den künstlerischen Sarkophag, der vor den trauergeschmückten Propyläen aufgestellt war, brannten Fackeln und Feuerkränze. Unter Fanfaren und

einem Trauermarsche und bei der wirkungsvollen Beleuchtung legten Deputationen von über tausend Vereinen, die mit Fahnen zugegen waren, Kränze an dem Sarkophage nieder. Darauf ein Chorgesang. Die Feier schloß mit dem von den vielen Tausenden gemeinsam gesungenen Liede: „Die Wacht am Rhein."

Wie bei den Beileidsbezeugungen nach Friedrichsruh, so wetteiferten auch in den Trauerfeiern für den toten deutschen Nationalhelden alle österreichischen Städte mit den reichsdeutschen. Wie tief dort die dankbare Verehrung für Bismarck in alle Schichten der deutschen Bevölkerung eingedrungen ist, offenbarte in rührender Weise folgendes Privattelegramm der „Hamburger Nachrichten" aus Wien vom 5. August: „Aus Lienz im Pusterthale wird gemeldet: Zur Ehrung des Gedächtnisses Bismarcks wurde von einer kleinen Schar beherzter Lienzer Männer eine 9 Meter lange und 2 Meter 40 Centimeter breite schwarze Fahne auf dem in den Lienzer Dolomiten gelegenen 2740 Meter hohen Spitzkofel gehißt." Der Trauerfeier der Deutschen in Davos (Graubünden) wohnte der Großherzog von Baden mit Gemahlin bei. Auch die deutschen Kurgäste im benachbarten Klosters veranstalteten ihre Bismarckandacht. Von den zahllosen Gedächtnisfeiern der im Ausland ansässigen Deutschen erwähnen wir nur die der deutschen Kolonie in Petersburg, Stockholm, Havanna, Shangai — auch unserer neuen Kolonisten in Kioutschau — und in St. Paulo in Argentinien, wo auch die Deputiertenkammer dem verstorbenen deutschen Staatsmann schon am 1. August eine herzliche Huldigung darbrachte. Die ganze Nummer der deutschen „La-Plata-Zeitung" in Buenos Aires vom 2. August war dem Andenken des Fürsten Bismarck gewidmet. An den vortrefflichen Leitartikel knüpften sich folgende stimmungsvolle Verse:

Bismarck †.

Vom Sachsenwalde ward die Trauerkunde
Mit Blitzesschnelle in die Welt getragen,
Und überall, wo deutsche Herzen schlagen:
„Bismarck ist tot!" tönt es von Mund zu Munde.

Tot, Bismarck tot! Er, der zu starkem Bunde
Das deutsche Volk geeint in kühnem Wagen;
Der es zu Macht erhob aus bangem Zagen,
Bismarck ist tot. Oh, trauervolle Stunde!

Ja, er ist tot; doch noch in späten Tagen.
Vom gold'nen Schein der Glorie licht umgeben,
Wird in die Zeit hinein sein Bildnis ragen;
Nie welker Kranz wird seinen Ruhm umweben.

Vom Fürsten Bismarck singen wird und sagen
Der deutsche Mund, so lang noch Deutsche leben!

Nur durch wenige Unziemlichkeiten und Gemeinheiten wurde das deutsche Volk in seiner Nationaltrauer gestört. Zu den ersteren rechnen wir die unglaubliche Taktlosigkeit der kgl. Badeverwaltung in Nauheim, nach einem feierlichen Prolog zum Andenken an Bismarck im Kurtheater die Aufführung einer Posse zu gestatten. Der größte Teil der Theaterbesucher verließ empört seine Plätze. Zu den Gemeinheiten aber ist zunächst jener nächtliche Einbruch der Hamburger Photographen Wilke und Priester in das Sterbezimmer in Friedrichsruh noch in der Sterbenacht zu rechnen, in das sie an der Hand eines bestochenen Försters eindrangen, um bei Magnesiumbeleuchtung zwei Aufnahmen des Totenantlitzes zu machen und mit Hilfe dieses Raubes reiche Leute zu werden. Die fürstliche Familie erwirkte sofort die gerichtliche Beschlagnahme der beiden erstohlenen Platten und ein richterliches Verbot jedes Verkaufs von Abzügen dieser Platten, bei sechs Monat Haft für jeden Zuwiderhandlungsfall — wie das Amtsgericht Hamburg bestimmte. Das Landgericht Hamburg setzte — auf Berufung der Frevler! — eine für solche Menschen noch empfindlichere, noch sicherer wirkende Strafe: 20000 Mark für jede Zuwiderhandlung. Dieser Leistung von Wilke und Priester ebenbürtig ist die des Berliner Malers Grosser, der dem „Berliner Lokal-Anzeiger" mehrere „Bilder" des toten Fürsten mit der Versicherung aufschwatzte, daß Grosser die Skizzen am Sterbebett gezeichnet habe. Das Berliner Sensations-

blatt fiel natürlich darauf hinein.*) Als aber der edle Künstler auch bei andern Blättern, z. B. den „Leipziger Neuesten Nachr.", mit seinen angeblichen „Aufnahmen nach der Natur" hausieren ging, erkundigten sich diese erst in Friedrichsruh und erfuhren, daß der wackere Mann gar nicht dort gewesen sei!

Das Berliner Blatt, das diese traurigen „Bilder" brachte, trug auch nicht das geringste Bedenken, dem Wunsche und Erwerbssinne des Herrn Dr. Moritz Busch entsprechend, das angebliche Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 18. März 1890 zu einer Zeit abzudrucken, da die teure Leiche in Friedrichsruh kaum kalt geworden war! Das treffliche Blatt und sein ebenbürtiger „Lieferant" mußten also schon längst mit Ungeduld auf die Todesstunde Bismarcks gewartet haben. Die Urkunde lautet in der von Dr. Busch veröffentlichten Abschrift und Fassung:

„Berlin, 18. März 1890.

„Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung.

„Für die Stellung eines ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden und es wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines ›Premier-Ministers‹ anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ ernannt in Graf Arnim, Camphausen,

*) Prof. Schweninger sagte beim Anblick dieser Machwerke entsetzt zu Graf Hoensbroech: „So hat mein Fürst nicht ausgesehen!"

Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich nicht dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und sie würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß

auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten, wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich meinen Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Euerer Majestät sicher zu stellen.

„Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

„Nach den Mitteilungen, welche mir der General von Hahnke, und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner

Ämter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem, bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. ds. Mts. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, dessen ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik und so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände, wie der bayerischen oder sächsischen, und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in .... gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu ... unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat und

deren über Erwarten große Bedeutung mir ... nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

„Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät allerunterthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinen Entlassungsgesuche den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. gez. von Bismarck."

Bekanntlich erhoben die der fürstlichen Familie nahestehenden Preßorgane gegen diese Veröffentlichung den doppelten Einwand: erstens, daß Herr Dr. Busch dazu in keiner Weise berechtigt gewesen sei, sondern das Vertrauen des verstorbenen Fürsten gröblich mißbraucht habe; und zweitens, daß die von ihm mitgeteilte Fassung des „Entlassungsgesuchs" nicht richtig sei. Ich kann beide Einwände nach persönlichen Mitteilungen Bismarcks an mich als zu-

treffend bestätigen. Denn obwohl mir der Fürst auf meine persönliche Bitte an ihn: mir für meine geschichtlichen Werke Fragen über neuere und neueste Zeitereignisse zu gestatten, im Sommer 1892 durch Herrn Dr. Chrysander hatte erwidern lassen: „Ich sei ihm jederzeit und an jedem Orte willkommen," und Fürst Bismarck auch in Varzin und Friedrichsruh jede meiner Fragen eingehend beantwortet hatte, lächelte er doch, wie über eine ungewöhnliche Kühnheit, als ich am 29. April 1893 in Friedrichsruh ihn fragte: ob ich nicht auch den Wortlaut seines Entlassungsgesuches mitteilen dürfe? Darauf aber wurde er ernst und sagte etwa: „Nein, das muß von Berlin aus veröffentlicht werden, durch mich darf es niemand thun. Es ist eine Staatsschrift." Das beweist, daß Herr Dr. Busch diese „Staatsschrift" gegen den Willen des Fürsten veröffentlicht hat. Was dagegen die Schrift selbst anlangt, so sagte mir Bismarck, daß er drei Tage daran gearbeitet habe und daß sie „sehr umfänglich" geworden sei. Das von Busch mitgeteilte Schriftstück würde die Arbeitskraft eines Bismarck kaum drei Tage lang beschäftigt haben, von ihm auch schwerlich als „sehr umfangreich" bezeichnet worden sein. Vor allem aber fehlt darin sehr viel von dem, was Fürst Bismarck mir dann weiter unter dem Siegel der Verschwiegenheit aus dem Inhalt des „Entlassungsgesuches" selbst mitteilte.

Der eben dargelegte und in seiner (bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen) Schrift „Bismarck und sein Werk" von Herrn Dr. Busch dann weiter fruktifizierte Mißbrauch des „Entlassungsgesuches" ist aber noch eine Kleinigkeit im Vergleich zu den Leistungen, die Herr Dr. Busch durch seine Klatschveröffentlichungen in französischen und englischen Blättern und durch Herausgabe seines dreibändigen Klatschwerkes in englischem Verlag gegen das Andenken seines erhabenen toten „Chefs" verübte. Die französische Presse jubelte dabei: der ganze Dreyfus-Skandal werde durch den von Herrn Busch angerichteten in Schatten gestellt. Die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, welche das Verlagsrecht an diesen Zukunfts-„Werken" des Herrn Dr. Busch ursprünglich erworben

ehrung für den Fürsten zweifellos nicht einen Augenblick zögern, sie aufs schärfste zu verurteilen und zu bekennen, daß er sich in Busch getäuscht habe. Auf eine Richtigstellung oder Widerlegung der Klatschereien des neuesten Busch'schen Buches unsererseits im einzelnen einzugehen, verlohnt nicht der Mühe, nachdem sie von den meisten deutschen Zeitungen schon nach Gebühr kritisiert und Herrn Busch dabei viele historische Unrichtigkeiten und Gedächtnisfehler nachgewiesen sind. Erwähnt sei noch, daß Busch nach seinem Friedrichsruher Aufenthalte vom März 1891 nur noch einmal, im Mai 1893, auf ganz kurze Zeit beim Fürsten Bismarck geweilt hat und daß er inzwischen von verschiedenen Schlaganfällen heimgesucht worden sein soll."

Bezeichnenderweise nahm sich die „Magdeburgische Zeitung" des also Gekennzeichneten an, mußte sich darauf aber von den „Hamburger Nachrichten" am 3. Oktober gebührend zurechtweisen lassen: „Die »Magdeburger Zeitung« hat unrecht, wenn sie in ihrer Sonnabend-Nummer (den 1. Oktober) von »thatsächlichen Irrtümern« unseres Artikels vom 29. v. Mts. über M. Busch spricht: sie erbringt auch nicht den Beweis für ihren Pluralis, sondern bemängelt lediglich die eine Angabe, daß M. Busch auf Buchers Veranlassung 1870 in das Hauptquartier berufen wurde, indem sie erwähnt, daß er bereits im Februar 1870 im Auswärtigen Amt erschienen*) sei. Letztere Thatsache haben wir nie bestritten und sie hat mit unserer Mitteilung nichts zu thun; das »Hauptquartier« existierte erst seit dem Abgang des Königs Wilhelm zur mobilen Armee — 31. Juli 1870 — und die wenigen Beamten des Auswärtigen Amtes, die den Fürsten Bismarck begleiten sollten, mußten selbstverständlich ausdrücklich »in das Hauptquartier berufen« werden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß gewisse

*) Dieses Wort „erschienen" ist eine köstliche Persiflage auf die ungeheure Wichtigkeit, die Herr Dr. Busch sich selbst in seinen „Werken" „Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs 1870/71", „Unser Reichskanzler" und leider auch jetzt wieder beimißt.

hatte, entließ ihn und die Firma S. Hirzel in Leipzig aus jeder persönlichen und Schadensersatzpflicht mit der Erklärung: daß der Cotta'sche Verlag solche Machwerke nie angenommen haben würde. Die gesamte deutsche Presse war einstimmig in der Verurteilung dieses geldhungrigen Pensionärs von Bismarcks Gnaden, den der Fürst selbst so schnell und richtig durchschaut hatte, daß er ihn schon nach einem einzigen Dienstjahr, im Frühjahr 1871 entließ. Wir können uns daher begnügen, einige Urteile der „Hamburger Nachrichten“ über diesen Skribenten, seine auri sacra fames und seine „Werke“ mitzuteilen. Am 29. September schrieben sie:

„In Sachen Busch. Von einigen Blättern wird nach scharfer Verurteilung der Busch'schen Veröffentlichungen die Frage aufgeworfen, wie Fürst Bismarck mit einem solchen indiskreten und subalternen Mann habe in Beziehung stehen können. Wir bemerken dazu, daß Herr Busch diese Beziehungen lediglich Lothar Bucher verdankte, dem Fürst Bismarck jederzeit unbedingtes Vertrauen schenkte und der sich seinerseits in Herrn Busch, trotz mehrfacher Warnungen, täuschte. Busch war mit Lothar Bucher, soviel wir wissen, in früheren Jahren außerhalb Deutschlands bekannt geworden und nach unseren Informationen war seine Berufung 1870 ins Hauptquartier als publizistischer Mitarbeiter des mobilen Auswärtigen Amtes durch Bucher veranlaßt worden. Ebenso verhielt sich die Sache nach der Entlassung des Fürsten. Lothar Bucher war damals mit dem Ordnen der Papiere betraut und da er diese Arbeit, namentlich wegen seines gichtischen Leidens in den Fingern, nicht allein bewältigen konnte und eines Gehilfen bedurfte, wählte er Herrn Busch dazu aus, obwohl ihm von Mitgliedern der fürstlichen Familie ernste Zweifel an dessen Zuverlässigkeit und Diskretion ausgesprochen wurden. Bucher wollte diese Zweifel nicht gelten lassen, behauptete vielmehr, daß sie auf Mißgunst beruhten und daß Busch vollkommen treu und zuverlässig sei. Wenn Lothar Bucher die jetzigen Publikationen seines vormaligen Schützlings erlebt hätte, so würde er bei seinen ausgeprägten [illegible] Redlichkeit, Diskretion und Anstand, [illegible]

ehrung für den Fürsten zweifellos nicht einen Augenblick zögern, sie aufs schärfste zu verurteilen und zu bekennen, daß er sich in Busch getäuscht habe. Auf eine Richtigstellung oder Widerlegung der Klatschereien des neuesten Busch'schen Buches unsererseits im einzelnen einzugehen, verlohnt nicht der Mühe, nachdem sie von den meisten deutschen Zeitungen schon nach Gebühr kritisiert und Herrn Busch dabei viele historische Unrichtigkeiten und Gedächtnisfehler nachgewiesen sind. Erwähnt sei noch, daß Busch nach seinem Friedrichsruher Aufenthalte vom März 1891 nur noch einmal, im Mai 1893, auf ganz kurze Zeit beim Fürsten Bismarck geweilt hat und daß er inzwischen von verschiedenen Schlaganfällen heimgesucht worden sein soll."

Bezeichnenderweise nahm sich die „Magdeburgische Zeitung" des also Gekennzeichneten an, mußte sich darauf aber von den „Hamburger Nachrichten" am 3. Oktober gebührend zurechtweisen lassen: „Die »Magdeburger Zeitung« hat unrecht, wenn sie in ihrer Sonnabend-Nummer (den 1. Oktober) von »thatsächlichen Irrtümern« unseres Artikels vom 29. v. Mts. über M. Busch spricht: sie erbringt auch nicht den Beweis für ihren Pluralis, sondern bemängelt lediglich die eine Angabe, daß M. Busch auf Buchers Veranlassung 1870 in das Hauptquartier berufen wurde, indem sie erwähnt, daß er bereits im Februar 1870 im Auswärtigen Amt erschienen*) sei. Letztere Thatsache haben wir nie bestritten und sie hat mit unserer Mitteilung nichts zu thun; das »Hauptquartier« existierte erst seit dem Abgang des Königs Wilhelm zur mobilen Armee — 31. Juli 1870 — und die wenigen Beamten des Auswärtigen Amtes, die den Fürsten Bismarck begleiten sollten, mußten selbstverständlich ausdrücklich »in das Hauptquartier berufen« werden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß gewisse

*) Dieses Wort „erschienen" ist eine köstliche Persiflage auf die ungeheure Wichtigkeit, die Herr Dr. Busch sich selbst in seinen „Werken" „Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs 1870/71", „Unser Reichskanzler" und leider auch jetzt wieder beimißt.

Zeitungen besonders gehässige Teile der Busch'schen Klatschgeschichten, von denen sie je nach ihrem Geschmack eine Auswahl getroffen haben mögen, ohne Vorbehalt abdrucken, als ob sie sie für historische Wahrheit hielten. Durch solches Verfahren stellen sich diese Zeitungen auf das moralische Niveau des Herrn Busch und dokumentieren sich als seine Geistesverwandten. Unsere erste am 21. v. Mts. gefällte Kritik, daß die Veröffentlichungen des Herrn Busch als Geschichtsquelle wertlos seien, hat sich im vollsten Maße als begründet erwiesen, nachdem die drei englischen Bände vorliegen: es ist das auch nicht verwunderlich, wenn man sich die Entstehung des Buches vor Augen hält; in den 22 Jahren von 1871—93 hat Herr Busch den Fürsten Bismarck nur in jahrelangen Zwischenräumen und in der Regel nur zu kurzen Besprechungen gesehen und daher das meiste Material zu seinen Publikationen auf Hörensagen Dritter basieren müssen, deren Mitteilungen er möglichst sensationell gefärbt zu haben scheint. Die englischen Worte des Titelblattes: „A diary kept by Dr. Busch during 25 years official and private intercourse with the great Chancellor" (»Ein Tagebuch, geführt während 25jährigem amtlichen und privaten Verkehr mit dem großen Kanzler«) laufen mithin auf eine grobe Täuschung hinaus, die den falschen Glauben erwecken soll, als ob Herr Busch in jedem Jahre häufigen Zutritt zu dem Fürsten Bismarck gehabt habe."

Der Beginn der vielgenannten „Memoiren Bismarcks" erscheint im November d. J. im Cotta'schen Verlag. Das Werk führt den Titel „Gedanken und Erinnerungen", ist also durchaus keine vollständige Selbstbiographie des Fürsten, wie anfangs vielfach behauptet wurde. Dagegen soll Bismarck diese „Gedanken und Erinnerungen" selbst diktiert und eigenhändig durchkorrigiert haben. Sie sind von Professor Horst Kohl mit einer Einleitung und kurzen orientierenden Noten versehen und sollen dem Vernehmen nach bis zum Tode Kaiser Friedrichs III. reichen.

Die zahllosen Erinnerungen an Bismarck, welche aus Anlaß seines Todes in der gesamten deutschen Presse auftauchten, förderten

zwar meist nur die ältesten Anekdoten aus seinem Leben zu Tage, von denen jeweilig nur die betreffenden verehrlichen Redaktionen harmlos versicherten, daß jene ollen Kamellen „unseres Wissens noch gänzlich unbekannt" seien. Aber bei manchen dieser Erinnerungen trat die edle Natur des heimgegangenen Nationalhelden doch auch in neuen heiteren und ernsten kleinen Begebenheiten seines Lebens zu Tage. Namentlich aber übten die nationalen Blätter die Ehrenpflicht, das Bild des großen Toten rein zu halten von den garstigen Anschwärzungsversuchen, die seine Gegner auch nach seinem Abscheiden nicht unterließen. Hier, wie an vielen der Begebenheiten, welche dieses Werk erzählt hat, wurde nachgewiesen Bismarcks große Herzensgüte; seine stille, prunklose, hingebende Wohlthätigkeit, die niemanden unverdienter als ihn dem häßlichen Vorwurf des Geizes ausgesetzt erscheinen läßt; seine edle Versönlichkeit, die auch den Vorwurf, er sei ein „Hasser" gewesen, deutlich als Verleumdung offenbart; seine uneigennützige Genügsamkeit, die den mächtigsten Mann Europas nur ein — nach seinem fürstlichen Stande — bescheidenes Vermögen sammeln ließ, endlich seine unabläßige Hingebung und Pflichterfüllung im Dienste des Staates und Vaterlandes, die allezeit sein einziger „Polarstern" war, ihn bis zum letzten Atemzuge beseelte und noch in seinem letzten amtlichen Schriftstück, dem „Entlassungsgesuche", im Gegensatze zu der ihm von seinen Feinden angedichteten „Herrschsucht" das treueste Festhalten an den unerschütterlichen Grundlagen des konstitutionellen Staatslebens bekundet. Von all diesen wehmütig ergreifenden Erinnerungen führen wir nur diejenigen wörtlich an, die sein treuer Arzt, Professor Schweninger, dem Grafen Hoensbroech mitteilte: „Wie oft hat Fürst Bismarck mir nicht gesagt, seine Entlassung im Jahre 1890 sei sein Todesurteil gewesen. So war es auch. Der Lebensinhalt war ihm geraubt; die überschüssige Kraft hatte kein geeignetes Feld der Bethätigung mehr. Und dann der Seelenschmerz! Die alten Römer, das wiederholte er mir oft, gingen freiwillig aus dem Leben, wenn sie vom öffentlichen Schauplatz ihres Wirkens abtreten mußten (und dann zählte er die Namen

einem Trauermarsche und bei der wirkungsvollen Beleuchtung legten Deputationen von über tausend Vereinen, die mit Fahnen zugegen waren, Kränze an dem Sarkophage nieder. Darauf ein Chorgesang. Die Feier schloß mit dem von den vielen Tausenden gemeinsam gesungenen Liede: „Die Wacht am Rhein."

Wie bei den Beileidsbezeugungen nach Friedrichsruh, so wetteiferten auch in den Trauerfeiern für den toten deutschen Nationalhelden alle österreichischen Städte mit den reichsdeutschen. Wie tief dort die dankbare Verehrung für Bismarck in alle Schichten der deutschen Bevölkerung eingedrungen ist, offenbarte in rührender Weise folgendes Privattelegramm der „Hamburger Nachrichten" aus Wien vom 5. August: „Aus Lienz im Pusterthale wird gemeldet: Zur Ehrung des Gedächtnisses Bismarcks wurde von einer kleinen Schar beherzter Lienzer Männer eine 9 Meter lange und 2 Meter 40 Centimeter breite schwarze Fahne auf dem in den Lienzer Dolomiten gelegenen 2740 Meter hohen Spitzkofel gehißt." Der Trauerfeier der Deutschen in Davos (Graubünden) wohnte der Großherzog von Baden mit Gemahlin bei. Auch die deutschen Kurgäste im benachbarten Klosters veranstalteten ihre Bismarckandacht. Von den zahllosen Gedächtnisfeiern der im Ausland ansässigen Deutschen erwähnen wir nur die der deutschen Kolonie in Petersburg, Stockholm, Havanna, Shangai — auch unserer neuen Kolonisten in Kioutschau — und in St. Paulo in Argentinien, wo auch die Deputiertenkammer dem verstorbenen deutschen Staatsmann schon am 1. August eine herzliche Huldigung darbrachte. Die ganze Nummer der deutschen „La-Plata-Zeitung" in Buenos Aires vom 2. August war dem Andenken des Fürsten Bismarck gewidmet. An den vortrefflichen Leitartikel knüpften sich folgende stimmungsvolle Verse:

Bismarck †.

Vom Sachsenwalde ward die Trauerkunde
Mit Blitzesschnelle in die Welt getragen,
Und überall, wo deutsche Herzen schlagen:
„Bismarck ist tot!" tönt es von Mund zu Munde.

Tot, Bismarck tot! Er, der zu starkem Bunde
Das deutsche Volk geeint in kühnem Wagen;
Der es zu Macht erhob aus bangem Zagen,
Bismarck ist tot. Oh, trauervolle Stunde!

Ja, er ist tot; doch noch in späten Tagen.
Vom gold'nen Schein der Glorie licht umgeben,
Wird in die Zeit hinein sein Bildnis ragen;
Nie welker Kranz wird seinen Ruhm umweben.

Vom Fürsten Bismarck singen wird und sagen
Der deutsche Mund, so lang noch Deutsche leben!

Nur durch wenige Unziemlichkeiten und Gemeinheiten wurde das deutsche Volk in seiner Nationaltrauer gestört. Zu den ersteren rechnen wir die unglaubliche Taktlosigkeit der kgl. Badeverwaltung in Nauheim, nach einem feierlichen Prolog zum Andenken an Bismarck im Kurtheater die Aufführung einer Posse zu gestatten. Der größte Teil der Theaterbesucher verließ empört seine Plätze. Zu den Gemeinheiten aber ist zunächst jener nächtliche Einbruch der Hamburger Photographen Wilke und Priester in das Sterbezimmer in Friedrichsruh noch in der Sterbenacht zu rechnen, in das sie an der Hand eines bestochenen Försters eindrangen, um bei Magnesiumbeleuchtung zwei Aufnahmen des Totenantlitzes zu machen und mit Hilfe dieses Raubes reiche Leute zu werden. Die fürstliche Familie erwirkte sofort die gerichtliche Beschlagnahme der beiden erstohlenen Platten und ein richterliches Verbot jedes Verkaufs von Abzügen dieser Platten, bei sechs Monat Haft für jeden Zuwiderhandlungsfall — wie das Amtsgericht Hamburg bestimmte. Das Landgericht Hamburg setzte — auf Berufung der Frevler! — eine für solche Menschen noch empfindlichere, noch sicherer wirkende Strafe: 20000 Mark für jede Zuwiderhandlung. Dieser Leistung von Wilke und Priester ebenbürtig ist die des Berliner Malers Grosser, der dem „Berliner Lokal-Anzeiger" mehrere „Bilder" des toten Fürsten mit der Versicherung aufschwatzte, daß Grosser die Skizzen am Sterbebett gezeichnet habe. Das Berliner Sensations-

blatt fiel natürlich darauf hinein.*) Als aber der edle Künstler auch bei andern Blättern, z. B. den „Leipziger Neuesten Nachr.", mit seinen angeblichen „Aufnahmen nach der Natur" hausieren ging, erkundigten sich diese erst in Friedrichsruh und erfuhren, daß der wackere Mann gar nicht dort gewesen sei!

Das Berliner Blatt, das diese traurigen „Bilder" brachte, trug auch nicht das geringste Bedenken, dem Wunsche und Erwerbssinne des Herrn Dr. Moritz Busch entsprechend, das angebliche Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 18. März 1890 zu einer Zeit abzudrucken, da die teure Leiche in Friedrichsruh kaum kalt geworden war! Das treffliche Blatt und sein ebenbürtiger „Lieferant" mußten also schon längst mit Ungeduld auf die Todesstunde Bismarcks gewartet haben. Die Urkunde lautet in der von Dr. Busch veröffentlichten Abschrift und Fassung:

„Berlin, 18. März 1890.

„Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung.

„Für die Stellung eines ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden und es wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines ›Premier-Ministers‹ anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden ›Präsidenten des Staatsministeriums‹ ernannt in Graf Arnim, Camphausen,

*) Prof. Schweninger sagte beim Anblick dieser Machwerke entsetzt zu Graf Hoensbroech: „So hat mein Fürst nicht ausgesehen!"

Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich nicht dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und sie würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß

auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten, wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich meinen Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Euerer Majestät sicher zu stellen.

„Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

„Nach den Mitteilungen, welche mir der General von Hahnke, und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner

Ämter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem, bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. ds. Mts. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, dessen ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik und so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände, wie der bayerischen oder sächsischen, und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in .... gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu ... unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat und

deren über Erwarten große Bedeutung mir ... nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

„Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät allerunterthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinen Entlassungsgesuche den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. gez. von Bismarck."

Bekanntlich erhoben die der fürstlichen Familie nahestehenden Preßorgane gegen diese Veröffentlichung den doppelten Einwand: erstens, daß Herr Dr. Busch dazu in keiner Weise berechtigt gewesen sei, sondern das Vertrauen des verstorbenen Fürsten gröblich mißbraucht habe; und zweitens, daß die von ihm mitgeteilte Fassung des „Entlassungsgesuchs" nicht richtig sei. Ich kann beide Einwände nach persönlichen Mitteilungen Bismarcks an mich als zu-

treffend bestätigen. Denn obwohl mir der Fürst auf meine persönliche Bitte an ihn: mir für meine geschichtlichen Werke Fragen über neuere und neueste Zeitereignisse zu gestatten, im Sommer 1892 durch Herrn Dr. Chrysander hatte erwidern lassen: „Ich sei ihm jederzeit und an jedem Orte willkommen," und Fürst Bismarck auch in Varzin und Friedrichsruh jede meiner Fragen eingehend beantwortet hatte, lächelte er doch, wie über eine ungewöhnliche Kühnheit, als ich am 29. April 1893 in Friedrichsruh ihn fragte: ob ich nicht auch den Wortlaut seines Entlassungsgesuches mitteilen dürfe? Darauf aber wurde er ernst und sagte etwa: „Nein, das muß von Berlin aus veröffentlicht werden, durch mich darf es niemand thun. Es ist eine Staatsschrift." Das beweist, daß Herr Dr. Busch diese „Staatsschrift" gegen den Willen des Fürsten veröffentlicht hat. Was dagegen die Schrift selbst anlangt, so sagte mir Bismarck, daß er drei Tage daran gearbeitet habe und daß sie „sehr umfänglich" geworden sei. Das von Busch mitgeteilte Schriftstück würde die Arbeitskraft eines Bismarck kaum drei Tage lang beschäftigt haben, von ihm auch schwerlich als „sehr umfangreich" bezeichnet worden sein. Vor allem aber fehlt darin sehr viel von dem, was Fürst Bismarck mir dann weiter unter dem Siegel der Verschwiegenheit aus dem Inhalt des „Entlassungsgesuches" selbst mitteilte.

Der eben dargelegte und in seiner (bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen) Schrift „Bismarck und sein Werk" von Herrn Dr. Busch dann weiter fruktifizierte Mißbrauch des „Entlassungsgesuches" ist aber noch eine Kleinigkeit im Vergleich zu den Leistungen, die Herr Dr. Busch durch seine Klatschveröffentlichungen in französischen und englischen Blättern und durch Herausgabe seines dreibändigen Klatschwerkes in englischem Verlag gegen das Andenken seines erhabenen toten „Chefs" verübte. Die französische Presse jubelte dabei: der ganze Dreyfus-Skandal werde durch den von Herrn Busch angerichteten in Schatten gestellt. Die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, welche das Verlagsrecht an diesen Zukunfts-„Werken" des Herrn Dr. Busch ursprünglich erworben

hatte, entließ ihn und die Firma S. Hirzel in Leipzig aus jeder persönlichen und Schadensersatzpflicht mit der Erklärung: daß der Cotta'sche Verlag solche Machwerke nie angenommen haben würde. Die gesamte deutsche Presse war einstimmig in der Verurteilung dieses geldhungrigen Pensionärs von Bismarcks Gnaden, den der Fürst selbst so schnell und richtig durchschaut hatte, daß er ihn schon nach einem einzigen Dienstjahr, im Frühjahr 1871 entließ. Wir können uns daher begnügen, einige Urteile der „Hamburger Nachrichten" über diesen Skribenten, seine auri sacra fames und seine „Werke" mitzuteilen. Am 29. September schrieben sie:

„In Sachen Busch. Von einigen Blättern wird nach scharfer Verurteilung der Busch'schen Veröffentlichungen die Frage aufgeworfen, wie Fürst Bismarck mit einem solchen indiskreten und subalternen Mann habe in Beziehung stehen können. Wir bemerken dazu, daß Herr Busch diese Beziehungen lediglich Lothar Bucher verdankte, dem Fürst Bismarck jederzeit unbedingtes Vertrauen schenkte und der sich seinerseits in Herrn Busch, trotz mehrfacher Warnungen, täuschte. Busch war mit Lothar Bucher, soviel wir wissen, in früheren Jahren außerhalb Deutschlands bekannt geworden und nach unseren Informationen war seine Berufung 1870 ins Hauptquartier als publizistischer Mitarbeiter des mobilen Auswärtigen Amtes durch Bucher veranlaßt worden. Ebenso verhielt sich die Sache nach der Entlassung des Fürsten. Lothar Bucher war damals mit dem Ordnen der Papiere betraut und da er diese Arbeit, namentlich wegen seines gichtischen Leidens in den Fingern, nicht allein bewältigen konnte und eines Gehilfen bedurfte, wählte er Herrn Busch dazu aus, obwohl ihm von Mitgliedern der fürstlichen Familie ernste Zweifel an dessen Zuverlässigkeit und Diskretion ausgesprochen wurden. Bucher wollte diese Zweifel nicht gelten lassen, behauptete vielmehr, daß sie auf Mißgunst beruhten und daß Busch vollkommen treu und zuverlässig sei. Wenn Lothar Bucher die jetzigen Publikationen seines vormaligen Schützlings erlebt hätte, so würde er bei seinem ausgeprägten Sinn für Redlichkeit, Diskretion und Anstand, sowie bei seiner treuen Ver-

ehrung für den Fürsten zweifellos nicht einen Augenblick zögern, sie aufs schärfste zu verurteilen und zu bekennen, daß er sich in Busch getäuscht habe. Auf eine Richtigstellung oder Widerlegung der Klatschereien des neuesten Busch'schen Buches unsererseits im einzelnen einzugehen, verlohnt nicht der Mühe, nachdem sie von den meisten deutschen Zeitungen schon nach Gebühr kritisiert und Herrn Busch dabei viele historische Unrichtigkeiten und Gedächtnisfehler nachgewiesen sind. Erwähnt sei noch, daß Busch nach seinem Friedrichsruher Aufenthalte vom März 1891 nur noch einmal, im Mai 1893, auf ganz kurze Zeit beim Fürsten Bismarck geweilt hat und daß er inzwischen von verschiedenen Schlaganfällen heimgesucht worden sein soll."

Bezeichnenderweise nahm sich die „Magdeburgische Zeitung" des also Gekennzeichneten an, mußte sich darauf aber von den „Hamburger Nachrichten" am 3. Oktober gebührend zurechtweisen lassen: „Die »Magdeburger Zeitung« hat unrecht, wenn sie in ihrer Sonnabend-Nummer (den 1. Oktober) von »thatsächlichen Irrtümern« unseres Artikels vom 29. v. Mts. über M. Busch spricht: sie erbringt auch nicht den Beweis für ihren Pluralis, sondern bemängelt lediglich die eine Angabe, daß M. Busch auf Buchers Veranlassung 1870 in das Hauptquartier berufen wurde, indem sie erwähnt, daß er bereits im Februar 1870 im Auswärtigen Amt erschienen*) sei. Letztere Thatsache haben wir nie bestritten und sie hat mit unserer Mitteilung nichts zu thun; das »Hauptquartier« existierte erst seit dem Abgang des Königs Wilhelm zur mobilen Armee — 31. Juli 1870 — und die wenigen Beamten des Auswärtigen Amtes, die den Fürsten Bismarck begleiten sollten, mußten selbstverständlich ausdrücklich »in das Hauptquartier berufen« werden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß gewisse

*) Dieses Wort „erschienen" ist eine köstliche Perfidie auf die ungeheure Wichtigkeit, die Herr Dr. Busch sich selbst in seinen „Werken" „Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs 1870/71", „Unser Reichskanzler" und leider auch jetzt wieder beimißt.

Zeitungen besonders gehässige Teile der Busch'schen Klatschgeschichten, von denen sie je nach ihrem Geschmack eine Auswahl getroffen haben mögen, ohne Vorbehalt abdrucken, als ob sie sie für historische Wahrheit hielten. Durch solches Verfahren stellen sich diese Zeitungen auf das moralische Niveau des Herrn Busch und dokumentieren sich als seine Geistesverwandten. Unsere erste am 21. v. Mts. gefällte Kritik, daß die Veröffentlichungen des Herrn Busch als Geschichtsquelle wertlos seien, hat sich im vollsten Maße als begründet erwiesen, nachdem die drei englischen Bände vorliegen: es ist das auch nicht verwunderlich, wenn man sich die Entstehung des Buches vor Augen hält; in den 22 Jahren von 1871—93 hat Herr Busch den Fürsten Bismarck nur in jahrelangen Zwischenräumen und in der Regel nur zu kurzen Besprechungen gesehen und daher das meiste Material zu seinen Publikationen auf Hörensagen Dritter basieren müssen, deren Mitteilungen er möglichst sensationell gefärbt zu haben scheint. Die englischen Worte des Titelblattes: „A diary kept by Dr. Busch during 25 years official and private intercourse with the great Chancellor" (»Ein Tagebuch, geführt während 25jährigem amtlichen und privaten Verkehr mit dem großen Kanzler«) laufen mithin auf eine grobe Täuschung hinaus, die den falschen Glauben erwecken soll, als ob Herr Busch in jedem Jahre häufigen Zutritt zu dem Fürsten Bismarck gehabt habe."

Der Beginn der vielgenannten „Memoiren Bismarcks" erscheint im November d. J. im Cotta'schen Verlag. Das Werk führt den Titel „Gedanken und Erinnerungen", ist also durchaus keine vollständige Selbstbiographie des Fürsten, wie anfangs vielfach behauptet wurde. Dagegen soll Bismarck diese „Gedanken und Erinnerungen" selbst diktiert und eigenhändig durchkorrigiert haben. Sie sind von Professor Horst Kohl mit einer Einleitung und kurzen orientierenden Noten versehen und sollen dem Vernehmen nach bis zum Tode Kaiser Friedrichs III. reichen.

Die zahllosen Erinnerungen an Bismarck, welche aus Anlaß seines Todes in der gesamten deutschen Presse auftauchten, förderten

zwar meist nur die ältesten Anekdoten aus seinem Leben zu Tage, von denen jeweilig nur die betreffenden verehrlichen Redaktionen harmlos versicherten, daß jene ollen Kamellen „unseres Wissens noch gänzlich unbekannt" seien. Aber bei manchen dieser Erinnerungen trat die edle Natur des heimgegangenen Nationalhelden doch auch in neuen heiteren und ernsten kleinen Begebenheiten seines Lebens zu Tage. Namentlich aber übten die nationalen Blätter die Ehrenpflicht, das Bild des großen Toten rein zu halten von den garstigen Anschwärzungsversuchen, die seine Gegner auch nach seinem Abscheiden nicht unterließen. Hier, wie an vielen der Begebenheiten, welche dieses Werk erzählt hat, wurde nachgewiesen Bismarcks große Herzensgüte; seine stille, prunklose, hingebende Wohlthätigkeit, die niemanden unverdienter als ihn dem häßlichen Vorwurf des Geizes ausgesetzt erscheinen läßt; seine edle Versönlichkeit, die auch den Vorwurf, er sei ein „Hasser" gewesen, deutlich als Verleumdung offenbart; seine uneigennützige Genügsamkeit, die den mächtigsten Mann Europas nur ein — nach seinem fürstlichen Stande — bescheidenes Vermögen sammeln ließ, endlich seine unabläßige Hingebung und Pflichterfüllung im Dienste des Staates und Vaterlandes, die allezeit sein einziger „Polarstern" war, ihn bis zum letzten Atemzuge beseelte und noch in seinem letzten amtlichen Schriftstück, dem „Entlassungsgesuche", im Gegensatze zu der ihm von seinen Feinden angedichteten „Herrschsucht" das treueste Festhalten an den unerschütterlichen Grundlagen des konstitutionellen Staatslebens bekundet. Von all diesen wehmütig ergreifenden Erinnerungen führen wir nur diejenigen wörtlich an, die sein treuer Arzt, Professor Schweninger, dem Grafen Hoensbroech mitteilte: „Wie oft hat Fürst Bismarck mir nicht gesagt, seine Entlassung im Jahre 1890 sei sein Todesurteil gewesen. So war es auch. Der Lebensinhalt war ihm geraubt; die überschüssige Kraft hatte kein geeignetes Feld der Bethätigung mehr. Und dann der Seelenschmerz! Die alten Römer, das wiederholte er mir oft, gingen freiwillig aus dem Leben, wenn sie vom öffentlichen Schauplatz ihres Wirkens abtreten mußten (und dann zählte er die Namen

aus dem Altertum auf); für mich ist das aber nicht. — Ihn über unsere politischen Verhältnisse sprechen zu hören, oft in langen Stunden der Nacht, welcher Genuß war das! Wie konnte das innere Feuer ihn dann packen; wie fuhr er dann zuweilen los! Noch nicht lange ist es her, bei einem Gespräch über Politik — es war ein bestimmter Gegenstand, der hier besser nicht genannt wird —, da griff er mit beiden Händen nach dem Kopf und brauste auf: Könnte ich doch in die Schweinerei mal hineinfahren und ihnen sagen, wohin das führt! Aber Sie wissen, Schweninger, meine Trompete gibt keinen Ton mehr, sie ist durchschossen. Trübe sah er in die politische Zukunft: Wir gehen schweren und schwierigen Zeiten entgegen. — Was hat man nicht über seinen Genuß geistiger Getränke gefabelt! Nun wohl, seine Natur bedurfte dieser Anregung. Ich brauche einen Aufguß, sagte er. — Wissen Sie, was ein bewundernswerter Charakterzug Bismarcks war? Seine nie versagende, stets sich gleichbleibende Höflichkeit und Rücksichtnahme. So etwas kennt man heutzutage nicht mehr. Es war die feine, durchgeistigte Höflichkeit der alten Schule, gegen jedermann, ob Dienstbote oder Minister. Doppelt eindrucksvoll wirkte die Höflichkeit bei ihm, dem Riesen an Körper und Geist. Er konnte reden worüber auch immer, es war fesselnd, gedankentief, eigenartig. Vielleicht schreibe ich einmal einen Aufsatz: Bismarck als Arzt. Seine Äußerungen über Gesundheit und Körperpflege haben mich viel gelehrt, so wenig fachmännisch sie auch waren. — Erstaunlich bei seinem Temperament war die Ruhe und Langsamkeit seines Pulses. Kaum 60 Schläge in der Minute; nach der Gelbsucht noch weniger. Großartig war auch seine Atmungsfähigkeit; mit einem Atemzug in der Minute kam er mit Leichtigkeit, wenn's hätte sein müssen, aus. Sein Wesen, das ich wie kaum einer kennen gelernt, habe, war Einfachheit, Schlichtheit. Von ihm galt nicht das Wort: Vor seinem Kammerdiener ist niemand groß."

So zeigen uns denn auch die letzten Lebensjahre unseres Helden und alle die Trauerklagen und Erinnerungen bei seinem Abscheiden sein teures Bild in denselben Zügen und in demselben

Lichte, wie zu der Zeit, da der Verfasser die Geschichte dieses großen Lebens bis zur Mitte des Jahres 1895 führte und mit den Worten abschloß: „Wenn wir sie alle an uns vorüberwandeln lassen die Heldenkaiser der alten Tage, wo hat ein einziger das vollendet, was vor unseren Augen mit Bismarcks Hilfe Kaiser Wilhelm I. vollbrachte? Wo ein einziger das, was unter Bismarcks Rat und Arbeit die Gegenwart an fester Staatsordnung künftigen Jahrhunderten überliefert? Das ist Bismarcks große Errungenschaft für Kaiser und Reich, für sein deutsches Volk, ja für den Frieden der Welt! Deshalb ist Bismarck und Deutsch uns gleichbedeutend und wird es bleiben immerdar!"

Wie ein Echo dieser Worte schließt die große Gedächtnisrede, die in der jüngsten Trauerfeier für Bismarck, im kaufmännischen Verein zu Hamburg, am 5. Oktober der dem Verfasser persönlich bekannte Historiker Professor Dr. Wilhelm Busch aus Tübingen, ein Schüler von Wilhelm Maurenbrecher, hielt:*) „Der Ausgang des Krieges gegen Frankreich hat uns unerwartet schnell Kaiser und Reich verschafft, das Reich so wie Bismarck sich dasselbe von Anfang an gedacht hatte und in dessen Apparat er geschickt den Partikularismus hineingebracht, indem er denselben zwang, dem nationalen Gefühl sich dienstbar zu machen. Dieses Reich hat Bismarck dem deutschen Volke hinterlassen. Es bildet die Summe des von ihm Geleisteten und niemand hat dem deutschen Volke so viel gegeben, als gerade Bismarck. Dem lebenden Staatsmanne pflegt im allgemeinen die Volkstümlichkeit zu fehlen, Fürst Bismarck hat darin eine Ausnahme gemacht, weil nach dem geführten erbitterten Kampf die überwältigende geistige Größe des Mannes in das hellste Licht gelangt ist, der den Mittelpunkt des ganzen deutschen Geisteslebens gebildet hatte. An Feinden hat es ihm ja auch bei Lebzeiten nicht gefehlt, im höchsten Grade verächtlich aber ist es, wenn nach seinem Tode noch derartige, auf Mißbrauch des Vertrauens basierende infamierende Anfeindungen in die Welt

*) Nach dem Bericht der „Hamb. Nachr." vom 6. Oktober.

geschickt werden, wie dies in jüngster Zeit leider geschehen ist. Bismarck hat Feinde gehabt, weil er oftmals zu gewaltsamem Vorgehen gezwungen gewesen ist. Ohne solches Vorgehen würden wir indes auch jetzt das Deutsche Reich noch nicht haben. Aber der Haß wird verstummen, wo die Gestalt des geschichtlichen Helden immer mehr anwächst, und die Enkel der jetzigen Generation werden denjenigen noch als glücklich preisen, der die Bismarck'sche Periode miterlebt, der seinem Worte gelauscht, seinen klaren, vollen Blick bewundert hat. Die Enkel werden in Bismarck nur noch den Abglanz einer großen herrlichen Vergangenheit sehen. Dies ist das Empfinden aller, welche am Grabe Bismarcks trauern, und dies thut das ganze deutsche Volk. Nur einmal hat man in Deutschland eine gleiche Trauer empfunden, als nämlich vor zehn Jahren unser alter Heldenkaiser Wilhelm I. dahingeschieden ist. Jetzt ruht auch der treueste Diener dieses Kaisers im Sachsenwalde, zu welchem so oft Festgrüße aus allen Teilen Deutschlands hinübergesandt worden sind. Mit seinem Hinscheiden ist es, als ob die große Zeit Deutschlands mit ihrem stärksten Träger noch einmal von uns Abschied genommen hätte. So scheidet das alte Jahrhundert von uns, uns bleibt nur der Wunsch, daß das kommende neue Jahrhundert nicht kleiner sein möge, als sein Vorgänger; daß die Nachfolger des großen Toten, der auch ihnen gelebt, wert sein mögen, und dem die Unsterblichkeit verbleiben wird, soweit überhaupt von Unsterblichkeit die Rede sein kann. Als Erbe Bismarcks bleibt uns sein Werk, sein im deutschen Volke fortlebender Geist. Dieser wird alle Nebel vom deutschen Vaterlande vertreiben. Sein unsterbliches Werk bleibt unser geeintes Vaterland, unser liebes Deutsches Reich!"

Alphabetisches Personen-Register.

Zu Band I—VI nebst Anhangband.*)

A.

Aali Pascha, türkischer Minister in Wien (1885) II, 75.

Abeken, Wirkl. Geh. Rat im Auswärtigen Amt in Berlin, in Ems am 13. Juli 1870, IV, 243 fg. Sendet die berühmte „Emser Depesche" an B. 244 fg. Begleitet B. ins Feld, 284.

Achenbach, Dr., preuß. Handelsminister (seit 13. Mai 1873) V, 124, 255 fg., 350 fg. Rücktritt (März 1878) V, 372 fg. Preuß. Abgeordneter (1886) VI, 167 fg.

Achenbach, Oswald, Maler I, 3.

Adam, Madame, „Pariser Hallendame von der Feder", von B. der Lüge und Fälschung überführt (1888) VI, 302 fg.

Adolf, Herzog v. Nassau, 1852 in der Zollvereinskrise I, 391. Im nassauischen Kirchenstreit I, 469 fg. Gibt B. Kenntnis von der geheimen österreichischen Note vom Mai 1855 II, 79. Abgesetzt 1866, der „Abfindungsvertrag" mit ihm IV, 64 fg.

Aegidi, Dr., Karl, Professor und Reichstagsabg. (1867), Verfasser der Adresse an den König IV, 31 fg. Antrag auf Pensionierung der ehe-

*) Die römischen Ziffern bedeuten den Band, die arabischen die Seite. Fürst Bismarck und die Seinigen sind in das Namensregister nicht aufgenommen. Bezüglich ihrer wird auf das Sachregister und die Inhaltsverzeichnisse zu den Einzelbänden verwiesen. Fürst Bismarck ist da, wo er im Register bei dem Namen anderer Personen, ihrer Beziehungen zu ihm u. s. w. erwähnt ist, mit B. bezeichnet. Bei sehr umfangreichen Nachweisen zu einzelnen Namen, wie z. B. „Kaiser Wilhelm I." u. s. w. ist der Band des Werkes, auf welchen verwiesen wird, gesperrt gedruckt, „Band I, Band II" u. s. w., und die dazwischen stehenden arabischen Ziffern beziehen sich dann auf die Seiten des zuvor gesperrt gedruckten Bandes. Bei kurzen Namensnachweisen wird die römische Ziffer des Bandes erst gewechselt, wenn ein neuer Band citiert wird. Die bis dahin stehenden arabischen Ziffern beziehen sich also auf den zuletzt (durch die römische Ziffer) genannten Band. Bei längeren Nachweisen sind auch die Jahreszahlen übersichtshalber gesperrt gedruckt. Die Bezeichnung „Bd. VII" bezieht sich auf den Anhang.

maligen (1848/49er) schleswig-holsteinischen Offiziere, 40.
Agliardi, päpstlicher Nuntius in Ungarn (1895) VII, 25 fg.
Albert, Prinzgemahl von England, 1848 in der deutschen Frage I, 156 fg.
Albert, König von Sachsen, B. bei ihm in Berlin (1884) VI, 252. Zu B.s Geburtstag (1885) 254. Bei B.s Aufenthalt in Dresden (1892) 443, 448. In Berlin (26. Januar 1894) bei der „Versöhnung" 485. Hoch B.s auf den König (1895) 515, 516 fg. (1898) VII, 154.
Albrecht, Eduard, Professor (1862) über B. II, 366.
Albrecht, Erzherzog, Oberbefehlshaber der österr. Südarmee (1866) III, 291 fg.
Albrecht, Prinz v. Preußen, B. bei dessen Vermählung (1873) V, 165. Regent von Braunschweig (seit 21. Oktober 1885) VI, 146 fg. Dessen Söhne in Friedrichsruh (1896) VII, 45. (1898) 152 fg.
Alexander, Prinz von Hessen, österr. General, Oberbefehlshaber des 8. Bundeskorps im Kriege von 1866 III, 302.
Alexander II., russischer Zar (seit 2. März 1855). Seine Politik II, 75. B. ihm (1855) in Frankfurt vorgestellt 175. Audienz B.s bei ihm in Petersburg (1859) 246. Seine Mutter empfängt B. freundlich 246, 260 fg. Sie stirbt (Nov. 1860) 291. B. begleitet den Zaren nach Breslau (1859) 274. Während der polnischen Erhebung (1863) 375/393. In der dänischen Frage (1863 fg.) III, 24, 110 fg. B. bei ihm (am 7. Mai 1866) 300. Seine Kongreßidee (Juli 1866) 378 fg., von B. vereitelt 390 fg. B. beim Zaren in Berlin (Mai 1867) IV, 4. Telegramm an Kaiser Wilhelm (26. Jan. 1871) 388. In Berlin (9. Juni 1871), Gespräch mit B. 432. Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm (8. Dez. 1871) V. 40. Zur Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (Sept. 1872) 89 fg. In Berlin (Mai 1874) 190. In Berlin (Mai 1875) 231 fg. (Mai 1876) 257 fg. Unfreundlichere Haltung gegen Deutschland (1879) 285 fg. Kaiser Wilhelm in Alexandrowo bei ihm 286. B. gibt ihm Kenntnis vom Bündnis mit Österreich (1879) 301 fg. Glückwunsch an Kaiser Wilhelm (22. März 1880) VI, 175. Ermordet (13. März 1881) 175.
Alexander III., russischer Zar (seit 13. März 1881) VI, 175. Mit Kaiser Wilhelm in Danzig (9. Sept. 1881) 176 fg. Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewize (1884) und bei Kaiser Franz Joseph in Kremsier (1885) 186. Am 18. Nov. 1887 in Berlin; B. enthüllt ihm die orleanistischen Fälschungen 191/194. In Berlin 1889, B. bei ihm 338 fg., 340 fg., 371 fg. Begrüßt 1890 die französ. Flotte in Kronstadt 425. Sendet B. aus Kiel (1892) Grüße 449.
Alexander von Battenberg, Fürst von Bulgarien (seit 1879) VI, 184 fg. Gestürzt (21. August 1886), verläßt das Land (7. Sept.) 185.
Alfonso XII., König von Spanien

(1874) V, 161 fg., VI, 201 fg. † (25. Nov. 1885) 202.

Alvensleben, Graf, preuß. Vertreter 1851 bei den Dresdener Konferenzen I, 278 fg. 1854 beim König in Putbus II, 45. Vom Prinzen von Preußen 1858 ins Ministerium berufen; † vor Antritt des Amtes 221.

v. Alvensleben, Gustav, General, 1863 nach Petersburg gesendet II, 377 fg.

Andrassy, Julius, Graf, III, 412. Als Minister, August 1867, in Salzburg IV, 28 fg. Versönliche Schritte (1869) 201. In Salzburg (9. September 1871) V, 25 fg. Ministerpräsident (6. Nov. 1871) 40 fg. Zur Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (Sept. 1872) 89 fg. Freundschaft mit B. (1873), in Wien 153 fg. In Berlin (Mai 1876) 257 fg. Mit B. in Salzburg (1877) 275 u. 366 fg. Schlußrede im Berliner Kongreß auf B. (1874) 282 fg. Mit B. in Gastein u. Wien (1879) bei Abschluß des deutsch-österr. Bündnisses 286 fg. Tritt Oktober 1879 zurück 291 fg. B.s Glückwunsch an ihn 1882 bei Vermählung der Tochter VI, 257. † (18. Februar 1890) 398. — Sein Sohn (1898) VII, 153.

Antonelli, Kardinal-Staatssekretär, V, 5 fg. Verhandlung mit ihm (1872) 70 fg.

Apponyi, Graf, Vertreter Oesterreichs auf der Londoner Konferenz (1864) III, 97., 106 fg.

Arabi Pascha, aufrührerischer ägyptischer Kriegsminister, VI, 196 fg.

Arago, Emanuel, Mitgl. der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung“ (4. Sept. 1870) IV, 305 fg.

v. Arnim, Oskar, B.s Jugendfreund und späterer Schwager I, 28.

v. Arnim-Boitzenburg, Graf, Reg.-Präsident in Aachen, B.s Vorgesetzter I, 41. Im Jahre 1848 „Märzminister“ I, 124 fg. Mitglied des Herrenhauses III, 52, 99 fg.

v. Arnim-Stryk, preuß. „Märzminister“ I, 125 fg., 143.

v. Arnim, Graf, preuß. Gesandter in Wien I, 365 fg., II, 67. Gesandter in München (1864) IV, 76.

v. Arnim, Harry, Graf, preuß. Gesandter in Rom (1869), Erlaß B.s an ihn über das vatikan. Konzil IV, 215 fg., 220 fg. Verschleppt die Verhandlungen in Brüssel (1871) 421. Nach Frankfurt beschieden 422. B.s Instruktion an ihn (14. August 1871) V, 18. Seine Auflehnung gegen B. 126 fg. Von Paris abberufen (22. Februar 1874) 149 fg. 19. März 1874 Botschafter in Konstantinopel 149 fg. Intriguen zu B.s Sturz 191 fg. In den Ruhestand versetzt 193. Erster Prozeß gegen ihn 193 fg. Ergebnis 194. Seine Broschüre „pro nihilo“ (Okt. 1875) 245 fg. Von B. als Lügner entlarvt 247. Neuer Prozeß gegen ihn und Ergebnis 246 fg. VII, 74 fg.

Aßmann, preußischer Abgeordneter, III, 63.

Auer, sozialdemokr. Abgeordneter (1884) VI, 146 fg.

v. Auerswald, Rudolf, Reg.-Präsident von Trier und Mitglied des

vereinigten preuß. Landtags (1847) I, 107 fg. Mitglied des Erfurter Parlaments 213. Minister der „neuen Ära“ (1858 fg.) II, 222 fg. Tritt zurück (März 1862) 316 fg.

v. Auerswald, Alfred, Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen und Mitglied des vereinigten preußischen Landtags (1847) I, 107 fg. 1848 Märzminister des Innern I, 125 fg. 1848 über die Polenfrage I, 135. Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213.

v. Auerswald, General, Mitglied des Frankfurter Parlaments, Sept. 1848 ermordet I, 144.

Augusta, Gemahlin des Prinzen von Preußen, später Königin u. Kaiserin. 1858 für den engsten Anschluß an England, B. über sie II, 236. Begönnert den Minister Schleinitz 312 fg. Ihre Abneigung gegen das „reaktionäre Ministerium“ (März 1862) 321. Rät 23. Sept. 1862 zur „Verfassungstreue“, d. h. zur Nachgiebigkeit gegen die Opposition 341, 351 fg. Gegen B.s Polenpolitik (1863) 394. Glückwunsch zu B.s Silberhochzeit (1872) V, 87. Begünstigung des Grafen Arnim gegen B. 133 fg. Glaubt alles gegen B. 230 fg. Nimmt die Verleumder B.s 1875/76 in Schutz 252 fg. Für Beschickung der Pariser Ausstellung 1878 gegen B. 261 fg. Mittelpunkt der B. feindlichen Hofintriguen (1877) 357 fg. Huld u. Gabe zu B.s 50jähr. milit. Dienstjubiläum VI, 295. † (7. Jan. 1890) 376.

Augustenburg-Noer, Prinz Friedrich v., 1848 in der prov. Regierung Schleswig-Holsteins I, 132.

Augustenburg-Sonderburg, Herzog Christian v., B. nimmt sich seiner Ansprüche hingebend an I, 401. A. genehmigt den von B. vermittelten Vertrag mit Dänemark, Inhalt desselben I, 404/6. Verzichtserklärung zu Gunsten seines Sohnes Friedrich III, 25.

Augustenburg-Sonderburg, Herzog Friedrich v., (Herzog „Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein“) III, 25 fg., 31 fg., 39, 109 fg. Sein Benehmen in Schleswig-Holstein während des preußisch-österreichischen Mitbesitzes (1864/65) 167 fg., 176 fg. Seine Bewerbung von Preußen ausgeschlossen, Ungnade des Königs 195 fg. Flucht (7. Juni 1866) aus Holstein 323. In Frankreich (1870) IV, 292.

d'Azeglio, Massimo, italienischer Patriot II, 234 fg.

B.

Baare, Kommerzienrat aus Bochum bei B. (1880) VI, 65 fg.

Bach, österr. Minister (1852), beurteilt durch B. I, 371, 376 fg. Gegen B. mißtrauisch 382.

Backhaus, Mitglied des Frankfurter Parlaments VII, 102 fg.

v. Balan, preuß. Gesandter in Dänemark (1863) III, 10 fg., 57 fg. Vertreter auf der Londoner Konferenz (1864) 97 fg. Bevollmächtigter in Wien (1864) 128 fg. Vertreter B.s (1872) V, 129 f., 142.

Balleſtrem, Graf, Reichstagsabg. (1874) V, 211 fg., (1886) VI, 204 fg.

Bamberger, Dr., Ludwig, Zollparlamentsabg. (1868) IV, 141. Während des Kriegs (1870/71) 308 fg., 349. Im deutschen Reichstag (1871) 430. B. berät 1876 mit ihm V, 261 fg., (1878) 330 fg. 1878/79 Stellung zur Wirtschaftsreform B.s 371 fg. VI, 16. (1880) Secession 44. (1881) 74 fg. (1884) Leichenrede auf Lasker 136 fg. (1880) 346 fg. (1884) 356 fg.

Bancroft, Georg, Historiker und nordamerikanischer Gesandter in Berlin IV, 95 fg. Am 19. Juli 1870, 264. In den Jahren 1871 fg. V, 163.

Bannewitz, Buchbindermeister in Berlin, schützt B. am 7. Mai 1866 gegen den Mordbuben Cohen-Blind III, 297 fg.

Bardeleben, Dr., Professor, behandelt den Kaiser Friedrich VI, 308 fg.

Barral, Graf, italienischer Botschafter in Berlin III, 265 fg.

Barth, Dr., Reichstagsabg. (1880) VI, 102 fg.

Bassermann, Fr., Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213.

v. Batocki, Frau, Freundin des B.'schen Hauses VII, 93 fg.

Baumbach, kurhessischer Minister II, 269.

Baumbach, Dr., Karl, Reichstagsabg. (1881) VI, 115 fg.

Baumgarten, 1852 österreichischer Finanzminister I, 375.

Bazaine, französischer Marschall, in Metz August 1870 eingeschlossen IV, 306 fg. Kriegsrat (10. Okt. 1870) 332 fg. Übergibt Metz (27. Okt.) 334.

Bebel, August, 1867 im konstituierenden Reichstag III, 447. Bei der Adreßdebatte (Sept. 1867) IV, 32 fg. Über das Kriegsdienstgesetz (17. Okt. 1867) 40 fg. Verweigert Deutschland 1870 die Mittel zur Abwehr Frankreichs 265. „Acceptiert" den Dank des französischen Konsuls in Wien dafür 389. Seine Vergangenheit 389 fg. Im Reichstag (1871) 401; gegen die Kriegsanleihe 414. Lobrede auf die Pariser Kommune (25. Mai 1871) V, 3. Lügen über Lassalle 321 fg., 325 fg. B. über ihn 337 fg. (1880) VI, 40. (1884) 141 fg. (1887) 215 fg. (1897) VII, 78, (1898) 113.

Becker, Jakob, Maler aus Worms I, 326.

Becker, Oskar, Student aus Leipzig, Attentat auf König Wilhelm (14. Juli 1871) in Baden-Baden II, 311.

Becker, Oberbürgermeister v. Dortmund (1875) V, 216 fg.

Becker, Dr., Oberbürgermeister v. Köln (1876) V, 244 fg.

Becker, Dr., Chefarzt der deutschen Schutztruppe in Dar-es-Saalam (1895) VII, 4.

Beckerath aus Crefeld, 1847 Mitgl. des vereinigten preuß. Landtags I, 107 fg., 119. Mitglied des 1849er preuß. Landtags 192. Mitgl. des Erfurter Parlaments 213. Für die Worte „Deutsches Reich" im Unionsentwurf 217. In der Sitzung vom 2. April 1851, 222 Note. Bei König Wilhelm (Juni 1863) II, 394 fg.

v. Behr, Reichstagsabg. (1888) VI, 221 fg.

Behrend, Vizepräsident des Abg.-Hauses (1863) II, 387 fg.; III, 15.
Belcredi, Graf, wird 27. Juli 1865 österr. Ministerpräsident IV, 201 fg. Sistiert die österreichische Verfassung 243 fg.
Bellermann, B.s Gymnasiallehrer I, 23.
Bellin, Gutsverwalter in Schönhausen I, 44 fg., 57.
v. Below-Hohendorf, Freund B.s (1859) II, 194. Empfängt u. pflegt den erkrankten B. in seinem Hause (1859) 277 fg. B. an ihn (Anfang 1862) 318.
v. Benda, Landtags- und Reichstagsabg. (1869) IV, 170. Gespräch mit B. (1870) V, 264.
v. Benedek, österr. Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Nordarmee (1866) III, 291 fg. † 27. April 1881, B.s Beileid an dessen Witwe VI, 229 fg.
Benedetti, Graf, französ. Botschafter in Berlin (seit Nov. 1864) III, 165 fg., 199 fg. Im März 1866, 261 fg. Reise zu B. ins Feld (9. bis 16. Juli 1866) 368 fg. In Wien 369 fg. In Nikolsburg, Juli, 375 fg. Schreiben vom 5. August 396 fg. Bei B. und dem König 5. u. 7. August 398 fg. Neue Kompensationsbegehren (20. August) 410 fg. „Dilatorische Behandlung" durch B. 410/414. Ende März 1867 in der luxemburgischen Frage 466 fg. B.s Erklärung an ihn (8. Mai 1867) IV, 7. B.s Besprechung mit ihm über Candia (1868) und Erfolg 200. B. fordert Aufschluß von ihm über geheime französische Verhandlungen (März 1869) 202. Gespräch mit B. 11. Mai 1869 über die spanische Thronkandidatur Hohenzollern 203 fg. In Ems (9. Juli 1870) 234 fg. (10. Juli) 235 fg. (11. Juli) 236 fg. (12. Juli) 238 fg. (13. Juli) 242 fg., 253 fg. Abschied vom König (14. Juli) 254. Vergebliche Versuche die von B. Juli 1870 enthüllten französischen Anschläge auf Belgien u. s. w. zu bestreiten 276/79.
v. Bennigsen, Rudolf, Landtags- und Reichstagsabg. Gründer des Deutschen Nationalvereins (Juli bis Sept. 1859) II, 264 fg. Bei B. in Berlin (Mai 1866) III, 303 fg. Antrag auf Neutralität Hannovers 322. Führer der Nationalliberalen im konstituierenden Reichstag (1867) 448 fg. Kompromißantrag in der Militärfrage 454 fg. Interpellation in der luxemburgischen Frage (1. April 1867) 457 fg. Im Landtag (1867) IV, 55. Antrag zum Etat des Auswärtigen 55 fg. Im Zollparlament (1868) 137 fg. Im Reichstag (1869), „Fall Mende" 168. Im Reichstag (1872) V, 76 fg. Im Landtag (1873) 105 fg. B. dessen Gast (16. Januar 1874) 175. Kompromiß in der Militärfrage (1874) 188 fg. Verhandlung mit B. wegen der Justizgesetze (1876) 266 fg. Orientalische Frage (1877) 273 fg. Desgl. 1878, 276 fg., 329 fg., 339 fg. Verhandlungen mit B. in Varzin u. s. w. (1877/78) 363 fg. (1879) 387 fg., 402 fg., 405 fg. (1880) VI, 29 fg., 43 fg. (1881) 111 fg. (1882) 133 fg. Legt 1883 seine Man-

date nieder 134 fg. Tritt 1884 wieder auf den politischen Schauplatz 135 fg. (1888) 221 fg. Bei B. (März 1888) 295. Vom Kaiser Wilhelm II. zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt (1888) 322. Bei der Militärvorlage (1892) 477 fg. B. zu dessen 70. Geburtstag (9. Juli 1894) 489 fg. Für die Ehrung B.s (März 1895) 502 fg. (1896) VII, 29 fg.

Benomar, spanischer Botschafter in Berlin (1885) VI, 266, 353 fg.

v. Bergmann, Dr., Professor, Geh. Rat behandelt Kaiser Friedrich VI, 289 fg., 311.

v. Bernhardi, Theod., Abg. „Denkwürdigkeiten" II, 296, 299 fg.

v. Bernstorff, preußischer Minister 1815 fg. I, 93.

v. Bernstorff, preuß. Gesandter in London, 1861 Minister II, 312 fg. Befragt (Mai 1862) B. in der kurhessischen Frage 324. Juni 1862 Briefwechsel mit B. 330. An B. (14. Juli 1862) 331 fg. Fordert 23. Sept. 1862 seine Entlassung 343 fg. Wieder preuß. Gesandter in London und Vertreter auf der Londoner Konferenz (1864) III, 97 fg., 100 fg., 106 fg., 110 fg. B. an ihn über Einführung des allg. Stimmrechts (19. April 1866), Antwort 26. April 275 fg. B. an ihn 25. Juli 257 fg. B. an ihn 12. Sept. 310 fg.

v. Bernuth, Justizminister der „neuen Ära" (1858 fg.) tritt März 1862 zurück II, 316 fg.

Bertin, freigesprochener französischer Mörder deutscher Soldaten (1871) V, 41.

Beseler-Mansfeld, preuß. Abg. I, 257 fg.

Beseler, Wilhelm, 1848 Mitgl. der provis. Regierung Schleswig-Holsteins I, 132 fg. Mitgl. des Erfurter Parlaments I, 213. Im Reichstag (Dez. 1874) V, 212 fg., 405 fg.

v. Bethmann, preuß. Konsul in Frankfurt I, 507.

v. Bethmann-Hollweg, preuß. Abg. der Rechten (1852) I, 490 Kultusminister der „neuen Ära" (1858) II, 223 fg. Schreiben an König Wilhelm (15. Juni (1866) III, 332 fg.

Bethusy-Huc, Graf, Landtags- u. Reichstagsabg. 1869 im Reichstag IV, 159 fg. 1873 im Landtag V, 105 fg.

Beulé, französischer Abg. (1871) IV, 385.

v. Beust, Ferdinand, sächsischer Minister. Erste Begegnung mit B. im Nov. 1848, Band I, 150 fg. Ueber Robert Blum 151 fg. Läßt 1850 fg. Sachsen zugleich im Bunde mit Preußen und gegen Preußen 210. 1851 über den Anschluß Hannovers an den Zollverein 355 fg. Wunderbare staatsrechtliche Theorie über den Zollvereinsvertrag 390. B. will gegen ihn (1852) „ein Exempel statuieren" 392. Intriguen in der oriental. Frage (1853 fg.) Band II, 8 fg. Denkschrift über „Bundesreform" (Juni 1856) 119 fg. Urteil B.s über ihn 120 fg. Anträge auf „Bundesreform" am Bunde. Juni 1857. B.s Kritik derselben 145 fg. Sie verlaufen im Sande 150. Beginnt und verfährt 1860

die deutsche „Bundesreform" von neuem 315. Sein „Delegiertenprojekt" als „deutsche Bundesreform" (1862) 338 fg. Schreiben B.s an ihn (10. Oktober 1862) 355 fg. B. bei ihm in Dresden (18. Juli 1863) 399 fg. Am 23. Oktober 1863 in Nürnberg 418 fg. In der dänisch-schleswig-holsteinschen Frage: Band III, 28, 43, 58, 78 fg., 89 fg., 106 fg., 117 fg., 128 fg. In der Frage des Besitzes der Herzogtümer: 154 fg., 155 fg., 171 fg., 200, 268 fg. Über B.s Bundesreformvorschlag April 1866 282 fg. Täuscht die sächsischen Kammern 322 fg. Verläßt 15. Juni Sachsen beim Einmarsch der Preußen 341. Fleht in Paris um Napoleons Schutz, wird abgewiesen 367. Oktober 1866 österr. Reichskanzler und Graf. 1867—1870. Seine Politik seit 1867 Band IV, 21 fg. In Salzburg bei Napoleon (August 1867) 28 fg. Geheime Verhandlungen mit Napoleon wegen eines Bündnisses (1868 bis 1870) 194 fg. B. lehnt Beusts „Anklage wie Verteidigung" im preußischen Landtag 1868 ab 199. Umtriebe und Verdächtigung der preuß. Friedenspolitik (1869) 205 fg. B. enthüllt diese Umtriebe und brandmarkt sie 208 fg. Stellung gegenüber dem vatikanischen Konzil 215 fg. Regt nach Sedan 1870 „Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens" an 306 fg. Über Thiers Rundreise 12. Oktober 329 fg. Begeistert über engl. Einmischungsversuche 27. Okt. 335. B. dagegen 28. Oktober 335. Muß auf Befehl Kaiser Franz Josephs B.s freundliche Note vom 14. Dezember 1870 entgegenkommend beantworten 356 fg. Zusammenkunft mit B. in Gastein 1871. Band V, 19 fg. Vom Kaiser 1. Nov. 1871 zum Rücktritt aufgefordert. Poetischer Briefwechsel mit B. (Febr. 1878) 280 fg.

Biedenweg, Abg., B.s Mensurgegner in Göttingen I, 35.

Biedermann, Dr., Karl, Prof. in Leipzig, über den 1847er vereinigten preuß. Landtag 1, 120. Mitglied des Frankfurter Parlaments und der Kaiserdeputation I, 163. Für B.s Bundesreform (1866) IV, 280. Bei B. (1871) IV, 439. Preßgesetzentwurf (1873) V, 118. B.s Dank an ihn (Februar 1888) VI, 277. Adresse an B. (März 1888) 301. (1898) VII, 102, 147.

v. Biegeleben, österr. Gesandter zur Londoner Konferenz (1864) III, 97 fg. In der Wiener Staatskanzlei 132 fg. Seine Denkschrift in der deutschen und schleswig-holsteinischen Frage („Biegelebens Werke"), 12. Oktober 1864, 151 fg.

Bille, Baron, dänischer Vertreter auf der Londoner Konferenz (1864) III, 97 fg.

Bismarck, Otto, Schuhmachermeister in Osterburg, Schützenkönig (1871) V, 14.

v. Bismarck-Bohlen, Legationsrat, begleitet B. 1870/71 nach Frankreich IV, 284.

Bitter, preuß. Finanzminister (Mai 1879) V, 404 fg. Schreiben B.s an ihn (1880) VI, 29 fg., 233 fg.

v. Blanckenburg, Moritz, B.s Jugendfreund I, 20 fg. Mit B. in Gastein (1864) III, 127, 199. B. an ihn aus Gastein (1865) 203 fg. B. an ihn (7. März 1866) 261. Reichstagsabg. Antrag auf Reform der Hypothekengesetzgebung IV, 39. Über das Zerwürfnis der Konservativen mit B. IV, 78 fg. Bei B. in Varzin (1868, B.s Sturz mit dem Pferde) 83 fg. Herbst 1869 in Varzin 115 fg. Im Reichstag (1868) 131 fg. Im Zollparlament (1868) 137 fg. Im Reichstag (1869) 158 fg. Auf Wunsch B.s in Versailles (1870) 347 fg., 352 fg. Zu B.s Silberhochzeit in Varzin (1872) V, 87. B. bei ihm (Sept. 1873) 166. Soll Minister werden (1873) 169, lehnt ab 170. Bei B. in Varzin (Herbst 1875) 235 fg.

v. Bleichröder, Gerson, B.s Vertrauter III, 324. V, 179, 246 fg. VI, 345 fg., 392.

v. Blixen-Finecke, dänischer Großgrundbesitzer, Schreiben an B. und dessen Antwort (1863) III, 19 fg. Mit B.s Antwort beim König 21.

Blome, Graf, III, 202 fg. IV, 360.

v. Bluhme, dänischer Minister (1864) III, 116 fg.

Blum, Robert, Mitglied des Frankfurter Parlaments, erschossen in Wien 9. Nov. 1848, I, 144. B. über die 1849 für Rob. Blum in Berlin abgehaltenen Totenfeiern 207 Note. B. am 23. Mai 1870 über Rob. Blum 151 fg.

Blum, Dr., Hans (Verfasser dieses Werkes), Reichstagsabg. IV, 31, 35 fg., 40 fg. VII, 45 fg. Auf dem ersten parlam. Abend B.s 165 fg. Stimmt für die Todesstrafe (23. Mai 1870), B. darüber 183. Bei B. in Ferrières (30. Sept. 1870) 320. Mit dem Fürsten Hohenlohe nach Berlin (27. Nov. 1870) 349. In Varzin (1892) VI, 467 bis 475. In Friedrichsruh (1893) 475 fg. VII, 70, 104, 166 fg.

Blumenthal, Graf, Vorbesitzer von Varzin V, 83.

v. Blumenthal, im dänischen Feldzug (1864) Oberst III, 86 fg. Im Kriege von 1870/71 General und Chef des Generalstabs der III. Armee, bei den Verhandlungen in Donchéry (1. Sept. 1870) IV, 297 fg. In Friedrichsruh (1896) VII, 41.

v. Blumenthal-Staffelfelde, Rittmeister III, 103.

Bluntschli, Dr., Kaspar, Professor und Zollparlamentsabg. Am 30. April 1868 Gespräch mit B. IV, 138 fg., 186 fg.

Bninski, Graf, Mitglied des preuß. Herrenhauses, reichstreuer Pole V, 60 fg., VI, 306 fg.

v. Bockum-Dolffs, Abg., Fraktionsführer (1861 fg.) II, 314 fg. B. zeigt ihm den Ölzweig von Avignon (30. Sept. 1862) 347. Sein Konflikt mit Roon (27. Mai 1863) 393 fg.

v. Bodelschwingh, preuß. Minister I, 102 fg. Im März 1848 abgesetzt 124. Mitglied des Erfurter Parlaments 213. Im preuß. Abgeordnetenhause (am 3. Dez. 1850) 245. Im Jahre 1851 preuß. Finanzminister 296. Desgl. im Oktober 1862 II, 355. III 132 fg. Seinem

Amt nicht gewachsen, entlassen (1866) 232. Abgeordneter, hetzt die Konservativen gegen B. IV, 70.

Boelke, 1849 Wirt in Rathenow I, 164 fg.

Böttcher, Dr., Friedr., Reichstagsabg. VI, 365 (Note) fg.

v. Bötticher, Geheimrat (1878) V, 378 fg. Minister ohne Portefeuille und Staatssekretär (1881) VI, 16 fg., 34 fg. (1882), 58 fg. Arbeitet das Gesetz über die Altersversicherung der Arbeiter aus (1887 fg.) 98 fg., (1884) 137 fg., 139 fg. 1890 Januar bei B. 373 fg. Frondiert gegen B. 378 fg., 395 fg., 400. 1895 VII, 12/18, 19 fg. bis 21. Scheidet 1897 aus seinen Stellungen als Minister u. s. w. VII, 60 fg.

v. Bojanowski, deutscher Generalkonsul in London VI, 155.

v. Bonin, preußischer Kriegsminister (1853) II, 6. Anfang Mai 1854 plötzlich entlassen 19. Kriegsminister der „neuen Aera" (1858 fg.) 223. Muß im Dezember 1859 Roon weichen 295.

Bonnechose, französ. Kardinal, am 12. Februar 1871 bei B. in Versailles IV, 390.

Dr. Bonnell, Rektor des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums zu Berlin, Erzieher B.s I, 20 fg. 1874 B.s Dank an ihn V, 195.

Dr. Bornemann, 1848 preuß. Märzjustizminister I, 125 fg.

v. Borries, hannoverscher Minister (1860) II, 288 (auch Note). Verleumder B.s 1875 fg. V, 248.

Dr. Bosse, preußischer Kultusminister (1892) VI, 442 fg.

v. Bothmer, hannoverscher Bundestagsgesandter in Frankfurt I, 346. Urteil B.s über ihn 475. In der belgischen Frage 480.

Boulanger, französ. General, 1886 Kriegsminister VI, 203 fg. Rüstet 1887 zum Krieg 209 fg. Gestürzt im Mai 1887 214.

v. Boyen, preuß. Kriegsminister (nach 1815) I, 89.

Boyer, französ. General, am 11. Oktober 1870 aus Metz zu B. gesandt IV, 333 fg. Wahrt die Ehre der Metzer Besatzung gegen Gambetta 335.

v. Brandenburg, Graf, preußischer Ministerpräsident I, 146 fg. Stellung zu Österreich und in der deutschen Frage 160 fg. 1849, 20. März, vor der Kammer 166. Eröffnet, August 1849, den neugewählten Landtag 178. Gegen die Einmischung des Bundestages in die kurhessische Verfassungsfrage 237 fg. Am 19. Oktober 1850 Reise nach Warschau zum Zaren 239. Graf B.s Friedensvorschläge am 1. Nov. in Berlin 240 fg. Stirbt plötzlich am 6. Nov. 1850 241 fg.

Brassier de St. Simon, preuß. Gesandter in Petersburg (1860) II, 281.

Bratianu, rumänischer Minister, von B. 1868 zum Rücktritt gezwungen IV, 199 fg. Unterredung B.s mit ihm (1880) VI, 226, 266.

v. Brauchitsch, preuß. Abg. 1849 I, 188 fg.

v. Brauchitsch, preuß. Abg., Roons Schwiegersohn, Februar 1868 gegen B. IV, 74 fg.

Brauer, bad. Minister, VII, 156.
Braun, Ritter, Beamter der österr. Gesandtschaft in Frankfurt I, 505.
Braun-Hersfeld, Abg. IV, 407 fg.
Braun-Wiesbaden, Dr., Karl, Führer der nassauischen Liberalen II, 264 fg. Verlangt 4. August 1866 „ein Zollparlament" III, 393. Im konstituierenden Reichstag (1867) 439 fg. Im Herbstreichstag von 1867, Antrag bezügl. des Zollvereinsvertrags und der Bündnisverträge IV, 43 fg., 154 (Note). (1874) V, 185. Gespräch mit B. über die orientalische Frage (1875) 241 fg.
Bray, Graf, bayer. Minister (1870) 290 fg. Entlassen (1871) V, 39.
Brendel, Dr., aus Montevideo bei B. 1892) VI, 445.
v. Brenner, österr. Kanzleidirektor am Bundestage, von B. geschildert I, 289 fg., 320, 425. Österr. Gesandter in Kopenhagen III, 37 fg. Österreichischer Vertreter beim Wiener Frieden (1864) 128 fg. Desgleichen in Nicolsburg (1866) 374.
Brisson, französ. Minister VI, 203.
Brockhaus, Dr., Prof., Prorektor in Jena (1892) VI, 460 fg.
Broglie, duc de, französ. Minister (1873) V, 142 fg.
Bronsart v. Schellendorf, Kriegsminister (1886) VI, 204 fg. (1887) 216 fg. Bei B. (1888) 275 fg. (1897) VII, 73.
v. Bruck, österr. Handelsminister. Im Dezember 1852 in Berlin zum Abschluß eines Handelsvertrages I, 399.
Brück, Bürgermeister von Worms, am 12. Juni 1871 bei B. in Berlin IV, 432 fg.
Brüggemann, Mitgl. des Herrenhauses III, 52.
Brühl, Graf, Mitgl. des Herrenhauses V, 112, 224 fg.
v. Brunner, Bürgermeister v. München, VII, 138, 154.
v. Brunnow, Freiherr, russischer Gesandter am Bundestage II, 90 fg. Russ. Gesandter in London (1862), B. bei ihm 331. Auf der Londoner Konferenz (1864) III, 97 fg.
v. Buch, Leopold, Professor der Geologie I, 29.
Buchanan, A., Sir, 1863 englischer Gesandter in Berlin II, 378 fg., 390. III, 19, 54 fg., 91.
Bucher, Lothar, u. B. I, 175 fg. Nach Spanien gesandt (1870) IV, 226 fg. Begleitet B. (1871) V, 14 fg., 39 fg. (1874) 189. (1875) 217. (1876) 265. (1880) VI, 223 fg. † (12. Oktober 1892) 465 fg. B. über ihn 471 fg. VII, 168 fg.
Büchsel, Hofprediger in Berlin I, 494 fg.
Buffet, Präsident der französischen Kammer (1874) V, 172.
v. Bühler, Reichstagsabg. (1880) VI, 224 fg.
v. Bülow, preußischer Finanzminister (nach 1815) I, 88.
v. Bülow-Cummerow, konserv. Schriftsteller I, 105.
v. Bülow, Gesandter für Holstein am Bundestage, von B. gelobt I, 294 fg. B.s Verhandlungen mit ihm wegen der Rechte des Herzogs von Augustenburg I, 403 fg. Erneut von B. gelobt I, 476. Staatssekretär B.s (1873) V, 143 fg. (1874) 192 fg. (1877) während B.s Urlaub

274 fg. B.s Vertreter (1877) 360 fg., 366 fg. Bei B. (Dez. 1877) 367 fg. † (20. Oktober 1879) 427. B. über ihn (1884) VI, 155 fg.

v. Bülow, deutscher Botschafter in Rom, Staatssekr. an Stelle v. Marschalls (1897) VII, 60 fg., 119, 141 fg.

Bürklin, Dr., Reichstagsabg. und Vizepräsident (1895) VI, 502 fg.

Buhl, Reichstagsabgeordneter VI, 87 fg., 205 fg.

v. Bunsen, Josias, Vertrauter des Königs Friedrich Wilhelm IV. I, 99 fg. 1848 in der deutschen Frage 157 fg. Im Januar 1849 zum König nach Berlin entboten 160 fg. Preußischer Gesandter in London 234. Preußischer Gesandter in London, Anhänger der Westmächte (1853 fg.) II, 6 fg. Anfang Mai 1854 zurückberufen 19.

v. Bunsen, Dr., Georg, Sohn des Vorigen, preuß. Abgeordneter III, 186 fg. IV, 58 fg. (1884) VI, 154 fg.

v. Buol, Reichstagsabgeordneter, zum Präsidenten gewählt (20. März 1895) VI, 502 fg.

v. Buol-Schauenstein, Graf, als Nachfolger des Fürsten Felix Schwarzenberg 1852 österr. Ministerpräsident, B. über ihn Band I, 364. Brief Manteuffels an ihn bei Entsendung B.s nach Wien (Mai 1852) 365. B. über Buol, Schilderung desselben, und über Buols Politik 367 fg. Unterredung B.s mit Buol am 15. Juni 1852 in Wien 373 fg. Ganz geheime Mitteilung B.s über Buol 377 fg. Seine Politik in der orientalischen Verwickelung (1853 fg.) Band II, 5 fg. Cirkulardepesche (v. 9. Februar 1854) 12. Für den Beitritt des Bundes zum Bündnisvertrag vom 20. April 1854, B. dagegen 24 fg. B. deshalb nach Berlin 26. Der Bund lehnt den Beitritt ab 27 fg. Einseitiges Ultimatum an Rußland (3. Juni) bei der Zusammenkunft in Teschen 30. Kritik s. Politik durch B. 32 fg. Sein einseitiger Vertrag mit der Türkei (14. Juni) 34. Note nach Rußland (9. Juli) 35. Beitritt des Bundes zum Bündnisvertrag (24. Juli) 38 fg. Note an Rußland (8. August) zugleich mit den Westmächten 40 fg. Zumutungen an den Bund zum Beistand Oesterreichs 41 fg. B. nennt ihn einen „bornierten und leichtsinnigen Menschen" 45. Thorheiten desselben, September und Oktober 47 fg. Schließt 2. Dezember ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Westmächten 55 fg. Seine 2 Noten vom 24. Dezember an Preußen 60. B. darüber am 26 Januar 1855: „préfet du département du Danube" 64. „Österreichische Rheinbündelei" 66. Verlegenheit und Isolierung Österreichs infolge dieser Politik 73 fg. Über Sardinien (Januar) 74. Seine „Politik" auf den Wiener Konferenzen (März) bewirkt vollständigen Bruch mit Frankreich 75 fg. Seine Stellung erschüttert 78 fg. B. über seine Ernennung zum Minister 80 fg. Depesche nach Petersburg vom 16. Dezember 95. Sein „Kongreßideal" (1856) 98 fg. Am 14. Februar in Frankfurt, Begegnung mit B. 103 fg. B. über ihn am 26. April 113.

In der Neuenburger Frage 124. Für Beusts Bundesreform (1857) 145. In der Rastatter Besatzungsfrage 150/166. Gegen den Krieg mit Frankreich und Italien (1859) 248.

Burnside, nordamerikanischer General, im deutschen Hauptquartier, von B. 9. Oktober 1870 nach Paris gesandt IV, 331 fg.

Busch, Dr., Moritz, Schriftsteller in Leipzig (1866) III, 280. Begleitet B. 1870/71 nach Frankreich IV, 284 fg. Verfasser d. Werkes: „Graf B. u. seine Leute u. s. w." 284 fg. 295 fg. (1881) IV, 76. Beileid B.s bei Verlust seines Sohnes (1882) 236. Nach B.s Tod VII, 162/170.

Busch, Dr., Unterstaatssekretär (1884) VI, 155 fg.

Busch, Dr., W., Professor VII, 173 fg.

Buschiri, aufständischer Araberhäuptling in Deutsch-Ostafrika (1888) VI, 367 fg.

C.

Cairoli, italienischer Ministerpräsident (1879) V, 297.

Camphausen, Ludolf, Mitgl. des 1847er vereinigten preuß. Landtags I, 107 fg. März 1848 Ministerpräsident 129 fg. Preußischer Bevollmächtigter bei der Bundescentralgewalt in Frankfurt, 1848 fg. Von Graf Brandenburg im Januar 1849 nach Berlin berufen 160 fg. Der König berät mit ihm die Entscheidung über die Kaiserwahl 162 fg. Mitglied des Erfurter Parlaments 213.

Camphausen, Otto, Mitglied des 1847er vereinigten preuß. Landtags I, 107 fg. Mitglied des Erfurter Parlaments 213. Preuß. Finanzminister (1873) V, 168 fg. Seine von B. beklagte „Passivität" 347 fg., 359 fg. Für das Tabakmonopol (1878) 365 fg., 369 fg. Fordert und erhält (Febr., März 1878) seine Entlassung 371 fg.

Cantacuzeno, Fürst, bulgarischer Kriegsminister (1885) VI, 184 fg.

v. Canitz, Graf, Gesandter Preußens in Darmstadt, abberufen I, 480 fg.

v. Caprivi, Graf, General VI, 393. Reichskanzler. Sein Verhalten gegen B. 400 fg. Die Politik des „neuen Kurses" 407 fg. Polenpolitik 407 fg. Erlaß vom 23. Mai 411. Seine englische Politik 420 fg. Reißt den Draht mit Rußland ab 423 fg. Seine neuen Handelsverträge 426 fg. Seine „Versöhnungspolitik" 430 fg. Sein Uriasbrief an den Prinzen Reuß in Wien (vom 9. Juni 1892) 454 fg. Ungeschick bei der Militärvorlage (1892 fg.) 476 fg. Verabschiedet (26. Oktober 1894) 496. B. über C.s Politik und Presse VII, 15 fg., 48 fg.

Carette, Madame, französ. Hofdame („Souvenirs intimes") IV, 6.

Carlos, Don, spanisch-bourbonischer Thronprätendent (1873) V, 160 fg.

v. Carlowitz, preuß. Regierungskommissar im Erfurter Parlament I, 215. Preuß. Abgeordneter (1863) II, 373. In der polnischen Frage (1863) 381 fg., 385 fg. In der dänischen Frage III, 62 fg. Abg. im konstit. Reichstag (1867) 456 fg.

Carnot, Sadi, Dezember 1887 Präsident der französ. Republik VI, 214 fg.
Cassagnac, Paul de, V, 156 fg.
Castelnau, 1870 französ. General IV, 297 fg.
Cavaignac, 1848 französ. General I, 195.
Cavour, Camillo, Graf, italienischer Minister II, 108. Bei Napoleon 1858 in Plombières 223 fg. In Baden-Baden 1858 beim Prinzregenten von Preußen und bei B. 223 fg. Rundschreiben vom 4. Febr. 1859 an die Mächte 237 fg. Nimmt nach dem Frieden von Villafranca (11. Juli 1859) seine Entlassung; tritt an die Spitze der italienischen Einheitsbewegung 255 fg. Ende Januar 1860 wieder Minister 289. Ergreift Besitz von dem von Garibaldi eroberten Neapel und Sizilien 281. „Unser Bündnis mit Preußen steht in den Sternen geschrieben" 281. Weissagung über die Eisenbahnen (1846) IV, 184.
Chambord, Graf, „Heinrich V" von Frankreich I, 333. II, 253. V, 155 fg. † (24. August 1883) 157.
Chaudordy, Graf, Mitglied der Regierung in Tours. Widerlegung seiner erfundenen deutschen „Barbareien" durch B. (9. Januar 1871) IV, 363 fg.
Christian VIII., König von Dänemark, dessen „Offener Brief" über Schleswig-Holstein (am 8. Juli 1846) I, 131 fg. Gestorben am 20. Januar 1848 I, 132.
Christian, Prinz von Glücksburg, dänischer Erbprinz des kinderlosen Königs Friedrich VII I, 402, der sog. „Protokollprinz". Seit 15. November 1863 König Christian IX. von Dänemark 4, 26, 31, 111 fg.
Dr. Chrysander, B.s Privatsekretär VI, 469, 472. Mit in Berlin (1894) 484 fg. 1895 dekoriert 506. VII, 95 fg., 127 fg., 132 fg.
Chulalongkorn, König von Siam, 1897 bei B. VII, 80.
Cialdini, 1866 ital. General III, 355 fg. Kühnes Vorgehen 367 fg.
Clarendon, Lord, englischer Vertreter auf der Londoner Konferenz (1864) III, 97, 112 fg.
Classen-Kappelmann in Köln III, 250.
Clementine, Prinzessin von Orleans, Mutter des Fürsten Ferdinand von Bulgarien VI, 192 fg.
Clermont-Tonnerre, Graf, französischer Militärbevollmächtigter in Berlin (1863/64) III, 91 fg. (1866) 346 (auch Note).
Cohen-Blind, Carl, versucht B. am 7. Mai 1866 zu ermorden III, 297 fg. Stirbt 299.
Coffin, Amory, B.s Universitätsfreund I, 32 fg.
v. Corvin, Otto, Schriftsteller I, 112.
Cornély, Pariser Journalist VII, 150 fg.
Courcel, Baron de, französischer Botschafter in Berlin (1884/85) VI, 202 fg.
Cowley, Lord, englischer Gesandter in Frankfurt I, 291 fg.
v. Crailsheim, bayr. Minister VII, 128.
Crémieux, Mitgl. der Regierung der

„nationalen Verteidigung“ (4. September 1870) IV, 305 fg.
Crispi, Francesco, italienischer Minister V, 158, 292 fg. B. an ihn (September 1887), C. in Friedrichsruh (Oktober 1887) VI, 274 fg. 1888 bei der Krankheit des deutschen Kronprinzen 277 fg. Zur Verabschiedung bei Kaiser Friedrich 290 fg. Mordanschlag auf ihn (1889), B.s Telegramm 338. Bei B.s Rücktritt 398. B. an ihn (1894) 489. (1895/98) VII, 120 fg., 152.
Cucci, italienischer Agitator, Briefwechsel mit B. (August 1870) IV, 295.
Cumberland, Herzog von, hannoverscher Thronprätendent, heiratet 21. Dezember 1878 die dänische Prinzessin Thyra V, 299 fg. In der braunschweigischen Erbfolgefrage VI, 143 fg.
Cusa, Fürst von Rumänien, am 24. Februar 1866 gestürzt III, 265.

D.

Dahlmann, Friedr. Christoph, Prof. der Geschichte, Mitgl. des Frankfurter Parlaments I, 157 fg.
Dallmer, Bürgermeisterswittwe in Gollnow I, 19.
v. Dalwigk, Minister Hessen-Darmstadts, B. über ihn I, 392. D.s Unwahrheit erzeugt 1853 einen ernsthaften Konflikt mit Preußen. B. darüber 450 fg. B. nennt ihn „rheinbündlerisch“ 475. Dessen Unwahrheit (Mai 1855) II, 79 fg. B. über ihn (am 5. November 1855) 89. D. durch seinen Toast auf Napoleon (Oktober 1855) „gründlich blamiert“ 90 fg. In der dänischen Frage III, 28. In der Zollvereinskrise (1864) 141. Als Friedensunterhändler in Nicolsburg (1866) 385. Als hessischer Friedensunterhändler in Berlin (August 1866) 403 fg. Abschluß (3. September) 405 fg. Schließt 8. Juli 1867 den neuen Zollvereinsvertrag mit B. IV, 17 fg. Von B. Lügen gestraft 34 fg. Nimmt die Einladung zum europäischen Kongreß (November 1867) an, Rüge B.s 52 fg. Bei Ausbruch des Krieges (von 1870) 267. Gestürzt (9. April 1871) V, 39.
Dannhauer, General, preuß. Militärbevollmächtigter am Bunde II, 239.
Daumer, „der Dicke“, B.s Jagdgenosse in Frankfurt I, 498 fg.
Decazes, duc de, 1873 französischer Minister V, 142 fg.
Deetz, preuß. Major in Mainz I, 291.
Degenfeld, Graf, General, österr. Unterhändler in Nicolsburg (Juli 1866) III, 374 fg.
Delbrück, Rudolf, Geheimer preuß. Rat (später Minister) verhandelt und schließt (am 7. Sept. 1851) den Anschlußvertrag Hannovers an den Zollverein I, 352. D. bei B. (im Oktober 1851) in Frankfurt 352. B. über D. 352. D. ist „den Österreichern unbequem“ 356 fg. Ministerialdirektor (1864), Handelsvertrag mit Österreich III, 132 fg. Präsident des Bundeskanzleramtes (1867) IV, 17 fg. B. an ihn 17. Juni 1869 über Seeschifffahrt 113. Staatsminister 118 (auch Note). Wirkt 1870 in München für den Anschluß

Bayerns an den norddeutschen Bund 346. Ist 1875 gegen das Reichseisenbahnprojekt B.s V, 240 fg. Am 25. April 1875 Rücktritt vom Amte 254 fg. Diner zu seinen Ehren bei B. 264. B. über ihn 347 fg. Weiter B. über ihn (1879) 386. Reichstagsabg. für Jena (1879) 386 fg. Gegen Getreidezölle 397 fg. Bei B. in Kissingen (Juli 1879) 426. (1880) VI, 25 fg.

Delbrück, Dr., Hans, Professor VI, 424 fg.

Depretis, italienischer Minister (1879) V, 296 fg.

Derby, Lord, 1877 engl. Minister V, 273 fg. Gestürzt (März 1878) 281.

v. Derenthall, deutscher Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhl (1872) V, 70 fg.

Derfflinger, Feldmarschall, Ahne Bs. I, 7.

Dernburg, Prof., Rektor der Berliner Hochschule 1885 I, 39.

Deroulède, Paul, französ. Kriegshetzer (1887) VI, 213 fg.

v. Dewitz, Hans, B.s Jugendfreund I, 28.

v. Dieſt-Daber, preuß. Abgeordneter, Februar 1868 gegen B. IV, 74 fg.

Dietze, Amtsrat in Barby (später geadelt) B.s Jugendfreund (Dez. 1867) IV, 13. (Dez. 1868) 94. (Dez. 1869) 120. (Dez. 1871) V, 37. Reichstagsabg. (1874) 187 fg. (1897) VII, 69.

Diruf, Dr., Oskar, Geheimer Hofrat, 1874 B.s Arzt in Kissingen. Sein Bericht über das Attentat Kullmanns V, 196 fg.

Disraeli, später Lord Beaconsfield, englischer Tory-Minister, B. über ihn II, 108 fg. B. lernt ihn Juli 1862 in London kennen, D. über B. 331. B. 1876 über ihn V, 264 fg. B. 1886 über ihn 284.

Dönhoff-Friedrichstein, Graf VII, 117.

v. Döring, preußischer Oberst im Lager von Langensalza (1866) III, 340 fg.

Dohm, Ernst, Redakteur des „Kladderadatsch", Brief B.s an ihn vom 2. Dez. 1849 I, 203 fg. D. benimmt sich als „Gentleman" 204. Schreiben B.s an ihn (14. Mai 1859) II, 252. B. erwirkt am 7. Dezember 1864 seine Begnadigung III, 157 fg,

Donndorf, Professor, Bildhauer, in Barzin (1886) VI, 271.

Donnersmark, Graf Guido Henckel v., VII, 35, 96, 106, 110 Note, 131.

Douglas, Graf, Vertrauter Kaiser Wilhelms II., Rede vom 4. Oktober 1888 in Halberstadt VI, 324 fg.. 379 (Note).

Dove, Dr., Professor in Göttingen, 31. Dezember 1864 B.s Dank an ihn III, 157 fg.

Drechsler, Dr. (später Senatspräsident des Reichsgerichts), Mitgl. des Frankfurter Parlaments I, 213.

Drouyn de l'Huys, französischer Minister, 1854 über die Sendung des Grafen Usedom nach England II, 59 fg. Grobe Noten nach Berlin (Januar 1855) 65. Zornige Note gegen B. (27. Februar 1855) 70 fg. Infolge seines Verhaltens auf den Wiener Konferenzen (März 1855) entlassen 75 fg. Wieder Minister-

präsident, B. bei ihm (1862) 357 Während des Polenaufstandes (1863) 379 fg. In der dänischen Frage (1864) III, 95. B. bei ihm in Paris, Oktober 147 fg. Massive Grobheit über den Vertrag von Gastein (1865) 209 fg. B. bei ihm, Oktober 212 fg. D.s Mitteilung darüber an den österr. Gesandten Metternich 222 fg. Nach der Schlacht von Königgrätz (1866) 351 fg. Entlassen 12. August 401.

Duchesne-Poncelat, belgischer Kesselschmied, erbietet sich 1873 zur Ermordung B.s VI, 159 fg. („Lex Duchesne").

Ducrot, französischer General, am 2. Dezember 1870 zurückgeschlagen IV, 337.

Dufferin, Lord, englischer Botschafter am russischen Hofe, 1879 bei B. in Varzin V, 429.

Duncker, Franz, fortschrittl. Reichstagsabgeordneter I, 309. (1867) IV, 38. (1871) IV, 429.

Duncker, Max, Mitgl. des Erfurter Parlaments I, 213. III, 104 fg.

v. Dungern, Vertreter von Braunschweig und Nassau am Bundestage, Urteil B.s über ihn I, 476.

Duparc, Unterhändler Napoleons im Januar 1871 bei B., bietet die Ermordung Gambettas an, B. lehnt ab IV, 376 fg.

Duvernois, Clément, 1870 französ. Abgeordneter IV, 339.

Dziembowski, polnischer Abgeordneter (1871) IV, 107.

E.

Eck, Dr., Geh. Oberregierungsrat IV, 88. Direktor des Reichskanzleramts (1871) V, 37.

Eckhard-Mannheim, Reichstagsabg. V, 124 fg. VI, 457 fg.

v. Edelsheim, 1866 badischer Minister, für den Krieg gegen Preußen III, 322 fg, 329 fg. Entlassen 384.

v. Eisendecher, Vertreter der 15. Kurie (Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg) am Bundestage, Urteil B.s über ihn I, 367.

Elben, Dr., 1873 Reichstagsabg. V, 123 fg.

Elisabeth, Königin von Preußen I, 140, 367. Ihr Einfluß unter König Fr. Wilh. IV II, 220 fg.

Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich II, 30.

Emil, Prinz von Hessen-Darmstadt I, 456.

Engel, B.s Kammerdiener 1870 in Frankreich IV, 299.

Enneccerus, Dr., Reichstagsabg. VII, 56.

Erich Freund, Herzog von Meiningen, sucht 1866 den Frieden mit Preußen III, 385 fg. Thronentsagung 426.

v. Erlanger, Baron, 1871 in Versailles V, 179.

Ernst August, König von Hannover, † (18. November 1851) I, 355.

Ernst II., Herzog von Coburg (im Jahre 1848) I, 157. (1850) 232 fg. (1856) II, 132 fg. (1864) III, 27, 43. (1866) bei B. in der Bundesreformfrage, B.s Antwort 19. Mai 320 fg. Im Juli in Nicolsburg 380 fg., 385. Zu B.s Geburtstag

(1885) VI, 253. (1888) 304 fg. † (23. August 1893) 485.

d'Ester, radikaler preußischer Abg. (1849) I, 169 fg.

Esterhazy, Moriz, Graf, Juli 1865 österr. Minister III, 201 fg., 202 fg., 207 fg.

Eugenie, französische Kaiserin, vermittelt 1865 geheime österreichische Mitteilungen III, 213. Im Ministerrat vom 5. Juli 1866 353 fg. Drängt zum Krieg gegen Preußen 359. Im Ministerrat vom 14. Juli 1870 IV, 254. Entflieht am 4. Sept. 1870 aus Paris nach England 305 fg. Stellt an König Wilhelm unannehmbare Bedingungen 333 fg.

Eulenburg, Graf, preuß. Konsul in Antwerpen I, 509.

Eulenburg, Fritz, Graf, Oktober 1862 preuß. Minister des Innern II, 355, III, 178 fg. Sendung nach Schleswig (September 1865) 219. Entwurf der Thronrede (1866) zur Anbahnung des inneren Friedens („Indemnität") 387. Im Februar 1868 IV, 70 fg. Im Juli 1870 in Ems 243 fg. Legt Ende 1871 die Kreisordnung vor V, 44 fg. Mitgl. des Landtags (1872), für den Pairsschub im Herrenhause 96. Besprechung mit B. vor Roons Entlassung (1873) 168. (1878) 329 fg. März 1878 zurückgetreten 372 fg.

Eulenburg, Graf Wendt zu, 1874 B.s Mitarbeiter in Varzin, verlobt sich 1875 mit B.s Tochter V, 195 fg. Krankheit und Tod (Herbst 1875) 234 fg.

Eulenburg, Graf Botho zu, 1878 Minister des Innern V, 373 fg.

Evelt, 1849 preuß. Abgeordneter I, 205 fg.

Ewers, Baron, russischer Spezialgesandter nach Berlin 1863 in der dänischen Frage III, 42.

F.

Faber, Generalsuperintendent in Berlin VII, 156.

v. Fabrice, sächsischer General vor Paris, B.s Anweisungen an ihn vom 2. u. 7. April 1871 zur Niederwerfung der Kommune IV, 412; desgl. am 27. April 414 fg.

Falckenstein s. Vogel v. F.

Falk, Dr., am 22. Januar 1872 preuß. Kultusminister, Verhältnis B.s zu ihm V, 46 fg. Legt (1872/73) die kirchenpolitischen Gesetze vor 104 fg. (1875) 225 fg. (1878) 319 fg. Juli 1879 Rücktritt 404 fg. (1896) VII, 44 fg.

Faure, 1870 französ. General IV, 297 fg.

Favre, Jules, Mitgl. und Minister der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. Sept. 1870) I, 111. IV, 305. Am 19. September bei B. 314 fg. Desgl. am 20. September 316 fg. B. darüber am 27. September 317 fg. Ablehnung der deutschen Vorschläge 318. F. an B. 21. September 318. B. über F. 318 fg. Hilferuf an die Neutralen 27. September 327 fg. B. verweigert F. 16. Januar 1871 einen Paß zur Teilnahme an der Londoner Pontus-Konferenz 342 fg. Verhandlung mit B. am 23. bis 26. Januar 368 fg. Am 28. Jan. Waffenstillstand 374 fg. B.s Schrei-

ben an F. vom 9. Febr. zu gunsten von St. Denis 382 fg. F. Minister des Ausw. 19. Februar 382 fg. B. am 20. März an F. über den Kommune-Aufstand 398. Mai 1871 von B. zum Abschluß des Friedens nach Frankfurt beschieden 421. Abgeschlossen 10. Mai 423. B. über ihn V, 4, 179.

Ferry, Jules, Mitglied der französ. Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg. Ministerpräsident 1884/85 VI, 202 fg. Gestürzt (am 30. Mai 1885) 203, 352 fg.

Fieser, Landgerichtsdirektor in Karlsruhe VII, 52.

Fink zu Finkenstein, Graf VII, 96 fg.

Fischer, B.s Gymnasiallehrer I, 23.

Fischer, Hannibal, Versteigerer der deutschen Flotte I, 433 fg.

v. Fischer, Oberbürgermeister von Augsburg (1892) VI, 452.

v. Flies, 1866 preuß. General in Holstein III, 323 fg.

v. Flottwell, Minister des Innern der „neuen Aera" (1858) II, 223 fg.

Fontane, Theodor, Dichter VII, 134.

v. Fonton, russischer Gesandter am Bundestag II, 174.

v. Forckenbeck, Max, preuß. Abg., gegen B. Sept. 1862 in der Budgetkommission II, 346 fg. Sein Antrag am 7. Oktober angenommen 353, auch III, 188. August 1866 Präsident des Abg.-Hauses III, 395. Mitgründer der nationalliberalen Partei 396. Präsident des Abg.-Hauses (1867) IV, 55 fg. Präsident des Reichstags (1874) V, 211 fg., 365 fg. 1878/79 in der Frage der Wirtschaftsreform B.s 377 fg. Tritt Mai 1879 vom Präsidium zurück 396 fg. Secessionist (1880) VI, 44. (1881) 121 fg.

Franchi, Kardinal-Staatssekretär unter Papst Leo XIII. V, 313. Am 1. August 1878 plötzlich † 317.

Franckenstein, Freiherr v., 1871 bayerischer Reichstagsabg. V, 26. Mai 1879 Vizepräsident des Reichstags 396 fg. „Franckenstein'sche Klausel" 402 fg. (1887) VI, 211 fg. (1888) 221 fg.

Frankenberg, Fred., Graf, Reichstagsabg. V, 5 fg.

Franz Joseph I., seit 1848 Kaiser von Oesterreich Band I, 160. 1850 in der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage 233 fg. Freudiges Urteil B.s über ihn 377. Empfang B.s bei ihm in Pest (24. Juni 1852) 379 fg. B.s Lob 381 fg. Fr. J.s kühne Politik (1853) 394. Versöhnung mit seinem Oheim Friedrich Wilhelm IV. (17. Dezember 1852 in Berlin) 397. Schreiben an Fr. Wilhelm, März 1854 in der orientalischen Frage Band II, 17. Mit der jungen Kaiserin in Prag, Einladung an Fr. Wilhelm zu einer Zusammenkunft in Teschen 30 fg. Schließt 11. Juli 1859 den Frieden v. Villafranca 254. Zusammenkunft mit dem Prinzregenten v. Preußen (1860) 286 fg. B. darüber 287 fg. Zusammenkunft mit dem Zaren und Prinzregenten in Warschau (Oktober 1860) 289 fg. Am 2. August 1863 in Gastein bei König Wilhelm, vor dem deutschen Fürstentage 403/419. In der dä-

nischen Frage Band III, 57 fg, 81, 113 fg. Zusammenkunft mit König Wilhelm in Schönbrunn (August 1864) 128 fg. Entläßt Rechberg 148. An der Schwelle des Krieges (Juli 1865) 197 fg. Anknüpfung mit Franz Deák 201. Schließt am 14./19 August 1865 den Vertrag von Gastein 205 fg. Rüstet 1866 zum Krieg gegen Preußen 268 fg. Im August 1867 Zusammenkunft mit Napoleon in Salzburg Band IV, 28 fg. Veranlaßt entgegenkommende Antwort auf B.s freundliche Depesche vom 14. Dez. 1870, 356.57. Mit Kaiser Wilhelm und B. 7. Sept. 1871 in Salzburg Band V, 25 fg. Fordert 1. Nov. 1871 Beusts Rücktritt 40. In Berlin Sept. 1872 zur Dreikaiserzusammenkunft 89 fg. Empfängt Oktober 1873 Kaiser Wilhelm und B. in Wien 153 fg. Sept. 1873 König Viktor Emanuel in Wien 154. Gegenbesuch in Italien (1875) 157 fg. In Wien 1879 beim Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages mitwirkend 287 fg. Bei der Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewize (1884) Band VI, 186. Mit dem Zaren Alexander III. in Kremsier (1885) 186. Mit Kaiser Wilhelm und B. in Gastein (1886) 269. Beileid B.s an ihn beim Tode des Kronprinzen Rudolf (Januar 1889) 333. Schmerz über B.s Entlassung (20. März 1890) 398. Versagt gezwungen 1892 B. die Audienz in Wien 448. Mit Kaiser Wilhelm II. und König Albert von Sachsen bei den Manövern in Ungarn (1893) 482. Hoch B.s auf Kaiser Franz Joseph (15. April 1895) 511 fg.

Fredrik VII., seit 20. Januar 1848 König v. Dänemark I, 132 fg. Thronrede (am 28. September 1863) III, 18. Besprechung mit Blixen-Finnecke (18. bis 21. Oktober) 21. † (15. Nov. 1863) 22.

Freese, preuß. Abg., aus Holstein ausgewiesen III, 202.

Freimark, deutscher Prediger in Haag VII, 155.

Frentzel, preuß. Abg. III, 248.

Frère-Orban, 1868 belgischer Ministerpräsident, gegen die französischen Umtriebe IV, 193 fg.

Freycinet de, französischer Staatsmann VI, 178 fg., 203 fg.

v. Freydorff, badischer Minister, August 1866 als Friedensunterhändler in Berlin III, 403 fg. Abschluß (17. August) 404 fg. Vor der badischen Kammer 432. Schließt 8. Juli 1867 den neuen Zollvereinsvertrag mit B. IV, 17 fg.

Freytag, Gustav III, 280. Biographie Karl Mathys IV, 46 fg. Vertrauter des Kronprinzen (späteren Kaisers Friedrich) VI, 316.

Friedenthal, Dr., preuß. Landwirtschaftsminister, Mai 1879 zurückgetreten V, 404 fg.

Friedrich, seit 1851 Prinzregent, seit 1856 Großherzog von Baden I, 460 fg. B.s begeistertes Urteil über ihn 466. Korrekteste Haltung in der orientalischen Frage, 1854, nach B. II, 46. Berät 1861 mit König Wilhelm die deutsche Frage 312. Wird 1866 widerwillig zum Kriege gegen Preußen genötigt III,

329 fg. Macht Frieden 384 fg. Thronrede (5. Sept. 1867) IV, 68 fg. Toast auf König Wilhelm, Neujahr 1871, in Versailles, 363. Am 18. Januar bei der Kaiserproklamation in Versailles, Hoch auf „Kaiser Wilhelm!“ 367. Am 1. April 1878 bei B. V, 359. Desgl. 1881, VI, 227. Am 9. März 1888 mit Gemahlin am Sterbebett Kaiser Wilhelms 278 fg. Verhandelt 10. April 1888 in Berlin mit B. 303. Bei B. nach dessen Entlassung 399. B.s Abschiedsbesuch bei ihm 402. (1897) VII, 70 fg. (1898) 160.

Friedrich, Prinz von Hessen, lädt 1857 B. nach seinen Jagdgründen in Schweden ein II, 177 fg.

Friedrich, Prinz von Württemberg, im Juli 1866 als Friedensunterhändler in Nikolsburg III, 388.

Friedrich Franz, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, teilt am Abend der Schlacht von Königgrätz sein Zimmer mit B. III, 349 fg.

Friedrich Karl, Prinz von Preußen, befiehlt 1864 im dänischen Feldzug III, 72, 80 fg. Oberbefehlshaber nach Wrangels Kaltstellung 114 fg., 118 fg. Besiegt in siebentägigen Kämpfen, 6. bis 12. Januar 1871, die französische Westarmee unter General Chanzy bei Le Mans vollständig IV, 366. Dezember 1871 in Petersburg V, 40. Glückwunsch zu B.s Silberhochzeit 87. Februar 1872 zum Besuche des italienischen Königshauses in Italien 154.

Friedrich-Wilhelm I., Kurfürst von Hessen, 1850 Verfassungsbruch I, 236 fg. Behandelt 11. Mai 1862 den preußischen Abgesandten v. Willisen gröblich II, 324. Muß die Verfassung von 1831 wiederherherstellen 324. Sein Trotz wird von B. gebrochen 359 fg. Treibt 1866 zum Krieg gegen Preußen III, 310 fg. Kriegsgefangen nach Stettin abgeführt 340. Beschlagnahme der ihm von Preußen gewährten Abfindung infolge seiner Umtriebe IV, 152 fg.

Friedrich Wilhelm II., König von Preußen I, 14.

Friedrich Wilhelm III., König von Preußen und Bismarcks Großvater Mencken I, 14. Stirbt am 7. Juni 1840 I, 46.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen Band I, 46. Wirkung seines Regierungsantritts 66 fg. Zusammentreffen B.s mit ihm 1847 in Venedig 83 fg. Seine Stellung zur preußischen Verfassungsfrage, als Kronprinz, seit 1823 99; als König (von 1840 bis 1847) 99 bis 103. Einberufung des ersten vereinigten preuß. Landtags 103 fg. Sein Versuch zur Lösung der deutschen Frage (November 1847) 121 fg. In den Märztagen von 1848 123 fg. Verspricht das Recht Schleswig-Holsteins zu schützen 132 fg. Beratungen mit B. 140. Entsendet B. zum Empfang des Prinzen von Preußen, 7. Juni, bei dessen Rückkehr aus England 140. Erstickt (November) die Anarchie in Berlin 144 fg. Über B. (November 1848) 150. Seine Stellung zum deutschen Verfassungswerk von 1848 156 fg. Am 28. März 1849 zum erblichen Deutschen Kai-

ser erwählt 162. Erwägung der Entscheidung 162 fg. Am 3. April Erklärung an die Kaiserdeputation 163. Seine deutschen Pläne nach Scheitern des Frankfurter Verfassungswerkes 179 fg. Am 9. bis 11. März 1850 Beratung der deutschen Verfassungsfrage in Berlin 210. Nach Annahme der Unionsverfassung 231. Beruft 8. Mai einen Fürstenrat nach Berlin 232. Befiehlt den Abschluß des Friedens mit Dänemark 234. Nichtanerkennung des Bundestages 238 fg. Thronrede am 21. November 242 fg. Glaubt im Vertrag von Olmütz (29. Novbr) einen Sieg erfochten zu haben 277 fg. Zuneigung zu B. und für dessen Sendung an den Bundestag als Vertreter Preußens 280 fg. Unterredung mit B. am 8. Mai 1851 vor B.s Ernennung 281 fg. Von B. (August) in Koblenz begrüßt 300. Stimmung gegenüber den Plänen zum Umsturz der preuß. Verfassung 330 fg. Schreiben an den Kaiser von Österreich in der Zollvereinskrisis (1852) bei Entsendung B.s nach Wien 365 fg. Liebe und Vertrauen zu B. bei Verleumdung des letzteren durch Klenze 388 fg. Will den Bundestag zu den Londoner Konferenzen über Schleswig-Holstein zugezogen wissen 406 fg. Genehmigt auch ohne dessen Zuziehung das Londoner Protokoll (vom 8. Mai 1852) 408. Verlangt vergeblich den Beitritt des Bundes zu diesem Protokoll 409. Der Bund tritt aber dem Abkommen der beiden deutschen Großmächte vom 29. Jan. 1852 bei 409 fg. Mit B.s Vorschlägen im hessischen Konflikt (1853) einverstanden 453 fg. Seine Handhabung der Staatshoheit über die Kirche 457 fg. Auswärtige Politik Preußens am Bunde 478 fg. Seine Erregung bei Beginn der orientalischen Verwickelung (1853 fg.) II. Band 6 fg. Betreibt ein Bündnis Preußens und Österreichs 17 fg. Sein Brief vom 1. März 1854 an Kaiser Franz Joseph deshalb 17. Seine Auslegung des Bündnisvertrags mit Österreich (vom 20. April 1854) 30 fg. Mit B., Juli 1854, bei König Max in München 39. Empfiehlt dem Zaren die Annahme der Bedingungen vom 8. August 1854 41. August und September in Putbus, befiehlt B. dorthin 45 fg. Sein Schreiben vom Oktober 1854 an Napoleon 48. Dezember Graf Usedom mit Schreiben des Königs an die Königin von England gesendet 58 fg. Rundschreiben an die deutschen Staaten (14. Januar 1855) 62 fg. Neigt 1856 zur Nachgiebigkeit gegen Österreich in der Kongreßfrage 99 fg. Seine Stellung in der Neuenburger Frage (1856) 121 fg. Sein Brief an Napoleon vom 14. Sept. 122 fg. Schmerzlicher Eindruck der Erledigung dieser Sache auf den König 135 fg. Seine Erkrankung (1857), der Prinz von Preußen im Oktober zu seiner Vertretung berufen 167. † (2. Januar 1861) 304.

Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, (später Kronprinz und Kaiser Friedrich III.) Seine

Verlobung mit der Prinzeß Royal Viktoria von England, Band II, 108 fg. Seine Vermählung (1858) 173. Rät 1862 zur Nachgiebigkeit gegen die Volksvertretung, zur „Verfassungstreue" 341, 351 fg. Ist 1863 gegen B.s Polenpolitik 394. Gegen B.s Ablehnung der Einladung zum Fürstentage 410 fg. In der dänischen Frage (1864) Band III, 104 fg., 109. Im Ministerrat vom 29. Mai 1865, 178 fg. Im Ministerrat vom 28. Februar 1866, 258 fg. Gegen den Krieg mit Österreich 293 fg. In Nikolsburg, Juli 377 fg. Unterstützt B.s Mäßigung 380. In Italien begeistert empfangen (1868) Band IV, 188 fg Verkündet 15. Juli 1870 den Massen die Mobilmachung des deutschen Heeres 259. Seine Stimmung zu Anfang des Krieges 280 fg. Am 20. August bei B. in Pont-à-Mousson 288. Seine „Kaiseridee" 288 fg. B. dagegen 289 fg. Seine Ideen vom „freisinnigen Ausbau" der deutschen Verfassung hemmen B.s Verhandlungen mit den Süddeutschen in Versailles (Oktober) 347 fg. Glückwunsch zu B.s Silberhochzeit, Band V, 87. Zur Beerdigung König Viktor Emanuels Januar 1879 in Rom 294. Stellvertreter seines verwundeten Vaters (Juni 1878) 330 fg. Verhandlung mit B. über die Sozialgesetzgebung (1881) Band VI, 79 fg. In Petersburg (März 1881) 176. Silberhochzeit (25. Januar 1883) 242. Beginn seines schweren Leidens 1887; in San Remo 277.

Kaiser Friedrich III (seit 9. März 1888) 280 fg. Erste Regierungshandlung: Dank an B. 290. Heimreise 10./11. März 290 fg. Begegnung mit B. in Leipzig, 11. März 290 fg. Erlaß vom 12. März 291 fg. Huld an B.s 50jährigem Militärdienstjubiläum, 25. März, und zu B.s Geburtstag 296. Genehmigt B.s Anträge gegen das Battenbergische Heiratsprojekt 299/303. Sein Konflikt mit dem Minister v. Puttkamer 307 fg. Auflösung und Tod (15. Juni 1888) 308/09.

v. Friesen, sächsischer Minister und Friedensunterhändler in Berlin (Oktober 1866) III, 426 fg. Friedensschluß am 21. Oktober 427. Im Reichstag 1869 als sächsischer Vertreter im Bundesrat IV, 158 fg. Weist 18. Juli 1869 Beust kräftig zurecht 208 fg. Erklärung im Bundesrat nach Ausbruch des Krieges (1870) 260.

Frijs, 1867 dänischer Minister IV, 27, 201.

Fritsch, Gesandter des Großh. Sachsen am Bundestag, von B. sehr gelobt I, 476.

Fürstenberg, Fürst, auf Schloß Stammheim, B. am 1. Dezember 1869 sein Jagdgast IV, 120.

Furrer, schweizerischer Bundesrat 1857 in Deutschland zur Schlichtung der Neuenburger Frage II, 132 fg.

G.

v. Gablenz, Anton, Baron, (Bruder des Nachstehenden), früher preuß. Abgeordneter, dessen Verständigungs-

vorschlag, Anfang Mai 1866, vor dem Kriege, bei B. III, 305 fg. In Wien und bei B. 13. bis 19. Mai 307 fg. Beim Kaiser Franz Joseph 23. Mai 308. Ablehnung am 23. Mai 308 fg.

v. Gablenz, österreichischer General im Krieg mit Dänemark (1864) III, 73 fg., 80 fg., 94 fg. Österreichischer Gouverneur in Holstein 1865/66 nach dem Vertrage von Gastein 207 fg. Sein Regiment daselbst 216 fg. Preußenfeindliche Wendung in seinem Verhalten auf Wiener Weisung 224 fg., 254 fg. Beruft Anfang Januar 1866 die holsteinischen Stände ein 322 fg. Räumt Holstein 324 fg. Bittet im preuß. Hauptquartier 4. und 8. Juli vergeblich um Waffenstillstand 350.

Gärtner, Deichhauptmann in Schönhausen, Erwerber B.scher Güter I, 44.

v. Gagern, Heinrich, Präsident des deutschen Parlaments (1848) I, 158 fg. 1849 Präsident des Reichsministeriums 179. Mitglied des Erfurter Parlaments 213.

v. Gagern, Max, Direktor der österreichischen Staatskanzlei III, 132 fg.

Galen, Graf, Mitglied des preuß. Herrenhauses (1872) V, 60 fg.

Gallot, aus Genf, französischer Lehrer B.s I, 24.

Gambetta, Léon, Mitgl. der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg. 10. September Haupt der „Delegation" (Regierung) in Tours 320 fg. Seine Proklamation vom 24. September 320 fg. B. dagegen am 1. Oktober 321 fg. Beschimpft die Ehre der Metzer Besatzung 335. Sein Kriegsplan 365 fg. Dankt sein Leben B. 376 fg. Wahldekrete vom 31. Januar und 1. Februar 1871, 378 fg. B. stürzt ihn, 3. bis 6. Februar 378 fg. Strebt 1879 nach der Präsidentschaft der Republik V, 296 fg. (1881) VI, 177 fg. † (31. Dezember 1882) 178.

Garibaldi, Giuseppe, 1859 Führer der italienischen Freischaaren II, 238 fg. Vernichtet 1860 das Königreich beider Sizilien 281 fg. Hintermann der polnischen Revolution von 1863, 375 fg. Herbst 1867 Freischarenführer gegen den Kirchenstaat IV, 50 fg. Französischer Condottiere 1870/71, B. darüber 358 fg., 372 fg., 379 fg.

Garnier-Pagès, Mitglied der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV 305 fg.

Geffken, Dr., Heinrich, Professor, dessen „Tagebuch des Kaisers Friedrich" (1888) IV, 289 fg. Während der Regierung Kaiser Friedrichs VI, 305 fg. Sein Vertrauensbruch bei Veröffentlichung des „Tagebuchs" 315 fg. Prozeß gegen ihn 315 fg.

Gehlsen, Joachim, Redakteur der „Reichsglocke" 1875 fg., Verleumder B.s V, 247 fg.

Georg, nach dem Frieden von 1866 Herzog von Meiningen III, 426.

Georg V, König von Hannover (seit 18. Nov. 1851) I, 355. Wankt in der Treue gegen Preußen, B. darüber 398. In der dänischen Frage (1863 fg.) III, 79 fg. Nennt 1866 B.s Bundesreformplan „schauderhaft" 280 fg.

Seine Haltung an der Schwelle des Krieges 295 fg. B.s Warnungsdepesche vom 5. Mai 295 fg. Treibt „als Welf, Monarch und Christ" zum Kriege gegen Preußen 309 fg. Verblendet bis zuletzt 310 fg. Im Exil in Hietzing bei Wien, sucht vergebens um Frieden nach 385. „Abfindungsvertrag" mit ihm IV, 64 fg. Welfische Umtriebe 67 fg. Beschlagnahme des „Welfenfonds" (Febr. 1868), Begründung 79 fg Heimliche Zettelungen mit Frankreich 197 fg. † (12. Juni 1878) V, 299.

Georgi, Dr., Oberbürgermeister von Leipzig VI, 301.

Gerhardt, Dr., Professor, über die Krankheit Kaiser Friedrichs, VI, 311.

v. Gerlach, Leopold, General, Vertrautester des Königs Fr. Wilh. IV., über des Königs Verfassungspläne bis 1847 Band I, 99 fg., 102 fg. Ueber die Haltung B.s im Landtage von 1849 171. Für B.s Ernennung zum preuß. Gesandten in Frankfurt 281. Brief vom 23. Nov. 1851 an B. über die Pläne zum Umsturz der preuß. Verfassung 328 fg. B.s Antwort an Manteuffel gerichtet, 329 fg. G. an B. am 15. Dezember 1851 über den französ. Staatsstreich 331; B.s Antwort vom 25. Dezember 331 fg., sowie über Louis Napoleon 332 fg. Ende 1851 B.s „Stoßseufzer" an G. „über die verlogene" u. s. w. „Politik der Oesterreicher" 343 fg. B. an G. in der Flottenfrage (6. Februar 1852) 347 fg.; am 21. Februar „Résumé" in derselben Frage 349. G. über B.s Verdienste in der Zollvereinskrisis (1852) 400 G. sucht B. zu reaktionärer Politik zu ermuntern 428 fg. Für Rußland (1853 fg.) Band II, 6 fg. B. schreibt an G. 58 Briefe in der orientalischen Frage 7 fg. G. betreibt ein Bündnis Preußens mit Österreich in dieser Frage (1854) 15 fg. Brieflicher Streit mit B. über die Beziehungen Preußens zu Frankreich (Mai 1857) 138 fg. Gespräch mit B. in der kurhessischen Frage (1859) 271. Zurechtweisung B.s wegen seiner „napoleonischen" Politik, B.s Antwort 282 fg. Gegen die Armeereform 296 fg.

v. Gerlach, Ludwig, Bruder des Vorigen, Gerichtspräsident und konservativer Führer im Erfurter Parlament I, 212 fg. Seine Stellung (1853 fg.) im oberrheinischen Kirchenstreit 463 fg. Urteil B.s über denselben 495 fg. Bei B. in Frankfurt (1855) II, 173. Sein Antrag auf 6jährige Legislaturperioden 226 fg. Gegen den Krieg mit Österreich (1866) III, 292 fg. Im preuß. Abg.-Hause 1873 gegen B. und das Civilehegesetz V, 171 fg.

v. Gerlach, 1864 dänischer General III, 91 fg.

v. Giers, 1881 fg. russischer auswärtiger Minister VI, 176 fg., 180 fg., 182 fg., 266, 269, 270.

Giskra, Dr., Bürgermeister von Brünn, Juli 1866 Verhandlungen B.s mit ihm III, 370 fg.

Gladstone, englischer Staatsmann, 1885 B. über ihn VI, 351 fg. († 19. Mai 1898) VII, 121.

Glais-Bizoin, Mitglied der frau-

zösischen Regierung der „nationalen Verteidigung“ (4. September 1870) IV, 305 fg.

v. Glinka, Vertreter Rußlands am Bundestage II, 77.

Gneist, Dr., Rudolf, Professor, (später geadelt), preuß. Abg. III, 186 fg. Gegen die Einverleibung von Lauenburg 247 fg. Ueber B.s Anteil an der preuß. Kreisordnung (1872) V, 92 fg. Im Landtag (1873) 105 fg. (1878) 329 fg. Bei B.s Frühschoppen (1884) VI, 264. Glückwunsch B.s an ihn (1888) 332.

Goblet, 1886 französischer Ministerpräsident VI, 203 fg.

Godeffroy, Hamburger Großhandelshaus VI, 345 fg.

v. Goeben, preuß. General, im dänischen Feldzug (1864) III, 115. Desgl. im Krieg gegen Frankreich 1870/71. Giebt B. am 19. August 1870 nach 36 Stunden Fastens „den ersten warmen Löffel“ IV, 288. Schlägt die französische Nordarmee unter Faidherbe am 19. Januar 1871 bei St. Quentin vollständig 366.

Goetz, Ernst, in Leipzig, VII, 59.

Goetz, Dr., Ferdinand, in Leipzig, Turnvater VII, 3 fg., 147.

Göschen, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.

Goldschmidt, Dr., Prof. in Karlsruhe VII, 52.

Goltz, Graf von der, preuß. Leg.-Rat in Frankfurt, von B. gelobt I, 290.

Goltz, Graf von der (Vertrauter König Fr. Wilh. IV.) II, 6. Gesandter in Paris (1863) 379. In der dänischen Frage: III, 24, 90 fg., 95 fg., 109 fg. Ueber ein Bündnis mit Frankreich (1865/67) 174 fg., 175 fg., 205. Giebt Frankreich Aufschlüsse über den Vertrag von Gastein 209 fg., 211 fg. In Biarritz 214. Februar 1866 Bericht an B. 257 fg Desgleichen im März 264. Verhandlung mit Napoleon über B.s Reformpläne (5. März) 273 fg. Bei der Kaiserin (9. Juli) 359 fg. Unterredung mit Napoleon (11. Juli) 362 fg. Instruktion von B. an G. vom 9. Juli 363 fg. Verhandlung mit Napoleon am 13. Juli 365 fg. Einverständnis 14. Juli 366 fg. B.s Weisungen an G. 17. und 20. Juli 377 fg.

v. Goluchowski, österr. Ministerpräsident VII, 152.

Gontaud-Biron, Vicomte de, 1871 französischer Botschafter in Berlin V, 42 fg. Intriguen gegen B. 230 fg.

Gordon, englischer General, fällt 1885 in Chartum VI, 197.

Gortschakoff, Fürst, russischer Gesandter in Wien, (1854, August) Ultimatum an Oesterreich, II. Band 41. Erklärungen an Buol (28. Nov.) 54. Erklärt Januar 1855 die Annahme der Augustbedingungen in Wien 74. In Petersburg als Staatskanzler 1859 liebenswürdig gegen B. 285. Günstige Erklärung an B. 339. Seine Intriguen gegen Preußen 1863 während des polnischen Aufstandes 377 fg., 380 fg., 391 fg. In der dänischen Frage (1864) III. Band, 41, 117. B. und G. 31. Mai 1867 in Berlin

IV. Band, 4. G. über B. zu Mouſtier in Paris 6. Erledigt Oktober 1870 bis März 1871 im Einverſtändnis mit B. die Pontusfrage 341/43. Von B. 2. Juni 1871 in Berlin begrüßt 431 fg. Oktober 1876 in Berlin bei B. V. Band, 28 fg. Zur Dreikaiſerzuſammenkunft 1872 in Berlin 89 fg. Im Mai 1874 in Berlin 190. Intriguiert 1875 gegen B. 230 fg. Dezember 1875 in Berlin 240 fg. Desgleichen 1876, März 257 fg. Intriguiert 1879 gegen Deutſchland 286. Hetzt zu einem ruſſiſch-franzöſiſchen Bündnis 296. Seine polniſchen Hintermänner in deutſchfeindlicher Politik VI. Band, 174 fg., 177 fg. Am 9. April 1882 entlaſſen 180 fg. † (11. März 1883) 182 fg. VII, 48 fg

v. Goßler, preußiſcher Kultusminiſter (Juni 1881) VI, 56 fg. Reichstagspräſident (1881) 120 fg. Ueber die Verdienſte Profeſſor Dr. Schweningers (1885) 243 fg. Im „Fall Harnack" (1888) 323 fg. Abſchiedsbeſuch bei B. (1890) 403. Seine Vorlage zur Verteilung der Sperrgelder (1890) 429 fg. und die von 1891 430 fg.

v. Gottberg, preuß. Abg. III, 64.

v. Gottſchall, Rudolf, dichtet die preisgekrönte B.-Hymne V, 216.

Govone, italieniſcher General, als Unterhändler 1866 in Berlin III, 265 fg.

Grabow, 1849 Präſident der preuß. zweiten Kammer I, 166 fg. Desgl. 1863 II, 367 fg. Verſagt am 18. Dezember 1863 B. Schutz 383 fg. Seine Eröffnungsrede am 17. Jan. 1866, III, 242 fg. Lehnt Auguſt 1866 das Präſidium ab 393.

Gramont, duc de, 1862 franzöſiſcher Geſandter in Wien, über B. II, 326 fg. Im Juni und Juli 1863 mit B. in Karlsbad 400. In der däniſchen Frage: III, 55, 113, 131, Während des Krieges von 1866 Verhandlungen in Wien 371 fg. Im Auguſt 1867 mit Napoleon in Salzburg IV, 28 fg. Seit Mai 1870 franzöſiſcher Miniſter des Aeußern 228 fg. Seine Erklärung vom 6. Juli 228 fg Seine Falſchheit am 5. und 8. Juli 231 fg. Befiehlt Benedetti am 7. und 8. Juli von Wildbad nach Ems zu König Wilhelm zu reiſen 232 fg. Sein Benehmen 8. bis 12. Juli 233/242. Neue Zumutungen 12. Juli 240 fg. Im Miniſterrat vom 14. und 15. Juli 254 fg. Belügt 15. Juli die Kammern 255 fg.

Grant, Ulyſſes, Präſident der Vereinigten Staaten, B.s Toaſt auf ihn (4. März 1869) IV, 97 fg. Brief B.s an ihn (Mai 1868) 98. B.s Toaſte auf denſelben 1871 fg. V, 163. Im Juni 1878 G. bei B. 416 fg.

Granville, Earl, 11. Juli 1870 engliſcher Miniſter IV, 225. Lehnt Einſchreiten für Frankreich ab 329 fg. Einmiſchungsverſuch 4./20. Oktober 334. B. dagegen 28. Oktober 334. Einmiſchungsverſuch vom 26. Jan. 1871, B. ſchließt den Vorfrieden von Verſailles 387. In Kolonialfragen (1885 fg.) VI, 197 fg., 343 fg., 351 fg., 361 fg., 364. fg.

Grévy, Jules, seit 30. Januar 1879 Präsident der französischen Republik V, 296 fg. (1883) VI, 202 fg. (1887) 213 fg. Rücktritt (1. Dezember 1887) 214.

v. Gravenreuth, erster Offizier unter Wißmann (1888) VI, 368. Stirbt den Heldentod 368.

Groeben, Graf, 1866 preußischer Militärbevollmächtigter in Wien III, 269.

Grote, Graf (1884) VI, 144 fg.

Grousilliers, A. de, Verleger VII, 40.

Grumbrecht, Mitglied des Frankfurter Parlaments I, 213.

v. Gruner, 1873 Mitgl. des preuß. Herrenhauses V, 111 fg.

v. Guenderode, 1851 Bürgermeister von Frankfurt a. M. I, 292.

Guerard, preußischer Abgeordneter V, 148.

Guerber, elsässischer Abgeordneter (1874) V, 181 fg.

Gyulay, 1859 österreichischer General II, 248 fg.

H.

Haas, R. de, Pfarrer, Leiter der deutschen Schule in Charters Tower, Nordaustralien VII, 69.

v. Hacke, sächsischer General, 1863/64 Führer der Bundestruppen in Holstein III, 40 fg., 58 fg., 77 fg., 118 fg.

Haeckel, Dr., Jenenser Professor, 1892 in Kissingen VI, 456.

Hänel, Dr., Professor in Kiel, Abgeordneter (1867) IV, 95. Im Reichstag (1871) 407. (1877) V, 373. (1881) VI, 115 fg., 124 fg. (1882) 128 fg., 137 fg., 148 fg., 158 fg.

Häusser, Dr., Ludw., Historiker, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213. Für die preuß. Armeereform (1860) II, 300.

Hagen, forschrittlicher Abgeordneter (1862), der „Konfliktsvater" II, 315. Berichterstatter über die Kriegskreditvorlage (September 1866) III, 423 fg.

Hagermann-Lindencrone, dänischer General III, 93 fg.

Hahn, Dr., Ludwig, Geh. Oberreg.-Rat (1883) VI, 184, 236.

v. Hahncke, General, VI, 394 fg.

Halbhuber, Baron, österreichischer Kommissär in Holstein III, 173 fg., 195 fg., 262 fg. Entlassen nach dem Vertrage von Gastein 207.

Hall, 1863 dänischer Ministerpräsident III, 22. Entlassen 21. Dez. 42.

Hallbauer, Direktor in Lauchhammer VII, 97.

Hammacher, Dr., Reichstagsabg. (1888) VI, 329.

Hammer, 1864 dänischer Käpitän, gefangen III, 116.

v. Hammerstein, konserv. Führer, Antrag (1887) VI, 320 fg., 326 fg. Dessen Fall VII, 22 fg.

Hansemann, David, 147 Mitglied des vereinigten preuß. Landtags I, 107 fg. März 1848 Finanzminister 129 fg. Ministerpräsident (25. Juni 1848) 142.

v. Hansemann VII, 73.

Harden, Maximilian, Herausgeber der „Zukunft" (1892) VI, 466 fg., VII, 87, 135.

v. Hardenberg, preuß. Staatskanzler (1813 fg.) I, 90.
Harkort, preußischer Abgeordneter I, 492.
Harnack, Dr., Professor, 1888, nach Berlin berufen VI, 322.
Hartmann, russischer Nihilist VI, 175.
Hartmeyer, Dr., Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten" VI, 437.
Hartwig, Kolporteur, (1863) II, 397 fg.
Hasenclever, sozialistischer Abg. V, 325 fg.
Hasse, Dr, Generalarzt in Königsberg, behandelt Nov. 1859 B. II, 278.
Hasse, Dr., Ernst, Professor, Reichstagsabgeordneter (1894) VI, 488 fg.
Hasselmann, sozialistischer Abg. (1875 fg.) V, 24, 325 fg. VI, 40 fg.
Hassenpflug, Daniel, kurhessischer Reaktionsminister I, 210 fg., 237 fg., 475. II, 268 fg. Entlassen (Mai 1862) 324.
v. Haßler, Reichsrat VII, 85.
Hatzfeldt, Graf, preußischer Gesandter in Paris II, 67. Stellt B. im Aug. 1855 dem Kaiser Napoleon vor 85. B. an H. 1856 in der Kongreßfrage 100. Begleitet B. 1870/71 nach Frankreich IV, 284 fg. Botschafter in Konstantinopel (1879), bei B. in Varzin V, 429.
Hausmann, Prof. der Geologie I, 29.
Haußmann, Reichstagsabgeordneter VII, 56.
Haym, Dr., Prof., Mitgl. des Frankf. Parlaments VII, 102.
Haymerle, Baron, österreichischer Staatsmann, schließt 1879 den deutsch-österr. Bündnisvertrag V, 287 fg. † 1881, Beileid B.s an die Witwe VI, 232.
Heeren, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.
v. Heeremann, preuß. Abgeordneter (1895) VI, 501.
Heffter, preuß. Abgeordneter I, 490.
Hegnenberg-Dux, Graf, 1871 bayrischer Minister, B. bei ihm V, 27, 39.
Heidepriem, 1849, Wühler in Rathenow I, 164 fg.
v. Heimbruch, Gesandter Hannovers am Bundestage II, 159.
„Heinrich V." s. o. Graf Chambord.
Heinrich, Prinz v. Preußen (1894) VI, 484. Bei B. 1897 vor Antritt der ostasiatischen Reise VII, 62.
v. Helldorf, Reichstagsabgeordneter IV, 131. V, 311 fg. (1888) VI, 221 fg.
Helmerding, Karl, Schauspieler bei B. 1885 in Kissingen VI, 265.
v. Hennig, preußischer Abgeordneter, September 1862 gegen B. II, 346 fg. In der polnischen Frage (1863) 390. Mitgründer der nationalliberalen Partei III, 396. Im Landtag (1868) IV, 149. Im Reichstag (1871) 427 fg.
Herbe, 1862 Direktor der handelspolitischen Abteilung in Paris, B. bei ihm II, 357.
Herbette, französischer Botschafter in Berlin VII, 36 fg.
d'Hériſſon, Graf, französischer Ordonanzoffizier, 23. bis 26. Januar 1871 in Versailles I, 111. IV, 369/73.

Herring, Baron, in Brünn, 1866, seine Sendung nach Wien III, 370 fg.
Herrlein, Abgeordneter (1868) IV, 153 fg.
v. Hertling, Reichstagsabg. (1881) VI, 81 fg.
Herwarth von Bittenfeld, 1848 Major I, 149. Oberst 1851, 290. General im dänischen Krieg III, 115. Dotation für denselben 1866 nach dem böhmischen Krieg 429 fg.
Herzog, Regierungsdirektor im Elsaß V, 181 fg., 306 fg.
Hesekiel, Georg, bei B. (Sommer 1868) in Varzin IV, 83. Kriegslied (1870) 271.
v. Heß, österreichischer Feldzeugmeister, April 1854 Unterhändler in Berlin II, 17 fg. Abschluß 20. April 18 fg. B. darüber 19 fg.
Hessenberg, Polizeisenator in Frankfurt I, 292.
Hewett, 1884 englischer Konsul in Kamerun VI, 350 fg.
v. d. Heydt, 1858 preuß. Finanzminister II, 223. Sein Brief an Roon (vom 13. April 1862) 321. B. darüber 321 fg. Fordert 23. September 1862 seine Entlassung 341 fg. Entlassen 13. Oktober 355. Abgeordneter III, 342. Wieder Finanzminister 1866, seine Denkschrift zur Anbahnung des inneren Friedens 384. Abfindungsvertrag mit König Georg V., IV, 67. B. an ihn über die Deckung des preuß. Defizits IV, 88 fg., 115 fg. Entlassen 26. Oktober 1869, B. über seine Meinungsverschiedenheiten mit ihm 117. „Steuerbouquet" im Reichstag (1869) 169 fg.
Heyse, Paul, Dichter, 444.
Hildebrand, B.s Reitknecht, von B. in Lippehne vom Tode des Ertrinkens errettet I, 46 fg.
Hildebrand, Bruder des vorigen, Briefwechsel mit B. (1881) VI, 234 fg.
Hilf, liberaler nassauischer Abg. II, 264 fg.
v. Hilgers, 1884/85 preuß. Generalmajor in Braunschweig VI, 144 fg.
v. Hindersin, General, Leiter der preuß. Artillerie im dänischen Feldzug (1864) III, 91 fg., 198 fg.
Hintzpeter, Dr., Erzieher des Kaisers Wilhelm II., VI, 320. 379 (Note).
Hirsch, Baron, großer Eisenbahnunternehmer (1874) V, 149 fg.
Hirzel, Salomon, Leipziger Verlagsbuchhändler III, 280.
Hobrecht, Arthur, 1878 preußischer Finanzminister V, 371 fg. Juli 1879 Rücktritt 504. Bei B. in Friedrichsruh 421 fg.
Hock, Dr., österr. Ministerialrat in Frankfurt 1852 während der Zollvereinskrisis, B. über dessen Mission und Charakter I, 357 fg.
Hödel, Max, versucht 11. Mai 1878 Kaiser Wilhelm zu ermorden V, 328 fg.
Höfgen, Wagenbauer in Dresden, schenkt B. einen Kinderwagen VI, 223.
Hoelder, Julius, 1859 württembergischer Abg. II, 263. Reichstagsabg., Toast auf B. (24. März 1871) IV, 403 fg. Scheidet aus der nationalliberalen Partei aus VI, 72 fg.
Hoensbroech, Graf VII, 129 fg., 171.
Hoffmann, Dr., 1870 Oberhofprediger in Berlin IV, 261.

Hofmann, Dr., Hermann, politischer Redakteur der „Hamburger Nachrichten" VI, 444.

Hofmann, Geh. hessischer Legationsrat und Mitglied des Zollbundesrates (18. Mai 1868) IV, 141 fg. Hessischer Ministerpräsident und 1876 Nachfolger Delbrücks V, 264 fg. (1878) 329 fg., 355 fg. B.s Vertreter (1877) 360 fg. (1878) Staatssekretär 372 fg. Läßt sich Sept. 1881 nach Elsaß-Lothringen versetzen VI, 10 fg.

v. Hofmann, österr. Civilkommissar in Holstein nach dem Vertrage von Gastein III, 207 fg. Bei B. in Berlin (31. Dez. 1865) 226 fg.

Hohenlohe-Ingelfingen, Fürst, Mai 1862 preuß. Ministerpräsident II, 316 fg. Fordert 23. September 1862 seine Entlassung 341 fg. (Entlassen 23. September).

Hohenlohe-Langenburg, 1880 Vorstand des Deutschen Kolonialvereins VI, 347 fg.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst, seit 31. Dezember 1866 bayerischer Ministerpräsident, schließt 8. Juli 1867 den neuen Zollvereinsvertrag mit B. IV, 17 fg. Sucht (1867) den Abschluß eines preußisch-österreichischen Bündnisses zu vermitteln 19 fg. Am 7. März 1870 gestürzt 189, 198. Rundschreiben desselben vom 9. April 1869 über die Gefahren des Unfehlbarkeitsdogmas 214 fg. Verhandelt mit B. darüber persönlich 216 fg. Wirkt November 1870 für Annahme der süddeutschen Verträge im Reichstag 349. Im Reichstag (1871) IV, 427 fg. Deutscher Botschafter in Paris (1874) V, 193 fg. Bei B. 1879 in Gastein 289 (Note). Vertreter B.s (1880) VI, 51. In Varzin (1885) 266. Statthalter der Reichslande (1885 bis 1894), Reichskanzler (1894) 496 fg. (1896) VII, 32, 33. (1897) 65. (1898) 116, 137, 154.

Hohenlohe (-Schillingsfürst), Bruder des Vorigen, Kardinal, wird 1872 von der Kurie als deutscher Botschafter abgelehnt V, 70 fg., 76 fg.

Hohenthal, Graf, sächsischer Gesandter und (1866) Friedensunterhändler in Berlin. Abgeschlossen 21. Oktober III, 426.

Hohenthal, Frau Gräfin, Gattin des Vorigen. Angebliches Gespräch mit B. (März 1866) III, 268 fg.

Hohenwart, Graf, österreichischer Minister V, 25 fg.

Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton, Fürst, preuß. Ministerpräsident der neuen Ära (1858) II, 222. Gespräch mit B. in Warschau (1860) 290. Beantragt B.s Ernennung zum Minister 290 fg. Lehnt 1869 für seinen ältesten Sohn Prinz Leopold die spanische Krone ab IV, 203. Nimmt 20. Juni 1870 das Anerbieten an 227.

Hohenzollern-Sigmaringen, Prinz Karl, zweiter Sohn des Vorigen, wird 20. April 1866 zum Fürsten von Rumänien gewählt III, 267 fg. Später König IV, 214 fg. März 1871 regierungsmüde, B. stützt ihn 437. B. 1880 bei ihm in Potsdam VI, 226.

Hohenzollern-Sigmaringen, Prinz Leopold, ältester Sohn des

Fürsten Karl Anton. Angebot der spanischen Krone an ihn 1869 und Ablehnung IV, 203. Spaniens Verhandlungen mit ihm 1869/70 225 fg. März 1870 Familienrat in Berlin, B.s Ansicht 226. Nimmt 20. Juni 1870 das Anerbieten an 227. Sein Rücktritt am 12. Juli 238 fg.

Holbein, Rechtsanwalt in Apolda, begrüßt 1871 B. lateinisch IV, 425 fg.

Holnstein, Graf, Oberstallmeister des Königs Ludwig II. von Bayern, IV, 349. B. 1871 bei ihm V, 19. B. 1892 bei ihm VI, 450.

v. Holstein, Geh. Legationsrat, Winter 1879/80 B.s Hilfsarbeiter in Varzin V, 427.

Holtz, Dr., in Eisenach (1896), Gedicht VII, 54.

Holtz, 1889 Reichstagsabgeordneter VI, 103 fg.

v. Holzhausen, Vertreter der 16. Kurie (Liechtenstein, Reuß, beide Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg) am Bundestage, von B. geschildert I, 435 fg., 472, 476.

Hompesch, Graf, Reichstagsabgeordneter (1895) VI, 502.

Houx, de, französischer Korrespondent, 1890 in Friedrichsruh VI, 409 fg.

Hovell, Dr., englischer Arzt Kaiser Friedrichs (1888) VI, 309 fg.

v. Hoverbeck, Abgeordneter, 1863 in der polnischen Frage II, 385 fg. (1866) III, 249 fg. Antrag (August 1866) 396. Antrag: B. und Roon von der Dotationsliste zu streichen (1866) 431. Im Landtag (1868) IV, 146 fg. Im Reichstag (1869) 165. Herbst 1871 im Reichstag V, 30 fg. Im Reichstag (1872) 72 fg. Antrag auf Freilassung Majunkes (Dezember 1874) 214 fg.

v. Huber, verhandelt 1890 den Handelsvertrag mit Österreich VI, 428 fg.

Hübler, Dr., Kirchenrechtslehrer, 1879 nach Wien gesandt V, 320.

Hübner, Alexander, Graf, österr. Gesandter in Paris 1855, B. über ihn II, 86. Schlechter Witz H.s über Napoleon 94/95. Neujahrsrede Napoleons an ihn (1859) 236 fg.

v. Hügel, württembergischer Minister des Äußern II, 93. In der dänischen Frage (1863 fg.) III, 28, 43. Am 1. Oktober 1864 entlassen 141.

v. Huene, Reichstagsabg. (1892) VI, 477 fg.

Hugo, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.

Humbert, König von Italien (seit 9. Januar 1878) V, 294 fg. Begrüßt Kaiser Friedrich III. bei Ressen Scheiden aus Italien (März 1888) persönlich VI, 290.

Hundegger, k. k. Advokat in Murau, bietet ganze 100 fl. für B.s Ermordung (1866) III, 297.

J.

Ignatieff, russischer Staatsmann (1877) V, 272 fg. Hetzt 1879 fg. gegen Deutschland 286 fg. VI, 174 fg., 177 fg. Am 12. Juni 1882 plötzlich entlassen 180.

v. Ihering, Rudolf, Professor I, 39. (1855) VI, 252.

Ihle, Jagdgehilfe in Schönhausen I, 57.

Immermann, Fraktionsführer (1861 fg.) III, 314. In der dänischen Frage III, 15.

Isabella, Königin von Spanien, 1868 entthront IV, 192 fg.
Ismael, Pascha, Chedive von Ägypten (1878 fg.) VI, 195 fg. Auf B.s Betreiben von den Großmächten abgesetzt 196.
Itzenplitz, Graf, preuß. Landwirtschaftsminister (März 1862) II, 317. Handelsminister (1864) III, 132 fg., 198 fg. (1871) V, 37 fg. Für den Pairsschub im Herrenhause (1872) 96 fg.

J. (Jot.)

Jachmann, deutscher Kapitän im dänischen Kriege (1864) III, 87.
Jacobini, päpstlicher Pronuntius in München V, 319 fg. (1880) in Wien VI, 47 fg. Kardinal und Staatssekretär (1883) 59 fg.
Jacoby, Dr., Joh., radikaler Schriftsteller und Abgeordneter (1848) I, 105. Vor dem König 148. Für die neue Ära (1858) II, 225. Am 20. Sept. 1870 verhaftet, wendet sich beschwerend an B. Dessen günstige Antwort vom 3. Oktober IV, 346.
Jähns, Dr., Max, Oberstlieutenant a. D., „Die Schlacht von Königgrätz" III, 343, 347. Richtet als Vorsitzender des deutschen Sprachvereins eine Adresse an B. VII, 4 fg.
v. Jagow, März 1862 preuß. Minister des Innern II, 317. Entlassen Dez. 355.
Jahn, Friedrich Ludwig, Turnvater, I, 10.
Jantzen & Thormälen, Hamburger Kolonial-Pioniere (1882 fg.) VI, 349 fg.
Jellacic, Banus von Kroatien (1848) I, 144.
Jenke, Geh. Finanzrat VII, 85.
Jessé, Madame, Besitzerin des Hauses, in dem B. in Versailles 1870/71 wohnte IV, 325 fg., 359.
Jörg, Dr., Reichstagsabg. (1874) V, 161 fg. Am 4. Dezember 210 fg. Lobt 1877 B.s Orientpolitik V, 274.
Johann, Erzherzog-Reichsverweser (1848 fg.) I, 142, 184 fg.
Johann I, König von Sachsen, 1863 in Baden-Baden bei König Wilhelm, als Einlader zum Fürstentage II, 407 fg. In der dänischen Frage III, 78 fg. Verläßt am 15. Juni 1866 Sachsen nach dem Einmarsch der Preußen 341. B. über ihn 381 B. 1868 bei ihm zur Beglückwünschung zum Geburtstag (im Auftrage König Wilhelms) IV, 93 fg.
Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg VII, 39. (1897) 80. VII, 108 fg. Beileid 152.
John, Professor in Göttingen. B. dankt ihm 31. Juli 1869 für den Entwurf eines Strafgesetzbuchs IV, 176.
Jókai, Maurus, ungarischer Schriftsteller, bei B. (1874) V, 185.
Jolly, Dr., Julius, badischer Minister, Schenker der goldenen Friedensfeder an B. Dank B.s (13. Nov. 1870) IV, 357.
Jordan, Wilh., Mitgl. des Frankf. Parlaments VII, 102 fg.
Jühlke, deutscher Afrikaforscher und Kolonie-Pionier VI, 363 fg.
Jung, preuß. Abg., beantragt Nov. 1866 eine Dotation für B. III, 430 fg.

K.

Kaemmmel, Dr., Otto, Professor in Leipzig, VI, 467 fg., VII, 43.
Kahl, Prof. in Berlin VII, 107, 156.
Kalik, österr. Divisions-General in Holstein (1866) III, 295. Räumt Juni 1866 Holstein 323 fg., 324 fg.
Kalnoki, Graf, 1871 österr. Gesandter in Rom V, 5. Bei B. in Kissingen (1883) VI, 245. Ministerpräsident (1885) in Varzin 266. In Friedrichsruh (1887) 274. Daselbst (1889) 340 fg.
Kamphövener, Marschall VII, 153.
Kanngießer, Abg. IV, 55 fg.
Kantak, 1863 poln. Abg. II, 381. Desgl. 1867 im Reichstag III, 443 fg.
Karawelo, 1886 Regent Bulgariens VI 190 fg.
v. Kardorff, preuß. und Reichstagsabg. IV, 72. VII, 98. Im Landtag (1868) 149. Im Reichstag (1872) V, 72 fg. (1895) VI, 502. VII, 8, 39, 85.
Karl I., König von Württemberg (seit 25. Juni 1864). Beim Ausbruch des Krieges 1870 begeistertes Telegramm an König Wilhelm IV, 266.
Karl, Prinz von Preußen, Bruder König Wilhelms, bei B. in Frankfurt I, 507. Ernennt B. 22. März 1867 zum Kommandator des Johanniterordens IV, 24. Glückwunsch zu B.s Silberhochzeit (1872) V, 87.
Karl Alexander, Großherzog von Weimar (1896) VII, 28 fg. (1897) 60. (1898) Beileid 152 fg.
Karl, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen s. o. diesen Artikel.
Karl Johann, König von Schweden († am 8. März 1844) I, 53.
Karoline, 1866 Regentin von Reuß ä. L. III, 157 fg. Kurzer Prozeß mit ihr beim Friedensschluß 426.
Karolyi, Graf, österreichischer Gesandter in Berlin, B.s Gespräche mit ihm 1862, am 4. und 13. Dez. II, 361 63. In der dänischen Frage: III, 33, 56 fg. In der Frage des Besitzes an Schleswig-Holstein 152 fg., 155 fg. Gespräch mit B. 1865, 8. Februar 160 fg., 172 fg. B. an an ihn am 9. Februar 1866 257. In Nicolsburg bei der Friedensverhandlung 374 fg. Verlangt die Unversehrtheit Sachsens 376 fg. Gründe B.s für die Zustimmung zu diesem Verlangen 378 fg., 380 fg. Österreichischer Botschafter in Berlin (1875) V, 241.
Karsten, 1880 Abg. für Altona VI, 23 fg, 34 fg.
Katkow, 1882 Besitzer der Moskauer Zeitung VI, 180 fg. Deutschfeindlich 340 fg.
Kaulbars, 1883 russischer General VI, 184 fg.
Kayserlingk, Graf, B.s Universitätsfreund I, 40 fg. Bei B. in Frankfurt II, 173.
Keller, Pandektist, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213.
Keller, 1871 Führer der elsaß-lothringischen Chauvinisten in der französischen National-Versammlung IV, 384.
Kelley, amerikanischer Silbermann V, 424 fg.
Kern, Dr., 1858 schweizerischer Gesandter in Paris bei dem Kongreß

über die Neuenburger Frage II, 133 fg.
v. Kessel, Oberst I, 290.
v. Ketteler, Bischof von Mainz I, 434. Die Seele des süddeutschen Kirchenaufstandes (1851 fg.) 459 fg. Am 1. Oktober 1870 an B. IV, 344. In Versailles am 18. Febr. 1871 bei B. 390. Verhandlung B.s mit ihm (Mai 1871) V, 5 fg.
v. d. Kettenburg, mecklenburgischer Kammerherr I, 471 fg.
v. Keudell, Geh. Legationsrat und vortragender Rat im Auswärtigen Amt. Dessen schönes Klavierspiel I, 25. Vertrauter B.s, in Varzin (Sommer 1868) IV, 84 fg. Begleitet 1870/71 B. ins Feld 284 fg. Desgl. 1871 nach Varzin V, 19 fg. 1886 bei B. in Varzin VI, 270.
Khevenhüller, Graf, 1886 österr. Gesandter in Belgrad VI, 185.
King, Mitchell C., B.s Universitätsfreund I, 33.
Kind, Dr., Leipziger Amtsrichter, 1892 in Varzin VI, 472.
Kinnaird, Arthur, 1872 Mitglied des engl. Unterhauses V, 90 fg.
Kirchbach, Graf, Regiments-Kommandeur VII, 92 fg.
v. Kirchmann, preuß. Abg. (1849) I, 166. (Sept. 1862) II, 347.
Kirsner, 1872 badischer Reichstagsabg. V, 64.
Kiseleff, General, 1857 russischer Gesandter in Paris II, 134.
Kitz, Adolf, amerikanischer Unionssoldat, Huldigung an B. und dessen Antwort V, 263.
Klapka, 1849 ungarischer General, Hintermann des polnischen Aufstandes (von 1863) II, 375.
Klein, 1888 amerikanischer Abenteurer auf Samoa VI, 362 fg.
v. Kleist-Retzow (B.s Onkel) Mitglied des Erfurter Parlaments I, 214 fg. Von B. angedichtet (24. April 1850) 250. Oberpräsident der Rheinprovinz 326. Abgeordneter III, 52. B. geht ihm zu weit links 434 fg. Für Annahme der Bundesverfassung im Herrenhause (1867) 460. Sagt sich 1873 von B. los V, 112 fg. Gegen das „Brotkorbgesetz" (1875) 223 fg. Gegen B.s Reichseisenbahnprojekt (1876) 255 fg. Mit B. versöhnt (1878) 311 fg. (1879) 388.
Klenze, hannoverscher Obersteuerrat, schließt Vertrag mit Delbrück I, 352. In Frankfurt bei B. 354. Lügt, B. wolle Manteuffel stürzen (1852) 387 fg. B. an Manteuffel über diese Lügen 387 fg.
Knappe, 1888 deutscher Konsul in Apia VI, 362 fg.
Koburg, einstiger Feldwebel von B.s Kompagnie in Greifswald, B.s Glückwunsch an ihn (1875) V, 226 fg.
Koch, Dr., 1871 Bürgermeister von Leipzig IV, 439.
Kögel, Oberhofprediger, am Sterbebett Kaiser Wilhelms VI, 279 fg. (1890) Abschied bei B. 403.
v. Köller, 1895 Präsident des preuß. Abgeordnetenhauses VI, 501. Am 25. März in Friedrichsruh 504 fg. Oberpräsident von Schleswig-Holstein (1897) VII, 73.
Koepke, B.s Gymnasiallehrer I, 23.
Kohl, Horst, Professor, Herausgeber

des „B. Jahrbuchs“ VII, 3 (Note), 170.
Konstantin, russischer Großfürst, 1877 bei B. V, 273 fg.
Kopp, Dr., Bischof v. Breslau, 1888 in Friedrichsruh VI, 276. VII, 152.
v. Koscielski, 1886 polnischer Abg. VI, 171 fg. Günstling des Kaisers Wilhelm II. (1894) 492 fg. VII, 47.
Koser, Dr., Geh. Rat VII, 143.
Krätzig, Leiter der kathol. Abteilung im preuß. Kultusministerium (1871) V, 10 fg.
Krause, schlesischer Abg. (1847) im vereinigten preußischen Landtag I, 167 fg.
Kreibel, badischer Geh. Kabinettssekretär und geheimer Spion der Kurie in Baden I, 462.
Krementz, Bischof von Ermeland, aufrührerisch V, 70 fg., 90 fg.
Krieger, Konferenzrat, 1864 dänischer Vertreter auf der Londoner Konferenz III, 97 fg.
v. Kröcher, 1872 Mitgl. des preuß. Herrenhauses V, 62 fg.
Krüger, Präsident von Transvaal, VII, 153.
Krupp, Fr. A. in Essen, B.s Beileid an ihn 1887 beim Hinscheiden seines Vaters VI, 273.
Kruse, Bildhauer, in Friedrichsruh (1889) VI, 339.
Kryger-Hadersleben, 1867 dänisch gesinnter Abg. im konstit. Reichstag III, 446 fg.
Kübek, 1852 Präsident des österr. Reichsrats, Urteil B.s über ihn I, 374 fg. Österr. Präsidialgesandter in Frankfurt (1863 fg.); in der dänischen Frage: III, 46, 47, 77 fg. In der Sitzung vom 14. Juni 1866 330.
Kühne, altliberaler Abg. II, 305 fg.
Kullmann, Ludwig. Sein Mordversuch auf B. (13. Juli 1874) V, 198 fg. Seine Verurteilung. † im Zuchthause (1892) 202. Sein Attentat vor dem Reichstag (4. Dezember 1874); „K. an den Rockschößen des Centrums“ 209 fg.
v. Kurowski, Assessor, Vorstand des „Spezialbureaus des Reichskanzlers“ (1876/78) V, 410.

L.

v. Lade, Generalkonsul in Geisenheim VI, 273.
Ladenberg, 1849 preuß. Kultusminister I, 205.
Lagueronnière, 1859 seine Schrift „Napoleon und Italien“ II, 237. B. an ihn am 26. April 1869 IV, 101.
Lamarmora, General und August 1865 italienischer Minister III, 204 fg. Schließt am 8. April 1866 den Bündnisvertrag mit Preußen 271 fg. An der Schwelle des Krieges 291 fg. Seine Schrift „Etwas mehr Licht“ 341 fg. Klägliche Feldzugsführung 344 fg. Am 15. Juli 1866 an Nigra 356 fg. Entfernt 341, 410. V, 177.
Lang, liberaler nassauischer Abg. II, 264 fg.
Lange, Oberförster B.s (1897) VII, 70.
Lanza, Graf, italienischer General VII, 153.
Lasker, Dr., Eduard, Abgeordneter, Mitbegründer der nationalliberalen Partei III, 396. Für das Indem-

nitätsgesetz (August 1866) 416. Im konstit. Reichstag (1867) 449 fg., 451 fg., 452 fg. Antrag bezüglich des Beitritts der süddeutschen Staaten 458 fg. Antrag auf Aufhebung der Wuchergesetze (Oktober 1867) IV, 39. Im Landtag; Antrag auf Redefreiheit (November 1867) 53 fg. Desgleichen 1868, B. darüber 129 fg. L.s Antrag auf Redefreiheit im Reichstag 1869, B. darüber 157 fg., 163 fg. Für Rechtseinheit 172. Im Reichstag 1870 Antrag auf Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund 174 fg. Im Reichstag 1871 426 fg. V, 34 fg. Im Landtag 1872 57 fg. Unterredung mit B. 69. Im Landtag 1873 105 fg. Im Reichstag 1873 117 fg. In der „Gründerperiode" 120 fg. Beim Militärgesetz (1874) 186 fg. Am 1. Dez. 1874 209 fg. Am 4. Dez. 212 fg. Dezember 1875 238 fg. (1878) 339 fg. (1879) 343 fg. 1877 in wirtschaftlichen Fragen 354 fg. 1878/79 gegen die Wirtschaftsreform B.s 377 fg., 387 fg., 394 fg., 407. (1880) VI, 9 fg., 23 fg. (1881) 37 fg. (1880) 43 fg. Sezessionist 44. (1881) 115 fg. Gestorben (5. Januar 1884) 136.

Lassalle, Ferdinand, 1863 Unterredung mit B. II, 400 fg., III, 278, V, 320 fg.

Latour, 1848 österr. Kriegsminister, ermordet I, 144.

Latour-d'Auvergne, 1864 französ. Vertreter auf der Londoner Konferenz III, 97 fg.

Lauer, Dr., Generalarzt, behandelt im März 1874 B. V, 185 fg.

de Launay, Graf, 1874 italienischer Botschafter in Berlin V, 155.

Lavalette, französischer Minister, in der Staatsratssitzung vom 5. Juli 1866 III, 353. Schreiben Napoleons an ihn am 12. August 401. Stellvertreter Drouyns 413 fg. (1868) IV, 200.

Lecoq, 1851 Unterstaatssekretär im preuß. Ministerium des Auswärtigen I, 302.

Lederer, Hofschauspieler aus Darmstadt, 1874 bei Kullmanns Attentat in Kissingen V, 199.

Ledochowski, Erzbischof von Posen, am 8. Nov. 1870 bei B. in Versailles IV, 344 fg.

Lefèbvre, französ. Geschäftsträger in Berlin (1865) III, 212 fg. Französ. Konsul in Wien (1870), Dank an Bebel und Liebknecht IV, 389. (1873) für München bestimmt V, 146 fg.

Lehndorff, Graf, Generaladjutant des Kaisers, 1877 in Friedrichsruh V, 278.

v. Leiningen-Billigheim, badischer Diplomat I. 466.

Leistner, Dr., Abg. IV, 31.

v. Lenbach, Franz, Professor (Maler) I, 25. In Varzin (1882) VI, 238. In Varzin (1884) 250. In Friedrichsruh (1887) 275. Desgleichen (1889) 339. B. über ihn 418. (1892) 443. B. bei L. 1892 in München 449 fg. (1898) VII, 99 fg., 137 fg.

Lenz, 1884 württemb. Reichstagsabg. VI, 158 fg.

Leo XIII, Papst V, 80, 304. Schreiben an Kaiser Wilhelm 313 fg.

Beileid an denselben 1878 bei den Attentaten 330. Friedensvorschläge (1880) VI, 45 fg. An Kaiser Wilhelm (3. Dezember 1882) 58 fg. Fordert Januar 1887 das Centrum auf, für das deutsche Septennat zu stimmen 211 fg. Sendet 1888 den Fürstbischof Kopp an B. 276, 354 fg. (1898) Beileid VII, 152.

Leonhardt, Dr., 1869 preuß. Justizminister, Dank B.s an ihn 24. Sept. IV, 176. 29. Dezember 177, 181 fg. B. an ihn (am 14. Juli 1870) 256 fg. B. an ihn (am 4. Sept. 1871) V, 24 fg. B.s Unterhandlungen mit ihm wegen der Justizgesetze (1876) 266 fg.

Leopold, Großherzog von Baden, † (24. April 1854) I 458.

Leopold I., König von Belgien I, 480. In der dänischen Frage III, 94 fg.

Leopold, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen s. o. Hohenzollern.

Leroy-Beaulieu, französischer Nationalökonom VI, 92, 106 fg.

v. Levetzow, Präsident des Reichstages (1884) VI, 137. Sein Benehmen bei B.s Entlassung 400. Zu B.s 80. Geburtstag 501 fg. Legt bei Verweigerung der Ehrung B.s sein Amt nieder 502.

Lichnowsky, Felix, Fürst, April 1848 Mitglied des Vereinigten Preuß. Landtages I, 130 fg. Mitgl. des Frankfurter Parlaments 1848, im September ermordet I, 144.

Lieber, Dr., 1896 Führer des Centrums im Reichstag VII, 56.

Liebermann v. Sonnenberg, Reichstagsabg. VII, 56.

Liebknecht, Wilhelm, Kommunist, bis 1860 Londoner Korrespondent der in österr. Solde stehenden „Allg. Ztg." II, 285 (Note). Sein vaterlandsloser Kommunismus III, 278. Erteilt Herrn Bebel Unterricht im Kommunismus 447 fg. Reichstagsabg. (Herbst 1867) IV, 40, 42 (Note). Lügen bezüglich der „Emser Depesche" 244 fg. Verweigert 1870 Deutschland die Mittel zum Krieg 265. „Acceptiert" den Dank des französ. Konsuls hierfür 389. Belehrt 1878 B. über auswärtige Politik V, 280 fg., 323 fg. (1880) VI, 40 fg. (1881) 62 (Note). (1886) 166 fg., 189 fg. (1890) 399. (1896) VII, 45 fg., 56.

Li-Hung-Tschang, chinesischer Vizekönig VII, 40.

Liman, Dr., Berliner Korrespondent der „Leipziger Neuesten Nachrichten" (1896) VII, 16 (Note), 39.

Limburg-Stirum, Graf, 1887 Mitglied des Landtages VI, 210 fg.

Linde, Dr., Gesandter von Liechtenstein in Frankfurt I, 433.

v. Linden, württembergischer Gesandter in Wien I, 372.

v. Lingelsheim, preuß. General I, 88.

Lippe, Fürst von (1853/54) I, 433.

Lippe, Graf zu, 1862 preuß. Justizminister II, 317. Juli 1866 gegen das Ersuchen um Indemnität III, 388. Entlassen Dezember 1867; seit dieser Zeit einer der schärfsten Gegner der Politik B.s IV, 351 fg.

Lippert, 1883 deutscher Konsul in Capstadt VI, 347 fg.

Lischke, 1867 Oberbürgermeister von

Elberfeld; Schreiben B.s an ihn, wegen der Ablehnung der Wahl zum Reichstag III, 437 fg.
Loebeling, Th., Bienenvater in Halle VII, 97 fg.
Los, Frhr. v., 1869 preuß. Gesandter in Kopenhagen, beleidigt B. und wird abberufen IV, 201 fg. 1875 fg. Verleumder B.s V, 247 fg.
v. Losn, 1863 preuß. Militärbevollmächtigter in Petersburg II, 381.
Löwe-Berlin, 1884 Abg. VI, 155.
Löwe-Calbe, Dr., Abg. In der polnischen Frage (17. April 1863) III, 13 fg., 68, 182 fg. Für das Indemnitätsgesetz (August 1866) 416. Im Landtag (1868) IV, 147 fg. Im Reichstag 1869 für Abrüstung 171 fg. (1871) V, 33 fg. Im preuß. Landtag (1872) 48 fg. (1878/79) 375 fg., 392 fg.
Loftus, Lord, englischer Botschafter in Berlin, am 13. Juli 1870 bei B. IV, 245 fg.
Lohmann, Geh. Ober-Reg.-Rat (1881 fg.) VI, 87 fg.
Louis Napoleon, am 12. Dez. 1848 zum Präsidenten der französ. Republik erwählt Band I, 195 Note. 1850 heimliches Anerbieten an Preußen 234. Rüstet an der preuß. Grenze (1850) 242. Sein Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, B. darüber 330 L. N. über B. 333 fg. L. N. erklärt seine Absicht, Kaiser zu werden V, 396. B. über L. N.s Aufsteigen in Frankreich 479 fg. Kaiser Napoleon III. I, 480 fg. Taktlose Haltung einiger deutscher Staaten 480 fg. Anerkennung des Kaiserreiches durch den Bund 484 fg. B. über L. N.s Heirat 486 fg. Entläßt 1855 Drouyn de l'Huys. II. Band 75 fg. Empfängt (August) B. in Paris 85. B. über ihn 89. Freundliche Haltung 1856 in der Neuenburger Frage 123 fg. April 1857 geheimes Gespräch desselben mit B. in Paris 136 fg. Neujahrsrede von 1859 236 fg. Gibt die Losung aus: „Italien frei bis zur Adria!" 248 fg. B. über ihn 1859 und 1860 272 fg. Oktober 1859 seine italienische Politik nach dem Züricher Frieden 279 fg. Geheimes Anerbieten an Preußen (1860) 280. Audienzen B.s bei ihm bei Antritt des Pariser Gesandschaftspostens (1. Juni 1862), B. über ihn 327 fg. Günstige Erklärung an B. über die französische Politik in der deutschen Frage 339. Abschiedsaudienz B.s bei ihm (1. November 1862) 357 fg. Zu B. (1862) über die polnische Frage 379 fg. Gegen die österr. Reformakte (1863): sucht die preuß. Freundschaft 418. In der dänischen Frage (1864), Thronrede und Kongreßidee (Nov. 1863) Band III, 23. Seine Politik: 33 fg., 55 fg., 59, 75, 88 fg., 95 fg. In der Frage des Besitzes von Schleswig-Holstein 177 fg. Ueber den Vertrag von Gastein 210 fg. B. bei L. N. in Biarritz (Oktober 1865) 211 fg. L. N.s Schreiben an König Wilhelm (7. März 1866) 263. Ueber B.s Bundesreformplan (April) 281 fg. Kongreßplan und geheime treulose

Verhandlungen mit Oesterreich und Italien (April und Mai 1866) 306 fg., 310 fg., 312 fg. Neue Botschaft vom 11. Juni 350 fg. Scenen im Kaiserschlosse und in Paris am 4. Juli (1866), nach der Schlacht bei Königgrätz 321 fg. Am 4. Juli Telegramm an König Wilhelm und Viktor Emanuel 352. Moniteur-Note und Ministerrat vom 5. Juli 353 fg. Drohung an Italien 5. bis 9. Juli 356. Seine Ungeduld und peinliche Lage 5.—10. Juli 358 fg. Sein Einlenken 10. Juli 361 fg. Unterredung mit Goltz 11. Juli 362 fg. Desgl. 13. Juli 365 fg. Einverständnis 14. Juli 366. Abweisung Beusts 367. Entscheidung für den Frieden 12. August 401. Rundschreiben vom 16. September 413 fg. Gespräch mit B. in Paris (Juni 1867) Band IV, 6 fg. Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph in Salzburg, August 28 fg. Sein Kongreßplan (römische Frage) November, B. darüber 189 fg. L. N.s auswärtige Politik 1868 bis 1870 und B. darüber 189 fg. Geheime Verhandlungen mit Oesterreich und Italien wegen eines Bündnisses 194 fg. Gespräch mit Benedetti über die hohenzollernsche Thronkandidatur (1869) 203. Nach dem Rücktritt Leopolds (am 12. Juli 1870) 239 fg. Hält 14. und 15. Juli Ministerrat 254 fg. Brief an König Wilhelm in der Schlacht von Sedan 296 fg. Mit B. am 2. September im Weberhause von Donchéry 300 fg. L. N. und König Wilhelm am 2. Sept. 302. Als Kriegsgefangener 3. Sept. abgeführt 302 fg. Am 4. Sept. entthront 305 fg. † 9. Januar 1873 Band V, 156.

Louis Philippe, König von Frankreich, am 24. Februar 1848 gestürzt, I, 122.

v. Lucanus, Chef des Civilkabinets des Kaisers Wilhelm II., am 14. März 1890 bei B. VI, 293, 396 fg.

Lucius, Dr., (später geadelt) 1874 Abg. V, 187 fg. Mai 1870 Landwirtschaftsminister 404. 1897 bei B. VII, 73.

Ludwig II., König von Bayern (seit 10. März 1864). In der dänischen Frage III, 89 fg. Erschreckt durch B.s Bundesreformplan (März 1866) 279 fg. Begeistertes Telegramm an König Wilhelm bei Ausbruch des Krieges (1870) 266 fg. Will September 1870 dem norddt. Bund beitreten 346 fg. Schreiben an König Wilhelm (Ende Nov. 1870) wegen Annahme der Kaiserwürde 349 fg. Geburtstagsglückwunsch an B. (1872) V, 67 und zu B.s Silberhochzeit (1872) 87; desgl. zu B.s Geburtstag 1874 189. Beglückwünscht B. zur Errettung bei Kullmanns Attentat (1874) 204. Genehmigt 1876 die Errichtung des B.-Denkmals in Kissingen 263 fg. Regelmäßige Glückwünsche zu B.s Geburtstagen und Ehrenfesten 423 fg. † (13. Juni 1886) VI, 269, 270.

Ludwig III, Großherzog von Hessen, 1855 im Konflikt mit Preußen I, 452 fg.

Lüderitz, deutscher Koloniegründer VI, 344 fg., 347 fg.
v. Luetken, hannoverscher Minister, seine Orientpolitik II, 15.
v. Lüttichau, 1864 dänischer General III, 79 fg.
Lugscheider, 1871 Reichstagabg. V, 30 fg.
Luitpold, Prinzregent v. Bayern (seit 1886), B. bei ihm (1886) VI, 269. In Berlin zur ersten Reichstagseröffnung durch Kaiser Wilhelm II (25. Juni 1888) 318. (1895) VII, 28. (1898) Beileid 153 fg.
Lutz, Dr., 1871 bayerischer Justizminister, B. bei ihm V, 19.
Luzzati, italienischer Minister VI, 106 fg.
Lwow, russischer Korrespondent in Friedrichsruh (1890) VI, 408.
Lynar, Fürst, B. über ihn I, 299.

M.

Mackenzie, Dr., Morell, englischer Charlatan VI, 272 fg., 288 fg. Nach Kaiser Friedrichs Tod 309 fg.
Mac-Mahon, französischer Marschall, Oberbefehlshaber der „Rheinarmee", am 4. August 1870 bei Weißenburg IV, 281 fg., und am 6. August bei Wörth geschlagen 282. In der Schlacht von Sedan verwundet 297. Präsident der französischen Republick (24. Mai 1873) V, 139 fg. Am 30. Januar 1879 gestürzt 295 fg.
Majunke, Paul, Redakteur der „Germania" und Reichstagsabg. V, 180. Über Kullmanns Attentat 210 fg. Verhaftet (am 16. November 1874) 214 fg. Pilgert 1880 nach Rom VI, 52 fg. (1887) 211 fg.
Malet, Sir A., englischer Gesandter in Frankfurt I, 467. Englischer Botschafter in Berlin (1886) VI, 188 fg. In Friedrichsruh (1884) 251 fg. (1895) VII, 8.
Malietoa, „König" von Samoa VI, 362 fg.
v. Mallinckrodt, Abg. im konstit. Reichstag (1867) III, 443. Im Landtag 1868 gegen die Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten von Hessen IV, 153. Im Landtag (1872) V, 55 fg. Im Reichstag (1873) 116 fg. Im Landtag (Jan. 1874) gegen B. 175 fg.
v. Maltzahn-Gültz, 1875 Mitglied des preuß. Herrenhauses V, 223 fg.
Mammen, 1867 Reichstagsabg. IV, 34 fg.
Mancini, italienischer Minister, schließt am 2. Januar 1883 das deutsch-italienische Bündniß V, 297.
Manin, Daniele, italienischer Patriot II, 235.
v. Manteuffel, Otto, preußischer Minister, Band I, 146 fg. Im Erfurter Parlament 216 fg. Im Juli 1850 für Annahme der Vorschläge Schwarzenbergs 235 fg. Für Annahme der Vorschläge des Grafen Brandenburg aus Warschau (Okt. 1850) 238. Ministerpräsident nach Brandenburgs Tod (Nov. 1850) 242. Sein Charakter 242. Seine Reise nach Olmütz zu Fürst Schwarzenberg 243. Olmützer Punktation (29. Nov. 1850) 243 fg. Durchschaut Schwarzenbergs Politik 278 fg. M. am 6. Mai 1851 über B. 281 fg. Genehmigt B.s Vorschläge in der Flottenfrage (Ende 1851) 343 fg.

Schreiben an Buol bei B.s Sendung nach Wien (Mai 1852) 365. Zweck der Sendung B.s 366 fg. Klenzes Lüge, daß B. auf M.s Sturz sinne (1852) 387 fg. M.s und B.s Ansichten über ein Bundesvereinsgesetz (1853) 431 fg. Auswärtige Politik Preußens am Bunde 478 fg. Seine Stellung in der orientalischen Verwickelung (1853 fg.) Band II, 6 fg. B.s 185 Berichte an ihn in dieser Frage 7 fg. Bei der Zusammenkunft in Teschen (Juni 1854) 30 fg. Beim König in Putbus (August) 45. Rundschreiben vom 13. Okt. 49 fg. Mannhafte Note v. 5. Jan. 1855 an Oesterreich 62. Nimmt B. (1. Februar) gegen französ. u. österr. Verleumdungen kräftig in Schutz 68 fg., 70 fg. Der „Prachtbericht" B.s vom 26. April 1856 an M. 109 fg. Rundschreiben an die Mächte v. 28. Dez. in der Neuenburger Frage 131 fg. Für Einsetzung der Regentschaft (1858) 221. Entlassen 6. November 1858, Dank an B. 223 fg.

v. Manteuffel, Edwin, Generalfeldmarschall. Sein Urteil über die preußische Abrüstung von 1850, Band I, 244. Als Oberst 1854 beim König in Putbus, Band II, 45. Scene zwischen ihm und B. (am 19. Dezember 1857) 213. Chef des Militärkabinetts 1862, Gegner B.s 325. Im dänischen Feldzug (1864) Band III, 75, 78 fg., 82 fg. Seine Sendung nach Wien (im Mai 1865) 178 fg. Ende Juli mit in Gastein 203 fg. Über den Vertrag von Gastein 206. Preußischer Gouverneur in Schleswig 1865/66 207 fg. Sein Regiment daselbst 216 fg. B. dagegen 218 fg. Beide versöhnt 219. Bericht M.s an B. über die österr. Mißwirtschaft in Holstein 225 fg. M. drängt zur Entscheidung 227 fg. Im Ministerrat vom 28. Februar 1866, 258 fg., 260. Eifrig für den Krieg 292 fg. Rückt 7. Juni in Holstein ein 322 fg. Oberbefehlshaber der Mainarmee 384 fg. Seine Sendung nach Petersburg (August) und dortige Verhandlung 401 fg. Zieht im Januar 1871 in Eilmärschen von der Seine an den Doubs und Oignon und zwingt am 1. Februar Bourbakis Heer zum Übertritt in die Schweiz Band IV, 366. Unbefugte Verhandlung mit Pouyer-Quertier in Nancy, Band V, 17 fg. Über den Grafen Arnim (am 1. Nov. 1872) an B. 128 fg. Kaiserlicher Statthalter von Elsaß-Lothringen (1879) 316 fg. B. (1883) über ihn, Band VI, 241.

Manteuffel, Mitglied des Herrenhauses VII, 141.

Marcks, russischer Redakteur (1871) V, 15.

Marquardsen, Dr., Prof. in Erlangen, (später geadelt), Zollparlamentsabg. (1869) bei B. IV, 211 fg. (1881) VI, 111 fg.

v. Marschall, badischer Gesandter am Bundestag, Urteile B.s über ihn I, 293, 427, 475. Er und B. in der Rastatter Besatzungsfrage (1858) II, 156 fg. In der kurhessischen Frage 270.

v. Marschall, Staatssekretär des Auswärtigen, Vertrag mit England (1890) VI, 423 fg. VII, 17 fg., 55 fg. Scheidet (1897) aus seiner Stellung als Staatssekretär VII, 60 fg. Im „Prozeß Tausch" VII, 75 fg. Urteil über ihn 76 fg.

Marx, Karl, Vater der deutschen Sozialdemokratie V, 323 fg.

Masella, 1878 päpstlicher Nuntius in München V, 315 fg.

Mataafa, 1888 „Gegenkönig" in Samoa VI, 362 fg.

Mathy, Karl, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213. In Leipzig III, 280. Badischer Minister (1866) 385. M. u. B. Ende 1867 IV, 46 fg. † (3. Febr. 1868) 48.

Maurenbrecher, Dr., Wilhelm, Professor, Geschichtslehrer Kaiser Wilhelms II., VI, 320.

Max II., König von Bayern. Empfängt Dezember 1855 B. höchst huldvoll II, 92 fg. Gegen österr. Machtverstärkung, Bayerns Rechtseinheitsantrag 107 fg. Schicksal dieses Antrags 119. Zusammenkunft der deutschen Könige und des Prinzregenten von Preußen mit Kaiser Napoleon (Juni 1860) in Baden 248 fg. In der dänischen Frage III, 43, 76. † (10. März 1864) 89.

Maximilian, Erzherzog v. Oesterreich und Kaiser v. Mexiko, erschossen (1867) IV, 28.

May, Moses, Redakteur des augustenburgischen Hofblattes (1864/66), unschädlich gemacht II, 200 fg., 202 fg.

v. Maybach, Präsident des Reichseisenbahnamtes (1875 fg.) V, 125 fg. Handelsminister (1878) 373 fg. VI, 4 fg., 395 fg.

Mazzini, Giuseppe, italienischer Verschwörer. Hintermann der polnischen Revolution (1863) II, 375 fg., 388. Seit der Schlacht von Mentana (3. November 1867) für ein Bündnis mit Preußen IV, 50 fg. Verhandlung mit B. 51.

Meding, O., hannoverscher Regierungsrat a. D. IV, 197 fg. Warnt 1870 die welfischen Mannschaften in Paris vor Teilnahme am Kriege für Frankreich 268 fg. Seine Reise nach Berlin auf Ersuchen B.s, der allen Offizieren der Welfenlegion Pensionen gewährt 269/71.

Meglia, päpstlicher Nuntius in München V, 213 fg.

Meier, H. H., Reichstagsabg. (1868) IV, 126. Mitglied des Frankfurter Parlaments VII, 102 fg.

Mejer, Verfasser der Gesch. der Universität Göttingen I, 30 fg.

Meister, Prof. in Göttingen, B.s Lehrer I, 30.

Menabrea, 1868 italienischer Ministerpräsident, gestürzt 1869, dann Generaladjutant des Königs IV, 196 fg.

Mende, Fritz, sozialdemokr. Abg. (1869) IV, 168 fg.

Mendel, Dr., 1881 Reichstagsabg. VI, 114 fg.

Mensdorff-Pouilly, Graf, österr. Minister, Nachfolger Rechbergs (27. Oktober 1864) III, 148 fg. Seine Politik 150 fg., 171 fg., 174 fg., 177 fg. Wendung seiner Politik 194 fg., 198 fg., 226 fg. Januar

1866 254. Note vom 7. Februar 256 fg. März gegen voreilige Kriegsrüstungen 268. „In solchen Dingen treibt immer einer den andern" 269 fg. Perfider Abrüstungsvorschlag nach Berlin (31. März) 285 fg. 7. April 288 fg. 26. April 291 fg. 4. Mai 294 fg. Zweideutige Haltung nach Königgrätz 367 fg. Note vom 18. August 408 fg., 409.

Mentschikoff, Fürst, bringt Febr. 1853 das russische Ultimatum nach Konstantinopel II, 3 fg.

Merck, Baron, und Gemahlin VII, 96, 127, 139.

Metternich, Fürst, 1818 fg. I, 90 fg. In Teplitz (1819) 93 fg. Im März 1848 gestürzt 123. Von B. im Aug. 1851 besucht und geschildert 301.

Metternich, Fürst, österr. Gesandter in Paris (1855) III, 215. Nach der Schlacht von Königgrätz 351 fg. In Salzburg (1867) IV, 28 fg.

Metz, Dr., August, liberaler hessischer Abg. I, 455. Zollparlamentsabg. (1868) IV, 136.

Meus, 1849 Stadtverordnetenvorsteher in Rathenow I, 196.

Mevissen, Mitgl. des Frankfurter Parlaments VII, 102 fg.

v. Meyendorff, Frau I, 291, 370.

v. Meysenbug, badischer Minister I, 468. Antrag auf Bundesreform (1857) II, 144 fg. B. über ihn 150 fg., 154 fg. Rat in der Wiener Staatskanzlei (1864) III, 132 fg.

Meza, de, 1864 dänischer General, abberufen III, 79.

Michaelis, Dr., preußischer Abg. III, 182 fg.

Michelis, katholischer Geistlicher und Abg. im konstit. Reichstag (1867) III, 439 fg. Herbst 1867 über den Zollvereinsvertrag IV, 43 fg.

Mieroslawski, „General", Hintermann des polnischen Aufstandes (1863) II, 375 fg., 388.

Millevoye, Lucien, Pariser Journalist VII, 150 fg.

Milutin, 1879 russischer Minister V, 286 fg.

Miquel, Dr., Johannes (später geadelt) hannoverscher Abg., bei B. in Berlin (1. Juni 1866) III, 303 fg. Abg. im konstit. Reichstag (1867) 439 fg. Antrag bezüglich des Beitritts der süddeutschen Staaten 458 fg. Antrag beim Bundesschuldengesetz (1868) IV, 131 fg. Im Reichstag 1870 175. Verfasser der Adresse an den König Juli 1870 264. Im Reichstag von 1871 430. Verhandlung mit B. (1876) über die Justizgesetze 266 fg. VI, 13 fg. Finanzminister, in Friedrichsruh 1897 VII, 61.

v. Mirbach, 1879 Reichstagsabg. V, 397. (1896) VII, 39, 56.

v. Mittnacht, württembergischer Minister, B. über ihn VI, 418.

v. Möller, Oberpräsident im Elsaß (1872) V, 73 fg.

Möring, Hamburger Reichstagsabg. (1880) VI, 22 fg.

v. Mohl, badischer Bundestagsgesandter III, 27.

v. Moltke, Hellmuth, Graf, Generalfeldmarschall. In der dänischen Frage III, 16. Im Krieg gegen Dänemark (1864) 72 fg., 74 fg., 79 fg., 93 fg., 114 fg. Im Ministerrat vom 29. Mai 1865, 178 fg.

Im Ministerrat vom 28. Februar 1866 258 fg. Sein Gutachten vom August 1866 400. Dotation für denselben (1866) 429 fg. Sein Kriegsplan gegen Frankreich (1869) IV, 213 (Note). Am 13. Juli 1870 mit Roon bei B. zu Tisch, B. „redigiert" die „Emser Depesche" 246 bis 253. M.s Kriegsplan gegen Frankreich 279. Am 1. September mit B. nach Donchéry 296. Verhandlungen daselbst 296 fg. Am Morgen des 2. September mit B. und Napoleon im Weberhause von Donchéry 301. Schließt mit Wimpffen (2. September) die Kapitulation von Sedan 302 fg. Verzögert nach B.s und Roons Ansicht die Beschießung von Paris 388 fg. Reichstagsabgeordneter, für das Militärgesetz (1874) V, 153. (1875) kriegerisch 230 fg. Glückwunsch B.s zum 60jährigen Dienstjubiläum M.s (8. März 1879) 422. Über das deutsche Wehrgesetz im Reichstag (Dezember 1886) VI, 204 fg. Seine und B.s Einzeichnung in ein Stammbuch (1882) 237. Am Sterbebett Kaiser Wilhelms (1888) 279 fg. Abschiedsbesuch B.s bei ihm (1890) 402. B. wird zur Feier des 90. Geburtstags M.s (26. Okt. 1890) nicht eingeladen, desgl. nicht zu M.s Begräbnis († 25. April 1891) 473 fg. Beileid B.s 438.

Mommsen, Dr., Theodor, Geschichtsforscher und Abgeordneter III, 208. Verwendung B.s für denselben V, 15.

Monrod, Bischof, 1863 dänischer Ministerpräsident III, 42.

Montebello, duc de, 1863 französ. Gesandter in Petersburg II, 378.

Montessuy, Graf, Ende der 50er Jahre französischer Gesandter am Bundestage. B. über ihn II, 96 fg. „Tout le troupeau de la diète" 104.

Morier, Sir Robert, 1888 englischer Botschafter in Petersburg VI, 305 fg., 315.

Mosig v. Aehrenfeld, Abg. IV, 31.

Mosle, Reichstagsabg. für Bremen VI, 38 fg.

Motley, J. Lathrop, amerikanischer Geschichtsforscher und Gesandter. B.s Universitäts- und Lebensfreund I, 32 fg. Bei B. 1858 in Frankfurt II, 173 fg. Briefwechsel B.s mit M. April 1863 395 fg. Mit B. 1864 in Wien III, 120 fg. Brief B.s an ihn vom 29. September 1869 IV, 99 fg. Brief vom 7. Aug. 1869 103 fg., Brief vom 29. September 104, vom 10. Oktober 104 fg Brief B.s an Motley vom 6. Juli 1872 V, 81 fg. M. in Varzin vom 14. bis 21. Juli 1872, zu B.s Silberhochzeit 83 fg.

Motly, 1895 polnischer preuß. Abg. VI, 501.

Moustier, Marquis de, französ. Gesandter in Berlin. Scene zwischen ihm und B. Jan. 1855 in Berlin II, 63. Verdächtigt B. (Februar 1855) 68 fg. Auswärtiger Minister (1867), in der Luxemburgischen Frage (Februar bis April) III, 455 fg. Verlangt das Recht französischer Einmischung bei Auslegung des Art. 5 des Prager Friedens IV, 27. B.s Zurückweisung 27 fg. Über die

Salzburger Zusammenkunft vom 25. August 29 fg. M.s ungeschickte Einladung zu einem europäischen Kongreß (November) an die deutschen Kleinstaaten 51 fg.

Mühlenbeck, Landtagsabg. für Nordhausen V, 195.

v. Mühler, preuß. Kultusminister (März 1862) II, 317. Ende 1870 V, 42 fg. Ende 1871 44 fg. 17. Januar 1872 entlassen 44 fg.

v. Mülbe, 1864 preußischer General im Kriege gegen Dänemark III, 73 fg.

Müller, Senator von Frankfurt, als Friedensunterhändler in Brünn (August 1866) III, 386.

Müller, Adolf und Karl, Naturforscher, Verfasser der „Tiere der Heimat", B. an sie (1882) VI, 238. 265.

v. Münch-Bellinghausen, Darmstädter Gesandter am Bundestage, B. über ihn I, 311, 455, 475.

v. Münchhausen, hannoverscher Minister I, 354.

v. Münchhausen, 1867 Abg. im konstit. Reichstag III, 442 fg.

Münster, Graf, 1869 Reichstagsabg. IV, 158 fg. Antrag auf Einsetzung eines „Oberhauses" (1871) 410 fg. Beim Reichsmünzgesetz (Herbst 1871) V, 34 fg.

Murawjew, Graf, 1897 russischer auswärtiger Minister VII, 80.

Murrell, Schiffskapitän, B.s Dank an ihn (1889) VI, 336.

N.

Nachtigal, Dr., deutscher Afrikaforscher. 1884 deutscher Kommissar in Westafrika VI, 349 fg.

Namszanowski, kathol. Feldprobst der preuß. Armee, 1872 wegen Ungehorsams abgesetzt V, 70 fg.

Napoleon s. Louis Napoleon.

Napoleon, Prinz Jérome, Vetter des Kaisers L. N. In Frankfurt (1856) Gespräch mit B. II, 125 fg. In Berlin (Mai 1857) 140 fg. Spricht am 10. Juli 1866 zum Frieden III, 361.

v. Nathusius-Ludom, 1877 Reichstagsabg. V, 311.

Nell, österr. Rat am Bundestage, von B. geschildert I, 289 fg., 425.

Nesselrode, russischer Staatskanzler, 1850 in Warschau I, 239. Mißtrauisch gegen Österreich 394.

Neubronner, nat.lib. Reichstagsabg. (1869) I, 498.

Neumann, Trine, Köchin in B.s Elternhause I, 26.

Nicolaus I., Zar von Rußland. Seine Einmischung in die schleswig-holsteinische Frage (1850) I, 233 fg. Machtgebot gegen Oesterreich 235. Am 19. Oktober 1850 Zusammenkunft mit Graf Brandenburg in Warschau 239. Mahnt 1852 Oesterreich zum Frieden in der Zollvereinskrisis 396. Betrachtet sich seit 1850 als Schiedsrichter Europas II, 3. Februar 1853 Ultimatum nach Konstantinopel II, 3 fg. Dessen seelischer und körperlicher Zustand im Juni 1854, 34 fg. † 2. März 1855, 74.

v. Niegolewski, 1871 polnischer Führer im Reichstag IV, 405 fg.

Niel, Marschall, 1868 fg. französischer Kriegsminister IV, 191 fg.

Nigra, Ritter, 1865 italienischer

Botschafter in Paris. B. bei ihm (Nov. 1865) III, 215.
Nina, 1878 Kardinal-Staatssekretär V, 317 fg. (1880) VI, 47 fg.
Nitschke, Deichhauptmann in Guhrau VII, 31 fg.
Noack, 1849 Stadtschreiber in Rathenow I, 178.
Nobiling, Dr., Mordversuch auf Kaiser Wilhelm (2. Juni 1878) V, 330 fg.
Nordeck, s. Rabenau.
v. Nostiz, sächs. Gesandter am Bundestage, Urteile B.s über ihn I, 311, 437 fg., 475 fg.
Nostiz, Graf, Rittmeister, als Stenograph bei den Verhandlungen in Donchéry (1. September 1870) IV, 297.

O.

Oechelhäuser, Reichstagsabg. VI, 86 fg.
Oehmichen, sächs. Reichstagsabg. IV, 171. (1871) V, 30 fg.
v. Oertzen, mecklenburgischer Gesandter am Buudestag, von B. gelobt I, 293 fg., 421, 476.
Oetker, Dr., Friedrich, Führer der kurhessischen Liberalen. Geheime Unterredung B.s mit ihm (15. Okt. 1862) II, 359 fg.
Ogilvy in Dundee, Brief B. an ihn über die Kreter VII, 47 fg.
Oldenkop, Geh. Reg.-Rat, einstiger Studiengenosse B.s I, 33. V, 227.
Ollivier, Emile, 1870 französischer Minister am 30. Juni IV, 225. Am 6. Juli 228 fg. Am 12. Juli 239. Belügt am 15. Juli die Kammern 256 fg.
Orlow, Graf, russischer Diplomat. Dezember 1853 nach Wien gesendet II, 16 (Note). Fürst, 1884 russischer Botschafter in Berlin VI, 186.
Oskar, König von Schweden (1872) V, 159 fg. In Berlin (1875) 159.
Osterloh, Dr., 1892 Stadtverordnetenvorsteher in Dresden VI, 446.
Otterstedt, preuß. Leg.-R, und Vertreter in Darmstadt und Frankfurt I, 282.
Oubril, Baron, 1863 russischer Gesandter in Berlin II, 380 fg. Botschafter daselbst (1877) V, 273 fg.

P.

Paasche, Dr., Prof. Reichstagsabg. VII, 56.
Palmerston, Lord, englischer Minister, von B. beurteilt II, 109. In der Neuenburger Frage (1856) 122 fg. Deutschenfeind III, 3. In der dänischen Frage (1864) 17 fg., 91 fg., 98 fg.
Pank, Dr., Leipziger Geh. Kirchenrat VII, 159.
Parrisius, 1849 preuß. Abg. I, 166. In der dänischen Frage (1864) III, 14 fg.
Paschen, deutscher Kommodore VI, 365.
v. Patow, 1858 Finanzminister der „neuen Aera" II, 223 fg. Bedenkliche Erklärung in der Kammer über die Heeresreformvorlage (Mai 1860) 301 fg. Erklärung über den Antrag Hagen (1862) 316. Tritt März 1862 zurück 316 fg. Reichstagsabg. (1871) IV, 429 fg.
Patzke, B.s Leibkutscher VII, 94, 135.

Pelletan, Mitglied der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg.

Penzig, sächs. Landtagsabg., mit B. auf dem Berliner Bahnhof in Leipzig (1863) II, 397 fg.

Pernice, Prof., Abg. III, 61.

v. Perponcher, Graf, preuß. Resident in Wiesbaden I, 469 fg.

v. Perponcher, Graf, deutscher Gesandter in Brüssel (1875) V, 160.

Persano, italienischer Admiral, am 20. Juli 1866 bei Lissa geschlagen III, 375.

Perthes, Prof. in Bonn, am 3. Jan. 1862 an Roon über B. II, 318 fg. Roons Brief an ihn vom 23. Mai 1862, 326. P. über B.s Ernennung zum Minister 344.

Peter, Großherzog von Oldenburg in der dänischen Frage, zugleich als Prätendent auf den Besitz der Elbherzogtümer III, 15 fg., 109 fg., 175 fg. Preußen für ihn 195 fg.

Peter, Prinz von Oldenburg (Enkel des Zaren Paul I.) V, 153.

Peters, Dr., Karl, Afrikaforscher u. Kolonial-Pionier VI, 363 fg.

Petersen, Dr., 1892 Bürgermeister von Hamburg VI, 465.

Pfeil, Graf, deutscher Afrikaforscher und Kolonial-Pionier VI, 363 fg.

v. d. Pfordten, bayrischer Minister. Intriguen in der orientalischen Frage (1853 fg.) II, 8 fg. B. zieht ihn bei seinem Besuch in München Dez. 1855 sehr an 93 fg. In der dänischen Frage: III, 32, 47, 89 fg. Am 1. Oktober 1864 Ministerpräsident 141 fg. In der Frage des Besitzes an Schleswig-Holstein 171 fg. B. am 23. Juli 1865 bei ihm in Salzburg 200 fg. Über B.s Bundesreformprojekt (Mai 1866) 273 fg., 278 fg. In Wien (Juli) 176 fg., 382 fg. Als Friedensunterhändler in Berlin (August) 402 fg. Abschluß 22. Aug. 406 fg., 408. Entlassung (31. Dez. 1866) (IV, 17).

v. Philipsborn, Generalpostdirektor IV, 111 fg.

Pfleiderer, Professor, VI, 506 fg.

v. Pfuel, General, am 21. Sept. 1848 preuß. Ministerpräsident I, 142. Fast ermordet 145. Entlassen 147.

Picard, Mitglied der französischen Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg.

Pietsch, Bauer in Schönhausen I, 85.

Pinnow, Kammerdiener B.s VII, 94, 132, 141.

Pius IX., Papst. Sein „Syllabus" (8. Dezember 1864) IV, 214. Schreiben an König Wilhelm (22. Juli 1870) 279. B. bietet ihm nach der Einnahme Roms (20. September 1870) ein Asyl in Deutschland an (8. Oktober 1870) 343/45. Am 21. Juni 1871 V, 8 fg. Seine Ansprache vom 24. Juni 1872 102 fg. Encyklika vom 5. Febr. 1875 219 fg. † 7. Februar 1878 304.

Plamann, Professor, 1821 bis 1827 B.s Erzieher I, 16.

Planck, Dr., Reichstagsabg. 1870 Antrag bezüglich der Todesstrafe IV, 181 fg., 183.

v. Platen, Graf, hannoverscher Gesandter in Wien I, 369, 383 fg.
v. Platen, hannoverscher Minister. In der dänischen Frage III, 78 fg. Versichert 13. Mai 1866 Hannovers Neutralität im Kriegsfall 296 fg.
v. Plewe, Oberstlieutenant, B.s Vorgesetzter I, 49.
Pochhammer, 1849 B.s Wahlgegner I, 164 fg.
v. Posadowski, Graf, Staatssekretär VII, 111, 113.
v. Poschinger, Heinrich, „Preußen am Bundestage" I, 283 fg., II, 228. „B. und die Parlamentarier" III, 298, 335. „B. als Volkswirt" IV, 87 fg. V, 346 fg. „Neue B.-Briefe" IV, 381 fg. VII, 138, Note.
Pourtalès, Graf, Vertrauter König Friedrich Wilhelms IV.; für die Westmächte in der orientalischen Verwickelung (1853 fg.); Sendung desselben an die Westmächte II, 6 fg,
Pourtalès, Ludwig August, überfällt am 3. September 1856 das Neuenburger Schloß, wird gefangen II, 122 fg.
Pouyer-Quertier, französ. Minister, beim Frankfurter Friedensschluß (Mai 1871) IV, 422 fg. Verhandlung mit Manteuffel (1871) V, 17 fg. Verhandlung mit B. 18 fg., 27.
v. Prankh, bayrischer Kriegsminister bei Ausbruch des Krieges (1870) IV, 266. † 8. Mai 1888, Beileid B.s VI, 306.
Prevost, Professor, Logisgeber B.s (1830) I, 21.
Prim, spanischer General und Minister, regt 1869 die Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern an IV, 203 fg.
v. Prittwitz, März 1848 preußischer General I, 124 fg.
Probst, württembergischer Zollparlamentsabg. (1868) IV, 143 fg.
v. Prokesch-Osten, österr. Gesandter in Berlin (1850) Band I, 243. B.s Urteil über ihn 314, 318, 326. Lügt über B.s Sendung nach Wien (1852) 386. Wird Thuns Nachfolger am Bundestage (1853), B. über ihn 412 bis 422. Seine Handhabung der Bundesgeschäftsordnung und -Kanzleiverwaltung und B.s erfolgreiche Bekämpfung dieser Mißbräuche 423/27. P.s Stellung in der Frankfurter Verfassungsfrage 436 fg. In der Bundesfestungsfrage 439 fg. Seine Einmischung in den südd. Kirchenstreit (1853) 462 fg. Stellung in der Kettenburgischen Angelegenheit 472 fg. Durch B. gezeichnet 473. Enthüllungen über P. 473 fg. In der orientalischen Frage (10. Nov. 1853) Band II, 8, 9 fg., 12 fg., 14. „Zuthunlich und Schwarz-Weiß wie mein Stallkater" (April 1854) 21, 22. Mißlaunig bei Ablehnung des Beitritts des Bundes zum Bündnisvertrage (vom 20. April 1854) 27, 29 fg. B. überführt ihn der Unwahrheit (August) 44. Ungemütliche Stimmung P.s (September) 46 fg. B. nennt P. den „Präsidial-Tartaren" 49. P. verleumdet B. (Februar 1855) 68 fg. B. nennt ihn „Der Armenier" 68. Seine Abberufung (Febr.

1855) 72 fg. Wieder in Frankfurt (Juli) 83 fg. Zweites Ausscheiden 25. Oktober, Internuntius in Konstantinopel 90 fg.

Pruß, Robert, Urteil über B. (1850) I, 246.

Przyluski, 1848 Erzbischof von Posen I, 134.

Pückler, Graf, 1858 preuß. Landwirtschaftsminister II, 222. Tritt März 1862 zurück 316 fg.

v. Puttkamer, seit Mai 1879 preuß. Kultusminister V, 404 fg. VI, 48 fg., 54 fg. Juni 1881 Minister des Innern 56 fg., 90 fg., 110 fg. (1884) 133 fg., 142 fg., (1885) 160 fg. „Seine Rechtschreibung" (1882), B. dagegen 238 fg. Sein Konflikt mit Kaiser Friedrich 307 fg. Am 8. Juni 1888 entlassen 308.

v. Puttkamer (Fraustadt), Reichstagsabg. und Bezirkspräsident im Elsaß (1874) V, 182 fg.

Q.

Quaade, dänischer Gesandter zur Londoner Konferenz (1864) III, 97 fg., 101 fg. Bei den Wiener Friedensverhandlungen 117, 121 fg.

R.

v. Rabe, 1851 preuß. Finanzminister I, 216.

Rabenau, Nordeck zu, 1867 Reichstagsabg. IV, 34 fg. Im Reichstag (1868) 129.

v. Radetzky, österr. Feldmarschall I, 144.

v. Radowitz, Joseph Maria, General, Vertrauter des Königs Fr. Wilh. IV. Denkschrift über die deutsche Frage, (Nov. 1847) I, 122 fg., 156 fg. Der König berät mit ihm die Entscheidung nach der Kaiserwahl (1849) 162 und das Dreikönigsbündnis 179 fg. Lebensgang und Charakter 180 fg. Eröffnet in Berlin die Verhandlungen über das Dreikönigsbündnis (Mai 1849) 182. Legt der Kammer diesen Vertrag vor (25. August 1849) 185. B. über ihn 185 fg. Eröffnet das Erfurter Parlament (1850) 214. Entwickelt die „deutsche" Politik des Königs 215 fg. Präsidiert dem Rat der deutschen Unionsminister in Berlin (Mai 1850) 232. Seine Denkschrift für Festhaltung an der Union (Juli 1850) 235. Gegen die Anerkennung des Bundestages, Ministerpräsident 27. September 1850 238 fg. Gegen die Annahme der Vorschläge des Grafen Brandenburg aus Warschau (Oktober 1850) 240. Fordert und erhält am 2. November 1850 seine Entlassung 241. B. darüber 241. Seine „neuen Gespräche (1851) beurteilt durch B. 298.

v. Radowitz, Sohn des Vorigen, preuß. Diplomat in Paris (1865) III, 211 fg., 214. Gesandter in Griechenland VI, 156 fg.

Radziwill, Prinz, Generaladjutant des Königs Wilhelm I., in Ems 13. Juli 1870, IV, 243 fg.

Randon, August 1866 franz. Kriegsminister IV, 401.

v. Ranke, Dr., Leopold, Professor, Geschichtsforscher, Glückwunsch B.s an ihn (1877) V, 410. Desgl. (1882) VI, 235 fg. Desgl. (31. März

1885) 255. † 23. Mai 1886, Beileid B.s 267 fg.
Rantzau, Kuno, Graf, verlobt sich mit B.s Tochter (22. September 1878) V, 417. Hochzeit (6. Nov. 1878) 420.
Ratazzi, April 1867 italienischer Ministerpräsident als Nachfolger Ricasolis; seine Politik, B. darüber IV, 47 fg. Entlassen Nov. 1867, 50.
Ratibor, Herzog v, sammelt 1885 die „B.-Spende" VI, 257 fg. B. verfügt am 15. Januar 1886 darüber 263 fg.
v. Rauchhaupt, 1872 preuß. Landtagsabg. V, 57. (1886) VI, 167 fg.
Rechberg, Graf, österr. Staatsmann I, 314. Nachfolger von Prokesch am Bundestag (1855) II, 72 fg. B. über ihn 72 fg., 76 fg., 78 fg. Von Frankfurt abberufen 83. Abermals Nachfolger Prokeschs in Frankfurt (Nov. 1855) 96 fg. Gutes Einvernehmen B.s mit ihm 91 fg. In der Rastatter Besatzungsfrage (1857/58) 152 fg. Fädelt die Intrigue „Dannhauer" ein 242 fg. April 1859 als Nachfolger Buols österr. Ministerpräsident 248. Über B. am 30. Mai 1862 gegen den Duc de Gramont 326 fg. Nach dem Frankfurter Fürstentag (1863) 418 fg. In der dänischen Frage (1864): III, 9, 16 fg., 32 fg., 44, 55 fg., 81 fg., 88 fg., 95 fg., 98 fg., 113 fg., 116 fg., 128 fg. Handelspolitische Verhandlungen mit Preußen (Aug. 1864) 131 fg. R. wankt im Amte, B. sucht ihn zu erhalten 132 fg. Ihr früheres Verhältnis am Bundestage 133 fg. Ihr vertraulicher Briefwechsel (September und Oktober 1864) 134 fg., 138 fg. R. am 27. Oktober 1864 gestürzt 148.
v. Redwitz, Oskar, „Das Lied vom neuen Deutschen Reich" IV, 441 fg.
Régnier, im September 1870 Gesandter der Kaiserin Eugenie an B. IV, 324 fg.
Reichardt, Dr., Erwin, Redakteur der „Dresdener Nachrichten" VI, 387 fg.
Reichensperger, Dr., August, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 214. Reichstagsabg. (1871) V, 11 fg. (1872) 69. (4. Dez. 1874) 213 fg. (16. März 1875) 219 fg.
Reichensperger, Dr., Peter, 1866 preuß. Abg. III, 251 fg. Februar 1868 gegen den hannoverschen Provinzialfonds IV, 71 fg. Im Landtag (1872) V, 49 fg. Im Reichstag (1873) 117 fg., 124 fg.
Reille, französischer General, in der Schlacht von Sedan IV, 296. Zur Verhandlung in Donchéry 1. Sept. nachts 297 fg. Am 2. Sept. früh bei B. 299 fg.
v. Reinhard, württembergischer Gesandter am Bundestage, B. über ihn I, 311, 321, 446, 475. Er und B. 1858 II, 155.
Reinsdorf, Mordbube VI, 245.
Renard, Graf, 1849 preuß. Abg. I, 205.
v. Rentzell, Major VII, 88.
Reuter, Dr., Fritz, September 1866 an B. III, 425.
Reuß, Prinz, 1865 preuß. Gesandter in München III, 206. Verhandlung mit v. d. Pfordten 8. März 1866 über B.s Bundesreform 273 fg.

Zweifelt an Bayerns Freundschaft 281 fg. Am 7. Juli 1866 nach Paris gesendet 358 fg. Deutscher Botschafter in Wien (1879) V, 319 fg. (1880) VI, 47 fg. (1892) 47 fg. Caprivis „Uriasbrief" an ihn (9. Juni 1892) 454 fg.

v. Reventlow, Friedrich, Graf, 1848 Mitgl. der provis. Regierung für Schleswig-Holstein I, 132. Seine Annexionsadresse, Juni 1866 III, 257.

Revertera, Baron, 1864 österr. Civilkommissar in Holstein III, 80.

v. Reyher, General, 1848 preußischer Märzkriegsminister I, 129 fg.

Reyscher, württembergischer Reichstagsabg. (1871) IV, 408 fg.

Rhodes, Cecil, finanzieller Beherrscher der engl. Kapkolonie (1895/96) VII, 25.

Ricasoli, Baron, ital. Patriot und Staatsmann (Nachfolger Cavours) II, 234 (auch Note). Juni 1866 Ministerpräsident III, 341 fg, 410 fg. Fordert April 1867 seine Entlassung IV, 49 fg.

Richter, Eugen, 1873 im Reichstag V, 115 fg. Gegen das Reichsbankgesetz (1874) 206 fg. Nach Delbrücks Rücktritt (1876) 254 fg. Schwärmt 1876 für die „Freiheit" der Türkei 258 fg. (1877) 352 fg. (1879) 386 fg. (1880) VI, 22 fg. (1881) 31 fg., 34 fg., 70 fg. (1882) 91 fg. (1881) 121 fg. (1882) 134. (1884) 137 fg., 142 fg. (1886) 190 ff. (1887) 211 fg., 215 fg., 242 fg. Während der Regierung des Kaisers Friedrich (1888) 294 fg., 301 fg., 305 fg. Über das „Tagebuch Kaiser Friedrichs" 312 fg. Gegen die Ehrung B.s (März 1895) 502. (1896) VII, 31, 56.

v. Richthofen, preuß. Gesandter in Hamburg III, 175 fg., 218.

v. Richthofen, Ferdinand, Geograph VII, 117.

Rickert, Heinrich, Abgeordneter VI, 16. (1880) 23 fg., 44. Sezessionist 44. (1880) 137 fg., 149 fg. (1895) 501. (1896) VII, 56.

Riedel, preuß. Geh. Archivrath und Abg. I, 246.

Riesser, Gabriel, Mitgl. des Erfurter Parlaments I, 213.

Rimpler, 1848 Major der Berliner Bürgerwehr I, 143.

Rintelen, Reichstagsabg. VI, 359 fg.

Rittberg, Graf, Mitglied des preuß. Herrenhauses III, 428.

v. Rochau, Ludw., Historiker, Zeitungsberichterstatter vom Erfurter Parlament I, 223 fg.

v. Rochow, preuß. Hofmarschall I, 102 fg.

v. Rochow, General und preußischer Gesandter in Petersburg. B.s Vorgänger als Gesandter am Bundestage 281 fg. B.s dienstliches Verhältnis zu ihm 282 fg. R. über B. gegen den Prinzen von Preußen (3. Juli 1851) 303. Bericht an Manteuffel über B. (5. Juli) 303 fg. Verläßt 6. Sept. 1851 Frankfurt 305 fg.

Rodbertus, preuß. Abg. I, 145, 173. Für die „neue Ära" II. 225 fg.

v. Röder, General, preuß. Gesandter in Kassel, über die Stimmung daselbst (5. Mai 1866) III, 295. Preuß. Gesandter in Bern (1870); B. ge-

währleistet die Neutralität der Schweiz IV, 267. B. gewährt allen Offizieren der Welfenlegion Pensionen 268/71.

Roediger, Georg, Kaufmann aus Leipzig, 1892 in Barzin VI, 472 fg.

Roemer, 1848/49 württembergischer liberaler Minister I, 179.

v. Rönne, Professor, 1863 Abg. II, 386.

v. Roggenbach, Franz, 1861 bad. Minister. Mit dem Großherzog bei König Wilhelm in Ostende II, 312 fg. Nimmt nach dem Vertrag von Gastein (1865) seine Entlassung III, 209. Während der Regierung Kaiser Friedrichs VI, 305 fg.

Rohlfs, Dr., Gerhard, Afrikaforscher. B. an ihn (am 9. August 1867) IV, 10 fg. Deutscher Generalkonsul in Sansibar VI, 364 fg.

v. Roman, André, Prediger in Berlin I, 78.

v. Roon, Albrecht, Generalfeldmarschall, Jugendbekannter B.s Band I, 20, 29 (Note). R. über den 22. März 1848 in Berlin 127. Mit B. Oktober 1859 in Breslau beim Prinzregenten und Zaren Band II, 276 fg. Am 5. Dezember 1859 Kriegsminister 278 fg. Seine Denkschrift vom Juli 1858 über die preußische Heeresreform 292 fg. Im Kampf für dieselbe im Abg.-Hause 1860, empfiehlt B. zum Minister 303 fg. Beruft B. am 28. Juni 1861 nach Berlin 307. R.s Telegramm an B. vom 15. Sept. 1862 „die Birne ist reif" 338. B. bei ihm am 20. Sept. und Roon beim König 341 fg. Konflikt mit Bockum-Dolffs (27. Mai 1863) 393 fg. In der dänischen Frage (1864) Band III, 8 fg., 71 fg., 108 fg. Mit B. in Gastein (1864) 126, 157. B. an R. aus Biarritz (Oktober 1864) 142 fg. Über den Kriegsfall mit Österreich (Juli 1865) 198 fg. Gleicht die Zerwürfnisse zwischen B. und Manteuffel (1865) aus 219 fg. B.s feste Stütze 232 fg. Über B.s Befinden (26. März 1866) 284. Seine Feldzugstaktik (1866) 337 fg. Dotation für R. (1866) 429 fg. Amtsmüde, Oktober 1867, B. darüber an ihn Band IV, 11 fg. Februar 1868 R. über das Zerwürfnis der Konservativen mit B. 81 fg. „v. Aron" 85 fg. B. an R. am 27. und 29. August 1869 über den bundesrechtlichen Charakter der Flotte 106 fg. B. an R. am 31. August über eine Intrigue, „die Postbombe" 169 fg. Am 13. Juli 1870 mit Moltke bei B., B. „redigiert" die „Emser Depesche" 246 bis 254. Nach R.s Ansicht verzögert Moltke das Bombardement von Paris Oktober bis Dezember 338 fg. R.s Mißvergnügen über B.s „liberale" Politik 354 fg. An B. (am 5. Juli 1871) Band V, 14 fg. Hält zu B. in der Frage der Kreisordnung 94 fg. Entlassungsgesuch (8. Dezember 1872) 96 fg. B. an ihn am 13. Dezember 97 fg. R. Ministerpräsident (1872/73) 98 fg. Im Landtag (1873) 20 fg. B.s Denkschrift an R. vom 1. März über Eisenbahnpolitik 122 fg. Bittet, mit Rücksicht auf seine Gesundheit, Oktober 1873 um seine Ent-

laffung 167. Erhält sie (am 9. November 1873 168. B. an den Freund am 26. Nov. 168 fg. A. warnt die Konservativen vor Kabalen gegen B. 190 fg. Bedauert Arnim 194. Am 2. Nov. 1874 zu Besuch bei B. 205 fg. Gegen die „Kreuzzeitungsdeklaranten" (1876) 251 fg. An B. nach den Attentaten auf den Kaiser (1878) 331 fg, 334 fg. † am 23. Februar 1879 422 fg.

v. Roon, Frau, Gattin des Vorigen, ihr Gespräch mit B. (am 22. Mai 1862) II, 325.

Rosebery, Lord (1885) VI, 265. (1897) VII, 74, 153.

Roth, Oberst, 1880 schweizerischer Gesandter in Berlin VI, 224.

v. Rothschild, Frankfurter Bankier, bei der Flottenanleihe (1851) I, 336 fg., 344 fg. Preußische Auszeichnungen an denselben auf B.s Antrag 505 fg. Will bei Ausbruch des Krimkrieges (1853) ein „Geschäftchen" mit B. machen II, 12. Verweigert 1865 die österreichische Anleihe III, 222 fg.

v. Rotteck, Karl, badischer Liberaler I, 88.

v. Rottenburg, Oberregierungsrat (1884) VI, 153 fg. Mit B. 1889 in Varzin 337 fg.

Rouher, französischer Staatsminister. B. Oktober 1865 bei ihm in Paris III, 211 fg. Im Ministerrat vom 5. Juli 1866 353 fg. B. Juni 1867 bei ihm in Paris IV, 6. Verkündet am 5. Dezember 1867: „Italien wird niemals von Rom Besitz ergreifen, niemals!" 51.

v. Rudhart, 1850 bayerischer Vertreter im Bundesrat VI, 21 fg.

Rüdt, 1851 badischer Minister des Auswärtigen I, 293, 466.

Rüstow, Wilhelm, 1870 schweizerischer Oberst IV, 267.

Rudolf, Kronprinz von Österreich, 1877 bei B. V, 414.

Ruge, Dr., Arnold, erhält einen Ehrensold von B. V, 414.

Russel, Lord John, 1855 englischer Minister, in Wien II, 75. Belehrung an B. (1863) 416 fg. In der dänischen Frage III, 15. Auf der Londoner Konferenz (1864) 97 fg., 100 fg., 127 fg. Entrüstet über den Vertrag von Gastein 237.

Russel, Lord Odo, englischer Botschafter in Berlin (1871) V, 36. (1875) 241 fg.

S.

Sainclair, Diakonus an der Paulskirche in London VII, 155.

v. Saldern, 1886 deutscher Vertreter in Sofia VI, 270.

Salisbury, Lord, englischer Staatsmann (1877) V, 272. Leitender englischer Minister (März 1878) 281 fg. (1890) 411. VII, 153.

Salmond, Charles, englischer Student, seine Preisschrift zur Verteidigung der Kirchenpolitik B.s V, 262.

Sargent, 1884 amerikanischer Gesandter in Berlin VI, 136 fg.

v. Saucken-Tarputschen, 1847 Mitglied des vereinigten preuß. Landtags I, 110, 114 fg.

v. Saurma, 1879 deutscher Generalkonsul in Kairo VI, 195 fg.

v. Savigny, preußischer Minister I, 102 fg.
v. Savigny, preußischer Gesandter in Karlsruhe, B.s Verwendung für ihn I, 292 fg., 462, 468. Preuß. Gesandter am Bunde (1863 fg.) In der dänischen Frage III, 58 fg. In der Frage des Besitzes an Schleswig-Holstein 155 fg., 172 fg. Legt dem Bunde am 9. April 1866 B.s Bundesreformprojekt vor 279 fg. Nach Berlin beschieden 282 fg. In der Bundestagssitzung vom 9. Mai 311 fg. In der Sitzung v. 9. Juni 317 fg. B.s Weisung an S. für die Sitzung vom 14. Juni 325 fg. S.s Erklärung in der Sitzung vom 14. Juni 330. Verhandelt den Frieden mit Sachsen in Berlin 427. Hofft 1867 Bundeskanzler zu werden 448. Führer der katholischen Partei im Reichstag von 1871, deren Politik III, 401. B. feindlich gesinnt V, 6 fg.
v. Savigny, Frau, Gattin des Vorigen, erläßt mit Frau Gräfin B. 29. Juni 1866 einen Wohlthätigkeitsaufruf III, 345.
Say, Léon, französischer Staatsmann (1881) VI, 178 fg.
Schaeffer, 1853 hessischer Kriegsminister I, 451 fg.
v. Scharnhorst, General I, 88 fg. Seine Gedanken bei Gründung der Landwehr II, 294 fg.
v. Schauß, bayrischer Reichstagsabg., aus der nat.lib. Partei ausgetreten VI, 42 fg.
v. Scheele, 1873/74 Präsident des Reichseisenbahnamts V, 125.
v. Scheel-Plessen, Karl, preußischer Vertreter bei der Verhandlung des Wiener Friedens mit Dänemark (1864) III, 129. Dezember 1864 für die preußische Annexion der Herzogtümer 169 fg., 175 fg., 218. Am 10. Juni 1866 preußischer Oberpräsident in Schleswig-Holstein 323 fg.
v. Schele, Gesandter Hannovers beim Bundestag, von B. gelobt I, 293 fg. In der Flottenfrage 338 fg., 340. Wird Nov. 1851 Minister 355. B.s Erklärung an denselben (Nov. 1851) 357 fg. B. im März 1852 bei S. in Hannover 363. S. bei dem „Wanken Hannovers in der Treue" (1852) 383 fg. Mit B. in Blankenburg (1. Nov. 1852) 395 fg. Mit B. in Bremen (1853) 511.
v. Schenk, B.s Jugendfreund I, 28.
Scherenberg, Ernst, Dichter VI, 443.
v. Scherff, Gesandter Luxemburgs in Frankfurt, von B. gelobt I, 476.
Schilling, Johannes, Prof., Bildhauer aus Dresden, bei B. 1883 in Kissingen VI, 245.
Schimmelmann, Graf, in Ahrensburg (Holstein). B. Dez. 1868 sein Jagdgast IV, 94.
Schimmelpfeng, kurfürstlich hessischer Kabinettsrat, schreibt an B. (22 Sept. 1868) IV, 152 fg.
Schleiermacher segnet B. am 31. März 1831 ein I, 21.
v. Schleinitz, Frhr., 1850 preuß. Minister des Auswärtigen I, 235. Minister der „neuen Aera" (1858) II, 222. B. ist ihm am Bunde zu ungestüm gegen Oesterreich 229 fg.

In der französisch-italienisch-österreichischen Verwickelung (1859) 239 fg. B.s Schreiben an ihn vom 12. Mai 1859, 249 fg. Zaghaft in der kurhessischen Frage 270 fg. Furchtsame Haltung in der italienischen Frage (1860) 300 fg. Sendet B. im Juli 1861 zum König Wilhelm nach Baden-Baden 309 fg. Entlassen (Oktober 1861) 312 fg. Von den „augustinischen Kreisen" (1877) an Stelle B.s als Reichskanzler ausersehen V, 357 fg.

v. Schlözer, Kurt, preußischer Diplomat. B. zu ihm am 25. Juni 1870 IV, 230. Deutscher Gesandter in Washington V, 233 fg. Von B. 1882 nach Rom gesandt, dann Gesandter beim päpstlichen Stuhl VI, 56 fg. (1883) 59 fg. (1885) in Varzin 266. (1887) in Varzin 273. Alljährlich bei B. 337 fg.

Schlutow, 1879 Reichstagsabgeordneter 399 fg. (1881) VI, 116 fg.

Schmeling, Lotte, Pflegerin B.s in Kindheitstagen I, 12.

v. Schmerling, österreichischer Militärbevollmächtigter in Frankfurt (1853) I, 441.

v. Schmerling, 1864 Minister und Leiter des österr. Preßbureaus. In der dänischen Frage III, 106 fg. Arbeitet auf Rechbergs Sturz 132 fg, 147 fg. „Das System Schm." und seine Folgen 201 fg. Am 27. Juli 1865 ungnädig entlassen 201. Nimmt 1874 Partei für Arnim gegen B. V, 194 fg.

Schmidt, deutscher Hauptmann, von den Karlisten in Spanien erschossen V, 161 fg.

Schmidt-Elberfeld. Nach dem 23. März 1895 zum Vizepräsidenten des Reichstags erwählt VI, 502 fg. Flüchtet vor B.s Geburtstag an den Comer See 509.

Schmoller, Dr., Professor VII, 147.

Schnäbele, französischer Grenzaufseher. April 1887 gefangen und freigelassen VI, 214 fg.

Schneegans, elsässischer Reichstagsabg. V, 307 fg.

v. Schön, preuß. Präsident I, 88.

Schönfeld, österr. Oberst und Vertreter beim Wiener Frieden mit Dänemark (1864) III, 128.

v. Scholz, 1880 Unterstaatssekretär VI, 23 fg. 395 fg.

v. Schorlemer-Alst, Landtagsabg. (1874) V, 175 fg.

Schorn, Mitgl. des Frankf. Parlaments VII, 102 fg.

Schrader, Mitgl. des Frankf. Parlaments VII, 102 fg.

Schraps, sozialdemokr. Abg. im konstit. Reichstag III, 447 fg. (1871) 401.

v. Schrenck, bayrischer Gesandter am Bundestag I, 311 fg. Urteil B.s über ihn 475 fg. Ebenso II, 9. B. verständigt sich mit ihm Februar 1856 in der Kongreßfrage 103. Bayrischer Minister (1863): In der dänischen Frage III, 43, 75, 89 fg. B. bei S. August 1864 in München 131. Entlassen (1. Oktober 1864) 141. Bundestagsgesandter 1866 und über B.s Bundesreformprojekt 283 fg.

Schube, Dr., Th, Fabrikbesitzer in Breslau gründet 1874 eine „B.-Stiftung" V, 190.

Schuckmann, 1821 preuß. Minister I, 26.
Schultze, Mitglied des Frankf. Parlaments VII, 102 fg.
Schulze-Delitzsch, preußischer Abg., beantragt 1848 Steuerverweigerung I, 149. Für die „neue Aera" (1858) II, 225 fg. Leitet am 17. Juli 1859 die Versammlung der Liberalen in Eisenach 264. Im Herbst 1860 wieder ins Abg.-Haus gewählt 304. Januar 1863 bei der Adreßdebatte 372 fg. In der dänischen Frage (1864) III, 62 fg., 64 fg. September 1866 Diätenantrag 423. Dezember 1867 gegen den Accessionsvertrag mit Waldeck IV, 61 fg. Februar 1868 gegen den Abfindungsvertrag mit Hannover 66 fg. Im Reichstag (1868) 128 (Note). Diätenantrag 1871, B. darüber 409 fg.
Schuwaloff, Graf VII, 153.
Schwartz, sozialdemokr. Abg und Schwätzer aus Lübeck (1896) VII, 45.
v. Schwarze, Dr., sächsischer Generalstaatsanwalt und Reichstagsabg. V, 239 fg. (1878) 335 fg. Beim Wuchergesetz (1880) VI, 18 fg.
Schwarzenberg, Fürst Felix, österr. Minister der „rettenden That" (1848) I, 144 fg. Entwirft die Grundlagen der neuen Politik Oesterreichs 159 fg. Seine Politik gegen die preußischen Unionsbestrebungen 251 fg. Entgegenkommen gegen Preußen (im Juli 1850) 242 fg. Reise nach Olmütz (Nov. 1850) und Olmützer Punktation (29. November) 243 fg. Seine Politik auf Beseitigung der preußischen Großmachtstellung von 1851 an 278 fg. Schilderung der Schw.'schen Politik durch B. 297 fg. Mißtrauen B.'s gegen Schw. 334 fg. B. über die Politik Sch.s am 22. Dez. 1851 341 fg. Sch.s Politik in der deutschen Zollvereinskrisis (1852) Beruft eine Konferenz der deutschen Zollvereinsstaaten nach Wien 356 fg. Stirbt am 6. April 1852 plötzlich 363 fg. B.s Urteil über ihn 363 fg.
v. Schweinitz, General, deutscher Botschafter in Petersburg, 1887 bei B. in Friedrichsruh VI, 275.
v. Schweinitz, Generaladjutant VII, 93 fg.
v. Schweinsberg, vormaliger kurhessischer Minister, Mitgl. des Erfurter Parlaments I, 213.
v. Schweitzer, sozialdemokr. Reichstagsabg. (1869) IV, 168 (Note). V, 324 fg.
Schweninger, Dr., Professor. Seine Kur an B. 1883 fg. VI, 243 fg. Kultusminister v. Goßler 1885 über seine Verdienste 243 fg., 246 fg. B. über ihn 419, 450. Sch. 1893 in Kissingen 481 fg. 483 fg. Mit B. Januar 1894 auf der „Versöhnungs-"Reise nach Berlin 484 fg. Wird 1895 „Geheimer Medizinal-Rat" 506. VII, 71, 94 fg., 103, 126 fg., 129 fg., 132 fg., 138, 162 (Note), 171 fg.
Schwerin-Putzar, Graf, 1847 Mitglied des Vereinigten preuß. Landtags I, 107 fg. Märzminister (1848) 125 fg. Mitglied des Erfurter Parlaments 213. Präsident des Abg.-Hauses (1852) 495. Für die „neue Aera" (1858) II, 225 fg.

Abgeordneter 226. An Stelle Flottwells 1859 Minister des Innern 264 fg. Tritt März 1862 zurück 316 fg. In der dänischen Frage III, 66 fg. Im Reichstage 1867 über das Kriegsdienstgesetz IV, 41 fg. Zum norddeutschen Wahlgesetz (1868) 156 fg.

Schwetschke, Dr., Gustav, Verfasser der „Bismarckias" I, 10, 27. V, 233, 415 fg., 428. † 1881, B.s Beileid an dessen Hinterlassene VI, 232.

v. Seebach, 1885 gothaischer Min. VI, 253.

v. Seherr-Thoß, ungarischer Flüchtling in Paris. Unterredung B.s mit ihm (am 2. Nov. 1862) II, 357. Nach Berlin (2. Januar 1869) IV, 201.

v. Senfft-Pilsach, Frh., preuß. Abg. und konservativer Führer I, 79, 202. B. geht ihm 1866 zu weit links III, 435. Gegner B.s im preuß. Herrenhause (1872) V, 62 fg. Briefwechsel mit B. (1873) 113 fg.

Sepp, Dr., Professor in München, B. am 27. März 1871 an ihn IV, 402 fg.

Serrano, Marschall, 1874 spanischer Regent V, 161 fg.

v. Seydewitz, Mai 1879 Präsident des Reichstags V, 396 fg.

Seyffardt, 1895 Reichstagsabg. für Krefeld V, 207 fg.

Shaftesbury, Lord, 1864 englischer Minister III, 91 fg.

Sheridan, nordamerikanischer General und Gesandter. Bei B. in der Nacht vom 18. August 1870, IV, 288. Von B. am 9. Oktober nach Paris gesandt 331 fg.

Siebenhaar, Professor, B.s Lehrer I, 23.

Sieber, 1851 Bürgermeister von Frankfurt I, 292.

Siemens, Dr., IV, 144.

Sigl, Dr., „Vaterland" VII, 144.

Silaff, Feldwebel (1898) VII, 93.

Simon, Eduard, amerikanischer Korrespondent, 1890 in Friedrichsruh VI, 408.

Simon, Heinrich, Jurist, Schriftsteller I, 105. Mitglied des Frankfurter Parlaments 162.

Simon, Jules, Mitglied der französ. Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg.

Simonis, 1874 elsäss. Reichstagsabg. V, 207 fg.

Simons, 1849 preuß. Justizminister I, 205 fg., (1855) II, 222.

Simson, Eduard, (später geadelt), Präsident des Frankfurter Parlaments und Führer der Kaiserdeputation (1849) I, 163 fg. Mitglied und Präsident des Erfurter Parlaments 213 fg. Urteil B.s über ihn 214. Rede S.s bei seiner Erwählung zum Präsidenten in Erfurt 207 (Note). In der Sitzung vom 17. April 1850, 220. Scene mit B. 223 fg. Sein Antrag vom 24. Februar 1851 in der preuß. 2. Kammer 254 fg. Wieder Abg. (1858) II, 226. Hält 1862 an der Forderung der 2jähr. Dienstzeit fest 345. In der dänischen Frage 1863/64) 389. Präsident des konstit. Reichstags (1867), Schlußrede III, 459.

Als Präsident des Reichstags (Herbst 1867) auf der Hohenzollernburg, 3. Oktober IV, 35. Präsident des Zollparlaments (1868) 138 fg., 144 fg. Präsident des Reichstags 1870, am 19. Juli 263 fg. Schlußwort 265. Am 18. Dezember Empfang S.s und der Adreßdeputation des Reichstags in Versailles 350. Präsident des Reichstags 1873 V, 137. Präsident des deutschen Reichsgerichts 1. Oktober 1879 311 fg. VII, 102 fg.

Sinclair, Sir T., englisches Parlamentsmitglied, B. an ihn (am 7. Juli 1871) IV. 391.

Singer, 1892 Oberbürgermeister von Jena VI, 462 fg.

Singer, sozialdemokr. Abg. (1895) VI, 502.

Skobelew, russischer deutschfeindlicher General (1882) VI, 179. † (7. Juli 1882) 179.

Smidt, Bundestagsgesandter für Bremen, B.s Urteil über ihn I, 294.

Sobolew, 1883 russischer General VI, 184 fg.

Solms-Laubach, Graf, 1815 preuß. Oberpräsident I, 88.

Solms, Graf, deutscher Botschafter in Rom (1888) VI, 278.

Solms, Prinz, österreichischer Unterhändler in Hannover 1866. Reizt durch Lügen zum Krieg gegen Preußen III, 309 fg.

Sonnemann, Leopold, Abg. V, 339 fg.

Sophie, österreichische Erzherzogin, Schwester der Königin Elisabeth von Preußen I, 367. Empfängt B. zur Audienz 373.

Le Sourd, französ. Geschäftsträger in Berlin (1870) IV, 227 fg. Ueberreicht am 19. Juli B. die Kriegserklärung Frankreichs 263.

Sperling, Bürgermeister von Königsberg, Abg. 1847 im Vereinigten preuß. Landtag I, 110 fg., 116.

Splittgerber, W., Chefred. der „Magdeb. Ztg." VII, 147 fg.

v. Stablewski, polnischer Erzbischof von Posen VII, 49.

Staelin, Hamburger Kaufmann (1896) VII, 34.

Stahl, konservativer Führer im Erfurter Parlament I, 50, 212. Einzeichnung B.s in sein Stammbuch 224 fg.

Staudener, Wilhelmine, Schenkerin, VII, 99.

v. Stauffenberg, im Reichstag (von 1871) IV, 426 fg. (1878) V, 309 fg., 364 fg. Legt Mai 1879 das Präsidium im Reichstag nieder 396 fg. (1880) VI, 43 fg. Secessionist 44. (1882) 153 fg. (1884) 147 fg. (1887) 205 fg.

v. Stavenhagen, Generalmajor a. D., Abg. II, 299 fg. Antrag August 1862, 340 fg. In der dänischen Frage III, 28, 37 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 396. Sein Adreßentwurf August 1866 angenommen 416. Gegen den hannoverschen Provinzialfonds (Febr. 1868) IV, 71 fg.

Steinmann, 1864 dänischer General III, 114 fg.

v. Steinmetz, preuß. General 1866, Dotation für ihn III, 429 fg. Sein Eigensinn 1870, IV, 213 (Note), 284 fg.

Steinwender, österreichischer Abg. VII, 100.
v. Stengel, badischer Minister I, 469.
v. Stephan, Dr., Generalpostmeister, † 8. April 1897, Beileid B.s VII, 66.
Stephani, Dr., Ed., Vizebürgermeister von Leipzig III, 280. Abg. IV, 31 fg. Im Reichstag (1868) 129. Sein Antrag bezüglich der Todesstrafe (1870) 181 fg., 183. Bei B. (1871) 439. (1878) V, 365 fg. (1879) 385 fg.
Stieber, Polizeirat und Leiter der Berliner politischen Polizei VII, 78.
Stieve, Professor in München VII, 100.
Stickel, Professor und Geheimer Rat in Jena (1892), Nestor der Universität VI, 461 fg.
v. Stiehle, Oberst, Vertreter Preußens beim Wiener Frieden (1864) III, 128 fg.
v. Stitencron, Frhr., Unterhändler Lippes in Frankfurt I, 434.
v. Stockhausen, 1850 preuß. Min. I, 235, 239.
Stöcker, Hofprediger, Umtriebe (1887) VI, 321 fg. Umtriebe (1888) 323 fg. Entlassen (1889) 325. Sein „Scheiterhaufenbrief" (1888) an v. Hammerstein VII, 21 fg., 113 fg.
Stöhr, Oberpfarrer von Lippehne I, 48.
v. Stoffel, Baron, französ. Militärbevollmächtigter in Berlin. Seine Berichte IV, 191 (auch Note) fg. B.s Freundlichkeit für ihn (1869) 213 fg.
Stolberg, Graf, Vater, Urteil über B. (1851) I, 327 fg.
Stolberg, Graf, Präsident des Herrenhauses, Begrüßungsrede an B. 22. Dezember 1866, III, 428. Oberpräsident in Hannover (1868) IV, 69 fg.
Stolberg, Graf, Udo (Otto), 1875 Mitglied des Herrenhauses V, 223 fg., 312 fg. Eisenbahnminister (1878) 375 fg.
Stolle, sozialdemokratischer Grobian (1884) VI, 250.
v. Stosch, Chef der Admiralität, fordert 1877 seine Entlassung VI, 356 fg. Vom Kaiser abgelehnt 356 fg.
v. Stourdza, rumänischer Minister VII, 153.
Strauß, Vertreter der 15. Kurie (Bernburg, Schwarzburg, Lippe, Waldeck, Reuß) am Bundestag I, 472.
v. Stroffer, 1872 preuß. Landtagsabg. V, 51 fg.
Struck, Dr., Sanitätsrat in Berlin, behandelt B. (12. Oktober 1866) III, 427 fg. April 1870 in Varzin, weil B. an Gelbsucht erkrankt IV, 123 fg. Am 10. November 1872 in Varzin V, 92. Behandelt B. März 1874 in Berlin 185 fg. April 1878 in Friedrichsruh, B. an Gürtelrose erkrankt 416. Dezember 1879 zur Behandlung B.s in Varzin 427 fg.
Struve, Reichstagsabg. VI, 120 fg.
Stübel, deutscher Generalkonsul in Apia (1884) VI, 362 fg.
Stübel, Dr., Oberbürgermeister von Dresden (1892) VI, 446.
v. Stumm, Frhr., Reichstagsabg. VII, 8.

Swierkowski, Schuhmachermeister in Gostyn, Bescheid B.s an ihn (1872) V, 68 fg.

v. Sybel, Heinrich, Geschichtsforscher und Abg. Für die Armeereform (1860 fg.) II, 300 fg. Vermittlungsantrag desselben (August 1862) 340 fg. Bei der Adreßdebatte (Jan. 1863) 368 fg., 473. In der polnischen Frage (1863) 385 fg. Im preuß. Landtag (1875) V, 217 fg., 227 fg. B. gratuliert ihm 1888 zur „Exzellenz" 306. † 1. August 1895, Beileid B.s VII, 8.

v. Sydow, 1856 preuß. Gesandter in Bern II, 126. Preuß. Gesandter am Bundestage (1862) 363, 365 fg., 405 fg. In der dänischen Frage III, 20, 46, 47, 72, 77.

Széchényi, 1885 österreichischer Botschafter in Berlin VI, 266. (Gestorben März 1898) VII, 88.

Szumann, Dr., Polenführer, Zumutungen an B. IV, 390.

T.

Tallenay, 1853 Gesandter Frankreichs am Bundestage I, 414 fg. Nach Verkündung des Kaiserreichs 480 fg. Bestürzt über Drouyn de l'Huys' Entlassung II, 77 fg. Abberufen (Ende 1855) 96.

Talleyrand, Fürst, französ. Diplomat I, 15.

Talleyrand, 1863 französischer Gesandter in Berlin, in der polnischen Frage II, 380, 390. In der dänischen Frage III, 24.

Tauffkirchen, Graf, Gesandter Bayerns (1867) im Auftrage Hohenlohes nach Berlin und Wien IV, 20 fg. Gesandter in Rom (1871) V, 5 fg.

v. Tausch, Polizeikommissar, dessen Prozeß VII, 74 fg.

Tegethoff, österr. Admiral im dänischen Krieg III, 98 fg. Schlägt die Italiener (1866) bei Lissa 375.

Tellkampf, Professor, preuß. Abg. (1849) I, 193. Mitgl. des Herrenhauses III, 52 fg.

Temme, 1849 preuß. Abg. I, 166 fg.

v. Tessendorf, Staatsanwalt in Berlin V, 248 fg. (Später Oberreichsanwalt.)

Tewfik (Mohamed) Pascha, 1879 fg. Chedive von Ägypten VI, 196 fg.

v. Thadden-Trigla ff, Fräulein, Braut Moritz v. Blanckenburgs I, 61.

v. Thadden-Trigla ff, Gerhard, Bruder der Vorigen, B.s Jugendfreund, in Frankfurt bei B. II, 173. Mit B. 1864 in Gastein III, 126. Juli 1872 in Varzin V, 83. Gehört mit zu den „Kreuzzeitungsdeklaranten" gegen B. (26. Februar 1876) „mit tiefstem Schmerz" 250 fg.

Thibaut, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.

v. Thielmann, 1886 deutscher Vertreter in Sofia VI, 189 fg. Staatssekretär VII, 61.

Thiers, Adolphe, französ. Staatsmann und Abg. (1865) III, 221. Seine Rundreise durch Europa (September und Oktober 1870) IV, 312 fg. In England 312. B. darüber am 16. September 312 fg. Th. in Wien 328. In Petersburg 328. Wieder in Wien 329. Verhandlungen mit B. 30. Okt. fg. 335 fg.

Gesandter in Lissabon 257. Über die Berufung der Frankf. Bundestag zum 1. Februar 1871 262. Am 17. Februar zum Schutz der volksthümlichen Rechte gewählt 264. Ist gegen die päpstliche Allg. Beilage zur 17. Februar 264. Am 21. Februar in Berlin. Bs Bericht über die Friedensverhandlungen 265 fg. Abschied am 26. Februar 267. Präsident der französischen Republik. von B. geehrt V, 3, 46 fg. B. über Th. gegen die Umtriebe des Grafen Arnim 127 fg. Th. am 24. Mai 1873 gestürzt 139 fg.

v. Thile, 1867 Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin IV, 16 fg. Seine Erklärung an Le Sourd (am 4. Juli 1870) 227.

Thomsen, einziger fortschrittl. Reichstagsabg. für die Altersversicherung der Arbeiter (1889) VI, 104.

Thouvenel, 1862 französ. Minister II, 367. Gestürzt (1862) 379.

v. Thungen, 1868 Zollparlamentsabg. IV, 137. Führer der Landwirte (1876), Anhänger Bs V, 258 fg. Bs Schreiben an ihn vom 16 April 1879 390 fg.

Thun, Leo, Graf, österr. Präsidialgesandter an dem „reaktivierten" Bundestage Band I, 233. Von B. geschildert 289, 292 fg. Bs Waffengänge am Bundestag mit ihm 310 fg. Die „Zigarrengeschichte" 310 fg., 312. B. gegen die Übergriffe des Präsidiums 312 fg. Rücksichtsvolleres Benehmen Ts 313 fg. B. gegen die Mißbräuche Ts bei der Protokollführung und Veröffentlichung der Bundestagsakten 317 fg. Gegensatz zum B.s Sieg über T. 321 fg. Intervention B.s mit T. Ende 1862 über die maßhaltende Verfassung zwischen beiden deutschen Großmächten 334 fg. T. in der Klemme 338 fg., 343 fg. Erklärung ex B. in der Zollvereinsfrage Mitte November 1851. 353 fg. Ts Urteil über Schwarzenberg Ende 365. Ts Abberufung und Versetzung als österr. Gesandter nach Berlin, ex B.s Fürsprache 411 fg. B.s Schnepfenjagd mit T. 498. Österreichischer Gesandter in Petersburg, bei B. Ende Dezember 1862) Band II. 363 fg. Bei B. in Kissingen (1883) Band VI. 245. B. bei ihm in Salzburg (1886) 269.

v. Tiedemann, 1878 Direktor der Reichskanzlei V, 308 fg., 330 fg., 336 fg. Vorsteher des Centralbureaus des Reichskanzlers 375 fg., 378 fg. (1880) VI, 67 fg.

Tirpitz, Admiral VII, 61, 80.

Tisza, Koloman, 1879 ungarischer Ministerpräsident, schließt den deutsch-österreich-ungarischen Bündnisvertrag V, 287 fg., 301 fg.

Treibel, Rektor in Braunsberg, 1871 vom Bischof gemaßregelt V, 42 fg.

v. Treitschke, Heinrich, Historiker. In Leipzig III, 280. Reichstagsabg. (1871) IV, 402 fg. An den Verfasser über Bs Sturz (1893) VI, 371.

v. Treskow, preuß. General VI, 175.

Trieft, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 221.

Trivulzio, Graf in Rom, B. (1871) an ihn zu Gunsten von Mommsen V, 15.

Trochu, 1870 französischer General. Weist alle Deutschen aus Frankreich aus (28. August) IV, 293. Haupt der Regierung der „nationalen Verteidigung“ (4. September) 305 fg. Befiehlt verzweifelt den letzten Pariser Ausfall (19. Januar 1871) 368. Abgesetzt 368. Briefwechsel mit B. 381 fg.

Trojan, Johannes, Leiter des „Kladderadatsch“, VII, 71.

v. Tümpling, 1866 preuß. General, verwundet III, 345.

Twesten, Karl, preuß. Abg. Vermittelungsantrag in der Heeresreformfrage (August 1862) 340 fg.; in der Budgetkommission abgelehnt 347. In der polnischen Frage (1863) 389. In der dänischen Frage (17. April 1863) III, 11 fg., 37 fg., 189 fg. Nach dem Vertrag von Gastein (1865) 208 fg. Für die Einverleibung von Lauenburg (1866) 247 fg. Obertribunalsbeschluß vom 27. Januar 1866 gegen ihn 248 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 396. Berichterstatter über das Indemnitätsgesetz 416. Gegen die Annexion von Schleswig-Holstein 419 fg. Berichterstatter für Annahme der norddeutschen Bundesverfassung im Abgeordnetenhause 460. Konflikt B.s mit T. (Nov. 1867) IV, 54 fg. T.s Antrag beim Bundesschuldengesetz (1868) 131 fg. Im Landtag (1868) 149. T.s Antrag auf verantwortliche Bundesminister (Reichstag 1869) 158. Über Blaubücher 164 fg. Für Rechtseinheit 172.

U.

Uhden, preuß. Minister I, 102 fg.

Ujest, Herzog von, 1867 Abg. im konstit. Reichstag, Kompromißantrag bezüglich der Militärfrage III, 454 fg.

v. Unruh, 1848 Präsident der preuß. Nationalversammlung I, 145 fg. 1849 Mitglied des Abgeordnetenhauses 168 fg. Für die „neue Aera“ (1858 fg.) II, 225 fg. Gespräch B.s mit ihm (März 1859) 243 fg. In der polnischen Frage (1863) 382 fg., 386 fg. Gespräch mit B. (vor Ausbruch des Kriegs von 1866) III, 334 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 395 fg. Im Reichstag (1869) IV, 158 fg. Im Reichstag (1871) 407 fg. Bei B. mit dem Plan eines Eisenbahnsalonwagens (1871) V, 12 fg. Im Landtag (1873) 106 fg.

v. Usedom, preuß. Diplomat und Vertrauter König Fr. Wilh. IV. Wird Dezember 1854 vom König nach London gesandt II, 58 fg. Im Februar 1855 nach Paris 67 fg. Nachfolger B.s am Bundestage (1. März 1859) 243. B. an ihn am 1. Juli 1859 über die preuß. Politik in der italienischen Frage 256 fg. B.s Brief an ihn vom 3. Februar 1860 über die deutsche Heeresreform 267. In der kurhessischen Frage 270 fg. Gesandter in Italien (1865), B. an ihn am 21. April III, 174 fg. B. an ihn im Juli (1865) 199. B. an ihn am 13. Januar 1866, 253 fg. U.s Bericht an B. Febr.

257 fg. Seine Note vom 17. Juni 1866 eigenes Gewächs 341 fg. B an ihn am 19. Oktober 1867 über die Politik Italiens seit Februar (1867) IV, 49 51. B.s Note an B. April 1868 189 fg. B. berichtet März 1869 über die geheimen Verhandlungen Napoleons mit Italien an B. 202.

B.

Balett, Meno, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 30.

v. Barnbüler, Oktober 1864 württembergischer Ministerpräsident III, 141 fg. Als Friedensunterhändler 1866 in Nikolsburg 385. Desgl. in Berlin August 403. Abschluß 13. August 404. Schließt 8. Juli 1867 den neuen Zollvereinsvertrag mit B. IV, 17 fg. Für die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen 15. September 19. Bei Ausbruch des Krieges (von 1870) 266. Reichstagsabg. (1874) V, 214. (1878/79) 375 fg., 377 fg., 378 fg.

Bersen, Major im preuß. Großen Generalstabe, 1870 nach Spanien gesendet IV, 226 fg.

Bicari, Hermann, Erzbischof von Freiburg (1851 fg.) I, 458 fg.

Victor Emanuel, König von Sardinien und Italien II, 233 fg. Am 10. Januar 1859 Thronrede 237. Abkommen mit Napoleon (Ende 1859) 279 fg. Vertrag mit Frankreich (15. September 1864) III, 174 (auch Note). Vom Kirchenbann getroffen 223 fg. 1867/70 IV, 47/51. Geheime Verhandlungen mit Napoleon wegen eines Bündnisses 1865 bis 1870, 195 fg. Zum Besuch Kaiser Wilhelms 1873 in Berlin V, 154 fg. † 9. Jan. 1878 294.

Victoria, Königin von England. B. wird ihr am 25. August 1855 auf einem Ball in Versailles vorgestellt II, 85. In Koburg 1863 mit König Wilhelm und Kaiser Franz Joseph, Scene 410 fg. In der dänischen Frage III, 33, 37. Verlangt 1876, Preußen solle Rußland den Krieg gegen die Türkei verbieten V, 258 fg. Freundliches Verhalten gegen B. 1888 in Berlin VI, 303 fg. Adelt Morell Mackenzie 311.

Victoria, Prinzeß Royal, Braut des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen. B. über diese „englische Heirat" II, 108 fg. Gegnerin von B.s Politik (1863) 410 fg. Kaiserin Friedrich, bei dem Battenbergischen Heiratsprojekt VI, 298 fg. Verhandlung B.s mit ihr (10. April 1888) 303.

Vilbort, französ. Journalist III, 320, 321 (Note) 334, 343 fg.

v. Vincke, Georg, Abg. 1847 im Vereinigten preuß. Landtag I, 107 fg., 116 fg. In der preuß. II. Kammer 1849 174 fg. Lehnt im Juli 1849 Wiederwahl ab 177. Mitglied des Erfurter Parlaments (1850) 213; in der Opposition 216 fg. In der preuß. II. Kammer im Dezember 1850 (nach Olmütz) für Entlassung des Ministeriums 246. In der II. Kammer 1852, Streit B s mit ihm 492 fg. Duell zwischen B. und B. (25. März

1852) 494 fg. Wieder Abgeordneter (1858) II, 226. Für die Armeereform (1860) 299 fg. Haltung 1861, 305 fg. Für Sybels Vermittelungsantrag (August 1862) 340. B.s vermittelnder Antrag (7. Oktober 1862) 353 fg. Bei der Adreßdebatte (Januar 1863) 370. Für das Indemnitätsgesetz (August 1866) III, 416. Führt im Febr. 1868 die konservative Opposition gegeu B. IV, 70 fg.

Virchow, Dr., Rudolf, Professor und Abg. in Berlin, von B. zum Duell gefordert I, 78 fg. In der polnischen Frage (1863) II. 364. In der dänischen Frage (1863/1864) III, 14, 28, 37, 49 fg., 64. In der deutschen Frage 186 fg. B. fordert ihn zum Duell, B. lehnt ab 188 fg. Gegen den Vertrag v. Gastein (1865) 244 fg. Seine Weissagung (1866) 422 fg. Sein Antrag: B. und Roon von der Dotationsliste zu streichen 431 Taktloses Benehmen Dezbr. 1867 IV, 55 fg. Im Landtag 1868 146 fg. Verlangt am 21. Oktober 1869 Abrüstung! 223 fg. (1877) V, 274 fg. (1880) VI, 29 fg. (1885) VI, 244. (1895) 501.

Visconti-Venosta, 1873 italienischer Minister V, 154 fg.

Vitzthum v. Eckstädt „London, Gastein und Sadowa" III, 207.

Völk, Dr., Joseph, bayrischer Zollparlamentsabg. Sagt am 18. Mai 1868: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!" IV, 64 fg. Glückwunsch B.s (5. Juli 1868) 83, 144. B.s Gespräch mit ihm (12. Juli 1869) 211 fg. Bei seiner Wahl in den Reichstag 1874 B. an ihn V, 179 fg. B. bei Beratung der Justizgesetze (1876) 266 fg. In der Frage der Wirtschaftsreform 1878/79 für B. 375 fg. Aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden (1879) VI, 42 fg. † 22. Januar 1882, B.s Beileid an die Wittwe 235, 359, 459.

Vogel v. Falckenstein, preuß. General. Im dänischen Feldzuge (1864) III, 80 fg., 93 fg., 155 fg. Im Krieg von 1866 329 fg. Dotation für denselben 429 fg. Im Krieg von 1870 Generalgouverneur der deutschen Küstenlande IV, 346 fg.

v. Vollmar, sozialdemokr. Abg. (1884) VI, 159 fg.

v. Vrints, Frau, I, 291, 505.

W.

Wachtmeister, Graf, 1864 Vertreter Schwedens auf der Londoner Konferenz III, 97 fg.

Wagener, Hermann, Herausgeber der „Kreuzzeitung" (später Geheimer Rat und Abg.). Brief B.s an ihn vom 30. September 1850 I, 225 fg. B. an ihn am 5. Juni 1851 283. Falsche Berichte der „Kreuzzeitung" über B.s Sendung nach Wien (1852) 386 fg. B. an W. 27. Nov. 1853 über Volkswirtschaft und seine Erfahrungen am Bunde 512 fg. Herausgeber der „Provinzial-Korrespondenz" II, 415 fg. Vortragender Rat im Staatsministerium, will Oktober 1868 seinen Rücktritt nehmen IV, 90 fg. Wird 1871

von B. zu den „Katheder-Sozialisten" nach Eisenach gesandt V, 38 fg. Gegen B. 1872 verstimmt 65. In der „Gründerperiode" (1873) 120 fg. B. bei ihm; in Ruhestand versetzt (1. Oktober 1873) 122. B. an ihn am 8. September 1876, 265. † 21. April 1889, Beileid B.s VI, 335 fg.

Wagner, Dr., Adolf, Professor (1881) VI, 77 fg.

v. Waldaw-Steinhöfel, Mitgl. des preußischen Herrenhauses (1872) V, 60 fg.

Waldeck, Dr., preuß. Abg. I, 141 fg. Sein Antrag vom 31. Okt. 1848, 141. Sein Antrag vom 22. April 1849, 175. Herbst 1860 wieder Abg. II, 305. Gegen alle Heeresreform mit 50 Gesinnungsgenossen (1861) 305 fg. In der polnischen Frage (1863) 383 fg., 389. In der dänischen Frage III, 68, 190 fg. Staunen erregender Adreßentwurf desselben (August 1866) 395 fg. September 1867 Reichstagsabg. IV, 37 fg. Im Landtag (Dezember 1867) 61 fg. Diätenantrag (1868) 126 fg.

Waldersee, Graf, Generaloberst (1892) VI, 449. Bei B. 1896, VII, 34, 41.

Wales, Prinz von VI, 304 fg. VII, 152.

Walewski, 1855 fg. französischer Minister des Auswärtigen II, 78. B. August 1855 bei ihm in Paris 85 fg. Übergeht 1856 die Neuenburger Frage 121. Diese Frage auf dem Pariser Kongreß von 1857, 154 fg.

Wallot, Paul, Baumeister VII, 87.

Wantrup, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 220.

Washburne, nordamerikanischer Gesandter in Paris. Dank B.s an ihn (13. Juni 1871) IV, 437. Antwort W.s vom 17. Juni 437 fg. Besucht B. (August 1877) V, 412.

v. Watzdorff, weimarischer Minister, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213.

v. Wedell, Generaladjutant des Königs Fr. Wilh. IV, 1854 nach Paris gesandt II, 48 fg. B. darüber 50. Im Februar 1855 in Paris 67 fg.

v. Wedell, Mitgl. des preuß. Herrenhauses (1872) V, 60 fg. Reichstagsabg. (1880) VI, 13. Präsident des Reichstags (1888) 282.

Wehrmann, Geh. Rat (1871) V, 38 fg.

Welcker, Fr., Mitglied des Frankfurter Parlaments, Antrag auf Kaiserwahl (1849) I, 162.

Wendt, Dr., B.s Gymnasiallehrer I, 23.

Wendt, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.

Wendt, preuß. Geh. Finanzrat, mit Delbrück in Frankfurt bei B. (Okt. 1851) I, 353.

Wentzel, Leg.-Rat, B.s Gehilfe in Frankfurt 1851 fg. I, 282, 344 fg.

v. Werder, General, hält 16. bis 18. Januar 1871 an der Lisaine heldenmütig gegen die Übermacht Bourbakis Stand IV, 366.

v. Werner, Anton; sein Gemälde der Kaiserproklamation von Versailles IV, 367. V, 409 fg. Schenkt B. 1879 ein Bild Moltkes 422.

Werner, 1873 deutscher Korvettenkapitän in Spanien V, 161 fg.
v. Werther, preuß. Gesandter in Rußland (1859) vor B. II, 229. Gesandter in Wien (1863) 405 fg. In der dänischen Frage: III, 55, 81 fg. In der handelspolit. Frage 142 fg. In der Frage des Besitzes an Schleswig-Holstein 154 fg., 172 fg, 177 fg., 226. B. an W. am 20. Januar 1866, 254. Am 4. August Rundschreiben an alle norddeutschen Regierungen zur Begründung des neuen Bundes 391 fg. B. am 4. April 1867 an W. IV, 20 fg. W., Gesandter in Paris, am 13. Juli 1870 an B. und B. an und über W. 245 fg. B.s Erlaß vom 1. Sept. 1870 an W. 307 fg. In Konstantinopel (1877) V, 272 fg.
v. Werthern, preuß. Legationssekretär in Wien (1852) I, 503.
v. Westarp, Adolf, Graf, „Fürst B. und das deutsche Volk" (1892) VI, 454 (Note).
Westmoreland, englischer Gesandter in Wien I, 370.
Westphal, Pastor v. Brunstorf VII, 94, 139 fg., 141.
v. Westphalen, 1855 preußischer Minister des Innern II, 92.
White, amerikanischer Gesandter in in Berlin (1879) V, 425, VII, 153.
Whitmann, Sidney, VII, 48.
Wielopolski, russischer Generalstatthalter in Warschau (1863) II, 375. Glückwunsch an B. am 7. Mai 1866 nach Cohens Attentat, B.s Antwort vom 14. Mai III, 300 fg.
v. Wildenbruch, Ernst, Dichter VII, 156 fg.
Wilhelm I., König von Württemberg in der orientalischen Frage (1854) II, 39. Empfängt B. Dez. 1855 sehr huldvoll in Stuttgart 93 fg. † am 24. Juni 1864, IV, 416 fg.
Wilhelm, Herzog von Braunschweig, † am 18. Okt. 1884, VI, 143.
Wilhelm, Prinz v. Preußen (späterer König und Kaiser Wilhelm I). Erste Begegnung B.s mit ihm Band I, 41. Sein Verhalten in der preußischen Verfassungsfrage von 1840 bis 1847, 101 fg. Während der Berliner Märztage von 1848 I, 124 fg. Reise nach England (März 1848) auf des Königs Befehl 126 fg. Bei seiner Rückkehr von B. empfangen 140. Seine Stellung zum deutschen Verfassungswerk (1848(157. Besiegt den pfälzischen und badischen Aufstand (1849) 182. Gegen die Friedensvorschläge des Grafen Brandenburg (Nov. 1850) 241. Tiefe Trauer über die Schmach von Olmütz (29. Nov. 1850) 277 fg. Besuch in Frankfurt (3. Juli 1851), Empfang durch B. Der Prinz über B. 303. Befürwortet B.s Ernennung zum Bundestagsgesandten 305. Residiert von 1851 an mit Gemahlin in Koblenz 326 fg. Gegen einen Verfassungsbruch in Preußen 331. Zusammenkunft mit Louis Napoleon in Baden-Baden (1852) 387. Bestätigt B. die über diesen (1862) ausgesprengten Verleumdungen 387. Sein Wohlwollen für Herrn v. Scherff 476. Pathe von B.s zweitem Sohn Wilhelm 503 fg. B. beim Prinzen in Ostende (1853) 508.

Abgeordneter 226. An Stelle Flottwells 1859 Minister des Innern 264 fg. Tritt März 1862 zurück 316 fg. In der dänischen Frage III, 66 fg. Im Reichstage 1867 über das Kriegsdienstgesetz IV, 41 fg. Zum norddeutschen Wahlgesetz (1868) 156 fg.

Schwetschke, Dr., Gustav, Verfasser der „Bismarckias" I, 10, 27. V, 233, 415 fg., 428. † 1881, B.s Beileid an dessen Hinterlassene VI, 232.

v. Seebach, 1885 gothaischer Min. VI, 253.

v. Seherr-Thoß, ungarischer Flüchtling in Paris. Unterredung B.s mit ihm (am 2. Nov. 1862) II, 357. Nach Berlin (2. Januar 1869) IV, 201.

v. Senfft-Pilsach, Frh., preuß. Abg. und konservativer Führer I, 79, 202. B. geht ihm 1866 zu weit links III, 435. Gegner B.s im preuß. Herrenhause (1872) V, 62 fg. Briefwechsel mit B. (1873) 113 fg.

Sepp, Dr., Professor in München, B. am 27. März 1871 an ihn IV, 402 fg.

Serrano, Marschall, 1874 spanischer Regent V, 161 fg.

v. Seydewitz, Mai 1879 Präsident des Reichstags V, 396 fg.

Seyffardt, 1895 Reichstagsabg. für Krefeld V, 207 fg.

Shaftesbury, Lord, 1864 englischer Minister III, 91 fg.

Sheridan, nordamerikanischer General und Gesandter. Bei B. in der Nacht vom 18. August 1870, IV, 288. Von B. am 9. Oktober nach Paris gesandt 331 fg.

Siebenhaar, Professor, B.s Lehrer I, 23.

Sieber, 1851 Bürgermeister von Frankfurt I, 292.

Siemens, Dr., IV, 144.

Sigl, Dr., „Vaterland" VII, 144.

Silaff, Feldwebel (1898) VII, 93.

Simon, Eduard, amerikanischer Korrespondent, 1890 in Friedrichsruh VI, 408.

Simon, Heinrich, Jurist, Schriftsteller I, 105. Mitglied des Frankfurter Parlaments 162.

Simon, Jules, Mitglied der französ. Regierung der „nationalen Verteidigung" (4. September 1870) IV, 305 fg.

Simonis, 1874 elsäss. Reichstagsabg. V, 207 fg.

Simons, 1849 preuß. Justizminister I, 205 fg., (1855) II, 222.

Simson, Eduard, (später geadelt), Präsident des Frankfurter Parlaments und Führer der Kaiserdeputation (1849) I, 163 fg. Mitglied und Präsident des Erfurter Parlaments 213 fg. Urteil B.s über ihn 214. Rede S.s bei seiner Erwählung zum Präsidenten in Erfurt 207 (Note). In der Sitzung vom 17. April 1850, 220. Scene mit B. 223 fg. Sein Antrag vom 24. Februar 1851 in der preuß. 2. Kammer 254 fg. Wieder Abg. (1858) II, 226. Hält 1862 an der Forderung der 2jähr. Dienstzeit fest 345. In der dänischen Frage 1863/64) 389. Präsident des konstit. Reichstags (1867), Schlußrede III, 459.

Als Präsident des Reichstags (Herbst 1867) auf der Hohenzollernburg, 3. Oktober IV, 35. Präsident des Zollparlaments (1868) 138 fg., 144 fg. Präsident des Reichstags 1870, am 19. Juli 263 fg. Schlußwort 265. Am 18. Dezember Empfang S.s und der Adreßdeputation des Reichstags in Versailles 350. Präsident des Reichstags 1873 V, 137. Präsident des deutschen Reichsgerichts 1. Oktober 1879 311 fg. VII, 102 fg.

Sinclair, Sir T., englisches Parlamentsmitglied, B. an ihn (am 7. Juli 1871) IV. 391.

Singer, 1892 Oberbürgermeister von Jena VI, 462 fg.

Singer, sozialdemokr. Abg. (1895) VI, 502.

Skobelew, russischer deutschfeindlicher General (1882) VI, 179. † (7. Juli 1882) 179.

Smidt, Bundestagsgesandter für Bremen, B.s Urteil über ihn I, 294.

Sobolew, 1883 russischer General VI, 184 fg.

Solms-Laubach, Graf, 1815 preuß. Oberpräsident I, 88.

Solms, Graf, deutscher Botschafter in Rom (1888) VI, 278.

Solms, Prinz, österreichischer Unterhändler in Hannover 1866. Reizt durch Lügen zum Krieg gegen Preußen III, 309 fg.

Sonnemann, Leopold, Abg. V, 339 fg.

Sophie, österreichische Erzherzogin, Schwester der Königin Elisabeth von Preußen I, 367. Empfängt B. zur Audienz 373.

Le Sourd, französ. Geschäftsträger in Berlin (1870) IV, 227 fg. Ueberreicht am 19. Juli B. die Kriegserklärung Frankreichs 263.

Sperling, Bürgermeister von Königsberg, Abg. 1847 im Vereinigten preuß. Landtag I, 110 fg., 116.

Splittgerber, W., Chefred. der „Magdeb. Ztg." VII, 147 fg.

v. Stablewski, polnischer Erzbischof von Posen VII, 49.

Staelin, Hamburger Kaufmann (1896) VII, 34.

Stahl, konservativer Führer im Erfurter Parlament I, 50, 212. Einzeichnung B.s in sein Stammbuch 224 fg.

Staudener, Wilhelmine, Schenkerin, VII, 99.

v. Stauffenberg, im Reichstag (von 1871) IV, 426 fg. (1878) V, 309 fg., 364 fg. Legt Mai 1879 das Präsidium im Reichstag nieder 396 fg. (1880) VI, 43 fg. Secessionist 44. (1882) 153 fg. (1884) 147 fg. (1887) 205 fg.

v. Stavenhagen, Generalmajor a. D., Abg. II, 299 fg. Antrag August 1862, 340 fg. In der dänischen Frage III, 28, 37 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 396. Sein Adreßentwurf August 1866 angenommen 416. Gegen den hannoverschen Provinzialfonds (Febr. 1868) IV, 71 fg.

Steinmann, 1864 dänischer General III, 114 fg.

v. Steinmetz, preuß. General 1866, Dotation für ihn III, 429 fg. Sein Eigensinn 1870, IV, 213 (Note), 284 fg.

Steinwender, österreichischer Abg. VII, 100.
v. Stengel, badischer Minister I, 469.
v. Stephan, Dr., Generalpostmeister, † 8. April 1897, Beileid B.s VII, 66.
Stephani, Dr., Ed., Vizebürgermeister von Leipzig III, 280. Abg. IV, 31 fg. Im Reichstag (1868) 129. Sein Antrag bezüglich der Todesstrafe (1870) 181 fg., 183. Bei B. (1871) 439. (1878) V, 365 fg. (1879) 385 fg.
Stieber, Polizeirat und Leiter der Berliner politischen Polizei VII, 78.
Stieve, Professor in München VII, 100.
Stickel, Professor und Geheimer Rat in Jena (1892), Nestor der Universität VI, 461 fg.
v. Stiehle, Oberst, Vertreter Preußens beim Wiener Frieden (1864) III, 128 fg.
v. Stitencron, Frhr., Unterhändler Lippes in Frankfurt I, 434.
v. Stockhausen, 1850 preuß. Min. I, 235, 239.
Stöcker, Hofprediger, Umtriebe (1887) VI, 321 fg. Umtriebe (1888) 323 fg. Entlassen (1889) 325. Sein „Scheiterhaufenbrief" (1888) an v. Hammerstein VII, 21 fg., 113 fg.
Stöhr, Oberpfarrer von Lippehne I, 48.
v. Stoffel, Baron, französ. Militärbevollmächtigter in Berlin. Seine Berichte IV, 191 (auch Note) fg. B.s Freundlichkeit für ihn (1869) 213 fg.
Stolberg, Graf, Vater, Urteil über B. (1851) I, 327 fg.
Stolberg, Graf, Präsident des Herrenhauses, Begrüßungsrede an B. 22. Dezember 1866, III, 428. Oberpräsident in Hannover (1868) IV, 69 fg.
Stolberg, Graf, Udo (Otto), 1875 Mitglied des Herrenhauses V, 223 fg., 312 fg. Eisenbahnminister (1878) 375 fg.
Stolle, sozialdemokratischer Grobian (1884) VI, 250.
v. Stosch, Chef der Admiralität, fordert 1877 seine Entlassung VI, 356 fg. Vom Kaiser abgelehnt 356 fg.
v. Stourdza, rumänischer Minister VII, 153.
Strauß, Vertreter der 15. Kurie (Bernburg, Schwarzburg, Lippe, Waldeck, Reuß) am Bundestag I, 472.
v. Stroffer, 1872 preuß. Landtagsabg. V, 51 fg.
Struck, Dr., Sanitätsrat in Berlin, behandelt B. (12. Oktober 1866) III, 427 fg. April 1870 in Varzin, weil B. an Gelbsucht erkrankt IV, 123 fg. Am 10. November 1872 in Varzin V, 92. Behandelt B. März 1874 in Berlin 185 fg. April 1878 in Friedrichsruh, B. an Gürtelrose erkrankt 416. Dezember 1879 zur Behandlung B.s in Varzin 427 fg.
Struve, Reichstagsabg. VI, 120 fg.
Stübel, deutscher Generalkonsul in Apia (1884) VI, 362 fg.
Stübel, Dr., Oberbürgermeister von Dresden (1892) VI, 446.
v. Stumm, Frhr., Reichstagsabg. VII, 8.

Swierkowski, Schuhmachermeister in Gostyn, Bescheid B.s an ihn (1872) V, 68 fg.
v. Sybel, Heinrich, Geschichtsforscher und Abg. Für die Armeereform (1860 fg.) II, 300 fg. Vermittlungsantrag desselben (August 1862) 340 fg. Bei der Adreßdebatte (Jan. 1863) 368 fg., 473. In der polnischen Frage (1863) 385 fg. Im preuß. Landtag (1875) V, 217 fg., 227 fg. B. gratuliert ihm 1888 zur „Exzellenz" 306. † 1. August 1895, Beileid B.s VII, 8.
v. Sydow, 1856 preuß. Gesandter in Bern II, 126. Preuß. Gesandter am Bundestage (1862) 363, 365 fg., 405 fg. In der dänischen Frage III, 20, 46, 47, 72, 77.
Széchényi, 1885 österreichischer Botschafter in Berlin VI, 266. (Gestorben März 1898) VII, 88.
Szumann, Dr., Polenführer, Zumutungen an B. IV, 390.

T.

Tallenay, 1853 Gesandter Frankreichs am Bundestage I, 414 fg. Nach Verkündung des Kaiserreichs 480 fg. Bestürzt über Drouyn de l'Huys' Entlassung II, 77 fg. Abberufen (Ende 1855) 96.
Talleyrand, Fürst, französ. Diplomat I, 15.
Talleyrand, 1863 französischer Gesandter in Berlin, in der polnischen Frage II, 380, 390. In der dänischen Frage III, 24.
Tauffkirchen, Graf, Gesandter Bayerns (1867) im Auftrage Hohenlohes nach Berlin und Wien IV, 20 fg. Gesandter in Rom (1871) V, 5 fg.
v. Tausch, Polizeikommissar, dessen Prozeß VII, 74 fg.
Tegethoff, österr. Admiral im dänischen Krieg III, 98 fg. Schlägt die Italiener (1866) bei Lissa 375.
Tellkampf, Professor, preuß. Abg. (1849) I, 193. Mitgl. des Herrenhauses III, 52 fg.
Temme, 1849 preuß. Abg. I, 166 fg.
v. Tessendorf, Staatsanwalt in Berlin V, 248 fg. (Später Oberreichsanwalt.)
Tewfik (Mohamed) Pascha, 1879 fg. Chedive von Ägypten VI, 196 fg.
v. Thadden-Trigla ff, Fräulein, Braut Moritz v. Blanckenburgs I, 61.
v. Thadden-Trigla ff, Gerhard, Bruder der Vorigen, B.s Jugendfreund, in Frankfurt bei B. II, 173. Mit B. 1864 in Gastein III, 126. Juli 1872 in Varzin V, 83. Gehört mit zu den „Kreuzzeitungsdeklaranten" gegen B. (26. Februar 1876) „mit tiefstem Schmerz" 250 fg.
Thibaut, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.
v. Thielmann, 1886 deutscher Vertreter in Sofia VI, 189 fg. Staatssekretär VII, 61.
Thiers, Adolphe, französ. Staatsmann und Abg. (1865) III, 221. Seine Rundreise durch Europa (September und Oktober 1870) IV, 312 fg. In England 312. B. darüber am 16. September 312 fg. Th. in Wien 328. In Petersburg 328. Wieder in Wien 329. Verhandlungen mit B. 30. Okt. fg. 335 fg.

Gescheitert 5. November 337. Lobt die Freiheit der französ. Wahlen (vom 5. Februar 1871) 383. Am 17. Februar zum „Haupt der vollziehenden Gewalt der französischen Republik“ gewählt 384. Th. gegen den elsässischen Abg. Keller am 17. Februar 384. Am 21. Februar in Versailles bei B. zu den Friedensverhandlungen 385 fg. Abschluß am 26. Februar 387. Präsident der französischen Republik, von B. gestützt V, 3, 40 fg. B. stützt Th. gegen die Umtriebe des Grafen Arnim 127 fg. Th. am 24. Mai 1873 gestürzt 139 fg.

v. Thile, 1867 Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin IV, 16 fg. Seine Erklärung an Le Sourd (am 4. Juli 1870) 227.

Thomsen, einziger fortschrittl. Reichstagsabg. für die Altersversicherung der Arbeiter (1889) VI, 104.

Thouvenel, 1862 französ. Minister II, 367. Gestürzt (1862) 379.

v. Thüngen, 1868 Zollparlamentsabg. IV, 137. Führer der Landwirte (1876), Anhänger B's V, 258 fg. B.s Schreiben an ihn vom 16. April 1879 390 fg.

Thun, Leo, Graf, österr. Präsidialgesandter an dem „reaktivierten“ Bundestage Band I, 233. Von B. geschildert 289, 292 fg. B.s Waffengänge am Bundestag mit ihm 310 fg. Die „Zigarrengeschichte“ 310 fg., 312. B. gegen die Übergriffe des Präsidiums 312 fg. Rücksichtsvolleres Benehmen T.s 313 fg. B. gegen die Mißbräuche T.s bei der Protokollführung und Veröffentlichung der Bundesprotokolle 317 fg. Eindruck von B.s Sieg auf T. 323 fg. Unterredung B.s mit T. (Anfang 1852) über die wachsende Verstimmung zwischen beiden deutschen Großmächten 334 fg. T. in der Flottenfrage 338 fg., 343 fg. Erklärung an B. in der Zollvereinsfrage (Mitte November 1851) 359 fg. T.s Trost über Schwarzenbergs Tod 368. T.s Abberufung und Versetzung als österr. Gesandter nach Berlin, auf B.s Fürwort 411 fg. B.s Schnepfenjagd mit T. 498. Österreichischer Gesandter in Petersburg, bei B. (Ende Dezember 1862) Band II, 363 fg. Bei B. in Kissingen (1883) Band VI, 245. B. bei ihm in Salzburg (1886) 269.

v. Tiedemann, 1878 Direktor der Reichskanzlei V, 308 fg., 330 fg., 336 fg. Vorsteher des Centralbureaus des Reichskanzlers 375 fg., 378 fg. (1880) VI, 67 fg.

Tirpitz, Admiral VII, 61, 80.

Tisza, Koloman, 1879 ungarischer Ministerpräsident, schließt den deutsch-österreich-ungarischen Bündnisvertrag V, 287 fg., 301 fg.

Treibel, Rektor in Braunsberg, 1871 vom Bischof gemaßregelt V, 42 fg.

v. Treitschke, Heinrich, Historiker. In Leipzig III, 280. Reichstagsabg. (1871) IV, 402 fg. An den Verfasser über B.s Sturz (1893) VI, 371.

v. Treskow, preuß. General VI, 175.

Trieft, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 221.

Trivulzio, Graf in Rom, B. (1871) an ihn zu Gunsten von Mommsen V, 15.

Trochu, 1870 französischer General. Weist alle Deutschen aus Frankreich aus (28. August) IV, 293. Haupt der Regierung der „nationalen Verteidigung“ (4. September) 305 fg. Befiehlt verzweifelt den letzten Pariser Ausfall (19. Januar 1871) 368. Abgesetzt 368. Briefwechsel mit B. 381 fg.

Trojan, Johannes, Leiter des „Kladderadatsch“, VII, 71.

v. Tümpling, 1866 preuß. General, verwundet III, 345.

Twesten, Karl, preuß. Abg. Vermittelungsantrag in der Heeresreformfrage (August 1862) 340 fg.; in der Budgetkommission abgelehnt 347. In der polnischen Frage (1863) 389. In der dänischen Frage (17. April 1863) III, 11 fg., 37 fg., 189 fg. Nach dem Vertrag von Gastein (1865) 208 fg. Für die Einverleibung von Lauenburg (1866) 247 fg. Obertribunalsbeschluß vom 27. Januar 1866 gegen ihn 248 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 396. Berichterstatter über das Indemnitätsgesetz 416. Gegen die Annexion von Schleswig-Holstein 419 fg. Berichterstatter für Annahme der norddeutschen Bundesverfassung im Abgeordnetenhause 460. Konflikt B.s mit T. (Nov. 1867) IV, 54 fg. T.s Antrag beim Bundesschuldengesetz (1868) 131 fg. Im Landtag (1868) 149. T.s Antrag auf verantwortliche Bundesminister (Reichstag 1869) 158. Über Blaubücher 164 fg. Für Rechtseinheit 172.

U.

Uhden, preuß. Minister I, 102 fg.

Ujest, Herzog von, 1867 Abg. im konstit. Reichstag, Kompromißantrag bezüglich der Militärfrage III, 454 fg.

v. Unruh, 1848 Präsident der preuß. Nationalversammlung I, 145 fg. 1849 Mitglied des Abgeordnetenhauses 168 fg. Für die „neue Aera“ (1858 fg.) II, 225 fg. Gespräch B.s mit ihm (März 1859) 243 fg. In der polnischen Frage (1863) 382 fg., 386 fg. Gespräch mit B. (vor Ausbruch des Kriegs von 1866) III, 334 fg. Mitgründer der nationalliberalen Partei 395 fg. Im Reichstag (1869) IV, 158 fg. Im Reichstag (1871) 407 fg. Bei B. mit dem Plan eines Eisenbahnsalonwagens (1871) V, 12 fg. Im Landtag (1873) 106 fg.

v. Usedom, preuß. Diplomat und Vertrauter König Fr. Wilh. IV. Wird Dezember 1854 vom König nach London gesandt II, 58 fg. Im Februar 1855 nach Paris 67 fg. Nachfolger B.s am Bundestage (1. März 1859) 243. B. an ihn am 1. Juli 1859 über die preuß. Politik in der italienischen Frage 256 fg. B.s Brief an ihn vom 3. Februar 1860 über die deutsche Heeresreform 267. In der kurhessischen Frage 270 fg. Gesandter in Italien (1865), B. an ihn am 21. April III, 174 fg. B. an ihn im Juli (1865) 199. B. an ihn am 13. Januar 1866, 253 fg. U.s Bericht an B. Febr.

257 fg. Seine Note vom 17. Juni 1866 eigenes Gewächs 341 fg. B. an ihn am 10. Oktober 1867 über die Politik Italiens seit Februar (1867) IV, 49/51. B.s Note an U. April 1868 189 fg. U. berichtet März 1869 über die geheimen Verhandlungen Napoleons mit Italien an B. 202.

B.

Balett, Meno, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 30.

v. Barnbüler, Oktober 1864 württembergischer Ministerpräsident III, 141 fg. Als Friedensunterhändler 1866 in Nikolsburg 385. Desgl. in Berlin August 403. Abschluß 13. August 404. Schließt 8. Juli 1867 den neuen Zollvereinsvertrag mit B. IV, 17 fg. Für die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen 15. September 19. Bei Ausbruch des Krieges (von 1870) 266. Reichstagsabg. (1874) V, 214. (1878/79) 375 fg., 377 fg., 378 fg.

Bersen, Major im preuß. Großen Generalstabe, 1870 nach Spanien gesendet IV, 226 fg.

Bicari, Hermann, Erzbischof von Freiburg (1851 fg.) I, 458 fg.

Victor Emanuel, König von Sardinien und Italien II, 233 fg. Am 10. Januar 1859 Thronrede 237. Abkommen mit Napoleon (Ende 1859) 279 fg. Vertrag mit Frankreich (15. September 1864) III, 174 (auch Note). Vom Kirchenbann getroffen 223 fg. 1867/70 IV, 47/51. Geheime Verhandlungen mit Napoleon wegen eines Bündnisses (1868 bis 1870) 195 fg. Zum Besuch Kaiser Wilhelms 1873 in Berlin V, 154 fg. † 9. Jan. 1878 294.

Victoria, Königin von England. B. wird ihr am 25. August 1855 auf einem Ball in Versailles vorgestellt II, 85. In Koburg 1863 mit König Wilhelm und Kaiser Franz Joseph, Scene 410 fg. In der dänischen Frage III, 33, 37. Verlangt 1876, Preußen solle Rußland den Krieg gegen die Türkei verbieten V, 258 fg. Freundliches Verhalten gegen B. 1888 in Berlin VI, 303 fg. Adelt Morell Mackenzie 311.

Victoria, Prinzeß Royal, Braut des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen. B. über diese „englische Heirat" II, 108 fg. Gegnerin von B.s Politik (1863) 410 fg. Kaiserin Friedrich, bei dem Battenbergischen Heiratsprojekt VI, 298 fg. Verhandlung B.s mit ihr (10. April 1888) 303.

Vilbort, französ. Journalist III, 320, 321 (Note) 334, 343 fg.

v. Vincke, Georg, Abg. 1847 im Vereinigten preuß. Landtag I, 107 fg., 116 fg. In der preuß. II. Kammer 1849 174 fg. Lehnt im Juli 1849 Wiederwahl ab 177. Mitglied des Erfurter Parlaments (1850) 213; in der Opposition 216 fg. In der preuß. II. Kammer im Dezember 1850 (nach Olmütz) für Entlassung des Ministeriums 246. In der II. Kammer 1852, Streit B.s mit ihm 492 fg. Duell zwischen V. und B. (25. März

1852) 494 fg. Wieder Abgeordneter (1858) II, 226. Für die Armeereform (1860) 299 fg. Haltung 1861, 305 fg. Für Sybels Vermittelungsantrag (August 1862) 340. B.s vermittelnder Antrag (7. Oktober 1862) 353 fg. Bei der Adreßdebatte (Januar 1863) 370. Für das Indemnitätsgesetz (August 1866) III, 416. Führt im Febr. 1868 die konservative Opposition gegen B. IV, 70 fg.

Virchow, Dr., Rudolf, Professor und Abg. in Berlin, von B. zum Duell gefordert I, 78 fg. In der polnischen Frage (1863) II. 364. In der dänischen Frage (1863/1864) III, 14, 28, 37, 49 fg., 64. In der deutschen Frage 186 fg. B. fordert ihn zum Duell, B. lehnt ab 188 fg. Gegen den Vertrag v. Gastein (1865) 244 fg. Seine Weissagung (1866) 422 fg. Sein Antrag: B. und Roon von der Dotationsliste zu streichen 431 Taktloses Benehmen Dezbr. 1867 IV, 55 fg. Im Landtag 1868 146 fg. Verlangt am 21. Oktober 1869 Abrüstung! 223 fg. (1877) V, 274 fg. (1880) VI, 29 fg. (1885) VI, 244. (1895) 501.

Visconti-Venosta, 1873 italienischer Minister V, 154 fg.

Vitzthum v. Eckstädt „London, Gastein und Sadowa" III, 207.

Völk, Dr., Joseph, bayrischer Zollparlamentsabg. Sagt am 18. Mai 1868: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!" IV, 64 fg. Glückwunsch B.s (5. Juli 1868) 83, 144. B.s Gespräch mit ihm (12. Juli 1869) 211 fg. Bei seiner Wahl in den Reichstag 1874 B. an ihn V, 179 fg. B. bei Beratung der Justizgesetze (1876) 266 fg. In der Frage der Wirtschaftsreform 1878/79 für B. 375 fg. Aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden (1879) VI, 42 fg. † 22. Januar 1882, B.s Beileid an die Wittwe 235, 359, 459.

Vogel v. Falckenstein, preuß. General. Im dänischen Feldzuge (1864) III, 80 fg., 93 fg., 155 fg. Im Krieg von 1866 329 fg. Dotation für denselben 429 fg. Im Krieg von 1870 Generalgouverneur der deutschen Küstenlande IV, 346 fg.

v. Vollmar, sozialdemokr. Abg. (1884) VI, 159 fg.

v. Vrints, Frau, I, 291, 505.

W.

Wachtmeister, Graf, 1864 Vertreter Schwedens auf der Londoner Konferenz III, 97 fg.

Wagener, Hermann, Herausgeber der „Kreuzzeitung" (später Geheimer Rat und Abg.). Brief B.s an ihn vom 30. September 1850 I, 225 fg. B. an ihn am 5. Juni 1851 283. Falsche Berichte der „Kreuzzeitung" über B.s Sendung nach Wien (1852) 386 fg. B. an W. 27. Nov. 1853 über Volkswirtschaft und seine Erfahrungen am Bunde 512 fg. Herausgeber der „Provinzial-Korrespondenz" II, 415 fg. Vortragender Rat im Staatsministerium, will Oktober 1868 seinen Rücktritt nehmen IV, 90 fg. Wird 1871

von B. zu den „Katheder-Sozialisten" nach Eisenach gesandt V, 38 fg. Gegen B. 1872 verstimmt 65. In der „Gründerperiode" (1873) 120 fg. B. bei ihm; in Ruhestand versetzt (1. Oktober 1873) 122. B. an ihn am 8. September 1876, 265. † 21. April 1889, Beileid B.s VI, 335 fg.

Wagner, Dr., Adolf, Professor (1881) VI, 77 fg.

v. Waldaw-Steinhöfel, Mitgl. des preußischen Herrenhauses (1872) V, 60 fg.

Waldeck, Dr., preuß. Abg. I, 141 fg. Sein Antrag vom 31. Okt. 1848, 141. Sein Antrag vom 22. April 1849, 175. Herbst 1860 wieder Abg. II, 305. Gegen alle Heeresreform mit 50 Gesinnungsgenossen (1861) 305 fg. In der polnischen Frage (1863) 383 fg., 389. In der dänischen Frage III, 68, 190 fg. Staunen erregender Adreßentwurf desselben (August 1866) 395 fg. September 1867 Reichstagsabg. IV, 37 fg. Im Landtag (Dezember 1867) 61 fg. Diätenantrag (1868) 126 fg.

Waldersee, Graf, Generaloberst (1892) VI, 449. Bei B. 1896, VII, 34, 41.

Wales, Prinz von VI, 304 fg. VII, 152.

Walewski, 1855 fg. französischer Minister des Auswärtigen II, 78. B. August 1855 bei ihm in Paris 85 fg. Übergeht 1856 die Neuenburger Frage 121. Diese Frage auf dem Pariser Kongreß von 1857, 154 fg.

Wallot, Paul, Baumeister VII, 87.

Wantrup, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 220.

Washburne, nordamerikanischer Gesandter in Paris. Dank B.s an ihn (13. Juni 1871) IV, 437. Antwort W.s vom 17. Juni 437 fg. Besucht B. (August 1877) V, 412.

v. Watzdorff, weimarischer Minister, Mitglied des Erfurter Parlaments I, 213.

v. Wedell, Generaladjutant des Königs Fr. Wilh. IV, 1854 nach Paris gesandt II, 48 fg. B. darüber 50. Im Februar 1855 in Paris 67 fg.

v. Wedell, Mitgl. des preuß. Herrenhauses (1872) V, 60 fg. Reichstagsabg. (1880) VI, 13. Präsident des Reichstags (1888) 282.

Wehrmann, Geh. Rat (1871) V, 38 fg.

Welcker, Fr., Mitglied des Frankfurter Parlaments, Antrag auf Kaiserwahl (1849) I, 162.

Wendt, Dr., B.s Gymnasiallehrer I, 23.

Wendt, Professor in Göttingen, B.s Lehrer I, 29 fg.

Wendt, preuß. Geh. Finanzrat, mit Delbrück in Frankfurt bei B. (Okt. 1851) I, 353.

Wentzel, Leg.-Rat, B.s Gehilfe in Frankfurt 1851 fg. I, 282, 344 fg.

v. Werder, General, hält 16. bis 18. Januar 1871 an der Lisaine heldenmütig gegen die Übermacht Bourbakis Stand IV, 366.

v. Werner, Anton; sein Gemälde der Kaiserproklamation von Versailles IV, 367. V, 409 fg. Schenkt B. 1879 ein Bild Moltkes 422.

Werner, 1873 deutscher Korvettenkapitän in Spanien V, 161 fg.
v. Werther, preuß. Gesandter in Rußland (1859) vor B. II, 229. Gesandter in Wien (1863) 405 fg. In der dänischen Frage: III, 55, 81 fg. In der handelspolit. Frage 142 fg. In der Frage des Besitzes an Schleswig-Holstein 154 fg., 172 fg, 177 fg., 226. B. an W. am 20. Januar 1866, 254. Am 4. August Rundschreiben an alle norddeutschen Regierungen zur Begründung des neuen Bundes 391 fg. B. am 4. April 1867 an W. IV, 20 fg. W., Gesandter in Paris, am 13. Juli 1870 an B. und B. an und über W. 245 fg. B.s Erlaß vom 1. Sept. 1870 an W. 307 fg. In Konstantinopel (1877) V, 272 fg.
v. Werthern, preuß. Legationssekretär in Wien (1852) I, 503.
v. Westarp, Adolf, Graf, „Fürst B. und das deutsche Volk" (1892) VI, 454 (Note).
Westmoreland, englischer Gesandter in Wien I, 370.
Westphal, Pastor v. Brunstorf VII, 94, 139 fg., 141.
v. Westphalen, 1855 preußischer Minister des Innern II, 92.
White, amerikanischer Gesandter in in Berlin (1879) V, 425, VII, 153.
Whitmann, Sidney, VII, 48.
Wielopolski, russischer Generalstatthalter in Warschau (1863) II, 375. Glückwunsch an B. am 7. Mai 1866 nach Cohens Attentat, B.s Antwort vom 14. Mai III, 300 fg.
v. Wildenbruch, Ernst, Dichter VII, 156 fg.
Wilhelm I., König von Württemberg in der orientalischen Frage (1854) II, 39. Empfängt B. Dez. 1855 sehr huldvoll in Stuttgart 93 fg. † am 24. Juni 1864, IV, 416 fg.
Wilhelm, Herzog von Braunschweig, † am 18. Okt. 1884, VI, 143.
Wilhelm, Prinz v. Preußen (späterer König und Kaiser Wilhelm I). Erste Begegnung B.s mit ihm Band I, 41. Sein Verhalten in der preußischen Verfassungsfrage von 1840 bis 1847, 101 fg. Während der Berliner Märztage von 1848 I, 124 fg. Reise nach England (März 1848) auf des Königs Befehl 126 fg. Bei seiner Rückkehr von B. empfangen 140. Seine Stellung zum deutschen Verfassungswerk (1848) 157. Besiegt den pfälzischen und badischen Aufstand (1849) 182. Gegen die Friedensvorschläge des Grafen Brandenburg (Nov. 1850) 241. Tiefe Trauer über die Schmach von Olmütz (29. Nov. 1850) 277 fg. Besuch in Frankfurt (3. Juli 1851), Empfang durch B. Der Prinz über B. 303. Befürwortet B.s Ernennung zum Bundestagsgesandten 305. Residiert von 1851 an mit Gemahlin in Koblenz 326 fg. Gegen einen Verfassungsbruch in Preußen 331. Zusammenkunft mit Louis Napoleon in Baden-Baden (1852) 387. Bestätigt B. die über diesen (1862) ausgesprengten Verleumdungen 387. Sein Wohlwollen für Herrn v. Scherff 476. Pathe von B.s zweitem Sohn Wilhelm 503 fg. B. beim Prinzen in Osteude (1853) 508.

Seine Ansicht in der orientalischen Verwickelung (1853 fg.) Band II, 6 fg. Deshalb Anfang Mai 1854 von allen militärischen Ämtern beurlaubt, ja mit Verhaftung bedroht 19. Von B. am 5. Juni 1854 in Frankfurt begrüßt, politische Gespräche 29 fg. Seine Ansichten im Juli 1854, B. darüber 36 fg. Sein Vergleichsvorschlag in der Rastatter Besatzungsfrage 153 fg. Sein Lebensgang u. Charakter u. sein Verhältnis zu B. (1848 bis 1858) 199/212. B.s Urteile über ihn aus derselben Zeit 212 fg. Berufung des Prinzen Ende Dez. 1857 zum Vertreter des erkrankten Königs 219 fg. B. befürwortet die „Regentschaft" des Prinzen 213 fg. Umschwung in Preußen seit seiner „Vertretung" des Königs 219 fg. Opposition der Camarilla gegen seine Einsetzung als „Regent" 219 fg. Will 1858 B. als Minister berufen 221.

Wird am 8. Oktober 1858 „Regent" 222. Die „neue Aera" und deren Minister 222 fg. W. in dem neuen Streit mit Dänemark (1858) ganz einig mit B. 231 fg. Ebenso in der italienischen Frage (1858 fg.) 232 fg., 248 fg. B. bei ihm, September 1859, in Baden-Baden, Beratungen über die deutsche Frage 263 fg. Beratungen mit B. im April 1860, 282 fg. Zusammenkunft mit Napoleon in Baden, Juni 285 fg. Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz 286 fg. B. darüber 287 fg. Zusammenkunft mit dem Zaren und Kaiser Franz Joseph in Warschau (Oktober) 289. W.s preußische Heeresreform 292 fg. Der Gesetzentwurf (Febr. 1860) 295 fg. Thronrede vom (12. Januar 1860) 297 fg. Schlußthronrede am 23. Mai 302.

König Wilhelm I., seit 2. Januar 1861, Erlaß „An Mein Volk" 7. Januar, Thronrede 14. Januar 304 fg. Unterredung mit B. in Baden-Baden (Juli 1861) 310 fg. Berät mit Schleinitz, dem Großherzog von Baden, Bernstorff u. a. in Ostende die deutsche Frage. desgl. 20. September in Koblenz auch mit B. 312 fg. Am 18. Okt. feierliche Krönung in Königsberg 313. Im Jahr 1861/62 313/340. B. beim König am 20. September 1862 341 fg. Am 23. September 1862 Ernennung B.s zum Staatsminister, wenige Tage später zum Ministerpräsidenten 342 fg. B. mit ihm von Jüterbogk nach Berlin 352 fg. W.s Antwort auf die Adresse des Abgeordnetenhauses (3. Februar 1863) 372. In der Zeit des polnischen Aufstandes (1863) 374/94. Im Sommer 1863 mit B. in Gastein 401 fg. Haltung gegenüber Österreich und dem Fürstentag in Frankfurt 402/419.

In der dänischen Frage seit 1862 Band III, 8 fg. Thronrede (9. November 1863) 22, 24. Verhältnis zum Erbprinzen v. Augustenburg 29 fg., 39 fg., 45 fg., 51 fg., 81 fg. Mit B. vor Düppel (1864) 93. Verhandlung mit Frankreich u. s. w. 95 fg., 123 fg. Bei den

Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich 123 fg., 133 fg., 143 fg. Verleiht B. am 10. Oktober 1864 den Schwarzen Adlerorden 149. Verweigert Abtretung preußischen Landes gegen Schleswig-Holstein 152 fg. Am 7. Dezember 1864 Siegeseinzug in Berlin 157. In der Frage eines Bündnisses mit Frankreich 165 fg. Beratung vom 29. Mai 1865 178 fg. Ungnade gegen den Erbprinzen von Augustenburg 195 fg. Seine Rechtsüberzeugung 196 fg. Ministerrat in Regensburg 21. Juli 199 fg. Ultimatum an Österreich 200 fg. Schließt am 14./19. August den Vertrag von Gastein 205/07. Erhebt B. in den Grafenstand (15. Sept. 1865) 207 fg. Genehmigt B.s Reise zu Napoleon nach Biarritz (1865) 211. Mit B. 26. November bei der Erbhuldigung in Ratzeburg 215 fg. König W. B.s festeste Stütze 1861 bis 1865 229 fg.

Herannahen des Krieges mit Österreich. Ministerrat vom 28. Februar 1866 258 fg. Schreiben an Napoleon vom 3. März 262 fg. Antwort Napoleons vom 7. März 263. Forderungen vom 11. März für Schleswig-Holstein 269 fg. Ministerrat vom 27 März 271. Antwort W.s an die Stadt Breslau 304 fg. Ministerrat vom 12. Juni 327 fg. Beratung mit B. am 14. Juni 331 fg. Aufruf „An das deutsche Volk" vom 18. Juni 336 fg., 339. Letztes Friedensangebot an Hannover 340 fg. Am 30. Juni mit B., Moltke und Roon Reise nach dem Kriegsschauplatz 345 fg. Mit denselben Paladinen in der Schlacht von Königgrätz 347 fg. Telegramm an Napoleon 5. Juli 357. W.s Wünsche bezüglich des Umfangs der Annexionen 372 fg. Denkschrift B.s darüber und über die politische Lage 24. Juli 378 fg. Entscheidung des Königs 378 fg. Küßt, umarmt und dekoriert B. beim Abschluß des Vorfriedens von Nicolsburg 26. Juli 383. W.s Entscheidung, daß der Landtag um „Indemnität" ersucht werde, 3. August 389 fg. Trifft mit B. am 4. August nachts in Berlin ein; jubelnder Empfang 391. Thronrede vom 5. August: „Indemnität". Ungeheure Wirkung 393/95. Beim Siegeseinzug vom 20. September wieder mit B., Roon und Moltke 424. Ordre an B. vom 12. Februar 1867 bei Verleihung der Dotation von 400000 Thalern 431 fg.

Thronrede bei Eröffnung des konstit. Reichstags des Norddt. Bundes 24. Februar 1867 438 fg. Schlußthronrede 460. 1867 bis 1870: Mit dem Kronprinzen, B. und Moltke zur Weltausstellung in Paris (5. bis 14. Juni 1867) Band IV, 5 fg. Im August mit B. in Ems und Koblenz 10. Gewährt Roon am 17. November Urlaub 13. Ernennt B. am 22. März zum erblichen Mitglied des Herrenhauses 14. Auf der Burg Hohenzollern 3. Oktober 35. Landtagsthronrede, November 53. Reise mit B. nach Hannover (Juni

1869) 102 fg. Thronrede im Reichstag (23. März 1868) 124. Thronrede beim Schluß des Zollparlaments (1868) 144 fg. Gründe für Erhaltung der Todesstrafe (1870) 181 fg. Schlußthronrede an den Reichstag (1870) 185. Ministerrat wegen des Moabiter Klostersturms (2. Februar 1870) 218 fg. Am 1. Juni mit B. nach Ems zur Begrüßung des Zaren 221 fg. Sein Verhalten zur spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold (Juni) 227 fg. In Ems vom 5. bis 13. Juli 242/45. Am 15. Juli Rückkehr von Ems nach Berlin. Der Kronprinz, B., Moltke und Roon fahren ihm bis Brandenburg entgegen 258 fg. Thronrede an den Reichstag 19. Juli 262 fg. Antwort an den Papst Pius 30. Juli 279. Am 25. Juli „Dank an das deutsche Volk" 280. Am 26. Juli bei der Taufe seiner Enkelin, Prinzessin Sophie 280. Am 31. Juli Aufbruch zum Kriegsschauplatz mit B. 281.

Im Felde 1870/71. Armeebefehl aus Mainz vom 2. August 281. Allgemeine Amnestie vom 3. August 281. „Proklamation an das französische Volk" vom 11. Aug. aus Saarbrücken 282 fg. Im Granatfeuer der Schlacht vom 18. August mit B. 287 fg. Desgl. in der Schlacht von Beaumont am 30. August 293 fg. Desgl. in der Schlacht von Sedan 1. September 295. Schreiben Napoleons und die von B. verfaßte Antwort 296. Zusammenkunft mit Napoleon 2. Sept. 302. Trinkspruch W.s am 3. Sept. 303. Seine (von B. verfaßte) Antwort an die Reichstagsabordnung in Versailles, 18. Dezember 350. Verleiht B. am 24. Dezember das Eiserne Kreuz I. Klasse 362: Neujahrsempfang in Versailles 363. Am 14. Jan. 1871 Rundschreiben an die deutschen Fürsten wegen Annahme der Kaiserwürde 366.

Kaiserfeier in Versailles am 18. Januar 1871: Kaiser Wilhelm I. 366 fg. B. zum Generallieutenant ernannt 367. Proklamation an das deutsche Volk 367. Ernennung B.s zum Reichskanzler 367 fg. W.s Mildthätigkeit für St. Denis 382 fg. Weist Thiers bezüglich der Friedensverhandlungen am 21. Februar an B. 385. Umarmt und küßt seine Paladine am 26. Februar beim Abschluß des Vorfriedens von Versailles 387. Telegramm an den Zar Alexander 388. Erhebt am 21. März 1871 B. in den erblichen Fürstenstand 399. Thronrede an den ersten gesamtdeutschen Reichstag, 21. März 399 fg. B. am 13. Juni im Reichstag über den „Kaiserlichen Feldherrn" 434. Schlußthronrede am 15. Juni 436. Dotation des Kaisers an B. 24. Juni: Friedrichsruh 443 fg.

Im „Kulturkampf" u. s. w. (1871) Band V, 10 fg. Mit Kaiser Franz Joseph in Salzburg 7. September 25. Reichstagsthronrede 16. Oktober 27 fg. Gegen die in Fulda versammelten Bischöfe (18. Oktober) 43 fg. Ent-

läßt den Minister v. Mühler (17. Januar 1872) 46. Ernennt Falk zu dessen Nachfolger, 22. Januar 46. Zu B.s silberner Hochzeit (26. Juli 1872) 86 fg. Dank B.s 87 fg. Bei der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (September) 89 fg. Gegen das Herrenhaus für die Kreisordnung 94 fg. B. an den König 13. November 95. Weihnachtsgeschenk an B. und dessen Dank 99 fg. Antwort W.s an B. 1. Jan. 1873 100 fg. Thronrede an den Reichstag, 12. März 114 fg. Für den Grafen Arnim 126 fg. Wendet sich von Arnim ab 138 fg., 146 fg. Ruft Arnim von Paris ab (22. Febr. 1874) 149. Mit B. in Petersburg (April und Mai 1873) 152. Mit B. in Wien (Oktober 1873) 153 fg. Empfängt den Besuch des Königs Victor Emanuel in Berlin Sept. 1873) 154 fg. Gegenbesuch in Italien (1875) 157 fg. Berät mit B. Roons Entlassungsgesuch (Oktober 1873) 167 fg. Gewährt es am 9. November 168. Beglückwünscht B. zur Errettung bei Kullmanns Mordversuch (1874) 204. Gewährt B. am 4. Juni 1875 Urlaub auf unbestimmte Zeit statt der erbetenen Entlassung 232 fg. Sendet 1879 an B. die drohenden Briefe des Zaren 285 fg. In Alexandrowo beim Zaren 286. Sträubt sich gegen den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag 287. — An den Papst Leo XIII. (24. März 1878) 313 fg. Desgl. (2. Juni 1878) 330. Schreibt auf B.s Entlassungsgesuch v. 7. April 1877: „Niemals!“ 359 fg. Schreiben an Roon 17. April über die „Kanzlerkrisis“ 361. Thronrede vom 12. Februar 1879 384 fg. Glückwunsch und Geschenk zu B.s Geburtstag 422 fg. Feier der goldenen Hochzeit (11. Juni 1879) 424. Auf B.s Entlassungsgesuch vom 7. April 1880: „Es bleibt bei meinem ‚Niemals!‘“ Band VI, 6. Thronrede im Landtag (1882) 58 fg. Schreiben an den Papst 22. Dezember 59.

Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, 79 fg. Kaiserbotschaft vom 14. April 1883 85. Erlaß des Königs vom 4. Jan. 1882 126 fg. Allerhöchste Botschaft vom 1. Dezember 1885 (auf die Poleninterpellation) 161 fg. Thronrede an den Landtag (1886) 166 fg. — Mit Zar Alexander in Danzig (1881) 176 fg. Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice (1884) 186. — W.s Mildthätigkeit beim Notstand am Main und Rhein (Anfang 1883) 240 fg. Einweihung des Niederwalddenkmals (28. September 1883), Vereitelung des Mordanschlages von Reinsdorf und Genossen 245 fg. Handschreiben an B. (1. September 1884) 250 fg. Huld und Geschenk zu B.s Geburtstag (1885) 256 fg. Bestätigt und genehmigt „die Schönhauser Stiftung“ (aus der B.-Spende) April und August 1885, 262 fg. Sein 25jähriges Regierungsjubiläum (1886) 267. Mit Kaiser Franz Joseph in Gastein 269. Neunzigster Geburtstag (22. März 1887) 272. Erkrankt

(3. März 1888) 277 fg. Die letzte Unterschrift 278. Letzte Unterredung mit B. 279. Seine letzten Worte 279. † am 9. März 279 fg. B.s Trauerrede 280 fg. Welttrauer 294 fg. B. an seiner Gruft 28. März 1890 nach seiner Entlassung 402 fg.

Wilhelm, Prinz von Preußen, später Kronprinz und König und Kaiser Wilhelm II. B. im Abgeordnetenhause an seinem 3. Geburtstage II, 370. Am 2. Juni 1880 seine Verlobungsfeier VI, 225. Vermählung am 28. Februar 1881, 227. Wird am 7. März 1888 Stellvertreter des erkrankten Kaisers Wilhelm I., 278. Kronprinz und Stellvertreter seines erkrankten Vaters Kaiser Friedrich (9. März) 295. Sein Toast an B.s Geburtstagstafel 297, Kaiser und König Wilhelm II. (15. Juni 1888) 309 fg. Entrüstung über die Veröffentlichung von „Kaiser Friedrichs Tagebuch“ 313 fg. B.s Bericht darüber 317 fg. W.s Regierungsprogramm durch B. dem Bundesrat mitgeteilt 21. Juni 317 fg. Erste Reichstagseröffnung 25. Juni 318. Thronrede 318 fg. Gutes Verhältnis zu B. 319 fg. Bestätigt die Berufung Harnacks nach Berlin 322 fg. Gegen die Mucker 328 fg. Entläßt Stöcker (1889) 322 fg. Für das Kartell 325 fg. Schreiben an B. (31. Dezember 1888) 326 fg. Gegen die „Kreuzzeitung“ 327 fg. Beim Bergarbeiterstreik (1889) 329. Friedensreisen (1888/89) 329 fg. Bei B.s parlamentarischen Festen (1889) 334 fg. Geschenke zu B.s Geburtstag (1889) 335. Handschreiben Ende 1889 an B. 339. Erste Verstimmung gegen B. 372 fg. Die Verhandlung im Kronrat vom 24. Januar 1890, 377/386. Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar erscheinen ohne B.s Gegenzeichnung 387 fg. Neuere Verstimmung gegen B. 372 fg. W. bei B. am 15. März 1890, 393 fg. Fordert B.s Entlassungsgesuch 364 fg. Entlassung B.s, 20. März 1890 397 fg.

Telegramm nach Weimar 398 fg. Abschiedsaudienz B.s 26. März 402. Besuch in England (1890) 410 fg. Englische Politik 422 fg. Der Draht mit Rußland reißt ab 423. Neue Handelsverträge 426 fg, „Versöhnungspolitik“ (1890 fg.) 420 fg. Bei den Manövern in Ungarn (1893), Telegramm an den erkrankten B. 19. September 482 fg. Sendet Januar 1894 den Grafen Moltke nach Friedrichsruh 483 fg. Empfang B.s in Berlin am 26. Januar 1894, 484 fg. W. 19. Februar in Friedrichsruh 480 fg. Telegramm u. s. w. zum 1. April 487. Rede gegen die großpolnischen Umtriebe (22. September) in Thorn 493 und gegen die konservative Opposition (6. September) in Königsberg 495. Verabschiedung Caprivis (26. Oktober 1894) 496 fg. Telegramm an B. nach der Schmach des Reichstags (vom 23. März 1895) 502 fg. W. in Friedrichsruh am 26. März

505 fg. Toast des Kaisers auf B. 1. April 509. Verhältnis zu B. 1895 VII, 8/10. In Friedrichsruh am 16. Dezember VII, 10, Verhältnis zu B. 1896 VII, 27 fg. Desgl. 1897 VII, 57 fg. Zu B.s 60jährigem Militärjubläum (1898) 92 fg. Rede in Oeynhausen 112. Zehnjähriges Regierungsjubiläum 121 fg. Nach B.s Tod 134 fg., 138 fg., 141 fg., 156.

v. Willisſen, General, preuß. Gesandter nach Kassel (11. Mai 1862) II, 323 fg.

Wimpfen, französischer General bei Sedan, verhandelt nachts 1. Sept. 1880 in Donchéry IV, 297 fg. Schließt mit Moltke am 2. Sept. die Kapitulation von Sedan 302.

Windiſchgrätz, Fürst Alfred (1848) I, 144. B. bei ihm in Wien (Juni 1852) 371.

Windthorſt, Dr. Ludwig, B.s Studiengenosse I, 29. Abg. zum Land- und Reichstag. Im Landtag 1869 gegen die Beschlagnahme des Welfenfonds IV, 150 fg. Im Reichstag 1871 Führer der „kath. Partei", deren Politik 401 fg. Antrag auf Einsetzung eines „Oberhauses" 410 fg. Centrumsprogramm (1871) V, 7 fg. Im Landtag (1872) 49 fg. Im Reichstag (1873) 115 fg. Desgl. (1874) 181 fg. Am 4. Dezember 211 fg. Am 14. März 1875, 221 fg. Febr. 1878 279 fg., 273 fg. (1879) 389 fg., 396 fg., 406 fg. (1880) VI, 23 fg. (1881) 36 fg., 39, 57 fg. (1882) 90 fg. (1884) 141 fg., 143 fg., 151 fg. (1885) 163 fg. (1886) 166 fg. (1887) 208 fg., 211 fg. Bei B. (1884) 248 fg. Bei B. am 14. März 1890, 392 fg. † 14. März 1891, Trauer des neuen Kurses um ihn 432.

Winterer, 1874 elsässischer Reichstagsabg. V, 207 fg.

Wintzingerode, nassauischer Minister I, 358.

Wintzingerode, preuß. Anführer im dänischen Kriege III, 115.

Wippermann, Mitgl. des Erfurter Parlaments I, 213.

Wippermann, A., „Fürst B. im Ruhestande" VI, 380 fg. „Fürst B.s 80. Geburtstag" 499 (Note) fg.

v. Wißmann, Afrikaforscher, wirft als deutscher Hauptmann den Araberaufstand (1888) in Ostafrika nieder VI, 367 fg. VII, 43.

Witte, Reichstagsabgeordneter (1879) V, 387 fg.

Wittgenſtein, Fürst, preuß. Minister nach 1815 I, 90 fg.

Wittgenſtein, Minister in Nassau, B. über ihn I, 392. Verhandlung mit ihm 456, 470.

Wodehouſe, 1863 englischer Gesandter in Kopenhagen III, 42.

Woelfel, 1868 preuß. Abg. IV, 199.

C. Woermann (zugleich Firma) Kolonialpionier und -Gründer (1882 fg.) VI 349. In Friedrichsruh (1894) 487.

Wohlgemuth, deutscher Polizeikommissar, in Rheinfelden Schweiz (1889) verhaftet VI, 340.

Wolf, Schornsteinfegermeister in Rathenow (1849) I, 178.

Wolff, Julius, Dichter VI, 503.
Wolffson, 1880 hamburgischer Reichstagsabg. VI, 22 fg.
Wolffohn, W., Urteil über B. (1850) I, 246.
Wollmann, Dr., Gymnasiallehrer in Braunsberg, vom Bischof gemaßregelt (1871) V, 42 fg.
v. Wrangel, preuß. Feldmarschall, rückt November 1848 in Berlin ein I, 145 fg. Führer der Preußen im dänischen Kriege (1864) III, 58 fg., 72 fg., 80 fg. Kaltgestellt 85 fg. Fordert und erhält seine Entlassung, Erhebung in den Grafenstand 114.

Y.

Ysenburg-Büdingen, Graf, (außerehelicher Sohn des Kurfürsten von Hessen) prügelt Hassenpflug, II, 269 fg.
Ysenburg, Prinz, 1866 preußischer Gesandter in Hannover. Letzte Warnung B.s an Hannover durch Y. 20. und 28. Mai III, 309 fg.

Z.

Zacharias, Dr., Otto, VII, 62.
Zander, Intendanturrat in Posen VI, 228 fg.
v. Zedlitz, 1864 preuß. Civilkommissar in Schleswig III, 77 fg., 170 fg., 173 fg., 175 fg.
v. Zedlitz-Neukirch, Mitglied des preuß. Herrenhauses V, 107 fg.
v. Zedlitz-Trützschler, 1892 preuß. Kultusminister. Seine Volksschulgesetzvorlage VI, 441 fg. Gestürzt am 17. März 442.
Ziegler, preuß. und Reichstagsabg., gegen den Abfindungsvertrag mit Hannover IV, 66 fg.
Zinn, Dr., 1876 bayerischer Reichstagsabg. V, 266 fg.
Zitelmann, Reg.-Rat., B.s Gehilfe in Frankfurt von 1851 an I, 282 fg.
Zola, Emile VII, 90 fg.

Alphabetisches Sachregister.*)

Zu Band I bis VI dieses Werkes einschließlich des Anhangbandes.

A.

Aachen, B. als Regierungsreferendar daselbst, I, 41 fg.

„Abfindungsverträge" Preußens mit den „Depossedierten (1866 fg.) IV, 64 fg.

Abgeordnetentag, deutscher (1863) II, 417 fg. (1863) III, 43, 149.

Aegyptische Wirren (1879/86) VI, 195 bis 200.

„Aera, die neue" in Preußen (1858 fg.) II, 222 fg. B. darüber 226 fg. Deren Ende (März 1862) 317 fg.

Agrarier, die, neue Partei (von 1876 an) V, 252 fg.

Allgemeines Stimmrecht, B.s Gründe für dessen Einführuug in die deutsche Verfassung III, 274 fg.

Alsen, eingenommen (1864) III, 115 fg.

Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz VI, 96/106.

Angra-Pequena (1883 fg.) VI. 347.

Ansiedelungsgesetze, preußische (1886) gegen die Polen VI, 171 fg., VII, 43 fg.

Armeereform, die preußische, 1858 fg. B. darüber (1859) II, 243 fg., 249 fg. Grundlagen 292 fg. Gesetzentwurf (von 1860) 297 fg. Opposition 298 fg. B.s Standpunkt 302 fg. Der Landtag dagegen (1861) 304 bis 306. Desgl. (1861/62) 314/16. (1862) 338/41. Ministerium B. 342/54. S. von 1863 bis 1866 den Artikel: „preuß. Verfassungskonflikt".

B.

Baden, siehe „oberrheinischer Kirchenstreit". Friedensschluß und Bündnisvertrag mit Preußen (1866) III, 404. Stimmung (Ende 1867) IV, 46 fg. (1870) 174 fg.

Baden-Baden, Zusammenkunft des Prinzregenten von Preußen mit Kaiser Napoleon daselbst (1860) II, 285.

Battenbergisches Heiratsprojekt (1888) VI, 299/303.

Bayern, in der dänischen Frage (1864)

*) Zu vgl. die Note zum alphabetischen Personenregister S. 175. Bismarck ist mit B., der Anhangsband mit Bd. VII bezeichnet.

III, 34 fg. Thronwechſel (1864) 89 fg. (1866) 274 fg., 384 fg. Friede und Bündnisvertrag mit Preußen 407 fg.

Belgien, deſſen Haltung 1852, B. darüber I, 479 fg. Franzöſiſche Umtriebe in Belgien (1868/69) IV, 193 fg. Franzöſiſche Anſchläge auf Belgien von B. enthüllt (1870) 276 fg. Verhältnis zu Deutſchland (1873 fg.) V, 158 fg.

Bergarbeiterſtreik, der große (1889) VI, 329.

Berlin, B.s Jugendjahre daſelbſt (1821/1832) I, 16/26. Student daſelbſt (1834) und beim Stadtgericht (1835) 40. B. daſelbſt 1848, 123 fg.

Berliner Kongreß (1878) V, 281/84.

Biarritz, B. und Napoleon daſelbſt (Oktober 1865) III, 211/214.

Börſenſteuer (1881) VI, 7 fg.

Braunſchweigiſche Verfaſſungsfrage (1884) VI, 143 fg.

Bremen, ſ. Zollanſchluß.

Breslau, Zuſammenkunft des Zaren und Prinzregenten (in Begleitung B.s) daſelbſt (1859) II, 276 fg.

Brüſſeler Verhandlungen (1871) IV, 420.

Bulgariſche Frage (1879/86) VI, 184/90.

Bundeskanzleramt, deſſen Errichtung IV, 17. B. darüber 37.

Bundesreform, Bayerns (1855) II, 116 fg. des Herrn v. Beuſt (1856) 119 fg. (1857) 144 fg. B.s (März 1866) III, 273 fg. April (1866) 279/284. B.s Entwurf der künftigen deutſchen Verfaſſung (10. Juni) 322 fg.

Bundestag, deutſcher in Frankfurt, deſſen „Reaktivierung" (1851) I, 279 fg. B.s Ernennung als preuß. Vertreter 280 fg. Seine Aufgabe daſelbſt 307 fg. Seine Wandlung daſelbſt 309 fg. Seine Kämpfe und Erfolge daſelbſt (1851) 311/34. (1851/52) 335/50. Der Bundesrat in der orientaliſchen Frage (1853 fg.) II, 3/114. In der Neuenburger Verwickelung (1856 fg.) 121/135. In der Raſtatter Beſatzungsfrage (1857/58) 150/166. (1858) 233/256. Gegenüber Oeſterreichs Delegiertenprojekt (1862) 360 fg. In der polniſchen Frage (1863) 375/392. Beim Frankfurter Fürſtentag (1863) 403/418. In der ſchleswig-holſteiniſchen Frage (1863/64) III, 3/70. Während des Krieges gegen Dänemark (1864) 71/123 Während des preußiſch-öſterr. Mitbeſitzes an den Elbherzogtümern (1864/65) 127/179. Bis zum Vertrag von Gaſtein (1865) 194/208. Bis Januar 1866 208/227. Januar bis Mitte Juni (1866) 241/341. Auflöſung 282, 435 fg.

C.

Centrum ſ. Zentrum.

D.

Dänemark ſ. Schleswig-Holſteiniſche Frage u. Art. V d. Prager Friedens. Däniſche Hetzereien (1869) IV, 201.

Danewerk, das, von den Dänen geräumt (1864) III, 75.

„Darmſtädter Koalition" (1852) I, 363 fg.

Deutſche Frage, die (1848) I, 125 fg. (1849) 172 fg., 180 fg. (1859 fg.) B. darüber II, 243 fg., 249 fg., 263 fg., 282 fg., 285, 287 fg., 290.

Deutſcher Kolonialverein (1880) VI, 347 fg.

Deutscher Zollverein s. Zollverein.
Deutsches Parlament (1848) s. Frankfurt.
Deutschfreisinn, der, 1880 fg. VI, 44 fg., 75 fg., 77 fg., 111 fg., 114 fg., 121 fg., 126, 128 fg., 132 fg., 136 fg., 139, 146 fg, 149 fg., 154 fg., 166 fg., 189 fg., 203 fg., 293 fg., 326 fg., 345 fg., 356 fg., 376 fg.
Deutsch-italienischer Bündnisvertrag (Dreibund) 2. Januar 1883 V, 297/98.
Deutschkonservative Fraktion (1876 fg.) V, 252.
Deutsch-österreichischer Bündnisvertrag (vom 7. Oktober 1879, Dreibund) V, 287,92.
Deutsch-Ostafrika (1884/85) VI, 363/68.
Deutsch-Südwestafrika (1882/84) VI, 348 fg.
Deutsch-Westafrika (1882/84) VI, 349 fg.
Donchéry, B. daselbst (Nacht vom 1./2. September 1870) IV, 296 fg. B. mit Napoleon im Weberhause von D. (2. Sept.) 300.
Dreibund, der V, 285/298.
Dreikaiserbündnis (oder „-Verhältnis") (1871 fg. V, 28 (1872) Kaiserbesuche in Berlin, 3. September 89 fg. (1873) B. mit Kaiser Wilhelm in Petersburg und Wien 152. Besuche der beiden Kaiser in Italien (1875) 157 fg.
Dreiklassenwahlsystem, preuß. I, 177 fg. B. darüber II, 400.
Dreikönigsbündnis (1849 fg.) I, 182 fg. Bruch desselben 197 fg.
Dresdener Konferenzen (1850/51) I, 278 fg.
Düppeler Schanzen, belagert (1864) III, 86 fg. erstürmt am 18. April 92 fg.

E.

Einzellandtage und Reichspolitik, B. darüber VII, 42 fg.
Eisenbahnpolitik B.s (1873 fg.) V, 121 fg. (1880/85) VI, 4 fg.
Elbschiffahrtsakte, neue (vom 7. März 1880) VI, 24 fg.
Elsaß-Lothringen „Reichslande" IV, 308, 416 fg. (1872) V, 74 fg. (1873) 115 fg., 116 fg. (1874) 208 fg. (1877) 305 fg. (1879, neue Verfassung) 310.
Ems, Vorgänge daselbst, 13. Juli 1870 IV, 242.
Emser Depesche, die (vom 13. Juli 1870) IV, 244/253.
England, in der schleswig-holsteinischen Frage 1850 fg. I, 233 fg., 401 fg., 406 fg. In der orientalischen Frage (1853 fg.) II, 3/114. In der polnischen Frage (1863) 375/92. In der dänischen Frage (1863/64) III, 42 fg., 87 fg., 97,112, 127 fg. In der luxemburgischen Frage (1867) 455/58, IV, 33. B.s Vertrag mit England (9. Aug. 1870) 270. Eifersucht E.s auf die deutschen Siege 306 fg., 327 fg., 340 fg. E.s Einmischung (Januar 1871) 387 fg. s. Kolonialpolitik (deutsche) u. Battenbergisches Heiratsprojekt. Vertrag mit E. (vom 1. Juni 1890) VI, 420 fg.
„Entlassungsgesuch" B.s (vom 18. März 1890) VI, 306 fg., VII, 162/167.
Erfurter Parlament (1850) I, 209 fg. B. daselbst 211 fg.
„Europäisches Konzert" (1897) ohne B.s Taktstock VII, 80 fg.
Evangelischer Bund, B.s Plan eines solchen (1854) I, 470 fg.

F.

„Februarbedingungen“, die preußischen (1864) bezügl. Schleswig-Holsteins III, 163.

Fidschi (1868/85) VI, 342.

Flottenfrage, deutsche (1851/52) B. darüber I, 335/350.

Flottenvorlage, deutsche (1897), B. dafür VII, 80 fg.

„Frankensteinische Klausel“ (1879) V, 403 fg.

Frankfurt, von Preußen annektiert (1866) III, 378 fg.

Frankfurter Friede (10. Mai 1871) IV, 422 fg. Jubelfeier desselben VII, 30 fg., 35.

Frankfurter Fürstentag s. Fürstentag.

Frankfurter Parlament I, 142 fg.

Frankfurter Verfassungsfrage (1852/53) I, 435 fg.

Frankreich. Staatsstreich vom 2. Dez. 1851, B. darüber I, 330 fg. (1852) B. über die Anerkennung des Kaisertums und ein Bündnis mit F. 479 bis 486. F. in der orientalischen Frage (1853/56) und B. darüber, sowie über Preußens Verhältnis zu F. II, 121/143. In der ital. Frage (1859) 235/256. B. über das Verhalten zu F. (1859) 273. (1860) 279 fg., 282 fg. Handelsvertrag mit Preußen (März 1862) 323, 359. Verh. zu Preußen (1863) 417. In der dänischen Frage (1864) III, 23 fg., 95 fg., 209 fg. Im Jahre 1866 257 fg., 262 fg. Scheitern des Kongreßplanes 310 fg. Geheimer Vertrag mit Österreich (12. Juni) 312 fg. Eindruck der Schlacht von „Sadowa“ in F. 350/382. Juli und August 390 fg., 397/401, 410 fg. In der luxemburg. Frage (1867) 455/458. Verhältnis zu Deutschland (1867 fg.) IV, 28 fg. Kongreßplan 51, 65 fg. B. 1869 über die Aufgaben Deutschlands und F.s 101 fg. Auswärtige Politik F.s (1868/70) 190 fg. Umtriebe in Belgien 193 fg. Geheime Verhandlungen mit Österreich und Italien 194 fg. Gescheitert 196. Juli 1870 227/223. Krieg! 254. B.s Enthüllungen 276 fg. Der Krieg Juli bis Dezember 1870 275/362. Dezember 1870 bis Januar 1871 (Vorfriede von Versailles) 363/388. März bis Mai 1871 (10. Mai Frankfurter Friede) 394/425. Bedrohung Italiens (1873) V, 156. Deutschland beschickt die Pariser Ausstellung von 1878 nicht 261. (1882/86) Deutschlands Verh. zu F. VI, 202/222.

Friedrichsruh, Dotation des Kaisers an B. (1871) IV, 422.

Fürstentag, deutscher, in Berlin (1850) I, 231 fg.

— deutscher, in Frankfurt (1863) Preußen lehnt die Einladung ab II, 403 fg. Verhandlungen in Frankfurt 406 fg. Völliges Mißlingen 409/418.

G.

Gastein, Vertrag von, 14. August 1865, „Verklebung der Risse im Bau“ III, 203/208. Urteile und Eindruck 208/15.

Getreidezölle (1879) V, 397. Deren Erhöhung (1885 fg.) VI, 15 fg.

„Gothaer, die“ I, 183 fg.

Gotthardbahn, die, 1870 von Deutschland mit ermöglicht IV, 184.

„Gründerperiode, die“ (1871/73) V, 120 fg.
Guinea VI, 361.

H.

Hamburg s. Zollanschluß.
„Hamburger Enthüllungen“ (1896) über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag (1884/90) VII, 48/56.
Handelsvertrag, deutscher, mit Frankreich (1862) II, 323, 359 fg. Mit Österreich (1864) III, 129 fg. Mit Italien (November 1865) 223. Mit Österreich (1879) V, 366, 387. Neue (1881 fg.) B.s Grundsätze VI, 17 fg. Die Handelsverträge des „neuen Kurses“ (1890 fg.) VI, 423, 426 fg., 446 fg., VII, 15 fg., 41 fg., 117 fg.
Hannover (s. Dreikönigsbündnis). Zollanschluß an Preußen (1851) I, 352. Wankt in der Treue (1852) 395 fg. 1866 III, 295 fg., 309 fg. Von Preußen annektiert 378 fg., 384 fg., 435 fg. Abfindungsvertrag IV, 64. S. auch Welfenfonds, Welfenlegion.
Hannoverscher Provinzialfonds IV, 68 fg.
Hannoversche Umtriebe (1868 fg.) IV, 65 fg.
Hansestädte s. Zollanschluß.
Heeresreform, preußische s. Armeereform.
Herero-Land (1868/1885) VI, 342.
Herrenhaus, preuß., B. darin (1852) Dessen Rechte, B. darüber (1869) IV, 149. Konservative Fronde gegen B. (1872 fg.) V, 59/62; gegenüber den Maigesetzen (1872) und der Verfassungsänderung 107/113.
Hessen-Darmstadt, Verwickelung mit Preußen (1853) I, 449 fg. (1866) Friedensschluß und Bündnisvertrag mit Preußen III, 405. Haltung 1867, Rüge B.s IV, 52.
Holzzölle (1879) V, 99 fg. Deren Erhöhung (1885 fg.) VI, 15 fg.

J.

„Indemnitätsgesetz“, preußisches, zur Beseitigung des preuß. Verfassungskonfliktes (s. d. Art.) III, 386/395, 416 fg.
„Interim, das“ (1849) I, 184 fg.
Invaliditäts-Versicherungsgesetz VI, 97 bis 106.
Italien. Italienische Frage (1858 fg.) II, 233 fg. Italienisch-französischer Krieg gegen Österreich (1859) 236 fg. B. darüber und über das Verh. Preußens zu J. 249 fg., 273 fg., 282 fg. (1866) III, 258 fg. Bündnis mit Preußen (8. April) 264/272. Im Krieg 350 fg., 355 fg. Waffenstillstand 11. Aug. 400. Friedensschluß 3. Okt. 314. Politik seit Febr. 1867 IV, 49 fg. (1868/69) geheime Verhandlungen mit Frankreich 194. Gescheitert 196. Der König von J. 1873 in Wien und Berlin V, 155. Politische Bedeutung des Besuchs 154. Von Frankreich bedroht (1873) V, 156. Gegenbesuche beider Kaiser in J. (1875) 157. B. über das italienische Bündnis (1875) 183. Verhältnis Deutschlands zu J. 293/96. Beitritt J.s zum Dreibund (2. Januar 1883) 297. Crispi über B. und den Friedensbund 298.

J. (Jot.)

Jarchelin, B.sches Stammgut I, 11 fg.

K.

Kabinettsordre, preußische (vom 8. Sept. 1852) VI, 391, VII, 162 fg.
Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 VI, 80 fg.
Kaiserproklamation von Versailles (18. Jan. 1871) IV, 366 fg.
Kamerungebiet, deutsches, VI, 350 fg.
„Kanzlerkrisis" (1877). „Niemals!" V, 356/361.
Karolineninseln (1885) VI, 353 fg.
Kartell (1887) s. Reichstag („Kartellreichstag"), „Kartell aller produktiven Stände" VII, 78 fg., 109 fg.
Katholische Abteilung im preuß. Kultusministerium (1871) aufgehoben V, 10 fg.
„Kettenburgische Angelegenheit" am Bunde (1851 fg.) I, 471 fg.
Kleinbauern, B.s Fürsorge für sie VI, 17.
Kniephof, B.sches Familiengut in Pommern, B.s Kindheit daselbst I, 12 fg.
Königgrätz, Schlacht vom 3. Juli 1866 III, 397.
Kolonialpolitik, deutsche, B.s VI, 342/369, VII, 43 fg.
Kommune, Pariser (1871) IV, 398 fg.
Kongokonferenz (1884/85) VI, 352.
„Konservative Fronde" gegen B. (1872 fg.) V, 57/62.
Krankenkassengesetz (1882/83) VI, 87 fg.
Kreisordnung, preußische (1872), V, 92 fg.
Kreter, die, B. darüber VII, 47 fg.
Kreuzzeitung, die, gegen B. (1876) V, 250 fg.
„Kreuzzeitungsdeklaranten, die" (1876) V, 250 fg.
Krieg gegen Dänemark (1864) III, 3/148. K. von 1866 337/426 K. von 1870/71 s. Frankreich.
Kriegsdienstgesetz, norddeutsches (1867) IV, 41 fg. Deutsches (1874) V, 186 fg. (1886) VI, 203 fg. (1892) 476 fg.
Krimkrieg (1853 fg.) s. Orientalische Frage.
Külz, B.sches Familiengut I, 11 fg.
Küstenschiffahrtsgesetz (1881) VI, 20.
„Kulturkampf" (Kampf der Abwehr des Staates gegen die kirchliche Herrschsucht 1871 fg.). B.s Standpunkt in demselben V, 9 fg. Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium 10, 42 fg, 45 fg. Preuß. Schulaufsichtsgesetz (1872) 51 fg. Die konservative Fronde 57/62. Die vier preußischen Maigesetze (1872) 102 fg. Deren Urheberschaft VII, 44 fg. Die Verfassungsänderung V, 107 fg. Das preuß. Civilehegesetz (1873/74) 171/178. (1875) 217/225. „Brotkorb-" (Sperrgelder-) Gesetz 219 fg. Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 der preuß. Verfassung 225 fg. VII, 115. Versuche einer Verständigung mit Rom (1878/79) V, 313/20. Weitere Versuche (1880/83) VI, 46/61.
Kurfürst von Hessen, Beschlagnahme seines Vermögens (1868) IV, 152 fg.
Kurhessen, von Preußen annektiert (1866) III, 378 fg.
Kurhessische Frage (1850) I, 236 fg. (1859 fg.) II, 268 fg. (1862) 323 fg., 359 fg.
„Kurs, der neue" (1890 fg.) VI, 407/496. VII, 15 fg.

L.

Landtag, preußischer, B. in der II. Kammer (1849) I, 166 fg., 185 fg. (1850/51) 242/250. (1852) 490/95. S. auch „Preuß. Verfassungskonflikt" (1860/66). (1867) IV, 53/79. (1868) 146/156. (1860) 173. S. auch „Kulturkampf". (1880/83) VI, 46/61. (1881 fg.) 117/122. (1886) 166/171.

Landwirtschaft, ihre Lage, B. darüber VII, 11 fg.

Lauenburg, preußische Besitzergreifung von L. (1865) III, 215 fg., 244 fg.

Lippe-Detmold, Verfassungs-Frage (1853 bis 1854) I, 433 fg.

Lippehne, B.s Heldenthat daselbst (1842) I, 46 fg.

Londoner Konferenz (1864) in der dänischen Frage III, 87 fg. Gescheitert 112.

Londoner Protokoll (1852) bezüglich Schleswig-Holsteins I, 406 fg.

Londoner Vertrag über Luxenburg (11. Mai 1867) III, 458. IV, 33.

Londoner Pontuskonferenz (1870/71) IV, 341 fg.

Lotteriesteuer, deutsche (1881) VI, 7 fg.

Lüderitzland (1883) VI, 347.

Luxemburg, B. über den Zollvertrag mit L. (1853) II, 487. **L.sche Frage** (1867) III 455/58. IV, 33.

M.

Märzrevolution (1848) deutsche und Berliner I, 123. B. am 22. März in Berlin 127.

„Maulkorbgesetz" (1879) V, 343 fg.

Meiningen, Friedensschluß mit Preußen (1866) III, 426. Im Nordd. Bund 435 fg.

Metz, Kapitulation (vom 27. Oktober 1870) IV, 335.

Militärvorlage, deutsche, (1874) V, 186. (1886) VI, 203 fg. (1892) 476 fg.

„Monroe-Doktrin", B. darüber VII, 47.

Münzeinheit, deutsche V, 34.

N.

Nassau, Kirchenstreit (1854) I, 469 fg. (1866) von Preußen annektiert III, 378 fg. Abfindungsvertrag IV, 64.

Nationaleigentümlichkeiten, deutsche, B. darüber VII, 79.

Nationalliberale Partei, deren Entstehung (1866) III, 394, 432 fg. Deren Spaltung (1880) VI, 43. Deren Wiederhebung (1884) 135 fg. „Mitarbeiterin" B.s VII, 37.

Nationalverein, deutscher (1859 fg.) II, 265. (1863) 417. (1864) III, 149.

Nationalversammlung, deutsche (1848/49) I, 142 fg.

Nationalversammlung, französische (Febr. 1871) IV, 383 fg.

Nationalversammlung, preußische (1848) I, 144 fg.

Neubritannien, (1886) VI, 362.

Neuenburger Verwickelung (1856/57) II, 121/136.

Neuguinea (1866) VI, 362.

Nikolsburg, Vorfriede von (26. Juli 1866) III, 374/82.

Nordamerika s. Vereinigte Staaten v. N.

Norddeutscher Bund, Verfassung III, 435 fg., 465 fg. Wahlen zum konstit. Reichstag (12. Februar 1867) 434 fg. Konstit. Reichstag 438/460. Ausbau der Einheit (1867) IV, 16. Reichstagswahlen August 30. Reichstag (Herbst 1867) 31/45. Frühjahr 1868, 124/134. Frühjahr 1869 156/172. Frühjahr

1870 174/185. Juli 1870, 261/265. Im November 1870, 349 fg. „Kaiser und Reich“ 349.

Nordostseekanal, dessen Einweihung und B.s Verdienst an demselben VII, 8 fg.

O.

Oberrheinischer Kirchenstreit (1851/53) I, 457/466.

Oesterreich (1848 bis November) I, 144 fg. Schwarzenbergs Politik (1848/50) 159 fg., 178 fg., 184 fg., 209 fg., 233 fg., 236 fg., 243 fg. (1851) 278 fg. Am Bundestag (1851/53) 311/520, (1853/56) in der orientalischen Frage II, 3/114. In der Neuenburger Verwickelung (1856/57) 121/135. In der Rastatter Besatzungsfrage (1857/58) 150/166. Im Krieg gegen Frankreich und Italien (1859) 233/256. O.s Delegiertenprojekt (1862 fg.) 360 fg. B. für ein deutsches Parlament 365 fg. In der polnischen Frage (1863) 375/392. Beim Frankfurter Fürstentag (1863) 403/418. In der Schleswig-Holsteinischen Frage (1863) III, 3/70. Im dänischen Krieg bis zum Frieden 71/123. Während des Mitbesitzes der Elbherzogtümer mit Preußen (1864/65) 127/179. Bis zum Vertrage von Gastein (1865) 194/208. Bis Januar 1866 241/284. Bis Mitte Juni 285/341. Im Kriege von 1866, Juli 337/383. Juli bis Okt. 384/419. 1867/1870 IV, 20/30, 65 fg, 146 fg. Geheime Verhandlungen mit Frankreich 190 fg., 196, 205/209. (1870) 306 fg., 327 fg. B. erneuert die Freundschaft mit O. (Dezember 1870) 357 fg. Verhältnis zu Deutschland 1871 fg. V, 22 fg. Kaiserzusammenkunft in Salzburg (7. September 1871) 25. (1878 fg.) 279 fg., 285 fg. Deutsch-österr. Bündnis (vom 7. Oktober 1879) 287/292. Handelsvertrag mit Deutschland (1879) 387. (1890) VI, 423, 426 fg., 446 fg. VII, 15 fg., 41 fg.

Oldenburg, Ansprüche auf Schleswig-Holstein (1864) III, 110 fg.

Olmützer Punktation (29. November 1850) I, 243 fg.

Orientalische Frage und „Krimkrieg“ (1853/1856) II, 3/114.

Orientalische Politik B.s (1875) V, 241 fg. (1876) 257 fg. (1877) 271 fg. (1877/78) 275. Berliner Kongreß (1878) 281/284. S. auch Bulgarische Frage, Aegyptische Wirren.

P.

Paris, B. Gesandter daselbst (1862) II, 325 fg.

Pariser Kongreß (1856) in der orientalischen Frage und Pariser Frieden (30. März 1856) 106 fg. In der Neuenburger Frage (1857) 133 fg. Vertrag vom 26. Mai 135 fg.

Parlamentarische Abende bei B. von 1869 an IV, 164 fg.

Patent, preußisches, vom 3. Februar 1847 I, 103 fg.

„Patrimonium der Enterbten“, das VI, 77 fg., 89 fg.

Persien, Verh. zu Deutschland (1873 fg.) V, 103.

Petersburg, B. Gesandter daselbst (1859) II, 243 fg.
Polenpolitik, preußische (1848) I, 134 fg. B.s P. (1863) II, 375/392. (1885 fg.) VI, 161/171. Ueber die P. des „neuen Kurses 423 fg. 491 fg. VII, 48 fg., 115 fg.
Pontusfrage und Pontuskonferenz (1870 bis 1871) IV, 341 fg.
„Portraitgallerie" B.s vom Bundestage (1851/59) I, 473 fg.
Postdampferlinien, deutsche (1884) VI, 355 fg., 358 fg.
Potsdam, B. daselbst bei der Regierung und den Gardejägern (1838) I, 43 fg. Bei der Regierung (1844) 51 fg.
„Prachtbericht" B.s (vom 24. April 1856) II, 110 fg.
Prager Friede zwischen Preußen und Oesterreich (23. August 1866) III, 412. Art. V des P. F. (Nordschleswig betr.) 412, 419 fg., 446 fg. IV, 26 fg., 34 fg. Aufhebung des Art. V (Dezember 1878) V, 300 fg.
Preßverordnungen, preußische (1. Juni 1863) II, 393.
Preußisch-österreichischer Vertrag vom 16. Januar 1864 III, 54/59.
Preußische Verfassung, deren Abschluß (1850) I, 208 fg. B. gegen deren Bruch 328 fg. Deren Abänderung (1872) V, 102 fg., 225 fg., VII, 115
Preußischer Verfassungskonflikt (1860/66). S. Heeresreform, preußische (bis 1862). (1863) Januar bis Mai (Polenfrage) II, 367/392. (1863/64) in der schleswig-holsteinischen Frage III, 3/70. Bis zum Wiener Frieden 71/123. Während des preußisch-österreichischen Mitbesitzes an Schleswig-Holstein 127/192. Bis Anfang 1866 194/237. Letzter „Konfliktslandtag" (1866) 241/252. Neuwahlen (3. Juli 1866) 386. Indemnität! 386/396, 416 fg.
„Pro Nihilo", Brandschrift des Grafen Harry v. Arnim (Oktober 1875) V, 245 fg.
Provinzialstände, preußische (seit 1827) I, 97 fg.

R.

Rastatter Besatzungsfrage (1857 fg.) II, 150/166.
Rathenow, B.s Wahlkreis 1849 I, 164 fg., 177 fg.
Rechtseinheit, deutsche V, 36 fg., 266 fg., 310.
Reformverein, österreichischer (1863) II, 417.
Regentschaft in Preußen (1858 fg.) II, 213 fg., 218 fg. Deren Ende (2. Januar 1861) 304.
Reichseisenbahnamt (1873 fg.) V, 124 fg.
Reichseisenbahnplan B.s V, 253/56, 351.
Reichsfinanzreform B.s V, 352 fg.
„Reichsglocke", Schandblatt gegen B. (1875) V, 247 fg.
Reichskanzlerwürde, deutsche, geschaffen am 18. Januar 1871 IV, 867.
Reichskriegsschatz (1871) V, 30.
Reichslande s. Elsaß-Lothringen.
Reichspreßgesetz V, 117 fg.
Reichssteuerreform B.s (1875) V, 236 fg.
Reichstag, deutscher (s. auch Nordd. Bund und Zollparlament) (1871) IV, 399 bis 436. (Herbst 1871) V, 27/39. (1872) 67/79. (1873) 114/125, 138. Wahlen (10. Januar 1874) 179 fg. Tagung (1874) 180/188. Herbst (1874) 205/214. (1875) 236/241. (1876) 266 fg., 326 fg.

Wahlen (10. Januar 1877) 305 fg. Tagung (1877) 305 fg. (1878) 329 fg. Auflösung 330. Neuwahlen (1878) 332 fg. Ergebnisse 335. Tagung (1878) Herbst 335/342. (1879) 343 fg., 373 fg., 375 fg., 385/408. (1880/81) VI, 3/76. Wahlen (vom 27. Okt. 1881) 79. Wahlen (28. Oktober 1884) 146 fg. Der R. gegenüber der Sozialpolitik Bs. (1881/89) 89/104. In Reichsverfassungsfragen (1880/86) 108/165. In der bulgarischen Frage (1886) 189 fg., 198 fg. Bei der deutschen Wehrgesetzvorlage (1886/87) 203 fg. Auflösung (14. Januar 1887) 209. Der „Kartellreichstag" (vom 21. Februar 1887) 212 fg. Tagung (1887/1888) 215/222. Gegenüber B.s Kolonialpolitik (1880/89) 342 bis 369. (1890) 374/387. Wahlen (20. Februar 1890) 389. Militärvorlage (1892/93) 476. Wahlen (Juni 1893) 477. Die Schmach der Mehrheit vom 23. März 1895 302 fg. B. zu den R.-Wahlen von 1898 VII, 109 fg., 117.

Reichsverfassung, deutsche (1871), Annahme IV, 407.

Reuß ä. L. (1866) Friedensschluß mit Preußen III, 426. Im Nordd. Bund 435 fg. Banknotenfabrik (1870) IV, 188 fg. Nach B.s Tod: „Wir kennen keinen Bismarck!" VII, 152.

Rumänien, Judenschutz V, 67. Verhältnis zu Deutschland (1880) VI, 194.

Rußland, Verhältnis Preußens zu R. (1853 fg.) II, 3/114. (1856 fg.) 121 fg. (1859 fg.) 243 fg. (1863) 375/318. (1864/65) III, 3/237. (1866) 241/247. (1868, Dez.) Auslieferungsvertrag IV, 147. Juni 1870 Befestigung der Freundschaft mit R. 221, 328 fg. Pontusfrage 341 fg. (1871 fg.) V, 28 fg. Dreikaiserbündnis (1871/1877) V, 28/271. Auf dem Berliner Kongreß (1878) 271/284. Erste russ. Verstimmung (1878) 285 fg. (1879) 290 fg. Verhetzung R.s gegen Deutschland 301 fg. Von 1880 bis 1890 VI, 173 fg. Trübung des Verhältnisses (seit 1887) 191 fg. Die orleanistischen Fälschungen und deren Vernichtung durch B. 193. (1890) „der Draht mit R. abgerissen" 423 fg. Die Kronstadter Begrüßung 425, 431 fg. Deutsch-russischer Neutralitätsvertrag (1884/1890) VII, 48 fg. Deutsch-russischer Handelsvertrag VII, 117 fg.

S.

Sachsen (Königreich) 1866 III, 241/379. Gründe B.s für dessen Erhaltung 380 fg., 384 fg. Friedensschluß (21. Okt.) 246. Im Nordd. Bund 435 fg. Bundestreue (1867 fg.) 52 fg.

Salzburger Zusammenkunft (Aug. 1867) IV, 30 fg. S.er Zusammenkunft (7. Sept. 1871) V, 25 fg.

Samoa-Vorlage (1880) VI, 345 fg. (1884/88) 362. Samoakonferenz (1889) 363.

Sansibar (1885/88) VI, 364, 68. Durch den „neuen Kurs" preisgegeben 420.

Schleswig-holsteinische Frage (1848) I, 132 fg. (1850) 233 fg. (1851 fg.) 401 fg. Londoner Konferenz und Protokoll (1852) 406 fg. Ver-

trag mit Dänemark (29. Januar 1852) 409 fg. Neuer Streit mit Dänemark (1858 fg.) II, 230 fg. Von Ende 1863 bis zum Ausbruch des Krieges III, 3/70. Krieg und Frieden (1864) 71/123. Während des preußisch-österreichischen Mitbesitzes (1864/65) 127/193. Bis zum Vertrag von Gastein (1865) 194/209. Bis Januar 1866 209/237. Die Elbherzogtümer bei Preußen 378 fg., 384 fg, 435 fg. Pensionierung der schleswig-holsteinischen Offiziere (von 1848/50) IV, 40.

Schönhausen, B.s Familiengut. B. Herr und Deichhauptmann von S. (1846) I, 63 fg. Als Ehemann und Gutsherr in S. (1847 fg.) 85 fg.

Schönhauser Stiftung VI, 257/263.

Schweiz (1870) B. garantiert ihr die Neutralität IV, 267. (1882 fg.) V, 202.

Sebastopol, russische Festung, im Krimkrieg 1855 belagert und eingenommen II, 92.

Sechsunddreißigerausschuß (des deutschen Abgeordnetentages, 1863) III, 43. (1864) 149.

Sedan, Schlacht von (1. Sept. 1870), B. in derselben IV, 295 fg. Kapitulation von S. (2. September) 302 fg.

Septennat, erneuert (1880) VI, 39.

„Sezession" aus der nationalliberalen Partei (1880) VI, 44.

Sozialdemokratie, die „deutsche" (1864 bis 1878) V, 320/328. B. gegen sie VII, 24, 45 fg., 77 fg., 110 fg.

Sozialistengesetz, erstes (Mai 1878) V, 329 fg. Das zweite (Herbst 1878) 335/342. Vierjährige Verlängerung (1880) VI, 40 fg. (1884) 141 fg. (1890) 374/87. B. verlangt ein neues S. (1897) VII, 77 fg.

Sozialpolitik B.s VI, 62/106.

Spanien (1869) Thronkandidatur Hohenzollern IV, 202 fg. (1870) 227 fg. Rücktritt (12. Juli) 288. Verhältnis Sp.s zu Deutschland (1873 fg.) V, 161. (1876/86) VI, 201 fg.

Stellvertretungsgesetz (1878), Stellvertretung des Reichskanzlers V, 373. VI, 391 fg. VII, 19 fg., 76 fg., 119 fg.

Steuerreform B.s in Preußen VI, 7 fg. Ihre Erfolge (1880) 13 fg.

Strafgesetzbuch für den Nordd. Bund (später Reichs-Str.) IV, 176/183. Novelle (1875) 237 fg.

Straßburg, deutsche Universität V, 56, 73 fg.

Süddeutschland (1867/70) IV, 18, 34 fg. Annahme der Bündnisverträge mit Preußen 45. (1868) 127 fg., 134 fg. (1870) 250 fg., 259 fg., 266 fg. Versailler Verträge (November 1870) 347 fg., 350.

T.

Tabakmonopol, das, als „Patrimonium der Enterbten", VI, 77, 89 fg. Abgelehnt 96 fg.

Teplitzer Punktation (1819) I, 93 fg. Der Zusammenkunft (1860) II, 286 fg.

Tetschen, Zusammenkunft (Juni 1854) II, 30.

Todesstrafe, B. für dieselbe IV, 177.

Togogebiet, deutsches (1880) VI, 350 fg.

Trauer bei B.s Tod VII, 124/174.

Türkei, Verhältnis zu Deutschland (1880 fg.) VI, 194.

U.

Ultramontanismus, B. gegen denselben VII, 22 fg.

Unfallversicherungsgesetz (1880/83) VI, 67/86, 104 fg.

Unfehlbarkeitsdogma (1869), B.s kirchliche Friedenspolitik IV, 214 fg.

Union, die deutsche (1850) I, 209 fg. S. auch Erfurter Parlament.

V.

Varzin, von B. am 23. April 1867 erworben III, 462.

Venedig, B.s Zusammenkunft daselbst mit dem König (Fr. Wilhelm IV., 1847) I, 84.

Venetien, (1866) von Österreich an Napoleon und von diesem an Italien abgetreten III, 351 fg.

Vereinigter Landtag, preußischer (1847) I, 106. B. daselbst 110/118. Ergebnisse 119. (1848 April) 129/139.

Vereinigte Staaten von Nordamerika, Niederlassungsvertrag mit denselben (1868) IV, 125. Verhältnis zu Deutschland (1873 fg.) V, 163. VII, 8, 47.

Verfassung s. Preußen.

Verfassungspläne, preußische (1840/47) I, 99 fg.

Versailler Verträge mit den süddeutschen Staaten (Nov. 1870) IV, 347 fg.

Versailles, s. Kaiserproklamation. Vorfrieden von B. (26. Januar 1871) IV, 247 fg.

Vertretung oder Regentschaft in Preußen. (1857 fg.) für den erkrankten König (Fr. Wilhelm IV.) II, 167 fg. B. darüber (1857) 213.

Verwendungsgesetz, preußisches (1881) VI, 10 fg.

„Vexilla regis prodeunt" V, 169. VII, 37 fg.

Villafranca, Friede von (Juli 1859) II, 254.

Volkswirtschaftsrat (preußischer 1880) VI, 65 fg. Deutscher (1891) abgelehnt 80 fg.

W.

Waldeck (Fürstentum) „Accessionsvertrag" mit Preußen (1867) IV, 58 fg.

Warschau, Zusammenkunft (1860) II, 289 fg.

Wechselfähigkeit, Antrag auf deren Beschränkung (1880) VI, 19 fg.

Wehrsteuer (1881) gescheitert VI, 7 fg.

Welfenfonds, dessen Beschlagnahme (2. März 1868) IV, 79, 150.

Welfenlegion IV, 66. Großmut B.s gegen sie 269.

„Welfisches Zwischenspiel" in Kopenhagen Dezember (1878) V, 300.

Wiener Friede mit Dänemark (36. Okt. 1864) III, 148.

Wirtschaftsreform B.s (1878/79) V, 362 bis 407. Neue Reformpläne (1880 fg.) VI, 4 fg. Deren Erfolge (1880) VI, 13 fg.

Witu VI, 365.

Wuchergesetz (1880) VI, 18 fg.

Württemberg (1866) Friedensschluß und Bündnisvertrag mit Preußen III, 404.

Z.

Zentrum, das (ultramontane Partei). Im deutschen Reichstag (1871) IV, 401 fg. Dessen „Mobilmachung" (April, Mai 1871) V, 4 fg. Dessen „Programm" 7. (1872) 50 fg. (Von 1872 bis 1880 s. „Kulturkampf".